

13. / II. 1917

L 70000
37
1917
13. / II - 15. / VII
Appr. K.
Kohlen
4

Herabsetzung der Sperrstunde. — Schließung der Varietés.

Die Regierung macht Ernst; demnächst schon soll eine ministerielle Verordnung erscheinen, welche die Sperrstunde für Kaffeehäuser, Gasthäuser, Theater, Cabarets, Kinotheater u. herabsetzt und überdies die Schließung der Varietés (Orpheen) anordnet. Der Vizepräsident des Volksernährungsamtes Géza Döbry theilte einem Mitarbeiter des „Sórai Újság“ über die bevorstehenden Verfügungen zur Linderung der Kohlennoth Folgendes mit:

Zu der Samstag abgehaltenen Enquete wurden folgende Verfügungen vereinbart, die nach der Genehmigung durch den Minister unverzüglich ins Leben treten werden: 1. Die Sperrstunde wird von 12 auf 11 Uhr herabgesetzt. 2. Die Theater haben die Vorstellungen bis 10 Uhr zu schließen. Wenn klassische Stücke gespielt werden, die nicht gekürzt werden können, kann die Polizei von Fall zu Fall die Erlaubniß zur Verlängerung der Sperrstunde erteilen. Auch die Cabarets müssen um 10 Uhr schließen. 3. Die Spielzeit der Kinotheater wird auf die Zeit von 5 bis 10 Uhr beschränkt. 4. Die Orpheen und Varietés, das heißt die Lokale, in welchen es eine Bedienung gibt, werden geschlossen. 5. Die Geschäftssperrstunde um halb 8 Uhr Abends wird auf die Konditoreien ausgedehnt. Dem Vernehmen nach ist der Minister über Ersuchen der Eigentümer der Vergnügungslokale geneigt, ihnen die Konzession zu machen, daß sie am Samstag und Sonntag Vorstellungen halten dürfen. Um die zahlreichen Existenzen, die durch die Maßnahme geschädigt werden, zu entschädigen, wird im Falle der Wiedereröffnung der Vergnügungslokale die Erhöhung der Preise in Vorschlag gebracht werden unter der Bedingung, daß ein Theil der Mehreinnahmen seitens der Hauptstadt für die Angestellten mit Beschlag belegt werden soll. Alle diese Verfügungen sind nur vorübergehenden Charakters, sobald wir über einen entsprechenden Kohlenvorrath verfügen werden, werden sämtliche Einschränkungen wieder aufgehoben.

Der Reichstagsabgeordnete Frau Herzeg, der sich gestern bereit erklärt hatte, im Interesse der Budapester Artisten und der übrigen Variétéangestellten beim Minister des Innern Johann v. Sándor zu interveniren und ihn zu ersuchen, den Plan der Schließung der Budapester Vergnügungsetablissemens fallen zu lassen, nahm heute Abends im Klub der Nationalen Arbeitspartei mit dem Minister in dieser Angelegenheit Rücksprache. Herr v. Sándor erklärte, daß er nicht in der Lage sei, dem Wunsche der Artisten Folge zu leisten. Im Uebrigen sei die diesbezügliche Verordnung bereits unterfertigt und werde in einer der nächsten Nummern des Amtsblattes erscheinen. Herzeg hat von dieser Entschlieung des Ministers heute Abends die Artisten in Kenntniß gesetzt.

4

13. / II. 1917

2

Der Kohlenmangel der städtischen Elektrizitätswerke.

Mitteilungen eines Fachmannes.

Wien, 12. Februar.

Die Tatsache, daß die Kohlenvorräte des Elektrizitätswerkes einer so großen Stadt wie Wien bis auf ein geringes Quantum aufgezehrt worden sind, beschäftigt die technischen Kreise auf das lebhafteste. Die städtischen Elektrizitätswerke haben bekanntgegeben, daß ihre Kohlenvorräte bloß 5000 Tonnen betragen. Man muß sich berechtigterweise die Frage vorlegen, ob es notwendig war, es so weit kommen zu lassen. Der wichtigste Nahrungsstoff eines Elektrizitätswerkes mit Dampftrieb ist das Brennmaterial, zum Unterschiede zu den hydroelektrischen Anlagen, welche bekanntlich mit weißer Kohle der Wasserkraft betrieben werden. Die Versorgung des Elektrizitätswerkes mit Brennmaterial ist namentlich in einer Stadt wie Wien von überaus großer Wichtigkeit, da hier die Großkraftanlage eine doppelte Funktion zu erfüllen hat. Die erste Funktion ist das Stromgeschäft, das die städtischen Elektrizitätswerke von den privaten Werken übernommen haben. Die zweite Funktion ist die eines Lichtwerkes, welches die Beleuchtung und die Kraftabgabe für motorische Zwecke zu erfüllen hat. Die wichtigste Kraftabgabe ist die an die elektrischen Straßenbahnen.

Die Sorge um die Kohlenbeschaffung für die städtischen Elektrizitätswerke ist nicht ganz neu. Unter dem Bürgermeister Dr. Neumayer hat die Gemeinde Wien, um der Schwierigkeiten enthoben zu sein, die bekannte Transaktion der Erwerbung des Zillingsdorfer Kohlenbergwerkes durchgeführt. Es ist erinnerlich, daß sich damals erühte Bedenken gegen diese Erwerbung geltend gemacht, und daß hervorragende Fachleute sich gegen diese Erwerbung ausgesprochen haben. Das Bergwerk wurde aber doch erworben. Damals bestand allerdings der Plan, die Kohle nicht nach Wien zu führen, sondern in Zillingsdorf selbst eine Ueberlandzentrale zu errichten, damit der dort erzeugte Strom mittels einer Fernleitung nach Wien geleitet werde.

Diese Fernleitung wurde Ende des vorigen Jahres am hundertsten Todestage des berühmten Elektrotechnikers Werner v. Siemens eröffnet und dem Betriebe übergeben. Man rechnete damals allgemein auf eine Entlastung. Man erfährt nun, daß auch in Zillingsdorf infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse die Kohle von dem Bergwerke nicht zur Zentrale befördert werden könne. Diese Tatsache ist dem Fachmanne kaum verständlich, weil die Zentrale in unmittelbarer Nähe des Kohlenbergwerkes errichtet wurde, oder doch errichtet werden sollte. Die städtischen Elektrizitätswerke können infolgedessen auf diesen Strom nicht rechnen.

Die Kohlenversorgung der Wiener Elektrizitätswerke hat, wie erwähnt wurde, schon einmal große Schwierigkeiten verursacht. Schon vor ungefähr einem Dezennium hatte die Kohlenzufuhr infolge eines Streiks im Ostrauer Revier und der Verstopfung der Stationen gestockt. Seit jener Zeit hat aber die moderne Technik die Notwendigkeit vor Augen geführt, die im entsprechenden Umkreis befindlichen Wasserkräfte heranzuziehen. Namentlich das Wasserkraftprojekt an der Enns hat schon mehrfach in den Beratungen der Gemeinde und in der Literatur eine Rolle gespielt. Es kann bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß sich die Gemeinde Wien vor längerer Zeit mit einem Vorprojekt beschäftigt hatte. Die Gemeinde hatte damals einem Projektanten für ein Vorprojekt die Summe von 800.000 Kronen geboten. Dieses große Anbot stieß aber im Gemeinderat auf lebhaften Widerspruch, und von oppositioneller Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Ausgabe einer so hohen Summe für eine Vor Konzession wenig zweckentsprechend wäre. Die Gemeinde arbeitete selbst

ein Projekt aus, bei welchem sie allerdings auf den Wettbewerb des steirischen Landesanschlusses gestoßen ist. Das Projekt fand keine Erledigung, das Verfahren ist jedoch noch in Schweben. Vorläufig ist die Konzession niemandem erteilt worden. Die Wasser der Enns fließen, aber Wien hat keine Wasserkraft.

Die moderne Technik würde übrigens noch viele andere Mittel bieten, um eine großstädtische Anlage von der Kohle weitläufiger unabhängig zu machen als bisher. Es müßte in diesem Zusammenhange bloß auf die Akkumulierungsbedenken und die Talsperren hingewiesen werden. Es wäre jedenfalls zweckentsprechender, die Kraftzentralen, statt im Mittelpunkt einer Großstadt, entweder am Orte des Kohlenvorkommens oder an einer Wasserkraft zu errichten, damit die auftauchenden Transportschwierigkeiten entfallen können.

Tatsächlich geht die Tendenz zur Schaffung von Großkraftwerken dahin, unter Verwendung hochgespannter Fernleitungen große Distanzen zu überbrücken, was nach dem heutigen Stande der Technik, die mit Leitungen bis 100.000 Volt Spannung arbeitet, im Prinzip durchführbar ist.

Es kann daran erinnert werden, daß einzelne Hauptstädte von Kronländern den Anschluß an Ueberlandzentralen bereits gefunden haben. So hat die Gemeinde Brünn ihre eigenen Anlagen aufgelassen und bezieht den Strom aus dem Ueberlandwerke in Oslawan bei Kossitz. Wir glauben, damit in großen Umrislinien gezeigt zu haben, in welcher Weise für die Kraftversorgung einer Hauptstadt gesorgt werden könnte.

Eine andere wichtige Frage sind die Folgen der geringen Voraussicht, die sich bei der Kohlenversorgung der Elektrizitätswerke bekundet hat. Die Stromrente wird infolge der fallenden Stromeinnahmen sinken. Da die städtischen Elektrizitätswerke im Gemeindebetriebe sind, wird die Gebarung der Gemeinde Wien stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Für die Technik sind die unangenehmen Erscheinungen ein neuer Ansporn, sich von Zufälligkeiten, wie es strengere Temperaturverhältnisse usw. sind, unabhängig zu machen. Die Technik wird dafür zu sorgen haben, daß sich diese Erscheinungen nicht wiederholen können. Ohne uns auf Details einzulassen, möchten wir doch darauf verweisen, daß verschiedene Möglichkeiten vorhanden wären, um einen Ersatz für die bisher fehlende eigene hydroelektrische Ueberlandzentrale der städtischen Betriebe zu schaffen. So wäre es vielleicht möglich gewesen, die elektrische Kraft der niederösterreichischen Landesbahnen heranzuziehen. Derartige Zuleitungen sind allerdings nicht in aller Eile durchzuführen, es wäre aber voraussichtlich gewesen, schon vor Monaten mit diesen Zuleitungsarbeiten zu beginnen.

Die allgemeine Tendenz der Elektrotechnik geht dahin, eine gegenseitige Aushilfe unter den Elektrizitätswerken zu schaffen in der Weise, daß das eine Werk dem anderen bei einem gleichen Notstande mit seiner Kraft beispringen könne.

Die Kohlenzufuhr nach Wien.**Eine Aeußerung des kaiserlichen Rates
Oskar Berl.**

Kaiserlicher Rat Oskar Berl äußerte sich einem unserer Mitarbeiter gegenüber über die Situation wie folgt: „Die Kohlenversorgung Wiens hängt derzeit in erster Linie von den Witterungsverhältnissen ab. Der Einlauf von Kohle in den Ablagerungsstätten der Wiener Hauptbahnhöfe hat sich in den letzten Wochen auf ein so niedriges Maß reduziert, daß man tatsächlich von einer Kohlennot sprechen muß. Die Ursachen sind in verschiedenen Umständen gelegen, von denen, wie gesagt, der plötzlich eingebrochene und anhaltende Frost und der Mangel an genügend großer Zahl von Transportmitteln allgemein bekannt ist.

Die Bahnen, die in Betracht kommen, und namentlich die Nordbahn, haben in auf-

opfernder Weise Sorge getragen, mit ihren Mitteln den Einlauf nach Wien zu bewältigen. Aber speziell im oberschlesischen Revier, das für die Wiener Versorgung in erster Linie in Betracht kommt, haben sich vorübergehende Schwierigkeiten ergeben, die augenblicklich von einschneidender Wirkung waren.

Die Versorgung Ungarns mit oberschlesischer Kohle erfolgte in weitestgehender Weise, der aber die Unmöglichkeit gegenüberstand, diese Kohle in Ungarn laufend zu übernehmen, das heißt in dem Maße, wie sie zugeführt wurde. So entstanden in Oberberg Störungen, unter denen naturgemäß der österreichische Verkehr in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Der Einlauf stellte sich bis auf nur 150 Waggons pro Tag, ein Quantum, das für den viermal größeren Tagesbedarf nicht ausreichen konnte.

In den letzten Tagen wurde das ohnehin geringe Vorratsquantum, das für die Wiener Kohlenroßhändler bestimmt war, auf die neugeschaffenen städtischen Kohlenplätze dirigiert; und so sind beispielsweise von 500 Waggons nicht weniger als 242 Waggons den Kohlenplätzen der Stadt Wien zugeführt. Weitere Abgaben sollen vorerst nicht erfolgen.

Speziell für die Bahnen haben also niemals Schwierigkeiten bei der Ausladung bestanden; vielmehr hat ihre seit vielen Jahren geschaffene und ausgestaltete Organisation auch diesmal nicht versagt. Ich hoffe übrigens, daß ein milderer Wetter sowie die Behebung der Schwierigkeiten, die wie gesagt, außerhalb Wiens liegen, die Bevölkerung bald von der Sorge um den täglichen Kohlenbedarf befreien wird.

Stimmen zur Kohlennot. Auf der Kohlenrutsche.

Was sich die Minister ansehen sollen.

Eine Ottalinger Frau schreibt uns: Ich gehöre zu denen, die sich in der Bahn immer um Kohlen anstellen müssen, weil bei den Kleinhändlern für das „arme Pad“ nichts übrig bleibt. Besehen Sie sich aber zum Beispiel im Hernalser Bahnhof den Verkauf von Kohlen bei den Händlern Galler und Bachmann. Samstag den 10. d. waren ich und meine zwei Kinder vom frühen Morgen bis spät abends abwechselnd angestellt. Um 1/4 Uhr wurde die Ausgabe von Marken eingestellt und mehr als zweihundert Leute bekamen keine Kohlen, obwohl noch genügend vorhanden waren. Nun ging der Kummel mit den Wählern los; aber wir armen Weiber mußten doch abziehen. Hat denn die Behörde auf den Verkauf keinen Einfluß? Gestern gingen wir und noch einige Frauen um 1/2 Uhr nachts schon zur Bahn, wo es aber „Angestellte“ gab, die schon um 11 Uhr dort waren. Wir kamen aber doch „zeitlich“ daran, denn um 7 Uhr früh wird aufgesperrt und schon gegen 9 Uhr hatten wir unseren halben Zentner am Buckel! Gut fünfhundert Leute standen noch dort und wir vernehmen schon, daß um 10 Uhr die Ausgabe von Marken eingestellt wird. Ist eine solche Maßregel, wenn die Polizei nur je zwei Leute beim Tore hineinläßt, nicht unerhört? Insbesondere dann, wenn man sehen muß, daß Soldaten auf der Rutsche noch einige Waggons entleeren! Ein Wachinspektor sagte selbst zu Frauen, wenn der Händler mehr Wagen ausstellen würde, ginge die Abfertigung schneller vor sich. Aber die Herren Bachmann und Galler stellen nur eine Wage auf, daran hantieren zwei Weiber und ein älterer Mann herum, und Soldaten, die auf Urlaub kommen, um das „hübsche Glück“ zu genießen, bekamen, als sie sich zum Helfen anboten, zur Antwort: „Um Gottes willen nicht, sonst wird eine Frau entlassen!“ Man sieht daher, daß sehr viel Schuld an der Verkaufsorganisation liegt. Wenn es nach Wunsch der „Angestellten“ ginge, dem Manne in der warmen Verkaufshütte würde noch mehr eingeheizt. Der Kaiser stellt dem Händler Soldaten zur Verfügung — am Montag war eine große Zahl dort — und die Händler schwingen sich nicht zur Beistellung nur einer Wage und Einstellung einiger Leute auf. Man sieht daraus die Habgier der großen und kleinen Kapitalisten, denen die vor Kälte und Hunger zitternden Käufer nichts sind! Der Minister Trnka, der vorige Woche im Franz-Josefs-Bahnhof mit dem Sektionschef Komann die „Rutschen“ besichtigte, möge einmal nach Ottalring oder Hernald hinausgehen und sehen, wie es dort zugeht, wo man „Mandl und Weibl“ nicht auseinander kennt, weil die Frauen die Kleider ihrer eingerückten Männer anziehen, und die Herren würden vielleicht doch noch andere Verfügungen treffen. Es wäre vielleicht auch angebracht, einige der Damen, die über die Schwierigkeit des „Durchhaltens“ jammern, weil die Cafés, wo es sich so angenehm plaudert, schon um 11 Uhr nachts sperren müssen, dort hinauszuweisen, damit sie ihre Geschlechtsgefährtinnen einmal ansehen und daran denken, daß diese es sind, von denen der Staat den kräftigen Nachwuchs erwartet. Wer damit wäre nichts erreicht. Wir Frauen sind daher der Meinung, daß es nicht so arg sein müßte und das Anstellen, wenn Ware da ist, beseitigt werden könnte, wenn von oben mit mehr Verständnis und gehörigem Druck auf die Verkäufer gewirkt würde.

Wie kann dem Verkauf bei den Rutschen nachgeholfen werden?

Aus einer anderen Zuschrift: Die heutigen Zustände sind durch den Mangel an Kohlen bei den Händlern, und insbesondere bei den Händlern, die im Besitz eigener Kohlenrutschen auf den kleinen Stationen sind, entstanden. Würden diesen Händlern die Kohlen vom Nordbahnhof mit Fuhrwerk zugeführt werden, so würde die Regie wieder teurer und der Kohlenpreis wieder steigen und schließlich ist mit dem Anwesen Fuhrwerk damit nichts getan. In Ottalring ist zwar

in dankenswerter Fürsorge eine städtische Kohlenrutsche noch in früher Zeit angelegt worden, doch scheint dies weit und breit die einzige zu sein, sonst könnte man sich den Zudrang aus allen Bezirken nicht erklären. Würde nun hier in der Manipulation Ordnung geschaffen, so wäre nicht nur uns Anstellenden, sondern auch den Wachorganen und der Rettungsgesellschaft geholfen, die auch schon öfter eingreifen müssen. Zur Erwägung schlage ich vor:

1. Die Kohlenrutschen müssen von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends ununterbrochen geöffnet sein.
2. An Sonn- und Feiertagen sollen die Rutschen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags offen sein.
3. Die Schalter zur Entgegennahme der Kohlenzettel müssen ohne Unterbrechung in der gleichen Zeit wie die Rutschen offen sein, wenn zwei Schalter vorhanden sind, müssen auch zwei Zettelverteilerinnen anwesend sein; denn was hätte es für einen Zweck, daß die Anstellenden anderthalb Stunden ihren Platz hüten und frieren müssen, bis wieder geöffnet wird? Es muß eben bei den Beamten wie bei den Kohlenarbeitern ein Schichtwechsel geschaffen werden, und dazu gibt es noch Leute genügend.
4. Schließlich muß bei der Rutsche mehr Wägegelegenheit geschaffen werden, damit das Abfertigen schneller geht.

Zu alledem gesellen sich noch größere Bezüge einzelner, denen auch gesteuert werden müßte.

14. II. 1917

6

Die Kohlenversorgung.

Der Kohlenstand am Nordbahnhof.

Von zuständiger Stelle erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Kohlenstand am Nordbahnhof bezifferte sich gestern, 8 Uhr früh, auf 46.512 Tonnen. Im Laufe des gestrigen Tages wurden entladen 258 Waggons mit 3686 Tonnen. Abgeführt wurden im Laufe des gestrigen Tages insgesamt 5225 Tonnen. Den militärischen Abfuhrdienst während der Nacht vom

12. zum 13. d. besorgten 57 Militärautos. Sie führten 212 Tonnen Kohle zu. Um 7 Uhr trugtraten 63 Fuhrwerke in den Dienst. Im Laufe des gestrigen Tages wurden hauptsächlich die Spitäler mit Kohle versorgt.

Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet:

Zufolge Kundmachung der Polizeidirektion vom 10. d. müssen Saallokaleitäten, die für die Abhaltung von Vorträgen oder sonstigen Veranstaltungen bestimmt sind, geschlossen werden und dürfen weder geheizt noch beleuchtet werden. Zweck einheitlicher Handhabung dieser Vorschrift hat der Polizeipräsident angeordnet, daß als Säle nur Räume in Betracht kommen, die einen Fassungsraum von hundert Personen überschreiten. Demnach können Räume, die diesen Fassungsraum nicht erreichen, zur Abhaltung von Vorträgen oder sonstigen Veranstaltungen benützt werden.

Wie verteilt sich unser Kohlenbedarf?

Es erscheint wissenstwert, einmal einen Ueberblick darüber zu gewinnen, in welcher Weise sich der tägliche Wiener Kohlenbedarf auf die einzelnen Hauptkonsumgruppen verteilt. Ein ziemlich genaues Bild hiervon ergibt sich aus den folgenden durchschnittlichen Ziffern: Hauptkonsumgruppen sind die beiden städtischen Gaswerke in Leopoldau und Simmering. Ersteres verbraucht täglich 1700, letzteres 1300 Tonnen. Die städtischen Elektrizitätswerke brauchen derzeit pro Tag durchschnittlich 1350 Tonnen. An diesem Verbrauch sind beteiligt mit einem Siebentel der Konsum an elektrischer Beleuchtung, mit zwei Siebentel die Straßenbahnen, mit vier Siebentel die Industrie. Demnach würden also pro Tag im Durchschnitt konsumieren: städtische Gaswerke 3000 Tonnen, industrieller Strombedarf 786 Tonnen, Straßenbahnstrom 394 Tonnen, elektrische Beleuchtung 195 Tonnen.

Diese vier Konsumgruppen verbrauchen somit zusammen pro Tag durchschnittlich 4375 Tonnen Kohle. Da nun, wie wir gestern berichteten, der gesamte Wiener Kohlenkonsum pro Tag durchschnittlich auf 7000 Tonnen sich beziffert, entfallen auf die letzte Konsumgruppe, auf Industrie- und Hausbrandfeuerung, 2625 Tonnen oder 26 2/3 Waggons Kohle.

Die Zuführung der Kohle an Arme.

Wie seinerzeit bereits berichtet, bringt die Gemeinde Wien aus den Mitteln des städtischen Kohlenfürsorgefonds für Arme zeitweilig in den Vorstadtbezirken, die von der ärmeren Bevölkerung bewohnt sind, Gratiskohle zur Verteilung. Diese Freikohle mußte früher von den städtischen Kohlenlagerplätzen abgeholt werden und die Abholer hatten sich mit den ihnen von den Bezirksämtern ausgestellten Anweisungen zu legitimieren. Seit den letzten Tagen wird nun auch die Straßenbahn in den Dienst dieser Kohlenverteilung gestellt, und zwar werden täglich nach den einzelnen Straßenbahn-Endpunkten 2 bis 3 Kohlenzüge dirigiert. Gestern mittags wurden zwei Waggons Kohle, die durch die Straßenbahn nach der Nemise Erdberg angerollt wurden, an die bedürftige Bevölkerung dieses Stadtteiles ausgegeben. Die Austeilung wurde durch acht Mann Militär vorgenommen.

Beim Kleinen Kohlenhändler.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ich habe jetzt, wie so viele, meinen Kohlenvorrat aufgebraucht, die neuen Bestellungen werden mir nicht mehr effektuiert, und somit bleibt nichts übrig als frieren. Wie eine Erlösung erschien da die Verordnung Seiner Majestät, und wie wir, hofften wohl viele aus dem Mittelstande, die sich eben nicht selbst ihre Kohlen im Sad von der Kutische nach Hause schleppen können, daß wir endlich bei den Kohlenhändlern wieder einmal einen viertel oder einen halben Zentner Kohlen bekommen würden. Wirklich erhielten heute zwei Kohlenhändler in der Sechschimmelgasse, wo ich wohne, je eine Fuhr Kohlen. Der eine hatte nach Befriedigung von zirka hundert Kunden mit je einem achtel Zentner nach Aussage des „Wachmannes“ ausverkauft und begann bald darauf Kohlen in der Butte auszutragen, ganz logisch, denn eine Fuhr hat zirka 40 Zentner. Es blieb also für die guten Kunden, die schon überzahlen, noch ein ganz netter Rest. Da war also für mich nichts zu hoffen, da ich mir erlaube, sonst meinen Kohlenbedarf direkt beim Großhändler zu decken. Mittags erhielt der zweite eine Fuhr. Vor 2 Uhr kein Verkauf, da er Mittagspause hält. Um 2 Uhr neues Anstellen. Mein Dienstmädchen ist die Dritte, also ein viertel Zentner Kohle ist uns sicher. Um 3 Uhr erklärt die Frau: „heut' wird nix verkauft“. Einige energische Frauen gehen zum Marktkommissär, der erklärt: „sie muß verkaufen“. Das Geschäft ist offen, verkauft wird nicht. Schließlich erscheint ein Wachmann, geht in den Kohlenkeller, debattiert lange mit der Frau. Endlich erscheint er und sagt: „Deut' In, die Frau verkauft heut' nichts, gehts, stellts euch morgen früh auf der Ru... über zeitlich, dort san Kohlen; wanns wird... kriegt's a welche.“ Ist das nicht empörend? Warum werden die Kohlen bei den Kleinhändlern nicht verkauft, oder besser gesagt, nicht alle verkauft? Wer bekommt die Kohlen? Auf die Kutischen kann nicht jeder gehen und mit dem Handwagerl die Kohlen heimführen. Da kommen alle Maßnahmen nur wieder denen zugute, die hohe Preise und noch höhere Trinkgelder zahlen können. Zudem ich hoffe, daß die Veröffentlichung dieser Zeilen in Ihrem Blatte die trassen Uebelstände doch lindern wird, zeichne ich hochachtungsvoll Olga Brodsky, Arztesgattin.“

Die Behebung der Wiener Kohlennot.

Die Wiener sind einer drückenden Sorge ledig. Die „Elektrische“ wird nicht streifen, wie man es, Hunderttausende mit größtem Schrecken, am Sonntag in den Morgenblättern angekündigt fand. Einige Verkehrseinschränkungen wird es zwar geben, aber wer fahren muß, wird es auch künftig können, auch künftig wird, wer darauf angewiesen ist, zur Arbeitsstelle, ins Geschäft und in die Kanzlei mit der Straßenbahn fahren können, die wieder ihr „Lebensmittel“, die Kohle, in genügender Menge zugewiesen erhält; wenigstens wurde dies von den zuständigen Stellen feierlichst zugesichert.

Nie zuvor wurden wir uns der ungeheuren Umwandlung, die Wien in den zwei letzten Jahrzehnten durchgemacht hat, so recht bewußt, wie in den paar sorgenvollen Tagen, die nun glücklich hinter uns liegen. Die von Lueger in großzügiger Weise in Angriff genommene Elektrifizierung und Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes, seinerzeit ein Grund der leidenschaftlichsten Angriffe seiner politischen Gegner wider ihn, hat die größten Aenderungen im Leben der Großstadt, insbesondere im Wohnen der Wiener zur Folge gehabt. Tausende und Abertausende siedelten sich nun in den äußeren Bezirken an, in der Nähe der Gärten, wo mehr Licht in die Wohnungen strahlt und bessere Luft das fränke Bläß von den Wangen der Großstadtkinder verjagt, wo die herrliche Umgebung Wiens durch die Fenster grüßt und die köstlichen Spazierwege und Ruheplätzchen des Wienerwaldes erreichbar sind. Immer dichter ward das Netz der „Elektrischen“, immer weiter hinaus krochen ihre Linien bis mitten ins Wald- und Wiesengrün. Eine Art Wiener Völkerwanderung, eine völlige Umsiedlung der Wiener wurde durch Luegers Werk ermöglicht und in die Wege geleitet. Wir können uns die Verhältnisse der Reizzeit, obwohl sie erst zwei Jahrzehnte hinter uns liegen, kaum mehr vorstellen, die Zeit, in der so alle halbe Stunde einmal oder in noch größeren Zwischenräumen durch einige der Hauptverkehrsstraßen Wiens mit großem Lärm und Schellengeklänge ein Wagen von ein paar Pferden irgendwohin geschleppt wurde; die Zeit, in der man vom Schottenring bis zur alten Fernald-Dornbacher Remise einen halben Nachmittag fuhr und bei einem Besuch auf dem Zentralfriedhof so ziemlich ein ganzer Tag draufging. Aber das Aller schlimmste war, daß es überhaupt nur, mit dem Riesennetz von heute verglichen, ganz wenige Linien gab. So sehr wir uns über die Ankündigung einer Betriebseinstellung der Straßenbahnen von 9 bis 5 Uhr entsetzten, im Vergleich zu den Urzuständen in der erst zwei Jahrzehnte zurückliegenden liberalen Reizzeit, wäre selbst dies noch ein großer Fortschritt gewesen. So gewaltig ist die Umwandlung Wiens und der Wiener Lebensweise, seit Lueger aus dem „Beandorf“ von ehemals eine Großstadt machte. Wie auf dem Gebiete des Verkehrs ist auch auf dem der Beleuchtung. Heute raunzen viele über die durch die Kriegsverhältnisse gedrosselte Straßenbeleuchtung. Und doch nimmt sich auch diese im Vergleich zu jener, mit welcher die von Lueger trotz des leidenschaftlichsten Widerspruches seiner politischen Gegner und trotz des

zügellosesten Kampfes der Plutokratie verjagten „Gasengländer“ Wien beglückt haben, noch immer wie eine Luxusbeleuchtung aus. In diesen Tagen stand plötzlich das Bild der ganzen ungeheuren Vorwärtswentwicklung Wiens seit dem Sturze der liberalen Herrschaft im Rathaus vor unseren Augen und Schrecken und Grausen erfaßte alle, als sie plötzlich vor der Gefahr standen, für kurze Zeit zu Zuständen zurückkehren zu müssen, die jenen der Vor-Lueger-Zeit geahnet hätten.

Das Gespenst ist von uns gewichen. Die Elektrische wird weiter fahren. Plötzlich vor die Gefahr eines Umsturzes aller Verhältnisse gestellt, mit notwendigen Folgeerscheinungen, an die man gar nicht mehr denken mag, rafften sich jene Faktoren, die für die Kohlenzufuhr zu sorgen haben, zu einem großen Entschluß auf und, was vorher unmöglich schien, ward möglich. Alles geht, was gehen muß, aber notwendig ist, daß dieses Müssen vorher jenen, deren Amt das Raten und Taten ist, zum vollen Bewußtsein komme.

Aber nicht nur die „Elektrische“ erhält die erforderlichen Kohlen, auch die Wohnungen, in denen es in den letzten frostigen Wochen verdammt unbehaglich geworden war, können wieder geheizt werden. Ein bißchen darben, wenns sein muß und das Vaterland das Opfer verlangt, läßt sich ertragen; dem Satten kann auch die Kälte nicht leicht etwas anhaben. Aber darben und frieren zugleich geht über das Maß von Entbehrungen hinaus, bei dem Volksstimmungen noch ihr Gleichgewicht behalten. Es schnitt ins Herz, Tag für Tag bei fast sibirischer Kälte die lange Reihe von „Angestellten“ vor den Kohlenhändlern sehen zu müssen, um schließlich nach langem Warten, wenn das Glück hold war, etliche Stück Kohle — so wie man sonst Zucker oder Äpfel kaufte — für teures Geld zu erhalten: Vermummte alte Frauen, denen das lange Stehen erschwerlich schwer fiel, vom Winterfrost geschüttelte Dienstmädchen in dünnen Kleidern, und — Kinder! Ja, Kinder in den ärmlichsten Kleidchen, mit zerrissenem Schuhwerk, frostgeschwollenen Händchen, mit vor Kälte blaßblauen Gesichtchen und ach nur zu häufig nüchternem Magen! Dies waren unheimliche Verhältnisse, und die ewigen Hinweise auf die „unmögliche Zufuhr“ der „großen Kohlenvorräte auf den Bahnhöfen“ wirkte unter solchen Umständen eher verbitternd und aufreizend, als tröstend und beschwichtigend.

In dieser Notlage, gegen welche die zuständigen Stellen kein Rezept zu wissen schienen, griff der Kaiser persönlich ein, und von jenem Tage an datiert die Besserung. Das Militär bekam Auftrag, die Kohlenabfuhr von den Bahnhöfen zu besorgen, mit Roß und Mann und Wagen und Lastenauto ging man zu Werk, aus den Hofställen wurden die verfügbaren Pferde geholt und die Hofwagen in den Dienst der Kohlenzufuhr gestellt. Nun kam Leben und Bewegung in die Aemter; die „elektrifizierende“ Nachhilfe mit der angeordneten Straßenbahngesfahr beschleunigte die Entschlüsse.

Heute kann mit Genugtuung gesagt werden, daß dank dem nunmehrigen Zusammenwirken aller Faktoren, der Regierung und der Gemeinde, die Wiener Kohlenkrise bis auf weiteres als überwunden betrachtet werden darf. Einschränkungen sowohl im Verkehr wie in der Beleuchtung und Beheizung werden willig in Kauf genommen, wenn es nur am Notwendigen und Unentbehrlichen nicht gebricht. Der wachsende Tag und die zunehmende Wärme werden mithelfen, die schwere Gefahr, die uns drohte, endgültig zu bannen und uns das Dasein wieder zu erhellen. Hoffentlich aber bleiben auch die Erfahrungen, die man in den letzten Wochen sammeln konnte, nicht ungenützt für die Zukunft, die ja noch öfter bald in dieser, bald in jener Sache unsere Verwaltungskunst, also eine Kunst der Voraussicht, auf die Probe stellen wird.

Die Kohlenversorgung im Kriege.

Von Dr. Karl Kiofer.

Konjulent der niederösterreichischen Handels- und Gewerkekammer.

Wien, 14. Februar.

Die derzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Kohlennot ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen, die sämtlich ihrem Wesen nach latenter Natur sind und erst durch das Zusammenwirken besonderer Umstände Aktualität erlangt haben.

Seit vielen Monaten besteht bei uns wie in allen kriegsführenden Staaten aus allgemein bekannten Gründen trotz forciertester Herstellung von Jahrbetriebsmitteln zunehmende Wagenknappheit, welche sich zunächst in einer allgemeinen Einschränkung der Zwangstransporte und erst in weiterer Folge auch in einer Drosselung der Kohlenbeförderung geäußert hat. Mit großen Anstrengungen und unter Zurückstellung aller minder dringlichen Transporte gelang es, die Zufuhr von Industrie- und Hausbrandkohle im großen und ganzen aufrecht zu erhalten. Die ersten größeren Störungen zeigten sich, als die südungarischen Kohlenwerke durch den Einbruch der Rumänen außer Betrieb gesetzt wurden. Der sofort erforderliche Ersatz des hier entstandenen Ausfalles durch deutsche Kohlen im Zusammenhange mit der zur gleichen Zeit bestehenden außerordentlichen Ueberlastung der ungarischen Eisenbahnlinsen trug empfindliche Störungen in den Wagenumlauf hinein. Die nach Ungarn eingetretenen Kohlenwagen stauten sich, und es ging auch der Rückfluß der entleerten Wagen nach den deutschen Revieren nur schleppend von statten, was auf die Kohlenversorgung Oesterreichs mit Rücksicht auf hier bestehende Zusammenhänge nicht ohne Einfluß bleiben konnte.

Eine weitere latente Ursache der Kohlennot ist die in einzelnen Revieren zu verzeichnende Einschränkung der Förderung. Es muß hervorgehoben werden, daß es gelungen ist, die Förderung des derzeit wichtigsten Revieres, nämlich der Ostrau-Karwiner Gruben, in normalen Grenzen zu halten. Dagegen haben sich im nordwestböhmisches Braunkohlenreviere und auch im schlesischen Reviere Ausfälle gezeigt. Da nun Deutschland schon seit Kriegsausbruch den durch den Ausfall englischer Kohlen entstandenen Mehrbedarf später den ungarischen Entgang decken mußte, wäre eine Kohlenknappheit auch dann zu verzeichnen gewesen, wenn nicht noch besondere Verhältnisse dem Verbrauch und der Beförderung entgegenstehende Hemmungen vervielfachten.

In diesem Zusammenhange ist es vor allem der Eintritt einer unerwartet strengen und langen Frost- und Schneeperiode, welche in allen Teilen der Monarchie eine rapide Zunahme des Konsums bewirkte und überdies die Transporttarife verschärft hat. In Wien sowie in den großen Provinzstädten traten infolge des außerordentlichen Schneefalles noch besondere Kalamitäten in der lokalen Zufuhr auf. Es stieß also zunächst die Verteilung der bereits am Bestimmungsbahnhöfe lagernden Kohle auf Schwierigkeiten in der Abfuhr. Hierin ist in den letzten Tagen durch die hochherzige Verfügung des Kaiserpaars und durch ein weitgehendes Entgegenkommen der Militärverwaltung eine erhebliche Wendung zum Besseren eingetreten.

Es wäre aber weit gefehlt, die rigorosen und gewiß vielfach einschneidenden Sparmaßnahmen, die in diesen Tagen erlassen wurden, deshalb etwa weniger ernst zu nehmen; denn die in der Einlieferung schlesischer Kohle (auf welche bekanntlich der Wiener Hausbrand zum größten Teile und vielfach auch unsere Industrie infolge ihrer Einrichtungen und Betriebsverhältnisse angewiesen ist) bestandenen Störungen haben in diesen Tagen eine ganz besondere Verschärfung dadurch erfahren, daß die deutsche Kohlenproduktion nunmehr daran geht, möglichst jenen Ausfall zu decken, welchen die neutralen Staaten durch den nunmehr mit aller Energie geführten Tauchbootkrieg erleiden. Hatte Deutschland bereits vor längerer Zeit ein besonderes Entgegenkommen der Schweiz gegenüber bekundet, so schreitet es jetzt in seinem bekannten Bestreben, den neutralen Staaten die Kriegsfolgen möglichst zu erleichtern, daran, Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland in weitem Ausmaße mit seinen Kohlen zu versorgen. Es stürmen also Anforderungen von ganz unvorhergesehenem Ausmaße auf die deutsche und insbesondere auf die für Wien außerordentlich wichtige schlesische Kohlenproduktion ein, die naturgemäß eine fortgesetzte Drosselung des Exports obereschlesischer Kohle nach Wien und Oesterreich um so mehr zur Folge haben müssen, als selbstverständlich der im Interesse der Kriegsführung unerläßliche Bedarf aller anderen vorangeht. Die Verteilung der deutschen Produktion wird von einer in Nachahmung der noch zu erwähnenden österreichischen Kohlenkommission in Berlin geschaffenen eigenen Kohlenausgleichsstelle besorgt.

Die in Oesterreich bislang von Staats wegen zur Bekämpfung der Kohlennot ergriffenen Maßnahmen betrafen, wenn von den bekannten seit längerer Zeit in Kraft stehenden Sparmaßnahmen, wie dem früheren Schluß der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser, der teilweisen Drosselung der Beleuchtung abgesehen wird, vor allem die Produktion und Verteilung inländischer Kohle. Dem Entgegenkommen der Militärverwaltung ist es zu verdanken, daß, wie erwähnt, insbesondere das Ostrau-Karwiner Revier seine Förderung in normalen Grenzen halten konnte. Die Verteilung der inländischen Kohle besorgt eine eigene Stelle, die Kohlenkommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten, welche sich, wie offen gesagt werden muß, trotz aller Schwierigkeiten den Dank der Öffentlichkeit verdient hat. Es liegt in der Natur der Dinge, daß auf die Dringlichkeit des Bedarfes im einzelnen Falle Bedacht genommen werden muß und daß die Versorgung von Unternehmungen, deren Betriebe im öffentlichen Interesse anrecht erhalten werden müssen, anderen Ansprüchen vorangeht. Auch auf die Einlieferung obereschlesischer Kohle hat die Staatsverwaltung teilweise mit Erfolg Einfluß genommen, die Verteilung dieser Kohle blieb bislang — ohne daß hiegegen begründete Beschwerde erhoben worden wäre — dem Großhandel überlassen, welcher sie auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen bewirkte. Auch hat sich die Staatsverwaltung bemüht, durch

Einlieferung nordwestböhmisches Braunkohle insbesondere dem kleinen Verbrauch unter die Arme zu greifen.

Hat sich demnach die Verteilung der in Betracht kommenden Kohlenmengen unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände immerhin entsprechend vollzogen, so kann auf dem Gebiete der Beschaffung der erforderlichen Kohlenmengen, wobei nach Lage der Dinge in erster Linie eine ausreichende Einlieferung obereschlesischer Kohle in Betracht käme, bei den dargestellten Verhältnissen derzeit ein voller Erfolg nicht erzielt werden.

Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps veröffentlicht im Anzeigenteil, um der vorübergehenden Kohlennot zu steuern, eine Bekanntmachung über einschneidende Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Danach dürfen Kirchen nicht mehr geheizt werden, die öffentlichen Sammlungen, Museen und dergleichen nur insoweit, als es zur Erhaltung der darin aufbewahrten Gegenstände dringend erforderlich ist.

Sämtliche staatlichen und privaten Schulen mit Ausnahme der Volksschulen werden geschlossen.

Theater, Lichtspieltheater, Konzertsäle, Säle, in denen Musikvorträge, öffentliche Versammlungen, Vorträge oder sonstige öffentliche Veranstaltungen statzufinden pflegen, ebenso die öffentlichen Unterhaltungsrestaurants mit musikalischen Darbietungen, Varietés, Spezialitäten-theater, Singpielhallen und dergleichen sowie die großen Kaffeehäuser, die ihren Gästen bisher musikalische oder deklamatorische Vorträge geboten haben, werden geschlossen.

Die Polizeibehörden können die Polizeistunde bis auf 8 Uhr abends herabsetzen, ferner anordnen, daß die Läden, mit Ausnahme der Lebensmitteläden und der Apotheken, außer am Sonnabend schon um 5 oder 6 Uhr abends zu schließen sind.

Die Bekanntmachung enthält noch ausführliche Bestimmungen über die Beschlagnahme und Behandlung der Feuerungsvorräte, über die Heizung von Mietwohnhäusern und Kontorhäusern sowie über die Gewährung von Ausnahmen.

*

Diese Verordnung ist die einschneidendste, mit der das Generalkommando seit dem Beginn des Krieges in das öffentliche Leben Hamburgs eingegriffen hat. Wir können überzeugt sein, daß sie nicht ohne Not getroffen worden ist. Denn bisher ist von den Behörden allen irgendetwie erfüllbaren Wünschen und Bedürfnissen des Publikums stets Rechnung getragen worden. Oft ist während des Krieges die Frage erörtert worden, ob die Stätten des ästhetischen Vergnügens und der Lustbarkeit während des Krieges wirklich aufrechtzuerhalten seien. Bei manchen ernstlichen Ereignissen war der Gedanke nicht unberechtigt, daß auch die heimische Bevölkerung zu einer Zeit, da unsere Tapferen auf dem Felde und zur See für das Vaterland litten und bluteten, verzichten sollte auf die mehr oder weniger edlen und unterhaltenden Zerstreuungen. Man hat sich aber schließlich immer gesagt, daß die schwere Kriegszeit am besten überstanden werde, wenn die Gewohnheiten des Lebens, soweit irgend möglich, aufrechterhalten würden. Das ist bis jetzt geschehen. Erst der sich immer fühlbarer machende Mangel an Heizmaterial hat Beschränkungen gebracht, die von Monat zu Monat gesteigert wurden. In den letzten Wochen hat sich nun herausgestellt, daß mit halben Maßregeln nicht länger auszukommen ist. So erklärt sich jetzt der Entschluß zum radikalen Eingriff. Er wird allgemein schwer empfunden werden. Zwar auf Zerstreuungen und Vergnügungen zu verzichten, damit wird man sich abfinden. Bedauerlicherweise sind die Vielen, denen zugleich die ihrem Lebensunterhalt dienende Arbeit genommen wird. Hier werden sich, soweit nicht der Arbeitsdienst Ersatz bringt, die staatlichen Behörden einer bedeutsamen Aufgabe gegenüber sehen, damit die Katastrophe der Arbeitslosigkeit unserer Bevölkerung möglichst ferngehalten wird. Wir hegen das Vertrauen, daß hier nichts versäumt wird, und daß alle Kräfte vereint werden, damit nicht neues Ungemach über die Bevölkerung komme.

So wird uns jetzt der Ernst der Zeit noch fühlbarer als bisher. Jetzt gilt es, von neuem zu beweisen, daß alle Einzelwünsche und Einzelbeschwerden zurückgedrängt werden im Hinblick auf das große Ziel, für dessen Erreichung im Felde wie in der Heimat alle zusammenstehen müssen, bereit zur Entsaugung, bereit auch zu den größten Opfern, die das Vaterland von uns verlangen kann.

Die schwarze Wirklichkeit.

Unzumutlichkeiten bei der Kohlenabgabe.

Wer daran glaubt, daß wir wirklich Mangel an Kohle in Wien haben, ist auf einen argen Holzwege. Wir haben bloß Mangel an der mindesten Ordnung bei der Kohlenabgabe und noch mehr Mangel an Rücksicht auf die armen Leute, die sich die Kohlen selbst holen müssen, weil sie nicht in der Lage sind, dem Herrn Kohlenhändler für das Zustellen von 100 Kilogramm 5 K Abtrage-lohn oder dem Herrn Fuhrwerksbesitzer für das Abholen von der Rutsche für ein einspänniges Fuhrwerk 60 Kronen zu bezahlen.

Wer sonst Kohle finden will, hat nur die Wahl der Dual. Er muß sich anstellen. Beim Kleinhändler, der jetzt durch das Militärfuhrwerk seine Kohle bekommt, davon aber in Teilen von $\frac{1}{8}$ bis höchstens $\frac{1}{4}$ Zentner abgibt, sobald er gerade übrig hat. Übrig nämlich über jene Menge, die er zum Abtragen — gegen 5 K Lohn für 100 Kilogramm — vorbestellt hat. Auch die Abgabe von so kleinen Mengen hat ihren guten Grund. Der Sack ist groß, die Kohle darin wenig, so kommt es, daß ein ganz ausgewogener Achtelzentner in vielen Fällen kaum 6 Kilogramm statt $6\frac{1}{2}$ Kilogramm oft aber auch noch weniger bis herunter zu 4 Kilogramm hat! Auch „das Viertel“ leidet fast immer an ähnlichem Gewichts-schwund. Eine Anzeige zu erstatten, wagt keine der Frauen, die froh ist, das bißchen Kohle zu haben, weil sie fürchtet, sonst gar nichts zu erhalten. Hier muß zunächst der Hebel angefaßt werden. Stichtoben durch das Marktamt sind dringen nötig.

Nicht minder arg ist die Rücksichtslosigkeit, mit der die Abnehmer behandelt werden. Auf den Rutschen der Nordbahn wird einfach um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr Schluß gemacht und um 1 Uhr wieder begonnen. Das Volk kann anderthalb Stunden warten. Es ist ja das Warten gewohnt. Wir meinen aber, daß nicht jeder Unternehmer das Recht hat, den Amtschirmanel zu reiten. Es muß ein Zwang ausgeübt werden, daß die Abfertigung ohne Mittagspause vor sich gehe. Durch einen einfachen Schichtwechsel der Arbeiter und Ablösung der Bedienung ist dies leicht möglich. Die vereinigten Großhändler, die durch Vergeßlichkeit der Kohlenabgabe genug Leute sparen, werden da eben etwas weniger herauschinden müssen.

Was auf den Nordbahn-rutschen im Großen, das erlaubt sich die Firma Replinger auf dem Bahnhof Michelbeuern im Kleinen. Dieser Firma werden die Waggons auf dem Stadtbahngelände zugeschoben und der Verkauf erfolgt vom Waggon weg. Das bringt eine ganz bedeutende Ersparnis an Entladungskosten mit sich. Trotzdem ist der Preis wie überall. Die Kasse verkauft an die seit Stunden angestellten Frauen bis spät Nachmittag Abgabe-zettel. Um sechs Uhr wird aber plötzlich die Kohlenabgabe eingestellt und die Frauen, die seit 6 bis 8 Stunden gefroren haben, können mit dem leeren Sack nach Hause gehen. Am nächsten Tage müssen sie sich wieder anstellen und noch einmal 2 bis 3 Stunden opfern, bis sie die Kohle erhalten. Außerdem besteht dort ein Verbot, mit Schlitten, Kinderwägelchen und dergleichen „Fuhrwerk“ den Raum zu betreten. 100 Kilogramm kann aber kaum ein Mann, geschweige denn eine Frau tragen. Es muß also eine zweite Person mit den „Fuhrwerk“ draußen warten. Das vermehrt unnütz die Ansammlung, erschwert den Bezug der Kohle und muß unbedingt abgestellt werden, ebenso wie die Ausgabe von Anweisungen, für die nichts verabsolgt wird.

Daß es draußen auf dem Bunde auch nicht viel besser steht, beweist uns eine Zuschrift, die besagt, daß am Zweiggelände Dröfing-Bistersdorf seit fast 14 Tagen voll beladene Kohlenwaggons stehen, während in der Umgebung den Landwirten Kohle zum Betrieb der Dreschmaschinen fehlt. Wendet sich die Bauernschaft ans Arbeitsministerium, wird Waggonmangel (!) als Ursache der unterbleibenden Zufuhr angeführt.

Kohlennot und geistige Not.

In Zeiten von so bitterem Ernst eigensinnig sein zu wollen, wenn man die Macht des widerspruchsfloßen Anordnens hat, wäre ein so großes Unrecht und ein so schwerer Fehler, daß man durch nichts berechtigt ist, es bei unseren Behörden vorauszusetzen. Man darf im Gegenteil nach den Erfahrungen der letzten Tage annehmen, daß sie bereit sind, als falsch oder überflüssig erkannte Schritte zurückzumachen. Ein solcher Schritt ist aber ohne jeden Zweifel das Verbot der ernstesten Vorträge und Musikaufführungen. Darüber ist so viel gesagt worden, daß sich irgend etwas Neues nicht mehr finden ließe, es wäre denn eine Betrachtung darüber, wie sehr es an längst vergangen geglaubte Vormärzzeiten erinnert, wenn man die hochgeschätzten Unterhaltungen so auffallend vor den ernstesten, sittlich einwandfreien begünstigt. Wird doch heute sogar vollkommen glaubwürdig bekannt, daß man in dem Verbote soweit geht, die Benützung der Konzertsäle nicht einmal dann zu erlauben, wenn sich pflichteifrige Künstler bei einer Probe im ungeheizten Saale Schnupfen und Husten holen wollen! Vielleicht wird diese Abertreibung des Verbotes — denn nur um eine solche kann es sich bei einer so offenbar zwecklosen Verhinderung handeln — der Tropfen sein, der das Faß überlaufen macht; der Vorfall zeigt, wohin es führt, wenn man eigensinnig auf einer Maßregel verharret, die in der ersten Erregung, also begreiflicherweise ohne reifliche Überlegung, verfügt wurde und von der sich nun zeigt, daß sie ohne halbwegs erhebliche Wirkung für den angestrebten Zweck das öffentliche Leben schwer schädigt, tiefgehende Verstimmung hervorruft und die ganze Stadt durch den Gegensatz der Behandlung des Tangel-Tangel und der Kunst und Wissenschaft in ein falsches Licht stellt.

Wer hier zu entscheiden hat, möge überzeugt sein, daß ihm nichts zu größerer Ehre gereichen, nichts sein Ansehen so sehr befestigen wird, als wenn durch eine baldige Rücknahme eines unhaltbaren Verbotes gezeigt werden wird, daß man nicht Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt. Allerdings wäre es höchste Zeit, diesen Beweis zu erbringen, denn jeder fruchtlos verstrichene Tag schadet nicht allein dem geistigen und künstlerischen Leben, sondern auch dem Ansehen derer, die dieses Leben zu fördern und vor Unbill zu schützen berufen sind. Vielleicht entschließt sich deshalb das Ministerium für Kultus und Unterricht, zu dessen Aufgaben ja auch die Kunstpflege gehört, zugunsten dieses Pflégelings ein Wort zu sprechen, das sicherlich dort gehört werden wird, wo man jetzt die ganze Frage beruflich nur vom Standpunkte der Kohlenersparnis beurteilt.

Sollte dies aber aus Gründen, die man uns bisher nicht mitgeteilt hat und die wir deshalb nicht beurteilen können, durchaus unmöglich sein, so verlangen wir wenigstens eine **A u s a h m e v e r f ü g u n g f ü r S o n n t a g**, damit denen, die die ganze Woche schwer arbeiten müssen, die gewohnte Sonntagserholung im Konzert oder Volksbildungshaus erhalten bleibe. Es gibt keine Regel ohne Ausnahme. Es muß also auch eine Ausnahme von der Regel geben, daß das Volk, weil die Schwierigkeiten in der Kohlenverfrachtung bestehen, seine geistigen Anregungen einzig und allein im Tangel-Tangel zu empfangen hat. Der Volksbildungsverein und die volkstümlichen Musikaufführungen haben sich so große Verdienste um den Kampf gegen den Alkohol erworben, daß man dies zur Zeit des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten nicht vergessen sollte.

Die Maßregeln zur Kohlenersparnis.

Hamburg, 15. Februar.

Die schwere Not der Zeit, die sich u. a. auch in dem Kohlenmangel offenbart, hat nunmehr auch, wie gemeldet, den stellvertretenden General des 9. Armeekorps veranlaßt, einschneidende, für das ganze Wirtschaftsleben des Korpsbereichs äußerst bedeutungsvolle Maßregeln zu treffen, die der herrschenden Kohlennot steuern sollen. Selbstverständlich werden auch diese Anordnungen das gewünschte Ziel nur dann erreichen können, wenn sie von der Bevölkerung durch verständnisvolles Verhalten unterstützt werden. Dies kann in erster Linie durch größtmögliche Sparsamkeit in Beleuchtung und Brennstoffen geschehen, und nur bei dem guten Willen aller wird es gelingen, der ihrer Art nach vorübergehenden, auf Vereisung der Wasserwege und sonstigen Transporterschwierigkeiten zurückzuführenden Kohlennot Herr zu werden. Es ist ja bekannt, daß auch in anderen Teilen des Reiches, für die die Transportbedingungen erheblich günstiger sind und die zum Teil sogar in unmittelbarer Nachbarschaft der Kohlereviere selbst liegen, ebenfalls einschneidende Maßregeln getroffen sind.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Erlaß allerdings die schwerwiegenden Bestimmungen enthält, die seit Beginn des Krieges für unseren Bezirk getroffen worden sind, aber auch betont, daß es eine wichtige Aufgabe der Landeszentralbehörden sein wird, der durch diese notwendig gewordenen radikalen Eingriffe drohenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Es ist ja in der Verordnung selbst Fürsorge dafür getroffen, besondere Verhältnisse in einzelnen Teilen des Korpsbezirktes durch

Gewährung von Ausnahmebewilligungen

zu berücksichtigen. Da es in der Hand der Landeszentralbehörden liegt, diese Ausnahmen zu gestatten, so ergibt sich für sie zur Betätigung sozialer Verständnisses und einsichtsvollen Eingekommens den Bedürfnissen der Bevölkerung g.g. näher ein weites Gebiet, und wir haben das Vertrauen, daß der Senat und die Polizeibehörde, die in erster Linie für die Auslegung dieser Verordnung und die möglichen Erleichterungen in Betracht kommen, alles tun werden, um neues Ungemach von unseren Mitbürgern fernzuhalten. Es wird ja gehofft, daß die Gestaltung der Verhältnisse

in etwa 14 Tagen eine Aufhebung der Bestimmungen ermöglichen dürfte; aber mit der Aufhebung ist noch nicht ohne weiteres gesagt, daß die ins Stocken geratenen Maschinen nun ebenso schnell wieder in Gang gesetzt werden können, wie sie plötzlich aussetzen mußten. Dies gilt in erster Linie von den

Theatern,

die natürlich gezwungen sein werden, ihre Verträge den Abonnenten gegenüber innezuhalten und das nachzuholen, was während der Herrschaft des Schließungsgebotes notgezwungen versäumt werden mußte. Sehr schwer würde es den Bühnen sein, ihr technisches Personal wieder zusammenzubekommen, wenn nicht für die Schließung der Theater ein gewisser Zeitraum festgesetzt wird; denn die arbeitslos gewordenen Leute werden sich selbstverständlich bemühen, so schnell wie möglich in anderen Betrieben Unterkunft zu finden, und es würde dann sehr schwer halten, das eingearbeitete technische Personal nun plötzlich wiederzubekommen, wenn infolge der Hebung der Kohlennot die Eröffnung der Theater wieder gestattet wird. Wir hoffen daher, daß die Ausnahmebestimmungen, die ja sicher auch den Zweck haben, die finanzielle Fundamentierung großer Kunst-

institute vor den unausschließlichen Schädigungen zu bewahren, es ermöglichen werden, daß zunächst einmal die Theater so lange spielen können, wie sie eigene Kohlenvorräte besitzen und diese nicht beschlagnahmt werden. Das gleiche ist für die Konzerte zu erhoffen; sind doch auch für sie, namentlich für die nächste Zeit, umfangreiche Vorkehrungen getroffen, die erhebliche Kosten verursacht haben; auch hier dürften die Ausnahmebestimmungen in größerem Umfange Platz greifen. Sehr schwer getroffen sind die Kinos; in München, das ja mit den Theaterverböten voranging, hat man insofern eine Milderung eintreten lassen, als man den Lichtspieltheatern gestattete, wenigstens an drei Tagen der Woche ihre Pforten zu öffnen. Vielleicht ist das auch hier möglich. Endlich die großen Kaffees, die bisher ihren Gästen deklamatorische und musikalische Vorträge geboten haben; sie sollen im Unterschied von den kleinen Kaffees geschlossen werden. Es wird für die Behörden sehr schwer fallen, den Begriff „große“ und „kleine“ Kaffeehäuser genau festzustellen, ebenso schwer aber auch, ob das Kaffeehaus in erster Linie der Erquickung oder der Unterhaltung diene. Wie wir von einem Kaffeehausbesitzer erfahren, würde er versuchen, die Verträge mit den Künstlern, die auf vierzehn Tage lauten, durchzuhalten, während die kurzfristigen Aufstellungen (Kellner, Wirtschaftspersonal) sofort aufgehoben würden. Also auch hier sehr schwere Folgen!

Sehr umfangreich werden auch die Schließungen der Schulen sein müssen. Bei den staatlichen Schulen — mit Ausnahme der Volksschulen — wird es sich in der Hauptsache um pädagogische Folgen handeln. Man wird aber voraussichtlich die Schüler, die unmittelbar vor den Prüfungen stehen, in einem Klassenraum

weiter unterrichten. Neben den Privat-Hauptschulen werden aber auch namentlich die vielen Handelschulen, die ja nach dem neuen Gesetz auch der Oberaufsicht unterstehen, wirtschaftlich zu leiden haben. Auch ihre Betriebe werden geschlossen werden müssen, wenn nicht die Oberaufsichtsbehörde, die heute nachmittag eine Sitzung abhält, dem Senat Ausnahmen vorschlägt. Diese Schulen sind ja zumeist während des Krieges sehr zurückgegangen und können ihre Schüler in wenigen, wenn nicht gar in einem Raum unterbringen.

So fügen denn auf diese Ausführungsbestimmungen viele durch die Verordnung betroffenen Personen ihre Hoffnung auf eine milde Auslegung der Verordnung. Zwar wird der Senat, der heute mittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentrat, und als ausführendes Organ die Polizeibehörde, billige Rücksichten nehmen und zu nehmen haben. Andererseits wird aber der Senat mit dem Generalkommando die Erreichung des Zweckes der Verordnung im Auge behalten müssen. Wie wir erfahren, werden noch im Laufe des heutigen Tages, bestimmt morgen früh, die Ausführungsbestimmungen zu erwarten sein.

Mißstände beim Kohlenverkauf.

Eine Wienerin schreibt uns: Trotz aller Maßnahmen zur Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohlen bestehen vielfach noch immer die unleidlichsten Verhältnisse. Die Kleinhändler bekommen zwar jetzt mehr Kohlen, füllen dieselben aber sofort nach dem Abladen in bereitgehaltene Säcke und führen dann gleich mehrere Zentner ihren Kunden zu, obwohl diese oft Kohlen in den Kellern liegen haben. Viele Händler erhalten von ihren Kunden pro Zentner 5 bis 6 Kronen, außerdem eine Krone Fuhrlohn! Wie soll da die minderbemittelte Bevölkerung konkurrieren können und Kohle bekommen? Nach stundenlangem Anstellen bekommt die arme Bevölkerung, sowie jene, die während des Sommers keine Kohlen brauchen, da sie mit Gas kochen, nur selten Heizmaterial. Auch das Herbeiholen eines Wachmannes nützt nie etwas, da den Kleinhändlern das Recht zuerkannt wird, für die Kunden so viele Säcke zu füllen, als sie brauchen oder wünschen. Damit müssen sich die Selbstaholer zufrieden geben und können in ihre kalte Behausung zurückkehren. Es wäre an der Zeit, wenn sich die berufenen Behörden für derlei Mißstände interessieren und sich einmal auch der armen, ohnehin so schwer gedrückten Bevölkerung annehmen würden.

Ein Kleinhändler schreibt uns: Wir Kleinhändler haben bisher von der verbesserten Kohlenzufuhr nicht allzuviel verspürt. Vermutlich wandert der Großteil der zugeführten Kohle auf dem Umweg über die Großfirmen oder unmittelbar in die Privathäuser solcher, die es sich leisten können, große Vorräte anzusammeln. Die arme Bevölkerung ist nach wie vor herzlich schlecht daran. Wäre es nicht möglich, solche Wohnungsinhaber, die ohnehin für längere Zeit mit Kohle versorgt sind, bis auf weiteres vom Kohlenbezug auszuschließen? Eine Nachschau in den Kellern würde sich sehr empfehlen. Die Beschränkung des Bezugsrechtes, die beim Mehl und bei der Milch möglich war, müßte mit Rücksicht auf die bedürftige Bevölkerung wohl auch bei der Kohle möglich sein.

Die Beschwerden der Großen und die Opfer der Kleinen.

Ein Familienvater in einer Wiener Vorstadt schreibt: In den Blättern der Finanzwelt, der Kriegsverdiener und dergleichen Leute liest man seit einer Woche unausgesetzt Klagen über die Beschränkungen ihrer Vergnügungen und Unterhaltungen infolge des Kohlenmangels, der zum Sparen auf dem Gebiete der Beleuchtung und Beheizung zwingt. Man könne jetzt keine Empfänge mehr am Abend veranstalten, keine Gesellschaft zu sich laden, keine Schmauserei und kein Gelage wagen, denn in einem Salon sei es, wenn nur eine oder nur wenige Lampen brennen und der Ofen nur schwach geheizt werde, gar nicht gemütlich und es könne dabei jene Stimmung, welche die Leute mit den großen Einkommen zum Durchhalten brauchen, nicht aufkommen. Dazu käme noch die Erschwerung des Theater-, Konzert-, Operetten- und Varietébesuchs. Wie solle da die noble Welt durchhalten können? — Mit solchen Klagen wagt man sich in die Öffentlichkeit in einer Zeit, in der Tausende von Familien weder ihre düstere Behausung durch ein schwaches Lichtlein erhellen noch durch ein wenig Ofenfeuer erwärmen können! In einer Zeit, in der Tausende von armen Kindern und Müttern sich Tag für Tag vor den Kohlen- und Holzhändlern — oft vergeblich! — stundenlang anstellen, um ein paar Stückchen Kohle oder Holz zu erhalten, damit sie sich ihr bißchen Suppe kochen oder einen Speisereft wärmen können! Wenn die noblen Leute Stimmung zum Durchhalten brauchen, dann sollen sie zu uns in die Vorstädte herauskommen! Da finden sie oft in einer kleinen Behausung alles, was sie suchen, auf einmal: Theater, Konzert, Varieté — erschütternde Schauspiele, erhebende Mysterien heldenhafter Aufopferung, „Musikaufführungen“ friererender und hungernder Kinder, Menschen, die nicht zum Spaß bloß, wie im Varieté, sondern aus bitterster Not trotz der Winterkälte nicht viel ausgiebiger bekleidet sind als irgendeine Brettldiva, die dem nobeln Publikum der Unterhaltungsklokale Stimmung macht. Um nicht

frieren, werden von ganzen Familien Ballettvorstellungen gegeben; um den Magen weniger zu spüren, werden die Verordnungen, Resolutionen und Zeitungsartikel über die Zufuhren kilometerweise verschlungen. Und wenn die nobeln Beschwerdeführer Licht brauchen, bei uns in der Vorstadt wird ihnen eins ausgehen; brauchen sie Beheizung, so wird man ihnen einheizen; wissen sie nicht, wohin mit dem angebrochenen Abend, so kann ihnen geholfen werden: Sie sollen uns einladen! Oder sie sollen sich von uns einladen lassen; etwa zum Anstellen oder zu ähnlichen Unterhaltungen. Also nur nicht gleich verzweifeln, ihr bedauernswerten Kreise mit den stochgroßen oder hausgroßen Wohnungen, deren viele Zimmer jetzt, ach, nicht mehr so gemütlich und wohligh, so taghell bei Nacht sein können, wie einst und wie man sich leisten könnte und möchte, wenn man nur dürfte! Lasset euch von uns trösten! Es wird nicht ewig dauern. Wenn wir in der Vorstadt es aushalten, könnt ihr am Schottenring und in den Villenvierteln doch ein bißchen durchhalten, bis es wieder Zigeunermusik, Brettlvergnügungen, Gelage, Empfänge, flammende Luster und dergleichen Lebensunentbehrlichkeiten gibt. Wir heraußen versuchen es bis dahin abwechselnd mit Braten oder Sauerkraut, Sauerkraut oder Braten.

Kohlenlagerplatz Westbahnhof

Zunächst die nüchterne Tatsache. Die Gemeinde Wien läßt an die Bevölkerung an mehreren Verkaufsstellen, so in der Josef Christgasse, am Margarethen-gürtel, beim Nordwestbahnhof und Westbahnhof, Braunkohle abgeben. Zumal die Lagerplätze des Westbahnhofes sind jetzt zum Wallfahrtsorte von Tausenden geworden, weil sich dort, wo der reiche „Brillantengrund“ ein Ende hat, mit der Wegscheide „Hühnhaus“ ein besonders dicht bevölkertes Hinterland der Armut öffnet. Hunger tut weh, aber die Wärme ist unmittelbares Leben, und die Hände, die Nahrung schaffen müssen, sei es auch nur Nahrung für die nächste Stunde, dürfen nicht steif gefroren sein. Die Leute wollen doch hier und da zu Hause etwas Warmes essen, und die Kinder schon gar; die Kinder, die weiß Gott an den Kriegsnöten gar so unschuldig sind.

Da draußen an dem fahlen Häusergebiet, das von der Gasgasse und Zwölfgasse begrenzt wird, ist's noch lange nicht Tag, wenn sich die ersten Reihen ordnen. Um 5 Uhr, manchmal um 1/5 Uhr früh, halten sich die Armen zu Häufchen; längs jener endlos scheinenden Holzplanke, die sich von der Gasgassen-Ecke fast bis zur Schweglerbrücke dehnt. Es sind gewissermaßen die Verb-truppen des unabsehbaren Feermurmes, der von einer Viertelstunde zur anderen mächtig anschwillt, aus hundert Vorstadttrigen unablässig aufgefüllt. Die Gnaden-pforte aber, die zur „Kassa I“ oder „Kassa II“ führt, ein armseliger Durchlaß in einem Brettergerüst, wird keinesfalls vor 1/8 Uhr geöffnet.

Kinderwagen und Kodeln und wieder Kinderwagen und Kodeln sind der „Troin“ dieser Tapferen. „Zu dem hat mi mei Mutter se ber g'führt,“ erklärt ein Mädchen, das man für zwölfjährig halten muß, obwohl es schon ein „Fräulein“ ist. Solche billige Korb-gelechte auf Rädern tragen heute Kinder und morgen Kohle... Und die lustigen, lebensfreudigen Kodeln! Buben und Mädchen sieht man, die über den Rufen ein-geschlafen sind; ist es doch noch so lange bis zur Kohlen-Ordinationsstunde der Gemeinde Wien. Wißt ihr, Kinder reicher Leute, wenn ihr auf so einem Zeug die Gänge des Semmering jauchzend bergab fahrt, daß es so was gibt?

Um 1/8 Uhr kommt die Erlösung. Sie zwängen sich durch die engen Bretter, die „Kleinen“, denn diese Gasse ist nur für jene bestimmt, die eine Höchstmenge von 25 Kilo Kohle erstehen. Ein brauner Zettel mit dem Aufdruck „Tor-Kontrolle“ gibt das Geleite und durch lange Bretterverschläge geht's an der Kasse vorbei, eng wie durch einen Schützengraben, zu den Aufsätzen. Eigene Stände für solche, die 12 1/2 Kilo und 25 Kilo erhalten, empfangen die Atemlosen. Wie Musik klingt ihnen das Rieseln der Kohlen, die vom turmhohen Auf-bau, wie von einem Getreide-Elevator in die mitgebrach-ten Säde und — Waschkörbe stürzen.

100 Kilo K 2.80. Es gibt auch Glückliche, Beneficete die ganze 4 bis 5 Zentner bezahlen können, ja noch mehr, viel mehr und die daher mit Handwagen und Streif-wagen des Weges kommen. Dieser „nobeln“ Auffahrt ist die Gasgasse eingeräumt und der Anblick des ange-stellten „Wagenparks“ ist merkwürdig genug. Die Kodeln sind hier größer, die Kinderwagen werden bis zum Rand gefüllt, die Leute leiten sich den Lurus, oft „bloß eine Stunde“ warten zu müssen. Dann geht's mit dem Leeren Gefährt in eine Bretterbude, wo der Wag-meister die Tara feststellt und bescheinigt und von dort gradenwegs auf ein Kohlengleise zu, wo ein altersschwa-her, rostiger Waggon mit Braunkohle wartet. Die Not macht solidarisch; Männer, Frauen, alle helfen einander, jeder greift selbst nach Schaufel und Kohlengabel.

Muß es aber sein — diese Frage drängt sich dem Beobachter gebieterisch auf? Warum torat die Gemeinde nicht für eine Vermehrung der Kohlenlager-plätze und auf den Plätzen selbst für raschere Abfertigung der Wartenden durch Vermehrung der Kassen und Wage-zäume? Kommt es der Stadt Wien auf die haar ein-fachen Bretterverschläge an? Werden die Frauen und Mädchen, die dort Kohlen schaufeln müssen, weil sie Kunden der Gemeinde sind, diese Arbeit nicht ebenso gut machen, wenn sie Angestellte der Gemeinde sind.

Die Kohlenversorgung Hollands und Skandinaviens.

Die Seesperre, die seit 14 Tagen über England verhängt ist, hat die Kohlenfrage für Holland und die skandinavischen Staaten zu einer der brennendsten und schwierigsten gestaltet. Man versteht, daß mit dem Schließen des eisernen Ringes unserer U-Boote um die beiden Inseln des Vereinigten Königreichs die schon lange recht zweifelhafte britische Kohlenzufuhr nach jenen Ländern sozusagen automatisch abstoppte.

Holland zwar bezog schon vor dem Kriege das Hauptkontingent seines Kohlenbedarfs aus dem benachbarten rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk, dessen günstige Transportmittel auf dem Rhein diesen Import als am zweckmäßigsten und billigsten gewährleisteten. Norwegen dagegen und in mindererem Maße Dänemark hielten sich ihre Kohlen vor allem aus England. Die Kriegsumstände und die Engländer zwangen diese Länder gar, ihren Bedarf an Kohlen fast ausschließlich bei unserem energischsten Feinde zu decken. Für Schweden hielt sich die Frage noch tief in den Krieg hinein einigermaßen stationär. Das obereschlesische Kohlenrevier war für dieses Land die gegebene Bezugsquelle; das praktische Kanalfiktionsnetz der Ober- und ein vorteilhafter Eisenbahntarif gestalteten den Abtransport der Kohlen nach Schweden billig und schnell, zumal Eisenbahnfähren zwischen Aus- und Einfuhrland die Uebermittlung noch erleichterten.

Der unbeschränkte U-Boot-Krieg hat nun diese einigermaßen stabilen Verhältnisse jäh beendet. Die ganz unkontrollierbaren Geräusche, die jeden Tag, fast jede Stunde einander widerlegen, kennzeichnen die verworrene Lage der Kohlenversorgung. Wir haben daher bei der hiesigen zuständigen Stelle und bei den Berliner diplomatischen und Handelsvertretern jener kohlenbedürftigen Länder Erkundigungen eingezo-gen, die folgendes Bild ergeben:

Die kluge und unvoreingenommene holländische Regierung weiß, daß Industrie und Schifffahrt ihres Landes den Betrieb einstellen müssen, wenn die Kohleneinfuhr aus Deutschland aussetzt oder auf ein Minimum zurückgeht. Und darum löste sie überraschend prompt und geschickt im Verein mit unseren dazu bestellten Vertretern das beinahe hoffnungslose Problem. Holland hatte in normalen Jahren einen jährlichen Kohlenbedarf (inkl. Bunkerkohlen) von ungefähr 15½ Millionen Tonnen. Die Staatsminen der Niederlande bei Limburg förderten bisher nur etwas über 200 000 Tonnen im Monat (neuerdings ist es rastlosen Bemühungen gelungen, diese Förderung auf etwa 300 000 Tonnen zu steigern). Wenn unserem Nachbarstaate, nach strengster Rationierung seines Kohlenbedarfs durch Einschränkung des Verkehrs und der Lichtproduktion, immerhin noch ein unumgänglicher Konsum von etwa 650 000 To. im Monat verblieb, so mußte es streben, den noch verbleibenden Fehlbedarf von annähernd 350 000 To. durch Bezug aus Deutschland sicherzustellen; denn England schied seit dem 1. Februar d. J. als Kohlenlieferant vollkommen aus.

Die Kohlenlieferung ist eine reine Transportfrage. Im Einvernehmen mit unserer Regierung wurden daher im Haag zwei Transportzentralen gegründet, eine deutsche und eine holländische, die Hand in Hand arbeiten. Da unsere Bestellung des erforderlichen rollenden Materials aus bekannten Gründen beschränkt ist, hat sich die holländische Regierung bereit erklärt, die erforderliche Zahl Wagen zum Abtransport der Kohlen, des Stahls und sonstigen von Deutschland zu liefernden Materials selbst zu stellen. Sie will auch den nötigen Schiffsatz nach den in Betracht kommenden Häfen der nieder-rheinischen Kohlenlager entsenden. Obendrein ist erwogen worden, eine hinreichende Anzahl heimischer Arbeiter zum Löschen der Frachten den Direktionen der liefernden Sechen zur Verfügung zu stellen. Personal, das von der holländischen Regierung selbst verpflegt werden wird. Auf dieser Basis muß und wird es gelingen, Holland mit der nötigen Menge Kohlen usw. zu versorgen.

Daß insbesondere für die niederländische Schifffahrt diese Regelung eine Existenzfrage war, braucht nicht besonders betont zu werden. Die holländischen Dampferlinien, die den Verkehr mit den Kolonien und Amerika vermitteln, müßten sonst ihren Betrieb vollkommen einstellen. In England können sie nicht mehr Kohlen. Die nächste Station zur Einnahme von Bunkerkohle auf dem Wege nach Niederländisch-Indien liegt am Panama-Kanal; denn diese Route bleibt den Indiensfahrern nur mehr übrig, da das Mittelmeer verrammelt ist und der Umweg über das Kap der Guten Hoffnung die Reise verlängern und stark verteuern würde. Im Stillen Ozean finden sich weitere Gelegenheiten zum Kohlen, sei es auf Java selbst, sei es in Honolulu und in Guam (Bismarck-Archipel). Mit den nötigen Bunkerkohlen für die Heimreise werden die Indiensfahrer durch die zahlreichen Staatsminen Niederländisch-Indiens versorgt. Die Zusagen Deutschlands gewährleistet also Holland den, abgesehen von der Bewahrung vor größeren Arbeitseinstellungen durch Fehlen des wichtigen Brennstoffes, den hochwertigen Indiensdienst, wenn — England nicht wieder mal einen Strich durch die holländische Rechnung macht. Der holländische Lokalverkehr nach England ist heute ganz eingestellt.

Die Frage der Kohlenversorgung Norwegens und Dänemarks ist augenblicklich ganz ungeklärt. Die Meldung, Norwegen sei imstande, sich hinreichend aus den Kohlenlagern auf Spitzbergen zu versorgen, wird sowohl von deutscher amtlicher Seite, wie von der hiesigen norwegischen Gesandtschaft als glatter Unsinn bezeichnet. Jene Bergwerke fördern heute nur ein winziges Quantum, das knapp für ein paar Reisen langt. Englische Kohle kommt für die skandinavischen Länder nicht mehr in Frage. Ernsthaftige Verhandlungen mit Deutschland sind demnach für ihre Regierungen geboten. Norwegen freilich hat sich zurzeit ganz auf „Abwarten“ eingestellt. Die Ueberseeelinen feiern, der augenblickliche Lokalverkehr mit England ist unterbunden. Nur ein paar waghalsige Tramp-Reeder mögen der deutschen Blockade zu spotten versuchen. Wenn sie erst einmal merken, daß ihre Herausforderung unserer U-Boote doch eine recht kostspielige Sache ist, werden sie wohl sehr rasch die wilden Fahrten einstellen. Man schätzt den monatlichen Mindestkohlenbedarf Norwegens auf 200 000 Tonnen, den Dänemarks auf etwa 150 000 Tonnen. Selbstverständlich wird sich die deutsche Regierung nur zur Lieferung der dort so bitter nötigen „schwarzen Diamanten“ bereithalten lassen, wenn die bedürftigen Länder in ähnlicher Weise wie Holland durch Stellung von Transportmitteln uns entgegenkommen würden.

Schweden schließt mit uns seit etwa Jahresfrist regelmäßig für drei Monate Verträge auf Kohlenlieferungen ab. Die betreffende Stelle in Stockholm ist die Staatshandelskommission, in Deutschland die Kohlenverteilungsstelle-Ost. Die Verhandlungen für das laufende Vierteljahr schweben noch. Der schwedische Kohlenbedarf beträgt etwa 150 000 Tonnen im Monat, den wir zurzeit natürlich nicht voll decken können, da die schwierigen Transportverhältnisse (auch Schweden leidet empfindlich unter dem Mangel an rollenden Material) eine volle Ausnutzung der obereschlesischen Mineralschätze verhindern.

Dr. O. H—r.

16. / 11. 1917

18

Die Kohlenfrage im Landtagsauschuß.

Der Bergetat beschäftigte gestern die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses. Der Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der Staatsbergwerke erheblich gestiegen seien und zwar infolge höherer Löhne und geringeren Abjages bei den Steinkohlen. Im Blei- und Erzbergbau und im Hüttenbetrieb sei glänzend gearbeitet worden. Er stellt ausdrücklich fest, daß die Steinkohlenwerte nicht nur das Inland, sondern auch das in Betracht kommende neutrale Ausland voll mit Kohle versorgen könnten. Schwierigkeiten beständen nur hinsichtlich der Abfuhr und wenn Störungen eingetreten sind, so sei das lediglich die Folge der schwierigen Transportverhältnisse. Bezüglich des Kalibergbaus betonte er, daß auch nach dem Kriege uns das Welthandelsmonopol bleiben würde. Ein fortschrittlicher Abgeordneter nahm Stellung gegen die übermäßige Kohlenpreistreiberei, die nicht durch die Erzeugungskosten gerechtfertigt sei und verlangte das Eingreifen des Ministers, der namentlich beim Kohlensyndikat mäßigend wirken könne. Er fragt die Regierung, wie sie sich zur eventuellen Festsetzung von Kohlenhöchstpreisen stelle — eine Frage, die leider unbeantwortet blieb. Der Minister führte aus, daß infolge der Beteiligung des Staates an den Syndikaten natürlich ein Einfluß auf die Preisgestaltung vorhanden sei. Vor jeder Erhöhung der Kohlenpreise müsse dem Ministerium Mitteilung gemacht werden. Er habe sich die jüngste Kohlenpreiserhöhung lange überlegt, die Erhöhung sei ja nicht so bedeutend, aber auf dem Wege bis zum Verbraucher trete natürlich eine weitere Verteuerung ein. Dabei erwähnte er, daß man z. B. in Berlin für ein Gespann zur Kohlenabfuhr täglich 100 M. beanspruche. Der Sozialdemokrat bedauerte, daß jetzt alle Mitteilungen über die Höhe der Förderung fehlen, was natürlich auf den Kohlenpreis einwirke. Die Kohlenpreise seien viel zu hoch. Das Interesse der Allgemeinheit wurde nach seiner Meinung bei der letzten Kohlenpreiserhöhung nicht genügend gewahrt. Neben den Höchstpreisen hätten vor allem Verkaufspreise festgesetzt werden müssen. Er warnt davor, etwa zum 1. April eine weitere Erhöhung der Preise vorzunehmen. Der Minister wies nochmals darauf hin, daß die Kohlenpreiserhöhung, wie sie vorgenommen sei, den Werken keine übermäßigen Vorteile verschaffe, namentlich, wenn man die starken Kohlenpreiserhöhungen in England berücksichtige. Ein Nationalliberaler stellt fest, daß die Kohlenpreiserhöhungen sehr minimal seien. Die Herstellungskosten seien gewaltig gestiegen, die Selbstkosten würden meistens gar nicht gedeckt. Das Arbeitsmaterial habe sich verschlechtert, die Leistungen gingen herab, deswegen mußte die Preiserhöhung kommen. Es sei eine Übertreibung, von einer Preiserhöhung zu sprechen, die für die Allgemeinheit schädlich sei. Er verlangte dann, daß die Staatsregierung dem Aufkauf mitteldeutscher Braunkohlenfelder durch ausländische Kohlenmagazinen größte Aufmerksamkeit widmen möchte. Der Minister machte längere Ausführungen über die Beteiligung ausländischer Kapitalisten am mitteldeutschen Braunkohlenmarkt. Das Eindringen dieser Ausländer in die Braunkohlenindustrie habe diese selbst verschuldet. Der Staat verfolge die Entwicklung aufmerksam, aber es sei schwierig, hier Hilfsmassnahmen zu ergreifen; solle man etwa dem Staat Einfluß auf den Anlauf sichern — das würde große Mittel erfordern — oder solle man ein Reichshandelsmonopol schaffen?

Ein Zentrumsredner erklärt, gegen die Preispolitik habe seine Partei bis jetzt nichts einzuwenden, gegen übermäßige Steuererhöhung würde ja die Staatsregierung nun einschreiten. Der Sozialdemokrat bedauert nochmals, daß der Staat so wenig Einfluß auf den Braunkohlenbergbau habe, dort werde jetzt vielfach Raubbau getrieben.

Damit waren die Einnahmen erledigt, die Beratung der Ausgaben wurde vertagt.

17./IV. 1917

Die Sommerzeit 1917.

Ueber die Festsetzung der Sommerzeit für 1917 wird jetzt amtlich folgendes mitgeteilt:

„Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. Februar 1917 wird auch für das laufende Jahr die Sommerzeit eingeführt. Sie beginnt am 16. April, vormittags 2 Uhr (mitteleuropäische Zeit) und endet am 17. September vormittags 3 Uhr (Sommerzeit). Zu dem erstgenannten Zeitpunkt werden die öffentlichen Uhren um eine Stunde vor, zu dem letztgenannten um eine Stunde zurückgestellt. Am Vormittage des 17. September erscheint danach die Stunde von 2 bis 3 Uhr doppelt; die erste dieser Stunden trägt die amtliche Bezeichnung 2 A (2 A 1 Min. usw. bis 2 A 59 Min.), die zweite amtliche Bezeichnung 2 B (2 B 1 Min. usw. bis 2 B 59 Min.)

Die Früherlegung des Sommerabschnittes gegenüber dem Vorjahre ermöglicht eine noch bessere Anpassung an die tatsächlichen Lichtverhältnisse. Tag und Stunde des Uebergangs zur Sommerzeit sind mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebs gewählt worden.

Die Sommerzeit hat sich im Vorjahre bewährt und insbesondere die erwarteten Ersparnisse an künstlicher Beleuchtung gebracht. Gewisse Nachteile, über die geklagt wurde, können zum größten Teile, insbesondere durch geeignete Verlegung der Eisenbahnzüge in den Morgenstunden sowie durch zweckmäßige Änderungen des Schulbeginns (Beibehaltung des Winterstundenplans während des Sommers) behoben werden.“

Ueber die Wahl des 16. Aprils und des 17. Septembers als Anfang- und Endtag der Sommerzeit erfahren wir noch folgendes: Biefen wird die Wahl dieser Tage etwas sonderbar vorkommen. Warum gerade der 16. April und warum gerade der 17. September? Wie wir erfahren, ist die Wahl dieser Tage aus Rücksichten auf den Eisenbahnverkehr zu erklären. Die Eisenbahnverwaltungen haben gewünscht, daß der Beginn der Sommerzeit nicht mehr mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans der Eisenbahn zusammenfallen möchte, und daß der Uebergang in die Sommerzeit und weiter der Uebergang aus der Sommerzeit in die Winterzeit, wenn es irgend ginge, in der Nacht von einem Sonntag zum Montag erfolgen möchte. Durch die Wahl der genannten Tage sind diese Wünsche erfüllt. Der 15. April und der 16. September sind Sonntage. In den ersten Stunden des darauf folgenden Montages, also am 16. April und 17. September, wird die Sommerzeit anheben und die Winterzeit wieder in ihre Rechte treten.

Die Frage der Kohlenversorgung.

N. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Der Berg.-Stat. be-
schäftigte die Staatshaushaltskommission des
Abgeordnetenhauses. Ein konservativer Abgeordneter verlangt
Auskunft, wie die Kohlenversorgung geregelt sei. Für die Land-
wirtschaft müsse jetzt in erster Linie gesorgt werden, um das Aus-
brechen zu beschleunigen. Er wünsche ferner Auskunft, ob nach
dem Kriege eine größere Kali-Ausfuhr zu gewärtigen sei.
Der Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der
Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der
Staatsbergwerke erheblich gestiegen seien und zwar infolge
höherer Löhne und geringerer Abfälle bei den Steinlöhlen. Im
Vlei- und Erzbergbau und im Hüttenbetriebe sei glänzend
gearbeitet worden. Er stellte ausdrücklich fest, daß die
Steinlöhlenwerke nicht nur das Inland, sondern auch
das in Betracht kommende neutrale Ausland mit
Kohlen versorgen könnten. Schwierigkeiten be-
ständen nur hinsichtlich der Abfuhr, und wenn Stö-
rungen eingetreten sind, so sei das lediglich die Folge der
schwierigen Transportverhältnisse. Bezüglich des Kaliberg-
baues betonte er, daß auch nach dem Kriege uns das Wel-
handelsmonopol bleiben würde. Ein Volksparteiler
nahm Stellung gegen die übermäßige Kohlenpreistreiberi, die
nicht durch die Erzeugungskosten gerechtfertigt sei, und ver-
langt das Eingreifen des Ministers, der namentlich bei dem
Kohlenyndikat mächtigere wirken könne. Er fragt die Regie-
rung, wie sie sich zu der event. Festsetzung von Koh-
lenhöchstpreisen stelle, — eine Frage die lei-
der unbeantwortet blieb. Der Minister führte aus,
daß infolge der Beteiligung des Staates an den Syn-
dikaten natürlich ein Einfluß auf die Preisgestaltung
vorhanden sei. Vor jeder Erhöhung der Kohlen-
preise müsse dem Ministerium Mitteilung gemacht werden.
Er habe sich die jüngste Kohlenpreiserhöhung lange überlegt.
Die Erhöhung sei ja nicht so bedeutend, aber auf dem Wege bis
zum Verbraucher trete natürlich eine weitere Verteuerung ein.
Dabei erwähnte er, daß man z. B. in Berlin für ein Geschirr
zur Kohlenabfuhr täglich 100 Mark beanspruche. Ein So-
zialdemokrat bedauerte, daß jetzt alle Mitteilungen über
die Höhe der Förderung fehlen, die natürlich auf den Kohlen-
preis einwirkten. Die Kohlenpreise seien viel zu hoch. Das
Interesse der Allgemeinheit ist nach seiner Meinung bei der
letzten Kohlenpreiserhöhung nicht genügend gewahrt worden.
Neben den Richtpreisen hätten vor allem Verkaufspreise
festgesetzt werden müssen. Er warnt davor, etwa zum 1. April
eine weitere Erhöhung der Preise vorzunehmen. Der Mini-
ster wies nochmals darauf hin, daß die Kohlenpreiserhöhung,
wie sie vorgenommen sei, den Werken keinen übermäßigen Vor-
teil verschaffe, namentlich wenn man die starke Kohlenpreiser-
höhung in England berücksichtige. Ein nationallibera-
ler Redner stellt fest, daß die Kohlenpreiserhöhungen sehr
minimal seien. Die Gestehungskosten seien gewaltig ge-
stiegen. Die Selbstkosten würden meistens gar nicht bedacht.
Das Arbeitsmaterial habe sich verschlechtert, die Leistungen
gingen herab. Deswegen habe die Preiserhöhung kommen
müssen. Es sei eine Übertreibung von einer Preiserhöhung
zu sprechen, die für die Allgemeinheit schädlich sei. Er ver-
langt, daß die Staatsregierung dem Aufkauf mitteldeutscher
Braunkohlenfelder durch ausländische Kohlenmagnaten größte
Aufmerksamkeit widme.

Der Minister macht längere Ausführungen über die
Bestrebungen ausländischer Kapitalisten in den
mitteldeutschen Braunkohlenbetrieben in den
zu fassen. Das Eindringen dieser Ausländer in die Braun-
kohlenindustrie habe diese selbst verschuldet. Der Staat ver-
folge die Entwicklung aufmerksam, aber es sei schwierig, hier
Abhilfemaßnahmen zu erarbeiten. Sollte man etwa dem Staate
Einfluß auf den Verkauf sichern? Das würde große Mittel
erfordern, oder solle man ein Reichsmonopol schaffen?

Ein Zentrumredner erklärt, gegen die Preis-
politik habe seine Partei bis jetzt nichts einzuwenden. Gegen
übermäßige Steuerungen möge die Staatsregierung nur ein-
schreiten. Der Sozialdemokrat bedauert nochmals, daß
der Staat so wenig Einfluß auf den Braunkohlenabbau habe.
Dort werde jetzt vielfach Raubbau getrieben.

Damit sind die Einnahmen erledigt. Die Verzinsung der
Ausgaben wird vertagt.

Sächsisches Kohlenregal.

O. Aus Sachsen, 14. Febr. Die sächsische Regierung will
bekanntlich ein Kohlenregal einführen und wird einen
entsprechenden Gesetzentwurf dem im März oder April zu-
sammentretenen Landtage vorlegen. Der Entwurf ermäch-
tigt die Regierung sämtliche noch freien Kohlenfelder zu er-
werben und entweder selbst abzubauen oder das Abbaurecht
an andere Unternehmer zu übertragen. Es sollten bei der
Bewirtschaftung der Kohlenfelder nicht vorwiegend fiskalische,
sondern Interessen des Gemeinwohls und besonders der säch-
sischen Industrie berücksichtigt werden. Die Regierung ver-
langt das Regal, um der Preistreiberi im Handel
mit Kohlenfeldern ein Ende zu machen. Dieser Preistre-
iberi tritt ein bereits vom letzten Landtage beschlossenes
Sperrgesetz entgegen, das Ende Oktober d. J. erlischt. Bis
dahin muß der Landtag sich über das Regal schlüssig gewor-
den sein.

17. IV. 1916

(Die Kohlenversorgung.) In der letzten Gemeinderatssitzung wurde in dem Referate über die beabsichtigte Einschränkung des Straßenbahnverkehrs auch auf die Beeinträchtigung der Kohlenversorgung infolge der unzureichenden Kohlenzufuhren aus Deutschland verwiesen. Dabei spielt auch dort die Erweiterung der Versorgungsgebiete, zu welchen sich jüngst nach den telegraphischen Meldungen Holland und Dänemark gesellten, eine entscheidende Rolle, ganz abgesehen davon, daß die Transporte im allgemeinen den gleichen Schwierigkeiten begegnen wie in andern Staaten, und daß die Wagenbestellungen den Anforderungen nicht entsprechen. Speziell in Wien hat sich die oberschlesische Hausbrandkohle eingebürgert und in normalen Zeiten dürften von der zu Hausbrandzwecken verwendeten Kohle 90 Prozent oberschlesischer Provenienz sein. Im Jahre 1913 sind aus Oberschlesien gegen 1,200,000 Wagen Kohle nach Oesterreich gebracht worden, diese Transporte sind jedoch auf 30 Prozent herabgesunken. Was die Kohlenversorgung der städtischen Elektrizitätswerke betrifft, so hat bekanntlich Arbeitsminister Freiherr v. Trnka die Kohlenwerksunternehmungen zur Lieferung von Kohle an die Elektrizitätswerke verpflichtet. In Betracht kommen, wie wir hören, fast alle Kohlengesellschaften im Mährisch-Ostrauer Revier und der böhmischen Kohlenreviere, welche Teilquantitäten zu liefern haben.

Die Kohlennot und die Theater.

Budapest, 16. Februar.

Die Kohlenzufuhr nach Budapest kann bekannterweise nicht mit der erwünschten Schnelligkeit gesteigert werden, so daß in kompetenten Kreisen weitere Einschränkungen des Kohlenverbrauches in Erwägung gezogen wurden. Wie wir aus eingeweihten Kreisen erfahren, wurde es bei der Verteilung des verfügbaren Kohlenquantums festgestellt, daß trotz der erhöhten Zufuhr die Deckung des Bedarfes der Spitäler, Kliniken und auch anderer Institutionen, welche dringendsten öffentlichen Interessen dienen, nicht entsprechend gesichert werden konnte. Der Bedarf dieser Institutionen, sowie auch jener der kleinen Privatkonsumenten muß in erster Reihe durch die zu gewärtigende Kohlenzufuhr gedeckt werden, was aber nur durch eine zeitweilige weitere Beschränkung des Kohlenverbrauches gesichert werden kann.

Aus diesem Grunde beschäftigen sich die kompetenten Faktoren mit der Frage, ob es nicht unumgänglich notwendig erscheint, bis zu der erhofften weiteren Steigerung der Kohlenzufuhr einstweilen die Vorstellungen der Theater, Kinos und ähnlicher Etablissements einzustellen und die noch offenen Bildergalerien usw. zu schließen.

Uebrigens werden auch Verhandlungen in der Richtung gepflogen, daß die Vereine, Klubs, Casinos usw. verpflichtet werden sollen, ihre sämtlichen Räumlichkeiten, die zur Aufnahme von Mitgliedern oder Gästen dienen, um 11 Uhr abends zu schließen.

Um ferner zu verhüten, daß über die Sperrstunde hinaus in zu diesem Zwecke in Anspruch genommenen Privatwohnungen die geselligen Zusammenkünfte solcher Vereinigungen fortgesetzt werden, trägt man sich mit dem Gedanken, anzuordnen, daß nach 11 Uhr abends auch in Privatwohnungen nicht derartige Gäste aufgenommen werden dürfen, deren dortiger Aufenthalt außerhalb des Rahmens normaler Gastlichkeit liegen würde.

Die amtlichen Kreise, die sich mit der Frage befassen, hoffen, daß bei gleichzeitiger tunlichster Steigerung der Kohlenzufuhren diese radikalere provisorischen Beschränkungen des Kohlenverbrauches die baldigste Abstellung der aus dem Gesichtspunkte der allgemeinen Interessen so gefährlichen Kohlennot ermöglichen werden.

Die neuen Beschränkungen, die geplant sind, würden, auch wenn sie zur Durchführung gelangen, nur so lange in Kraft bleiben, als der Druck der Kohlennot andauert, und mit der Besserung der Lage würden sie sofort außer Kraft gesetzt werden.

Die Kohlenzufuhr der Hauptstadt.

Der Magistrat veröffentlicht folgendes: Seit dem 12. Februar stellt das Militär täglich 150 zweispännige, 50 vierspännige Wagen und vier Lastenautomobile zur Zustraffung der Kohle zur Verfügung; die Leistungsfähigkeit der zweispännigen Wagen ist fünf, die der vierspännigen Wagen zehn Meterzentner. Der größte Teil der Wagen wird zur Deckung des Kohlenbedarfes der Militärspitäler in Anspruch genommen, ungefähr vierzig Wagen streifen den Kleinhändlern die Kohle zu, zwei Automobile transportieren die Kohle der Hauptstadt und vierzehn Wagen stehen den Gaswerken zur Verfügung. Private mögen sich nicht an die Bahnhofsexpositur, sondern an das Militärkommando im Lattersall um Wagen wenden, die jedoch nur solchen Privaten Fuhrwerke zur Verfügung stellt, die die Kohle bereits gekauft haben. Außerdem achtet die Militärbehörde darauf, daß nur solche die verhältnismäßig billigen Fuhrwerke erhalten, die teuere Fuhrwerke nicht bezahlen können.

17./II. 1917

I (Die böhmische Herrschaft im deutschen Braunkohlenbergbau.) Aus Berlin, 16. d., wird telegraphiert: In der Staatshaltungskommission des Abgeordnetenhauses betonte bei Verhandlung des Stats der Berg- und Hüttenverwaltung der Vertreter des Staatsministeriums bezüglich des von vielen Seiten beklagten Eindringens böhmischer Firmen in den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, daß die Schuld hieran in der Hauptsache den Braunkohlenbergbau selbst treffe, der es nicht verstanden habe, sich rechtzeitig zusammenzuschließen, um das Eindringen fremder Elemente zu verhindern. Eine Hilfe der Staatsregierung könnte nur durch den Erwerb der Braunkohlenfelder seitens des Fiskus oder durch die Bildung eines Zwangs-syndikats erfolgen, was man nur im äußersten Notfall tun würde. Der Braunkohlenbergbau müsse sich eben selbst helfen, sich von kleinen Gesichtspunkten freimachen und zum Zusammenschluß im großen Maßstab entschließen.

Betrug beim Kohlenwägen.

Vor dem Bezirksgericht Jolestadt war gestern die Kohlenhändlerin Thessa W i c h e r wegen Betruges angeklagt. Am 20. Dezember waren vor ihrem Laden viele Kunden angestellt, denen sie je einen Achtelzentner (12½ Kilogramm) Kohlen rechnete. Sie gab aber jedem Kunden nur 70 Dekagramm zu wenig. Sie hat nämlich auf die eine Seite der

Wage 13 Kilogrammgewichte gelegt; auf der anderen Seite stand ein Korb, in den die Kohlen eingewogen wurden. Der Korb wog aber ein Kilogramm zwanzig Dekagramm, so daß die Kunden statt 12½ Kilogramm nur 11 Kilogramm 80 Dekagramm bekamen. Der Bachmann Franz D a w l i c e l erklärte in der Anzeige, es seien damals etwa zweihundert Kunden um je 70 Dekagramm betrogen worden. Als er die Kohlenhändlerin zur Rede gestellt habe, habe sie ihm zugerufen: „Zeigen S' mich nur an, Sie sollen kein Glück haben!“ Wegen dieser Aeußerung war sie wegen Wachebeleidigung angeklagt. Zur Verhandlung kam sie nicht. Bei der Polizei hat sie angegeben, daß sie bei dem großen Andrang ganz vergessen habe, das Gewicht des Korbes zu berücksichtigen. Bachmann D a w l i c e l erklärte als Zeuge, die Wicher dürfte schon mehrere Tage vorher auf die gleiche Weise vorgegangen sein. Bezirksrichter Dr. P o h l verurteilte die Angeklagte trotz ihrer Unbescholtenheit zu drei Monaten strenger A r r e s t s. Als erschwerend nahm er an, daß es die Vermissten der Armen waren, die durch die Wicher empfindlich geschädigt wurden.

Vor demselben Gericht war die Kohlenhändlerin Klara K u h aus der Schlüsselgasse wegen Betruges angeklagt, weil sie der Bedienerin Antonie B o g l e r statt 25 nur 21 Kilogramm Kohlen gegeben hat. Die Angeklagte erklärte, daß sie sich im Drange des Geschäftes geirrt habe; es seien damals in ihrem Laden viele Leute gewesen. Die Zeugin Bogler gab aber an, es habe kein besonderes Gedränge gegeben. Bezirksrichter v. S e l l m e r verurteilte die Angeklagte zu einer Woche strenger A r r e s t s.

Die Kohlennot und der Straßenbahnverkehr.

Die Entscheidung des Ministerrates über die Versorgung der städtischen Elektrizitätswerke Wiens mit Kohlen hat bisher einen sichtbaren Erfolg nicht erzielt.

Vorläufig müssen noch immer die städtischen Gaswerke ausheffen, damit die unbedingt nötige Strommenge erzeugt werden kann. Das ist aber nur noch durch eine kurze Zeit möglich. Aber es kann erwartet werden, daß ehestens die regelmäßigen Zufuhren der zugesicherten Kohlenmenge erfolgen, da die Verladearbeiten bereits im Zuge sind. Die gutmütigen Wiener haben sich in die neuen Verkehrsmaßnahmen willig gefügt. Das darf niemanden zu dem Glauben verleiten, daß namentlich der frühere Betriebschluß um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr nicht von einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung ungemein hart empfunden wird. Die Elektrizitätswerke und die Straßenbahndirektion müssen denn auch unbedingt darauf achten, daß bei günstiger Kohlenzufuhr der Verkehr in den Abendstunden eine weitere Ausdehnung erfährt. Das wird — alte Erfahrungen machen mißtrauisch — aber nur dann erfüllt werden, wenn die beiden Werke unter ständiger Ueberwachung bleiben. Es wird darum gut sein, wenn man den Obmännern der gemeinderätlichen Vereinigungen täglich mitteilt, wie sich am Tage vorher die Kohlenzufuhr gestaltet hat. Dann wird eine Verschlechterung des Verkehrs, etwa aus anderen Ursachen als aus dem Mangel an Kohlen, nicht zu einer Zeit fortbauern können, da der Kohlenmangel bereits behoben ist.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen hat schon die ersten Einschränkungen mit dem schlechten Zustand der Wagen und dem Mangel an geschulten Arbeitskräften begründet. Man hat Anlaß, anzunehmen, daß sie diese Gelegenheit benützen wird wollen, um die Verkehrseinschränkung am Abend zu einer dauernden zu gestalten. Das rasche Aufeinanderfolgen von Straßenbahnunfällen aber sagt uns, daß sich die Direktion mit dem Troste, es seien keine Arbeiter zu bekommen, nicht mehr länger abfinden darf. Sie muß sich Arbeiter verschaffen und muß schadhast gewordene Wagen, Bremsen und anderes wieder instand setzen. Freilich müßte sie sich entschließen, die gegenwärtig üblichen Löhne bedeutend zu erhöhen, und den Arbeitern die Bewegungsfreiheit verbürgen, die ihnen der berühmte Spängler-Erlaß von Neumayers seligen Zeiten abgesprochen hat. Die alten Sünden, die von der selbstherrlichen Direktion der Straßenbahnen an den Arbeitern begangen wurden, sie rächen sich jetzt. Der verlumpte Wagenpark kann nicht ausgebessert werden, denn die wenigen Arbeitskräfte, die noch auf dem Arbeitsmarkt zu haben sind, haben es nicht nötig, ihre Arbeitskraft auf der Plantage Spängler zu verkaufen. Die Bevölkerung muß aber das nun durch einen elenden Straßenbahnverkehr büßen. Ihn zu beschönigen darf nicht etwa der Kohlenmangel mitherangezogen werden, wenn er bereits behoben sein sollte. Darüber zu wachen ist Pflicht der Obmänner der gemeinderätlichen Vereinigungen, wenigstens die Obmänner der Opposition haben diese Pflicht. Um sie erfüllen zu können, müssen sie über den jeweiligen Stand der Kohlenzufuhr unterrichtet sein.

Wir erneuern auch nochmals unseren Wunsch, daß die Direktion der Stadtbahn den Abendverkehr auf ihren Linien ausdehnen möge. Es ist nicht einzusehen, warum dieses Unternehmen nicht Wien zu Hilfe kommen soll, wenn die Stadt, für deren Bedürfnisse die Stadtbahn gebaut ist, in Not ist. Wenn die Stadtbahndirektion nicht selbst dies verfügt, dann möge sich der Herr Eisenbahnminister um die Sache kümmern und dafür sorgen, daß nicht täglich Zehntausende von Wienern gezwungen werden, nach $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends stundenlange Märsche durch schneeversaute Straßen zu machen.

17. II. 1917

17
29

Schließung der Konzertsäle, Kaffeehäuser und Museen.

Eine große Zahl Eingaben sind im Laufe des gestrigen Tages an die Behörden gerichtet worden, um weitere Ausnahmegestimmungen in bezug auf die Verordnung über Maßnahmen zur Kohlenersparnis zu erlangen. Mehrere Eingaben bezogen sich namentlich auf die Zulassung von größeren musikalischen Veranstaltungen, die in nächster Zeit stattfinden sollten und für die bereits viele Eintrittskarten abgesetzt sind. Auch erstrebte man die Gewährung einer Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung. Der Senat hat sich, wie wir hören, am Freitag erneut mit der Verordnung beschäftigt und die Eingaben geprüft, ist aber zu einem ablehnenden Entschluß gekommen, so daß vom 17. Februar ab nach der Verordnung des Generalkommandos

alle Konzert- und Vortrags-
säle sowie die großen Kaffee-
häuser,

die den Gästen musikalische und deklamatorische Vorträge boten, bis auf weiteres geschlossen werden müssen.

Die angesagten Konzerte sollen, wie uns mitgeteilt wird, mit Rücksicht auf die vorwiegend kurze Dauer der erlassenen Bestimmungen nachgeholt werden. In einem Falle hofft man, im Laufe des heutigen Tages noch eine Erlaubnis durch das stellvertretende Generalkommando zu erlangen. Es handelt sich um das am heutigen Abend im Conventgarten stattfindende Wohltätigkeitskonzert.

Von der Verordnung werden auch
die Museen

betroffen. Demnach werden sämtliche hiesigen staatlichen Museen und Sammlungen bis auf weiteres für den öffentlichen Besuch geschlossen. Der Präses der Oberschulbehörde, Sektion für die wissenschaftlichen Anstalten, wird in einer in der heutigen Abendausgabe erscheinenden Bekanntmachung die Namen der in Frage kommenden Institute veröffentlichen.

*

In den Kirchen St. Petri und St. Katharinen müssen die Gottesdienste am 18. Februar ausfallen.

Die vollstündlichen Vorlesungen der Patriotischen Gesellschaft müssen bis auf weiteres aufhören. Eine spätere Fortsetzung wird gegebenenfalls bekanntgemacht.

Der patriotische Film „Schwert und Hieb“, der ab Montag im Sagebiel'schen Lokale auf Veranlassung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge zugunsten der Kriegsbeschädigten aufgeführt werden sollte, kann ebenfalls einstweilen nicht aufgeführt werden.

Dr. Freiherr v. Trnka über die Kohlennot.

Eine Unterredung mit dem Arbeitsminister.

Einer unserer Mitarbeiter, der gestern morgens die Kohlenausgabe auf den staatlichen Kohlenrutschen der Franz Josefsbahn in der Augasse besichtigte, traf dort den Arbeitsminister Dr. Freiherr v. Trnka, der unangefragt und anfänglich auch unerkannt den dortigen vom Arbeitsministerium eingerichteten Betrieb neuerlich inspizierte. Der Arbeitsminister war so freundlich, unserem Mitarbeiter über den derzeitigen Stand der Kohlenversorgung Wiens die folgenden Aufschlüsse zu erteilen:

Die Kälte hat die Kohlenzufuhr, insbesondere auf der Nordbahn, stark gemindert. In der Station Prerau herrschte noch gestern eine Temperatur von -14 Grad. Bei solchen Temperaturen ist die Bewältigung des Eisenbahnverkehrs außerordentlich erschwert, und wir müssen, wenn wir vorsichtig sein wollen, noch immer mit Kälterückfällen rechnen. Wir sind deshalb aber auch aus anderen Erwägungen, zur allergrößten Sparsamkeit verpflichtet. Ich werde täglich, ja ich kann sagen stündlich, mit Vorstellungen bestürmt, es mögen die Einschränkungen, beziehungsweise Einstellungen in Kunst- und Kinobetrieben wieder fallen gelassen werden. Bei aller Anerkennung des hohen Wertes künstlerischer und sonstiger Zerstreuung gewährenden Darbietungen kann jedoch, zumal im gegenwärtigen Zeitpunkt, an den verfügbaren Einschränkungen nicht gerüttelt werden. Im Falle eines neuerlichen Kälterückfalles werden vielleicht auch noch die Theater vorübergehend geschlossen werden müssen. Die Beheizung der unbedingt notwendigen Wohnräume, insbesondere der ärmeren Bevölkerungskreise, ist ein öffentliches Bedürfnis erster Ordnung, hinter dessen Befriedigung alle übrigen Anforderungen, mögen sie noch so wünschenswert erscheinen, zurücktreten haben. Man wendet ein, daß der Theaterbetrieb ja nur nicht erforderlich und der Lichtmehrabbedarf der Theater relativ wenig Kohle erheische, die Heizung jedoch aus den Kohlenvorräten der Theater bestritten werde. Dagegen spricht aber die Erwägung, daß bei der gespannten Situation selbst der geringste zu vermeidende Mehrbedarf Verschwendung bedeutet. Und doch darf man nicht übersehen, daß die Situation noch nicht eine solche ist, daß die Eventualität ganz ausgeschlossen wäre, zum Beispiel auf die Kohlenvorräte der Theater und Konzertsinstitute die Hand zu legen, wenn infolge eines Kälterückfalles und der darauf eintretenden unvorhergesehenen Verschlechterung der Kohlenzufuhr es sich unbedingt darum handeln würde, der Bevölkerung Heizkohle aus den angesammelten Vorräten zu beschaffen.

Um die Kohlenversorgung der ärmeren Bevölkerung zu erleichtern und zu verbilligen, habe ich schon im Jahre 1912 Vorkehrungen im Frachtenbahnhof der Franz Josefsbahn getroffen, daß arme Leute sich zum Preis von 20 Heller ein Viertel Meterzentner Braunkohle aus den Brüder staatlichen Kohlenwerken hier abholen können. Der Staat verkauft hier die Kohle ohne jeden Gewinn, ein Vorteil, der der ärmeren Bevölkerung sehr zufließen kommt. Zur Verhütung der an Kohlenausgabestellen häufig vorkommenden Mißstände und Mißbräuche habe ich hier angeordnet, daß jeweils zum Bezuge nur so viele Parteien zugelassen werden, als an diesem Tage Vorräte zur Verfügung stehen. Dem mir erstatteten Bericht zufolge schwankt die tägliche Frequenz zwischen 7100 und 7700 Parteien, die an sechs Wägebvorrichtungen mit möglicher Beschleunigung abgefertigt werden. Im vorigen Jahre wurden auf diese Art mehr als 400 Waggons hier verkauft. In diesem Winter dürfte sich der Absatz noch bedeutend steigern.

Die herrschende Kohlenknappheit ist noch nicht überwunden, sie zwingt uns vielmehr auch weiterhin zur äußersten Sparsamkeit. Vielleicht wird es sogar nötig sein, auch in der wärmeren Jahreszeit die verfügbaren Ersparungsmaßnahmen ganz oder teilweise beizubehalten, damit für die nächste Winterkampagne möglichst viel Kohle im Hinterlande aufgespeichert werde. Aufgabe der Presse ist es meines Erachtens, der Bevölkerung die wahre Situation vor Augen zu führen und sie so zu bestimmen, andauernd zu sparen und nicht bei dem so ersehnten Steigen der Quecksilbersäule ohne Rücksicht darauf, daß wir im Kriege leben, wieder in die früher bestandene Kohlenverschwendung zu verfallen.

Der Minister begab sich hierauf von Ausgabestelle zu Ausgabestelle und konnte sich dort von dem klaglos sich vollziehenden Betrieb überzeugen. Auf Kinderwagen, kleinen Spielereiwagen und sonstigen improvisierten Behältern werden die verabreichten Kohlen nach Hause befördert. An der Beschaffenheit der mitgebrachten Säcke läßt sich konstatieren, daß nicht nur die Ärmsten der Armen, sondern daß auch der Mittelstand und selbst wohlhabende Leute hier ihren Heizbedarf decken. Die neuerdings vom Kaiser zur Verfügung gestellten Pferde aus den Hofstallungen werden auch in Verwendung genommen.

— (Zur Dämpfung der Kohlenkrise.) Herr Ingenieur Robert Kratochwil, Direktor der Salzburger Eisenbahn- und Tramwaygesellschaft, schreibt uns: Als noch vor dem Kriege die Frage der Ausnützung der Wasserkräfte ventiliert wurde und verschiedene Fachmänner dazugingen, die alpenländischen Wasserkräfte der Benützung zuzuführen, da erhob sich der Staat, nach ihm die Länder und dann die großen Gemeinden, und jede Körperschaft beanspruchte für sich und ihre Organisationen die wertvolle Wasserkraft, womöglich die gleiche örtliche Kraftstelle. Was not tut, ist die Schaffung einer Elektrizitätszentrale, deren Zweck es sein soll, schon bestehende Wasserkräfte, insoweit sie für Übertragungen auf größere Entfernungen in Betracht kommen können, für die Allgemeinheit zu bestimmen. Wenn seinerzeit die alpenländischen oder die böhmischen Wasserkräfte von Privatinteressenten hätten ausgekauft und ausgenützt werden dürfen, statt sie der Staatseisenbahnverwaltung vorzubehalten, die vor lauter Studium über die Wahl des Stromsystems für die Elektrifizierung der Hauptbahnen nicht nur selbst nichts getan hat, um diese kostbare Kraft zu verwerten, sondern auch die Industrien direkt gehindert hat und verdorren ließ in bezug auf die Möglichkeit der Beschaffung einer billigen Betriebskraft, so würden wir heute über hydraulische Kraftquellen verfügen, und deren Nutzung könnte auch der Stadt Wien zugute kommen, und die Reichshaupt- und Residenzstadt würde sich nicht in dem schließlich doch beschämenden Zustand befinden müssen, in den sie wegen des großen Mangels an Waggons geraten ist. Der Straßenbahnverkehr müßte nicht eingestellt werden, lediglich deshalb, weil wir keine Betriebskraft mehr besitzen. Bei Vorhandensein von großen Elektrizitätswerken hätten diese zusammengeschlossen werden und ihren gesamten Strom dorthin senden können, wo er gebraucht wird. Nützen wir die Zeit, die uns bis zum nächsten Winter übrigbleibt. Schaffen wir eine Elektrizitätszentrale, deren Aufgabe es ist, den Strom aus vorhandenen Kraftzentralen zu vereinigen und dorthin zu bringen und zu führen, wo er mangels einer anderen oder schwer zu beschaffenden Betriebskraft dem Betriebszwecke zugeführt werden kann. Wenn durch die Schaffung der Elektrizitätszentrale nur erreicht wird, daß endlich der Weg beschritten wird, eine Organisation zu bilden und zu gründen, die sich damit beschäftigt, die reichhaltigen Wasserkräfte in Oesterreich-Ungarn einer zweckmäßigen Verbauung zuzuführen, deren Verbindung und Ausnutzungsfähigkeit zu prüfen und ihre Verwendbarkeit für die Allgemeinheit festzustellen und abzugrenzen, die Privatindustrie, insbesondere die chemische Großindustrie, für diese Richtung zu interessieren, so ist damit sicherlich jenem Ziele näher gekommen, das einen Programmpunkt der Rede des Handelsministers Spisnüller anlässlich seines Amtsantrittes bildete: Eine solche Produktionspolitik betreiben, die sämtliche Zweige der Wirtschaft betreut, kann uns eine gute Zukunft besichern!

Die Behebung der Kohlennot in Wien.

Verförgung der städt. Elektrizitätsunternehmungen.

Aus den Urteilen der berufenen Fachleute, welche an der Spitze unserer städtischen Elektrizitätsunternehmungen stehen, geht deutlich hervor, daß die durch die Lichteinschränkungen (hier 3 Waggons Kohle täglich), ferner durch die Verkehrsbeschränkung der elektrischen Straßenbahn (8 Waggons Kohle täglich) gemachten Ersparnisse an Kohle einen äußerst mäßigen Bruchteil der täglichen Gesamterfordernisse für die städtischen Elektrizitätsbetriebe bedeuten.

Daraus geht hervor, daß weiterhin die Bedingung für einen ungestörten Betrieb der Wiener Beleuchtungs- und Verkehrsunternehmungen, eine ununterbrochene, ausgiebige Kohlenzufuhr ist. In diesem Sinne ist auch jene kürzlich erfolgte Verkehrsverfügung zu begrüßen, welche anordnet, daß auf der Straße Wien—Oberberg auch leere Kohlenwaggons im Verkehre vor allem — ausgenommen natürlich militärische Transporte — den Vorrang genießen. In den Kohlenrevieren sind die Vorräte an geförderter Kohle ganz außerordentlich große, es ist daher begründete Hoffnung vorhanden, daß das angestrebte Ziel: eine vollkommene Sicherung des Kohlenbedarfes für die städtischen Elektrizitätsunternehmungen, baldigst erreicht wird.

Die Gemeinde Wien und die Kohlenversorgung.

Die Gemeinde Wien errichtete, wie wir einer Darstellung der Rathauskorrespondenz entnehmen, schon Ende Dezember 1914 den ersten Kohlenlagerplatz, dem rasch weitere folgten. Sie haben sich von Anfang an segensreich erwiesen, denn sie konnten den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Kohle stets nachkommen, solange die Gemeinde über Kohle verfügte. Seitdem aber der Kohlenmangel einen großen Umfang angenommen hat und ein großer Teil der Bevölkerung einen Run auf die Lagerplätze unternimmt, um bei diesen wenigen Stellen die Bedürfnisse zu befriedigen, die sie sonst aus 1000 Quellen befriedigt hatte, werden die von der Gemeinde geschaffenen Kohlenlagerplätze als ungenügend erachtet. Das Publikum übersieht, daß auch die großartigsten Einrichtungen nicht hinreichen, das Bedürfnis nach Ware zu befriedigen, wenn die Ware selbst fehlt. Auf dem städtischen Kohlenlagerplatz im 15. Bezirk z. B. können täglich 400.000 Kilogramm zugehoben und 400.000 Kilogramm und darüber verkauft werden.

Zur Kohlenausgabe stehen drei mechanische Ausgabestellen für 12 $\frac{1}{2}$, 25 und 50 Kilogramm zur Verfügung, mit denen je eine Partei in 10 bis 12 Sekunden abgefertigt werden kann. Es ist Raum vorhanden zur Abfuhr der Kohlen in Handwagen und Gespannen, zwei Brückenwagen für Handwagen und eine Brückenwage für Lastwagen (Automobile) stehen zur Verfügung. In letzterer Zeit wurden noch zwei Ausgabestände für die Abgabe im kleinen für Handbetrieb errichtet. Erst mit dem Einsetzen des Kohlenmangels begannen die Anlagen nicht mehr auszureichen.

Es ist klar, daß die Gemeinde bei einem täglichen Einlauf von durchschnittlich 15 Waggons Kohle den fuhrweisen Abfah und den Verkauf mit Handwagen, der Ende Jänner einen täglichen Umsatz von 20 bis 27 Waggons aufwies, sofort einzustellen und sich auf die Ausgabe von Kohle im kleinen beschränken mußte, der normal 8 bis 10 Waggons betrug. Jene Parteien, die nicht mehr ihren Wochenbedarf durch Einkauf mit Handwagen decken konnten, wurden genötigt, sich ihren Bedarf täglich zu beschaffen, wodurch sich die Zahl der Abnehmer wesentlich vermehrte. Tatsächlich betrug der Verkauf im kleinen z. B. von Mitte Jänner bis Ende Jänner nur 9 bis 10 Waggons, während gleichzeitig 20 bis 30 Waggons im großen verkauft wurden. Vom Februar angefangen dagegen, zu welcher Zeit der Verkauf im großen wegen mangelnder Zufuhr eingestellt wurde, hob sich der Kleinverkauf bis auf 23 Waggons täglich, wobei die Zahl der Parteien, die in der zweiten Hälfte Jänner nur 4000 bis 5000 betragen hatte, auf 10.000 bis 12.000 im Tage stieg. Damit wuchs die Zahl der Personen, die sich anstellten. Trotzdem bei der mechanischen Ausgabestelle eine Partei in etwa 15 Sekunden und bei den später errichteten Ausgabestellen mit Handbetrieb in etwa 30 Sekunden abgefertigt werden konnte, war es doch kaum möglich, in einer Stunde mehr als rund 1000 Parteien zu erledigen.

Eine weitere Vermehrung der Ausgabestellen kann über das Uebel nicht an der Wurzel fassen, denn schließlich stellen sich die Parteien nur deshalb an, weil sie befürchten, keine Kohle mehr erhalten zu können. Die genügende Deckung mit Kohle und nicht nur eine Vermehrung der Ausgabestellen muß eintreten. Die Gemeinde Wien hat daher ihr Augenmerk in erster Linie auf die Beschaffung der Kohle gerichtet. Wenn diese in genügender Menge zur Verfügung steht, so werden auch die Lagerplätze den Bedarf wieder befriedigen. Die Gemeinde hat sich allerdings auch angelegen sein lassen, durch Vermehrung der Lagerplätze einem größeren Teile der Bevölkerung die Versorgung mit städtischer Kohle zugänglich zu machen. In der Asmayerasse (12. Bezirk) und in der Krim (19. Bezirk) wurden zwei neue Verkaufsplätze eröffnet. Die Eröffnung weiterer Plätze in Floridsdorf, Pilzgasse, an der Aspangbahn und in Michelbeuern steht bevor. Sie ist davon abhängig, daß der Gemeinde Kohle zur Verfügung steht, deren Beschaffung aber außerhalb der Gemeinde liegt. Bisher wurde die erforderliche Kohle im Anforderungswege angesprochen, leider aber und namentlich seit Ende Jänner nur in unzureichender Menge geliefert. Die Beschlagnahme rollender Kohle, die in letzter Zeit erfolgte, geschah nicht, wie vielfach irrtümlich verbreitet wurde, über Verlangen der Gemeinde, sondern im Interesse des Eisenbahnverkehrs, da die für den Nordbahnhof bestimmten Sendungen auf diesem Bahnhofe nicht entladen werden konnten. Um ein Stillliegen des rollenden Materiales zu vermeiden und im die Nordbahnstrecke frei zu halten, mußten die Kohlensendungen auf anderen Bahnhofen entladen werden. Es handelt sich hierbei, soweit die Gemeinde Wien in Betracht kommt, nur um die geringe Menge von 233 Waggons, also um eine Menge, die auf den städtischen Lagerplätzen an zwei Tagen verkauft werden könnte, die aber im Interesse weitgehender Dezentralisierung des Kohlenverkaufes auf verschiedenen Bahnstationen an der Peripherie Wiens an Kohlenhändler abgegeben wurde. Die nächste Zeit dürfte übrigens eine Besserung in der Dotierung der städtischen Lagerplätze bringen. Es wurden wenigstens seitens der Zentralstellen, die dem Kohlenverkauf der Gemeinde ihr besonderes Interesse anwenden, diesbezügliche Zusicherungen gemacht.

18.7.1917

Die Gemeinde erhöht die Kokspreise. Aus dem Rathause wird gemeldet: Durch die am 1. Februar eingetretene Verteuerung der Frachtsätze und durch den schon im vorigen Jahre erhöhten Frachtbriefstempel erhöhen sich die Kohlenkosten für die städtischen Gaswerke um 2.200.000 Kronen. Der Kriegssteuerezuschlag und die erhöhten Rechnungstempel verursachen weitere Mehrausgaben von jährlich 380.000 Kronen. Dazu kommen noch die bedeutenden Erhöhungen für Personalausgaben und für die Kosten aller Betriebsstoffe. Wenn das Erträgnis der städtischen Gaswerke nicht sehr stark vermindert werden soll, muß zum mindesten die Verteuerung der Kohle durch eine entsprechende Erhöhung der Kokspreise soweit als möglich ausgeglichen werden. Der Stadtrat beschloß daher, die Preise für Koks, die die Ländervank an die Gemeinde Wien — Städtische Gaswerke zu zahlen hat, und die Verkaufspreise für Koks auf den Kleinverkaufsplätzen vom 15. Februar an um 64 Heller für 100 Kilogramm zu erhöhen. Die Mitglieder der Werks- und Rohstoffgenossenschaft der Wäscher und Wäschepulver, der Wirtschaftsgenossenschaft der Händler mit Brennmaterialien, der Metall- und Zinngießer, der Gutmacher und der Approvisionierungsgenossenschaft für Brennmaterial hatten bisher ungleiche Nachlässe. Sie alle bekommen jetzt zehn Prozent. Die Erhöhung wird eine Mehreinnahme von ungefähr 1.700.000 Kronen bringen, die gegenüber den Mehrkosten der Kohle um rund 500.000 Kronen zurückbleibt. — Der letzte Satz der Rathausmitteilung ist für die Dummen. Es ist doch klar, daß, wenn die Kohle teurer wird, nicht bloß die Koksäufer die Erhöhung tragen können. Wenn der Beicag genannt wäre, den die Kohle kostet, hätte man auch ein Urteil darüber, ob die Erhöhung der Kokspreise um 64 Heller gerechtfertigt ist.

Die Kohlennot in Wien.

Zu wenig Zufuhr von Kohlen nach Wien.

Die Kohlennot hält an wie der strenge Winter. Auch an dem gestrigen bitterkalten Tage waren es Zehntausende, die stundenlang vor den wenigen Verteilungsstellen harren, um einige Kilogramm Kohlen zu ergattern, damit wenigstens am Sonntag der häusliche Herd nicht kalt bleibe. Die Szenen, die sich dabei abspielen, lassen das furchtbare Unrecht erkennen, das an den breiten Massen verübt wird, indem man ihnen das Letzte nimmt, was ihnen noch blieb, die Möglichkeit der Häuslichkeit. Das geschieht aber, wenn es dem Arbeiter, dem kleinen Beamten, Angestellten und Bediensteten, dem kleinen Gewerksmann auch so unendlich schwer gemacht wird, daß er zu Kohlen kommt. Tag um Tag stundenlang um wenige Kilogramm Kohlen ringen zu müssen, die Gesundheit dafür aufs Spiel setzen zu müssen, das ist der Zustand, der nun schon volle vier Wochen anhält. Jeder empfindet, daß dieser Zustand auf die Dauer unerträglich wird. Er muß geändert werden.

Wir haben schon die Mängel der Verteilungsorganisation aufgezeigt und auch die Ursachen, als die zu erkennen sind die geringen Zufuhren auf der einen Seite, der Mangel an Fuhrwerk und Pferden auf der anderen Seite. Diesem Mangel sollte durch die Heranziehung von Hof- und Militärfuhrwerk abgeholfen werden. So weit dieses freigemacht wurde, hat es auch, zumeist freilich an einzelne private Besteller, Kohlen abgeliefert. Weniger bedacht wurden die eigentlichen Kohlenverteilungsstellen, die Kleinhändler. Aber selbst wenn alles Militär- und Hoffuhrwerk in den Dienst gestellt würde, so kann es erst dann besser werden, wenn nach Wien genug Kohlen geführt werden. Das geschieht aber nicht. Wir alle wissen, welchen Hochdruck der gesamten Wiener Öffentlichkeit es bedurft hätte, um den heute so beschränkten Straßenbahnverkehr aufrecht zu erhalten — es scheint fast, daß es nur mit gleichem Hochdruck erreicht werden wird, daß auch genug Hausbrandkohlen und Industriekohlen nach Wien kommen. Große Lemter mit Hunderten von Beamten sind ohne Kohlen und frierend stehen auch viele Arbeiter in den Betrieben. Nicht nur daheim, auch bei der Arbeit müssen sie frieren. Haben sich größere Unternehmungen unter großen Opfern schon das Fuhrwerk gesichert, haben sie sich auch schon „Lawefungen“ ergattert, so kann es ihnen noch immer geschehen, daß sie auf den Kohlenlagerplatz bei den Bahnen kommen und keine Kohlen erhalten, einfach darum, weil keine Kohlen da sind, weil der Zuschub zu gering ist.

Das Wichtigste ist, daß nicht nur für die Elektrizitätswerke, daß überhaupt mehr Kohlen nach Wien zugeschoben werden. Hier ist der Hebel anzusetzen. Wenn der ganze tägliche Zuschub zu einem für Groß- und Kleinhandel eingerichteten Kohlenlagerplatz nicht einmal hinreicht, um allen um Kohlen Angestellten wenigstens auf einige Tage hinaus Kohlen zu sichern, wenn man diesen Menschen stundenlanges geduldiges Harren damit lohnen muß, daß man ihnen 12 $\frac{1}{2}$ oder 25 Kilogramm Kohlen gegen volle Bezahlung zuwägt, so zeigt das, daß zu wenig Kohlen nach Wien kommen. Man vergesse nicht, daß der ganze tägliche Zuschub an die Tausende Einzelkäufer verteilt wird, daß für Abfuhr von Kohlen im großen überhaupt nichts übrig bleibt, daß also selbst dann, wenn genug Fuhrwerk da wäre und die Straßen Wiens besser fahrbar wären, keine Kohlen da wären, um verführt zu werden. Von dem größten Lagerplatz der Gemeinde Wien, dem in Jänshaus, sind seit vierzehn Tagen keine Kohlen im großen ausgeführt worden.

Das beweist: Es sind zu wenig Kohlen da. Ist das aber erkannt, dann gibt es nur eines: Kohlen herbeischaffen! Darauf muß die Kraft zunächst eingestellt werden. Das ist zu fordern und das fordern wir darum. Mehr Kohlen nach Wien, dann kann das vieltausendfache Leid gemildert werden. Solange Kohlen fehlen, gibt es kalte Herde, werden die furchtbaren Opfer an Geld, Zeit und vor allem an Gesundheit von Zehntausenden Wienern eingefordert werden müssen. Darum vor allem: Kohlen her!

18. T. 1917.

Die Kohlenfrage.**Der neue Regierungserlaß über die Schonung des Heizmaterials.**

Das königlich ungarische Ministerium hat in An-
gelegenheit der Abänderung der Verordnungen über die
Sparfamkeit mit Heizmaterial eine neue Verordnung er-
lassen, deren wichtigste Bestimmungen wir schon in un-
serem heutigen Morgenblatte mitzuteilen in der Lage
waren.

Die in dem neuen Regierungserlaß enthaltenen Ein-
schränkungen wurden durch den Umstand zur unausschieß-
baren Notwendigkeit, daß bei den gegenwärtigen Trans-
portmöglichkeiten die Spitäler, Kliniken und andere In-
stitutionen, die im Dienste höchwichtiger öffentlicher
Zwecke stehen, nicht in entsprechender Weise mit Kohle
versorgt werden konnten, und daß auch im Privatkonsum
eine große Menge der kleinen Haushaltungen ohne Heiz-
material blieb. Die mit diesem Erlaß in Kraft
tretenden Einschränkungen werden durch
das Ministerium unverzüglich aufgehoben werden, sobald die Schwierigkei-
ten bei der Kohlenversorgung abnehmen
werden.

Der Erlaß, der in der morgigen Nummer des Amtsblattes
veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Das königlich ungarische Ministerium ordnet auf Grund
der gesetzlichen Bestimmungen der Ausnahmeverfügungen für
den Fall des Krieges — im Interesse der weitestgehen-
den Schonung der Heizmaterialien — folgen-
des an:

§ 1. Bis auf weitere Anordnung müssen
sämtliche Unterhaltungsorte (Theater, Kaba-
retts, Kinos usw.), sowie sämtliche öffentlichen Museen,
Bildergalerien, Sammlungen, Vortrags-
oder ähnliche öffentliche Säle und Lokali-
täten geschlossen bleiben.

In Gemeinden, die mit Heizmaterialvorrat reichlich ver-
sorgt sind, kann der erste Beamte des Municipiums in einzelnen
Fällen aus wichtigen Gründen Ausnahmen gestatten.

§ 2. Sämtliche Lokalitäten der Vereini-
gungen (Vereine, gesellige Vereinigungen, Kasinos, Klubs),
die der Zusammenkunft oder Aufnahme der
Mitglieder oder Gäste dienen, müssen nachts
11 Uhr geschlossen werden.

Nach 11 Uhr nachts dürfen auch in Privat-
wohnungen zum Zwecke der Umgehung der auf die
Sperrstunde bezüglichen Verfügungen solche Personen
nicht als Gäste verweilen, deren dortiger
Aufenthalt außerhalb des Rahmens der nor-
malen Gastlichkeit liegen würde.

§ 3. Die Verletzung der Verfügungen der §§ 1 und 2
bildet eine Uebertretung, die im Sinne des § 8 des
Erlasses 4470/1916 M. E. zu bestrafen ist.

§ 4. Die auf die Gewährung von Erleichte-
rungen bezüglichen Verfügungen des § 6 des Erlasses
618/1917 M. E. sind auch für die mit dieser Verordnung
festgestellten Einschränkungen richtunggebend.

§ 5. Dieser Erlaß tritt am 19. Februar 1917
in Kraft.

Für die Gebietsgeltung und Vollstreckung dieses Erlasses
sind die Bestimmungen des § 9 des Erlasses 4470/1916 M. E.
richtunggebend.

Budapest, 17. Februar 1917.

Graf Stefan Tisza,
Sön. ung. Ministerpräsident.

18. II. 1917

Gas und Kohle. Die sehnsüchtig erwartete Gaskohle laugt noch immer sozusagen tropfenweise an. Am heutigen Tage sind gegenüber dem Tagesbedarf von 125 Waggons insgesammt 47 Waggons Kohle angelangt. Die Zufuhr der Heizkohle ist gleichfalls noch immer unzureichend. Die erwarteten ungarischen Kohlensendungen sind auch nur zum Theil angelangt, dagegen wurden heute 51 Waggons preussischer Kohle zugeführt. Diese Kohle war jedoch wieder zumeist an Industrieunternehmungen adressirt. Wie wir erfahren, haben auch die Mühlen etwas Kohle erhalten, doch ist die Kontinuität ihres Betriebes noch immer nicht sichergestellt. Für morgen, Sonntag, stehen zur Vertheilung der 50 Kilogrammrationen drei Waggons Kohle am Josephstädter Bahnhof bereit. Auch auf den übrigen Bahnhöfen wurden hierzu Vorbereitungen getroffen, doch hängt die Durchführung davon ab, ob während der Nacht Kohle ankommt. Falls sie ausbleibt, muß die Vertheilung dort selbstverständlich unterbleiben. Heute hat sich in der Kohlenfrage endlich auch eine amtliche Stimme gemeldet, die freilich wenig sagt, und was sie sagt, besteht aus „wenn“ und „aber“. Der Direktor der ungarischen Staatsbahnen, Hofrath Eugen Vásonyi, hat sich dem Berichterstatter eines Abendblattes gegenüber folgendermaßen geäußert: Wir erhalten so viele Kohle, als uns die deutschen und österreichischen Bahnen überlassen. Gestern sind genügende (?) Kohlenmengen angelangt, und es steht zu erwarten — wenn nicht neuerliche Hindernisse auftreten —, daß wieder genügende Kohlenmengen anlangen werden. Es mag zur Beruhigung des Publikums dienen, daß die Gaswerke beispielsweise gestern 191 Waggons Kohle erhalten haben. (Die Direktion der Gaswerke weiß davon, daß seit 1. Februar insgesammt 140 Waggons angekommen sind. D. Red.) Auch die übrigen Betriebe haben gestern ausreichende Quanten Kohle erhalten. Ob der Zustand auch heute der gleiche ist, weiß ich noch nicht, weil das Ergebnis erst am Abend zu ersehen ist. In Deutschland waren viele Kohlenzüge wegen anderer Züge aufgehalten. Ob dieser Zustand aufgehört hat, weiß ich nicht, wenn er aber auch aufgehört hat, können neue Störungen auftreten. In Prophezeiungen laur man sich nicht einlassen. Soviel steht fest, daß der gestrige Tag ein befriedigender war. — Ob das frierende Publikum diese Ansicht theilt, wollen wir dahingestellt sein lassen. — In das Interpellationsbuch des Abgeordnetenhauses wurde heute eine neuere Interpellation eingetragen. Sie betrifft eine Anfrage des Grafen Michael Esterházy an den Ackerbauminister in Angelegenheit der Versetzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Kohle.

Die Kohlenversorgung Frankfurts.

Von der Abteilung Kohlenversorgung des Magistrats, die bisher von den Beamten in den Räumen des Armenamtes mitversehen wurde und jetzt ins Rathaus übersiedelt, erhalten wir folgende Darstellung über die bisherigen Maßnahmen und deren Gründe:

Da die vorhandenen Bestände an Kohlen und Koks nicht ausreichten, um den Bedarf von Privatwohnungen, öffentlichen Unternehmungen und industriellen Werken in der Friedenshöhe zu decken, bezweckte die Kohlenversorgung durch Zuteilung eines beschränkten Quantums einmal den sparsamen Verbrauch zu sichern, zum zweiten, die Vorräte durch Verminderung größerer Abgabe an Einzelpersonen auf die weitesten Schichten zu verteilen. Ein Zentner für den Haushalt wurde deshalb jeder Familie ohne besondere Fürsicht freigegeben. Für darüber hinausgehende Mengen waren Bezugsscheine erforderlich, soweit es sich nicht um Betriebe handelt, die als Unternehmungen des vaterländischen Hilfsdienstes und der Kriegswirtschaft anzusehen waren und deren ungehinderter Fortbestand sichergestellt werden mußte. Bei der Zuweisung von Bezugsscheinen und Karten wurden alle Sondergründe, wie Krankheit, große Kopfszahl der Familie, Alter usw., berücksichtigt. Im allgemeinen wurde unter Zusammenlegung des letzten Bezugs und der noch vorhandenen Vorräte der Verbrauch berechnet und dann etwa zwei Drittel bis vier Fünftel des letzten Verbrauchs für zehn Tage zuteilt.

Ein Teil der Beschwerden richtet sich dagegen, daß keine größere Mengen auf einmal abgegeben wurden. Gerade der Zweck der Kohlenverteilung war der, zu verhindern, daß aus den vorhandenen geringen Beständen sich einzelne für mehrere Wochen eindecken und dann der Masse der Bevölkerung keine Kohlen zur Verfügung ständen. Auch solche, die bisher gewohnt waren, für lange Fristen sich mit Kohlen zu versehen, müssen im Interesse der Allgemeinheit die Unbequemlichkeit auf sich nehmen, nicht mehr als für die vorgegebene Frist Kohlen zu beziehen. Weitere Beschwerden wandten sich dagegen, daß trotz vorheriger Vereinbarung die Kohlenhändler ihnen nicht mehr das zugesagte Quantum liefern durften. Auch hier gilt dasselbe. Es besteht Gefahr, daß bei der verhältnismäßig geringen Zufuhr auch dann nur die langfristigen größeren Besteller berücksichtigt wurden, während diejenigen, die nur für wenige Tage Kohlen kaufen konnten, nicht imstande waren, solche zu haben.

Um die Zuteilung an Kohlen möglichst schnell zu bewerkstelligen, wurden aus den städtischen Beständen an verschiedenen Stadtteilen Lager eingerichtet und Kohlen an Kohlenhändler abgegeben. Auf diese Weise ist erreicht worden, daß die Mütter des Armenamtes und der Kriegsfürsorge aus diesen städtischen Lagern ohne langes Warten bedient und durch die große Zahl der Kohlenhändler auch die Kleinbezüge der übrigen Bevölkerung schnell gedeckt werden konnten. Nicht in gleicher Weise war dies bei dem Koks möglich, da hier die Verfrachtung nach den einzelnen Stadtteilen wegen Mangel an Transportgelegenheit sich nicht durchführen ließ und es wichtiger erschien, die von einer größeren Menge benötigten Kohlen zu verteilen.

Was schließlich die Beschwerden wegen der Warmwasserbereitung angeht, so wurde uns von der Baupolizei mitgeteilt, daß in den meisten Fällen für die zentrale Warmwasserheizung eine gesonderte Heizungsanlage vorhanden sei. Zum Zwecke der Streckung der sehr geringen Koks-vorräte erschien deshalb ein Verbot der Benutzung dieser Heizung nötig. Da die Warmwasserbereitung wohl nur in neueren Herrschaftshäusern besteht, hatte von dieser Maßnahme nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung Nachteile. Hinzu kommt, daß das benötigte warme Wasser sich in den meisten Fällen bei der Herdfeuerung erwärmen läßt. Es mag vorkommen, daß in einzelnen Fällen durch Gas- und Herdfeuerung größerer Verbrauch an Heizmaterial erforderlich wurde, als dies bei der Warmwasserbereitung der Fall gewesen wäre, aber diese vereinzelt Fälle bedeuten immer noch eine Ersparnis gegenüber einer allgemeinen Erlaubnis der Feuerung an Warmwasserheizungen. Auf Antrag wurde in verschiedenen Fällen zum Zweck des Badens kleiner Kinder usw. an einzelnen Tagesstunden die Benutzung der Warmwasserbereitung gestattet.

Von Montag den 19. Februar befindet sich die Abteilung Kohlenversorgung im Rathaus, dritter Stock, Zimmer 308/312. Alle Anträge und Beschwerden sind dorthin zu richten.

Die Sommerzeit 1917.

Ein amtlicher Bericht über die Erfahrungen in Wien. — Der Magistrat für die Wiedereinführung.

Die Statthalterei hat an den Bürgermeister die Einladung gerichtet, sich über die mit der Sommerzeit im Jahre 1916 gemachten Erfahrungen sowie darüber zu äußern, ob eine solche Einrichtung dauernd geschaffen oder wenigstens noch vorläufig für den Sommer 1917 in Aussicht genommen werden sollte. Im letzteren Falle wird auch die Abgabe einer Äußerung bezüglich der Zeit, während welcher die Stunden vorverlegt werden sollen, verlangt. Der Magistrat, welchem der Erlaß der Statthalterei zur Berichterstattung zugewiesen wurde, hat die Äußerungen jener Stellen und Körperschaften eingeholt, die in erster Linie in der Lage waren, den Einfluß der Sommerzeit auf Handel und Wandel und auf das öffentliche Leben zu beobachten, und hat demgemäß die großen städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen), ferner die Handels- und Gewerbekammer, den Bezirksschulrat Wien und das Stadtbauamt (letzteres hinsichtlich der Frage der öffentlichen Beleuchtung) um ihre Erfahrungen in dieser Sache befragt. Gleichzeitig wurde ein Gutachten darüber erbeten, welche Stellungnahme sich vom Standpunkte des betreffenden Verwaltungszweiges empfehle.

Die Erfahrungen, welche die Gemeinde Wien aus Anlaß der Einführung der Sommerzeit in ihrer Privatwirtschaft bezüglich des Ertragnisses ihrer Betriebe gemacht hat, waren keine günstigen. Die städtischen Gaswerke weisen gegenüber einer Ersparnis von 25.000 Kronen an öffentlicher Beleuchtung einen Minderertrag von 400.000 Kronen infolge verringerten Gasverbrauches auf, die städtischen Elektrizitätswerke erleiden einen Ausfall am Reingewinn aus der Abgabe von elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken von 1.300.000 Kronen und erwarten infolge der Beibehaltung der Sommerzeit unter normalen Zeitverhältnissen eine Steigerung dieses Entganges bis zu zwei Millionen Kronen.

Hinsichtlich der im Verkehrs- und sonstigen öffentlichen Leben gemachten Erfahrungen wurde festgestellt, daß durch die Sommerzeit der Ausflugsverkehr auf den städtischen Straßenbahnen günstig beeinflusst wurde. Sowohl an Wochen wie an Sonn- und Feiertagen trat eine bessere Verteilung der Fahrgäste ein und besonders die sonst üblichen Ueberfüllungen an Sonn- und Feiertagen waren weniger oft zu beobachten. Trotzdem kamen in den Nachmittagsstunden viele Ausflügler hinzu, die sonst die Natur bei Tageslicht nicht mehr hätten genießen können. Die Erholungsstätten wurden von der Bevölkerung reichlicher aufgesucht und bequemer erreicht als in früheren Jahren. Dem Erholungsbedürfnis wurde also ausgiebiger Rechnung getragen als sonst. Der Bezirksschulrat teilt mit, daß sich im allgemeinen besondere Wirkungen der Sommerzeit nach irgend einer Richtung hin im Schulbetriebe nicht fühlbar gemacht haben. Auch nach Anschauung der Handels- und Gewerbekammer hat sich die Einführung der Sommerzeit im allgemeinen durchaus bewährt.

Der Magistratsbericht erwähnt noch, daß es bei der Wiedereinführung der Sommerzeit angezeigt und sachlich begründet wäre, die Wirksamkeit dieser Zeiteinteilung sowohl am Anfang als am Ende durch wenigstens annähernd gleiche Tageslängen zu begrenzen. Nach der im Jahre 1916 getroffenen Anordnung entspricht dem 1. Mai nicht der 30., sondern etwa der 15. September, während am 30. September die Sonne viel früher untergeht, als sogar am 1. April. Mit Rücksicht auf die Geltungsdauer der Sommerfahrpläne sowie auf die Verkehrsunternehmungen überhaupt, wäre jedoch vorläufig wieder die Zeit vom 1. Mai bis 30. September beizubehalten. Der Magistrat erklärt schließlich, daß gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit im Jahre 1917 unter denselben Bedingungen, wie sie für das laufende Jahr gegolten haben, eine Einwendung nicht zu erheben wäre, bemerkt jedoch, daß vor einer bleibenden Einführung dieser Zeiteinteilung jedenfalls ihre Rückwirkungen unter normalen Verhältnissen erprobt werden müßten.

Der Stadtrat schloß sich dieser Anschauung an und genehmigte die Erstattung eines in diesem Sinne gehaltenen Gutachtens.

19. IV. 1917

Die verwarnten Kohlenhändler.

Scharfe Maßnahmen des Kriegswucheramts.

Das Kriegswucheramt hat in der letzten Zeit zu wiederholten Malen Warnungen an die Kohlenhändler erlassen, weil diese den Verkauf ihrer Vorräte an Kohlen verweigern oder sie in der Hoffnung auf höhere Preise zurückhalten oder gar die festgesetzten Richtpreise überschreiten. Aus der Tatsache, daß nicht überall gleich mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen eingegriffen wurde, sind Zweifel an der Richtigkeit der amtlichen Bekanntmachungen hergeleitet worden. Demgegenüber teilt jetzt das Kriegswucheramt mit, daß die Groß-Berliner Polizeireviere angewiesen sind, darauf zu achten, daß die Kohlenhändler die in allen Berliner Zeitungen bekanntgegebenen Richtpreise des Verbandes Berliner Kohलगroßhändler nicht überschreiten und Kohlen nicht zurückhalten. Der Vorrat an Kohlen dient nicht nur für sogenannte „alte Kunden“, sondern soll jedermann in gleichmäßiger Weise für den eingeschränkten täglichen Bedarf zur Verfügung stehen.

Das Kriegswucheramt wird daher in allen Fällen, in denen der Verkauf von Kohlen und anderen Brenn- und Heizstoffen zu Unrecht verweigert wird, unmissverständlich die Enteignung der verweigten Gegenstände gemäß § 1 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 vornehmen. Die Polizeireviere des Landespolizeibezirks Berlin sind angewiesen, sämtliche zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle der Verkaufsverweigerung dem Kriegswucheramt umgehend zu melden. Das Publikum wolle daher etwaige Beschwerden über Abgabeverweigerung — mündlich oder schriftlich — auf dem zuständigen Polizeirevier anbringen.

Werden die festgesetzten Richtpreise überschritten, so erfolgt neben der Erstattung einer Strafanzeige wegen übermäßiger Preissteigerung die Beschlagnahme und der sofortige Verkauf der Vorräte und zwar in diesen Fällen zugunsten der Staatskasse. Außerdem läßt das Kriegswucheramt in solchen Fällen den Preistreiber grundsätzlich an Ort und Stelle festnehmen und in das Untersuchungsgefängnis einliefern. Uebrigens wird die Schließung des Geschäftsbetriebes auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 angeordnet werden.

Die Kohlennot.

Eine Erklärung des Oberkommandos.

Das Oberkommando teilt jetzt über die Aussprache, von der wir mehrfach berichteten, folgendes mit: In einer Besprechung über die Kohlenversorgung Groß-Berlins sind dem Oberkommando in den Worten aus den Kreisen der Hausbesitzer unter Vortrag eines Gutachtens eines gerichtlichen Sachverständigen der Heizungsindustrie Vorschläge gemacht worden, die auf eine Streckung der Kohlvorräte abzielen. Danach sollte das Oberkommando anordnen, daß die Warmwasserversorgung auf zwei aufeinanderfolgende Tage, etwa Freitag mittag bis Sonnabend mittag, beschränkt würde, der Betrieb der Heizung eine Zimmertemperatur von 15 Grad C. nicht übersteigen dürfe,

ohne Rücksicht auf die Bitterung die Beheizung am 1. oder spätestens am 13. April aufhören solle. — Durch diese Streckung, die auch die Vertreter des Kohlenhandels als dringend erwünscht bezeichneten, würde nach Ansicht der Befürworter der Vorschläge eine weitgehende Ersparnis an Kohle erzielt werden.

Der Gesichtspunkt, daß bei einer solchen Kohlersparnis Brennstoffe in anderer Form durch vermehrte Inanspruchnahme von Gas und Elektrizität verbraucht würden, ist in der Versammlung zum Ausdruck gebracht worden.

Das Oberkommando hat zu allen diesen Vorschlägen keinerlei Stellung genommen. Eine Verschiebung in den bisher bestehenden Rechtsverhältnissen zwischen Mieter und Hausbesitzer ist somit nicht in Aussicht genommen. Vom Oberkommando sind Feststellungen über die in Groß-Berlin vorhandenen Kohlen- und Kohlvorräte sowie Maßnahmen über die Möglichkeit einer vermehrten Zufuhr und einer erhöhten Bereitstellung des Berliner Kohle für Groß-Berlin in die Wege geleitet, ferner werden die Versuche erneut aufgenommen werden, nachts mit Hilfe der Straßenbahn Kohlentransporte von den Bohnhöfen zu den Kohlenlagerplätzen zu befördern.

Die Kohlennot.

Weitere allergrößte Sparbarkeit nötig.

Vom Direktor der Elektrizitätswerke Ingenieur Eugen Karel erhalten wir folgende Zuschrift:

In den Besprechungen, welche die Tagespresse den Kohlenparberordnungen widmet, werden meine bezüglichen Äußerungen häufig unvollständig oder mißverständlich wiedergegeben. Ich möchte daher gerne öffentlich feststellen, daß sich die Lage bisher keineswegs zum Besseren gewendet hat und die Kohlenzufuhren für die städtischen Elektrizitätswerke nach wie vor ungenügend sind.

Die von der Regierung getroffenen Verfügungen werden wohl eine Besserung bewirken, doch kann sich dieselbe naturgemäß erst nach einiger Zeit fühlbar machen, weil der Transport der Kohle nach Wien längere Zeit dauert. Es darf nicht vergessen werden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in erster Linie auf die Transportverhältnisse zurückzuführen sind, auf welche der schon so lange herrschende Frost die ungünstigste Wirkung ausübt. Kohle wäre gegenwärtig hinreichend vorhanden, doch kann sie nicht abgeführt werden. Im Brüg-Toplig-Komotauer Reviere lagern 600.000 Meterzentner Braunkohle, im Mährisch-Strauer Reviere 860.000 Meterzentner Steinkohle und 36.000 Meterzentner Koks auf den Halben, und viele Gruben mußten Schichten ausfallen lassen, weil ihre Kohlenlagerplätze angefüllt waren und Waggon zum Abtransport der Kohle nicht beigelegt wurden. Eine allmähliche Besserung dieser Verhältnisse wird erst der Eintritt wärmerer Witterung mit sich bringen.

Es ist deshalb nach wie vor die allergrößte Sparbarkeit nötig und wenn auch der Natur der Sache nach beim elektrischen Licht verhältnismäßig wenig erspart werden kann, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch bei der Gasbeleuchtung, insbesondere aber bei der Beheizung beträchtliche Ersparnisse erzielt werden. An eine Milderung oder gänzliche Aufhebung der verfügten Einschränkungen sollte deshalb, so lange die geschilderten Verhältnisse weiter bestehen, nicht gedacht werden.

Wir erhalten folgende Mitteilung: Da die Behörden nicht in der Lage waren, bis heute einen bestimmten Termin für die Beendigung der verfügten Saalsperre bekanntzugeben, haben sich die Konzertdirektionen Gutmann (Hugo Knepler) und Hugo Heller dahin geeinigt, in jedem Falle, also auch dann, wenn die Säle früher freigegeben werden sollten, zunächst die Abhaltung aller bis einschließlic Mittwoch den 21. d. angekündigten Veranstaltungen zu sistieren und dieselben auf spätere, noch bekanntzugebende Daten zu verschieben. Die gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Ob und wie weit auch die Sistierung der für spätere Daten angekündigten Konzerte zu erfolgen hat, wird von den zu erwartenden Entschlüssen der Behörden abhängen, und nähere Einzelheiten werden sobald bekanntgegeben.

Die Abnützung der elektrischen Glühlampen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berehrliche Redaktion! Ich möchte hiermit anlässlich der Sparmaßnahmen bei der elektrischen Beleuchtung auf einen Irrtum aufmerksam machen, welcher fast allgemein begangen wird, indem das Laienpublikum meint, daß alte, schon lange gebrauchte Glühlampen bei verminderter Leuchtkraft mehr Strom verbrauchen als neue Lampen. In Wirklichkeit verhält es sich umgekehrt. Das Ohm'sche Grundgesetz der Elektrotechnik besagt, daß bei konstanter Spannung der Stromverbrauch dem elektrischen Widerstand verkehrt proportional ist, d. h. daß bei konstanter Spannung der Stromverbrauch umso kleiner wird, je größer der Widerstand des Verbrauchersobjekts ist. Nun ist es Tatsache, daß, je länger eine Glühlampe in Verwendung steht, der Glühfaden desto dünner wird, da er naturgemäß im Laufe der Zeit sich immer mehr verzehrt, bis er wohl schließlich an der schwächsten Stelle durchbrennt und die Lampe verlischt. Je dünner also der Leuchtfa den wird, desto größer wird sein elektrischer Widerstand; infolgedessen nimmt der Stromverbrauch einer Lampe ab, je länger sie benutzt wird.

Diese Aufklärung scheint nötig, weil sonst das Entgegengesetzte geschieht, als was im allgemeinen Interesse liegt. Es tritt nämlich, statt zu sparen, eine unnötige Verschwendung in zweifacher Hinsicht ein, wenn die Konsumenten die alten Lampen abnehmen und durch neue Lampen ersetzen, und zwar im Lampenmaterial, weil es noch tauglich ist und weil der Stromverbrauch steigt, da neue Lampen mehr Strom wie alte beanspruchen. Es ist somit ein doppeltes Gebot der Sparbarkeit, die Lampen so lange als möglich zu behalten.

Außerdem muß dringend empfohlen werden, die Kohlenfadenlampen gegen Metallbrennlampen auszuwechseln, da die letzteren nicht allein weit weniger Strom verbrauchen als die ersteren, sondern weil auch ihre Leuchtkraft bei langer Benützungsbauer viel weniger zurückgeht als bei Kohlenfadenlampen.

Die Kohlennot und ihre Abhilfe.

Nichtbeachtete Vorschläge eines Fachmannes.

Die öffentliche Erörterung der Kohlennot reicht eigentlich auf wenige Wochen zurück. Mit dem großen Kälteeinbruch begann das Kaummern. Die Diskussion wurde lebhafter, je mehr wir froren und erreichte in den letzten 14 Tagen ihren Gipfelpunkt. Die offiziellen und offiziellen Entschuldigungen hat hunderte Argumente bei der Hand, Beweise, daß man es mit Augenblicklich unverbesserlichen Schäden zu tun hat, daß die Ursachen hierfür plötzlich eingetreten sind, daß zweifellos der Vorwurf der mangelnden Vorseorge völlig unangebracht ist.

Ungeachtet dieser Tatsache ist es interessant, gerade jetzt festzustellen, daß vor drei Jahren bereits, also bei Kriegsausbruch ein Wiener Fachmann mit leider nur zu prophetischer Wahrheit die Verhältnisse von heute vorausgesagt hat und eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die natürlich — nicht angenommen wurden. Wären sie befolgt worden, so wären wir wahrscheinlich heute von der Kohlenkatastrophe verschont geblieben. Vor uns liegen zwei Broschüren, die eine ein Sonderabdruck eines Artikels aus einer Wiener Zeitung, aus dem August 1914, die zweite, betitelt „Kälteschutz, ein Wort zur Kohlenversorgung Wiens“. Beide Schriften haben den bekannten Wiener Kohlenindustriellen, kaiserlichen Rat Oskar Berl, zum Verfasser. Merkwürdig für den Autor dieser Schriften konnten die Verhältnisse von heute keine Überraschung sein. In der einen der zwei Schriften sagt er nämlich, nachdem er die Situation erörtert hatte, wörtlich:

„Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, wird mit ziemlich bedeutenden Förderungseinschränkungen zu rechnen sein. Einschränkungen, aus denen sich eine gewisse Knappheit an Kohle unbedingt ergeben wird. Hoffentlich wird es den rastlosen Bemühungen unserer Staatsbahnverwaltung gelingen, so weit es die militärischen Anforderungen zulassen, bald einen geregelten Verkehr einzuführen. Bedinglich davon hängt es ab, ob und inwieweit der Bedarf an Hausbrand- und Industrie-Kohle gedeckt werden kann!“

Und was beanstandete kaiserlicher Rat Berl? Er bewies damals bereits auf den großen Ausfall der Einfuhr nach der Monarchie, die im Jahre 1913 bereits einen jährlichen Wert von 105.259.000 Kronen betrug. Es war schon damals klar, daß sich dieser Ausfall in irgend einer Form geltend machen mußte, zumal die Spekulationen auf einen geringeren Verbrauch von Kohle während des Krieges zweifellos unthätig waren. Zu dieser Schwierigkeit für die es während des Krieges keine Milderung gibt, treten, so erklärte kaiserlicher Rat Berl bereits vor drei Jahren, noch Schwierigkeiten der Organisation hinzu, die zu beheben er eindringlich anriet, wenn nicht die Kohlennot sich im Laufe der Begebenheiten zu einer Katastrophe anwachsen sollte. Vor drei Jahren reiste der zitierte Autor die Einrichtung des Abtransportes der Kohle durch die elektrische Straßenbahn mittels besonders gebauter Wagen an, reiste die Beschaffung von Maschinen zur flaglosen und raschen Bewältigung der Umladung an und wies nach, daß die Rentabilität unbedingt gegeben sei. Er verkannte den Erlas der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen für die Arbeit in den Kohlenhöfen und profitierte auf das energischste gegen eine Zentralisierung des Kohlenmarktes, beziehungsweise Kohlenlagers auf dem Nordbahnhof, wodurch die Ersparung der Kohlenzufuhr, namentlich für die entfernten Bezirke, vermieden werden soll. Die Anlage neuer Kohlenhöfe und Kohlenrutschen würde die Manipulation bei der Abfertigung der Parteien bedeutend erleichtern und vor allem eine raschere und intensivere Abfertigung möglich machen. Die vorstufliche Methode des Transportes in Säden sollte einer moderneren durch plombierte Butten Platz machen. Für den Transport in die äußeren Bezirke sollten angesichts des bestehenden Fuhrwerksmangels aneinandergekuppelte Kohlenwagen in Benutzung genommen werden, die die Kohle vorerst nach Hauptabzweigungen in den Bezirken bringen sollten, von wo aus der Abtransport ohne Schwierigkeiten erfolgen könnte. Er schlug

weiter die Anlage von Depotbläsen und das Zusammenlegen von Verkaufsstellen kleiner Kohlenhändler vor, um die flaglose Abfertigung der kleinen Konjumenten mit Mengen von etwa 12, 25 oder 50 Kilogramm zu ermöglichen. Und als der Krieg bereits ausgebrochen war und sich die Schwierigkeiten bei der Austreibung der Kohle ergaben, schlug kaiserlicher Rat Berl vor, die Kohlenfuhrwerksleute unter das Kriegsdienstleistungsgesetz zu stellen, um die bereits damals von ihm vorausgesehenen Willkür und Rücksichtslosigkeit der Kohlenfuhrwerke zu verhindern.

Kaiserlicher Rat Berl hat natürlich nur in einem Teil Recht behalten, mit der Voraussage, der ganz unleidlichen Verhältnisse. Nicht Recht behalten hat er dort, wo er Verbesserungen vorschlug. Denn man hat keinen seiner Vorschläge beachtet. Hätte man es, so hätten wir jetzt wahrscheinlich uns die Aufregungen der vergangenen Woche ersparen können, nicht mit anzusehen zu haben, daß schlecht gekleidete Arbeiterfrauen bis zu 13 Stunden vor Kohlenläden angestellt stehen — um 5 Kilogramm Kohle zu bekommen. Aber bei uns vergißt man so leicht, warum ist es gut, dann und wann dem schwachen Gedächtnisse nachzuhelfen.

Die Kompetenz für Kohlenversorgungs-Angelegenheiten.

Gestern erfolgte eine amtliche Verlautbarung, die sich mit der Kompetenzfrage in allen Angelegenheiten betreffend die Kohlenversorgung beschäftigte. Diese Mitteilung bezeichnet die im Arbeitsministerium aus Vertretern aller interessierten Ressorts gebildete Kohlenversorgungs-Kommission als die zuständige Stelle für die Verteilung und Abgabe von österreichischer

Kohle. Mit keinem Worte aber erwähnt das zitierte Communiqué, welche Stelle für die Disposition über die eingeführte oberösterreichische Kohle zuständig ist. Bedenkt man, daß im Normaljahr 1.200.000 Waggons zu 100 Meterzentner deutscher Kohle nach Österreich-Ungarn eingeführt werden, so erscheint immerhin die Frage nicht ohne Bedeutung, wer über diese Kohle zu verfügen hat. Angesichts der unerlässlichen Notwendigkeit, in dieser so brennend gewordenen Frage vollständige Klarheit zu schaffen, wäre es sehr wünschenswert, daß die Regierung das kleine Veräumnis nachtrüge und die Öffentlichkeit und besonders die interessierten Kreise über diese Frage informierte.

Wann hat die Kohlennot ein Ende?

Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke, Ingenieur Karel sendet uns folgende Zuschrift: Geehrte Redaktion! In den Besprechungen, welche die Tagespresse den Kohlenwarverordnungen widmet, werden meine bezüglichen Äußerungen häufig unvollständig oder mißverständlich wiedergegeben.

getroffenen Verfügungen werden bewirken, doch kann sich dieselbe naturgemäß erst nach einiger Zeit fühlbar machen, weil der Transport der Kohle nach Wien längere Zeit dauert. Es darf nicht vergessen werden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in erster Linie auf die Transportverhältnisse zurückzuführen sind, auf welche der schon so lange herrschende Frost die ungünstigste Wirkung ausübt. Kohle wäre gegenwärtig hinreichend vorhanden, doch kann sie nicht abgeführt werden. Im Bräu-Deplis-Komolauer-Revier lagern 600.000 Meterzentner Braunkohle, im Mährisch-Ostrauer-Revier 860.000 Meterzentner Steinkohle und 36.000 Meterzentner Koks auf den Halden und viele Grubenmärkten Schichten ausfallen lassen, weil ihre Kohlenlagerplätze angefüllt waren.

Eine allmähliche Besserung dieser Verhältnisse wird erst der Eintritt wärmerer Witterung mit sich bringen. Es ist deshalb nach wie vor die allergrößte Sparanfekt nötig und wenn auch der Natur der Sache nach beim elektrischen Licht verhältnismäßig wenig erspart werden kann, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch bei der Gasbeleuchtung, insbesondere aber bei der Beheizung beträchtliche Ersparnisse erzielt werden. An eine Milderung oder gänzliche Aufhebung der verfügten Einschränkungen sollte deshalb, so lange die geschilderten Verhältnisse weiterbestehen, nicht gedacht werden.

Der Abend
20. II. 1917

20
abm
69

Die Machenschaften der Kohlenhändler.

Noch immer kommt es täglich an Duzenden Stellen der Stadt vor, daß trotz vollen Kellers der Kohlenverkauf seitens der Kleinhändler plötzlich eingestellt wird und eine Unzahl von Frauen, die schon Stunden hindurch angestellt waren, nichts erhalten. Der Rest der Kohle wird nach wie vor bevorzugten Kunden gegen den bekannten hohen Abtrage Lohn, der ja nur die Verkleidung des Wucherpreises darstellt, ins Haus geliefert. Zur Verdeckung des Vorganges bedienen sich die Kohlenhändler eines schlaun erdachten Mittels. Sie beginnen so spät mit dem Verkauf, daß bis 12 Uhr oder, falls die Fuhrer erst im Laufe des Tages ankommt, bis 7 Uhr auf keinen Fall alle „Angestellten“ befriedigt sein können. Dann wird der Laden geschlossen und bis zum Einlangen der nächsten Fuhrer nicht wieder geöffnet. In Berlin wußte man sich da gleich Rat. Dort machen es die Kohlenhändler genau wie die in Wien, das Kriegswucheramt aber macht es anders. Werden die festgesetzten Höchstpreise überschritten, so erfolgt neben der Erstattung einer Strafanzeige wegen übermäßiger Preissteigerung die Beschlagnahme und der sofortige Verkauf der Vorräte, und zwar in diesen Fällen zu Gunsten der Staatskasse. Außerdem läßt das Kriegswucheramt in solchen Fällen den Preistreiber grundsätzlich an Ort und Stelle festnehmen und in das Untersuchungsgefängnis einliefern. Überdies wird die Schließung des Geschäftsbetriebes angeordnet.

Nachahmung dringend empfohlen!

20. I. 1917

50

Der Kohlenabsatz der Gemeinde Wien im Jänner.

Nach einem dem Bürgermeister vorgelegten Bericht betrug im Jänner der Gesamtverkauf von Braunkohle auf den fünf städtischen Kohlenlagerplätzen Westbahnhof, Malschleinsdorf, Engerthstraße, Nordwestbahnhof und Ottakring 194.069 Zentner gegenüber 72.145 Zentner im Jänner 1916. Die Anzahl der Parteien betrug auf allen fünf Plätzen 394.747 gegen 155.234 im Jänner 1916 und durchschnittlich an einem Tag 16.057 gegen 6468 im Jänner des Vorjahres. Diese Gesamtleistung der Lagerplätze wäre noch überboten worden, wenn der Einlauf von Kohle günstiger gewesen wäre. Mit Rücksicht auf die mangelnde Zufuhr mußten aber gegen Ende des Monats Beschränkungen im Absatze eingeführt werden. Der Absatz an Steinkohle auf den Nordbahnritzen betrug 52.247 Zentner u. zw. an böhmischer Steinkohle 45.257, an Ostrauer Kohle 3689, an Dombrowaer Kohle 3300 Zentner. Auf dem Kohlenlagerplätze Vorgartenstraße wurden an böhmischer Steinkohle 14.487 Zentner (in Mengen bis rund 500 Kilogramm abgegeben.

20. II. 1917.

51

Die Kohlenfrage.

Budapest, 19. Februar.

Der von der hauptstädtischen volkswirtschaftlichen Sektion mit Hilfe von erfahrenen Sachleuten in den Bahnhöfen organisierte Kohlenkleinverschleiß ist heute mit großem Erfolg fortgesetzt worden. Bisher war der Kleinverschleiß nur in den Pester Bahnhöfen organisiert, nunmehr ist auch für die Ofner Bevölkerung gesorgt, denn heute begann auch im Südbahnhöfe der Kleinverschleiß von ungarischer Kohle. In den Pester Bahnhöfen, dem Nord-, Josefstädter und Leopoldstädter Bahnhöfen, wurden im Laufe des heutigen Tages ungefähr 3000 Rationen Kohle zu 50 Kilogramm, im Südbahnhöfe zirka 600 Meterzentner, also 1200 Rationen, an die Kleinconsumenten verkauft. Der Verschleiß ging auch heute glatt und rasch vonstatten und fast alle, die bei den Autos erschienen waren, konnten befriedigt werden. Die Zufuhr von preussischer Kohle hält an, und wenn die unterwegs befindlichen bedeutenden Sendungen in Budapest eingetroffen sein werden, ist die kritische Lage überwunden. Die behördlichen Organe sind bemüht, gleich der ungarischen auch die preussische Kohle so rasch als möglich unter die Bevölkerung gelangen zu lassen, und diese Bemühungen versprechen vollen Erfolg.

Das im Zentralstadthause befindliche Dienstvermittlungsbureau des Martaverins ist wegen Mangels an Kohlen fortan bis auf weiteres nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Der Landes-Bergwerks- und Hüttenverein hat seine Lokalitäten aus derselben Ursache für unbestimmte Zeit geschlossen.

Der jetzige Februar scheint die Ambition zu haben, unserer Bevölkerung lange in Erinnerung zu bleiben. Noch ist die Stadt von den riesenhaften Schneebergen, die der ausgiebige Schneefall in den ersten Tagen dieses Monats hervorgerufen hatte, nicht ganz gesäubert, und schon begann es heute wieder zu schneien, doch nicht mehr mit der gleichen

Kraft und Fähigkeit wie vordem; trüg fielen die kleinen Kloden hernieder und nach kurzer Zeit hatte das Schneetreiben gänzlich aufgehört. Da auch die Kälte stark nachgelassen hat, hielt sich der gefallene Schnee nicht, sondern zerfiel. Auch aus der Provinz wird ein jähes Steigen der Temperatur gemeldet. So ist z. B. in Temesvár die Temperatur von gestern auf heute um nicht weniger als 22° (von - 17 auf + 5) gestiegen. In der Umgegend von Temesvár beginnt daher der Schnee rapid zu schmelzen.

Temesvár, 19. Februar.

Die Stadt Temesvár hat im Sinne der Ministerialverordnung dem Theater und den beiden städtischen Lichtspieltheatern gestattet, weiter zu spielen, da genügend Kohlen vorhanden sind. Das städtische Elektrizitätswerk wird durch Wasserkraft betrieben, so daß es von dem Kohlenmangel nicht betroffen wird. Bloß der Gasverbrauch in den Privathäusern ist etwas eingeschränkt worden und Konzerte sowie Vorlesungen einstweilen verboten.

Debrecen, 19. Februar.

Der Magistrat hat der Theatergesellschaft, die schon seit zwei Wochen des Kohlenmangels halber keine Aufführungen veranstalten konnte, gestattet, heute nachmittag und abend zu spielen. Von morgen an bleibt das Theater jedoch wieder geschlossen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Sopron, 19. Februar.

Der Bürgermeister hat auf Ersuchen der Theaterdirektion die weitere Abhaltung von Vorstellungen gestattet, um das große Schauspielpersonal nicht brotlos zu machen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 19. Februar.

Im Stadtrat erklärte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß die Kohlenzufuhr noch immer ganz unbefriedigend sei und teilte mit, daß er sich neuerdings an den Ministerpräsidenten um dringende Abhilfe gewendet habe. Es wurde beschlossen, die öffentliche Straßenbeleuchtung noch weiter einzuschränken. Es werden von nun ab nur mehr in nahezu 1400 Straßen die ganznächtigen Gasflammen gezündet, die bisher halbnächtigen Lampen überhaupt nicht mehr.

Die Mißstände beim Kohlenverkauf.

Zu diesem Thema gehen uns andauernd Beschwerdenbriefe zu. Ein Hofrat in Pension schreibt uns: Sehr geehrte Redaktion: Der Aufsatz: „Das Ende des Anstellens um Brot und Milch“ in Ihrem geschätzten Blatte (Nachmittagsausgabe vom 17. Februar 1917) wurde von vielen Seiten sehr beifällig aufgenommen; aber an die Stelle dieser Qual des Anstellens ist eine andere getreten: Das Anstellen um Kohlen! — Und diese Qual ist bei der grimmigen Kälte, die bis vor kurzem herrschte, keine geringere. Der Schreiber dieser Zeilen ist ein 70 Jahre alter pens. k. k. Hofrat. Und jetzt soll ich mich vielleicht über meine nur etwas jüngere Frau „um Kohlen anstellen“? — Die Köchin, die wir 3 Jahre hatten, hat es nämlich kürzlich abgelehnt, sich im Winter bei dieser grimmigen Kälte „anzustellen“ und da ich sie hiezu nicht zwingen konnte, mußte ich ihre Kündigung annehmen. Jetzt haben wir nur eine Bedienerin, die zum Anstellen keine Zeit hat. Also soll ich mich jetzt als k. k. Hofrat um Kohlen anstellen? — Ein Bekannter fragte mich: Ja, haben Sie denn, Herr Hofrat, keine Kohlen im Keller? — Ich mußte antworten: „Leider nein; denn die Dienstmädchen scheuen das Tragen der Kohlen aus dem Keller in die Wohnung und aus Rücksicht auf die Mädchen schaffte ich mir leider keinen Kohlenvorrat an.“ Ich teile die Ueberzeugung vieler, daß die Reichs auch jetzt in der Kriegszeit das Notwendige sich leicht verschaffen können und daß für die Armen „Mittelstand“ wird nichts getan. Dieser ist am schlechtesten daran und aus dem Mittelstande am aller schlechtesten: die Festangestellten. Infolge der Kohlennot tut man ohnehin alles, was möglich ist. Da wir keine Kohlen haben, können wir nicht kochen. Ich weise daher im Gasthause und habe in meiner Wohnung derart umgestellt, daß ich nur ein einziges Zimmer bewohne, in dem ich auch schlafe. Aber in diesem einzigen Zimmer möchte ich doch nicht erfrieren! — Jede Partei mußte doch schon vor der Kohlennot in einem Kohlengeschäfte Kunde sein. Wenn man dort auch weiterhin keine Kohlen bekäme, so wäre die Frage gelöst. Aber nein! — Anstellen muß man sich! Es besteht ja leider Gottes auch noch das Anstellen um Erdäpfel in vollster Blüte — trotz der Kälte; aber auf Erdäpfel kann man allenfalls noch verzichten, auf Kohlen nicht, besonders wenn man schon im Greisenalter steht, wie ich und meine Frau. Vielleicht machen Sie, sehr geehrter Herr Redakteur, von diesem Notschrei eines alten Staatsbeamten in Ihrem geschätzten Blatte Gebrauch, wofür ich im Voraus meinen verbindlichsten Dank ausspreche.

21. / II. 1917

* Gas und Kohle. Wie das Thermometer bei unbeständigem Wetter, zeigt auch die Kohlenzufuhr täglich ein Steigen oder Sinken, bisher leider in überwiegendem Maße ein Sinken. Wie wir erfahren, haben die Mostner Gaswerke in der verfloßenen Nacht und am heutigen Tage wieder eine Kostprobe von Kohle erhalten. In dieser Zeit sind nämlich zehn Waggons ungarischer Kohle zum Heizen der Generatoren und 43 Waggons Gas Kohle angelangt, eine wohl lange nicht genügende Menge, aber dennoch etwas, um die Hoffnung nicht ganz sinken zu lassen. Die Straßen der Hauptstadt bieten ein Bild, als ob sie mit feuchtem Ertes, der bis an die Knöchel reicht, aufgestreut würden. So unangenehm dies auch für den Fußgänger ist, sieht auf den Gesichtern der Menschen dennoch helle Freude. Der „Quaisch“ auf den Straßen gilt nämlich als der rettende Engel vor dem Frieren und Erfrieren, und wenn des Heizmaterials auch noch nicht entzafhen werden kann, das milde Wetter bildet jedenfalls eine große Erleichterung, die sich bereits in der Kohlenversorgung bemerkbar macht. Allerdings nimmt die Kohlenzufuhr auch zu, seitdem die ungarischen Staatsbahnen sich entschlossen haben, nach Pölna Lokomotiven zu schicken, die die dort aufgestauten Kohlenzüge langsam ins Rollen bringen. Seit Freitag laufen nämlich täglich nebst der ungarischen Kohle 50 bis 100 Waggons preussischer Kohle und Koks ein. Der größte Theil dient wohl industriellen Zwecken, es bleibt aber auch für die Großhändler ein Theil übrig, der ausschließlich dem Publikum überlassen werden kann, da die Industriebetriebe durch direkte Sendungen einigermaßen befriedigt sind. Der Ansturm in der hauptstädtischen volkswirtschaftlichen Sektion dauert noch un verändert an, selbstverständlich ohne jeden Erfolg für die Partaken, da die Sektion keinen Kohlenhandel betreibt. Die Leute verbringen in der Sektion ihre Zeit, führen die Arbeiten nur, um dort zu erfahren, daß die Hauptstadt keine Kohle verkauft. Derselbe An drang ist bei der Gasdirektion am Tisza Kálmanplatz zu beobachten. Dort ist die Ordnung nur mehr mittels Polizeiassistenten aufrecht zu erhalten. — Laut Mittheilung der Direktion der Staatsbahnen sind in der Vorwoche außer den Quantitäten für den Eigengebrauch in den Eisenbahn- und Schiffstationen der Hauptstadt eingetroffen: 590 Waggons preussische, 25 Waggons polnische und 1760 Waggons ungarische Kohle.

Die Kohlennot.

In den größeren Kohlenbureaux herrschte in den letzten Tagen der lebhafteste Parteienverkehr. Fortwährend herrscht ein „Anstellen“ um „größere“ Kohlenanweisungen, nämlich um solche von 500 Kilogramm aufwärts. Sie werden an Private, Geschäftsleute usw. ausgegeben, zumeist jedoch nur an Kunden, die sich mit der letzten Faktura als solche ausweisen. Zahlreiche Beschwerden laufen über exorbitante Fuhrlöhne ein. So wurde mitgeteilt, daß ein Fuhrwerker für Abholung und Zustellung von 500 Kilogramm vom Nordbahnhof in den 13. Bezirk — 70 Kronen verlangt. Unter diesen Umständen macht sich trotz der sicherlich ungünstigen Verhältnisse, wie sie auch für das Fuhrwerk in nicht wegzuleugnender Weise bestehen, der Ruf nach einer behördlichen Neufestsetzung der Fuhrwerkstagen wenigstens für die derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse geltend. In Betracht kommt hierbei, daß auch schon für die Abholung von 500 Kilogramm unbedingt Pferdefuhrwerk zum Einlaß in den Nordbahnhof gefordert wird.

In den Kreisen der Konsumenten ist die Idee aufgetaucht, die riesigen Fuhrspesen, die in keinem Verhältnis zum Preis der Ladung stehen, dadurch zu verbilligen, daß gleichzeitig mehrere solcher Anweisungsinhaber ein Fuhrwerk entsenden und die Kosten aufgeteilt würden. Dies erwies sich jedoch als undurchführbar, da die Kohle aus plombierten Säcken eingefüllt wird und nicht genügend Säcke da sind, um die einzelnen getrennt zu verladen. Unter diesen Umständen wird vielleicht die Revision der Maximalfuhrlöhne im Sinne einer Abstufung, die in gerechter Weise die Ladefähigkeit des jeweiligen Fuhrwerkes berücksichtigt, für zweckmäßig gehalten.

Ueber die Mißstände beim Kohlen- verkaufe

wird uns aus einem der westlichen Bezirke geschrieben:
„Sehr geehrte Schriftleitung! Vor ein paar Tagen konnte man in den Zeitungen lesen, daß die Kohlennot hauptsächlich durch das persönliche Eingreifen des Kaiserpaares behoben sei bis auf einige kleine Unzukömmlichkeiten, die man ja mit Rücksicht auf die Lage gerne in den Kauf nimmt. Und man sollte auch glauben, daß die Not, das förmliche Kämpfen um das bißchen Kohle, wirklich verschweicht ist, denn fast auf Schritt und Tritt begegnet man den mit den „schwarzen Diamanten“ beladenen Fuhrwerken und sieht man allenthalben das Heizmaterial bei den Kohlenhändlern ablagern. Aber wo kommen die vielen Kohlen hin? Auf die massenhafte, Tag und Nacht währende Ab- und Zufuhr müßte denn doch schon eine merkliche Besserung wahrzunehmen sein. Indessen immer noch stehen die langen Reihen der Armen, die stundenlang auf die Handvoll Kohle warten, ihre Arbeit versäumen, den in dieser Zeit doppelt kargen Verdienst und oft auch durch das lange Harren auf dem kalten und nassen Pflaster die Gesundheit, dieser Leute einziges Kapital, zum Opfer bringen. Kohle also wird genügend zugeführt und die Not, wie sie uns in den westlichen Bezirken entgegensieht, ist offenbar nur die Frucht ungesunder und unhaltbarer Zustände. Man hat Mittel und Wege gefunden, dem Armen sein Stückchen Brot zu sichern, und ebenso muß es auch Mittel und Wege geben, um ihm sein bißchen Kohle zu sichern. Dem Kaiser und der Kaiserin dauerte auch das arme Volk, die armen Kinder, und es muß die Möglichkeit vorhanden sein, den kaiserlichen Willen zur Durchführung zu bringen. Wenn schon nicht das „Anstellen“ vermieden werden kann, so müssen doch die häßlichen Szenen, die sich täglich vor den Geschäften der Kohlenhändler abspielen, die Bevölkerung verbittern, verschwinden. Tagelang konnte man das Verschleppen der Kohle zu den sogenannten „festen Kunden“ beobachten, während draußen auf der unheimlichen Straße diejenigen standen, die zwar auch Kunden waren, aber nicht das Glück hatten, „gute“ Kunden zu sein, die nicht in der Lage waren, jenes Trinkgeld zu zahlen, das nötig war, um das Herz des Kohlenhändlers zu erweichen. Es soll hier nicht verallgemeinert werden. Es gibt Händler, die sich streng an die Weisung der Genossenschaft halten und ihr Bestes für die Armen tun, aber es gibt sehr viele, die ihre Befugnisse des Bediensteten der ständigen Kundschaft, die Freiheit des Verkaufs gräßlich mißbrauchen, und diesen muß ihr Vorgehen gelegt werden. Die Bessergestellten, vom Glücke

Begünstigten oder wie die Protektionskinder sonst noch heißen mögen, haben bis jetzt Kohle genug erhalten und es ist höchste Zeit, endlich auch den andern gerecht zu werden und die Willkür zu beseitigen. Dem bedrängten Armen gebührt vor allem der Schutz. In der Kohlenfrage blieb dieser Schutz in jeder Weise gründlich verfaßt, da die Leute nach stundenlangem Harren und Zusehen der zentnerweisen Abtragung der Kohle zu den „Kunden“ zum Schlusse noch Grobheiten, Beschimpfungen, Stöße u. dgl. zu erdulden hatten. Für eine Freiheit des Verkaufes, die solche Zustände zeitigt, hat das Volk kein Verständnis. Hochachtungsvoll G. Schlessinger, alter Abnehmer Ihres Blattes.

Aus Prag, 21. d., wird gemeldet: Von heute ab verkehrt die hiesige Straßenbahn nur mehr früh von 6 bis 8 und abends von 6 bis 8 Uhr.

Generalversammlungen.

Ungarische Vereinigte Kohlenbergbau
und Industrie - A. G.

Unter dem Vorzuge des Präsidenten Dr. Moriz Stiller fand heute in Anwesenheit von 28 Aktionären mit 7395 Aktien die Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft statt. Der zur Vorlage gelangte Jahresbericht verweist auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich in steigendem Maße beim Kohlenbergbau geltend machen. Der Arbeiterstand der Gruben reduzierte sich von Monat zu Monat, so daß es der größten Kraftanstrengung bedurfte, um die unverminderten Ansprüche der Staatsbahnen und der teilweise stärker als in Friedenszeiten arbeitenden Industrie zu befriedigen. Die Beschaffung der für die Gruben erforderlichen Materialien konnte durchweg nur mit großen Schwierigkeiten zu außerordentlich hohen Preisen erfolgen. Ganz besondere Umsicht erforderte die Versorgung der Arbeiter und deren Familien — über 6000 Seelen — mit den nötigen Lebensmitteln, für die weitgehende materielle Opfer gebracht werden mußten. Abgesehen davon, daß die Gesellschaft ihren Arbeitern und deren Familien die Lebensmittel zu Preisen, die weit unter den Marktpreisen standen, zur Verfügung stellt, hat sie allen Beamten und Arbeitern wiederholt Feuerungsbeiträge, wesentliche Wohnverbesserungen, Familienzulage und Unterstützungen zugewendet, um ihre schwierige Situation zu erleichtern. Die hierdurch verursachte bedeutende Steigerung der Gesehungskosten konnte angesichts der noch bestehenden Lieferungsverträge nur teilweise auf die Abnehmer überwält werden. Bei der nun erfolgenden Erneuerung der Schlüsse wird diesem Umstande in billiger Weise Rechnung getragen, weshalb auch die Notwendigkeit entfällt, ähnliche Reservierungen wie im Vorjahre für die Zukunft vorzunehmen. Der geringe Arbeiterstand wie die schwierige Materialbeschaffung haben die Direktion veranlaßt, die Investitionen auf das Mindestmaß zu beschränken; sie hat nur jene maschinellen Einrichtungen angeschafft, die der fortschreitende Bergbau im Interesse der Kohlenförderung erfordert. Der Kohlenabsatz hat im abgelaufenen Jahre 3,202.166 Meterzentner betragen gegen 3,284.220 Meterzentner im Vorjahre. Laut des Rechnungsabchlusses beträgt der gesamte Betriebsüberschuß inklusive Zinsertragnis k 940.219.83; von dieser Summe die Kosten der Zentralregie, der Kohlenpachte, der Bahnerhaltung, der Steuer und des Beitrages zur Bruderkasse mit zusammen k 367.582.83 abgezogen, verbleiben k 572.637.50 als reiner Ueberschuß. Mit Heranziehung der im Vorjahre zurückgestellten Lebensmittelanschaffungsreserve von k 50.000 erhöht sich dieser Betrag auf k 622.637.50. Die Direktion beantragt, von diesem Ueberschusse als Wertverminderung des Inventars k 160.000, und als Zuweisung an den Reservefonds k 40.000 zurückzustellen, so daß k 422.637.50 erübrigen. Nach Abzug der statutenmäßigen Tantieme der Direktion und des Beamtenkörpers, sowie der Dotierung des Beamtenpensionsfonds mit k 12.000 stehen mit Hinzurechnung des Gewinnvortrages vom Jahre 1916 von k 42.583.93 k 402.504.93 zur Verfügung der Generalversammlung. Davon sollen k 360.000 zur Bezahlung einer neunprozentigen Dividende gleich k 18 pro Aktie verwendet und der Rest von k 42.504.93 auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Generalversammlung nahm den Bericht zur Kenntnis und akzeptierte die auf die Verteilung des Reingewinnes bezüglichen Vorschläge der Direktion. Nach Erteilung des Absolutiums und der Wiederwahl der Herren Anton v. Deutsch, Martin Fuchs und Ferdinand Groß in den Aufsichtsrat dankte Aktionär Alexander Kóna der Direktion und dem Beamtenkörper für ihre erspriessliche Tätigkeit.

Der Kohlenmangel und seine Lehren.

Von Hofrat Stephan v. Fodor.

In der gestrigen Nummer des „Pester Lloyd“ erörtert unser Landsmann Hofrat Stephan von Fodor den herrschenden Kohlenmangel und seine Lehren. Hofrat Stephan v. Fodor schreibt:

Die Kümmernisse, die wir in der Versorgung unserer Städte mit Steinkohlengas vorübergehend durchzumachen haben, werfen ein grelles Licht auf die Abhängigkeit vom Ausland, in der wir uns diesfalls befinden. Wohl besitzen auch wir in Ungarn Kohle, die zur Gaserzeugung herangezogen wird, aber die Grundlage, auf der unsere Gasanstalten aufgebaut sind, sowie die örtlichen Verhältnisse schließen die Verwendung ungarischer Kohle manchenorts ganz aus, oder weisen der letzteren nur eine bescheidene nebensächliche Rolle zu.

Die hauptsächlichste Ursache dieser Erscheinung ist die, daß bei der Gaserzeugung die denkbar größte Ausbeute an Koks angestrebt wird. Dieser Koks soll womöglich aus festen porösen Stücken bestehen, die leicht behandelt und transportiert werden können. Je besseren und je reichlicheren Koks eine Kohle liefert, desto mehr wird sie von den Gasanstalten geschätzt und daher kommt es, daß die ungarischen Gasanstalten ihren Bedarf nach ausländischer, sogenannter „Gaskohle“ richten. Aus dieser letzteren können 65 bis 70 Prozent des Gewichtes als Koks genommen werden, der in seiner Beschaffenheit ein ausgezeichnetes Heizmaterial für häusliche Bedürfnisse liefert.

Die ungarische Kohle kann wohl in mancher Beziehung mit der ausländischen wetteifern, aber sie ist vorwiegend Braunkohle und gibt mit wenigen Ausnahmen bei der Vergasung einen Koks, der für unsere häuslichen Heizeinrichtungen entweder gar nicht oder nur schwer verwendbar ist. Würden daher unsere Gasanstalten ungarische Braunkohle zur Vergasung verwenden, so würde die bisherige Grundbedingung ihrer Rentabilität, nämlich die Einnahme aus dem Verkaufe von Koks, zum größten Teile wegfallen und der Koks müßte als lästiges Nebenprodukt verschleudert oder als unanbringbar beiseite geschafft werden. Aus diesem Grunde haben sich unsere Gasanstalten gleich im vorhinigen auf die Verarbeitung von typischer Gaskohle eingerichtet, und diese wird eben zum allergrößten Teile aus dem Auslande bezogen, von dem wir uns also auf diesem Gebiete in vollständiger Abhängigkeit befinden.

Nun aber ist jede Abhängigkeit ein Uebel, besonders jene vom Auslande. Jede Gabe von auswärts muß mit einer Gegengabe erwidert werden, und das System der Kompensationen wird auf die Dauer unhaltbar, wenn von beiden Parteien die eine die schwächere bleibt. Wir müssen daher das Uebel, bevor wir es vollständig ausmerzen können, womöglichst herabzumindern trachten. Und diesem Bestreben entsprechen wir, wenn wir alles, was mit heimischer Kohle erreicht werden kann, auch durch letztere besorgen lassen.

Zu Beleuchtungszwecken benötigen wir heutzun-

tage kein Gas mehr. Es gab eine Zeit, wo gegen den Auerbrenner keine andere Beleuchtungsart wirtschaftlich aufkommen konnte. Aber diese Zeit ist vorüber. Seit der Erfindung der Stromsparenden Metallfadenlampen kann die elektrische Beleuchtung mit dem Gaslicht auch bezüglich Wirtschaftlichkeit in Wettbewerb treten. Die künstlichen Gegenstände, die man früher zwischen Gasanstalten und Elektrizitätswerken hervorrief, wurden in dem Augenblicke abgetan, als die Kommunen daran gingen, durch Einlösen beider Unternehmungen sich das Beleuchtungsmonopol zu sichern. Die Städte haben es nun in der Hand, die Erzeugung der Beleuchtung derart einzurichten, wie es den heimischen Verhältnissen am besten entspricht und sie können die gesamte Beleuchtung nunmehr durch die heimische Kohle herstellen lassen. Es ist ja übrigens eine Tatsache, daß die Gasbeleuchtung überall immer seltener zur Anwendung gelangt, selbst dort, wo man es nicht nötig hat, für ihre Erzeugung aus dem Auslande Kohle zu beziehen. Wir können daher in Ungarn aus doppelten Gründen der rückgängigen Bewegung der Gasbeleuchtung Vorschub leisten. Wenn einmal in unseren Städten die gesamte Beleuchtung den Elektrizitätswerken überwiesen sein wird, so haben wir damit den Bezug der ausländischen Beleuchtungskohle auf die Hälfte vermindert und unsere diesbezügliche Abhängigkeit vom Auslande in entsprechender Weise herabgesetzt.

Das Ausbleiben der ausländischen Kohle hat aber nicht nur bei den Gasanstalten, sondern auch bei der Heizung im Haushalt eine Kalumität hervorgerufen. Es gibt genügend ungarische Heizkohle in den verschiedensten Varietäten, aber ein großer Teil des Publikums zieht dennoch die ausländische Kohle vor. Es liegen gegen die Qualität der ungarischen Heizkohle mehr oder minder begründete Beschwerden vor. Man wirft ihr vor, daß sie viel Schlacken gebe, viel und lästigen Rauch entwickle und einen schwefeligen Geruch verbreite, was bei der hierorts zur Verwendung gelangenden ausländischen Kohle nicht in so ausdauernder Weise der Fall sei. Wer es nur tun kann, zieht die ausländische Heizkohle der heimischen vor.

Aber auch dieser Zustand kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben, umso mehr, als wir darauf rechnen müssen, daß die Kohlenzufuhr aus dem Auslande sich in stetiger Weise vermindern wird, und zwar nicht nur deswegen, weil die ausländische Steinkohle immer teurer und unerschwinglicher werden wird, sondern auch aus einer besonderen Ursache. Jedes Land wird fortan danach trachten, jene aus der Kohle abschleibbaren wertvollen Stoffe bei sich zu behalten, welche es für seine Industrie und für seine Landwirtschaft benötigt, wie zum Beispiel den für die Industrie hochwertigen Teer, die für die Landwirtschaft notwendigen Stickstoffverbindungen usw. Diese wertvollen Stoffe gehen bei der einfachen Verbrennung der Kohle vollständig verloren. Deshalb ist es speziell in Deutschland von Staats wegen zum Lösungsworte geworden, mit der rohen Verbrennung der

Westungarischer Grenzboten II
22. II. 1917
Der Kofflammung und sein Leben. Ca

Kohle Schluß zu machen, aus derselben fortan alles Wertvolle herauszudestillieren und nun den übrigbleibenden Koks für Kesselfeuerungen freizugeben. Dieser Koks wird aber infolge des sich stetig steigenden Eigenverbrauches des Auslandes in immer geringeren Mengen zu uns herüberwandern, bis er schließlich ganz ausbleiben wird. Man wird sich daher bei uns wohl oder übel für häusliche Heizzwecke mit ungarischer Kohle begnügen müssen.

Nun aber bestehen die Ursachen, die in Deutschland die verschwenderische, rohe Verbrennung der Kohle verbieten, auch bei uns in Ungarn. Auch wir müssen ein großes Interesse daran haben, die Destillationsprodukte der Kohle für unsere Industrie und besonders für unsere Landwirtschaft zu verwerten. Während aber in Deutschland als Endergebnis der Kohlendestillation zum großen Teil ausgezeichnete Koks resultiert, wird dies hierzulande nur bei einigen Kohlenarten zum geringen Teil der Fall sein; zum größten Teil wird bei uns nur solcher Koks abfallen, der für häusliche Heizzwecke gar nicht, für Kesselfeuerungen aber nur schwer verwendbar sein wird.

Die Aufrollung des Heizproblems ist daher für uns eine schwierige Sache. Wenn wir weder für die einzelnen Haushaltungen, noch für die immer zahlreicher werdenden Zentralheizungen einheimischen Koks in entsprechender Qualität herstellen können, so müssen wir für die häusliche Heizung eben in anderer Weise vorsorgen. Aus unserer Kohle können wir durch direkte Destillation ein Heizgas herstellen, das zwar keinen Wertart hohen Heizwert besitzt wie jenes, welches wir bei Verwendung von ausländischer Gaskohle erhielten, aber in Ermanglung eines anderen werden wir uns auch mit dem einheimischen Gas bescheiden müssen. Aus dem resultierenden, sonst unvertwendbaren Koks aber können wir durch Zuführung von Luft und Wasserdampf wieder ein anderes supplementäres Heizgas herstellen, das entweder für sich allein oder in Vermischung zum vorhin erwähnten Gas an die Haushaltungen abgegeben werden kann und daselbst den Koks ersetzt. Man wird daher anstatt mit festen Brennstoffen fortan mit Gas heizen.

Gewiß ist die Lösung des Problems keine leichte und erfordert viel Versuche und viel Zeit, gewiß bedingt die Durchführung dieses Prozesses auch eine Umgestaltung der bisherigen Anlagen. Aber wollen wir auf diesem Gebiete selbständig werden, so bleibt kein anderer Ausweg. Selbst in jenen Ländern, wo man gute Kohle besitzt und demzufolge guten Koks erzeugt, wird dieser seitens der Gasanstalten nicht mehr ausschließlich für Heizzwecke abgegeben, sondern man beginnt den Koks im Gaswerk zurückzuhalten und ihn wieder zur Erzeugung von anderem (sogenanntem Wassergas) zu verwenden, das dem Originalgas beige-mischt wird, um auf diese Weise die Gasproduktion zu vergrößern. Schon versucht man zu dieser Zusatzherzeugung die im Gaswerk selbst vorhandenen Vorrichtungen zu benutzen, um so viel als möglich

die bestehenden Anlagen zu verwerten und neue Apparate überflüssig zu machen. Wenn wir daher auch unsererseits daran gehen werden, die für die Haushaltungen benötigten Brennstoffe durch Heizgas zu ersetzen, so wandeln wir auf bereits betretenen Bahnen und haben uns nur an das auswärts gegebene Beispiel anzuschmiegen, um auf ähnliche Weise zum Ziel zu kommen. Dann ist auch das Heizproblem für uns gelöst und die Kohlenkalamitäten werden wohl für immer ausgeschaltet bleiben.

(Die österreichische Kohlenproduktion im Januar.) Im Januar 1917 stellte sich die Steinkohlenförderung auf 14.745.400 Meterzentner, gegen 14.5 Millionen im gleichen Vormonatsmonat und 14.4 Millionen Meterzentner pro Dezember 1916. Die Produktion hat somit neuerlich zugenommen. Auch die Koks-erzeugung konnte gesteigert werden: es wurden 2.294.181 Meterzentner erzeugt, gegen 2 Millionen Meterzentner im Januar 1916 und 2.2 Millionen im Dezember 1916. Die Förderung des Strau-Karwiner Reviers stellt sich auf rund 9 Millionen Meterzentner und hat die Dezemberproduktion um weitere 150.000 Meterzentner übertroffen. — Die Braunkohlenförderung zeigt zwar gegen den Vormonat eine kleine Steigerung, blieb dagegen hinter der Produktion des Vormonats um $1\frac{1}{2}$ Millionen Meterzentner zurück. Es wurden im Januar 1917 17.986.830 Meterzentner Braunkohle gefördert (gegen 19.5 Millionen pro Januar 1916 und 17.8 Millionen pro Dezember 1916). Das Hauptrevier — Brüx-Teplitz-Komotau — förderte 11.8 Millionen Meterzentner gegen 11.2 Millionen im Dezember vorigen Jahres, das Falkenauer Revier blieb mit 2.9 Millionen Meterzentner Förderung gegen den Vormonat um 62.000 Meterzentner zurück. Die Braunkohlenbriketterzeugung hat weiter abgenommen und betrug 139.737 Meterzentner (gegen 201.451 Meterzentner im Vormonatsmonat und 144.278 Meterzentner im Dezember vorigen Jahres).

Die Kohlenabgabe in Deutschland.

A.

Wien, 22. Februar.

Das neue deutsche Kohlensteuergesetz sieht die Erhebung einer Steuer vor, die 20 Prozent des Wertes der gelieferten oder im eigenen Betrieb oder eigenen Verbrauch verwendeten, wie auch eingeführten Kohle beträgt. Von der Steuer wird somit die gesamte Kohle ergriffen, die in Deutschland zur Verwendung kommt, möge sie nun Steinkohle oder Braunkohle sein, durch Förderung im Lande selbst gewonnen oder importiert werden. Nach der vorliegenden Fassung des Gesetzentwurfes nimmt man in den Kreisen der Produzenten an, daß die Steuer bei der Kohle, die zum Verkauf gelangt, 20 Prozent des Verkaufspreises ausmachen wird. Wenn zum Beispiel oberschlesische Stückkohle zu 19 Mark per Tonne, Kleinkohle zu 16 Mark an einen Händler veräußert würde, so hätte der Lieferant an Steuer 3 Mark 80 Pfennig, beziehungsweise 3 Mark 20 Pfennige zu entrichten. Der Händler würde die Steuer wieder auf seinen Abnehmer überwälzen und die Abgabe hat daher die Wirkung einer einmaligen 20prozentigen Verteuerung der Kohle, bei welcher der Erlös dem Staate zufällt. Der Fiskus ist offenbar von der Erwägung ausgegangen, daß bei der Deckung des staatlichen Zinsdienstes, der sehr große Summen erfordert, ein möglichst hoher Ertrag am leichtesten bei einem Massenartikel, wie bei der Kohle, herausgewirtschaftet werden kann. Man erwartet in Deutschland mindestens einen Eingang von 500 Millionen Mark aus der Steuer, und es ist wahrscheinlich, daß diese Summe nicht nur erreicht, sondern übertroffen werden wird. Die Staatsverwaltung hat auch die von ihrem Standpunkte einfachste Methode gewählt, indem sie eine generelle 20prozentige Abgabe einführt, ohne die Belastungsfähigkeit der verschiedenen Gattungen der Kohle zu berücksichtigen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern ist man unter dem Druck der Kriegsnöwendigkeiten von dem im Wirtschaftsleben so wichtigen Grundsatz einer Individualisierung der Abgaben nach ihrer Tragfähigkeit abgewichen. Der Staat hat begreiflicherweise ungewöhnlich große Bedürfnisse und bestreitet sie auf dem Wege, der ihm als der kürzeste, einfachste und ertragsreichste erscheint.

Es fragt sich nun, ob die neue Steuer, durch die, um bei den früher erwähnten Beispielen zu bleiben, eine marktgängige Sorte oberschlesischer Stückkohle statt wie bisher 19 Mark in Zukunft 22 Mark 80 Pfennig, oberschlesische Steinkohle statt 16 Mark, 19 Mark 20 Pfennig kosten würde, den Absatz der Kohle in Deutschland beeinträchtigen wird. Das dürfte nach der Ansicht von Persönlichkeiten, die mit den Verhältnissen des deutschen Kohlenmarktes auf das genaueste vertraut sind, während des Krieges und wohl auch in den ersten Jahren des Friedens, soweit heute in letzterer Richtung ein Urteil möglich erscheint, nicht der Fall sein. Die deutsche Kohle würde eine Verminderung ihrer Konkurrenzfähigkeit erfahren, wenn ausländische Kohle ohne Belastung durch die neue Steuer eindringen könnte oder die deutsche Kohle bei ihrem Wettbewerb im Ausland dort auf eine nicht gleichfalls von einer Abgabe in solcher Höhe getroffene Kohle stoßen würde. Das dürfte jedoch nicht geschehen, da die meisten kriegsführenden Staaten voraussichtlich auf die Kohle als Steuerobjekt zurückgreifen werden. Der Absatz in Deutschland selbst ist ganz besonders im Kriege für die ganze Produktion gesichert, weil ja die große Einfuhr der englischen Kohle fehlt und zum Teil auch der Bedarf der neutralen Staaten von Deutschland gedeckt werden muß. Wie sich im Frieden die Dinge entwickeln werden, läßt sich heute naturgemäß nicht sagen, doch glaubt man in Produzentkreisen nicht daran, daß das Bild, das der Krieg auf diesem Gebiet gezeigt hat, sich in einer verhältnismäßig kurzen Periode wenden wird. Man nimmt eher an, daß es ziemlich lange dauern wird, ehe englische Kohle wieder in den früheren Mengen in Deutschland Eingang finden wird, zumal die Lonnage in der ersten Zeit fehlen wird. Was die Belastung der Kohle der feindlichen Staaten mit fiskalischen Abgaben betrifft, so hält man es für zweifellos, daß die Engländer, deren

Staatsfinanzen unter dem Kriege schwer gelitten haben, gleichfalls zu einer bedeutenden neuen Kohlenabgabe sich werden entschließen müssen. Für die Konsumenten ist, was nicht übersehen werden darf, mit der staatlichen Abgabe nicht das letzte Wort über die hohen Kohlenpreise gesprochen. Der deutsche Gesetzentwurf trifft keine Vorkehrung, um darüber hinaus Preissteigerungen durch die Produzenten zu verhindern, die von dieser Möglichkeit leider im Kriege schon in ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht haben.

Die Produktion Deutschlands in Steinkohle hat im Jahre 1916 jene des Jahres 1914 beinahe erreicht, in Braunkohle übertroffen. Sie stellte sich 1916 in Steinkohle auf beiläufig 160 Millionen Tonnen, in Braunkohle auf 95 Millionen Tonnen, zusammen also auf 255 Millionen Tonnen. Der Marktpreis der Kohle ist seit dem Frieden sehr gestiegen, wodurch natürlich der Steuerertrag für den Staat erhöht wird. Im Friedensjahre 1913 wurden 191 Millionen Tonnen Steinkohle und 88 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Geht man von diesen Ziffern aus, so ist beim Steuerertrag zu beachten, daß die in Deutschland verwendete Kohle mit Einschluß der Exporte von der Abgabe getroffen wird. Nun besteht bekanntlich in der Steinkohle eine starke Ausfuhr, in Braunkohle eine lebhaftere Einfuhr, und unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse belief sich der Konsum in Deutschland in Steinkohle im Jahre 1913 auf 160, in Braunkohle auf etwa 95 Millionen Tonnen. Die Preise der Kohle sind außerordentlich verschieden und die Minimalpreise haben nur die Bedeutung, daß nicht unter denselben verkauft werden darf; sie stellen nur eine Grenze nach unten, aber nicht nach oben dar. Ein Durchschnitt läßt sich daher schwer ziehen, da zum Beispiel in Oberschlesien bei

der Flammkohle die Preise per Tonne zwischen über 13½ bis über 18 Kronen, bei Waschprodukten zwischen 11½ bis über 19 Kronen, bei Fettkohle zwischen mehr als 13 und mehr als 18½ Kronen schwanken mögen. Damit sollen nur einige Beispiele gegeben werden; in anderen Revieren sind die Preise noch höher, und die Abnehmer, die Kohle haben müssen, sind genötigt, sich den Forderungen der Lieferanten zu unterwerfen, so daß derzeit von irgendwelchen allgemein gültigen Marktpreisen nicht gesprochen werden kann. Bei einem schätzungsweise Durchschnittswert per Tonne Steinkohle von 15 Mark und der Braunkohle von 10 Mark käme man zu einem Ertrag der Steuer von 480 Millionen für Steinkohle, 190 Millionen für Braunkohle, insgesamt also auf 670 Millionen. Durch Ziffern kann jedoch nur innerhalb bedeutender Fehlergrenzen eine Vorstellung von einem möglichen Ertrag geboten werden, ohne daß sehr erhebliche Korrekturen durch die tatsächlichen Verhältnisse ausgeschlossen wären. Die Preise sind zu verschieden, die Sorten zu mannigfaltig, um einen halbwegs sicheren Durchschnitt ziehen zu können. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß bei sehr großen Kohlenmengen nicht der Verkaufspreis die Grundlage der Steuerberechnung bilden wird, sondern die Basis eine andere wird sein müssen. Das gilt vor allem von der Kohle, die im eigenen Betriebe verwendet wird. Wenn die Donnersmarchütte für die Montanproduktion aus ihren eigenen Gruben Kohle bezieht, wird sie natürlich zu einem anderen Preise kalkuliert werden als Kohle, die eine Grube an einen Händler zum Weiterverkauf veräußert.

Oesterreich und Ungarn haben bei ihrem Kohlenverkehre enge Zusammenhänge mit Deutschland. Die Steinkohlenförderung Oesterreichs belief sich im Jahre 1916 auf rund 176 Millionen Meterzentner, hat gegen 1915 um 15 Millionen Meterzentner zugenommen und die bisherige Höchstziffer des Jahres 1913, die 164 Millionen Meterzentner umfaßte, bedeutend überschritten. Dagegen erreichte die Braunkohलगewinnung nur 232 Millionen Meterzentner und ist gegenüber dem Friedensjahre 1913 um etwa 42 Millionen Meterzentner zurückgeblieben, dagegen gegenüber dem Jahre 1915 um zirka 12 Millionen Meterzentner gestiegen.

Kohlenverteilung an Hernals'er Arme durch die Gemeinde.

Gestern vormittag fand auf dem Stutzgeleise am Esterleinplatz im Bezirke Hernals die unentgeltliche Kohlenverteilung durch die Gemeinde Wien an die Armen dieses Bezirkes statt. Zwei schwere mit Steinkohlen beladene Lastwagen waren durch die städtische Straßenbahn an diese Stelle gebracht worden. Hier erfolgte unter Aufsicht der Armenräte die Verteilung der Kohlen an die vielen Hunderten mit Säcken und Körben erschienenen Armen. Dank einer an den Wagen angebrachten praktischen Vorrichtung erfolgte die Abfertigung nicht nur in sehr einfacher und rascher Weise, sondern auch in gleichmäßiger Weise, da die bestimmte Menge in einem Korbmaße gelegen war.

Kaiser und Volk.**Der kaiserliche Befehl zur Beistellung von militärischen Kohlenfuhrwerken.**

Wie berichtet, hat der Kaiser den Befehl erteilt, in allen größeren Garnisonsorten zur Behebung der Kohlennot militärische Fuhrwerke heranzuziehen. Dizu veröffentlicht „Strefflehrs Militärblatt“ nachstehenden Erlaß des Kriegsministeriums vom 10. d.:

„Seine Majestät erteilten strikten Befehl, der Kohlennot in größeren Garnisonsorten durch Beistellung von militärischen Lastautomobilen, Fuhrwerken und Gespannen in wirksamer Weise abzu helfen, auch aus der Umgebung Pferde und Fuhrwerke heranzuziehen und diesem Zwecke unbedingt zuzuführen.

Sollten Seine Majestät erfahren, daß verfügbare Transportmittel oder Pferde für den anbefohlenen Zweck nicht verwendet werden, so würde der Schuldtragende zur strengsten Verantwortung gezogen.“

Die „Maßregeln“ zur Kohlenversorgung.

Die offiziöse Korrespondenz Wilhelm will der Öffentlichkeit dartun, daß ein „gewisser Fortschritt“ in der Kohlenversorgung zu verzeichnen sei. Hören wir den Fortschrittsmann:

Die militärische Hilfe gliedert sich in die auf den Kohlenlagern im Nordbahnhof und in die auf den Kohlenabgabepätzen in den Vororten. Im Nordbahnhof, als dem Zentrum des Kohlenverkehrs, wurden Mannschaften zur Entladung der Waggons, zur Instandhaltung der Straßen und Steige in den Kohlenhöfen, dann zu Polizei- und Wachdiensten beigelegt. Seit dem 10. d. arbeiten hier täglich vor- und nachmittags je 400 Mann. Besonders förderlich erwies sich die militärische Hilfe bei der Straßenreinigung in den Kohlenhöfen, da das Glatteis und kürzlich das Tauwetter bei dem schlechten Zustand der Kommunikationen den Verkehr der Schwerverwerke ganz erheblich beeinträchtigt hätten. Die für Arbeits- und Wachdienste beigelegte Mannschaft bewährte sich namentlich auf der von der Nordbahn eingerichteten Detailabgabestelle in der Innstraße.

Daß die Soldaten, wo man sie hinstellt, zu arbeiten treffen und ihre Sache, welche immer es auch sei, die von ihnen verlangt wird, zu leisten vermögen, daran haben wir nicht gezweifelt und sind also nicht so überrascht wie der offiziöse Pindar. Aber warum mußte da auf Soldaten gewartet werden? War die „militärische Hilfe“ denn überhaupt notwendig — denn zur Straßenreinigung werden ja die Soldaten gerade nicht gemustert? Wir denken, daß man in einer Zweimillionenstadt noch die achthundert Arbeiter aufgefunden hätte, wenn man ihnen nur eine angemessene Entlohnung bewilligt hätte. So nebenbei: Sind die Soldaten, die die Straßen gereinigt und die Waggons entladen haben, bezahlt worden? Denn daß sie für die Kohlenunternehmer die Arbeit umsonst besorgen sollen, scheint uns denn doch ausgeschlossen... Der Schilderer berichtet weiter:

Für den Kohlenabtransport vom Nordbahnhof an die Kleinhändler und an Spitäler wurden vom 10. d. an 200 Militärärar nach dem 10. d. täglich rund hundert Pferdefuhren und 50 bis 60 Lastautos beigelegt, die zusammen innerhalb 24 Stunden etwa 400 Tonnen Kohle in die entfernteren Stadtteile führten. Kann dieses Quantum auch nur als ein kleiner Bruchteil vorzüglich von den Zivilunternehmern abgeführten Kohle angesehen werden, so dürfen wir für diese Hilfe doch dankbar sein, weil sie gerade in den entlegeneren Bezirken die dort besonders arge Kohlennot gemildert hat. Die Verkaufsplätze der Gemeinde wurden von der Kriegsverwaltung durch Beigabe von Mannschaften zu Entlade- und Wägearbeiten, noch mehr aber durch Ueberlassung beschlagnahmter Kohle unterstützt. Der Frost hätte nämlich die Leistungsfähigkeit der Bahn, besonders die Aufnahmefähigkeit wichtiger Bahnhöfe derart herabgesetzt, daß auf der Nordbahn zahlreiche kohlenbeladene Waggons standen, die nicht nach Wien gebracht werden konnten. Von diesen stillgelegten Waggons wurden 250 auf die Wiener Vorortsbahnhöfe überstellt, die so hereingebrachten Kohlen zur Abgabe an die Konsumenten bestimmt. Der Betrieb auf den Verkaufsplätzen der Gemeinde wurde fortgesetzt verbessert, wozu die Beistellung von Militär und Kriegsgefangenen erheblich beigetragen hat. Hierdurch wurde die Aufstellung mehrerer Kassen und Wagen auf jedem Platze ermöglicht und die Abfertigung der frierenden Parteien beschleunigt. In den letzten Tagen betrug die Wartezeit durchschnittlich ungefähr eine Stunde.

Zu dieser wohlwollenden Schilderung möchten wir vielerlei bemerken: Daß dem Kaiser für sein Interesse um die Sache wirklich Dank gebührt, daß aber eine Verwaltung, die derlei Schwierigkeiten aus ihrer eigenen Kraft nicht zu bewältigen vermag — nämlich die Zufuhr der in Wien schon vorhandenen Kohlen —, alles andere denn auf der Höhe ist.

Kohlenmangel und Zentralheizung.

In Häusern mit Zentralheizung sind infolge des Kohlenmangels Schwierigkeiten zwischen den Mietparteien entstanden. Hierzu wird uns aus juristischen Kreisen geschrieben:

Höhere Gewalt wird meistens vorliegen, aber nicht ausschließlich. Wenn es wahr ist, daß viele Kohlenfirmen schon Ende 1916 ihre Abnehmer auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und zur Eindeckung aufgefordert haben, dann würde der Hausbesitzer, der diese Mahnung unbeachtet gelassen, schuldhaft gehandelt haben, ebenso der Hausbesitzer, der sonst rechtzeitig für Auffüllung des Vorrats an Heizmaterial sorgen konnte, dies aber unterlassen hat. Keinenfalls kann man sich darauf berufen, daß die starke Kälte nicht vorauszusehen war. Denn mit der Möglichkeit starken anhaltenden Frostwetters muß der Hausbesitzer rechnen. Aber auch in Fällen höherer Gewalt ist der Hausbesitzer nicht berechtigt, untätig die Mieter frieren zu lassen, bis die höhere Gewalt beseitigt ist, d. h. die Kohlenversorgung wieder in regelmäßige Bahnen einlenkt. Er muß, wenn dies ohne verhältnismäßig zu erhebliche Schwierigkeiten möglich, für Ersatzheizung (Gasöfen, elektrische in die Lichtleitung einschaltbare Öfen) sorgen. Ob eine solche Möglichkeit und Verpflichtung vorliegt, läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Dabei kommt auch in Betracht, ob eine längere oder kürzere Dauer der Kohlennot anzunehmen, ob trotz der durch den Krieg verursachten langsamen Arbeiten der Installateure eine schnelle Herstellung der Anlagen gesichert ist, ob die notwendigen Voraussetzungen (Gas- und Elektrizitätsleitung) vorhanden sind usw. Auch die Höhe der Kosten ist zu berücksichtigen. Ferner ist abzumessen, ob die dem Vermieter hierdurch gestellte Zumutung schwerer ist als der dem Mieter zugemutete Zustand.

In allen Fällen darf der Mieter während des heizlosen Zustandes den Mietzins entsprechend mindern, da während der Dauer des heizlosen Zustandes die vermietete Sache mit einem Fehler behaftet ist, der ihre Tauglichkeit in dem vertragsmäßigen Zustand aufhebt" (§ 537 des B. G. B.). Auf wie hoch sich dieser verhältnismäßige Abzug belaufen darf, ist freilich schwer zu sagen. Vielleicht könnte man einen etwa 30 Prozentigen Abzug für jeden heizlosen Tag berechnen, als angemessen erachten, wenn nicht besondere Verhältnisse des Einzelfalles (Untraubarkeit der ermieteten Geschäftsräume, völlige Stilllegung des Geschäfts usw.) hinzukommen. Auch hier ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Unrichtig dürfte es sein, nur die für die Lieferung der Heizung vereinbarte Summe zu Grunde zu legen, denn diese ist bloß Entgelt für Arbeitsleistung des Vermieters. Die Tauglichkeit der Mieträume ist während der heizlosen Periode beträchtlich mehr herabgemindert. Noch unrichtiger ist die in einem Berliner Blatt aufgestellte Berechnung, wonach das für den Tag berechnete besondere Entgelt für die Heizung, also der dreihundertfünfundsechzigste Teil des Jahresentgelts zu Grunde zu legen ist. Nicht der Tag, sondern der Hei^ztag kommt in Betracht. Gänzlich irrig ist aber die leider in Hausbesitzerkreisen verbreitete und genährte Ansicht, der Mietabzug aus § 537 des B. G. B. sei durch die höhere Gewalt ausgeschlossen. Das Gegenteil ist richtig. Das Recht des Mieters auf Mietzinsminderung nach § 537 tritt gegebenenfalls auch ein, wenn der Fehler der Mieträume nicht auf Verschulden des Vermieters zurückzuführen ist. Dies beruht auf dem einfachen Gedanken, daß niemand etwas zu bezahlen braucht, was ihm nicht geliefert ist, also der Mieter auch nicht die ihm nicht gelieferte Heizung. Daß dies nur billig ist, und daß es unbillig wäre, den Mieter frieren und zahlen zu lassen, bedarf keiner Ausführung. Ob daneben dem Mieter auch das Recht auf fristlose Kündigung nach Behebung einer angemessenen Abhilfefrist zusteht, mag dahingestellt bleiben. Nur soviel sei gesagt: die Abhilfefrist muß gesetzt werden und zwar in angemessener Dauer. Dabei wird der Richter einerseits berücksichtigen, in welcher Zeit Abhilfe getroffen werden kann, andererseits aber auch, wie lange dem Mieter die Duldung des heizlosen Zustandes zugumuten ist. Die höhere Gewalt schließt das Kündigungsrecht nicht aus.

Wenn das Conciliationsamt sich über die vorliegende Frage gutachtlich öffentlich äußern wollte, könnten viele Streitigkeiten geschlichtet werden, ohne daß es einer Gerichtsverhandlung bedarf.

26. 11. 1917

72

Zum Thema „Mißstände beim Kohlenverkauf“ schreibt man uns aus dem 7. Bezirk:

Gestatten Sie, daß ich auf selbsterlebte Mißstände in der Kohlenversorgung Wiens aufmerksam mache. Seine Majestät ordnete an, daß Militär und Fuhrwerk vom Hofe zur besseren Kohlenversorgung für die armen Leute bereitgestellt werde. Wie ich mich heute überzeuge, nützen auch hier wieder Anordnungen wenig, wenn die Durchführung nicht entspricht. Wenn ein Fuhrwerk bei einem Kohlenhändler anlangt, so wird gleich damit begonnen, für Privatleute die Kohlen zentnerweise zu liefern. Die armen Leute müssen sich stundenlang anstellen und können von Glück sprechen, wenn sie 5 bis 6 Kilo erhalten. Ein zweiter Fall. Wie kommt es, wenn das Fuhrwerk so knapp bemessen, daß Privatleute 30 bis 40 Meterzentner auf einmal bekommen und das Militär die Kohlen noch abtragen muß und größtenteils die (aus Zensurgründen) nicht Nennbaren, (sie sind heute Kriegsverdiener und aßen einst Knoblauch) alles bekommen? Wo bleibt da gleiches Recht für alle. Warum stellen sich solche Leute nicht auch an, um 5 bis 6 Kilo Kohle zu erhalten. Dann würde ihnen die Lust zu Vergnügungen aller Art schon vergehen. Von denn hier angeführten bin ich selbst Zeuge. Steht denn in Wien alles nur den „Gewissen“ zur Verfügung? Hochachtungsvoll A. Sch.

26. II. 1917

73

Das Kohlenabgabeverbot an die Theater.

Von Seiten des Oesterreichischen Bühnenvereines erhalten wir folgende Äußerungen: Vorläufig bleibt trotz des Verbotes der Kohlenabgabe an die Theater alles beim alten, d. h. allem Anschein nach wird der Theaterbetrieb aus diesem Grunde keinerlei Unterbrechung erleiden. Der Verbrauch an Kohlen in den Theatern ist verhältnismäßig ein kleiner. Von sachmännischer Seite wird konstatiert, daß die Theater nur nachmittags zwei Uhr ein wenig geheizt werden brauchen, während am Abend selbst die Menschen schon das eventuell fehlende Wärmequantum einbringen. Natürlich fällt die Heizung bei den kleineren Bühnen verhältnismäßig noch leichter. Die eingetretene mildere Witterung wird überdies noch ihren Teil dazu beitragen, daß die Betriebe der Theater keine Unterbrechung erleiden müssen. Bis zur Stunde liegt von keinem Theater in unserem Bureau irgend eine Anmeldung in dieser Angelegenheit vor, so daß auch dieser Umstand unsere Meinung bestärkt.

Bundesratsverordnung zur Kohlenverforgung.**Ermächtigung zur Kohlen-Beschlagnahme.**

Eine Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar ermächtigt den Reichskanzler, durch eine von ihm zu errichtende Stelle die im Deutschen Reiche vorhandenen Erzeugnisse der Steinkohlen- und Braunkohlenwerke (Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks) für die Versorgung des Inlandes sowie für die Ausfuhr in Anspruch zu nehmen; sie gibt ihm insbesondere die Befugnis, die Erzeuger und Besitzer der genannten Brennstoffe anzuweisen, diese an von ihm bestimmte Personen zu überlassen und die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Die Regelung soll den Handel keineswegs ausschalten, sondern lediglich ergänzend dort für rasche und ausreichende Bedarfsdeckung sorgen, wo diese kriegswirtschaftlich nötig ist und auf dem gewöhnlichen Wege nicht in genügender Ausmaße oder nicht schnell genug erfolgen kann.

Zu diesem Zwecke wird die vom Reichskanzler zu errichtende Stelle, soweit erforderlich, gewisse Mengen der genannten Brennstoffe beschlagnahmen und sie bestimmten Empfängern zuteilen. Die Teilbeschlagnahme kann die völlige oder teilweise Aufhebung oder Aenderung bestehender Lieferungsverpflichtungen notwendig machen. Darüber, sowie im Streitfalle über die Uebereinstimmung und Verfahren vom Reichskanzler geregelt wird.

Die unter der allgemeinen Dienstaufsicht des Reichskanzlers stehende, im übrigen aber selbständige Zentralstelle, die die Verordnung durchzuführen hat, wird dem Kriegsamte angegliedert, um in steter Fühlung mit den militärischen Stellen zu bleiben. In den wichtigsten Erzeugungsgebieten sollen Nebenstellen errichtet werden.

Beratungen unter Vorsitz des Kaisers.

Ueber Kohlenversorgung und Transport- angelegenheiten.

Der Kaiser begab sich gestern nach Wien in die Hofburg, wo um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags unter seinem Vorsitz eine Beratung über Fragen der Kohlenversorgung und Transportangelegenheiten stattfand.

An dieser Beratung nahmen teil: Ministerpräsident Graf Clam-Martinić, Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Probatin, Eisenbahnminister Freiherr von Forster, Minister für öffentliche Arbeiten Freiherr von Trnka, ein Vertreter des Armeecorpskommandos, ein Vertreter der Zentraltransportleitung und der Chef des Feldeisenbahnwesens.

Beschlagnahme der Kohle in Deutschland.

Der Meldung über die Besteuerung der Kohle in Deutschland ist nun eine neue, für den Kohlenverkehr nicht weniger wichtige Verfügung gefolgt: die Beschlagnahme der Steinkohle, Braunkohle, Briketts und Koks durch eine vom Reichskanzler zu errichtende Stelle für die Inlandsversorgung, sowie für die Ausfuhr. Eine Verordnung des Bundesrates vom 24. d. gibt dem Reichskanzler insbesondere die Befugnis, die Erzeuger und Besitzer der genannten Brennstoffe anzuweisen, diese an von ihm bestimmte Personen zu überlassen und die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Die Regelung soll den Handel keineswegs ausschalten, sondern lediglich ergänzend dort für eine rasche ausreichende Bedarfsdeckung sorgen, wo diese kriegswirtschaftlich nötig ist und auf gewöhnlichem Wege nicht in genügendem Ausmaß oder nicht schnell genug erfolgen kann. Zu diesem Zweck wird die vom Reichskanzler zu errichtende Stelle, soweit dies erforderlich ist, gewisse Mengen der genannten Brennstoffe beschlagnahmen und sie bestimmten Empfängern zuweisen.

Die Teilbeschlagnahme kann eine völlige oder teilweise Aufhebung oder Aenderung bestehender Lieferungsverpflichtungen notwendig machen. Darüber sowie im Streitfall über die Uebernahmspreise entscheidet ein Schiedsgericht, dessen Zusammensetzung und Verfahren vom Reichskanzler geregelt wird. Die unter der allgemeinen Dienstaufsicht des Reichskanzlers stehende, im übrigen aber selbständige Zentralstelle, die die Verordnung durchzuführen hat, wird dem Kriegsamt angegliedert, um in steter Fühlung mit der militärischen Stelle zu bleiben. In den wichtigsten Erzeugungsgebieten sollen Nebenstellen errichtet werden.

Bei der Bedeutung, die der Kohlenproduktion vollends im Kriege zukommt, und bei der Größe der Aufgaben, die gerade der deutsche Kohlenbergbau jetzt für das Deutsche Reich, für dessen Verbündete und für die Neutralen zu erfüllen hat, ist an der Schaffung dieser Kohlenzentrale des Deutschen Reiches vielleicht am bemerkenswertesten, daß sie erst jetzt geschaffen worden ist. Für Getreide, für die wichtigsten Industrie-Erzeugnisse war die Zentralisierung ihres Handels von reichswegen schon längst angeordnet und im Zusammenhange damit auch die Beschlagnahme. Nur bei der Kohle, so elementar wichtig diese für die Kriegsführung und die Kriegswirtschaft ist, hatte man in Deutschland noch nicht zu jenem Ausherkommen gegriffen, sondern sich begnügt, mit einem in Berlin errichteten Kriegsamt die Verteilung der Kohle durch den Großhandel täglich, also fortwährend zu regeln oder mindestens: zu überwachen. Offenbar haben die seither gewonnenen Erfahrungen nun doch ein Mehr wünschenswert gemacht. Offenbar hat man erkannt, daß die jetzigen Ansprüche des Krieges und seiner Wirtschaft die vollständige Unterordnung des Kohlenhandels unter den Staats einfluß unerlässlich erscheinen lassen.

Mit dieser Beschlagnahme der Kohle Kohlenzentrale greift die Reichsregierung tatsächlich in den Kohlenverkehr ein, sie geht also noch immer nicht so weit, wie man in Oesterreich schon sehr bald nach Kriegsausbruch (Verordnung vom 11. November 1914 über die Kohlenversorgung) und wie man in England jetzt gegangen ist, wo man auch den Bergbau selbst verstaatlicht hat. In Oesterreich hat jene Verordnung den im Bergbau ohnedies schon vorgesehenen Produktionszwang neuerlich festgelegt und überdies — zur Sicherung der Befriedigung eines dringenden Kohlenbedarfes — ein Anforderungsrecht festgesetzt, kraft dessen der Minister für öffentliche Arbeiten die Gewerke zur Lieferung von Kohle in bestimmten Mengen und Sorten aus ihren Betrieben verpflichtet kann. Und die gleiche Verpflichtung soll auch Kohlenhändler hinsichtlich ihrer Vorräte an Inlandskohle auferlegt werden können. Mit dieser letzteren Bestimmung der österreichischen Verordnung vom 11. November 1914 ist also eigentlich auch das schon erreicht, was die gestern für Deutschland veranlassete Beschlagnahme der Kohlenvorräte für die Zukunft bezweckt: die volle Sicherung des staatlichen Einflusses auf die Gebarung mit den Kohlenvorräten. Dieses staatliche Anforderungsrecht ist in Oesterreich zur Versorgung verschiedener Städte — auch Wien miteben jetzt wieder — und öffentlicher Anstalten sowie militärischer Betriebe und industrieller, kriegswirtschaftlich wichtiger Unternehmungen fortwährend ausgeübt worden. Ohne diese Vorkehrung hätte die Kohlenwirtschaft bei uns gewiß noch viel größere Schwierigkeiten gefunden, als sie ihr auch schon unter dieser Schutz Einrichtung erwachsen sind.

Von diesem Standpunkte aus kann es nun nicht übersehen werden, daß man in Deutschland, das ja im Bereiche der Kriegswirtschaft und ihrer zentralen Organisation vielfach mustergebend vorausgeeilt war, nun auch bei der Kohle die Verfügung über die Vorräte und über die Gebarung mit der künftigen Förderung der Reichsregierung, der Reichszentrale finden wir in der reichsdeutschen Verfügung in der „Vorsorge mittelst Beschlagnahme für eine rasche ausreichende Bedarfsdeckung, wo sie kriegswirtschaftlich nötig ist und auf gewöhnlichem Wege nicht genügend rasch erfolgen kann“. Der „Anforderung“ Oesterreichs entspricht die „Beschlagnahme“ Deutschlands — hier wie dort wird dasselbe angestrebt und wohl auch erreicht: die weitestgehende Wahrung des staatlichen Einflusses auf die Gebarung des Kohlenhandels.

Der Staatswille wird mit dieser Verfügung noch weiter, auf eine der größten Industrien Deutschlands, auf eine Jahreserzeugung von etwa zweieinhalb Milliarden Mark Wert ausgedehnt. Die Ueberwachung des Kohlenhandels in der Reichszentrale wird übrigens trotzdem, trotz der riesigen Werte, um die es dabei geht, nicht schwierig sein. Sie wird sich mindestens viel einfacher bewältigen lassen, als die Ueberwachung des Getreidewerkes mittelst der Getreidezentrale. Denn während diese mit Millionen Produzenten und Händlern zu rechnen hat, kommen für die Zentralstelle der Kohle nur die etwa 500 Bergbaubetriebe und die großen Kohlenhandelsfirmen in Betracht. Aufgabe der Reichszentrale des Kohlenhandels wird es selbstverständlich auch sein, über die kriegswirtschaftlich sachgemäße Ausfuhr und Einhaltung der vom deutschen Kohlenhandel nach Oesterreich und Ungarn abgeschlossenen Lieferungsverträge zu wachen. Jeder der Verbündeten ist ja mit seinem Eigeninteresse an der wirtschaftlichen Förderung und Stärkung des anderen im Bunde engst beteiligt, für die Kriegswirtschaft gibt es jetzt keine Staatsgrenze mehr. Und so wird die deutsche Kohlenzentrale den Ansprüchen auch des österreichischen und ungarischen Kohlenverbrauches, soweit sie kriegswirtschaftlich berechtigt sind, unzweifelhaft sorgsamste Aufmerksamkeit und Beachtung entgegenbringen.

27. II. 1917

77

Kohle

Der schlimmste Fall.

Heller Sonnenschein und laue Luft erregen Wohlbehagen und angenehme Stimmung. Und wer von Kohlen Sorgen bedrückt war, darf nun wieder erleichtert aufatmen und sich der Hoffnung hingeben, weiteren Konflikten mit dem benachbarten Kleinhändler vielleicht entgehen zu können. Aber man soll dem Winter keine Nachrede halten, so lange er nicht tot ist, und insbesondere sollten die öffentlichen Faktoren, die sich mit der Kohlenversorgung und den zusammenhängenden Verkehrsfragen befassen, wegen des Steigens der Quecksilbersäule nicht gleich wieder zu einer optimistischen Beurteilung der Sachlage neigen. Es mag ja verdrießlich sein, daran erinnert zu werden, aber es ist doch eine unleugbare Erfahrung des Wetterkalenders, daß in dem größten Teil Oesterreichs noch bis in den April, ja selbst in den Mai hinein mit strengen Kälterrückfällen zu rechnen ist. In der Meteorologie muß man — wie auf allen Gebieten, wo unberechenbare Ursachen bestimmte wirtschaftliche Wirkungen nach sich ziehen — immer den ungünstigen Fall als den wahrscheinlichen ansetzen. Wer das nicht tut, wird nie seinen Haushalt in Ordnung haben. Der heutige Winter, dessen erste Hälfte ungemein mild verlief, hat leider zu einer ökonomischen Sorglosigkeit und Lässigkeit geführt, die sich nachher, als der strenge Frost kam, bitter rächen. Man

sprach da entschuldigend von einem plötzlichen Kälteeinbruch. Aber die Kälte ist kein Dieb, der unerwartet „einbricht“, sondern ein ganz legitimer, durch Naturgesetze gerechtfertigter Begleiter des Winters, und wer sich davon überraschen läßt, mag nur sich selber und nicht die Lücke des Schicksals anklagen. Ein Erdbeben läßt sich nicht voraussehen, Winterkälte gehört aber im Januar und Februar doch wohl nicht zu den Erscheinungen, die menschlicher Voraussicht spotten. Und Kohlenvorräte und Transportvorkehrungen müssen eben so eingerichtet sein, daß stets der ungünstigste Fall in Rechnung gezogen erscheint.

Wer von uns würde im privatwirtschaftlichen Leben anders als mit dem schlimmsten Fall rechnen? Man muß durchaus kein Schwarzscher sein, man muß durchaus nicht täglich von Brandlegung und Einbruch träumen, um seine Habe gegen Feuer und Diebstahl zu versichern. Man muß auch kein eingebildeter Kranker, kein von Todesahnungen gequälter Melancholiker sein, um seine regelmäßigen Prämien für Krankheits- oder Lebensversicherung zu leisten. Und wer sorgsam einen Sparfennig zurücklegt, tut es auch nicht in der düsteren Ueberzeugung, daß er nächstens seine Stellung verlieren und brotlos sein wird. All diese Sicherheitsvorkehrungen findet jeder von uns selbstverständlich, weil eben jeder, wenn er überhaupt rechnet, sich für das Schlimmste vorsieht, was ihm passieren kann. Es gibt gar keine andere Oekonomie als eine pessimistisch rechnende, es gibt kein vernünftiges Budget, das nicht lieber die Ausgaben als die Einnahmen zu hoch veranschlagt, es gibt keine Vorsorge für die Zukunft, die nicht die ungünstigen Möglichkeiten von vornherein als gegeben annimmt. Würden diese Grundfälle, die jedem Privatmann geläufig sind, auch die öffentliche Verwaltung durchdringen, so hätte es kaum geschehen können, daß ein Kälteeinbruch uns bei unzureichenden Kohlenvorräten überraschte und daß dann in Hast nachgeholt werden mußte, was vorher versäumt worden war. Die ernststen Schwierigkeiten aber, die daraus erwachsen sind, sollen uns wenigstens für die Zukunft zur Warnung dienen. Und wenn der Winter, der

uns in den letzten Wochen als strenger Budgetmeister erschien, jetzt gnädiger gelant ist und die Stute in den Winkel stellt, sollen die Lehren darum nicht vergessen sein, die er uns gerade erst so nachdrücklich eingeprägt hat. Unsere Kohlenversorgung soll auch weiterhin mit dem schlimmsten Fall rechnen, mit der Möglichkeit wiederkehrenden Dauerfrosts, und danach werden die Zufuhren und Transportvorkehrungen einzurichten sein.

Die Kohlenot.

Wie bei allen Kohlenverkaufsplätzen, so sammelten sich auch auf dem Kohlenverkaufsplatz des Vereines der Großkohlenhändler in der Sunstraße täglich große Menschenmengen an, die dort ihren Bedarf zu decken suchten. Der Verein gab an einzelne Parteien anfänglich 300 Kilogramm ab, in späteren Tagen verminderte er die Abgabe auf 100 Kilogramm. Täglich wurden 30 Waggons Kohlen auf diese Weise an die äußersten Bezirksteile und deren Bewohner abgegeben, die nicht in der Lage waren, ihren Bedarf bei den Kleinhändlern ihres Wohnbezirkes zu decken, weil diese selbst tagelang keine Kohlen hatten. Wurden einmal in der Woche den Kleinhändlern Kohlen zugeführt, so verschwanden sie spurlos und die wenigsten Wohnparteien konnten einige Kilogramm Kohlen erschaffen. Es ist daher begreiflich, daß schon in den frühesten Morgenstunden, ja in der Nacht der Kohlenverkaufsplatz des Vereines der Großkohlenhändler von Zuwanderern aus den äußersten Bezirken umlagert wurde, die sich auch stundenlanges Warten nicht verdröhnen ließen. Gestern wurde der Verein von dem Eisenbahnministerium verständigt, daß an eine Partei nur noch 50 Kilogramm Kohlen verabsolgt werden dürfen. Diese Verfügung, wie gutgemeint sie sein mag, trifft gerade die ärmsten Menschen sehr hart. Diese bekommen nur unter den schwersten Bemühungen und mit hohen Unkosten einen Handwagen, sie legen weite Wege zurück und nun sollen sie nur noch 50 Kilogramm Kohle wegführen können? Die Verfügung wird getroffen, damit die Zufuhr zu den Rutschen nicht herabgemindert werde; als ob die dreißig Waggons täglich eine Kasse in der Versorgung der Rutschen spielen würden! Von den Kohlen, die jetzt zur Rutsche abgeführt werden, fallen recht geringe Mengen den unbemittelten Bevölkerungsschichten zu. Betsorgt wurden bisher, und zwar recht ausgiebig, wohlhabende

Leute, die in großen Mengen Hausbrandkohle in ihren Kellern aufspeichern. An die Armen, die gezwungen sind, bei kleinen Kohlenhändlern an der Stadtgrenze zu kaufen, fällt nichts ab und es ist nicht verständlich, warum sie nicht einmal mehr nach stundenlangem Warten, nach Zurücklegung langer Wegstrecken 100 Kilogramm Kohlen erhalten sollen, damit sie ihren Bedarf decken können. Verständlich wäre die Verfügung, wenn vorgesorgt wäre, daß die armen Haushaltungen draußen in den äußersten Bezirken selbst ihren Bedarf decken können. Bisher ist eine solche Vorsorge nicht getroffen worden, das beweisen die Ansammlungen vor den kommunalen Kohlenverkaufsplätzen und vor dem Verkaufsplatz des Vereines der Großkohlenhändler. Wenn die bedauernswerten Menschen, die unter so unglücklichen Schwierigkeiten, ohne zu murren, den weiten Weg nicht scheuend, sich eine bescheidene Menge Kohlen zu verschaffen suchen, so darf ihnen diese Gelegenheit nicht genommen oder beeinträchtigt werden, indem man die zu verkaufende Menge immer mehr herabdrückt. Die Masse der Bevölkerung hat das niederdrückende Gefühl, daß der Mangel an den notwendigsten Bedarfsartikeln, also auch der Kohle, nur ihr allein fühlbar wird, daß die Bezugsmöglichkeit nur für sie nicht geschaffen wird. Möge dieses bittere Gefühl nicht noch mehr aufgestachelt werden durch Verfügungen, die einzig und allein die ärmere Bevölkerung mit voller Wucht treffen!

Die Bewirtschaftung der Kohle.

in Berlin, 27. Febr. (Preis.-Tel.) Die von uns bereits ihrem Inhalte nach skizzierte Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Kohle hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die im Deutschen Reich vorhandenen Erzeugnisse der Steinkohlen- und Braunkohlenwerke (Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks) für die Versorgung des Inlandes sowie für die Ausfuhr in Anspruch zu nehmen.

§ 2. Der Reichskanzler kann die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Bestimmungen treffen. Er kann insbesondere Erzeuger und Besitzer der im § 1 bezeichneten Brennstoffe anweisen, die Brennstoffe an von ihm bestimmte Personen oder Stellen zu überlassen und zur Uebergabe erforderliche Handlungen vorzunehmen. Er kann Auskunft über die Vorräte, die Erzeugung und den Verbrauch der im § 1 bezeichneten Brennstoffe fordern.

§ 3. Der Reichskanzler kann anordnen, daß Zuwiderhandlungen gegen eine auf Grund des § 2 erlassene Bestimmung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft werden, sowie, daß neben der Strafe die Brennstoffe, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden können.

§ 4. Hat der Reichskanzler den Erzeuger oder Besitzer von Brennstoffen angewiesen, die Brennstoffe einem Dritten zu überlassen und kommt eine Einigung über den Uebernahmepreis nicht zustande, so wird der Uebernahmepreis durch ein Schiedsgericht endgültig festgesetzt. Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und das Verfahren regelt der Reichskanzler. Er kann bestimmen, welche Summe der Empfänger auf den Uebernahmepreis vorläufig zu zahlen sowie ob und in welcher Höhe der Empfänger Sicherheit zu leisten hat. Im übrigen regelt der Reichskanzler die Bedingungen, unter denen die Ueberlassung zu erfolgen hat. Er kann bestimmen, daß die von ihm angeordneten Handlungen ohne Rücksicht auf die Feststellung oder Zahlung des Uebernahmepreises vorzunehmen sind.

§ 5. Das Schiedsgericht (§ 4) kann auf Antrag bestehende Vertragsverpflichtungen mit Rücksicht auf Anordnungen, die gemäß § 2 ergehen, ganz oder teilweise aufheben oder ändern.

§ 6. Der Reichskanzler kann die Befugnisse, die ihm nach dieser Verordnung sowie im übrigen hinsichtlich des Verkehrs mit den im § 1 bezeichneten Brennstoffen zustehen, ganz oder teilweise durch eine seiner Aufsicht unterstehende Behörde ausüben. Er bestimmt das Nähere über Einrichtung, Geschäftskreis und Geschäftsgang dieser Behörde.

§ 7. Die Verordnung tritt am 26. Februar 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Diese neue Verordnung, die dem Reichskanzler starke Machtmittel zur Bewirtschaftung der Kohle in die Hand gibt, ist sehr interessant. In England hat die Regierung bekanntlich vor kurzem die gesamten Steinkohlen- und Braunkohlenwerke für die Dauer des Krieges auf den Staat übernommen; die Besitzer werden auf Grund der Erträgnisse des Jahres 1913, also des letzten Friedensjahres, entschädigt. Die Reichsregierung sucht ähnliche Zwecke, wie sie in England damit erreicht wurden, jetzt auf einem ganz anderen Wege zu erreichen. Erzeugung und Vertrieb der Kohle bleiben frei. Aber der Reichskanzler wird ermächtigt, einzugreifen, wo die Bedürfnisse des Krieges es verlangen. Er kann danach die vorhandenen Steinkohlen-, Braunkohlen-, Briketts- und Koks- für die Versorgung des Inlandes, sowie für die Ausfuhr in Anspruch nehmen. Er kann Erzeuger und Besitzer dieser Brennstoffe anweisen, sie an von ihm bestimmte Personen oder Stellen zu überlassen, er kann ein Schiedsgericht einsetzen, das in diesen Fällen den Uebernahmepreis bestimmt, falls eine Einigung darüber nicht zustandekommt, und das auch berechtigt ist, mit Rücksicht auf die getroffenen Anordnungen alle Vertragsverpflichtungen der Kohlen- und -Händler ganz oder teilweise aufzuheben. Hierdurch erhält das Reich vor allem die Möglichkeit, die deutsche Kohle im Inlande in erster Reihe den Kriegswirtschaften, besonders also der Kriegsindustrie, zuzuführen; es kann damit nicht nur für die bevorzugte Belieferung dieser Betriebe sorgen, sondern gleichzeitig auch umstellungsfähigen Betrieben, die sich bisher den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft freiwillig noch nicht angepaßt haben, die Versorgung mit Kohle erschweren und dadurch einen heilsamen Druck auf sie ausüben. Die Regierung erhält außerdem die Möglichkeit, auf die Erfüllung der Versprechungen, die den Neutralen zur Erleichterung des englischen Druckes in Bezug auf ihre Versorgung mit deutscher Kohle gemacht worden sind, einen stärkeren Einfluß als bisher auszuüben. Ob besondere Mißstände und Schwierigkeiten Anlaß zu dieser Verordnung gegeben haben, ist nicht bekannt geworden; für die Erfassung der Kohle im Interesse der inneren und äußeren Kriegswirtschaft wird sie jedenfalls von Nutzen sein.

Die Kohlenhändler ohne Kohlen.

In Böndls Gasthaus in der Kronprinz-Rudolfstraße fand am 26. d. eine Versammlung der christlich-sozialen Arbeiter-Bezirksorganisation statt, bei der sich ein Kohlenhändler aus dem 2. Bezirk zum Worte meldete und folgendes vorbrachte: Seit langen Jahren bin ich im Bezirke als Kohlenhändler ansässig und habe stets meine Kohlen bei der Firma kaiserl. Rat D. (avid) Berl bezogen. Meine Ware habe ich immer bar bezahlt und nie irgend welche Anstände gehabt. In der letzten Zeit jedoch stellte der kais. Rat Berl die Lieferungen an mich ein und erklärte über Befragen, daß an die kleinen Kohlenhändler keine Kohlen abgegeben werden können. Ich besitze mein eigenes Fuhrwerk und kann dennoch keine Kohlen erhalten! Meine Pferde stehen seit 13. d. ohne Verwendung im Stall. Meine Kunden waren ganz verzweifelt, und ich ersuchte den Herrn kais. Rat Berl, mir wenigstens Briketts zur Verfügung zu stellen. Umsonst. Er verweigerte mir auch diese! Ich weiß aber, daß er wenigstens 150 Waggons aufgestapelt hat.

Erweiterung der österreichischen Kohlenproduktion.

Die jetzige Kohlenknappheit wird mit Recht nur einer Reihe von unglücklichen Zufällen zugeschrieben, wie sie in solcher Verkettung wohl noch niemals vorgekommen sind. Auf dem ganzen Weg, den die Kohle von der Produktionsstätte bis zum Verbrauchsort zurücklegt, sind der Beförderung und der mit Auf- und Abladehandlungen verknüpften Verteilung infolge des Krieges und eines ungewöhnlichen Frostwetters zahlreiche Hemmnisse erwachsen. Ueberdies haben wir nicht nur im Inland mit einem größeren Verbrauch gewisser mit Kriegslieferungen betrauter Industrien zu rechnen, sondern sind auch nach Ungarn und im Verein mit dem Deutschen Reich an das neutrale Ausland Kohle zu liefern verpflichtet, während unsere Importe derzeit auf ein kaum nennenswertes Maß herabgesunken sind. Was Wunder, wenn für den allgemeinen Verbrauch wenig, sehr wenig zurückbleibt, trotzdem unsere jetzige Kohlenproduktion im abgelassenen Jahre fast die normale Höhe erreicht hat, indem der Ausfall an Braunkohle durch die Mehrförderung an Steinkohle ergänzt worden ist. Mit dem Wegfall der Ursachen werden auch die Wirkungen schwinden. Hört der Krieg auf, werden die Verkehrsverhältnisse wieder normal, können die Kohlenimporte von neuem voll aufgenommen werden — unsere Monarchie hat im letzten Friedensjahre 136-89 Millionen Meterzentner Steinkohle im Werte von 27 Millionen Kronen eingeführt —, dann haben wir wieder Kohle in Hülle und Fülle.

Ist eine solche Schlussfolgerung zulässig? Ist dies der ganze Gewinn, den wir aus den gegenwärtigen Kohlennöten, aus der Erfahrung schimmernder Tage ziehen sollen? Die Sache verdient es, auch von einem anderen Standpunkt aus beurteilt zu werden. In der letzten Zeit ist uns zweierlei zur Gewißheit geworden. Erstens, daß unsere Kohle qualitativ geeignet ist, die bisher vom Ausland bezogene höherwertige Kohle bei gutem Willen größtenteils zu ersetzen, und zweitens, daß sie in Zukunft einen wichtigen Exportartikel zu bilden vermag. Wir können von der Viertelmilliarde, die wir im Jahre 1913 annähernd für den Kauf von Kohlen ins Ausland geschickt haben, ungemein viel ersparen, und wir könnten weit mehr als 14½ Millionen Kronen (das ist der Wert unserer Steinkohlausfuhr im Jahre 1913) für unsere Steinkohle vom Ausland bekommen. Wir sollten uns also nicht damit begnügen, die Produktion auf der bisherigen Höhe zu halten, sondern sollten im Interesse unserer Handels- und Zahlungsbilanz, deren Bedeutung nach dem Kriege erheblich zunehmen wird, bestrebt sein, weniger Kohle einzuführen und mehr auszuführen, also unsere Kohlenproduktion wesentlich zu vergrößern.

Sagen wir es nur gleich, daß dies auch möglich ist. Damit ist nicht etwa bloß an die normale Produktionssteigerung unserer Kohlenreviere gedacht, an die hier in den letzten Jahren erfreulicherweise nicht seltene Eröffnung neuer Gruben — es sei vielmehr auf ein großes, bisher stark vernachlässigtes Gebiet hingewiesen, dessen Inneres reiche Kohlenstätte birgt. Wir sprechen von Galizien, deutlicher ausgedrückt von Westgalizien, wo die vorhandene produktive Steinkohlenformation noch viel zu wenig ausgenutzt wird. Zahlreiche neue in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges vorgenommene Aufschlußbohrungen im westgalizischen Steinkohlenrevier waren, nach den in Deutschland im Jahrbuch der Geologischen Landesanstalt in überaus gründlicher Weise zusammengestellten Daten von sehr guten Erfolgen begleitet. Dadurch ist das ungünstige Urteil, das bisher in weiten Kreisen über den westgalizischen Anteil des ober-schlesischen Steinkohlenreviers gefällt wurde, entschieden widerlegt. Ohne in technische Details

einzuweichen, sei erwähnt, daß nur in wenigen Fällen das Ergebnis der Bohrungen unbefriedigend war. Wenn beispielsweise in manchen Gegenden, die mehrfach durchteuft worden sind, vereinzelte Bohrungen bis 800 Meter das Steinkohlengebirge nicht erreicht haben, so ist damit nicht gesagt, daß es nicht in größerer Tiefe dennoch nicht anzutreffen wäre. Die meisten Bohrungen haben starke Flöze ergeben, beziehungsweise die Schichten dieser mächtigen Flözgruppen. „Im allgemeinen liegen die Verhältnisse bezüglich des Deckgebirges in Westgalizien erheblich günstiger als zum Beispiel im südlichen Bezirk des ober-schlesischen Steinkohlensiedens auf österreichisch-schlesischem Gebiet, wo neuere Aufschlüsse mehrfach Ueberlagerungen von 1000 Meter und mehr Mächtigkeit nachgewiesen haben; dagegen erlangen die starken Flöze des Weichselgebietes unter ihrer angemessenen, den Abbau durchaus zulässigen Ueberlagerung naturgemäß eine bessere Beschaffenheit als da, wo in den bisher bekannten Vorkommen die mächtigeren Flöze mehr zur Tagesoberfläche ausgehen.“

Die in den letzten Jahren gewonnene Erkenntnis von den weitgezogenen Grenzen der günstigen Flözentwicklung Galiziens ist jedoch an und für sich noch nicht hinreichend, um die hier verborgenen Kohlenstätte in vollem Maße ans Tageslicht zu bringen. Dazu bedarf es großer, sehr großer Kapitalien und eines wenn auch nicht übermäßigen, so doch unbeirrbareren Unternehmungsgeistes, der sich vor vereinzelten Fehlschlägen nicht gleich verflüchtigt. An beiden hat es bisher gemangelt, was auch sehr begreiflich ist. Hat doch die Gründung neuer großer Unternehmungen bei uns (im Gegensatz zu Ungarn) nicht immer die erforderliche Förderung erfahren. Kaum ist ein neuer Betrieb ins Leben geweckt worden, sofort stürzten sich darauf Staat, Land und Gemeinde, um hieraus so viel

Nutzen als nur möglich zu ziehen. Sie und auch die Verkehrsinstitute nehmen gar nicht daran Rücksicht, daß bei Neugründungen in den ersten Jahren die Mühe groß und der Gewinn schmal ist und daß sie bei gleicher Belastung nicht mit alten, gut eingeführten Firmen, deren Anlagekapital durch jahrelange Abschreibungen sehr gering zu Buch steht, konkurrieren können. Genau ausgedrückt: Mit Steuererleichterungen jeglicher Art und ausgiebigen Tarifbegünstigungen dürfte nicht gefnußert werden, wenn man aus der produktiven Steinkohlenformation Westgaliziens den denkbar größten Ertrag ziehen wollte. Wenn aber der Staat von einer derart weitreichenden Wirtschaftspolitik „aus prinzipiellen Gründen“ selbst nach dem Kriege absehen will, so steht es ihm frei, den betreffenden Grund und Boden käuflich zu erwerben. Es wäre durchaus im allgemeinen Interesse gelegen, wenn der Staat nicht nur kraft seiner Gewalt, seines Imperiums, sondern auch als größter Kohlenproduzent in allen bezüglichen Fragen ein entscheidendes Wort mitzusprechen befugt wäre. Ob dabei der Fiskus in der ersten Zeit von dem Grubenertragnis mehr oder weniger entzückt wäre, ist nebensächlich; vielmehr wir auch darüber beruhigt sein könnten. Das Avar wird bald seine Rechnung zu finden wissen. Wichtiger ist die dadurch gebotene Möglichkeit der Einschränkung der Einfuhr und der erhöhten Ausfuhr, die im Interesse der heimischen Valuta sehnsüchtig herbeizuwünschen wäre. Nichts darf unterlassen werden, was der Krone ihr Vollgewicht wieder verleihen, von dem Tragbalken unserer Volkswirtschaft alle Schäden entfernen könnte.

Kohlenknappheit und Verkehrsstörungen.

Die Frage, wie der Kohlenknappheit der großen Städte und Industriebezirke wirksam gesteuert werden könnte, steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Denn darüber sind sich wohl auch die Optimisten im Klaren: Mit der jetzt gehandhabten Forcierung des Abtransportes ist das Uebel noch nicht an der Wurzel getroffen. Dieser forcierte Abtransport, sowohl entlang der Bahnstraße als auch am Bestimmungsort selbst, erstreckt sich vielmehr von Tag zu Tag deutlicher als eine nicht ganz unbedenkliche Notmaßnahme. Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß die Erscheinungen einer unlegbaren Kohlennot, wie sie in Wien in der ersten Hälfte vorigen Monats herrschte, derzeit nicht mehr in so empfindlicher und krasser Weise sich fühlbar machen.

Man braucht aber nur die offiziellen Ausweise über den Abtransport und die Abfuhr der verfloßenen Woche zusammenhängend zu überprüfen, um sofort eine wenig erfreuliche Wahrnehmung zu machen: Der Stand der in Wien in den Rutschen lagernden Kohlen sinkt erschreckend rasch. Er verringerte sich, um anschauliche Zahlen zu nennen, von 45.042 Tonnen am 15. Februar auf 24.415 Tonnen am 23. Diese rasche Abnahme ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen täglichem Bedarf und der trotz aller Forcierung auch jetzt noch unzulänglichen Ansohlung. Wäre nicht der Vorratsstand der Kohle Mitte Februar ein beträchtlicher gewesen, dann wären wir heute bereits wieder den gleichen krisenhaften Zuständen ausgesetzt wie vor zwei Wochen. Abgesehen davon, ist jedoch

Oesterreich und Ungarn weniger empfindlich zu gestalten. Diese Frage aber kann von unseren Transportinteressenten nur im eigenen Wirkungskreis gelöst werden. Der einzige Weg, der rasch zum Ziele führt, ist eine Erhöhung des Wagenumsatzes.

Gerade in dieser Hinsicht wird von unserer Industrie und auch vom Handel schwer gesündigt, und die Rückwirkungen machen sich äußerst schwer fühlbar. Und doch wäre es leicht möglich den Wagenumsatz, der jetzt in einzelnen Stationen fast dreimal so langsam sich vollzieht wie im Frieden, gewaltig zu beschleunigen und Tausende von beladenen Waggons, die jetzt tage- und wochenlang auf ihre Entladung harren, für den allgemeinen Verkehr wieder freizumachen. Und auch die Kohlenversorgung, die fast zu 40 Prozent unser Wagenmaterial in Anspruch nimmt, würde viel leichter und flugloser sich vollziehen, wenn alle in Betracht kommenden Stellen mit ganzer Kraft darauf hinarbeiten würden, in Anbetracht der Ausnahmeverhältnisse den Wagenumsatz zu forcieren. Eine Voraussetzung bleibt freilich, daß die vielen an der Bahnlinie liegenden Großbetriebe, die derzeit noch über keinen eigenen Gleisanschluß verfügen, diese Rückständigkeit chestens nachholen. Das macht um so weniger Schwierigkeiten, als die Bahnverwaltung derartige Gleisanschlüsse mit ihrem eigenen Material innerhalb kürzester Zeit fertigstellen läßt und hierfür nur die Selbstkosten anrechnet.

Jedenfalls aber wird irgend etwas geschehen müssen, damit wir zumindest für nächsten Winter nicht neueren und schlimmeren Kalamitäten entgegengehen. Denn es darf nicht übersehen werden, daß uns der früher sehr ausgiebige deutsche Kohlenimport auch in absehbarer Zukunft zumindest erheblich verringert bleiben dürfte und daß andererseits die eigene Produktion, die allein den gesamten heimischen Bedarf decken muß, gegenüber 1916 eine Steigerung kaum erfahren wird. Im Ostrau-Karwiner Revier ist die Steigerung der Förderung bereits zum Stillstand gelangt, in den böhmischen Braunkohlenrevieren aber ist die Förderung nicht uneträchtlich zurückgegangen.

Die großen Hoffnungen endlich, die wir auf die Kohlenproduktion im russisch-polnischen Okkupationsgebiet setzen, haben insofern eine Enttäuschung erfahren, als das gesamte Königreich der Produktion in Dombrowa, das zu leichten Teilen für Oesterreich wie für Ungarn bestimmt war, von Ungarn allein in Anspruch genommen wird, dessen eigene Produktion unter der rumänischen Invasion bekanntlich erhebliche und längerwährende Störungen erfährt.

Kann schon aus allen diesen Tatsachen geolgert werden, daß an eine gründliche Behebung der Kohlenknappheit vorläufig nicht zu denken ist, und sind wir nun einmal darauf angewiesen, mit unseren eigenen knappen Vorräten das Auslangen zu finden, so müssen um so eher die Staatsbahnen in die Lage verfest werden, ihr Wagenmaterial möglichst rationell auszunützen. Diese Notwendigkeit tritt um so gebieterischer an uns heran, je mehr das Liniennetz der Staatsbahnen durch das Vordringen unserer Truppen im Feindesland erweitert wurde. Das rollende Material hat mit der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes Wege zurückzulegen, die fast die doppelte Kilometerzahl wie im Frieden betragen. Gar nicht zu reden davon, daß die weit im Feindesland und oft bis an die Front vorgeschobenen Wagen oft Wochen dauern brauchen, bis sie wieder in ihre Ausgangsstation zurückkehren. Hierfür die Staatsbahnen veranlassen zu machen, wäre ebenso unbillig, als es wäre man etwa der Nordbahn einen Vorwurf daraus machen wollte, daß sie als Hauptaufubrslinie stets dann stark in Mitteilenschaft gezogen wird, wenn sich auf einer ihrer Anschlußlinien oder auf anderen Hauptstrecken, die zeitweilig durch höhere Gewalt bedingten Störungen und Störungen einstellen. Der Leistungsfähigkeit unserer Staatsbahnen sind schließlich gewisse Grenzen gezogen.

Die in den Rutschen lagernden Kohlen sinkt erschreckend rasch. Er verringerte sich, um anschauliche Zahlen zu nennen, von 45.042 Tonnen am 15. Februar auf 24.415 Tonnen am 23. Diese rasche Abnahme ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen täglichem Bedarf und der trotz aller Forcierung auch jetzt noch unzulänglichen Ansohlung. Wäre nicht der Vorratsstand der Kohle Mitte Februar ein beträchtlicher gewesen, dann wären wir heute bereits wieder den gleichen krisenhaften Zuständen ausgesetzt wie vor zwei Wochen. Abgesehen davon, ist jedoch

37. 1917

83

Eine Verteilungsstelle für ober-schlesische Kohle in Wien. In Deutschland ist, wie kürzlich gemeldet worden ist, der Einfluß der Staatsverwaltung auf die Verteilung der Kohle verschärft worden, indem sich die Regierung vorbehält, Kohle zu beschlagnahmen und zu bestimmen, welchem Empfänger sie zuzuweisen ist. Wie verlautet, soll nun auch in Wien eine amtliche Stelle geschaffen werden, welcher die Aufgabe obliegen würde, über die Verteilung der ober-schlesischen Kohle zu verfügen. Darüber sind gegenwärtig Besprechungen im Zuge, die in der nächsten Woche fortgesetzt werden sollen. Aus denselben wird sich dann die Art und Weise, in welcher dieser Plan durchgeführt werden soll, ergeben.

3./III. 1917

3
8

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat am 1. März seine Tätigkeit aufgenommen. Seine Diensträume befinden sich bis auf weiteres in der Budapester Straße Nr. 5. Die bisher vom Kriegsamt, Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Kohlenausgleich) bearbeiteten, die Kohlenversorgung betreffenden Angelegenheiten werden für die Folge durch den Reichskommissar erledigt werden. Alle Anträge und Zuschriften in dieser Hinsicht sind daher künftig ausschließlich an die Adresse des Reichskommissars für die Kohlenverteilung (Kohlenausgleich), Berlin W. 1, Budapester Straße, zu richten. — Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch die an andere amtliche Stellen gerichteten Eingaben in Sachen der Kohlenbeschaffung ausnahmslos an den Reichskommissar weitergeleitet werden. Besuche usw. an solche Stellen haben höchstens eine Verzögerung in der Erledigung zur Folge und erübrigen sich daher.

Kohlen gegen Brotbezugskarten.

Einschränkung der Kohlenabgabe im Nordbahnhof.

Die Nordbahndirektion verlautbart: „Die Abnahme der Ralte und wahrgenommene Mißbräuche bedingen eine neue, den Bedürfnissen entsprechende Regelung des Bezuges von Kohle bei der Kohlenverkaufsstelle auf dem Wiener Nordbahnhof zunächst der Innstraße. Es wird festgesetzt, daß vom 6. d. an im halben Monat allein stehende Personen einmal 50 Kilogramm, Familien zweimal 50 Kilogramm beanspruchen können. Die Abgabe der Kohle erfolgt nur gegen Vorweisung der Brotbezugskarte, auf der der Tag des jedesmaligen Bezuges und das in jedem einzelnen Falle verabreichte Quantum vermerkt werden. Diese Maßnahme wurde im Einvernehmen mit dem Magistrat getroffen.“

Eine Maßnahme gegen Hamster und Zwischenhändler.

Ueber die Veranlassung, die zu der oben mitgeteilten Maßnahme führte, erfahren wir:

„Die Reorganisation der Detailkohlenabgabe im Nordbahnhof, und zwar auf dem Kohlenlagerplatz in der Innstraße, hat, wie seinerzeit berichtet wurde, zu einer wesentlichen Vereinfachung und ungemein raschen Abfertigung der einzelnen Parteien geführt. Die Folge war, daß die Zahl der Abholer von Tag zu Tag weiter stieg und schließlich zu einer Kreuzzug von 6000 bis 7000 Personen führte, denen ohne Ausnahme ein Quantum bis zu je 200 Kilogramm Kohle verabreicht wurde.“

So sehr diese Vereinfachung und Beschleunigung der Kohlenabgabe auch zu begrüßen war, hat sie doch leider zu Erscheinungen geführt, die im Interesse der wirklich kohlenbedürftigen minderbemittelten Volkskreise eine Abhilfe erheischten. Es begann sich nämlich in der Innstraße ein regelrechter Kettenhandel mit Kohle zu entwickeln. Männer und Frauen, die über die genügende Zeit verfügten, um sich während des ganzen Tages am Kohlenhof aufzuhalten, stellten sich immer wieder von neuem an und kamen so täglich vier- bis fünfmal zur Entgegennahme von Kohle an die Reihe. Es wurden von ihnen auch Kinder in Dienst genommen, die gleichfalls so oft als nur möglich sich Kohle auslösen ließen. So kam es, daß diese Kohlenhamster in einem Tage oftmals in den Besitz von 1000 bis 2000 Kilogramm Kohle gelangten, die in zahlreichen Handwagenfahrten nach bestimmten Sammelstellen gebracht und dort dann gegen hohen Aufschlag an jene Kohlenkäufer abgegeben wurden, die aus Bequemlichkeitsgründen es unterlassen wollten, sich gleichfalls anzustellen. Eine weitere Folge war nun aber auch, daß besser situierte Käufer beliebig große Quantitäten Kohle von diesen Zwischenhändlern zusammenkaufen und auf Vorrat aufhäufen konnten, worunter die wirklich kohlenbedürftigen Kreise natürlich zu Schaden kamen.

Diese Umstände in Verbindung mit der Tatsache, daß die ursprünglich sehr großen Kohlenbestände im Nordbahnhof seit den letzten Tagen infolge der fortdauernd starken Abgabe eine wesentliche Reduktion erfuhren und daß es ratsam erschien, die Kohlenvorräte wieder auf einen höheren Stand zu bringen, führten dazu, daß die kommerzielle Abteilung der Nordbahndirektion Maßnahmen in Erwägung zog, um den Unfug des Zwischenhandels und der Kohlenhamsterei abzustellen und eine gleichmäßige, den derzeitigen Verhältnissen entsprechende Beteiligung aller Kreise zu gewährleisten. Erforderlich erschien überdies, die Möglichkeit einer Kontrolle über den Detailbezug an Kohle zu schaffen. Auch mit dem Magistrat der Stadt Wien wurde in dieser Angelegenheit Rühlung genommen.

Die eingehenden Beratungen führten zu der Ueberzeugung, daß die Ausgabe von Kohlenbezugskarten aus praktischen Gründen untunlich ist, daß aber der wünschenswerte Effekt in vollem Maß erzielt wird, wenn die Abgabe von Kohle an die Vorweisung der Brotbezugskarte geknüpft wird, auf der das verabreichte Quantum durch Stampiglie vermerkt wird. Um überdies eine vorzeitige Erschöpfung der Kohlenvorräte und zeitweilige Unterbrechungen der Abgabe hintanzuhalten sowie um die Beteiligung aller Bedürftigen mit einem gewissen Mindestquantum sicherzustellen, wurde im Einvernehmen mit dem Magistrat beschlossen, das an jede Einzelperson abzugebende Quantum auf 50 Kilogramm, das an Familien auf 100 Kilogramm für einen Zeitraum von 14 Tagen zu beschränken. Hierdurch soll insbesondere verhindert werden, daß wohlhabende, aber kinderarme Familien in die Lage kommen, durch gefällige Zwischenhändler sich genügend viel Kohle zu beschaffen, um ihre drei bis vier Zimmer umfassenden Wohnungen in verschwenderischer Weise zu heizen, während kinderreiche Arbeiterfamilien wieder kaum so viel Kohle aufstreifen konnten, um für die Küche und den einzigen Wohnraum mit Feuerungsmaterial versorgt zu sein.

Die Abgabe der Kohle gegen Vorweisung der Brotbezugskarte erfolgt in der Innstraße bereits ab 6. d. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Modus einer gleichmäßigen und gerechten Aufteilung der Kohle an die bedürftigen Kreise unter Berücksichtigung der Kopffzahl jeder einzelnen Familie auch auf den übrigen Kohlenabgabepätzen binnen kurzem zur Anwendung gelangen wird.“

6. III. 1917

P
6
87

*(Die Salgótarjánier Kohlenbergbau-A.-G.) hielt gestern unter dem Voritze des Präsidenten Dr. Franz Chorin ihre ordentliche Generalversammlung, deren Protokoll Direktor-Stellvertreter Dr. Ernst Reimann führte. Der zur Vorlage gelangte Jahresbericht verweist darauf, daß die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahre mit erhöhten Betriebschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Außerdem wurden die Jzilthaler Werke zum unmittelbaren Kriegsschauplatz. Die ganze Bevölkerung, darunter auch unsere Beamten und Arbeiter, waren gezwungen, mit Hinterlassung ihrer sämtlichen Habseligkeiten die Flucht zu ergreifen. So wurden unsere Reviere zum Schlachtfelde, bis unsere mit dem heldenmüthigen deutschen Heere vereinigten eigenen Truppen den Feind Anfangs Oktober auf die Grenzgebirge zurückwarfen. Die Rumänen plünderten,

raubten und verheerten während ihres Aufenthaltes im Jzilthale Vieles und verursachten besonders an unseren Gruben, maschinellen Einrichtungen und Ausrüstungen großen Schaden. Nachdem der Feind vertrieben war, schritten wir sofort an die Wiederherstellungsarbeiten. Diese schreiten rüstig fort und die Erzeugung der Jzilthaler Gruben wird in absehbarer Zeit wieder die vor dem rumänischen Einbruch geförderten Mengen erreichen. Die Aufnahme der durch den Krieg verursachten Schäden ist im Zuge. Wir hoffen, daß deren Ersatz erfolgen wird — unser Recht auf Entschädigung halten wir unbedingt aufrecht. Die Salgótarjánier Werke haben trotz schwierigster Verhältnisse die im letzten Friedensjahre erzeugten Quantitäten gefördert. Die Kohlennachfrage überstieg während des ganzen Jahres das Angebot. Die Gesehungskosten erhöhten sich und dementsprechend auch die Kohlenpreise. Der Gesamtverkauf der gesellschaftlichen Werke hat 18.864,305 Meterzentner betragen. Die Eßtergom-Szákvárer Kohlenbergbau-A.-G. hat emsig an der Erhöhung ihrer Erzeugung und an der Verwirklichung ihres Investitionsprogramms gearbeitet. Das Gesamtergebnis des abgelaufenen Betriebsjahres beträgt 6.081,717 K., wovon nach Abrechnung der an Steuern bezahlten 615,658 K. als Reingewinn 5.466,058 K. verbleiben. Die Direktion beantragt, hiebon für den Werthverminderungsfonds 1.400,000 K., für den Reservefonds 400,000 K., für Lantien der Direktion und Beamten 352,605 K., für den Beamten-Pensionsfonds 75,000 K., für die gesellschaftlichen Bruderladen 240,000 K., für den Dr. Franz Chorin-Arbeiterkinderunterstützungsfonds 25,000 K., für die Dotierung der zu Gunsten der Wittven und Waisen der auf dem Felde der Ehre gefallenen Arbeiter errichteten Stiftung 200,000 K., als Dividende pro Aktie 25 K., somit nach 11,000 Aktien 2.750,000 K. zu verwenden und den Rest zuzüglich des Vortrages von 1.609,787 K., zusammen daher 1.633,240 K. zu Gunsten des Jahres 1917 vorzutragen. Die Generalversammlung nahm den Bericht einhellig zur Kenntniß, acceptirte die auf die Vertheilung des Reingewinns bezüglichen Anträge der Direktion und ertheilte sowohl dieser wie dem Aufsichtsrath das Absolutorium. Der Coupon Nr. 65 wird vom 15. d. zur Auszahlung gelangen. Vor der Wahl der Direktion, deren Mandat abgelaufen ist, hob Präsident Chorin die Schwierigkeiten hervor, mit welchen die Direktion im abgelaufenen Jahre zu kämpfen hatte und orientirte die Generalversammlung über die Rekonstruktionsarbeiten im Jzilthale, wo heute wieder 4000 Arbeiter thätig sind und mehr als 180 Waggons Kohle täglich produziert werden. Auf Antrag des Aktionärs Generaldirektor Gustav Láng wurde dem Präsidenten, der Direktion, insbesondere den geschäftsführenden Direktoren Hofrath Lazar Reimann und Hofrath Friedrich J. Frischmann und dem Beamtenkörper für ihre rastlose Thätigkeit Dank votirt. In die Direktion wurden Dr. Franz Chorin, Dr. Franz Chorin jun., Heinrich Fellner, Friedrich J. Frischmann, Leo Lángy, Lazar Reimann und Dr. Eduard Reiner wieder- und Philipp Weiß neugewählt. — In der nach der Generalversammlung abgehaltenen Direktionsitzung wurde Magnatenhausmitglied Dr. Franz Chorin zum Präsidenten wiedergewählt.

Salgo-Tarjaner Kohlenwerksgesellschaft. Heute hat die Generalversammlung der Salgo-Tarjaner Kohlenwerksgesellschaft stattgefunden. Der Generalversammlung vorgelegte Geschäftsbericht lautet: Geehrte Generalversammlung! Unsere Gesellschaft hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre mit erhöhten Betriebschwierigkeiten zu kämpfen und außerdem wurden die Zsittaler Werke zum unmittelbaren Kriegsschauplatz. Groß war der Mangel an Arbeitern, Lebens-, Betriebs- und Transportmitteln: eine natürliche Folgeerscheinung des langen, die ganze Welt umfassenden schrecklichen Krieges. Wir waren bestrebt, die großen Mängel tunlichst zu beheben, was nicht immer und nicht in jeder Hinsicht gelungen ist. Trotzdem konnten wir das erste Halbjahr mit befriedigendem Ergebnisse abschließen. Das zweite Halbjahr war jedoch für unsere Gesellschaft eine Periode der Heimsuchungen. Rumänien erklärte unserer Monarchie am 27. August den Krieg und der Kriegserklärung folgte sofort der Einbruch der feindlichen Truppen in das Zsittal. Die ganze Bevölkerung — darunter auch unsere Beamten und Arbeiter — war gezwungen, mit Hinterlassung ihrer sämtlichen Habe, die Flucht zu ergreifen. So wurden unsere Reviere zum Schlachtfeld, bis unsere mit dem heldenmütigen deutschen Heere vereinigten braven Truppen den Feind Anfang Oktober auf die Grenzgebirge zurückwarfen. In diesem Zeitpunkt konzentrierten sich die verbündeten Armeen im Zsittal und insbesondere in Petrozsenz und von hier aus entwickelte sich jene siegreiche Offensive durch den Szurdupasz, welche unseren Truppen unvergänglichen Ruhm brachte und zur vollständigen Niederwerfung Rumaniens führte. Ende Oktober konnten wir uns schon über den Zustand unserer Werke orientieren. Die Rumänen plünderten, raubten und verheerten während ihres Aufenthaltes im Zsittal vieles und verursachten besonders an unseren Gruben, maschinellen Einrichtungen und Ausrüstungen großen Schaden. Unter dem zwingenden Einflusse der Verhältnisse verwendeten die hier durchziehenden Truppen alle Beamten- und Arbeiterhäuser und Wohnungen, Magazine, Schulen und Spitäler für ihre eigenen Zwecke. Nachdem der Feind vertrieben war, schritten wir sofort an die Wiederherstellungsarbeiten. Wir mußten Arbeiter heimbefördern und für das total geplünderte Zsittal Lebensmittel beschaffen und zuführen, die zu Stallungen verwendet gewordenen Häuser wieder bewohnbar machen, die von allem entblößten Wohnungen mit den notwendigsten Einrichtungsgegenständen versehen, um dann die inunndierten Schächte zu entwässern, die kleineren Schächte an den Schächten reparieren und schließlich die Kohlenerzeugung beginnen und sukzessive erhöhen zu können. Unsere diesbezüglichen großen Opfer und Anstrengungen blieben nicht ohne Erfolg. Wir können Ihnen demnach die Meldung erstatten, daß einzelne Gruben unserer Zsittaler Werke schon in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres in der Lage waren, Kohle zu fördern, und daß sich die Erzeugung seither allmählich erhöht. Wir halten es für unsere Pflicht, dem hohen Kriegsministerium und der hohen ungarischen Regierung für die bei Rücktransportierung der Arbeiter und deren Verpflegung uns gewährte Beihilfe zu danken. Den hohen Behörden ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zsittales bekannt und deshalb wurden wir ihrerseits in unseren Bemühungen auf halbige Inbetriebsetzung der Gruben unterstützt. Wohl konnten bisher die Verwüstungen nur teilweise beseitigt werden, doch wird die Arbeit eifrig und unermüdlich betrieben und können wir Sie auf Grund der ausgearbeiteten Pläne beruhigen, daß die Wiederherstellungsarbeiten rüstig fortschreiten und daß die Erzeugung der Zsittaler Gruben in absehbarer Zeit wieder die vor dem rumänischen Einbruch geförderten Mengen erreichen wird. Die Aufnahmehar der durch den Krieg verursachten Schäden ist im Zuge. Wir hoffen, daß deren Erjaß erfolgen wird, — unser Recht auf Entschädigung halten wir unbedingt aufrecht. Mit Befriedigung können wir Ihnen über die Situation unserer Salgo-Tarjaner Werke berichten. Diese Gruben bewährten sich auch im abgelaufenen Betriebsjahre Jahres 1917 musterhaft. Sie erfüllten in jeder Hinsicht unsere berechtigten Erwartungen. Durch zweckmäßige Verfügungen und bedeutende Opfer konnten wir hier während des ganzen Jahres und dem Aufschichtswahl vornehmen. Die Dividende wurde mit 25 K. gegen 35 K. im Vorjahre festgesetzt. — Aus Budapest schwieriger Verhältnisse die im letzten Friedensjahre erzeugten Quantitäten förderten. Wir haben alle Verfügungen getroffen, daß die Ausrüstung dieser Werke auf dem bisherigen Niveau bleibe, so daß unser Salgo-Tarjaner Bergbau auch in Zukunft seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechen könne. Die Kohlennachfrage überstieg während des ganzen Jahres das Angebot. Alles wurde teurer. Die Gesehungskosten erhöhten sich und dementsprechend auch die Kohlenpreise. Der Gesamtverkauf unserer Werke hat 18.864.305 Meterzentner

betragen. Schwer lasteten auf unseren Beamten und Arbeitern die Erziehungsverhältnisse. Wir waren bemüht, diese zu lindern, und treten jetzt mit dem Vorschlage an Sie heran, zum Zeichen Ihrer Anerkennung auch heuer dem Beamtenpensionsfonds 75.000 K., den gesellschaftlichen Bruderladen 240.000 K., dem Dr. Franz Chorin-Arbeiterfunderunterstützungsfonds 25.000 K. und der Stiftung zugunsten der Witwen und Waisen unserer den Heldentod gefundenen Arbeiter 200.000 Kronen bewilligen zu wollen. Diesen Teil unseres Berichtes müssen wir mit einer traurigen Meldung beschließen. Das hochgeachtete Mitglied unserer Direktion, unser langjähriger, treuer Kollege, ein angesehener Repräsentant der ungarischen Volkswirtschaft, Magnatenhausmitglied Herr Kontor-Buchard-Belavary ist gestorben. Sein Hinscheiden ist ein großer Verlust unserer Gesellschaft, in deren Direktion er nahezu vierzig Jahre hindurch wirkte. Zum Zeichen unserer Pietät verewigen wir sein Andenken im Protokoll der heutigen Generalversammlung. Von den uns nahestehenden Gesellschaften hat die Gran-Szaszavart Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft emsig an der Erhöhung ihrer Erzeugung und an der Verwirklichung ihres Investitionsprogramms gearbeitet. Die Tiefbohrungen wurden eifrig betrieben und neue Kohlenflöze konstatiert. Die Kosten der Investitionen haben das Präliminäre überschritten und es ist natürlich, daß diese Auslagen erst nach Inbetriebsetzung des neuen Schachtes fruchtbar tragen werden. Zweifellos wird sich jedoch nach baldiger Beendigung dieser Arbeiten die Kohlenerzeugung auch hier erhöhen und das Resultat unseren Erwartungen entsprechen. Die Dividende dieser Gesellschaft

beträgt pro 1916 15 K. Die Bestungarische Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft konnte zwar ihre Erzeugung infolge der durch den Krieg verursachten ungünstigen Verhältnisse nicht steigern, doch ist ihr Produkt in Konsumtentkreisen sehr beliebt und wird sie bei Eintritt normaler Zustände größere Quantitäten auf den Markt bringen. Die Oberzittaler Kohlenwerksgesellschaft hat durch den rumänischen Einbruch sehr gelitten. Seit November wird hier an der Herstellung der Verwüstungen gearbeitet. Schließlich beehren wir uns mitzuteilen, daß unser Mandat mit heutigem Tage abläuft. Empfangen Sie unseren aufrichtigen Dank für das uns bisher belundete ehrende Vertrauen. Die Wahl der Direktion ist auf der Tagesordnung der heutigen Generalversammlung. Das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Betriebsjahres ist aus den Ihnen vorliegenden Schlussrechnungen ersichtlich. Laut diesen beträgt — nach Abzug sämtlicher Geschäftskosten — das Gesamtergebnis 5.081.717 K., wovon nach Abrechnung der an Steuern bezahlten 615.658 K. als Reingewinn 5.436.058 K. verbleiben. Wir beantragen, von diesem Reingewinne den Statuten gemäß für den Verwerminderungsreservefonds 1.400.000 K., für den Reservefonds 400.000 K., für Lantieme der Direktion und Beamten 352.605 K., für den Beamtenpensionsfonds 75.000 K., für die gesellschaftlichen Bruderladen 240.000 K., für den Dr. Franz Chorin-Arbeiterfunderunterstützungsfonds 25.000 K., für die Dotierung der zugunsten der Witwen und Waisen unserer auf dem Felde der Ehre gefallenen Arbeiter errichteten Stiftung 200.000 K., für Dividende per Aktie 25 K., somit nach 110.000 Aktien 2.750.000 K., zusammen 5.442.605 K. zu verwenden und die restlichen 23.452 K. zusätzlich des Vorjahres aus dem Jahre 1915 von 1.609.787 K., zusammen daher 1.633.240 K. zugunsten des Jahres 1917 vorzutragen. Unsere Anträge sind daher die folgenden: Die geehrte Generalversammlung wolle: a) den vorgelegten Direktions- und Aufsichtsratsbericht zur Kenntnis nehmen; b) die Schlussrechnungen pro 1916 festsetzen und für den Verwerminderungsreservefonds 1.400.000 K., für den Reservefonds 400.000 K., für Lantieme der Direktion und Beamten 352.605 K., für den Beamtenpensionsfonds 75.000 K., für die gesellschaftlichen Bruderladen 240.000 K., für den Dr. Franz Chorin-Arbeiterfunderunterstützungsfonds 25.000 K., für die Dotierung der zugunsten der Witwen und Waisen unserer auf dem Felde der Ehre gefallenen Arbeiter errichteten Stiftung 200.000 K., für Dividende per Aktie 25 K., nach 110.000 Aktien daher 2.750.000 K. verwenden, 1.633.240 K. zugunsten des Jahres 1917 vorschreiben und gleichzeitig bestimmen, daß die Dividende vom 15. März 1917 gegen Einziehung des Coupos Nr. 65 zur Auszahlung gelange; c) der Direktion und dem Aufsichtsrate das Absolutorium erteilen; d) die Aufsichtswahl vornehmen. Die Dividende wurde mit 25 K. gegen 35 K. im Vorjahre festgesetzt. — Aus Budapest wurde uns telegraphiert: An der Versammlung nahmen 90 Aktionäre mit 67.226 Aktien und 1046 Stimmen teil. Den Vorsitz führte der Präsident Dr. Franz Chorin. Die Anträge der Direktion wurden einstimmig angenommen. Der Direktion und dem Aufsichtsrate wurde das Absolutorium erteilt. Nach einer beifällig aufgenommenen Rede des Präsidenten wurde dem Präsidenten, der Direktion, insbesondere den geschäftsführenden Direktoren Hofrat Lazar Reimann und Hofrat S. Friedrich Frischmann, sowie dem Beamtenkörper für die rastlose Tätigkeit der Dank votiert. In die Direktion wurden Dr. Franz Chorin, Dr. Chorin jun., Heinrich Zellner, S. Friedrich Frischmann, Leo Langsz, Lazar Reimann und Dr. Eduard Reiner wieder- und Philipp Weiß neu gewählt. In der hierauf folgenden Direktionsitzung wurde Dr. Franz Chorin neuerdings zum Präsidenten gewählt.

6. III. 1917

80

Der Kohlenverkehr bei den böhmischen Bahnen.] Aus Prag wird uns telegraphiert: Der Kohlenverkehr auf den Linien der Buzschigrader Eisenbahn erfuhr im Monat Februar gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Abschwächung um 85.000 Tonnen, wodurch die Einnahmen der beiden Netze um zirka 180.000 K. im Rückstande blieben. Auch die diversen Güter weisen einen Rückgang um 32.000 Tonnen und eine Mindereinnahme von 83.000 K. aus. Im ganzen wurden aus dem Güterverkehr um 264.000 K. weniger eingenommen als im Februar 1916, welcher Ausfall durch die Mehreinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr auf 195.400 K. gemindert wurde. An diesem Ausfall ist das A-Netz mit 48.300 und das B-Unternehmen mit 147.100 K. beteiligt. Für die ersten zwei Monate wird eine Steigerung von 136.372 K. aus dem Personenverkehr, dagegen eine Abschwächung um 373.172 Kronen aus dem Sachenverkehr ausgewiesen. Es ergibt sich mithin ein Rückgang um 236.800 K., an welchem das Lit. A-Netz mit 90.100 K. und die B-Linie mit 146.700 K. beteiligt sind. Die Abschwächung der Kohlentransporte auf der Auffig-Teplitzer Bahn dürfte mit der andauernden Sperre des Elbewasserweges zusammenhängen. Im vorigen Jahre war die Schifffahrt auf der Elbe ununterbrochen im Gange. In den ersten drei Monaten konnten über 2 Millionen Doppelzentner Braunkohle verschifft werden, während in diesem Jahre der Elbeverkehr bisher gänzlich ruhte und vorläufig noch keine Ausichten auf eine Wiedereröffnung der Schifffahrt vorhanden sind. Es dürfte daher das ganze erste Quartal für die Schifffahrt verloren gehen. Abgesehen von der Elbesperre litt die Kohlenproduktion unter der Einwirkung starker Fröste, welche die Förderung und Abtransportierung der Kohle erschwerten. Unter solchen Verhältnissen erfuhr der Güterverkehr des alten Netzes der Auffig-Teplitzer Eisenbahn im Monat Februar einen Ausfall von 137.000 Tonnen, welcher hauptsächlich die Kohle betraf.

Der Staat und die Kohlenfragen.

Die zweite Lesung des Bergwerksetats.

Im Abgeordnetenhaus ging gestern — bei gähnender Beere — die Beratung des Etats der Staatsbergwerke vor sich. Die Einnahmen weisen eine Erhöhung auf — aber diese Erhöhung wird wettgemacht durch das Mehr an Ausgaben, das auf die Steigerung der Löhne und Materialkosten zurückgeht. Die Berechtigung erheblicher Lohnsteigerungen wurde natürlich in Rücksicht auf die herrschende Teuerung allseitig anerkannt, und wenn der sozialdemokratische Abg. Hue sich darüber beschwerte, daß die Steigerung der Löhne auch nicht entfernt Schritt halte mit der Verteuerung der Lebenshaltung, so räumte Minister Sydow ein, daß, wo einzelne Wirtschaftsgebiete mit der Lohnsteigerung noch im Rückstande seien, es nachzuholen sei und daß die Löhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise weiter hinaufgehen müßten; er wies auch auf die von den fiskalischen Gehehen für die Beschaffung von Lebensmitteln geleisteten Zuschüsse hin. Der fortschrittliche Abg. Meyer (Frankfurt a. D.) bezeichnete gerade den jetzigen Zeitpunkt, der alle Berufsstände zu vaterländischer Arbeit zusammensührt, als besonders dazu angetan, durch weitherziges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Arbeiterschaft die Quellen der sozialen Unzufriedenheit zu verstopfen. Der nationalliberale Abg. Maccò schilderte die Zustände, wie sie sich im Kriege infolge der Einberufungen von Beamten und Arbeitern herausgebildet haben, und sprach den Wunsch aus, daß unbeschadet der Durchführung des Hindenburg-Programmes das Bestehen der Bergwerksindustrie gesichert bleibe. Selbstverständlich wurde auch die Gestaltung der Kohlenpreise erörtert. Abg. Meyer betonte, daß, wenn auch die bisherigen Preiserhöhungen nicht zu beanstanden gewesen seien, so doch jede unnötige Verteuerung vermieden werden müsse. Freilich sei die erste Hauptsache, daß Kohle vorhanden sei, und da begrüßte er es mit Genugtuung, daß nach der Erklärung des Ministers die Inlandsversorgung gesichert sei. Einen Abschnitt seiner Ausführungen widmete er den Bestrebungen böhmischer Kapitalisten, die Vormachtstellung im mitteldeutschen und niederlausitzer Braunkohlenrevier zu erringen, worauf auch Abg. Maccò schon die Aufmerksamkeit gelenkt hatte; er wolle waffenbrüderlichem Kapital gewiß nicht die Betätigung in Deutschland verwehren, aber es dürften nicht deutsche Beamte und Arbeiter verdrängt werden, und vor allem müsse der Gefahr einer Monopolbildung entgegengetreten werden. Der Minister antwortete, daß vorläufig kein Grund zur Sorge vorhanden sei, daß die Sache jedoch im Auge behalten werden solle. Auch in diese Verhandlung ragte zeitweise die hohe Politik hinein. Abg. Maccò setzte sich dafür ein, daß beim Friedensschluß darauf Bedacht genommen werde, besonders den englischen Bemühungen gegenüber unsere Zukunft durch Angliederung von Gebieten, die uns wichtige Rohmaterialien liefern, sicherzustellen, während Abg. Hue, wie sich denken läßt, vor Annexionen warnte. — Zu Beginn der Sitzung war nach kurzer Beratung, in der Abg. Adolf Hoffmann für den guten Zweck eine Kürzung der Ministergehälter empfahl, ein Centrumsantrag betr. Erhöhung von Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen an Arbeiter, im Ruhestande lebende Beamte und Altpensionäre dem Probillierungsausschuß überwiesen, da bereits ein ähnlicher fortschrittlicher Antrag vorliegt.

Der Sitzungsbericht findet sich in der 2. Beilage.

Die Verkehrs- und Lichteinschränkungen**Die Kohleanlieferungen.**

Sowohl die Einschränkungen des Straßenbahnverkehrs als auch die der öffentlichen Beleuchtung werden vom Publikum unangenehm empfunden. Der sonst gerade in den Abendstunden stark pulsierende Straßenverkehr ist durch den auf halb 9 Uhr festgesetzten Betriebschluß der Straßenbahn fast ganz lahmgelegt worden. Obwohl nun die äußerste Kohlenkrise überwunden ist, kann, wie wir von kompetenter Seite erfahren, auch an eine teilweise Aufhebung der Verkehrseinschränkung noch lange nicht gedacht werden, da noch immer die Gefahr einer Wiederkehr der Kohlennot nicht als beseitigt betrachtet werden kann. Die Kohleanlieferungen für die Elektrizitätswerke waren in der allerletzten Zeit durchschnittlich befriedigend, obwohl sie sehr differierten. Sie gestalteten sich an manchen Tagen sehr gut, an manchen Tagen weniger gut. Jedenfalls konnte wenigstens das Auslangen gefunden werden.

Mitteilungen des Direktors der Elektrizitätswerke.

Ueber die Kohlenersparnisse teilt uns Direktor Ingenieur Karel folgendes mit: „Durch die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs konnte eine Ersparnis von 7 bis 8 Waggons Kohle täglich erzielt werden. Nichtsdestoweniger ist der Stromverbrauch nur um 4 Prozent geringer geworden, da die Kriegsindustrie riesig angewachsen ist. Die Zahl der Fabriksbetriebe, die mit elektrischer Kraft arbeiten, wird noch immer größer. Was auf der einen Seite erspart wird, wird zum Teil wieder auf der anderen Seite in Anspruch genommen. Deshalb gelang es bisher nur, ein paar hundert Waggons Kohle aufs Lager zu legen. Die Anlegung eines Kohlenvorrats geht nur sehr langsam vor sich; es besteht dabei immer die Gefahr, daß die Kohlenanschübe vielleicht wieder einmal eine Unterbrechung erleiden. Die Situation ist daher noch immer ernst.“

Gas zu Heizwecken.

Von der Direktion der städtischen Gaswerke wird uns mitgeteilt, daß der Gasverbrauch wohl durch die Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung etwas geringer geworden ist. Diese Einschränkung ist jedoch geringfügig und hat mehr moralische als rechnerische Bedeutung. Dagegen hat sich gezeigt, daß die Bevölkerung das Gas sehr stark zu Heizwecken verwendet. Nicht nur mit den Gasöfen wird geheizt, sondern auch mit den Küchenrechauds, die man, ohne darauf zu kochen, fortbrennen läßt, und mit den Gaslampen, die dauernd angezündet bleiben, sucht man die betreffenden Räume zu erwärmen, da es an Heizkohle mangelt. Dadurch ist der Verbrauch von Gas in den Wohnungen in der letzten Zeit größer geworden. Nichtsdestoweniger sind Einschränkungen des Gaskonsums außer den bereits bei der öffentlichen Beleuchtung durchgeführten nicht zu erwarten. Die Kohleanlieferungen für die Gaswerke reichen augenblicklich für den Bedarf aus. Während es in Friedenszeiten vorkam, daß manchemal zu viel Kohle in den Gaswerken eintraf, ist jetzt der Kohlenbedarf so groß, daß nicht genug Kohle als Vorrat aufgehäuft werden kann.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Neuregelung des militärischen Zufuhrdienstes.

Die allmonatlich zur Erörterung allgemeiner Transportfragen in der Nordbahndirektion stattfindende Konferenz, die für den Monat März gestern abgehalten wurde, ist diesmal zum Anlaß genommen worden, um auch die Frage der künftigen Wiener Kohlenversorgung zu erörtern. An der Beratung, die unter Vorsitz des Nordbahndirektors Baron Banhans stattfand, nahmen teil: die Vertreter der kommerziellen Abteilung, der Verkehrsabteilung, der Maschinenabteilung und die Vertreter des Wiener Kohलगroßhandels.

Nach Feststellung der Tatsache, daß sich die Kohlenzufuhr seit den letzten Tagen gebessert habe, richtete der Vorsitzende an die Vertreter des Kohलगroßhandels das Ersuchen, beizeiten dafür Vorkehrungen zu treffen, daß bis zum kommenden Herbst nicht nur den privaten Kohlenabnehmern, sondern insbesondere auch der Industrie und den öffentlichen Anstalten ausreichende Möglichkeit geboten werde, sich für den nächsten Winter mit genügenden Kohlenvorräten zu versorgen, damit Wien von einer Wiederholung der Kohlenkatastrophe verschont bleibe.

Die Vertreter des Wiener Kohलगroßhandels wiesen im Laufe der an diese Anregung sich knüpfenden Debatte darauf hin, daß es unmöglich sei, derzeit schon einen Plan für die Sommerarbeit zu entwerfen. Eine Voraussetzung für alle Vorbereitungen zur systematischen Kohlenversorgung während des Sommers sei, daß zunächst Klarheit darüber geschaffen werde, ob das aus Oberschlesien nach Wien zur Einfuhr gelangende Kontingent eine ausgiebige Erhöhung erfahre. Die derzeit zwischen den Regierungen Oesterreichs und Deutschlands schwebenden Verhandlungen lassen allerdings mit Bestimmtheit eine wesentliche Erhöhung der weiteren Kohlenzufuhren aus Oberschlesien erwarten, seien aber noch nicht abgeschlossen. Die gegenwärtige ober-schlesische Einfuhr, die für Wien pro Tag durchschnittlich tausend Tonnen betrage, reiche nicht aus, um über den Tagesbedarf hinaus auch noch Vorräte anzuhäufen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Baron Banhans wurde hierauf die Frage der für die Winterkampagne zu treffenden Maßnahmen bis zur erfolgten Sicherstellung der ober-schlesischen Kohleneinfuhr zurückgestellt.

In weiterer Besprechung der derzeitigen Wiener Kohlenversorgung wurde sodann zur Kenntnis genommen, daß der bisher mit Militärautos durchgeführte nächtliche Zufuhrdienst seit voriger Woche eingestellt ist, da die Kohlenzufuhr bei Nachtzeit mit allzu großen Schwierigkeiten verknüpft war, und auch die Kleinkohlenhändler selbst, denen die Zufuhren galten, bei der Uebernahme zuweilen Schwierigkeiten bereiteten. Seither werden die Militärautos dazu verwendet, um ebenso wie die militärischen Pferdefuhrwerke allen in Betracht kommenden Interessenten die Kohlen bei Tag zuzuführen. Von den Vertretern des Kohलगroßhandels wurde hierauf angeregt, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, daß die militärische Transportabteilung auch den Zufuhrdienst für einzelne, derzeit noch von Kohlenknappheit betroffene Betriebe der Seeresindustrie sowie für die Mühlen und Brotfabriken übernehme.

Vorsitzender Baron Banhans sicherte zu, diesen Vorschlag an kompetenter Stelle befristet zu vertreten.

Hierauf wurde die Beratung geschlossen.

Z. 17. 1917

93

Neue Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung.

† Die Freude über die milde Witterung war kurz. In den Flußläufen hat sich unter dem scharfen Ostwind der letzten Tage erneut starkes Eis gebildet und damit wieder die Möglichkeit, sie zum Herbeischaffen von Lebensmitteln und Kohlen zu benutzen, zunichte gemacht. Der Wasserstand der Elbe ist unter dem währenden Ostwind so stark zurückgegangen, daß auch die *Alsterschleusen* nicht in erforderlicher Weise benutzt werden können. Es ist daher unmöglich, wie in letzter Zeit, in den *Alsterläufen* und anderen Wasserläufen für den Verkauf die Kohlen an die bisherigen Plätze zu bringen. Von keiner Seite wird das schmerzlicher empfunden als vom *Hamburgischen Kriegsverorgungsamt*, das aber den Witterungsverhältnissen gegenüber auch machtlos ist. Es hat aber Sorge getragen, daß am *St. Pauli-Fischmarkt* genügend Schuten mit Kohlen liegen, aus denen die Bevölkerung ihren Bedarf decken kann. Die Schuten näher heranzubringen, ist aus den obenwähnten Gründen unmöglich, und die Bevölkerung muß sich darein finden, ihnen Rechnung zu tragen. Die Bevölkerung, das wird an den verantwortlichen Stellen reiflos anerkannt, erträgt die mannigfachen Schwierigkeiten dieser Zeit mit einer so bewundernswerten Geduld und Herzhaftigkeit, daß es diese erneut einsetzende Kohlenknappheit auch guten Sinnes überleben wird.

Vergessen darf auch nicht werden, daß die nach Hamburg kommenden Kohlen nicht alle der Bevölkerung allein zugute kommen können; denn in erster Linie müssen unsere *Kriegsindustrien* versorgt werden, deren auch nur teilweise Stilllegung für unsere Kriegführung von unabsehbaren Folgen wäre. Wir in der Heimat müssen, wenn uns die Kohlen mangeln, daran denken, daß unsere *Soldaten* an der Front mehr noch als wir der Kälte preisgegeben sind, und sie müssen doch ausharren, und harren aus um des großen Zieles willen. Besonders schwer ist es natürlich für die *Haushaltungen*, die keine Gasleitungen haben und daher unmittelbar auf die Kohlen für die Zubereitung der Speisen angewiesen sind. So billig es ist, ihnen zu sagen, daß sie ausharren müssen, so sehr ist man sich auch an allen Stellen bewußt, wie, besonders um der Kinder willen, ein Witterungsumschlag erwünscht ist. Der unvermutete Kälteeinbruch ist für diese Zeit geradezu abnorm, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß die Witterung sich bald ändert. Die Kohlennot besteht auch nicht nur für Hamburg, sondern für das ganze Reich und für alle Länder. Selbst das kohlenreiche England, das seine Eisenbahnen für den inneren Bedarf mehr als die anderen kriegsführenden Länder zur Verfügung hat, die ungezählte Eisenbahnwagen und Lokomotiven an den Fronten haben müssen, hat fast unüberwindliche Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung. Ganz zu schweigen von Frankreich, wo, wie wir mitteilen, in diesen Tagen der gesamte Schnellzugverkehr wegen Kohlenmangels eingestellt worden ist. Wenn nun auch die Not anderer kein Trost für Kolleidende ist, so erweist sie doch, daß es sich um eine nicht nur uns betreffende Schwierigkeit handelt.

9. III. 1917

2
04

Bekanntmachung

betreffend Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial.

Auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung vom 5. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung und unter Aufhebung der Verordnungen vom 26. Januar 1917 und 20. Februar 1917

wird mit Zustimmung eines Hohen Senats für das Gebiet der Stadt Hamburg angeordnet:

I. Verkauf ab Lagerplatz usw.

§ 1.
Kohlenhändler, die auf Lagerplätzen im Gebiet der Stadt Hamburg für eigene oder fremde Rechnung Feuerungsmaterial lagern haben, sind verpflichtet, an jedem Werktag während vier aufeinanderfolgender Stunden von dem auf dem Lagerplatz befindlichen Feuerungsmaterial an jeden gegen Barzahlung zu verkaufen.

An keinen Käufer dürfen auf einmal mehr als höchstens 50 Liter Steinkohlen oder Koks oder 75 Stück Briketts abgegeben werden. Das gleiche gilt in dem Falle, wenn Feuerungsmaterialien unmittelbar auf den Bahnhöfen oder ab Wasserfahrzeug allgemein an die Bevölkerung in kleinen Mengen verkauft werden.

§ 2.
Der Bezug von Feuerungsmaterial bei diesen ab Lagerplatz, unmittelbar auf den Bahnhöfen oder Wasserfahrzeug stattfindenden allgemeinen Verkäufen wird benjenigen verboten, die noch im Besitze von mindestens 50 Litern Steinkohlen oder Koks oder 75 Stück Briketts sind.

§ 3.
Die Kohlenhändler sind verpflichtet, sich bei den vorstehend genannten Verkäufen vor Abgabe des Feuerungsmaterials den hamburgischen Meldeschein des Käufers vorlegen zu lassen und auf diesem durch Vermerk die erfolgte Abgabe des Feuerungsmaterials, der Menge, des Datums und durch seine Unterschrift kenntlich zu machen. Nach erfolgter Abgabe der Mindestmenge von 50 Litern Steinkohlen oder Koks oder 75 Stück Briketts darf eine erneute Abgabe und Entnahme von Feuerungsmaterial ab Lagerplatz unmittelbar ab Bahnhof oder Wasserfahrzeug erst nach Ablauf einer vollen Woche erfolgen. Ohne Vorlage eines Meldescheins oder bei Vorlage eines Meldescheins, der ergibt, daß noch keine volle Woche seit Bezug des Feuerungsmaterials verstrichen ist, darf eine erneute Abgabe von Feuerungsmaterial nicht erfolgen.

Die Kohlenhändler sind verpflichtet, durch zeitlich festbaren Anschlag am Eingange des Lagerplatzes jeweilig bekanntzugeben, an welchen Stunden an dem Tage des Anschlages und am nächsten Werktag der Verkauf ab Lager stattfindet.

§ 4.
Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen sind zulässig mit Genehmigung des Kriegsversorgungsamts oder einer Bezirksstelle des Kriegsversorgungsamts.

II. Lieferung ins Haus.

§ 5.
Die Lieferung von Feuerungsmaterial für Häuser, die ausschließlich oder vorwiegend zu Wohnzwecken dienen, bedarf der vorgängigen Genehmigung des Kriegsversorgungsamts. Die Genehmigung ist auf dem vorgeschriebenen Vordruck von dem Besteller durch Vermittlung des Kohlenhändlers, bei dem die Kohlen bestellt werden, zu beantragen. Das Kriegsversorgungsamt bestimmt, ob und inwieweit dem Antrage zu entsprechen ist.

Die Vordrucke sind in den Polizeiwachen erhältlich. Die Besteller sind verpflichtet, die Fragen des Vordrucks wahrheitsgemäß und nach gewissenhafter Prüfung zu beantworten.

§ 6.
Die Lieferung von Feuerungsmaterial für Häuser, die nicht ausschließlich oder vorwiegend zu Wohnzwecken dienen (z. B. Fabriken, Kontorhäuser), kann ohne Genehmigung des Kriegsversorgungsamts erfolgen, wenn der Besteller bei der Bestellung auf dem vorgeschriebenen, in den Polizeiwachen erhältlichen Vordruck die schriftliche Erklärung abgegeben hat, daß er bei sparsamstem Gebrauch einen Vorrat an Feuerungsmaterial höchstens nur noch für einen Bedarf von 10 Tagen hat, und auf dem er weiterhin erklärt, welche Menge er bei sparsamstem Gebrauch unbedingt zur Deckung des Bedarfs für weitere 4 Wochen benötigt, sowie die sonst auf dem Vordruck vorgeschriebenen Fragen beantwortet. — Die Besteller sind verpflichtet, diese Erklärung wahrheitsgemäß abzugeben.

§ 7.
Vor Ausführung der Lieferung und Einreichung des Vordrucks beim Kriegsversorgungsamt hat der Kohlenhändler pflichtgemäß zu prüfen, ob die Angaben des Bestellers wahrheitsgemäß erscheinen. Bei Bestellungen seitens eines Verbrauchers, der bisher nicht Kunde des Kohlenhändlers gewesen ist, hat der Kohlenhändler Erkundigungen bei dem früheren Lieferanten einzuziehen.

Die Kohlenhändler sind verpflichtet, die auf dem vorgeschriebenen Vordruck für die Kohlenhändler zur Beantwortung vorgeschriebenen Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten und die ausgefüllten Vordrucke alsdann dem Kriegsversorgungsamt vorzulegen.

§ 8.
Als Feuerungsmaterial im Sinne dieser Verordnung gelten Steinkohlen jeder Art, insbesondere auch Koks und Briketts.

§ 9.
Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.

Hamburg, den 8. März 1917.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

— (Der Bergbau Billingsdorf.) Bekanntlich befindet sich der Braunkohlenbergbau Billingsdorf nun schon seit länger als fünf Jahren im Besitze der Gemeinde Wien. Groß waren die Hoffnungen, die die Gemeindeverwaltung seinerzeit an die Erschließung dieses Braunkohlenwerkes knüpfte, das ja nach den eingeholten sachmännlichen Gutachten enorme Kohlenmengen birgt. Ist auch die Dualität der Kohle eine mindere, so hätte doch gerade in der gegenwärtigen Kriegszeit der Bergbau Billingsdorf besonders auch für die Stromversorgung Wiens eine große Bedeutung erlangen können. Anlässlich der vor kurzem erfolgten Inbetriebnahme des Ebenfurter Kraftwerkes und der letzten Debatten im Gemeinderat über die Kohlennot hat man seit langer Zeit über das Kohlenwerk Billingsdorf wieder etwas gehört. Leider nicht viel und nichts Günstiges: Das Ebenfurter Werk wird derzeit, da der Billingsdorfer Tiefbau eingestellt ist, aus dem Tagbau mit Kohle beliefert, und da diese Förderung nicht reicht, mußte der gepachtete Tagbau in der ungarischen Nachbargemeinde Neudorf in Betrieb gesetzt werden, so daß beide Tagbaue vorläufig das Ebenfurter Kraftwerk mit Kohle versehen. Da der Billingsdorfer Tiefbau, angeblich wegen Militärdienstleistung sämtlicher Säuer, auf Kriegsdauer stillsteht, mußte also sogar ein zweiter Tagbau in Betrieb gesetzt werden, um wenigstens das neue Kraftwerk halbwegs mit den nötigen Kohlenmengen dotieren zu können. Mehr wurde anlässlich der letzten Debatten über Billingsdorf überhaupt nicht gesagt. Sinngemäß wurde nur noch, daß infolge der ungenügenden Ausstattung des Ebenfurter Werkes dieses vorläufig nur geringe Strommengen für Wien abzugeben vermag, daher die Stromversorgung Wiens nach wie vor dem städtischen Elektrizitätswerk obliegt. Auffällt zunächst, daß der Billingsdorfer Tiefbau wegen Mangels an Arbeitern stillgelegt werden mußte. Die meisten Kohlenbergbaue Oesterreichs werden durch Tiefbau betrieben und haben selbstverständlich den Betrieb auch im Kriege aufrechterhalten. Weiter wäre aufzuklären, warum in dem Zeitraum von fünf Jahren trotz der beträchtlichen Investitionen bisher keine produktive Schachtanlage geschaffen wurde. Diese lange Zeit fällt nämlich nur zu einem Teil in die Kriegszeit. Nach dem Kriege soll allerdings die Produktion des Billingsdorfer Werkes durch Neuanlage einiger Schächte, wie anlässlich der Inbetriebsetzung des Ebenfurter Kraftwerkes gemeldet wurde, auf 1000 bis 2000 Tonnen täglich gebracht werden. Die Erreichung dieses Zieles dürfte aber noch in weiter Ferne liegen, denn nach den vorliegenden amtlichen Ausweisen hat die Förderung Billingsdorfs pro 1915 erst eine halbe Million Meterzentner betragen und dürfte 1916 noch unter dieser Menge geblieben sein. Eine nähere Aufklärung der Gemeindeverwaltung über Billingsdorf wäre sonach wohl sehr am Platze, wenn nicht angenommen werden soll, daß man sich bezüglich Kohlenreichtum und Qualität etwas „verrechnet“ hat.

Enquete über die Kohlenfrage.

Unter Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten Dr. Freiherrn v. Trnka hat gestern eine Beratung über den ganzen Komplex der Fragen der Kohlenversorgung stattgefunden. Der Beratung lag eine Tagesordnung zugrunde, die zunächst der Feststellung des an Kohle durch die Eigenförderung und durch die Einfuhr Beschaffbaren und andererseits des Bedarfs, also des Verbrauches galt. Die Inlandsförderung genügt bekanntlich nicht, die Einfuhr ist auch schon wegen des ungarischen Bedarfes nötig. Die Sicherung der Auslandszufuhr bildet keine Aufgabe der hiesigen Interessenten, sie ist vielmehr im Wege der

internationalen Verhandlungen, von Regierung zu Regierung zu lösen. Hinsichtlich der Inlandsproduktion wurde mit Rücksicht auf den Bedarf die Notwendigkeit ihrer Steigerung betont. Diese Steigerung wäre in Ostkarwin auch noch jetzt möglich, wenn auch nicht mehr in so großem Maße wie früher — seit 1913 ist die dortige Förderung um 17 Prozent gewachsen. Eine höhere Steigerung wäre dagegen in Nordwestböhmen auch jetzt erreichbar, wenn die hierfür nötigen Arbeitskräfte und die für diese nötigen Lebensmittel, wenn ferner entsprechend mehr Betriebsbedarf (Sprengstoffe, Geleuchte und Grubenholz) beschafft würde. Hierbei wurde übrigens auch auf die in der Entwicklung der Holzpreise durch aus unbegründeten preistreibenden Tendenzen in der Erstellung des Grubenholzpreises hingewiesen — die Grubenholzpreise sind ja tatsächlich ins Ungemessene hinaufgesteigert worden.

Zur Erzielung der eingangs als unerlässlich bezeichneten Bilanz der Kohlenwirtschaft bedarf es, wie dargelegt wurde, selbstverständlich einer Erhebung des Bedarfs. Unter den verschiedenen hierfür zu erwägenden Vorgangsweisen käme als verlässlichste wohl die der mündlichen Einvernahme auch der Produzenten und Kohlenhändler in Betracht, wobei auch der frühere Verbrauch angemessen zu berücksichtigen wäre. Allerdings hat die Anpassung der Industrie an die Anforderungen der Kriegswirtschaft teilweise ganz außerordentliche, selbst bis zu 100 Prozent betragende Steigerungen des Bedarfes an Kohle gebracht.

In den weiteren heute fortzusetzenden Beratungen soll auch die Frage der Organisation, also die Regelung der Kohlenversorgung erörtert und hierbei festgestellt werden, ob die bestehenden Organisationsformen genügen oder ob sie einer Ausgestaltung oder Wänderung bedürfen.

10. / III. 1917

97

Konferenzen über die Kohlenversorgung.] Im Arbeitsministerium hat heute unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Freiherrn v. Trnka eine Beratung über die mit der Kohlenversorgung zusammenhängenden Fragen stattgefunden. An der Verhandlung nahmen Vertreter des Bergbaues der inländischen und der ober-schlesischen Kohlenfirmen teil. Wie in den Kreisen der Kohleninteressenten verlautet, handelte es sich bei diesen Besprechungen unter anderem zu erwägen, ob und in welcher Weise eine Aufnahme der Kohlenbestände erfolgen, eine Besserung der Kohlenversorgung und eine Steigerung der Erzeugung herbeigeführt werden können, ferner um die Frage einer allfälligen Kontingentierung und einer Ausgestaltung der gegenwärtigen Organisation. Eine Vermehrung der Förderung könnte, wie in den Besprechungen ausgeführt wurde, dann durchgeführt werden, wenn genügende Arbeiter zur Verfügung ständen und für die Sicherstellung der nötigen Betriebsmaterialien gesorgt wird. In diesem Falle könnte insbesondere im nordwestböhmischen Kohlenrevier eine Steigerung der Produktion erfolgen. Jede Maßnahme, die zu einer Besserung der Kohlenversorgung führen soll, muß vorerst den genauen Bedarf der Konsumenten kennen. Eine solche Einschätzung des Bedarfes kann entweder durch persönliche Einvernehmungen der Händler und der Produzenten erfolgen, oder es könnten Fragebogen ausgesandt und deren Ausfüllung verlangt werden. Die Beratungen sind heute nicht zu Ende geführt worden und sollen ihre Fortsetzung nehmen.

Kohlengewinnung in Oesterreich im Jänner 1917.

Heute liegt die amtliche Nachweisung über die Gewinnung von Mineralkohlen nebst Briketts und Pöks im Jänner 1917 nach den Zusammenstellungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten vor. Danach betrug die gesamte Gewinnung von Steinkohlen im Jänner 1917 14,745.400 Meterzentner (gegen 14,507.170 Meterzentner in der korrespondierenden Periode des Vorjahres), 152.538 (170.705) Meterzentner Briketts und 2,294.181 (2,019.372) Meterzentner Pöks. Mehr als die Hälfte der Produktion an Steinkohlen, nämlich 8,99 Millionen Meterzentner, entfallen auf das Ostrau-Karwiner Revier. — Die Produktion an Braunkohlen betrug im Jänner 1917 17,986.830 Meterzentner (gegen 19,468.077 Meterzentner in der korrespondierenden Periode des Vorjahres). Während also die Gewinnung von Steinkohlen ein Plus von zirka 240.000 Meterzentnern aufweist, ist in der Gewinnung von Braunkohlen ein Rückgang um 1,480.000 Meterzentner zu verzeichnen. Die Produktion an Braunkohlen-Briketts belief sich auf 139.737 (201.451) Meterzentner. Von der gesamten Braunkohlenproduktion per 17,98 Millionen Meterzentner entfallen auf das Brüx-Teplitz-Kombauer Revier 11,78 Millionen Meterzentner.

Steigerung der Kohlenproduktion.

In Oesterreich.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben: Der Kohlenbedarf Oesterreichs stellte sich im letzten Friedensjahr auf rund 450 Millionen Meterzentner. Davon verbrauchten die Bergbaue zirka 22 Millionen Meterzentner, die Hüttenwerke rund 21 Millionen Meterzentner, die Zuckerraffinerien zirka 20 Millionen Meterzentner und die Bahnen 60 Millionen Meterzentner. Da keine Kohlenverbrauchsstatistik geführt wird, ist man bezüglich des Verbrauches der anderen Industriegruppen und Konsumenten auf Mutmaßungen angewiesen. Sicher ist, daß der Hausbrand einen wesentlichen Prozentsatz des Gesamtverbrauches in Anspruch nimmt und daß ferner Schifffahrt, Gas- und Elektrizitätswerke, Brauereien, Brennereien, die chemische Industrie usw. erheblich am Kohlenverbrauch beteiligt sind. Würde man den Kohlenverbrauch aller Industriegruppen erheben, so käme man wohl zu dem Resultat, daß heute alle jene Industriezweige, die noch einen wesentlichen Kohlenverbrauch aufweisen, für die Seeresverwaltung, beziehungsweise für die Allgemeinheit unbedingt wichtig sind und eine Lahmlegung einzelner Zweige einen nicht wettzumachenden Ausfall an der Erzeugung bedeuten würde. Für die Kriegswirtschaft minder wichtige Industrien weisen entweder überhaupt keinen bedeutenden Kohlenverbrauch auf, oder sie haben schon infolge Rohmaterialmangels ihre Produktion auf ein Minimum reduziert. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß wichtige Industriezweige — und gerade diese haben den größten Kohlenverbrauch — nicht eingeschränkt werden können, während der Kohlenbedarf der weniger Bedeutung habenden Erzeugungstätten nicht sehr ins Gewicht fällt, deren Stilllegung aber immerhin einen erheblichen Ausfall in diversen Bedarfsgegenständen mit sich bringen würde. Was nun die Beseitigung der Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung anlangt, so könnten ohne Zweifel alle Kalamitäten durch eine erhöhte Produktion beseitigt werden.

Die Steigerung der oesterreichischen Kohlenförderung ist nur eine Arbeiterfrage. Wenn wir nur die Produktionsziffern des Ostrauer Reviers betrachten, so finden wir, daß das Revier im Vorjahre imstande war, trotz der um 20 Prozent verminderten Belegschaft die Produktion des letzten Friedensjahres weit zu übertreffen. Alle Gewerkschaften des Reviers haben im letzten Jahre weit größere Mengen an Kohle gefördert als pro 1913. Eine Erhöhung der Belegschaft des Reviers nur auf den Friedensstand würde für das laufende Jahr schon eine sehr wesentliche Zunahme der Förderung sichern. Dabei handelt es sich höchstens um 10.000 neu einzustellende Arbeiter. Auch die rege Aufschlußtätigkeit im Revier in der letzten Zeit, ferner verschiedene Transaktionen deuten darauf hin, daß eine sehr beträchtliche Produktionssteigerung zu erzielen wäre, wenn nur das nötige Arbeitspersonal zur Verfügung stünde. Noch mehr könnte eine Vermehrung der Belegschaften im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier nützen. Die Belegschaften haben sich dort um zirka 25 Prozent gegen den Friedensstand verringert und sind im Vorjahr gegen 1915 fast gleich geblieben. Trotzdem ist die Förderung gegen 1915 erheblich gestiegen. Die Neueinstellung von 25 Prozent der jetzigen Belegschaft, die rund 24.000 Mann beträgt, brächte eine Produktionssteigerung, die allen Anforderungen gerecht werden könnte. In Betracht kommt ferner, daß im Revier in letzter Zeit viele Industriefirmen aussichtsreiche Grubenfelder angekauft haben, die, wenn die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, bald produktiv werden könnten. Ueberhaupt kommt die Industrie immer mehr zur Einsicht, daß die Versorgung aus eigenen Kohlengruben große Vorteile bietet. Den Grubenentwertungen verschiedener Industrieunternehmungen im Vorjahre sind in letzter Zeit andere gefolgt und die Nachfrage nach Kohlengruben und Grubenfeldern hält unvermindert an. Daß die Kohlenförderung, insbesondere in Galizien, beträchtlich gesteigert werden könnte, haben wir bereits vor kurzem ausgeführt. Die in der Kriegszeit seitens des Montanärars durchgeführten Tiefbohrungen hatten günstige Erfolge zu verzeichnen, und eine wesentliche Produktionszunahme der Gewerkschaft Przeszaca könnte jenseit bei Einstellung der erforderlichen Belegschaft ohne Zweifel erzielt werden.

14. III. 1917

104

Sicherung des Kohlenbedarfes in Ungarn durch staatliche Betriebsübernahmen.

Die ungarische Regierung veröffentlicht eine Verordnung, welche auf die Sicherung des Kohlenbedarfes abzielt, aber abweichend von der deutschen Verordnung, nicht eine Beschlagnahme der Kohlenvorräte verfügt, sondern weitergeht, indem sie unter namhaft gemachten Voraussetzungen die Übernahme von Kohlenbetrieben in den Staatsbetrieb vorsieht. Aus Budapest wird hierüber telegraphiert:

„Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, wonach die Kohle, Koks und Briketts erzeugenden Betriebe im öffentlichen Interesse in den staatlichen Betrieb übernommen werden können, wenn sie nicht so viel Material erzeugen, als sie erzeugen könnten, ferner wenn sie nicht für staatliche oder sonstige im öffentlichen Interesse stehende Betriebe zu entsprechenden Bedingungen Kohle, Koks und Briketts liefern, oder schließlich, wenn sie unbegründeterweise zu hohe Preise berechnen.“

In Ungarn haben sich offenbar Mängel in der Zuweisung von Kohle an solche Betriebe geltend gemacht, die bei der Deckung des Kohlenbedarfes in erster Linie zu berücksichtigen sind, und zwar dürften diese Mängel auf einen wilden Zwischenhandel zurückzuführen sein, der sich der Kohle bemächtigte und bei der Verteilung denselben die staatlichen Interessen beeinträchtigte. In der Verordnung wird nun ein Produktionszwang ausgesprochen und dem Staat das Recht zuerkannt, im Falle die Leistung hinter der Leistungsfähigkeit zurückbleibt, die Verstaatlichung des Betriebes zu verfügen. Das gleiche kann geschehen, wenn die Bedingungen der Lieferungen für staatliche oder sonstige im öffentlichen Interesse stehende Betriebe als nicht entsprechend erachtet oder wenn in unbegründeterweise zu hohe Preise gefordert werden.

Die Kohlenförderung Ungarns befand sich vor diesem Kriege in aufsteigender Entwicklung. Dies gilt jedoch nur von Braunkohle, deren Gewinnung im Jahre 1913 bereits die ansehnliche Menge von 8,954,000 Tonnen erreichte. An Steinkohle wurden im genannten Jahre 1,320,000 Tonnen gefördert, an Koks wurden 160,000 Tonnen und an Briketts 117,000 Tonnen erzeugt. Während die Steinkohlenförderung, die sich hauptsächlich auf die Bezirke von Fünfkirchen und Reschitsa-Uin'a beschränkt, keine nennenswerte Steigerung in den letzten Jahren aufgewiesen hat, ist die Braunkohlengewinnung in mächtigem Auf-

15. / III. 1917

105

— Der große Kohlenhändler. Die Private Hedwig Wille erschien am 16. November im Geschäft des in der Schöffelgasse etablierten Kohlenhändlers Franz Josef Scherber und ersuchte ihn, ihr wenigstens sechs Kilogramm Kohle zu verkaufen. Scherber verweigerte ihr den Verkauf, trotzdem 20 Meterzentner Kohle in seinem Geschäft vorrätig waren, mit dem Bemerkten, daß diese Kohle bereits vorausbestellt sei. Frau Wille erschien einige Stunden später wieder im Geschäft und ersuchte nochmals, ihr sechs Kilogramm Kohle zu verkaufen. Scherber verweigerte dies neuerlich, obzwar, wie Frau Wille bemerkte, er anderen Kunden Kohle gab. Als Frau Wille nun etwas energischer darauf bestand, auch Kohle zu bekommen, packte sie der Kohlenhändler zunächst bei den Haaren und versetzte ihr dann einen derartig heftigen Stoß, daß sie auf die Kohlenwage auffiel und sich an beiden Knien leicht verletzte. Schließlich rief ihr der Kohlenhändler zu: „Schauen S., daß Sie hinauskommen, sonst schmeiß' ich Sie hinaus!“ Frau Wille entfernte sich, worauf ihr der Kohlenhändler die Boa und die Sandtasche, die ihr im Geschäft entfallen waren, auf die Gasse nachwarf. Gestern hatte sich Scherber vor dem Bezirksrichter Dr. Ziella (Josefsstadt) wegen verweigerten Verkaufes von Kohle und wegen Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit zu verantworten. Er wurde zu einer Geldstrafe von zweihundert Kronen, eventuell zu zehn Tagen Arrest verurteilt. Scherber meldete gegen Schuld und Strafe die Berufung an.

15. III. 1917

Zur Kohlenversorgung der Privathaushaltungen.

Nach der Verordnung vom 8. März unterliegen nur die Lieferungen ins Haus für Privathaushaltungen der Prüfung und Genehmigung des Kriegsverorgungsamts. Trotzdem laufen beim Kriegsverorgungsamt täglich zahlreiche Bestellscheine und Gesuche ein, in denen für Fabriken, Kontorhäuser und sonstige gewerbliche Betriebe um Genehmigung zum Bezug von Feuerungsmaterial gebeten wird. Dem Amt erwachsen dadurch unnötige Schreiberereien und den betreffenden Betrieben unter Umständen empfindliche Verzögerungen im Kohlenbezug. Allerdings haben auch die gewerblichen Betriebe bei Bestellungen ihrem Kohlenhändler über Vorrat und Bedarf eine schriftliche Erklärung vorzulegen, ehe ihnen geliefert werden darf; diese Erklärung aber bleibt in der Hand des Händlers als ein für ihn bestimmter Beleg und ist dem Kriegsverorgungsamt nicht einzureichen.

Vielsach bitten die Besteller, das Kriegsverorgungsamt möge ihren Kohlenhändler zu beschleunigter Lieferung veranlassen oder ihnen einen anderen lieferbereiten Händler nachweisen oder gar selbst die Lieferung übernehmen. Das Kriegsverorgungsamt ist leider außerstande, solchen Gesuchen zu entsprechen. Die Zufuhren an die Händler erfolgen nicht durch die Vermittlung des Kriegsverorgungsamts, sondern durch die großen Bechenverbände. Abgesehen davon, sind bestimmte Anweisungen an die einzelnen Händler darüber, wie sie ihre Kundschaft zu beliefern haben, auch schon deshalb unmöglich, weil Lagerbestände bei den Händlern zurzeit meist überhaupt nicht vorhanden sind und, soweit vorhanden, von Tag zu Tag schwanken. Das Amt selbst aber hat zur Verteilung an die Bevölkerung nur das zur Verfügung, was an den öffentlichen Schuten-Verkaufsstellen und den verschiedenen Bahnhöfen im täglichen Kleilverkauf abgegeben wird.

Wegen der zurzeit noch unzureichenden Zufuhren mußten die Bestellungen bei der Prüfung durchweg erheblich ermäßigt werden, damit möglichst viele Besteller wenigstens etwas erhalten. Selbst diese ermäßigten Bestellungen werden die Kohlenhändler vielsach nur nach und nach in kleinen Teilmengen ausführen können.

Es ist zu hoffen, daß neben dem Eintritt dauernd milderer Winters erhöhte Zufuhren aus Westfalen usw., wie sie für Hamburg in Aussicht gestellt sind, eine baldige Besserung der augenblicklichen Notlage herbeiführen.

Wie kann man erfolgreich Kohle sparen?

Von einem Fachmann.

Im Hinblick auf die derzeit herrschende Kohlennot sind einige praktische Winke über eine möglichst sparsame Verwendung der Kohle für Hausbrandzwecke wohl am Platze.

Die Auswertung des Brennstoffes in den Küchenherden und gewöhnlichen Zimmeröfen der Haushaltungen ist selbst bei erstklassigem Baue und bester Instandhaltung leider so ungünstig, daß im Durchschnitte kaum 10% der vom Brennstoff tatsächlich gelieferten Wärme dem angestrebten Zwecke zugutekommen, während die restlichen 90% nutzlos abgeführt werden. Bei der schlechter Instandhaltung nimmt der wirkliche Nutzen noch mehr ab und es ist leicht einzusehen, daß grobe Vernachlässigungen hinsichtlich der Instandhaltung der Küchenherde und Hausbrandöfen diesen Nutzeffekt auf die Hälfte und noch tiefer herabdrücken können, so daß zur Hervorbringung der gleichen Leistung nunmehr die doppelte Brennstoffmenge oder noch mehr erforderlich wird. Hieraus erhellt schon die Wichtigkeit stets tadellosen Zustandes der Küchenherde und Öfen für eine möglichst sparsame Verwendung der Kohle.

Vor allem behindert bei gewöhnlichen, gemauerten Küchenherden das Ansetzen des Rußes an allen von den Feuergasen berührten, eisernen Teilen des Herdes in hohem Maße den Uebergang der nutzbaren Wärme zu den Verbrauchsstellen, d. i. sowohl zu den Herdplatten als auch zu den Backrohren und zum Wasserschiff usw. Zur gründlichen Säuberung dieser Teile vom anhaftenden, meist fettigen Ruß und von der mitgerissenen Flugasche sind die Herdplatten abzuheben und auf der Feuerseite (etwa mit einem stumpfen Bartwisch) gut zu reinigen. Die nun bloßliegenden Züge, sowie die zu Reinigungszwecken angebrachten Puktürchen zwischen den Backrohren, Wasserschiff usw. (je nach Bauart) gestatten nunmehr auch die Außenflächen der Backrohre, des Wasserschiffes usw. in gleicher Weise gründlich abzubürsten. Der hierbei abgeschabte sowie der aus den Feuerzügen abgekehrte Ruß ist durch die Puktürchen möglichst restlos zu entfernen.

Von allergrößter Wichtigkeit und ausschlaggebend für die sparsame Feuerung ist die tadellose Erhaltung der Feuermulde über dem Rost und in diesem Belange wird am meisten gefehlt. Durch eine weite Feuermulde, deren Seitenwände im Verlaufe der Zeit immer mehr abbröckeln, wodurch sich der Feuerraum ständig vergrößert, kann viel Kohle vergeudet werden und doch ist die Instandhaltung dieser wichtigen Herddetails so einfach, daß jedermann diese Arbeit auszuführen imstande ist. Guter, fetter Lehm, Chamottmehl und einige Stücke von Dachziegeln sind leicht zu beschaffen. Mit einem Hammer werden die unebenen, verschlackten Seitenwände der Feuermulde ausgeglichen, so daß die geeignet behauenen Dachziegel links und rechts ein gutes Auflager finden. Der Lehm wird mit Wasser unter Beigabe von etwas Chamottmehl (3—4 Hände voll) zu einer knetbaren Masse angemacht, sodann die Muldenwände unter Benutzung eines Pinsels, einer Bürste u. dgl.

reichlich mit Wasser beneht, damit die Lehmmasse haftet und diese sodann aufgetragen; hierauf werden die vorerst gut genäßten Dachziegelstücke möglichst steilsiehend angelegt und fest aufgedrückt. Die Masse ist so dick aufzutragen, daß die Unterkanten der seitlich aufgebrauchten Dachziegel gerade noch die äußersten Rostspalten freilassen. Sene Muldenwände, über welche die Feuergase hinwegstreichen gegen den Fuchs (je nach Bauart des Herdes verschieden), sind nach reichlicher Auftragung der Lehmmasse nach oben hin gut abzurunden und zu glätten (durch Ueberfahren mit der in Wasser getauchten Hand), damit sich die Flammen gut ausbreiten können und die Herdplatten gleichmäßig bespülen. Sind die Muldenwände nicht zu stark abgebröckelt, so können die Dachziegel entfallen und bloß die Lehmmasse in der nötigen Dike aufgetragen werden.

Schadhafte, namentlich gebrochene Roste und solche mit stark verbogenen Stäben müßten unbedingt ausgetauscht werden, da sie Kohlenverluste infolge Durchfallens von unverbrannten Brennstoffteilen in den Nischfall sowie infolge ungleichmäßiger Verbrennung verursachen.

Zur Haltbarmachung der Feuermuldenwände empfiehlt es sich, sie nach dem Abtrocknen mit einer Wasserglaslösung zu bestreichen.

Die Fugen der nach diesen Arbeiten wieder angelegten Herdplatten sind mit der Lehmmasse zu verschmieren, damit nicht den Zug störende Außenluft durch diese Spalten eingesogen werde. Auch durch löcherige Backrohre und Wasserschiffutter wird Außenluft eingesogen und hiedurch die Verbrennung gestört; man Sorge daher, daß solche Schäden behoben werden.

Das im Vorstehenden über die Schädlichkeit des Rußansetzes Gesagte gilt sinngemäß auch für die eisernen Zimmeröfen; bei den Kachelöfen wirkt der Ruß hauptsächlich deshalb schädlich, weil er den Zug hemmt und dadurch die Verbrennung stört. Bei diesen Öfen wirkt eine zu stark erweiterte Feuermulde ebenfalls sehr ungünstig auf den Brennstoffverbrauch und kann diesem Nebelstande leicht in der gleichen Weise abgeholfen werden, wie dies bei den Küchenherden angegeben wurde.

— Ing. S. —

18. III. 1917

108

Die Kohlennot in Italien.**Halbtagsarbeit in Munitionsbetrieben.**

Zürich, 17. März. Nach aus Italien hieher gelangten Nachrichten sei infolge Kohlenmangels dortselbst eine ganze Reihe von Betrieben, die Munition herstellen, nur noch halbtägig beschäftigt. Die Kohlennot wird immer größer, und ein italienischer Minister soll geäußert haben, daß die Lage für Italien unhaltbar werden würde. Auch in regierungsfreundlichen Kreisen gewinnt die Ansicht Raum, daß Italien durch den Krieg nichts mehr zu gewinnen, durch die Fortsetzung dagegen noch viel zu verlieren habe. Seit dem Einsetzen des uneingeschränkten Unterseeboottkrieges im Mittelmeer machen sich die gegen die Fortsetzung des Krieges sprech-

den Symptome in verstärktem Maße fühlbar, und die Stimmung in Italien, besonders in Geschäftskreisen, sei äußerst gedrückt und die Kriegsmüdigkeit allgemein.

21. III. 1917

109

Keine Kokslieferung nach auswärts.

Die in Wien noch immer bestehende große Brennstoffnot verbietet, daß Koks aus den städtischen Gaswerken nach auswärts abgegeben wird. Fuhrwerke auswärtiger Bezieger können daher in den Werken keinen Koks erhalten. Darauf wird insbesondere zur Vermeidung zweckloser Ausgaben für Fuhrwerk aufmerksam gemacht.

21. ~~11~~ 1917**Unsere Kohlenversorgung.**

† Die Witterung ist immer noch nicht so milde, um alle durch die Kälte geschaffenen Hindernisse zu beseitigen. Immerhin hat die Kohlenversorgung Hamburgs doch schon die größten Schwierigkeiten hinter sich, ist es doch möglich, täglich 600 Tonnen Kohlen zu verteilen, und zwar in Mengen von 50 Litern. Man rechnet, daß man wöchentlich jetzt 120 000 Haushaltungen mit dieser Menge Kohlen versorgt, die allerdings nicht ausreichend ist, aber unter den jetzigen Verhältnissen eine Höchstleistung darstellt. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß mit den nach Hamburg kommenden Kohlen zunächst die Kriegsindustrie, sei sie welcher Art sie wolle, versorgt werden muß.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß sich die über die ganze Stadt verteilten Bezirksstellen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes besonders bei der Zuweisung der Kohlenzettel sehr bewährt haben. Diese Zettel, die genau die Stunde angeben, wann die Kohlen geholt werden können und auch nur nach Maßgabe der vorhandenen Kohlenmenge verteilt werden, haben mit einem Schlage das Stehenbleiben an den Kohlenverkaufsstellen verschwinden lassen. Kommt es einmal vor, daß jemand auf seinen Zettel an dem Tag, für den er ausgeholt ist, keine Kohlen bekommt, so erhält er sofort einen Vorzugszettel (oder wie man diese Zettel zur Beruhigung der über die unnützlich verstandene Zeit erregten Gemüter u. a. mit Beschwichtigungszettel), auf den man am andern Tage ohne jegliches Warten sofort abgefertigt wird. Also auch hier geschieht, was möglich ist. In besonderen Fällen wird auch ein Zettel mehr abgegeben, die Bezirksstellen haben Anweisung, jeden Einzelfall mit größtem Wohlwollen zu prüfen.

Ein gemeinsamer Kohlenausschuß.

Zur Regelung der deutschen Kohleneinfuhr in die Monarchie.

Im Kriegsministerium wurde eine gemeinsame Stelle geschaffen, der die Regelung des Kohlenverkehrs zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland obliegen wird.

Die Hauptaufgabe dieses neuen gemeinsamen Kohlenausschusses wird es sein, im unmittelbaren Verkehr mit der deutschen Kohlenausgleichsstelle in Berlin die Einfuhr deutscher Kohle nach der Monarchie zu regeln und für eine Verteilung der Kohle entsprechend dem Dringlichkeitsgrade zu sorgen.

Zum Präses des gemeinsamen Kohlenausschusses wurde der Generalmajor Josef Pacor von Karstenfels und Seghalja ernannt, der zugleich auch als Vorstand der neuen Abteilung XVII des Kriegsministeriums fungieren wird. Dem gemeinsamen Kohlenausschuß werden weiter angehören: Vertreter des Armeesoberkommandos, des Kriegsministeriums, der Marineektion, der Zentraltransportleitung, des Ministeriums des Meubers, des gemeinsamen Finanzministeriums sowie die Vertreter der österreichischen und ungarischen Regierung.

Angehörige des gemeinsamen Kohlenausschusses werden sich morgen nach Berlin begeben, um dort in der Kohlenfrage Verhandlungen zu führen.

Unverminderte Kohlenachfrage.

Die Kohlenabgabe auf den städtischen Lagerplätzen.

Der Eintritt der wärmeren Witterung hat wider Erwarten keine Verminderung in der allgemeinen Kohlenachfrage mit sich gebracht, vielmehr läßt sich seit einiger Zeit konstatieren, daß weite Kreise der Wiener Bevölkerung Anstalten treffen, schon jetzt mit der Anlage von Kohlenvorräten für den Herbst zu beginnen. Es liegen aber nicht nur dem Wiener Kohlen-großhandel jetzt bereits Aufträge auf ganze Fuhrten in außerordentlich großer Zahl vor, Aufträge, deren Ausführung sich nach dem gegenwärtigen Stande kaum vor Juli und August durchführen lassen wird, sondern die gleiche Erscheinung, steigende Nachfrage nach Kohle, ist auch auf sämtlichen Kohlenlagerplätzen der Gemeinde Wien wahrzunehmen.

Nach dem offiziellen Ausweis vom 20. d. wurden an diesem Tage in kleinen Partien zu je 12½ bis 100 Kilogramm Kohle an selbst abholende Parteien ausgegeben: Westbahnhof 39 Waggons an 6650 Parteien, Matzleinsdorf 33 Waggons an 5206 Parteien, Nordwestbahnhof 12½ Waggons an 3249 Parteien, Ottakring 17 Waggons an 7572 Parteien, Engerthstraße 10 Waggons an 2313 Parteien, Nordbahnhof 30 Waggons an 4180 Parteien, Meidling 7 Waggons an 5000 Parteien, Floridsdorf 4 Waggons an 3211 Parteien, Michelbeuern 5 Waggons an mehr als 4000 Parteien (zu je 12½ Kilogramm), Aspernbahn 6½ Waggons an 5900 Parteien (zu je 12½ Kilogramm) und Franz Josefbahnhof 3½ Waggons an rund 3000 Parteien. Auch in den Tagen der strengsten Kälte waren nicht mehr als durchschnittlich 180 Waggons Kohle im Kleinverschleiß an abholende Parteien abgegeben worden. Da nach dem oben wiedergegebenen Ausweise am 20. d. 167½ Waggons Kohle im Kleinverschleiß abgesetzt wurden, der tägliche Bedarf an Hausbrandkohle aber inzwischen stark gesunken ist, tritt klar in Erscheinung, daß auch die breiten Schichten der unbemittelten Bevölkerung frühzeitig mit der Vorratanlegung beginnen.

Die heimische Kohlenförderung.

Wie uns aus führenden Bergbaukreisen mitgeteilt wird, hält sich die heimische Kohlenförderung nach wie vor auf ziemlich befriedigender Höhe, wenn auch, wie zu erwarten stand, die Förderungsmengen im Monat Februar gegenüber Januar einen Rückgang aufzuweisen haben. So ist die Kohlenförderung in den böhmischen Revieren im Februar um rund 4 Millionen Meterzentner, im Ostrau-Karwiner Revier um rund 1½ Millionen Meterzentner gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Dieser Rückgang erklärt sich zum großen Teil aus dem Umstand, daß die Bergbauverwaltungen seit letzter Zeit vielfach davon Abstand nehmen, Kriegsgefangene im Bergbau als Hilfskräfte zu verwenden, um Approvisionierungsschwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Die Transportverhältnisse auf den Bahnen.

In den Transportverhältnissen auf den Bahnen ist in den letzten Wochen eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen. Die für Wien bestimmten Kohlenlieferungen werden von der Nordbahn ohne Verspätung angerollt. Durchaus kläglose Verhältnisse herrschen derzeit auch auf der für den Abtransport der Ostrau-Karwiner Kohle überaus wichtigen Montanbahn. Die angeforderte Wagenanzahl kann nicht nur fast vollständig und pünktlich den einzelnen Gruben zur Verfügung gestellt werden, sondern es ist wiederholt bereits der Fall eingetreten, daß angeforderte Wagen wieder abbestellt wurden.

Die Versorgung der Zuckerindustrie mit Kohle.

Die für die Zuckerindustrie augenblicklich dringende Frage, mit der sich Regierung, Zuckerzentrale und Zentralverein seit vielen Wochen eingehend beschäftigen, ist die Versorgung dieser Industrie mit Kohle. Namentlich ist von größter Dringlichkeit, daß der für die Raffination bestimmte Rohzucker noch in dieser Betriebsjahre auf Verbrauchszucker umgearbeitet werden kann, weil mit den heutigen Beständen an Raffinadezucker über den Sommer unumgänglich das Auslangen gefunden werden kann, die Abgabe von Rohzucker an den Verbrauch aber, wie auch die Erfahrungen im Deutschen Reich zeigen, ein überaus bedenklicher Schritt ist, auch die Heeresverwaltung Rohzucker statt weißer Ware nicht brauchen kann und schließlich die bei der Raffination abfallende Melasse für die Gewinnung von Spiritus und Potatofche dringend benötigt wird.

Da immer neue Raffinerieunternehmungen genötigt sind, ihren Kampagnebetrieb vorübergehend oder dauernd einzustellen, und andere nur mühselig die Fabrik in Gang halten, drängt, so schreibt die „Wochenschrift des Zentralvereines für Rübenzucker-Industrie“, die Frage zu einer Entscheidung, und das Amt für Volksernährung veranstaltete daher am 15. d. eine interministerielle Besprechung, an der alle in Betracht kommenden Ministerien vertreten waren und zu der auch die beteiligten Kriegszentralen gezogen wurden. Vom Kriegsministerium waren im besonderen Vertreter aller mit den einschlägigen Fragen besetzten Abteilungen erschienen. Das Ergebnis der Beratungen darf insoweit als ein günstiges bezeichnet werden, als nun doch einige Hoffnung auf ausreichende Erzeugung von Raffinadezucker besteht.

Allerdings muß noch über die Bedingungen für den Kohlenzuschuß und über dessen Umfang entschieden werden, so daß bisher weder von den Regierungsstellen, noch von der Zuckerzentrale bestimmte Maßnahmen ergriffen werden konnten. Da die Angelegenheit aber ebenso wichtig wie dringlich ist, wird hoffentlich doch eine Lösung gefunden werden, die, mag sie auch nicht alle befriedigen, doch immerhin einem drückenden Mangel an Verbrauchszucker in den letzten Kampagnemonaten vorbeugt.

Der Leiter des Volksernährungsamtes Minister Generalmajor Höfer, der sich lebhaft für die Deckung des Kohlenbedarfes der Zuckerindustrie interessiert, empfing übrigens am 17. d. zwei Geschäftsführer der Zuckerzentrale, Generaldirektor v. Kniep und Generalsekretär Dr. Mitsch, in Audienz, wobei auch der Referent des Amtes für Volksernährung Ministerialsekretär Dr. Mazancé zugegen war; der Zuckerzentrale war somit Gelegenheit geboten, im persönlichen Verkehr mit dem Minister ihren Standpunkt klarzulegen.

[Triaitaler Kohlenwerksgesellschaft.] Der Verwaltungsrat der Triaitaler Kohlenwerksgesellschaft hat in seiner heutigen Sitzung den Rechnungsabschluss für das Jahr 1916 genehmigt und wird in der für den 11. April d. J. einberufenen Generalversammlung den Antrag stellen, eine Dividende von 6 Prozent, das ist 12 K. per Aktie (pro 1915 wurde eine Dividende von 10 K. bezahlt), zur Ausschüttung zu bringen und den Betrag von 183.277 K. (im Vorjahre 114.594 K.) auf neue Rechnung vorzutragen. Das Gewinn- und Verlustkonto schließt mit einem um 813.992 K. höheren Betrage; dieses Mehrerträgnis ist auf den gesteigerten Absatz und insbesondere darauf zurückzuführen, daß seit dem Jahre 1912 bestandene, unter den geänderten Produktionsverhältnissen sehr onerose Lieferungschlüsse mit Ende 1915 abgelassen waren und zu wesentlich geänderten Bedingungen erneuert wurden. Der Verwaltungsrat wird der Generalversammlung auch den Antrag unterbreiten, das derzeitige Aktienkapital von 19.6 Millionen Kronen durch Ausgabe von 22.000 Stück Aktien zu 200 K. Nominale auf 24 Millionen Kronen zu erhöhen und den Aktionären auf den größeren Teil dieser Aktien das Bezugsrecht einzuräumen. Diese Kapitalvermehrung soll dazu dienen, die Kohlenproduktion der Gesellschaft entsprechend dem gesteigerten Bedarfe wesentlich zu erhöhen, und zwar einerseits durch Ausgestaltung der bestehenden Betriebe und andererseits durch Errichtung eines dem dort vorhandenen sehr bedeutenden Kohlenvermögen entsprechenden Bergbaues von Reichenstein in Steiermark.

Das Gewinn- und Verlustkonto weist im Vergleich mit dem Vorjahre folgende Veränderungen auf:

Einnahmen: Gewinnvortrag vom Jahre 1915 114.592 (- 48.073) K., Bruttonutzen 7.459.858 (+ 2.377.113) K., zusammen 7.574.453 (+ 2.329.040) K.

Ausgaben: Speisen und Gehalte 742.589 (+ 148.678) K., Zinsen und Speisen der Prioritätsanleihe 819.539 (- 19.858) K., Bankprovisionen und Eskomptzinsen 172.975 (+ 44.100) K., Beiträge an den gesellschaftlichen Pensionsfonds sowie für Arbeiter-Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung 776.189 (+ 121.412) K., Steuern und diverse Abgaben 872.127 (+ 76.622) K., Abschreibungen 1.786.726 (+ 910.394) K., Dotierung der Steuerreserve 233.667 (+ 233.667) K., Reingewinn inklusive Vortrag 2.170.691 (+ 813.992) K., zusammen 7.574.453 (+ 2.429.045) K.

Die Bilanz per 31. Dezember 1916 weist die folgenden Biffern auf:

Aktiven: Montanbesitz 15.258.966 (- 378.925) K., Grund- und Waldbesitz 1.110.050 K. (unverändert), Hochbauten 1.708.031 (- 98.896) K., Maschinenanlagen 2.972.981 (- 330.331) K., Bergwerksanlagen 16.632.511 (- 1.364.495) K., Industrien: Zement-

fabrik 6.41.224 (- 71.248) K., Glashütte 17.336 (- 1926) K., Säge 15.016 (- 1868) K., zusammen 673.586 (- 74.843) K., Inventar 156.754 (- 8250) K., Vorräte: Kohle 444.873 (- 413.604) Kronen, Produkte der Zementfabrik 1903 (- 41.204) K., Produkte der Glashütte - (- 21.009) K., diverse Betriebsmaterialien 2.941.030 (+ 458.055) K., zusammen 3.387.806 (- 17.755) K., eigene Effekten 2.124.981 (+ 774.677) K., Depots 196.601 (+ 55.032) K., Kursdifferenz auf die 4prozentigen verlosbaren Goldanleihen 1.774.569 (- 42.297) K., Pensionsfondseffekten und Hypothekarforderungen 2.753.970 (+ 396.211) K., Staffabende 500.248 (+ 52.274) K., Plinzeien - (- 62.600) K., Debitoren 4.275.035 (+ 1.231.165) K., Kationen 203.474 (+ 93.348) K., Summe der Aktiven 53.729.615 (+ 263.922) K.

Passiven: Aktienkapital 19.600.000 K. (unverändert), 4prozentige verlosbare Goldanleihe Emission 1889 6.762.056 (- 253.232) K., 4prozentige verlosbare Goldanleihe Emission 1893 2.489.956 (- 69.972) K., 4prozentige verlosbare Prioritätsanleihe Emission 1907 8.087.952 (- 107.576) K., Reservefonds 3.007.668 (+ 33.332) K., Spezialreserve für den Obligationendienst der Goldanleihe 800.000 (+ 200.000) K., Steuerreserve 300.000 (+ 233.667) Kronen, Wertverminderungsabschreibungen für die Bergwerksanlagen 593.990 K. (unverändert), nicht eingelöste verloschte Obligationen und Coupons 1.691.379 (+ 648.952) K., nicht konvertierter Rest der 4prozentigen Anleihe Emission 1883 12.800 (- 8800) K., Zinsen der Anleihen pro rata bis 31. Dezember 1916 60.285 (- 880) K., nicht eingelöste Dividendencoupons 736.900 (+ 353.296) Kronen, Löhne per Dezember 352.165 (- 39.328) K., Beamtenpensionsfonds 2.753.970 (+ 396.211) K., Kaiserjubiläumstiftung für Witwen nach gesellschaftlichen Arbeitern 29.361 (+ 1140) K., Kreditoren 2.666.866 (- 2.003.071) K., transitorische Kreditoren 880.170 (+ 45.955) K., Kationen 124.404 (+ 20.336) K., Reingewinn 2.170.691 (+ 813.992) K., Summe der Passiven 53.729.615 (+ 263.922) K.

23. III. 1917

MS

Neue Grubenfelder. Aus Prag wird uns be-
richtet: Der Gewerkschaft Brüder Kohlenwerke wurden
von der Berghauptmannschaft Prag die Ueberschar I-f
zum Grubenfelde Karl Borromäus und die Ueberschar II-c
zum Grubenfelde Werner II, der Braunkohlegewerk-
schaft Elsa die Ueberscharen I-a, I-b, I-e zum
Grubenfelde Elsa II, I-d und I-e zum Grubenfelde Elsa I
und II-a, und II-b zum Grubenfelde Concordia I-VII
verliehen. Die genannten Ueberscharen liegen im Komotauer
Bezirk. — Die Ignazzeche bei Hostomitz wird einen neuen
Tagbau und einen Tiefbau in den Grubenmäßen Stephanie und
Emma eröffnen. Das Fördergut wird sowohl aus dem Tagbau
als auch aus dem Tiefbau mittels einer unterirdischen Seilbahn
zur Separation gebracht werden. Die genannte Zeche ist Eigen-
tum der Böhmisches Duxer Kohlegesellschaft G. m. b. H.

25. III. 1917

= Sparsamkeit im Kohlenverbrauch! Die Versorgung unserer Stadt mit Kohlen und Holz ist, entgegen allen hoffnungsreichen Mitteilungen von nicht unterrichteter Seite, gegenwärtig so wie immer als je zuvor. Die eisernen Lagerbestände sind verbraucht, die Zufuhren mit der Eisenbahn und auf dem Wasser unbedeutend. Auch in dieser Woche ist nur geringe Erleichterung zu erwarten. Zunächst ist aus den eintreffenden Mengen die Versorgung der notwendigen Kriegsbetriebe vorzunehmen. Die Heizung der Lazarette und Krankenhäuser wird in der Hauptsache durch die tägliche Gasloksproduktion gedeckt. Weiter sind vor allem Frühgemüse zucht und die sonstigen für die Volksernährung notwendigen Lebensmittelbetriebe zu versorgen. Wenn daher in den nächsten Tagen Privathaushalte, insbesondere Häuser mit Zentralheizungen Mangel an Brennstoffen haben werden, so darf man wohl von der Einsicht und der vaterländischen Gesinnung unserer Bürgerschaft erwarten, daß sie auch auf diesem Gebiet aushält. Natürlich wird mit allen Mitteln versucht, möglichst kurze Entlassung jedem Einzelnen aufzuerlegen. Deshalb ist strengste Befolgung der Heizvorschriften notwendig. Stätten des Vergnügens muß jede Zuteilung von Heizstoffen versagt werden, solange nicht die Privaten und Geschäfte versorgt sind. Diese augenblickliche Knappheit ist jedoch keineswegs durch einen Mangel an Kohlen und Bechenloks bedingt. Diese Brennstoffe sind in reichlicher Menge an den Becken vorhanden. Lediglich Transport Schwierigkeiten, die die lange Kälteperiode durch Ausfaltung der Schifffahrt hervorgerufen hat, und namentlich der neuerdings aufgetretene Frost haben den Mangel an Heizmaterial verursacht. Insbesondere trägt dazu der Umstand bei, daß infolge geringeren Gasverbrauchs bei zunehmender Tageshelle auch die Gasloksproduktion wesentlich abnimmt. Dabei ist der Bedarf an Gasloks infolge der vielen Zentralheizungen so stark, daß er auch in Zeiten größter Produktion durch unsere Gaswerke nicht gedeckt werden kann.

26. III. 1917

26
M

**Aus den diplomatischen Verhandlungen
über die Kohlenversorgung**

Man schreibt uns: Einige Blätter haben aus dem sechsten Neutralitätsbericht des Bundesrates eine Stelle aufgegriffen, die ihnen im Widerspruch zu stehen scheint zu dem Abkommen mit Deutschland vom September 1916. Die Stelle lautet:

„Was insbesondere die Nichtverwendbarkeit deutscher Brennstoffe für die Erstellung von Waffen, Munition und Sprengstoffen zueinander der Länder der Entente anbelangt, so ist hierin niemals etwas Unbilliges erblickt worden. Wir betonen dabei mit Rücksicht auf die in der Kollektivnote gemachte beiläufige Bemerkung, daß der Bundesrat von der deutschen Regierung niemals eine Zusicherung für Kohlenlieferungen, geschweige denn für vorbehaltlose Kohlenlieferungen erhalten hat, sondern lediglich eine Zusicherung unbehinderter Kohlentransporte.“

Diese Stelle, wird gesagt, stehe in Widerspruch zu Paragraph 2 des schweizerisch-deutschen Abkommens vom September 1916, wo „die von Deutschland zu liefernde Kohlenmenge“ auf 253,000 Tonnen monatlich festgesetzt ist.

Es darf nun nicht übersehen werden, daß die zitierte Stelle der Antwortnote des Bundesrates auf die Kollektivnote der Entente vom 7. November 1916 entnommen ist und die Antwort bildet auf folgende Bemerkung der Entente-Note:

„Mit Bezug auf die Kohlen waren, die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens zu der Annahme berechtigt, daß die Uebereinkünfte, laut denen die Schweiz während der Kriegsdauer fortfahren konnte, durch Vermittlung der Entente-Staaten mit Getreide und durch Vermittlung Deutschlands mit Kohlen versorgt zu werden, von allen Kompensationen oder sonstigen Kriegsmahregeln unabhängig bleiben würden.“

Diese Bemerkung in der Entente-Note bezieht sich auf die vor dem Kriege, im Frühling 1914, mit Frankreich (in bezug auf Getreidetransporte) und mit Deutschland (in bezug auf Kohlentransporte) getroffenen Verständigungen. Demgemäß bezieht sich auch die in der zitierten Stelle enthaltene Antwort des Bundesrates lediglich auf die von Deutschland vor dem Kriege gegebenen Zusicherungen, nicht aber auf das Abkommen vom September 1916 über den Warenaustausch. Wenn dieses Abkommen in Paragraph 2 bestimmt: „Die von Deutschland zu liefernde Kohlenmenge wird 253,000 Tonnen monatlich betragen,“ so ist damit im Unterschied von der vor dem Kriege getroffenen Verständigung unzweideutig eine Lieferungs-pflicht Deutschlands festgestellt.

Vollbetrieb der ungarischen Kohlengruben.

Budapest, 26. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Zur Zeit des rumänischen Einbruchs nach Ungarn hat auch das wertvollste Kohlengebiet Ungarns, das Szittal, sehr gelitten, so daß eine Reihe von Kohlenbergwerken monatelang ihren Betrieb eingestellt halten mußten. Seither gelang es aber, die von den Rumänen angerichteten Verheerungen wieder gut zu machen und nun können die Bergwerke wieder fast die normale Menge fördern. Die Niederlagen der Salgo Tarjaner Unternehmung liefern täglich 220 Waggons, die Werke der Gesellschaft Afrika und Szittaler Kohlenwerke täglich 120 Waggons, die ärarischen Bergwerke täglich 60 Waggons. Auch die Eisenbahnlinien sind bereits wieder hergestellt, so daß der Transport in normaler Weise vor sich geht.

Der Ankauf eines Kohlenbergwerks von Berlin beschlossen.

In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde, dem Antrage des Magistrats entsprechend, beschlossen, die Kugel der Kohlenfelder der Gewerkschaft Röchling (in der Nähe von Hamm) für die Stadt Berlin anzukaufen. Ueber den in der Presse mehrfach erwähnten Ankauf von Kugeln der Bergwerksgesellschaft Trier ist der Stadtverordneten-Versammlung bisher eine Vorlage des Magistrats nicht zugegangen. Es wurde aus der Versammlung bemerkt, daß bei der Zustimmung zu dem Ankauf Röchlings gegenüber anderen Projekten die volle Freiheit der Entscheidung sowohl hinsichtlich des Erwerbes selbst als auch hinsichtlich der Preisfrage vorbehalten werde.

Stadtverordneten-Versammlung.

= Frankfurt, 28. März.

Den Vorsitz in der gestrigen Versammlung führte Stadtv. Dr. Friedleben. Eine Vorlage des Magistrats fordert 50 000 Mark zur Errichtung eines

Amtes für Kohlenversorgung.

Stadtv. Fleischer (nl.) glaubt nicht, daß durch die Schaffung eines neuen Amtes zu den vielen bereits bestehenden eine wirkliche Vesserung in der Kohlenversorgung herbeigeführt werden kann. Die Bevölkerung einschließlich der breiten Masse wünscht die baldige Wiederherstellung eines freien Marktes.

Stadtv. Sopp (Soz.) bezeichnet den bisherigen Zustand in der Versorgung der städtischen Bevölkerung und Betriebe als unakzeptabel. Bedenklich sei vor allem die Belieferung der Bäckereien die von der Hand in den Mund lebten. Sie erhalten täglich 50 bis 60 Pfund Kohlen und müßten am Abend nicht, ob sie am nächsten Tag noch weiter backen können. Es müsse doch erwogen werden, ob den größeren Betrieben nicht die wagonweise Lieferung von Kohlen zugebilligt werden könne.

Stadtv. Wedel (Sp.) bemängelt, daß der Vorlage keine Begründung vom Magistrat beigegeben sei.

Stadtv. Dr. Hiller erklärt, daß es sich nicht um die Errichtung einer neuen Stelle handle, sondern lediglich um die Bewilligung der Mittel, die bisher für Zwecke der städtischen Kohlenverteilung ausbezahlt wurden und noch weiter aufzuwenden seien. Die Verteilungsstelle beschäftige gegenwärtig bereits 70 Personen. Von sämtlichen Kohlen die nach Frankfurt kommen, werden 60 Prozent den Betrieben, die mit Direktlieferungen beschäftigt sind, zugewiesen, die restlichen 40 Prozent werden der Bevölkerung und den städtischen Betrieben zugeteilt, ein Verteilungsmodus, der sich bisher bewährt habe. Durch die Frostverheerungen der vergangenen Wochen seien abermals erhebliche Störungen in der Schiffszufuhr entstanden. Bedauerlich sei gewesen, daß diese neuerliche Störung zeitlich mit dem Zuendegehen der städtischen Reserven zusammengefallen sei. Für die nächste Zukunft seien reichliche Zufuhren absehbar, jedoch man mit einem baldigen Ende aller Nöten rechnen könne.

Stadtv. Windemald (Sp.) ersucht den Magistrat, Vorsorge zu treffen, daß sich bei der Versorgung für den nächsten Winter die bisherigen Mißstände nicht wiederholen, daß insbesondere bei dem zu erwartenden Wettrennen nach Kohlen die Minderbemittelten nicht zu kurz kommen.

Die Vorlage wird dem Finanzausschuß überwiesen. Es folgt die Beratung des städtischen

Ausgleichstellen für Kohlen.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat auf Grund der Bekanntmachung des Reichslanzlers vom 28. Februar 1917 Kohlenausgleichstellen in Essen, Mannheim, Halle, Zwickau und Rattow errichtet. Diese Stellen werden am 1. April d. J. ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Kohlenausgleichstellen haben die Beschwerden über unzureichende Lieferungen der Produktionsstellen und ihre Berechtigung hin zu untersuchen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen. Sie übernehmen damit einen Teil der Aufgaben, die bisher dem Kohlenausgleich in Berlin obgelegen haben. Es kann erwartet werden, daß durch diese Geschäftsübertragung eine schnellere Bearbeitung der Beschwerden ermöglicht wird, als es bei der Ueberfülle solcher Eingänge bei dem Kohlenausgleich in Berlin infolge Mangels an Personal möglich war. Die örtliche Lage der neuen Kohlenausgleichstellen zu dem für sie in Frage kommenden Beschaffungsgebiet wird außerdem die erforderlichen Prüfungen und die Ueberwachung der Ausführung der gegebenen Anordnungen wirksam unterstützen.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Kohlenausgleichstellen sich bei Erfüllung ihrer Aufgaben nach Möglichkeit der bestehenden Handelsverbindungen bedienen werden. Den Verbrauchern muß daher dringend empfohlen werden, nur wenn ihre bisherigen Lieferanten versagen, an die Kohlenausgleichstellen heranzutreten.

Kohle, Briketts, Koks.**Erhebungen zur Verbesserung der Versorgungs-
verhältnisse.**

Das heute zur Ausgabe gelangende Reichs-
gesetzblatt enthält eine Verordnung des Arbeits-
ministeriums im Einvernehmen mit den beteiligten
Ministerien zur Regelung des Verkehrs mit Kohle,
Briketts und Koks.

Diese Verordnung soll, wie amtlich mitgeteilt
wird, die Grundlage zur Durchführung von
Erhebungen bieten, welche zur Anordnung der vom
Arbeitsministerium in Aussicht genommenen
weiteren Maßnahmen im Interesse der Verbesserung
der Verhältnisse auf dem Gebiet der Kohlen-
versorgung notwendig sind. Die Erhebungen sollen
je nach Bedarf vorgenommen werden und jene
Zweige des Wirtschaftslebens umfassen, die sich mit
der Gewinnung, der Verwahrung, dem Handel und
dem Verbrauch von Kohle, Briketts und Koks
befassen.

Für die nächste Zeit ist vom Arbeitsministerium
gemäß den Ergebnissen der am 9. und 10. März
dieses Jahres bei ihm abgehaltenen Beratung die
Durchführung einer Verbrauchserhebung geplant.
Die Einleitungen zur Vornahme dieser Erhebung
sind bereits abgeschlossen, so daß mit ihr demnächst
begonnen werden kann.

Der galizische Kohlenbergbau.

Große Erwerbungen durch den Landesauschuß.

Das Land Galizien hat soeben eine bedeutende Transaktion durchgeführt. Die ausgedehnten Kohlenreviere der Westdeutschen Thomas-Phosphorwerke sind vom galizischen Landesauschuß käuflich erworben worden. Das Revier beträgt 770 Quadratkilometer, was ungefähr ein Drittel des galizischen Kohlengebietes ausmacht; es liegt zwischen Biala und Oswiecim im Westen, Skawina im Osten, Chrzanow im Norden und Wadowice im Süden.

Die Lage des Kohlenterrains ist als sehr gut zu bezeichnen. Als Verkehrsmittel ist zunächst die Weichsel zu nennen, die, als natürlicher Schifffahrtweg, teils mitten durch das Kohlengebiet zieht, teils seine nördliche Grenze bildet. Im Süden kommt die Eisenbahn Oswiecim—Skawina in Betracht, während vom Norden und dem Süden das Kohlengebiet durch die Bahn Trzebnica—Skawce durchschnitten wird. Außerdem stehen in nächster Verbindung mit dem Revier die Linie Bielitz—Dziwisz sowie das Netz der Nordbahn. Die bei der Beförderung eines Massenartikels, wie es die Kohle ist, besonders wichtige Transportfrage ist somit glücklich gelöst; es können vorweg nennenswerte Investitionen ins Auge gefaßt werden.

Bisher wurden auf diesem Gebiet 44 Tiefbohrungen durchgeführt, die vielfach bis zu 1000 Meter und noch tiefer reichen. Die vorhandenen Kohlenmengen werden auf 4600 Millionen Tonnen geschätzt, wobei die unter 1000 Meter Tiefe befindlichen Vorräte sowie alle Klöße von einer geringeren Dichtigkeit als einem Meter nicht berücksichtigt wurden. Die Beschaffenheit der aus diesem Revier herrührenden Kohle ist ausgezeichnet, wenn auch nicht überall gleichmäßig. Der Heizwert bewegt sich zwischen 5500 und 6200 Kalorien und erreicht in manchen Schächten sogar 7000 Kalorien. Die Kohle wird im großen und ganzen den oberösterreichischen Import vollkommen ersetzen und Galizien in bezug auf seinen Kohlenbedarf selbst unter Berücksichtigung dessen, daß sich seine Industrie nach dem Krieg erheblich erweitern dürfte, ganz unabhängig machen können. Es wird in den Fachkreisen Galiziens sogar angenommen, daß späterhin auch ein nicht unbedeutender Kohlenexport wird stattfinden können.

Die Erwerbung des in Rede stehenden Kohlenreviers sollte ursprünglich auf Rechnung des Staates vor sich gehen. Späterhin ist jedoch, im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Sonderstellung Galiziens, der Eigentumserwerb durch das Land ins Auge gefaßt worden. Der Kaufbetrag — dessen Höhe vorläufig nicht genannt wird — wird derzeit nur mit 20 Prozent erlegt, und zwar in pupillarsicheren galizischen Papieren; die Restzahlung wird erst in fünf Jahren vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erfolgen. Da der Bau neuer Schächte sofort vor sich gehen soll, so wird das Land in der Lage sein, einen großen Teil der Zahlungen aus den Einnahmen zu bestreiten, die sich aus dem Verkauf der zur Förderung gelangenden Kohle ergeben werden. Die Exploitation wird der Landesauschuß einem Konsortium übertragen, das die galizische Landeshank und die galizische Industriebank bilden werden. Der erste Doppelschacht soll in Spytkowice zur Eröffnung gelangen; der Bau wird ungefähr vier Jahre in Anspruch nehmen. Die Produktion dieses Doppelschachtes dürfte sich auf 50.000 Wagen jährlich belaufen. Gleichzeitig soll auch an den Bau von vier anderen Doppelschächten geschritten werden, so daß nach einer halben Million Wagen jährlich erwartet wird. An der Durchführung der finanziellen Verhandlungen waren Direktor Dr. Stezkowski von der galizischen Landeshank und Reichsratsabgeordneter Jaranski hervorragend beteiligt. Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß im Hinblick auf diese Erweiterung des galizischen Bergbaues von Vertretern des Landes die Errichtung einer polnischen Bergakademie gefordert wird.

(Der Gemeinsame Kohlenauschuß für den Auslandsverkehr.) Am 2. d. hat, wie von uns bereits berichtet wurde und wie nun heute auch amtlich verlautbart wird, die konstituierende Sitzung der zur Regelung des Kohlenverkehrs zwischen dem Auslande, insbesondere zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, im Kriegsministerium errichteten Zentralstelle stattgefunden. Sie führt den Namen „Gemeinsamer Kohlenauschuß im k. u. k. Kriegsministerium“ und steht unter der Leitung des vom Kaiser hierzu ernannten Generalmajors Josef B a c o r v. Kastenfels und Szapalja. Der Sitz des Ausschusses ist in Wien, 2. Bezirk, Große Mohrengasse Nr. 3. Ständige Mitglieder des Ausschusses sind Vertreter des Armeeeberkommandos, des Kriegsministeriums, des Kriegsministeriums-Marineektion, der Zentraltransportleitung, des Ministeriums des Innern, des Gemeinsamen Finanzministeriums, des Eisenbahnministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Handelsministeriums, des ungarischen Handelsministers und des ungarischen Finanzministers. Im Bedarfsfalle können auch andere Fachleute zur Beratung herangezogen werden. In den Wirkungskreis des Ausschusses fallen alle Angelegenheiten, die sich auf den Kohlen- (Brikett-, Koks- und Torf-) Verkehr zwischen Deutschland und dem übrigen Ausland einerseits und Oesterreich-Ungarn andererseits beziehen, ferner die Erteilung von Informationen und die Erstattung von Vorschlägen an die beiden Regierungen. In diesem Rahmen obliegt dem Auschuß insbesondere die ausschließliche Vertretung der Interessen Oesterreich-Ungarns im unmittelbaren Verkehr mit dem Reichskommissär für Kohlenverteilung in Berlin und die Führung aller Verhandlungen mit ihm, die Sicherstellung der Einfuhr ausreichender Kohlenmengen sowie die Regelung des Zuschubes der für jeden der beiden Staaten der Monarchie einzuführenden Kohlenmengen. In seinen Wirkungskreis fällt ferner die Behandlung der im Wege der zustehenden Kohlenkommissionen einlangenden Parteieingaben, die sich auf den Kohlenbezug aus Deutschland beziehen. Daher sind alle derlei Eingaben in Oesterreich bei der Kohlenverjorgungskommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten (Wien, 9. Bezirk, Liechtensteinstraße Nr. 46a), in Ungarn bei der Landeskohlenkommission (Budapest IV., Szis-Löz Nr. 3) einzubringen. Die Beschlüsse des Gemeinsamen Kohlenauschusses führt die Abteilung 17 des Kriegsministeriums durch; ihr Vorstand ist zugleich Präses des Gemeinsamen Kohlenauschusses.

V(Verkauf von Kohlenfeldern des Deutsch-österreichischen Kohlenbergbauvereins an eine holländische Gruppe.) Aus Berlin wird telegraphiert: Der Deutsch-österreichische Kohlenbergbauverein, an dem mit 55 Prozent die Gruppe des Westböhmischen Bergbauvereins in Wien, mit 25 Prozent die Dresdener Bank und mit 20 Prozent der Schaaffhausenische Bankverein beteiligt ist, hat die aus früherem Besitz der Internationalen Bohrergesellschaft erworbenen 26 Kohlenfelder zwischen dem Niederrhein und der holländischen Grenze sowie den Mitbesitz von 15 weiteren Feldern, die gleichfalls von der Internationalen Bohrergesellschaft stammen, an eine holländische Gruppe verkauft, die zur Ausbeutung des bisher noch nicht aufgeschlossenen großen Kohlenkomplexes eine neue Aktiengesellschaft bilden wird.

15. / IV. 1917.

M6

Die geplante Einschränkung der Gasabgabe für Koch- und Heizwecke.

Wie uns aus unterrichteten Gemeinderatskreisen mitgeteilt wird, hat der Bürgermeister die Dbmänner des Gemeinderates für nächste Woche abermals zu einer Konferenz einberufen. Auf der Tagesordnung wird ein für die Bevölkerung wichtiges Referat stehen, betreffend die geplante Einschränkung der Gasabgabe für Koch- und Heizwecke. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates hat Vizebürgermeister Hoff anlässlich des Referats über die Bilanz der städtischen Gaswerke eine An- deutung gemacht, es werde mit Rücksicht auf die Kohlenknapp- heit vielleicht notwendig sein, Einschränkungen in dieser Richtung für den kommenden Winter zu treffen.

Dem Vernehmen nach hat der Bürgermeister schon jetzt Aufträge gegeben, um die Bevölkerung rechtzeitig von den eventuell geplanten Einschränkungen zu unterrichten. Sache der Dbmännerkonferenz wird es sein, die in Aussicht genommenen Vorschläge zu genehmigen, worauf die Angelegenheit an den Stadtrat und den Gemeinderat geleitet wird. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden gegenwärtig in Wien für Kochwecke 45 Millionen Kubikmeter Gas ab- gegeben, für Heizwecke 30 Millionen Kubik- meter im Jahre. Infolge der Kohlenknappheit und des Mangels an Petroleum und Spiritus findet seit geraumer Zeit in Wien ein enormer Gasverbrauch statt. So wurden diesmal im Monat April täglich 750.000 Kubikmeter Gas abgegeben, um 29 Prozent mehr als im April des vorigen Jahres.

Es soll deshalb dem übermäßigen Gasverbrauche ge- steuert und Ersparungen in die Wege geleitet werden. Das muß rechtzeitig geschehen, damit die Bevölkerung nicht im letzten Moment überrascht werde und weil auch im kommen- den Winter mit Kohlenknappheit gerechnet werden muß.

Der Antrag, welcher der Dbmännerkonferenz vorgelegt werden wird, geht nach unseren Informationen dahin: Es sei die Gasabgabe zu Kochzwecken womöglich nicht zu beschränken, weil eine solche Maßregel die Bevölkerung, besonders die breiten Schichten, empfindlich treffen würde. Dagegen seien bezüglich der Gasabgabe zu Heizzwecken die weitestgehenden Einschrän- kungen vorzunehmen. Es sei an die Regierung heranzutreten wegen Erlassung eines Verbotes für den Betrieb von Gasöfen.

Eine Schätzung hat bereits annähernd ergeben, daß in Wien ungefähr 9 Prozent der Gasabnehmer in ihren Wohnungen und Betriebsstätten Gasöfen besitzen. Alles in allem dürften derzeit 20.000 Gasöfen in Verwendung stehen. Durch dieses Verbot würde das städtische Gaswerk jährlich 30.000.000 Kubikmeter Gas ersparen.

Zentralheizungen mit Dampf oder Warmwasser würden von den Einschränkungen unberührt bleiben.

18. IV. 1917

M7

(Der Kohlenverkehr.) Aus Wien wird uns telegraphiert: In den letzten Tagen sind die Kohlenimporte aus Oberschlesien umfangreicher geworden, worin bereits das Ergebnis der Verhandlungen zu erblicken ist, die Geheimer Rat v. Hermann im verflossenen Monat in Berlin im Interesse der Kohlenversorgung Oesterreichs geführt hat. Im Zusammenhange mit den größten Importen ist auch eine verstärkte Abfuhr aus den Kohlenbahnhöfen der Nordbahn und eine vermehrte Inanspruchnahme von Militärwagen zu verzeichnen. Auch in dem heimischen Ostau-Karwiner Steinkohlenrevier ist im Abtransport der Kohle eine Besserung eingetreten, da die WaggonEinstellung befriedigender ist. Selbstverständlich können die Transportverhältnisse nicht jenen in Friedenszeiten entsprechen und wenn auch der Kohlenverbrauch zu Hausbrandzwecken mit Frühjahrsbeginn sich vermindert hat, so herrscht doch eine anhaltend lebhaft Nachfrage auf dem Kohlenmarkt, die teilweise auch der Ansammlung von Vorräten gilt.

Die amtliche Aufnahme des Kohlenverbrauches.

Auf Grund der vor kurzem erschienenen Verordnung über die amtliche Aufnahme des vorjährigen Kohlenverbrauches hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten bereits alles Erforderliche für die r a s c h e s t e Durchführung dieser Erhebungen veranlaßt. Die Aufnahme erfolgt mittels Versendung von Fragebogen an die Kohlen-Produzenten und Kohlen-Großhändler. Die Fragen erstrecken sich auf den Kohlenverbrauch des Jahres 1916, wobei zwischen den Lieferungen an das Inland, an Ungarn, Bosnien-Herzegowina und nach dem Ausland unterschieden wird. Weiters sind die Fragebogen nach Hauptgruppen der Verbraucher, Industrie, Urproduktion und Verkehrswesen gegliedert, wobei diese Hauptgruppen, so die I n d u s t r i e, wieder kategorienweise nach den einzelnen Betriebszweigen gegliedert sind. Nach etwa vier Wochen, nach dem Eintreffen der Auskünfte der beantworteten Fragebogen soll dann unverweilt die Sichtung und Verarbeitung des Erhebungsmaterials erfolgen.

Maßnahmen für einen raschen Wagenumlauf im Kohlenverkehre.

Amlich wird mitgeteilt: Sollen künftig die zeitraubenden Umreichungen, Verschiebungen und Aufenthalte der mit Kohle beladenen Wagen in den Stationen auf ein Mindestmaß gebracht und die Wagen so rasch als möglich ihrer Wiederverwendung zugeführt werden, so muß versucht werden, von der bisherigen Individualisierung der Kohlendungen abzugehen. Der Weg hierzu wäre der Zusammenschluß der Kohlenwerke und Verschleißfirmen in den einzelnen Revieren zu Revierverbänden zu dem Zwecke, daß künftighin nicht die einzelnen Schächte, sondern die betreffenden Verbände als Aufgeber der Kohle zu fungieren hätten, wobei dann auch, wenn tunlich, die Sendungen nicht an die Verbraucher selbst, sondern an die Vertretungen der Verbände in den Bestimmungsstationen zu adressieren wären. Die weitere Verteilung hätte durch diese Vertretungen zu erfolgen. Bildung von Aufgeber- und Empfängergruppen allein würde aber nicht hinreichen, es müßte vielmehr gleichzeitig eine Verringerung der handelsüblichen Kohlenarten und Qualitätsmarken herbeigeführt und seitens der Konsumenten auf die Zuweisung bestimmter Schachtprovenienzen verzichtet werden. Würde es gelingen, diese Voraussetzungen zu erfüllen, so könnte die individuelle Behandlung der

Kohlendungen künftig entfallen. Die Versandstationen wären dann in der Lage, ohne zeitraubende Rangierungen durchwegs direkte Züge nach den einzelnen Bestimmungsstationen oder bestimmten Streckenabschnitten zu bilden. Ebenso würden in den Uebergangstationen alle Verschiebearbeiten unterbleiben und in der Bestimmungsstation würde jedem Verbraucher die ihm zukommende Wagenanzahl der entsprechenden Kohlenorte ohne Rücksicht auf die Schachtprovenienz und ohne nummerweise Ausfuchung der Wagen zum Entladeplatze oder auf sein Industriegeleise zugeschoben werden. Bei Beförderungshindernissen, mögen sie einzelne Wagen oder ganze Züge betreffen, könnte künftig die notwendige Parteiverfügung weit rascher eingeholt werden, wodurch langwierige Stillager, die oft zu den unliebsamsten Platzschwierigkeiten führen, vermieden würden. In voller Erkenntnis der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Angelegenheit hat das Eisenbahnministerium bei den beteiligten Stellen die den oben ausgeführten Gedanken entsprechenden Anträge gestellt, worüber die Verhandlungen mit den Vertretern der Kohlenreviere bereits begonnen haben.

Der Kohlenmangel.

Die Wiener Gaswerke im nächsten Winter.

In der heutigen Obmännertkonferenz berichtete Gaswerksdirektor Menzel über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke und teilte mit daß die außerordentlichen Verhältnisse eine ausreichende Versorgung der städtischen Gaswerke mit Kohle für den nächsten Winter kaum erwarten lassen. Die Gasabgabe werde daher eingeschränkt werden müssen; wenn irgend möglich, solle die Verwendung des Gases zur Beleuchtung, zum Kochen und zu gewerbetechnischen Zwecken eine Einschränkung nicht erfahren, weil durch eine solche die Bevölkerung auf das empfindlichste getroffen würde. Dagegen würde voraussichtlich die Heizung von Wohn- und Geschäftsräumen mit Gas im nächsten Winter eingestellt werden müssen. Darauf müsse der Direktor schon heute rechtzeitig und nachdrücklich aufmerksam machen.

Zu den überraschenden (bereits in unserer Nachmittagsausgabe gekennzeichneten) Ausfällen des offiziellen „Fremdenbl.“ gegen das Kohlensparen der Wiener Gemeindeverwaltung wird aus dem Rathause von den für den Straßenbahnbetrieb zuständigen Stellen folgendes erklärt:

Der frühere Betriebschluß der Straßenbahn ist bekanntlich wegen der übrigens auch jetzt noch nicht gehobenen Kohlenknappheit eingeführt worden, um die tägliche Betriebsdauer abzukürzen und dadurch an Kohlen für die Stromerzeugung zu sparen. Nach gewissenhafter Prüfung aller Verhältnisse, welche übrigens auch in der Obmännertkonferenz des Gemeinderates einer eingehenden Besprechung unterzogen worden sind, kam die Gemeindeverwaltung zur Ueberzeugung, daß die Verlängerung der Betriebsdauer um 1½ Stunden, also bis 10 Uhr, am 1. April, die Ausdehnung um eine weitere Stunde aber am 1. Mai zu erfolgen hat. Dieser letztere Termin ist mit Rücksicht auf den Umstand gewählt worden, daß hoffentlich bis dahin der Verbrauch an Hausbrandkohle wesentlich geringer und daher ein weiterer Abbau der noch immer nötigen Sparmassregeln zulässig sein wird. Die zwischen diesen beiden Terminen liegende Einführung der Sommerzeit kann auf den Betriebschluß der Straßenbahn keinen Einfluß üben, da durch die Sommerzeit das ganze tägliche Leben um eine Stunde nach vor geschoben wird, so daß eine Verlängerung des Straßenbahnbetriebes in der Nacht geradezu gegen die Absicht der Regierungsverordnung verstößen würde! Abgesehen davon, erfordert jede Aenderung des Fahrplanes und vor allem jede Verlängerung der täglichen Betriebsdauer eine neue Diensterteilung für das Personal und dadurch eine längere Zeit zur Vorbereitung, so daß zwischen zwei Fahrplanänderungen insbesondere bei den jetzigen schwierigen Personalverhältnissen eine Spanne von einem Monat aus betriebstechnischen Gründen erforderlich ist.

Im Monate März wurden auf den sieben städtischen Kohlenlagerplätzen (Westbahnhof, Mahleinsdorf, Engerthstraße, Norwestbahnhof, Ottakring, Aspang, Michelbeuern) 290.582 Meterzentner Braunkohle gegen 163.221 im Februar und gegen 86.018 Meterzentner im März 1916 verkauft. Die Anzahl der Parteien betrug 78.257,3 gegenüber 643.418 im Februar des laufenden Jahres und gegen 186.319 im März 1916. Der Absatz an Braunkohle betrug im November v. J. bloß 98.980 Meterzentner, stieg dann fortwährend und zwar im Dezember auf 135.540, im Jänner 1917 auf 194.747, im Februar auf 163.421 um im März die hohe Ziffer von 290.582 Meterzentner zu erreichen. Der Rückgang im Monate Februar ist auf die schwache Anlieferung zurückzuführen. An Steinkohle wurden im März 124.875 Meterzentner gegenüber 76.843 Meterzentner im Februar l. J. abgegeben.

— (Aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat, wie wir erfahren, eine genaue Einteilung der mit Kohle aus Nordwestböhmen zu versorgenden Kriegsinstrumenten und Gemeinden geschaffen, die bereits seit 1. April in Kraft steht. An diese neuen Vorschriften sind nicht nur die Schächte, sondern auch die Bahnanlagen gebunden. Auch die Lieferungen nach dem Ausland unterliegen einer ähnlichen Kontrolle seitens amtlicher Stellen in Sachsen und Bayern, so daß die nordwestböhmische Braunkohle auch nach Deutschland nur nach Maßgabe der aufgestellten Rangordnung zum Versand gebracht werden kann. Die Verflüchtigung gilt auch für den Elbeverkehr. Nach der Neu-einteilung der Kohlenverteilung ist die Versorgung der Kriegsinstrumente und der Gemeinden ziemlich regelmäßig geworden. Gelegentlich können auch noch die auf den Gruben bestehenden Depots zum Versand herangezogen werden. Wenn jedoch die Lagerbestände erschöpft sein werden, dürfte sich die unzureichende Förderung im Revier sehr bald fühlbar machen. Die Nachfrage nach Kohlen ist nämlich sehr stark, die Leistungsfähigkeit der Gruben aber sehr vermindert.

22/IV. 1912.

138

Verhandlungen über die Einfuhr ober-schlesischer Kohle.] In Berlin haben Besprechungen des gemeinsamen Kohlenausschusses mit dem Reichskommissär für die Kohlenverteilung stattgefunden, welche sich mit der Regelung der Einfuhr ober-schlesischer Kohle nach Oesterreich-Ungarn befaßten. Bei diesen Verhandlungen war die öster-reichische Regierung durch den Geheimen Rat Sektionschef Ritter v. Hermann und den Sektionschef Bürger, die ungarische Regierung durch Oberinspektor Pallos ver-treten. Die Verhandlungen fanden unter Vorsitz des General-majors v. Pacor statt. Bei diesen Besprechungen handelte es sich darum, die Einfuhr ober-schlesischer Kohle für den Monat Mai sicherzustellen, und es wurde eine Verständigung in der Richtung erzielt, daß nach Oesterreich-Ungarn 900.000 Tonnen ober-schlesischer Kohle gebracht werden sollen. Diese Kohlenmenge wurde an die Beifstellung einer entsprechenden Anzahl von Waggons gebunden. Auch für den Monat April war eine Regelung der ober-schlesischen Kohlenzufuhr in der Weise erfolgt, daß 600.000 Tonnen Kohle nach Oesterreich und 300.000 Tonnen nach Ungarn gebracht werden sollen. Da in der ersten Zeit diese Transporte einigen Schwierig-keiten begegneten, ist kaum anzunehmen, daß im April die volle Zufuhr ober-schlesischer Kohle nach Oesterreich-Ungarn ge-langen dürfte. Ueber die in Berlin abgehaltene Besprechung wird nachfolgende Mitteilung veröffentlicht: Am 19. d. kon-ferierte der gemeinsame Kohlenausschuß unter dem Präsidium des Generalmajors Josef v. Pacor neuerlich mit dem Reichskommissär für Kohlenverteilung in Berlin, betreffend die Einfuhr ober-schlesischer Kohle nach Oesterreich-Ungarn. Im Ausschusse war die öster-reichische Regierung durch Excellenz Sektionschef v. Hermann des Arbeitsministeriums und Sektionschef Bürger des Eisenbahnministeriums, die unga-rische Regierung durch Oberinspektor Pallos des königlich ungarischen Handelsministeriums vertreten. Das Ergebnis ist zufriedenstellend.“

Bergabung der Kohle.

Von Dipl. Ing. Dr. Julius Becker, Frankfurt.

Gegen die Aushungerung mit Rohstoffen ist unsere deutsche Steinkohle eine Ketterin in der Not. Was wird jetzt nicht alles aus diesem schwarzen Diamanten herausgeholt! Wie energisch wird seine Verarbeitung auf für die Kriegsindustrie wichtige Rohstoffe betrieben! Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die schon lange auf den Wert der Steinkohle hinwiesen und energisch dafür eintraten, daß deren rationelle Ausnützung, d. h. ihre vollständige Auflösung in die wertvollen Nebenbestandteile Gas, Koks, Teer, Benzol, Toluol, Ammoniak, Schwefel usw. ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und jede andere Verwendung z. B. als bloßes Heizmaterial eine Verzerrung von Volksvermögen und eine Verhöhnung an diesem sei. Ich erinnere an die interessante Arbeit von Dr. Besemfelder im ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 23. und 30. Januar 1916, an die Arbeiten von Strache in Wien und viele andere. Dr. Besemfelder hat in den genannten Artikeln eine Bilanz aufgestellt über die ungeheuren Werte, die bei sachverständiger Verarbeitung der Kohle aus dieser gewonnen werden können. Obwohl seine Vorschläge für die Praxis nicht so ohne Weiteres hingenommen werden können, und auch dem von Professor Strache vorgeschlagenen Bearbeitungsverfahren der Kohle eine gewisse Umständlichkeit und Energievergeudung nicht abgesprochen werden kann, so ist es mir doch ein Bedürfnis auf diese beiden Vorkämpfer hinzuweisen.

In allerjüngster Zeit hat nun E. Dolensky in Frankfurt a. M., ein Verfahren und gleichzeitig einen Generator der Industrie übergeben, die zusammen den Berechnungen von Dr. Besemfelder sehr nahe kommen und den Generator von Strache in seiner Einfachheit bezüglich Form und Arbeitsweise übertreffen dürften. Der neue Generator wird Trigasgenerator genannt, das erzeugte Gas Triegas und die Arbeitsweise das Trigasverfahren. Ich verweise auf die interessante Abhandlung von Dolensky über die vollständige Auflösung der Kohle und auf eine in der „Chemiker-Zeitung“ vom 3. Januar 1917 von Professor Dr. L. Raumann, Gießen, erschienene diesbezügliche Arbeit.

Man denke sich einen hohen Wassergasgenerator, die untere Hälfte mit glühendem Koks gefüllt und darüber Kohle gelagert. Nach dem bekannten Dellwit-Fleischerschen Wassergasverfahren wird die glühende Koksäule zu so hoher Temperatur angefaßt, daß ein darauf folgendes Einblasen von Wasserdampf diesen in Wasserstoff und Kohlenoxyd, in sogenanntes Wassergas zerlegt. Die diesem Wassergas innewohnende Eigenwärme ist es nun, welche beim Durchstreichen die darüberlagernde Kohle zur Entgasung und Zersetzung bringt und zwar unter gerade für diesen Zweck allergünstigsten Bedingungen, als da sind: niedrige Temperatur, rasches Temperaturgefälle. Gerade diese beiden letzteren Bedingungen sind für die Entgasung der Kohle bzw. ihre Nebenprodukte von ausschlaggebender Bedeutung. Die Kohle entgast allmählich zu Koks und dieser sinkt nach abwärts. Sobald nun die Koksäule durch den eingeleiteten Wasserdampf und den dadurch bedingten Wärmeverlust (Zersetzungswärme) so weit abgekühlt ist, daß die Wassergasbildung nicht mehr nach der Zersetzungsgleichung Wasserstoff und Kohlenoxyd verläuft, wird das Dampfen eingestellt und das Heißblasen beginnt von neuem. Auf nähere Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich. Es sei nur noch erwähnt, daß man durch ein besonderes, auch für schlackenfreie Kohlenarten geeignetes Verfahren ein Gasgemisch von Wassergas, Leuchtgas und Generatorgas, also ein Dreigas (Triegas) erhält. Die Kohle wird also entgast zu Koks, der Koks wird in Wassergas umgeleitet und zurück bleibt schließlich nur noch Asche und Schlacke. Die Kohle ist somit vollkommen aufgelöst worden in Gas, Teer und Ammoniakwasser.

Welche wirtschaftlichen Vorteile bietet nun dieses Verfahren, welche Ausichten eröffnen sich und welche Hoffnungen lassen sich daran knüpfen! Kehren wir zum Ausgangsprodukt der Kohle zurück, so ist einleuchtend, daß jede, auch die schlechteste Kohle verwendet werden kann, und gerade darin liegt einer der volkswirtschaftlich so wichtigen Vorteile. Braunkohle, hochaschenhaltige Steinkohle können in ein hochwertiges Gas übergeführt werden unter gleichzeitiger ausgiebiger Gewinnung von reinen Teerölen und Ammoniak. Steinkohlenlager, die wegen des hohen Aschengehaltes der Kohle nicht abgebaut werden konnten, sind wertvolle Besitze geworden. Die mächtigen Halden auf den Gruben können jetzt gewinnbringend verarbeitet werden. Aus dem bisherigen Nichts ein ganz bedeutendes Etwas. Während bisher aus der Tonne Kohle je nach Herkunft 250 bis 330 cbm Gas von 4000 bis 5200 W. E. gewonnen wurden, können nach dem Trigasverfahren pro Tonne 1200 bis 1500 cbm Gas mit 3000 bis 3500 W. E. gewonnen werden. Ein Gas von 3000 bis 3500 W. E. ist ein ganz vorzügliches Industriegas, das sich für alle technische Zwecke, Heizen, Schweißen und als Kraftgas vorzüglich eignet. Auch für die Gasindustrie ist in ihm ein willkommenes Helfer in der Not entstanden, der es ermöglicht, auf einem kleinen Raume eine große Menge Gas zu erzeugen, das dem Leuchtgas zugeleitet werden kann. Einem an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangten Gaswerk kann in den Monaten der stärksten Beanspruchung mit einem Trigasgenerator über vorübergehende Schwierigkeiten der Tragerzeugung hinweg geholfen werden. Elektrizitätszentralen können in der Nähe von bisher nicht abbaufähigen Kohlenlagern errichtet werden, das Trigas gibt den Strom und die Nebenprodukte Teeröl und Ammoniak geben die ausfallgebenden Gewinnfaktoren. Gerade Teer und Ammoniak dürften bei diesem Verfahren in einer Güte bezw. Menge wie bei keinem andern entstehen, sodas die Rentabilität einer Anlage von vornherein gesichert erscheint. Bekanntlich sind Teer- und Ammoniakausbeute eine Funktion der Entgasungstemperatur, je niedriger die Destillationstemperatur, desto besser und reichlicher die Teerausbeute und desto größer die Menge des erhaltenen Ammoniaks und umgekehrt. Die Arbeitsweise dieses neuen Verfahrens bringt es daher mit sich, daß für die Entgasung der Kohle Temperaturen vorherrschend sind, die eine volle Ausbeute sowohl wie Güte der besprochenen Nebenprodukte gewährleisten. Staat und Großindustrie dürften die Wichtigkeit dieser für unser Wirtschaftsleben so einschneidenden Neuerung erkennen und den entsprechenden Nutzen daraus ziehen.

23. IV. 1917

1734

Verbot der Gasheizung.

Wie verlautet, soll in nächster Zeit eine Verordnung erscheinen, durch welche die Verwendung von Gas zu Heizzwecken verboten werden wird.

Die Verordnung wird zu Beginn der nächsten Heizperiode in Kraft treten und soll mit Rücksicht auf die eventuell zu gewärtigende Kohlenknappheit, um allen Zwischenfällen vorzubeugen, auf jeden Fall auch dann in Wirksamkeit bleiben, wenn der Krieg bis dahin beendet sein sollte. Da mit den zur Gaszerzeugung notwendigen Kohlen sparsam umgegangen werden muß, soll nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen, wenn beispielsweise aus baulichen Gründen eine andre Heizung als die mit Gas unmöglich ist, das Inbetriebsetzen von Gasöfen gestattet sein. Dies wird namentlich für solche Gebäude gelten, welche keinen Schornstein besitzen und nur für das Heizen mit Gas eingerichtet sind. Aber auch in solchen Gebäuden wird der Gasverbrauch auf ein Minimum beschränkt werden müssen.

Der Grund für die zu erwartende Verordnung ist hauptsächlich in dem Umstande gelegen, daß nicht genügend Kohle für die Gaszerzeugung aufgetrieben werden kann; dazu kommt noch, daß durch den großen Gasverbrauch in Fabriken der Bedarf an Gas gegen die Lieferungsmöglichkeit bedeutend gestiegen ist. Auch läßt sich eine Steigerung des allgemeinen Gaskonsums während des Krieges feststellen, da infolge der Kohlenknappheit mehr als sonst in den Haushaltungen mit Gas geheizt werden mußte. Da die für Heizzwecke verwendete Gasmenge an kalten Wintertagen ungefähr ein Drittel des Gesamtverbrauches an Gas ausmacht, wird die durch die Verordnung geplante Ersparnis an Gas eine sehr bedeutende sein, obwohl nur acht Prozent sämtlicher Gasabnehmer mit Gasöfen heizen. Dieser geringe Prozentsatz muß dem Interesse der Gesamtheit geopfert werden, da sonst zu befürchten ist, daß allgemeine Beschränkungen erlassen werden müßten, wie Reduktion der gesamten Gasabgabe zu bestimmten Stunden des Tages und der Nacht. Diese Beschränkungen würden dann gewiß schwerer empfunden werden als die vorläufig in Aussicht genommenen. Die Direktion der städtischen Gaswerke, die genau darüber unterrichtet ist, wo mit Gas geheizt wird, beabsichtigt die Vornahme einer genauen Kontrolle aller Wohnungen und Räumlichkeiten und wird auch nötigenfalls vorhandene Gasöfen außer Betrieb setzen lassen, wenn sich der Verdacht ergibt, daß gegen die Verordnung Gas zu Heizzwecken gebraucht wird.

Die Verordnung wird, wie verlautet, auch strenge Strafen für die Nichtbeachtung der geplanten Anordnungen vorsehen.

Die künftige Kohlenversorgung Schönebergs.**Aus der Schöneberger Stadtverordneten-
versammlung.**

Zur Regelung der zukünftigen Kohlen- und Koksversorgung der Stadtgemeinde Schöneberg und ihrer Bürger hatten die Stadtverordneten Gottschalk und Genossen der Versammlung in ihrer gestrigen Sitzung einen Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation unterbreitet. Stadtv. Justizrat Gottschalk (Lib. Fr.) begründete in längeren Ausführungen den Antrag mit dem Hinweis auf die Notlage im vergangenen Winter bis zur jetzigen Zeit, die ein überaus trauriges Städtebild in den Groß-Berliner Gemeinden bewirkt habe. Das dürfe sich nicht wiederholen; die Stadt müsse dafür sorgen, daß die ärmere Bevölkerung in die Lage versetzt werde, gegen billiges Geld Kohlen zu erhalten. Im Interesse der Volksgesundheit sei dies dringend erforderlich. Aber auch die bemittelte Bevölkerung sowie die Hausbesitzer hätten unter dem Notstand zu leiden gehabt. Unter Darlegung ihrer Notlage müsse die Stadt von der Staatsregierung fordern, daß dem Kohlen-syndikat der Zwang auferlegt werde, die Gemeinde ebenso zu beliefern wie einen Großhändler. Die Stadt müsse jetzt die Versorgung in die Hand nehmen und große Kohlenlager anlegen. Zum Schluß hat er, eine gemischte Deputation einzusetzen, die die zukünftige Kohlen- und Koksversorgung der Stadt und der Schöneberger Bürger, insbesondere der Hausbesitzer mit Zentralheizungsanlagen, als eine neue Aufgabe der Stadtverwaltung zu übernehmen habe.

Oberbürgermeister Dominicus befürchtete, daß die Stadt mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen habe werde, wie die jetzigen Verbraucher. Jedoch müsse die Angelegenheit reiflich geprüft werden, weshalb er vorschlug, die Materialienverwaltungsdeputation damit zu beauftragen. Nach stundenlangem Aussprache wurde der Antrag Gottschalk mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Versammlung beschloß mit Rücksicht auf die Teuerung, zu den jetzt an die Kriegerfamilien zu zahlenden Unterstützungen einen Zuschuß von 100 v. H. zu gewähren und beschloß die Erhöhung der Vergütung für die als wissenschaftliche Hilfslehrer beschäftigten Seminar- und Probekandidaten auf 2400 M. vom 1. April 1917. Nachdem sich der Magistrat mit der Zuwahl von je einer Frau mit beratender Stimme in verschiedene Deputationen einverstanden erklärt hatte, nahm die Versammlung zwecks Wahl zustimmend Kenntnis.

20. IV. 1917

136

[Die Kohlenproduktion im ersten Quartal 1917.] Die Kohlenförderung des Ostrau-Parwiner Reviers hat im ersten Quartal 1917 26,3 Millionen Meterzentner betragen und ist damit um 0,7 Millionen Meterzentner hinter der Förderung des gleichen Zeitraumes von 1916 zurückgeblieben. Die Gewinnung im März stellte sich auf 9,4 Millionen Meterzentner und war beträchtlich höher als im Februar und Januar 1917. Gegenüber März 1916 ist aber die Steinkohlenförderung in Ostrau um rund 50.000 Meterzentner zurückgeblieben. Die Kokszerzeugung stellte sich im Ostrauer Revier für die ersten drei Monate 1917 auf 6,5 Millionen gegenüber 5,9 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit vom Vorjahre, ist also weiter gestiegen. — Ein beträchtlicher Ausfall ergibt sich in der Braunkohlegewinnung. Das nordwestböhmische Revier gewann im ersten Quartal 1917 nur 39,4 Millionen Meterzentner gegen 43,1 Millionen in der gleichen Zeit von 1916. Mit Einbeziehung der Förderung der anderen Reviere ist die gesamte Braunkohlegewinnung im ersten Quartal 1917 mit circa 53 Millionen Meterzentner um fast 7 Millionen Meterzentner hinter der Förderung des Vorjahres zurückgeblieben.

Falsche Sparmethode.

Die Ankündigung, daß für den nächsten Winter die Benützung von Gasöfen zu Heizzwecken unterjagt werden soll, erregt in weiten Kreisen lebhafteste Beunruhigung. Von den Urhebern dieses merkwürdigen Planes, durch den angeblich eine namhafte Kohlenersparnis erzielt werden soll, wird die Behauptung in die Welt gesetzt, daß die Maßnahme hauptsächlich die wohlhabenden Schichten treffen würde, weil die Gasheizung nur in größeren, komfortabel eingerichteten Wohnungen üblich sei. Von der Kohlenökonomie wollen wir später sprechen. Was aber die soziale Begründung der Maßregel betrifft, die so hingestellt wird, als ob eine Schädigung der Bemittelten mit einem Nutzen für die Minderbemittelten gleichbedeutend wäre, so sei gleich vorweg festgestellt, daß diese Begründung von tatsächlich grundfalschen Voraussetzungen ausgeht. Nicht Luruswohnungen, sondern Geschäftsräume sind es, die vorwiegend mit Gas geheizt werden. In behaaltlich ausgestatteten Wohnzimmern wird der Kachelofen, der zugleich als Zimmerchen dient, in der Regel vorgezogen. In Geschäftsräumen aber, wo man die lästige und umständliche Kohlenmanipulation ersparen will,

steht aus rein praktischen Gründen der Gasofen in fast allgemeiner Verwendung. Das gilt auch für die, sehr bescheidene Geschäftsläden, wo man vielfach im letzten Winter, eben wegen der Kohlenmisere, die alten aufeisernen Öfen aufgelassen hat und zur Gasheizung übergegangen ist. Es ist also falsch, daß die Gasperre für Heizzwecke nur die Reichen treffen würde.

Und wer kann denn überhaupt vernünftigerweise daran glauben, daß die Heizgasperre für die Allgemeinheit eine Kohlenersparnis mit sich bringen würde? Die Wiener städtischen Gaswerke zum Beispiel versorgen 45.000 Gasöfen, die in Wohnungen, Geschäftsräumen und öffentlichen Lokalen aufgestellt sind. Die Heizung dieser 45.000 Räume geschieht also von einer Zentralkelle aus, die doch offenbar viel ökonomischer arbeitet — sowohl was die Kosten, als was den Kohlenverbrauch betrifft — als 45.000 Einzelheizungen. Man vergleiche nur die Kohlenzufuhr an die eine Zentrale mit der Kohlenzufuhr an die vielen Tausende von Konsumenten, bei der doch eine unvergleichlich größere Summe von tierischer und menschlicher Arbeitskraft aufgewendet und dazu noch durch die vielfachen Auf- und Abladungen eine Unmenge von Kohle verpulvert wird. Uebrigens, wenn wirklich alle Heizgasleitungen gesperrt würden, müßten doch andere Öfen für Kohlenheizung aufgestellt werden. Man stelle sich diese blödsinnige riesenhafte gesteigerte Nachfrage nach Öfen vor. Wo ist jetzt, zur Kriegszeit, die Produktion zu finden, die diesen Bedarf deckt, wo das Material, wo die Arbeitskräfte, die zu dieser Masseninstallation erforderlich wären? Und das nennt man eine Ersparnismaßregel! Das Schönste an der Sache aber ist, daß — wenn auch alles nach Wunsch gelänge und wenn sommerüber wirklich der komplette Ersatz für alle gesperrten Gasöfen herzustellen wäre — daß dann im Winter erst recht die tolle Jagd nach Kohlen, ein potenziertem Massenbedarf, eine sinn- und zweckwidrige Verschärfung der Kohlennachfrage und des Kohlenmanckels eintreten würde. Wer würde also bei

diesem wunderbaren Sparprojekt etwas ersparen? Die Allgemeinheit gewiß nicht, weder an Geld noch an Arbeit noch an Kohlen. Nur die Direktion der städtischen Gaswerke würde vielleicht etwas ersparen: nämlich die sommerliche Sorge um die Deckung ihres winterlichen Kohlenbedarfes. Aber bloß um einigen Funktionären das Leben zu erleichtern, darf nicht vielen Tausenden, die wohl auch manche nützliche Funktion im Wirtschaftsleben erfüllen, das Leben erschwert werden. Es ist gut, daß von der beabsichtigten Gasperre die Bevölkerung wenigstens rechtzeitig Kenntnis erhält. Sie wird die Zeit, die ihr bis dahin noch bleibt, nicht benützen können, um Kohlen zu hamstern — denn wer wüßte einen Rat, wie man das anfangen soll? —, sondern sie wird die Zeit benützen, um sich gegen die geplante Maßregel aufs entschiedenste zur Wehr zu setzen und deren Ausführung zu verhindern.

Generalversammlungen.

Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau-A. G.

Die Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft hielt heute ihre fünfundsamzigste ordentliche Jahresgeneralversammlung unter Vorsitz des kön. Rates Jidor Simon. In Vertretung von 46.504 Aktien waren 27 Aktionäre erschienen. Generaldirektor Eugen Vida unterbreitete den Jahresbericht der Direktion, der anlässlich der fünfundsamzigsten Jahreswende der Gründung der Gesellschaft dem Entstehen und der vierteljahrhundertjährigen Entwicklung des Unternehmens einen Rückblick widmet. Voll dankbarer Erinnerung gedenkt der Bericht jener hervorragenden Männer, deren schöpferische Lebensarbeit die Begründung des Unternehmens war und die mit prophetischem Blick die Zukunftsmöglichkeiten erschauten, insbesondere des so früh verstorbenen Generaldirektors Sigmund v. Hercz, von dem die Idee der Gründung dieser im Jahre 1891 mit einem Anfangskapital von 400.000 Gulden durch Ankauf der Braunkohlenwerke Center und Királd der Center-Királd Steinkohlenbergbau-Unternehmung Géza v. Melzer u. Co. ins Leben gerufenen Gesellschaft ausgegangen ist. In interessanter Weise schildert der Bericht, wie man nach vielen kostspieligen Versuchen im südöstlichen Teile des Komitats Komárom endlich in 116 Meter Tiefe auf ein Kohlenflöz von 5-8 Metern Mächtigkeit gestoßen ist, und im Jahre 1896 im sogenannten Tataer Kohlenbecken der erste mit Kohle beladene Grubenhunt zutage gefördert wurde, dem seither zu Nutz und Frommen der heimischen Industrie Millionen von Hunden folgten, um Tausenden von Arbeitern Erwerb zu bieten. In eingehender Weise würdigt der Bericht dann die Tätigkeit des Nachfolgers Sigmund v. Hercz, des Generaldirektors Ludwig Szende, dem die Aufgabe oblag, dem Tataer Kohlenwerke andere Industrien anzugliedern und dem namentlich die Errichtung der Tataer Zementfabrik zu danken ist. Die Stelle des Generaldirektors ging nach seinem Ableben auf den bisherigen geschäftsführenden Direktor Eugen Vida über, an dessen Wirksamkeit sich die Geschichte der Entwicklung des Unternehmens in den letzten drei Jahren und die erfolgreiche Bekämpfung der durch den Kriegszustand hervorgerufenen Schwierigkeiten knüpft. Den Gedanktag fünfundsamzigjährigen Bestandes begeht die Gesellschaft im Hinblick auf den Ernst der Zeit ohne jede äußere Festlichkeit, wohl aber durch ausgiebige Betätigung der Fürsorge zugunsten ihrer Arbeiter und Angestellten. Der Reservefonds für Arbeiterwohlfahrt wird durch Zuwendung von k 400.000 auf k 1.800.000 gebracht, und die Direktion stellt den Antrag, aus den Mitteln dieses Fonds jenen kranken und siechen Arbeitern der gesellschaftlichen Betriebe, deren Behandlung und Pflege in dem zum Werkspital gehörigen Pavillon für Tuberkulose räumlich nicht durchführbar ist, auswärts eine sorgfältige Anstaltspflege angebeihen zu lassen. Die Statuten des Beamten-Pensionsinstituts wurden zeitgemäß geändert. Des weiteren beantragt die Direktion, anlässlich des Jubiläums dem Kriegsunterstützungsfonds k 300.000 zuzuwenden, wodurch er die Höhe von k 900.000 erreicht, den Bruderladen k 200.000, dem Beamten-Pensionsfonds k 100.000, dem Ludwig-Szende-Fonds k 25.000 und dem Pensionsinstitut ungarländischer Journalisten k 15.000 zu widmen. Durch diese Beschlüsse soll die Feier der Vierteljahrhundertwende auf die würdigste Weise und im Geiste der gesellschaftlichen Traditionen begangen werden.

In dem Berichte über das Geschäftsjahr 1916 ist hervorgehoben, daß die Gesellschaft pflichtgemäß in erster Reihe das öffentliche Interesse berücksichtigte und daher vor allem den Bedarf der vom Standpunkte der Heeresverwaltung wichtigen Betriebe zu befriedigen trachtete. Die Verlieferung sämtlicher Werte einschließlich jener der affilierten Vorkoder Kohlenbergwerks-A. G. belief sich im Jahre 1916 auf 24.291.637 Meterzentner, ungefähr 1 1/2 Millionen Meterzentner mehr als im Vorjahre. Im Berichte wird betont, daß die Steigerung des Ertrages trotz der erheblichen Zunahme der Kohlenlieferungen fast zur Gänze aus den höheren Umsätzen der angegliederten Industrien herrührt. Die technische Ausgestaltung wurde mit gutem Erfolge fortgesetzt; der neue Turbogenerator von 10.000 Pferdestärken, sowie die zentralisierte Förderanlage der neuen Schächte, die Zementfabrik des Zementwerkes und die Kalhydratfabrik

wurden in Betrieb gesetzt. Geplant ist die Errichtung einer großzügigen Kompressorenanlage, welche die erforderliche Kraftquelle für die pneumatischen Betriebe bilden wird. Der übermäßigen Verteuerung des Grubenholzes soll durch Verwendung von Betonstützen eigener Erzeugung entgegengewirkt werden. Der neue Erweiterungsstraß der Zementfabrik wurde fertiggestellt; in einigen Wochen wird diese Fabrik bereits mit ihrer vollen Leistungsfähigkeit von täglichen 90 bis 100 Waggons Zement dem Markte zu Diensten stehen. Die Verlieferungen von Zement erhöhten sich im Berichtsjahre auf 1.176.846 Meterzentner, wodurch sich von neuem die Ueberlegenheit der Qualität dieses Erzeugnisses bestätigte. Das Kalkwerk Miskolc (Hejösaba) hat seine Produktion im Berichtsjahre erhöht; die Zementfabrik war genötigt, den Betrieb einzuschränken, da das erforderliche Bindemittel nicht in genügender Menge zur Verfügung stand. Im Revier der Hegyömer Kohlenwerke ist die Steigerung der Produktion geplant. Die Vorkoder Kohlenbergwerks-A. G. und die Westungarische Kohlenbergbau-A. G. arbeiteten infolge der Schwierigkeiten des Kriegszustandes mit bedeutend erhöhten Gesteinskosten. Von den Holzexploitationen hat sich die Waldmanipulation im Komitate Vas vorzüglich bewährt; dieser Betrieb wurde durch Waldankäufe in demselben Komitate erweitert. Die Ausnützung des in Siebenbürgen, im Komitate Csik, befindlichen Forstbesitzes ist durch den rumänischen Einbruch vorläufig unterbrochen. Auf der Domäne Siköboly wurde der Bau der Waldbahn vollendet, wodurch die flotte Abtransportierung des dort gewonnenen Brennholzes gesichert erscheint. Im Frühling laufenden Jahres hat die Gesellschaft die unmittelbar an Tatabánya grenzende Domäne Szár käuflich erworben, hauptsächlich in der Absicht, im Wege eigener Bewirtschaftung die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft wirksam zu fördern.

Die Generalversammlung nahm den Bericht einhellig zur Kenntnis, ebenso genehmigte sie die Schlussrechnungen, laut deren nach Dotierung der Wertverminderungsreserve mit k 2.500.000, der Spezialreserve der Industrien mit k 1.500.000 sich ein Reingewinn von k 6.328.394,08 ergibt; davon werden k 950.000 dem allgemeinen Reservefonds, k 1.040.000 aus Anlaß der Jubiläums-Generalversammlung den weiter oben erwähnten humanitären Zwecken und Fürsorgeinstitutionen gewidmet, k 3.360.000 zur Bezahlung einer Dividende von 21 Prozent des

Aktienkapitals verwendet und die verbleibenden k 337.418,91 im Hinblick auf die bestehenden Valutaverhältnisse der Reserve für den Obligationendienst überwiesen; der vom Vorjahre herübergebrachte Gewinnvortrag von k 897.687,86 wird unverändert auf neue Rechnung vorgezogen. Sodann erteilte die Generalversammlung einstimmig das Absolutorium und erbrachte den Beschluß, den Dividendekupon vom 1. Mai 1917 an mit k 42 einzulösen. Als Mitglied der Direktion wurde Herr Julius Bella wiedergewählt. Auf die im Aufsichtsrat vakanten zwei Stellen wurden die Herren Obergespan Stefan v. Kürthy und Josef Dfner gewählt.

In der im Anschluß an die Generalversammlung stattgehabten Direktionsitzung wurde Herr Rudolf Bisteghi zum Vizepräsidenten wiedergewählt. Die gesellschaftlichen Oberbeamten Stefan Löw und Samuel Vida wurden zu Prokuristen ernannt.

Wechselstuben-A. G. „Merkur“.

Die Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Merkur“ hielt heute unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Alexander Mezei ihre XXI. ordentliche Generalversammlung. Diese nahm den Bericht der Direktion sowie des Aufsichtsrates zur Kenntnis und beschloß im Sinne des Antrages der Direktion vom Reingewinn von k 941.001,28 nach entsprechender Dotation des Reservefonds und der statutenmäßigen Abzüge als sechs einhalbprozentige Dividende k 13 pro Aktie zur Auszahlung zu bringen. Im Sinne der Tagesordnung wurde auch eine Ergänzung der Direktion vorgenommen, indem der leitende Direktor Moriz Berger in die Direktion des Instituts gewählt wurde. In der hierauf stattgehabten Direktionsitzung wurde der bisherige Prokurist Julius Schwarz zum Subdirektor ernannt.

28. IV. 1917

Kein Gas für Heizwecke.

Erklärungen des Vizebürgermeisters Gierhammer.

Im Gemeinderate wies gestern Gemeinderat Holz darauf hin, daß die Bekanntmachung der städtischen Gaswerke, daß im nächsten Winter Gas für Heizwecke nicht mehr abgegeben werden wird, in der Wiener Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen habe. Bei der großen Schwierigkeit der Versorgung von Einzelpersonen mit Kohle und bei den teuren Fahrtspeisen sowie mit Rücksicht darauf, daß ja bei der Gas-erzeugung aus Kohle wichtige Nebenprodukte gewonnen werden, fragte er, ob der Bürgermeister nicht diese Angelegenheit neuerlich überprüfen wolle. Um einer Verschwendung vorzubeugen, könnte ja wie beim Lichtverbrauch ein Höchstmaß festgesetzt werden.

Vizebürgermeister Gierhammer erwiderte: Die städtischen Gaswerke sind im Winter 1916/17 mit dem außerordentlich hohen Kohlenvorrat von 218.000 Tonnen eingetreten. Dieser Vorrat ist infolge des sehr stark gestiegenen Gasabjages, der schlechten Erfüllung oberösterreichischer und einiger österreichischer Kohlenschlüsse und der minderen Beschaffenheit der gelieferten Kohle sehr tief gesunken. Er beträgt heute nur mehr 28.356 Tonnen gegenüber 128.300 Tonnen zur gleichen Zeit im Vorjahre. Selbst bei voller Erfüllung der Schlüsse ist es ausgeschlossen, daß die städtischen Gaswerke am Beginn des kommenden Winters einen Kohlenvorrat besitzen werden, der auch nur annähernd den des Vorjahres erreicht.

Die Gaswerke werden daher unter keinen Umständen in der Lage sein, im nächsten Winter einen Gasbedarf in der Höhe desjenigen des Winters 1916/17 zu decken. Es muß daher unbedingt eine Beschränkung der Gaslieferung stattfinden. Um diese Einschränkung der Bevölkerung möglichst wenig empfindlich zu machen, wird die Beheizung von Räumen mit Gas verboten werden. Durch dieses Verbot werden nur rund 88 v. H. der Gasabnehmer betroffen. Wo bauliche Verhältnisse eine andere Heizung ausschließen, würde Gasheizung im beschränkten Maße bewilligt werden. Die hierdurch zu erzielende Gasersparnis wird voraussichtlich ausreichen, um den Bedarf an Gas zu Beleuchtungs-, Koch- und betriebstechnischen Zwecken in der ungefähren Höhe des Vorjahres zu befriedigen.

Berlin will Ruxe kaufen.

Die Zukunft der städtischen Gaswerke.

Vor kurzem hat die Berliner Stadtverordneten-Versammlung dem Ankauf der Gewerkschaft Röchling zugestimmt, aber die Kohlenfelder Röchling sind, wie wir schon früher ausgeführt haben, bis jetzt noch nicht in Angriff genommen worden. Der Besitz von Röchling ist nur als eine Ergänzung für bereits im Abbau befindliche Gruben gedacht. Kein einsichtiger Mensch wird glauben, daß die Reichshauptstadt bloß Felder kauft, um Felder zu besitzen; sie erhalten nur Bedeutung durch ein in Betrieb befindliches Bergwerk. Die notwendige Folge des Ankaufs von Röchling ist die baldige Erwerbung eines oder mehrerer leistungsfähiger Kohlenbergwerke.

So kann es nicht überraschen, wenn es bei der Mitteilung der Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai zum Schluß heißt: „Der Magistrat empfiehlt den Ankauf von Ruxe.“ Es ist auch nicht schwer zu erraten, um den Ankauf welcher Ruxe es sich handelt. Das syndikatsfreie Röchling war immer als notwendige Ergänzung des Bergwerks Erier bezeichnet worden, das aus den beiden Abteilungen Radbod (in der Nähe von Gamm) und Baldur (in der Nähe von Oberhausen) besteht. Radbod, das vor mehr als acht Jahren durch ein schweres Schlagwetterunglück der weiten Öffentlichkeit bekannt wurde, besitzt hauptsächlich reiche Fettkohlen, während Baldur mehr über reine Gasohle verfügt.

Leider hat der letzte Jahresabschluss der Reichshauptstadt gezeigt, daß die städtischen Gaswerke nur einen Nutzen — und einen sehr bescheidenen — abwerfen können, wenn der frühere Gaspreis von 12,3 Pfennig auf 18 Pfennig erhöht wurde. Es ist sehr fraglich, ob der geringe Ueberschuß bleiben wird, wenn die Kohlensteuer und die Erhöhung der Frachttarife kommen. Soll man etwa zu einer Weitererhöhung der Gaspreise schreiten? Das kann leicht zu einer Einschränkung des Gasverbrauches, namentlich bei Kraftanlagen, führen und statt einer Erhöhung des Gewinnes würde die Rentabilität der Anlagen, in die die Stadt viele Millionen gesteckt hat, weiter sinken. Es bleibt also nur der Weg übrig, auf den wir schon wiederholt in der „Vossischen Zeitung“ (siehe Nr. 107 vom 28. Februar, Nr. 135 vom 15. März und Nr. 213 vom 27. April) hingewiesen haben. Die Gaserzeugung muß so geändert werden, daß die Gewinnung von Gas nicht mehr die Hauptsache ist, sondern die Erzeugung von Koks. Im Rheinland und Westfalen haben die Städte, die aus Kokereien Gas beziehen, dies weit billiger erhalten, als wenn das Gas unmittelbar aus einer Gasanstalt gewonnen wäre. Kokerei ist aber nur möglich, wenn man in umfangreichem Maße Fettkohlen neben den Gasohlen verwendet. Doch um solchen Betrieb lohnend durchzuführen, muß man sich den Fettkohlenbezug durch eigene Gruben sichern. Das wird besonders notwendig sein, wenn Berlin sich seinen Anteil an der Englischen Gasanstalt sichert.

Ansuchen um deutsche Kohle.

Amlich wird folgendes mitgeteilt: Die Verbraucher haben sich nach wie vor in erster Linie an ihre bisherigen Lieferanten zu wenden und nur dann, wenn diese versagen, in Oesterreich an die Kohlenversorgungskommission des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, in Ungarn an die Landeskohlenkommission Budapest heranzutreten, welche Stellen die Ansuchen an den Gemeinsamen Kohlenausschuß im I. u. I. Kriegsministerium leiten werden. Zur Beschleunigung der Lieferung sind die Gesuche auf einem halben Bogen Kanzleipapier (34/21 Zentimeter) wie folgt, zu verfassen: rechts oben: Verbraucher; links oben: Datum. Ueberschrift: Ansuchen um Kohle (K o f s). Rubriken: 1. Antragsteller (Name, Firma, Wohnort); 2. Händler, bei dem Abfluß besteht (Name, Wohnort); 3. Höhe des Abflusses (davon ist geliefert); 4. Wert, bezw. Grube, die bisher geliefert hat; 5. Bezeichnung der Kohlenart und gewünschten Menge in Tonnen; 6. Wann wird Bestellung gewünscht? (Datum, wöchentlich, monatlich); 7. Firma, Name des Empfängers; 8. Empfangstation; 9. Anmerkung; 10. Bestätige die Dringlichkeit (Unterschrift der prüfenden Stelle). Die Rubriken 1 bis 9 sind vom Gesuchsteller auszufüllen. Rubrik 10 ist für das Gutachten etc. der prüfenden Stelle (Kohlenversorgungskommission des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Landeskohlenkommission in Budapest, Kriegsministerium, 17. Abt., Gemeinsamer Kohlenausschuß) bestimmt.

Die Sperrung der Gasöfen.**Abgeordneter Dr. Friedmann beim Arbeitsminister. — Keine einseitige Maßnahme.**

Die Gemeinde Wien hat, wie berichtet, die Absicht, die Gaslieferung im nächsten Winter auf Beleuchtungs- und Kochzwecke zu beschränken, jedoch für Zwecke der Beheizung kein Gas zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde steht auf dem Standpunkt, daß sie nach den Erfahrungen des diesjährigen Winters von dieser Ersparnismaßnahme nicht abgehen kann; die Gasverbraucher erwidern darauf, daß die Kohlenknappheit nicht verringert wird, wenn statt der Gemeinde sich jeder einzeln die zur Beheizung nötige Kohlenmenge versorgt, daß im Gegenteil die Zersplitterung einen Mehrverbrauch zur Folge haben muß. Jedenfalls wird die Angelegenheit in der Öffentlichkeit derzeit sehr lebhaft besprochen, und eine Reihe von Zuschriften, die an die Redaktion der „Österreichischen Volkszeitung“ gelangt sind, befaßt sich mit der insbesondere für die Geschäftswelt so wichtigen Frage.

Abg. Friedmann sprach gestern beim Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Freiherrn v. Trnka vor, um gegen die beabsichtigte Sperrung der Gasöfen Einspruch zu erheben. Der Minister gab die Versicherung, daß von einer einseitigen Maßregel nicht die Rede sein könne; wenn Einschränkungen notwendig

werden sollten, würden sie möglichst gleichmäßig auf alle Heizöfen ausgedehnt werden.

(Österreichische Gasbeleuchtungs-A. G.)

Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. August Peris wurde gestern die Generalversammlung der Österreichischen Gasbeleuchtungs-A. G. abgehalten. Nach dem vorgelegten Bericht hat sich das abgelaufene Geschäftsjahr gegen das Jahr 1915 nicht wesentlich geändert. Die im letzten Bericht angeführten Schwierigkeiten sind bestehen geblieben und haben sich bezüglich der Kohlenbeschaffung und Transportmöglichkeiten noch verschärft, so daß die Verwaltung mit Sorge in die Zukunft blicken müsse. Auf Grund des Vertrages von 1902 hat die Gesellschaft am 11. Dezember 1916 das Versorgungsgebiet der ehemaligen Ortsgemeinden Heubdorf und Altmanndorf sowie Jagersdorf am Wienerberg an die Gemeinde Wien zu dem im Jahre 1902 vertragsmäßig vereinbarten Bedingungen abgetreten, dagegen hat für die Gemeinde Wien einen Teil des 10. und 2. Wiener Gemeindebezirktes zur Versorgung mit Leuchtgas auch weiterhin überlassen und ist diesbezüglich zwischen der Gemeinde Wien und der Gesellschaft ein zehnjähriger Vertrag (bis Ende 1926) zustande gekommen. Der Gasverbrauch der Gaswerke Wienerberg und Eggenberg hat gegen das Vorjahr um rund 488,700 Kubikmeter zugenommen. Von dem Gewinn von 395,454 K. werden 50 K. pro Aktie als Dividende verteilt und 42,977 K. auf neue Rechnung vorgetragen. In den Verwaltungs-

rat wurde der ausscheidende Hofrat Dr. Leopold Ebler v. Feltichen wiedergewählt und der kooptierte Direktor Felix Stranßky in seiner Funktion bestätigt.

Wegen das Gasöfenverbot.

In der letzten Plenarversammlung des niederösterreichischen Gewerbevereins nahm der Vorsitzende Vizepräsident Dr. Meisl Anlaß in seiner Eröffnungsrede zu dem angekündigten Verbot der Benützung von Gasöfen zu Heizzwecken Stellung zu nehmen, indem er unter anderem darauf verwies, daß die Umschaltung auf bedeutende Schwierigkeiten, insbesondere technischer Natur, stoßen wird. Schon die rechtzeitige Beschaffung des Materials und der Arbeitskräfte, um die Umwandlung der Gasöfen in den Geschäftsräumen, Werkstätten und Kanzleien durchzuführen, wird in vielen Fällen nicht leicht durchzuführen sein, außerdem würden die Umwandlungsarbeiten häufig eine empfindliche Störung des Geschäftsbetriebes mit sich bringen. Ferner kommt in Betracht, daß die Heizkraft der Kohle bei der Gasheizung bekanntlich viel wirtschaftlicher ausgenützt wird, als bei der bloßen Kohlenfeuerung, so daß die erwartete Ersparnis doch viel geringer wäre als es bei der Berechnung sich herausstellt. Viel zweckmäßiger wäre es, wenn der heurige Sommer und Herbst dazu benützt würden, daß die Gemeinde sowie die Industrieunternehmungen sich rechtzeitig, lange vor dem eigentlichen Zeitpunkt der Benützung, mit Kohlen allmählich eindecken, damit solche Kohlenversorgungs-schwierigkeiten wie im heurigen Winter sich nicht wiederholen.

Kohlenversorgung Groß-Berlins.

Aus dem Charlottenburger Stadtparlament.

Dem kürzlich verstorbenen sozialdemokratischen Stadtverordneten Vogel widmete der Vorsitzende der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung in der gestrigen Sitzung herzlichste Worte des Gedenkens. Stadtv. Kaufmann dankte Magistrat und Stadtverordneten für die Glückwünsche anlässlich seines 80. Geburtstages. An Stelle des verstorbenen Geheimen Studienrates Prof. Dr. Hubatsch wurde der Stadtv. Landtagsabgeordneter Paul Hirsch (Soz.) zum stellvertretenden Leiter des Ortsparlaments gewählt. Es waren 42 Stimmzettel abgegeben worden, von denen 39 auf den Namen Hirsch lauteten. Zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurde dann Magistratsassessor Bruns - Bütsfeld gewählt.

Die Einrichtung besonderer Schulschwesterstellen hat sich in Charlottenburg nicht bewährt. Es hat sich herausgestellt, daß es wichtiger ist, in der sozialen Fürsorge vorgebildete Schulfachfrauen anzustellen, und nicht nur in der Krankenpflege erfahrene Schwestern. Die Stadtverordneten beschloßen denn auch gestern, die Einrichtung der Schulschwesterstellen aufzuheben und nur noch Helferinnen in den verschiedenen sozialen Einrichtungen der Stadt für Schulkinder zu beschäftigen. Für die Feuerung der städtischen Gebäude und Schulen mußte die Versammlung 10 000 Mark nachbewilligen, obwohl die Schulen zeitweise geschlossen waren und gar nicht geheizt werden konnten. Die Feuerung von Holz und Kohle erforderte die Nachbewilligung. Die Uebernahme der Charlottenburger Müllabfuhrgesellschaft „Dreiteilung“ in städtische Regie fand die Zustimmung der Versammlung. Der Magistrat wurde berechtigt, das gesamte lebende und tote Inventar der Gesellschaft für 200 000 Mark zu erwerben. Die Summe soll in zehn Jahren mit je 20 000 Mark bezahlt werden. Die Kriegerfamilien-Unterstützung ist nach den gestrigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ähnlich wie in den übrigen Städten geregelt worden. Ergänzend wurde beschloßen, daß von dem Arbeitsverdienst der alleinstehenden Ehefrauen monatlich 40 Mark, bei Ehefrauen mit ein oder zwei Kindern monatlich 60, bei Ehefrauen mit drei und mehr Kindern monatlich 80 Mark frei bleiben und nur der übersteigende Betrag in der Regel mit der Hälfte auf die Kriegsunterstützung angerechnet wird.

Einen Dringlichkeitsantrag: „Der Magistrat wird ersucht, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Magistraten der anderen Gemeinden Groß-Berlins, die erforderlichen Maßnahmen baldmöglichst zu treffen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial für die nächste Heizperiode sicher zu stellen“, begründete Stadtv. Brods (lk.). Die Schwierigkeiten, die sich in der Kohlenversorgung im vergangenen Jahre geltend gemacht haben und besonders in dem Transportmangel ihre Ursache hatte, könnten sich in diesem Herbst wiederholen. Die Stadt müsse deshalb vorbeugend wirken. Am besten werde es sein, wenn die Groß-Berliner Gemeinden gemeinsam beraten würden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Oberbürgermeister Dr. Scholz teilte mit, daß der Magistrat im vergangenen Jahre vergeblich versucht habe, die Kohlenversorgung der Stadt sicher zu stellen. Jetzt habe er beschloßen, 300 Waggon Preßkohlen zu kaufen und sie für die ärmere Bevölkerung bis zum nächsten Winter zu lagern. Noch sei aber kein Abschluß möglich gewesen, die Angelegenheit sei zweifellos für die Gemeinden von größter Wichtigkeit, und es empfehle sich, mit den Regierungsbehörden beizeiten zu verhandeln. Der Vorstand des Deutschen Städtetages werde dann auch zu allen einschlägigen Fragen demnächst Stellung nehmen. Der Magistrat sei bereit, mit den Stadtverordneten in einem Ausschuß über die weiteren Fragen zu beraten. Die Versammlung setzte dann auch einen Fünfzehner-Ausschuß zu

diesem Zwecke ein. — In geheimer Sitzung wurde beschloßen, den Stadträten Moll und Sachs die Würde als Stadtälteste zu verleihen.

4./V. 1917

157

Ein rücksichtsloses Kohlenhandlerehepaar. Trotz Unbescholtenheit der Angeklagten sah sich der Bezirksrichter Doktor Moldauer in der Leopoldstadt veranlaßt, gegen die Kohlenhändlerin Josefa K a s t a n und deren Mann Wendelin, welche ihr Geschäft in der Großen Sperlgasse betreiben, die höchste zulässige Strafe von je hundert Kronen wegen Verkaufsverweigerung zu verhängen, weil diese Angeklagten aus reiner Laune hunderte Angestellter umsonst vor ihren Geschäften in der strengsten Wintertälte am 23. Jänner stundenlang stehen ließen, um sie dann wegzuschicken, obwohl sie Kohle vorrätig hatten.

Nicht wegen Wagenmangels fehlt die Kohle. Aus amtlicher Quelle wird mitgeteilt: Die Zentraltransportleitung erhält täglich viele Beschwerden über schlechte Kohlenversorgung, wobei als Ursache der Wagenmangel angeführt wird. Die gleiche Ursache wird mit Vorliebe von den Bergbauunternehmungen zur Rechtfertigung der Unterlassung der Lieferungen ins Treffen geführt. Es ist daher notwendig, amtlich festzustellen, daß die gesamte von den österreichischen Kohlenrevieren bestellte Wagenmenge seit längerer Zeit voll beige stellt wird; deshalb steht die nicht ausreichende Kohlenversorgung mit der Wagenbeistellung in keinem Zusammenhang. — Damit weiß man nun, was nicht schuld ist, daß wir zu wenig Kohle haben. Die amtliche Stelle, die das mitteilt, sollte doch nicht so zimperlich sein, daß sie verschweigt, was tatsächlich der Grund ist.

Die beabsichtigte Sperrung der Gasöfen.

Abg. Friedmann begab sich vor einigen Tagen zum Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Freiherrn v. Trnka, um gegen die beabsichtigte Sperrung der Gasöfen in Wien Einsprache zu erheben. Der Minister gab die Versicherung, daß von einer derartigen einseitigen Maßregel nicht die Rede sein könne. Sollten Einschränkungen notwendig werden, so würden dieselben möglichst gleichmäßig auf alle Heizöfen ausgedehnt werden.

In einer Unterredung äußerte sich Abg. Friedmann über diese Frage in folgender Weise: Der Plan, für den Herbst und Winter die Gasöfen in Wien zu sperren, rief begreifliches Aufsehen bei allen jenen hervor, die auf Gasheizung angewiesen sind. Die Zahl derselben ist nicht gering, zumal nicht nur Privathaushalte, sondern auch viele Bureauz und Geschäftslokaltäten hiedurch arg betroffen wären. Im vorliegenden Falle wurde ganz unnötigerweise wieder Beunruhigung hervorgerufen, und es ist darum höchst erfreulich, daß der Arbeitsminister erklärt hat, daß eine derartig einseitige Maßregel nicht zur Durchführung kommen würde. Die Gasheizung ist tatsächlich sehr ökonomisch, nicht nur vom Standpunkt des Kohlenverbrauches und der Gewinnung des zu Heizwecken vielfach unentbehrlichen Kokses, sondern sie verringert auch die Zahl der für den Zustreisdienst zu den Häusern notwendigen Fuhrwerke.

Sollten infolge nicht zureichender Kohlenförderung oder wegen der Waggonknappheit nicht genügend Kohlen nach Wien kommen, müßte eine allgemeine Reduktion für die Zimmerbeheizungen Platz greifen. Aber neue Gasöfen werden nicht aufgestellt und demnach wird die Leistungsfähigkeit der Gaswerke nicht in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden.

Zunächst können die zahlreichen Interessenten und Besitzer von Gasöfen versichert sein, daß eine einseitige Benachteiligung nicht Platz greifen wird, und es sollten mithin auch alle jene, welche bereits Vorbereitungen für die Anstellung von Kohlenöfen getroffen haben, dieselben einstellen. Abgesehen von dem Material- und Arbeitermangel sowie den ziemlich hohen Kosten wären alle diese Vorbereitungen voraussichtlich auch deshalb unnütz gewesen, weil für den Fall, als einschneidende Maßregeln notwendig würden, dieselben doch immer ihren Grund in ungenügenden Kohlenmengen hätten. Und wenn die Kohlen zur Gas erzeugung nicht hinreichen würden, wären sie ja auch für die direkte Kohlenheizung nicht da.

Berlins Kuxenankauf.

Die außerordentliche Stadtverordneten-
sitzung am Dienstag.

Bereits am nächsten Dienstag sollen die geheimen Beratungen über den Ankauf von Kuxen des Bergwerks Trier beginnen. Am Donnerstag hatten die Stadtväter nur die Vorträge der Sachverständigen, des Geh. Oberbergrats Beyerschlag, des Geh. Bergrats Krusch und des Bergwerkdirektors Schäfer angehört. In der geheimen Sitzung am Dienstag wird die endgültige Entscheidung selbstverständlich noch nicht fallen. Man wird die Angelegenheit, bei der es sich in letzter Linie um eine Ausgabe von 60 bis 70 Millionen handelt, vorerst einem Ausschuss, über dessen Zusammenfassung wohl kein Zweifel mehr besteht, zur weiteren sorgfältigen Prüfung überweisen.

Wohl aber dürfte bereits die Sitzung am Dienstag darüber Klarheit verschaffen, daß Berlin bei seiner Gas erzeugung zum Kokereibetrieb übergehen muß, bei dem das Gas nur als Nebenprodukt fällt. Um einen solchen Kokereibetrieb sicherzustellen und wirklich lohnend zu machen, muß die Reichshauptstadt für die Freiheit im Bezuge des geeigneten Brennmaterials sorgen. Das kann wirksam nur dann geschehen, wenn die Stadt über reiche und geeignete Kohlenfelder verfügt. Der Einwand, daß es überhaupt nicht Sache eines städtischen Gemeinwesens sei, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben, bedarf wohl kaum der Widerlegung. Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung, nicht minder die Verkehrsunternehmungen, die der Allgemeinheit dienen, werden schon seit Jahren mit Erfolg von zahlreichen Gemeinden betrieben. Gerade wer eine gesunde Finanzpolitik von den Städten fordert, darf von ihnen nicht verlangen, daß sie alle vererbenden Unternehmungen Privaten überlassen. Wiederholt ist in der Presse mitgeteilt worden, daß hervorragende rheinisch-westfälische Großindustrielle, die als ebenso vorsichtige wie weitschauende Geschäftsleute gelten, vor den Toren Berlins die Errichtung größerer Kokereibetriebe planen; sie warten nur darauf, daß der Absatz des Gases, das als Nebenprodukt dabei gewonnen werden wird, gesichert sei. Berlin braucht um den Absatz des Gases nicht mehr zu sorgen; daß es den gewonnenen Koks leicht absetzen wird, unterliegt keinem Zweifel; erhält doch jetzt noch Berlin jährlich eine Zufuhr von 400 000 Tonnen Koks.

Gewichtiger erscheint der Einwand, daß der Preis für die Kuxe von Trier, die durch Vermittelung des A. Schaffhausen'schen Bankvereins angekauft werden sollen, reichlich hoch sind. Für einen Kux der Gewerkschaft Trier sollen jetzt 14 500 M. gezahlt werden. Jüngst ist aber erst für einen solchen der Zeche Brassert ein Preis von 21. bis 22 000 M. erzielt worden; dabei besitzt die Gewerkschaft Brassert, die an die Rheinischen Stahlwerke übergang, nur eine Doppelschichtanlage, während Trier über deren drei verfügt. Brassert hat nur 7 Maximalfelder, Trier 16, die Beschaffenheit der Kohlen von Trier ist mindestens so gut als die von Brassert. Allzuviel Kokslohlenzechen sind im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht mehr frei. Da aber nach dem Kriege der Bedarf an Kohle und Eisen aller Wahrscheinlichkeit nach ganz bedeutend steigen wird, so dürfte der Erwerb solcher Zechen später noch viel schwieriger und teurer werden. Schon vor dem Kriege hatte Berlin außerordentliche Schwierigkeiten, um gut kokende Kohlen zu erhalten. Oberschlesien besitzt solche nicht. Niederschlesien forderte so hohe Preise, daß Berlin auf deren Bezug verzichten mußte. Das nur etwa 1 v. H. der deutschen Steinkohlenvorräte (die auf 482 556 Millionen T. geschätzt werden) enthaltende niederschlesische Kohlenrevier braucht aber mit seinen Preisen nicht herunterzugehen; ist es doch an der gesamten Steinkohlenförderung des Deutschen Reiches mit 3,51 v. H. beteiligt.

Wenn Berlin sich vorwiegend mit englischer Kohle versorgte, hauptsächlich aus dem Durham-Gebiet, so geschah es nicht etwa deswegen, weil wir in Deutschland keine ebenbürtige Fettkohle besitzen, sondern weil diese Fettkohle in der Nähe der rheinisch-westfälischen Zechen selbst ihre Verwendung fand und findet. Nun hatte in England schon vor dem Kriege ein Parlamentsausschuß darauf gedrungen, daß man die Ausfuhr der guten englischen Fettkohle einschränken solle. Inwieweit die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zur Ausführung kommen werden, das vermag heute keiner zu sagen. Jedenfalls wird man in Großbritannien auch nach Beendigung des Krieges keine besondere Lust zeigen, gerade Deutschland die gute Fettkohle abzusetzen. Abnehmer genug wird England dafür finden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es auch darauf einen Ausfuhrzoll legen. Dazu kommt, daß die Kosten für die überseeische Fracht noch mehrere Jahre nach dem Kriege weit höher sein werden als vorher. Sicherlich wird auch das Reich, das bereits die einheimische Kohle besteuert, von der aus dem Ausland eingeführten eine weit höhere Abgabe verlangen. Es ist also eine unbedingte Notwendigkeit, sich in der eigenen Heimat den Besitz von geeigneten Kohlenfeldern zu sichern. Was man bisher über die Gutachten der Sachverständigen, die durch kein privates Interesse für die Zeche Trier voreingenommen sind, gehört hat, berechtigt zu der Annahme, daß die Stadt Berlin trotz des geforderten Preises von 14 500 M. für den Kux bei dem Ankauf von Trier kein schlechtes Geschäft machen wird.

Wie aber auch die Stadtväter sich entscheiden, eines ist bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und bei der Entwicklung unserer Gastechnik unbedingt sicher: eine Gasgewinnung kann in Zukunft nur wirklich rentabel sein, wenn bei ihr der Kokereibetrieb die Hauptsache ist. Zu einem vorteilhaften Kokereibetrieb gehört aber der sichere Bezug von geeigneter Kohle, der am besten durch den Besitz von Kohlenfeldern gewährleistet wird.

Kurt Joël.

**Kein Ertragewinn für die Kohlen-
händler!** Als in den kalten Wintertagen der Kohlen-
mangel so bitter verspürt wurde, erkannte man, daß einer
seiner Gründe der Mangel an Fuhrwerk sei, das nötig ist,
die Kohlen von den Kohlenrutschen in den Bahnhöfen zu
den Kleinverächlern zu bringen. Deshalb stellte das
Kriegsministerium Militärautomobile und der Kaiser Hof-
lastwagen zur Beförderung der Kohlen von den Bahnhöfen
in die Bezirke bei. Die Kohlenrohändler rechneten damals
den Kleinhändlern für den Zentner Kohlen genau so viel,
als sie gefordert hätten, wenn die Zufuhr in ihren eigenen
Wagen geschehen wäre. Nun kostet die Beförderung von
100 Kilogramm Kohlen vom Bahnhof zum Kleinkohlen-
händler je nach der Entfernung 55 Heller bis 94 Heller.
Dieses Geld haben die Groshändler bekommen, sie haben
es bisher aber für Fuhrwerk nicht ausgegeben, denn wie
uns von eingeweihter Seite mitgeteilt wird, haben die
Kohlenrohändler bis heute vom Kriegsministerium oder
von der Hofwagenverwaltung keine Rechnung bekommen.
Ihnen keine zu schicken hätte keinen Sinn, denn die
Kohlenrohändler haben damit gerechnet, daß sie den
vollen Fuhrlohn zahlen müssen, mindestens haben sie aber
die mit Militär- und Hofwagen beförderten Kohlen nicht
billiger verkauft und die Kohlenkleinverächler haben es
auch nicht getan. Hätte man die Wagen umsonst beistellen
wollen, dann hätte man das sofort sagen und solche
Preise bekanntgeben müssen, daß der Fuhrlohn nicht ein-
gerechnet ist. Da das verabsäumt wurde, bleibt nichts
übrig, als den Kohlenrohändlern das Geld, das sie
heute unberechtigt verwahren, abzuverlangen und zum
allgemeinen Besten zu verwenden.

6. IV. 1917

152

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die beabsichtigten Beschränkungen bei der Raumheizung mit Gas im nächsten Winter.

Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit vieleroiterte Frage bezüglich einer im Winter 1917/18 eventuell notwendigen weitgehenden Einschränkung der Raumheizung mit Gas, machte Bürgermeister Dr. Weiskirchner einem Berichterstatter gegenüber folgende Mitteilungen:

Bereits vor einiger Zeit hat der Minister für öffentliche Arbeiten nicht nur mich und den Direktor der städtischen Gaswerke in Wien, Herrn Menzel, sondern auch alle übrigen Gaswerke in der Monarchie verständigt, daß unter allen Umständen die zur Gas-erzeugung notwendige Kohle mit Beginn des Winters nicht in jenem Ausmaße zur Verfügung stehen werde, die zu dem Vollbetrieb der Gaswerke nötig erscheint. Der Minister beauftragte die Gaswerke, schon jetzt Vorbereitungen zu einer Herabsetzung des Gasconsums zu treffen, wobei er sich vorbehalte, durch besondere Regierungsverordnungen gewisse Einschränkungsmaßregeln zu verfügen.

Bei den internen Beratungen ergab sich, daß die öffentliche Beleuchtung in Wien weitere Beschränkungen nicht mehr gestattet.

Die Abgabe von Gas für Kochzwecke müsse im Interesse von circa 200.000 Haushaltungen in Wien unbedingt aufrechterhalten werden.

Die Abgabe von Gas für industrielle und gewerbliche Zwecke könne ohne tiefe Schädigung des Wirtschaftslebens nicht herabgesetzt werden.

Reich, Staat und Kohle.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hat mit Wirkung vom 1. d. Mts. eine neue Preiserhöhung vorgenommen, nachdem die letzte Steigerung am 1. Januar d. J. in Kraft getreten war. Sie wird, wie üblich, mit der Erhöhung der Produktionskosten, insbesondere mit der Steigerung der Löhne und der Materialpreise begründet; zum Belege wird auf die Gewinnminderung der Zechen im ersten Quartal dieses Jahres hingewiesen, wenn man auch nicht weiß, wie weit diese nur durch die großen Versendungs-schwierigkeiten der letzten Monate hervorgerufen wurde. Weiteres Material für eine wirkliche Beurteilung fehlt unter den jetzigen Verhältnissen der Dessenlichkeit. So bleibt lediglich die Tatsache zu konstatieren, deren Wirkungen ja auf der Hand liegen: die Kriegsindustrie wird die Erhöhung ohne Schwierigkeiten tragen, weil sie die erhöhten Produktionskosten weiter auf die Reichskasse abzuwälzen in der Lage ist; die Friedensindustrie, soweit sie noch vorhanden sind, werden die Möglichkeit der Abwälzung viel schwerer finden; das gesamte Preisniveau aber wird eine neue Umdrehung der Schraube noch oben erfahren, die Konsumenten (und die Steuerzahler) tragen die Last. Aber diese „Vergessenen“ sind, wie immer, stumm und unverstehen.

Und nur auf diese Seite der Frage muß, wenn es auch bisweilen hoffnungslos erscheinen mag, wieder einmal hingewiesen werden. Die Berliner Börse hat die Erhöhung der Preise mit einer Heraushebung der Kohlenkurse um mehrere Prozent beantwortet, mit der charakteristischen Begründung des Börsenberichtes, daß „die nunmehr durchgesetzte Preiserhöhung für Kohle und Koks für die Werke nicht nur in rein verdienstlicher Hinsicht wichtig sei, sondern auch die Entschiedenheit beweise, mit der die Zechen ihren Ansichten schließlich Geltung zu verschaffen wüßten.“ In einer Zeit, in der konservative und alldeutsche Blätter Tag für Tag mit durchsichtiger Absicht sich über die angebliche vollständige „Abhängigkeit der Regierung von der Arbeiter-schaft und der Sozialdemokratie“ erlassen, ist dieses Börsenurteil über den Einfluß der Schwerindustrie gewiß nicht uninteressant.

Tatsächlich hat der preussische Handelsminister, der die Preiserhöhung zum 1. April noch abgelehnt hatte, jetzt seine Zustimmung gegeben; die Maßregel wäre ohne das nicht möglich gewesen, weil der Minister neben seinem von uns nie sehr hoch eingeschätzten Recht zum Rücktritt aus dem Syndikat jetzt in der Kriegszeit stets das sehr viel wirksamere Mittel der Höchstpreissetzung in der Hand hat. Gewiß haben auch die sachlichen Argumente der Zechen auf den Minister Eindruck gemacht. Aber mit allem Nachdruck muß doch erneut darauf hingewiesen werden, daß der preussische Fiskus auch seinerseits immer ein sehr großes Interesse an hohen Kohlenpreisen hat, jetzt nach der Verstaatlichung der „Hibernia“ noch mehr als vorher. Der preussische Staat hat sich am Kohlenbergbau, den er viel zu lange dem privaten Kapital ausgeliefert hatte, beteiligt, um Einfluß auf die Verhältnisse im Bergbau, im besonderen auf die Preisgestaltung, zu gewinnen. Aber seine sehr teuer gekauften Zechen sollen rentieren, und es rentieren umso besser, je höher die Preise sind. Der preussische Fiskus wird den Preiswünschen der privaten Gruben schwerlich jemals ernstlich gefährlich werden. Das ist hier schon oft gesagt und mit Tatsachen belegt worden. Neu aber ist, daß jetzt auch das Reich an hohen Kohlenpreisen unmittelbar interessiert worden ist. Das Mittel dazu war die Form, die dem Kohlensteuergesetz gegeben wurde. Die Abgabe beträgt 20 Prozent vom Werte der fakturierten Kohle; je höher der Wert ist, desto höher ist also auch der Ertrag für die Reichskasse; wird der Kohlenpreis um 2 Mark für die Tonne erhöht, so erhöht sich automatisch der Ertrag der Kohlensteuer um 40 Pfg. für die Tonne Kohle, und die Erhöhung für den Verarbeiter und Verbraucher beträgt in Wirklichkeit nicht 2 Mark, sondern 2.40 Mark für die Tonne. Die Interessen der drei mächtigen Faktoren: des Reiches, des Staates und der privaten Kohlenkapitalisten, gehen also durchweg parallel, alle drei profitieren von einer Preiserhöhung. Nirgends aber, auch nicht in den Parlamenten, finden die Interessen der Verarbeiter und Verbraucher Wortführer zu ihrem Schutze.

Dabei war die Gelegenheit zu einer Umgestaltung in der jüngsten Zeit dreimal gegeben: bei der Beratung des Zwangs-syndikat-Gesetzes, durch das Reich und Staat das Kohlen-syndikat zu garantieren, für den Reichstag oder den preussischen Landtag; bei der Beratung der „Hibernia“-Vorlage im Landtage und bei der Beratung der Kohlensteuer im Reichstags-tage. Daß alle diese Gelegenheiten verpaßt wurden, ist ein schweres Versäumnis. Immer wieder haben wir die Notwendigkeit zu einer schöpferischen Neugestaltung der Machtverhältnisse im Bergbau beont, einer Neugestaltung, die die Verfügung über diese wichtigsten Lebenskräfte der Nation und die Bestimmung über Preis und Absatz dieses wichtigsten Hilfsmittels aller Produktion der ausschließlichen Macht der Bergwerksbesitzer entziehen und den Interessen der anderen Beteiligten einen mitbestimmenden Einfluß gewähren müßte. Der Weg dazu wäre gar nicht schwer, wenn man sich nur entschloße, aus der Vertriebs-gesellschaft Kohlenyndikat einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu machen, in dem neben den Kohlenproduzenten auch die verarbeitende Industrie, die Landwirtschaft, die Eisenbahnen, die Kommunen, die Arbeiter usw. Sitz und mitbestimmende Stimme hätten. Man wird solche neuen Formen der Wirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich doch schaffen müssen, wenn man ernsthaft an das Problem der Steuerbeduna für die Kriegslasten herangehen wird. Man hätte hier ein Vorbild dafür schaffen können. Und die erneute Erhöhung der Kohlenpreise mag manchen Abgeordneten doch wohl zu der Frage anregen, ob es klug war, an diesem wie an manchen anderen Problemen vorbei zu gehen und jetzt auch das Reich, wie vorher schon den preussischen Staat, einseitig an hohen Kohlenpreisen zu interessieren, statt wenigstens die Lösung dieser Frage zur Vorbedingung für die Annahme des Kohlensteuergesetzes zu machen.

Gegen Mißbräuche im Kohlenhandel.

Auf dem städtischen Kohlenlagerplatz Borgartenstraße hat sich der gleiche Uebelstand gezeigt, der kürzlich auf dem Verkaufsplatz der Nordbahn, in der Innstraße, aufgetreten ist, nämlich das Vordringen des unlauteren Handels. Zur Bekämpfung dieses Uebelstandes gibt die Gemetude auf diesem Lagerplatz die Kohle nur gegen Vorweisung und Abstempelung der Wehlbezugskarte ab. Auf eine Karte wird im Monat nur eine Menge von 250 Kilogramm verabfolgt. Diese Einführung ist bereits in Kraft. Durch diese Maßregel hofft man auch die unbegründete Hamsterei zu bekämpfen, da ein Entleihen der Karte zum Zwecke des Kohlenbezuges mit Rücksicht auf die damit verbundenen Straffolgen (die Wehlbezugskarte ist wie die übrigen Lebensmittelarten unübertragbar) voranschreitlich nicht stattfinden wird.

Holzangel und Holzteuerung. Ein Oberlehrer vom Lande schreibt uns: Warum haben wir so wenig Holz, warum ist es so teuer? Die Erhöhung der Tagelöhne für die Arbeiter — sie bekommen bei uns 1 Krone im Tag mehr —, die Steigerung des Fuhrlohnes, der sich verdoppelt hat, macht es nicht. Der Grund ist, daß die Gutsbesitzer wie die Gemeinden, die Forste besitzen, die Schläge, die sie jährlich abzuforsien gehalten sind, in Lose teilen und diese Lose an die Meistbietenden versteigern. Dadurch ist eine wilde Preispekulation eingetreten. Größere Bauern unserer Gegend haben um zwei- bis viertausend Kronen Holz gekauft und daheim aufgeschlichtet, reichere Bauern haben sich als Holzhändler und Preistreiber aufgetan und verkaufen den Festmeter, der sie heute höchstens auf 20 Kronen kommt, um 50 Kronen. Dagegen empfiehlt der Einsender folgende Mittel:

1. Spätestens August bis September dieses Jahres müssen in jeder Gemeinde, bei jedem Besitzer, die Vorräte an Holz und Kohlen aufgenommen werden von der Kommission, die die Getreidevorräte aufnimmt.
2. Für jeden Besitzer wird bestimmt, wie viel Brennmaterial er bis Dezember 1918 benötigt.
3. Hat er soviel Vorräte, darf er unbedingt kein neues Holz kaufen. Hat er sie nicht, so darf er nur soviel kaufen, als er braucht. Es muß somit auch eine Art von Bezugskarten für Holz geben sowie einen festgesetzten Höchstpreis.

Die Vorzugskundschaft. Die Kohlennot des letzten Winters hat viele während des Sommers vorsorgen gelehrt. Die Ueberzahl vermag dies aber nicht, da sie von der Hand in den Mund lebt. Für sie müßte die Gemeinde Vorräte häufen. Aber nicht nur daß sie Gefahr laufen, später schwer benachteiligt zu werden, leiden sie schon jetzt bei der Deckung des laufenden Bedarfs unter der Bevorzugung der guten Kundschaft. Die Kohlenhändler auf der Gernalscher Rutschen haben ihre alten Kunden verständigt, daß sie eine größere Kohlenmenge kaufen könnten. Das ließen sich die wenigsten zweimal sagen. Während nun diese sofort abgefertigt wurden, mußten alle jene, die nur 25 Kilogramm kaufen können oder verkauft bekommen, stundenlang warten. Das müßte doch nicht sein.

Bekanntmachung

betreffend

Höchstpreise für Koks.

Auf Grund des Reichsgesetzes betreffend Höchstpreise werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

I. Beim Verkauf von Koks in Mengen von 1 dhl und mehr:

Hüttenkoks jeder Art	Bei Lieferungen frei Haus		ab Lager	
	Doppelbett.	c m	1000 kg	Doppelbett.
über 20 mm	5.60	50.60	5.—	4.80
von 10—20 mm	5.—	27.50	5.—	4.20

II. Beim Verkauf von Koks in Mengen von weniger als 1 dhl:

a) Beim Verkauf ab Lager des Großhändlers, der die Feuerungsmaterialien mit der Eisenbahn waggonweise oder mit einem Wasserfahrzeug bezieht:

Hüttenkoks jeder Art	1/4 dhl. = 50 Liter
über 20 mm	1.20
von 10—20 mm	1.10

b) Beim Verkauf ab Laden oder Lagerplatz des Kleinhändlers (Gemüsehändlers usw.) oder eines Händlers mit Feuerungsmaterialien, der seine Vorräte zur Zeit überwiegend vom Lager eines hiesigen Großhändlers beziehen muß:

Hüttenkoks jeder Art	1 Eimer zu 10 Liter	1/4 dhl. 50 Liter
über 20 mm	31	1.40
von 10—20 mm	27	1.25
Grober Gaskoks oder Binder	22	1.—
Gebrochener Gaskoks	21	1.10

Diese Vorschrift tritt am 10. Mai 1917 in Kraft. Zuwiderhandlungen werden mit den gesetzlichen Strafen bestraft.

Hamburg, den 10. Mai 1917.
Hamburgisches Kriegsverorgungsamt.

Der Abend

11. 17. 1917

158

Die Kohle.

Für die Kohलगroßhändler scheint die Verordnung über die Verkaufsverweigerung nicht vorhanden zu sein, wenigstens ist es allgemein bekannt, daß bei diesen Herren nur solche Leute Kohle bekommen, welche durch berufliche oder gesellschaftliche Stellung besonderen Einfluß besitzen. Die Masse der Verbraucher wird durch diesen groben Unfug arg geschädigt und jetzt um so fühlbarer, da mehrere Kohlenrutschen der Gemeinde seit einigen Tagen ohne Kohlen sind, so daß die kleinen Leute keine Quelle zur Beschaffung von Brennstoff haben.

Rückvergüteter Mehrerlös aus Kohlenverkäufen.

113.650 Kronen für wohltätige Zwecke.

Anlässlich der letzten Regelung der Verkaufspreise für oberschlesische Hausbrandkohle auf dem Wiener Plage am 5. Februar d. J. haben sich, wie amtlich mitgeteilt wird, die Kohलगroßhändler verpflichtet, bezüglich jener Mengen obererschlesischer Hausbrandkohle, die sie vor dem 5. Februar d. J. noch zum billigeren, bis zum 1. Februar d. J. in Geltung gestandenen Frachtsätze bezogen haben und die nach einer amtlichen, von der Nordbahndirektion vorgenommenen Feststellung an dem angegebenen Tage noch am Lager waren, den aus der Preiserhöhung sich ergebenden Mehrerlös dem Handelsministerium zur Verfügung zu stellen.

Nachdem nun alle in Betracht kommenden Firmen die auf sie entfallenden Beträge eingezahlt haben, hat das Handelsministerium im Sinne der seinerzeitigen Abmachungen mit den Kohलगroßhändlern und den beteiligten Stellen von der eingegangenen Gesamtsumme im Betrage von K. 113.653 den Teilbetrag von K. 25.000 der Nordbahndirektion für die von ihr ins Leben gerufene Wohlfahrtsaktion zugunsten von Hinterbliebenen gefallener Nordbahnbekleideten und den restlichen Betrag von K. 88.653 der Gemeinde Wien für Zwecke der Versorgung des minderbemittelten Teiles der Wiener Bevölkerung mit Kohle zur Verfügung gestellt.

Der Abend
13. IV. 1917

160

Selbstverständlich!

Die „N. Fr. Pr.“ berichtet, selbstverständlich ohne sich im geringsten aufzuregen, daß vom 14. Mai ab eine Preiserhöhung für alle Sortimente oberschlesischer Kohle um 2 Mark die Tonne erfolgt. Wenn diese Preissteigerung in Kraft gesetzt sein wird, werden auch die Vertreter der österreichischen Steinkohlenindustrie an die Staatsverwaltung das Ersuchen richten, die Preise der oberschlesischen Kohle dementsprechend zu erhöhen.

Selbstverständlich, denn daß die Herren Händler um diese zwei Mark an der Tonne weniger verdienen sollten, ginge ja wider die geheiligte Überlieferung, daß der Erzeuger und Händler zum Verdienen, der Verbraucher zum Zahlen auf der Welt ist. Deshalb halten wir für die dritte Selbstverständlichkeit, daß man die herantretenden Kohlenbeherrscher höflich aber entschieden zum Abtreten veranlassen wird.

*

Bestandshebung von Weiden. Mit dem 15. Mai ist eine Bekanntmachung über Bestandshebung von Weiden, Weidenstöcken, Weidenschienen und Weidenrinden in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden alle Weiden auf dem Stock und geschnitten, Weidenstöcke, Weidenschienen und Weidenrinden einer dreimonatlichen Meldepflicht unterworfen, sofern die Vorräte in den einzelnen Sorten mehr als drei Zentner betragen. Die Meldungen sind auf vorgeschriebenem Meldeschein an die Holzmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich-Preussischen Kriegsministeriums in Berlin S.W. 11, Königgräberstraße 100a, die auch für Anfragen und Anträge zuständig ist,

zu richten, und zwar die erste Meldung für den vorhandenen Bestand bis zum 25. Mai 1917.

Die Kohlennot Hamburgs.

† Der endlich zu Ende gegangene Winter war durchhallt von den Klagen über die schlechte Versorgung mit Kohlen. Ganz besonders schlecht war sie aber in Hamburg, weil die strenge Kälte ausnahmsweise lange die Wasserläufe in dem Vann des Eises hielt. Wasserwege sind gut, darum schon, weil sie den Transport verbilligen; aber daß Hamburgs Entwicklung auch an den weiteren Ausbau der Eisenbahnverbindungen gebunden ist, ist in der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes am 8. Mai gelegentlich der Besprechung der Elbe-Donau-Verbindung klargestellt worden. Wenn mehr Eisenbahnstränge nach Hamburg führten, wäre die Versorgung mancherlei Art in der Kriegszeit leichter gewesen. Vor allem hätte das jetzt fast durchweg brachliegende Industriegebiet Hamburgs ganz anders aufgeschlossen werden können. Es hat jetzt aber keinen Wert, Möglichkeitsrechnungen aufzustellen. Die Eisenbahnverbindungen reichen im Winter nicht aus, uns hinreichend mit Kohlen zu versorgen, das sahen wir ein, und die Wasserwege waren uns durch Eis versperrt, das sahen wir auch ein und harreten des Frühlings, auf den wir allzeit mit schönen Worten vertröstet worden waren.

Der Frühling kam, aber die Kohlen kamen nicht; die letzte Scholle Eis ist längst zerschmolzen, aber Kohlen kommen immer noch

nicht nach Hamburg. Der Bedarf der Haushaltungen ist, weil nicht mehr geheizt zu werden braucht, auf ein geringes zurückgegangen. Ist sonst zu beobachten, daß mit dem geringer werdenden Bedarf die Knappheit schwindet, so erleben wir hier das Gegenteil: der Bedarf ging zurück und die Knappheit stieg trotzdem. Es ist klar, daß, wenn zur Winterzeit bei gesteigertem Bedarf an Kohlen durch die Haushaltungen unsere Verkehrsinstanzen trotz der Zufuhrschwierigkeiten nicht stocken, es nicht an den Zufuhrwegen liegen kann, wenn die Versorgung schlechter wird, nachdem durch Frost bedingte Verkehrshindernisse nicht mehr in Frage kommen. Da muß irgend etwas im Verteilungsplan nicht stimmen, und wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß Hamburg wieder einmal von der Verteilungsstelle in Berlin zu wenig berücksichtigt wird. Wir verlangen keineswegs, daß wegen unserer Kohlenversorgung kriegswichtige Betriebe zurückstehen sollen; wir können uns jetzt, bei der langen Tagesdauer, darein finden, abends ohne Licht auszukommen, in dem Gedanken, daß dieses Sitzen im Finstern zu Auf und Frommen unserer kämpfenden Heere ist. Aber andere Städte werden besser versorgt, und auf diese Ungleichheit mit gebührendem Nachdruck hinzuweisen, haben wir ein unverbrüchliches Recht.

In der erwähnten Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes ist es klar zum Ausdruck gekommen, daß wohl keine Stadt im Deutschen Reich in gleicher Weise unter dem Krieg leidet, wie Hamburg. Handel und Schifffahrt ruhen, das Gewerbe hält sich nur mühsam aufrecht, und nun kommt wieder diese Kohlenknappheit, unter der die Allgemeinheit wahrhaftig lange genug gelitten hat. Wenn es auch ein kleines Uebel ist, die Straßenbeleuchtung fast völlig, soweit sie nicht elektrisch ist, auszuschalten, so wird man sich damit abfinden. Schwerer wiegt der Umstand, daß durch die Sperrung der Gasentnahme viele Gewerbe unmittelbar getroffen werden, vor allem das der Gastwirte, die schon seit langem nicht zu lachen haben.

Was gefordert werden muß, ist: daß endlich von Hamburg aus in Berlin mit allem Gewicht eines Bundesstaates darauf gedrungen wird, Hamburg die Berücksichtigung in allen Versorgungsfragen zu schenken, auf die es Anspruch hat, damit es nicht, wie Sonnabend, geschieht, daß die Hochbahn einfach wegen Kohlenmangels nicht fahren kann, oder daß, wie am Sonntagabend, die Stadt plötzlich in urweilliche Finsternis getaucht ist.

Jetzt, da alle Verkehrswege offen sind, hat die Bevölkerung geglaubt, bald Kohlen für den Winter einnehmen zu können, aber auch damit wird es gute Wege haben. Die Bevölkerung schaut dem Winter mit großer Besorgnis entgegen, denn das „Kohlenstehen“ war in den verflochtenen Monaten aller Uebel größtes, bei dem mancher seine Gesundheit aufs Spiel gesetzt und dauernden Schaden genommen hat. Und auch im Hinblick darauf, daß wir unseren Volkstörper nicht unnötigerweise schwächen dürfen, muß im voraus für eine bessere Kohlenversorgung im kommenden Winter gesorgt werden.

Daß es unangebracht ist, die Kohlennot in Hamburg mit dem Hinweis abzutun, daß es überall so sei, möge eine Meldung aus Stade darum, nach der der dortige Gaswerksbetrieb auf längere Zeit hinaus gesichert ist, auf Grund mündlicher Vorstellungen bei der Zentralstelle in Berlin. Stade ist natürlich noch lange nicht Hamburg, und eine kleine Stadt zu versorgen fällt leichter, als eine Großstadt. Immerhin ist es interessant festzustellen, daß die kleine preussische Stadt Stade besser daran ist, als der Bundesstaat Hamburg.

Bei Besprechung der Betriebseinstellung der Hochbahn am Sonnabend haben wir darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Bevölkerung nötig gewesen wäre, vorher schon auf die Betriebseinstellung aufmerksam zu machen, weil wir der Meinung waren, daß die Möglichkeit dieser Einstellung nicht so plötzlich gekommen ist. In dieser Angelegenheit schreibt uns die Direktion der Hochbahn:

„Eine rechtzeitige Bekanntmachung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht möglich. Solange unser Betrieb infolge der seit Monaten vorhandenen Versorgungsschwierigkeiten ohne ausreichende Reserven bestände an für unsere Zwecke geeigneter Kohle und anderer Betriebsstoffe arbeiten muß, wie dies, um allen Zwischenfällen gegenüber gewappnet sein zu können, zu einer geordneten Betriebsführung unerlässlich sein würde, kann der geringste Mangel in der Anlieferung und der Güte der Betriebsstoffe die Ursache einer vollständigen Betriebseinstellung werden. Vor diesen Verhältnissen stehen wir so lange, als uns eine ausreichende Reserve an Kohlen und an sonstigen Betriebsstoffen fehlt.“

Eine rechtzeitige Bekanntmachung solcher Zwischenfälle ist selbstverständlich unmöglich. Wir bedauern, dieses selbstverständlich unmöglich nicht anerkennen zu können, weil wir der Meinung sind, daß ein Betrieb, wie der der Hochbahn, sehr wohl am Abend vorher schon feststellen kann, ob er, unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten, am anderen Morgen aufrecht erhalten werden kann oder nicht. Rücksichtslosigkeit gegen die Bevölkerung sollte, wo nur möglich, vermieden werden.

[Die Holzversorgung Oesterreichs.] Oesterreich ist hinsichtlich der Versorgung mit Hüttenloß belanntlich zum Teil auf die deutsche Einfuhr angewiesen. In der Kriegszeit ist die österreichische Holzherzeugung erheblich gestiegen, doch wurde im Jahre 1916 mit einer Menge von 25,8 Millionen Meterzentner die Produktion des letzten Friedensjahres nur um rund 200.000 Meterzentner überschritten, während andererseits der Verbrauch der Eisenindustrie erheblich zugenommen hat. Da die Gesamteinfuhr an Hüttenloß aus Deutschland überdies im Vorjahre kaum die Höhe des Jahres 1913 erreicht hat, ist es erklärlich, daß trotz des Ausfalles der in normalen Zeiten nach Rußland geschickten Holz mengen zeitweise Knappheit auftritt, zumal ja auch der Versand nach Ungarn aufrechtgeblieben ist. Die inländische Holzherzeugung, die zum weitaus überwiegenden Teile auf das Strau-Karwiner Revier entfällt, zeigt auch im laufenden Jahre eine neuerliche Steigerung, und die bei den meisten Holzanstalten in Durchführung begriffenen weiteren Zubauten von Dejen lassen erhoffen, daß die Holzherzeugung auch in der Folgezeit noch erhöht werden kann. Was die Einfuhr an Hüttenloß aus Oberschlesien anbelangt, so ist es nicht sicher, ob die normalen Quantitäten immer von Monat zu Monat nach Oesterreich verladen werden können. Im Jahre 1916 haben die Holzbezüge aus Oberschlesien, die 1913 rund 1,4 Millionen Meterzentner nach Oesterreich und circa 150.000 Meterzentner nach Wien, ferner rund 624.000 Meterzentner nach Ungarn, zusammen also etwa 2,2 Millionen Meterzentner betragen hatten, für Oesterreich die normale Menge voll erreicht; die Lieferungen für Wien waren sogar dreimal so groß und der Export nach Ungarn erreichte mehr als das Doppelte des Quantums von 1913. In den beiden ersten Kriegsjahren war der ober-schlesische Holzexport nach Oesterreich um ungefähr 50 Prozent gegen 1913 zurückgeblieben, nach Wien sind jedoch erhöhte Mengen gegangen. Der Versand nach Ungarn hat sich nur im ersten Kriegsjahre etwas vermindert und übersteigt bereits 1915 die Ziffer von 1913 beträchtlich.

Erhöhung der Kohlenpreise in Wien.

In einer am 10. d. M. in Berlin zwischen dem preussischen Handelsminister sowie den Vertretern der königlichen Bergwerksdirektion Hindenburg und den ober-schlesischen Steinkohlenbergwerken abgehaltenen Konferenz betreffend Festsetzung der Kohlenpreise, wurde ein Einvernehmen dahin erzielt, daß die Preise für ober-schlesische Kohle um 2 Mark, für Briquets um 2 Mark 50 Pfennige für die Tonne erhöht werden. Die Preise für Poles standen nicht zur Verhandlung. Die erhöhten Preise sind bereits gestern in Kraft getreten.

Im Anschlusse an diese Preiserhöhung der ober-schlesischen Kohle ab Grube streben nun die hiesigen Kohle-Großhändler eine entsprechende Preiserhöhung für den Wiener Platz an. In einer gestern im Verein der Kohle-Großhändler abgehaltenen Besprechung wurde die Absendung eines Telegrammes an den Handelsminister beschlossen, das unter Hinweis auf die Erhöhung des Grubenpreises um Genehmigung der Erhöhung des Wiener Verkaufspreises um 31 Heller per Meterzentner (= 20 Pfennig per Meterzentner) bittet. Im August d. J., nach dem Geltungsbeginn der neuen deutschen Kohlenabgabe, wird dann wohl abermals eine Preiserhöhung nötig werden.

Die Kohlenversorgung.

Ausgestaltung der Organisation.

Die lange Dauer des Krieges und die ungewöhnlich lange Dauer des letzten Winters haben die Notwendigkeit ergeben, an einen weiteren Ausbau der bisherigen Organisation der Kohlenversorgung, die ihren Mittelpunkt in der im November 1914 errichteten permanenten Kohlenkommission hat, zu schreiten. Diesem Bedürfnis entspricht eine heute in der Wiener Zeitung kundgemachte Verordnung des Gesamtministeriums betreffend die Ausgestaltung der staatlichen Organisation der Kohlenversorgung.

Zur Erreichung des angestrebten Zweckes erhält zunächst die Kohlenversorgungskommission eine normative Grundlage; andererseits werden der bisherigen Organisation in den einzelnen Kohlenrevieren nunmehr eigene, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unmittelbar unterstellte Kohlenversorgungsinspektoren angegliedert, durch deren Bestellung ein einheitlich geordnetes, rascheres und gesicherteres Funktionieren des Kohlenversorgungsdienstes angestrebt wird.

Alle Behörden und Organe öffentlicher Verkehrsanstalten sind zur Mitwirkung bei der Durchführung der den Kohlenversorgungsinspektoren übertragenen Aufgaben verpflichtet. Auf Verfügun des Ministers für öffentliche Arbeiten können an den Amtsstellen der Kohlenversorgungsinspektoren zu deren Unterstützung auch Beiräte errichtet werden, deren Zusammensetzung und Wirkungskreis sich nach den in den betreffenden Revieren in Betracht kommenden besonderen Verhältnissen zu richten haben werden.

Sinsichtlich der Einbringung von Eingaben, die die Kohlenversorgung zum Gegenstand haben, tritt durch diese Ausgestaltung der Organisation keine Aenderung ein; solche Eingaben sind daher, sowie sie die Beschaffung von Kohle zur Deckung eines dringenden öffentlichen Bedorfes betreffen, nach wie vor ausschließlich beim Ministerium für öffentliche Arbeiten einzureichen. Der Minister für öffentliche Arbeiten kann den Kohlenversorgungsinspektoren die ihm durch die verschiedenen kaiserlichen Verordnungen eingeräumten Vollmachten mit allen Rechtswirkungen übertragen, wodurch nicht nur eine zweckmäßige, ja notwendige Entlastung der Zentralstelle sowie der Kohlenversorgungskommission im Ministerium selbst erzielt, sondern auch die raschere Durchführung der getroffenen Dispositionen ermöglicht wird.

Die Kohlenversorgungskommission.

Die Kohlenversorgungskommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten fungiert als Hilfsorgan dieses Ministeriums und hat die ihr zugewiesenen Geschäfte gemäß den Weisungen des Ministers für öffentliche Arbeiten zu führen. Der Kohlenversorgungskommission obliegt die Beratung und Unterstützung der staatlichen Zentralstellen in allen die Kohlen- (Koks- und Bricketts-) Versorgung betreffenden Angelegenheiten. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. die Beratung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bei Ausübung der ihm durch die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917 übertragenen Befugnisse und insbesondere in allen Fragen, die die Regelung des Absatzes und des Verbrauches von Kohle (Koks und Bricketts) betreffen;
2. die Erstattung von Gutachten über Gesuche a) um Lieferung von Kohle (Koks und Bricketts) auf Grund bestehender Lieferungsabslüsse oder unter Inanspruchnahme des Anforderungsrechtes des Ministers für öffentliche Arbeiten nach den hierüber geltenden gesetzlichen Bestimmungen, b) um bevorzugte Beistellung von Eisenbahnwagen zur Sicherstellung des Kohlen- (Koks- und Bricketts-) Zuschubes;
3. die Aeußerung über die Reihung der Verbraucher bei der bevorzugten Beistellung von Eisenbahnwagen zur Sicherstellung der Kohlen- (Koks- und Bricketts-) Lieferung je nach der Dringlichkeit des Bedarfes;

4. die Erstattung von Vorschlägen zur Erzielung von Verbesserungen auf dem Gebiet der Kohlen- (Koks- und Bricketts-) Versorgung;
5. die Unterstützung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bei Ueberwachung der Tätigkeit der Kohlenversorgungsämter.

Die Kohlenversorgungskommission besteht a) aus einem Vorsitzenden, b) aus einer entsprechenden Anzahl von ständigen Mitgliedern, c) aus den von den beteiligten Zentralstellen entsendeten Vertretern.

Nach Bedarf können in besonderen Fällen den Sitzungen der Kohlenversorgungskommission jeweils auch Vertreter der beteiligten Konsumzweige mit beratender Stimme zugezogen werden.

Den Vorsitz in der Kohlenversorgungskommission führt der Minister für öffentliche Arbeiten oder die von ihm damit betrauten Personen. Die Mitglieder der Kohlenversorgungskommission werden vom Minister für öffentliche Arbeiten bestellt, der auch ihre Enthebung verfügt. Die Bestellung als Mitglied der Kohlenversorgungskommission darf nicht abgelehnt werden.

Die Mitglieder der Kohlenversorgungskommission üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Sie haben über Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Ausübung ihrer Befugnisse zu ihrer Kenntnis gelangen, strengste Verschwiegenheit zu beobachten und sich jeder Verwertung der ihnen derart bekannt gewordenen Mitteilungen zu enthalten. Rückfichtlich der Erteilung der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten geforderter Auskünfte finden auf die Mitglieder der Kohlenversorgungskommission die Vorschriften der Ministerialverordnung vom 20. März 1917 Anwendung.

Errichtung von Kohlenversorgungsämtern.

Der Minister für öffentliche Arbeiten wird ermächtigt, zur Regelung der Kohlen- (Koks- und Bricketts-) Versorgung am Orte der Revierbergämter, in deren Amtsbezirken Kohlenbergbau betrieben wird, oder an anderen geeigneten Orten Kohlenversorgungsämter zu errichten und diesen oder erforderlichenfalls auch einzelnen Organen derselben die ihm durch die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917, dann durch die Ministerialverordnungen vom 11. November 1914 und vom 20. März 1917 eingeräumten Befugnisse mit allen Rechtswirkungen ganz oder zum Teil zu über-

tragen. Der Minister für öffentliche Arbeiten kann mit den Funktionen der Kohlenversorgungsämter ausnahmsweise auch die Revierbergämter betrauen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten kann zur Unterstützung der Tätigkeit der Kohlenversorgungsämter an deren Amtsstellen die Errichtung von Beiräten verfügen und ihre Zusammensetzung und ihren Wirkungskreis nach Maßgabe der in Betracht kommenden Verhältnisse festsetzen.

Den Organen der Kohlenversorgungsämter ist der Zutritt zu allen Anlagen zur Gewinnung und Zuehrbringung von Kohle, Koks und Bricketts gestattet, doch haben sie bei Vornahme der Werkbestimmungen eine Störung des Betriebes tunlichst zu vermeiden. Auch sind die genannten Organe berechtigt, soweit es der Zweck ihres Amtes erfordert, in die auf den Werken befindlichen Betriebsvornmerkbücher und Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen. Die Besitzer solcher Anlagen und ihre Bediensteten sind verpflichtet, dem Verlangen der Organe der Kohlenversorgungsämter um Gewährung dieser Einsichtnahme unweigerlich zu entsprechen und ihnen alle zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte wahrheitsgetreu zu erteilen.

Uebertretungen der Vorschriften der Verordnung werden, sofern sie nicht nach den bestehenden Gesetzen einer strengeren Ahndung unterliegen, mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Kohlenfrage.

v. Der Gilbeder Bürgerverein von 1875 hielt im traulichen Saalbüchel — nur einige Reihen verbreiteten einen matten Schein in dem Raum — unter dem Vorsitz des Herrn A. Harien, M. d. V., seine Monatsversammlung ab. Herr Freudenthal berichtete über die Verhandlungen im Zentralauschuß bezüglich der Beschaffung von Heizmaterial für den Winter 1917/18. Hierauf hielt Herr Stille einen Vortrag über die Kohlenfrage. Einleitend wies er darauf hin, daß Hamburg und seine Umgebung sehr schlecht mit Kohlen versorgt sei, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein müsse, daß Hamburg in Friedenszeiten sämtliche Kohlen von England bezog, nämlich jährlich vier Millionen Tonnen. Diese Zufuhr sei infolge des Krieges natürlich ausgeblieben, und Hamburg mußte

sich anderweitig versorgen. In der ersten Kriegszeit bekam Hamburg auch aus allen Gegenden Deutschlands Kohlen, schließlich aber nur noch aus Schlesien, Polen und Sachsen. Während man für eine Tonne westfälischer Kohle 28 Mark zahlte, bekam man die Kohlen aus Oberschlesien nicht unter 50 Mark. Hinzu kam dann noch die Fracht, so daß eine Tonne Kohlen auf ungefähr 60 Mark kam. Ein großer Fehler sei wieder die Festsetzung des Höchstpreises gewesen, denn die Kohlenhändler hätten ihre Lager nicht füllen können, und so sei man völlig unvorbereitet in den Winter gegangen, der nun auch noch sehr strenge und langandauernd war. In Berlin wurde dann eine Kohlenausgleichsstelle errichtet, die es sich zur Aufgabe machte, die Gebiete, die mit zu wenig Kohlen versehen sind, mit Kohlen zu versorgen. Für Hamburg aber ist diese Ausgleichsstelle nicht sehr segensreich geworden, denn sie sperrte bald die Ausfuhr aus dem schlesischen Gebiet, das für uns wegen des Wasserweges sehr günstig liegt. Es ist nun beschlossen worden, demnächst Kohlenlarven, wahrscheinlich schon am 25. Mai, auszugeben, und zwar soll

jeder Haushalt ein Drittel
seines Jahresbedarfs bekommen.

Häuser mit Zentralheizung die Hälfte und die Kontorhäuser sollen den ganzen bisherigen Jahresbedarf erhalten. Natürlich gelten diese Festsetzungen nur unter der Voraussetzung, daß Kohlen in genügenden Mengen vorhanden sind. Mit Holz für Zentralheizungen werden wir im kommenden Winter bedeutend besser gestellt sein als im vergangenen. Bezüglich des vielbesprochenen Torfes konnte der Redner mitteilen, daß Hamburg ein großes Gebiet gekauft hat, um dort Torf zu stechen. Allerdings werden die Preise ganz außerordentlich hoch sein. Der Redner hob auch hervor, daß unsere Marine enorme Mengen Kohlen gebrauche, ebenso gehen sehr viel Kohlen in das neutrale Ausland, wofür dieses uns Erz und Lebensmittel liefert. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen gab der Redner der Hoffnung Raum, daß der kommende Winter nicht wieder so kalt und anhaltend sein werde. Es sei dann wohl möglich, daß wir mit unserem Kohlenbestande auskommen, aber die Preise werden außerordentlich hoch sein. Dem Vortrage schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Auf Antrag des Herrn Freudenthal beschloß die Versammlung, folgende Eingabe an den Senat zu machen:

„Der Gilbeder Bürgerverein von 1875 ersucht den Senat, den Ausbau der Bahnstrecke Wandsbeker Chaussee—Rothenburgsort zwecks Einrichtung einer Personen-Schnellbahn baldmöglichst in die Wege zu leiten.“

Einem Antrage des Vorstandes folgend, bewilligte die Versammlung 75 Mark für die Jugendkompanie 14, Gilbed, so daß diese Kompanie nun 100 Mark von dem Verein erhielt. Es folgte noch eine Besprechung über die Sperrung des Gemüßemarktes für Privatpersonen.

Die „Vergessenen“ der Kohlenversorgung.

Man schreibt uns:

Die „Frankfurter Zeitung“ hat in ihrem Artikel „Reich, Staat und Kohle“ (Morgenblatt vom 7. d. M.) darauf hingewiesen, daß die Konsumenten bei der Erhöhung der Kohlenpreise „stumm und unvertreten“ gewesen seien. Eine Stelle hat es aber doch gegeben, die sich gegen die Erhöhung der Kohlenpreise soweit wie irgend möglich gewendet hat. Das war der Deutsche Städtetag. Vor der Kohlenpreiserhöhung im Januar d. Js. sind Vorstellungen dringlichster Art sowohl schriftlich wie mündlich an den maßgebenden Stellen von dem Deutschen Städtetag erhoben worden. Eine ausführliche Antwort des Preussischen Handelsministers vom 18. Dezember 1916 an den Vorstand des Deutschen Städtetages ist seinerzeit auch weiten Kreisen bekannt geworden, da sie in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wurde. In dieser Antwort ist leider, wie ja bekannt, ein Eingehen auf die Wünsche des Städtetages abgelehnt worden. Ganz neuerdings hat der Städtetag noch in einer Eingabe an den Bundesrat, die sich mit der Kohlensteuerfrage befaßt, folgende Tatsache festgestellt: „Der Deutsche Städtetag hat die Erfahrung machen müssen, daß seine außerordentlich lebhaften und auch noch unserer heutigen Ueberzeugung durchaus begründeten Versuche, die Erhöhung der Kohlenenergiepreise hinten zu halten oder einzudämmen, ohne Erfolg geblieben sind.“

Kohlenverkauf im Monate April.
Auf den sieben städtischen Kohlenlagerplätzen wurden im Monate April insgesamt 267.973 Meterzentner Braunkohle gegen 290.573 Meterzentner im März und gegen 74.445 Meterzentner im April 1916 verkauft. Der Tagesdurchschnitt der Parteien betrug im April 25.049, im März 28.984 und im April des Vorjahres 5292. An Steinkohlen wurden im Berichtsmonate 120.412 Meterzentner gegenüber 124.875 Meterzentner im Vormonate abgesetzt. Aus dieser Zusammenstellung ist ein kleiner Rückgang im Absatze zu verzeichnen. Während der Kleinverkauf der Braunkohle im April 1916 gegenüber dem März sich fast um 40 Prozent verminderte, betrug neuer der Rückgang nur 17,6 Prozent. Der Umsatz an Braunkohle betrug sowohl im Kleinverkauf wie im fuhrerweisen Verkauf ein Vielfaches des Absatzes im Vorjahre und war im Gesamtverkauf rund 3,5mal so stark. Der Verkauf an Steinkohle hielt sich annähernd auf gleicher Höhe.

Die Kohlenversorgungsinspektorate.
 Die nach der Verordnung des Gesamtministeriums zu errichtenden Kohlenversorgungsinspektorate werden voransichtlich etabliert:

- für die Revierbergamtsbezirke Brunn und Mährisch-Osttau in Mährisch-Osttau,
- für die Revierbergamtsbezirke Leoben und Graz in Graz,
- für die Revierbergamtsbezirke Gili und Laibach sowie für den Bergbau Carpano-Bines in Gili, eventuell in Laibach,
- für die Revierbergamtsbezirke Prag und Schlan in Mladno, eventuell in Schlan,
- für die Revierbergamtsbezirke Pilsen, Mies und Dubowitz in Pilsen,
- für die Revierbergamtsbezirke Falkenau und Elbogen in Falkenau.

- für die Revierbergamtsbezirke Komotau, Brüx und Teplitz in Teplitz, eventuell in Brüx,
- für den Revierbergamtsbezirk Krásko in Pragau.

Außerdem sollen die Revierbergbeamten in St. Pölten, Wels, Hall, Mlagenfurt, Stuttenberg und Pata (ausgenommen den Bergbau Carpano-Bines) mit den Funktionen der Kohlenversorgungsinspektoren betraut werden, wobei für den Bezirk des Revierbergamtes in Stuttenberg gegebenenfalls die Bestellung eines exponierten Beamten in Trautenu in Frage käme.

Der Minister für öffentliche Arbeiten kann den Inspektoren die Vollmachten, die ihm durch die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917 über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen hinsichtlich von Kohle, Koks und Briketts, ferner durch die Gesamtministerialverordnung vom 11. November 1914, betreffend die Kohlenversorgung, und die Ministerialverordnung vom 29. März 1914 zur Regelung des Verkehrs mit Kohle, Briketts und Koks eingeräumt sind, mit allen Rechtswirkungen übertragen, wodurch nicht nur eine zweckmäßige, ja notwendige Entlastung der Zentralkasse sowie der Kohlenversorgungscommission im Ministerium selbst erzielt, sondern auch die raschere Durchführung der getroffenen Dispositionen ermöglicht wird. Außer der Ausübung der ihnen so übertragenen Befugnisse wird den Kohlenversorgungsinspektoren der Vollzug der vom Minister für öffentliche Arbeiten zur Regelung der Kohlenversorgung getroffenen Einzelverfügungen und die Überwachung der entsprechenden Durchführung aller auf diesem Gebiet erlassenen Maßnahmen obliegen. Im eigenen Wirkungskreise werden die Inspektoren schließlich auch alle Vorkehrungen zu treffen haben, die notwendig sind, um die Erfüllung der ihnen auferlegten Verpflichtungen zu sichern.

Hinsichtlich der Einbringung von Eingaben, welche die Kohlenversorgung zum Gegenstande haben, tritt durch diese Ausgestaltung der Organisation keine Veränderung ein; solche Eingaben sind daher, sowie sie die Beschaffung von Kohle zur Deckung eines bringenden öffentlichen Bedarfes betreffen, nach wie vor ausschließlich beim Ministerium für öffentliche Arbeiten einzureichen.

17.10. 1917

M70

Der Kohlenverkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Wie verlautet, war die Einfuhr ober-schlesischer Kohle in der ersten Delade des Monats Mai so günstig, daß die in Aussicht genommene Menge sogar überschritten worden ist. Der gemeinsame Kohlenauschuß setzt seinerseits alles daran, um die Wünsche Deutschlands, betreffend böhmische Braunkohle, zu befriedigen.

Groß-Berlins Gasverbrauch und die englische Gasanstalt. Nachdem nunmehr die Gebote auf die englische Gasanstalt abgegeben sind, ist es von Interesse, festzustellen, wie hoch sich der Verbrauch an englischem Gas in den Stadt- und Landgemeinden Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Zehlendorf, Lichterfelde, Lankwih, Steglitz, Mariendorf und Mariensfelde, die sich zusammengeschlossen haben, beläuft. Im letzten Friedensjahre, 1913, betrug der Verbrauch an englischem Gas in Berlin 49,25 Millionen Kubikmeter, in Schöneberg 31,13 Millionen Kubikmeter, in Wilmersdorf 26,64 Millionen Kubikmeter, in Friedenau 6,99 Millionen Kubikmeter, in Zehlendorf 3,48 Millionen Kubikmeter, in Lichterfelde 7,56 Millionen Kubikmeter, in Lankwih 1,21 Millionen, in Steglitz 11,17 Millionen Kubikmeter, in Mariendorf 2,88 Millionen Kubikmeter und in Mariensfelde 0,42 Millionen Kubikmeter. Der Gesamtverbrauch dieser Vereinigung an englischem Gas belief sich also im Jahre 1913 auf 140,7 Millionen Kubikmeter, während die Gesamtabgabe der englischen Gesellschaft 161,9 Millionen Kubikmeter im Jahre 1913 betrug.

19. IV. 1917

173

[Bestellung von Kohlenverorgungsinspektoren.] Morgen wird eine Verordnung des Ministers für öffentliche Arbeiten, betreffend die Bestellung von Kohlenverorgungsinspektoren, verlautbart. Nach dieser Verordnung werden solche Inspektoren für folgende Revierbergamtsbezirke bestellt, wobei der Standort in der Klammer hinzugefügt ist: Brünn und Mährisch-Ostrau (Mährisch-Ostrau), Leoben und Graz (Graz), Gitsi und Laibach, dann den Kohlenbergbau in Karpano und Vines in Trien (Gitsi), Prag und Sejtan (Mladno), Pilsen, Wies und Budweis (Pilsen), Falkenau und Elbogen (Falkenau), Komotau, Brüx und Teplitz (Teplitz), Kratau (Krautau). Die Revierbergbeamten in St. Pölten, Wels, Hall, Klagenfurt, Rattenberg und Zara werden mit den Funktionen der Kohlenverorgungsinspektoren rücksichtlich der in ihren Amtsbezirken gelegenen Kohlenbergbaue betraut; der im Amtsbezirke des Revierbergamtes in Zara gelegene Kohlenbergbau in Karpano und Vines wird dem Kohlenverorgungsinspektor in Gitsi unterstellt. Die Kohlenverorgungsinspektoren haben ihre Tätigkeit am 21. Mai 1917 zu beginnen.

[Interessengemeinschaft in der ungarischen Kohlenindustrie.] Man telegraphiert uns aus Budapest: Die Salgo-Tarjaner Steinkohlenbergbau-Aktiengesellschaft hat von der Pesther Ungarischen Kommerzialbank die Majorität der Aktien der Nordungarischen Vereinigten Kohlenbergbau- und Industrie-A.G. erworben; bei der am 21. d. abzuhaltenden Generalversammlung der Nordungarischen Kohlenbergbau-Gesellschaft werden mehrere Delegierte der Salgo-Tarjaner in die Direktion der Nordungarischen Kohlenbergbau-Gesellschaft gewählt werden. Die Kohlenwerke der Nordungarischen Gesellschaft grenzen an die im Komitat Neograd gelegenen Werke der Salgo-Tarjaner Gesellschaft und haben im Jahre 1916 4,4 Millionen Meterzentner Kohle erzeugt. Die neue Direktion will sich bestreben, um den sich von Tag zu Tag steigenden Kohlenbedarf zu befriedigen, die Erzeugung dieser reichhaltigen Kohlengruben innerhalb kurzer Zeit beträchtlich zu heben und mittels einer Separation und sonstiger maschineller Einrichtungen für Zimmerheizzwecke geeignete Stückkohle in größeren Quantitäten zu erzeugen. Die Nordungarische Kohlenbergbau-Gesellschaft ist Besitzerin fast aller Aktien der Graner Regional-Kohlenbergbau-A.G. Letztere Gesellschaft hat im Graner Komitat in der Gemeinde Tokod außer Betrieb stehende Schächte und ausgedehnte Kohlenterrains. Die Salgo-Tarjaner Gesellschaft hat diese unter Wasser stehenden Schächte und Kohlenterrains, welche in der unmittelbaren Nachbarschaft der unter ihrer Leitung stehenden Gran-Szászvarer Kohlenbergbau-A.G. liegen, seit längerer Zeit zum Gegenstand eingehender Studien gemacht. Es wird die Aufgabe der neuen Leitung sein, mit Zuhilfenahme aller Errungenschaften der modernen Technik die Schächte produktiv zu gestalten und nach gründlicher Durchforschung der Kohlenterrains einen neuen Schacht abzutauschen, um so der heimischen Industrie in der Nähe der Hauptstadt Kohle vorzüglicher Qualität zur Verfügung stellen zu können. Die neue Direktion beabsichtigt, sofort nach Friedensschluß mit der größten Energie an die Verwirklichung dieser Aufgabe zu scheitern. Die Salgo-Tarjaner Gesellschaft wird die materiellen Mittel für den Kaufpreis der Aktien und zur Vermehrung ihres Betriebskapitals durch Erhöhung ihres Aktienkapitals beschaffen. Aus diesem Grunde beruft sie ihre Aktionäre für den 8. Juni d. J. zu einer außerordentlichen Generalversammlung, in welcher die Direktion den Antrag stellen wird, das Aktienkapital durch Emission von 22.000 Stück neuer Aktien mit 4.400.000 K. zu erhöhen und den alten Aktionären die Bezugsberechtigung auf die ganze Neuemission zu dem durch die Direktion zu bestimmenden Uebernahmestkurs einzuräumen.

Die Kohlenknappheit.

Die Ausichten für den Winter.

Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens hat am Sonnabend die Mietervereine Groß-Berlins zu einer Besprechung der Maßnahmen eingeladen, die erforderlich sind, um zu verhüten, daß die Mieter im nächsten Winter unter der Kohlenknappheit noch schlimmer zu leiden hätten wie im vergangenen. Nach den Mitteilungen, die auf Grund umfangreicher Erkundigungen und teilweise amtlichen Materials gemacht wurden, sind die Kohlenlager in Groß-Berlin glatt geräumt. Es befinden sich aber auch in den Bezirken, draußen in den Kohlengebieten des Westens und Ostens, keine Vorräte, die der Befriedigung des Bedarfs Groß-Berlins an Hausbrandkohle dienen könnten. Die Vorräte werden von der Industrie restlos aufgesaugt. Die Beförderungsmittel reichen schon für die Belieferung der Industrie nicht aus. Es ist kaum daran zu denken, von den nach Berlin noch hereinkommenden knappen Mengen einen Vorrat für den Winter abzusparen, selbst wenn die hierzu erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen wären. Selbst die Kriegsindustrie muß sich Beschränkungen gefallen lassen. Die Anthrazitversorgung hat fast ganz aufgehört.

Man plant allerlei Maßnahmen für die Beschränkung des Kohlenverbrauchs: Schließung aller Heizung, Licht und Kraft erfordernden Betriebe, für deren Fortführung kein öffentliches Bedürfnis vorliegt; Zusammenlegung gewerblicher Betriebe, wie etwa Bäderzeiten (volle Ausnützung jedes Backofens); Einschränkung der Warmwasserversorgung in den Mietshäusern auf die Zeit von Sonnabend früh bis Sonntag Mittag; Herabsetzung der Zimmertemperatur bei Zentralheizung; Beschränkung der Zahl der geheizten Räume einer Wohnung, auch bei Ofenheizung; Einstellung der Treppenbeleuchtung. Um der bereits stark um sich greifenden „Kohlenhysterie“ vorzubeugen, soll die „Kohlenkarte“ eingeführt werden. —

Die Versammlung erkannte den Ernst der Lage und beschloß schleunigst Schritte zur Ankündigung der Mieterbedürfnisse und Wahrnehmung der Mieterrechte vorzubereiten.

Von anderer Seite wird uns geschrieben: „Es ist hohe Zeit, daß ebenso wie für die meisten Lebensmittel auch für Kohle und Koks die Rationierung mit Karten und die öffentliche Bewirtschaftung eingeführt wird, und daß die Regierung die Preise beaufsichtigt. Denn was nützen alle Beteuerungen, daß Deutschland reichlich genug Kohle erzeugt, wenn nur so wenig nach Berlin geschafft werden kann, daß selbst im Mai kein Brennmaterial aufzutreiben ist.“

Da es vorläufig also sehr unsicher, ob und in welchem Maße die Hausbesitzer für den kommenden Winter Gewähr für den Betrieb der Warmwasserversorgung und der Zentralheizung übernehmen können, scheint es doppelt ungaläufig, daß jetzt bereits, wie uns mitgeteilt wird, da und dort die Mieter mit dem ausbrüchlichen Hinweis auf die Verteuerung der Kohlenversorgung im nächsten Winter gesteigert werden.

Wie spart man Kohle?

Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse während des nun fast dreijährigen Krieges hat bei den maßgebenden Stellen der mährischen Hauptstadt Brünn eine Frage neuerlich zur Diskussion gebracht, die heute und in aller Zukunft das allgemeinste Interesse beansprucht und schon in der Zeit vor dem Kriege die Geister beschäftigte: die unerbittliche Notwendigkeit, auf allen möglichen Gebieten des menschlichen Lebens Kohle zu sparen. Die Kohlenkrisis, die mit Beginn dieses Jahres einsetzte und eine Krisis des privaten wie öffentlichen Lebens herausbeschwor, wirkt natürlich bereits heute bis weit in den Frieden ihren Schatten voraus, ja, sie fordert mit eiserner Konsequenz, der bisher üblichen Verschwendung in der Kohlenfeuerung für alle Zeiten Einhalt zu tun und die gar nicht unererschöpflichen Kohlenvorräte in einer dem Stande unserer Kultur entsprechenden Art zu schonen.

Der Bericht, den Landessekretär Franz Kubelka kürzlich in der deutschen Abteilung des Landesamtes für Gewerbebeförderung in Brünn erstattete, fuhte auf eindringlicher Sach- und Fachkenntnis und gipfelte in drei hauptfächlichen Forderungen: vor allem darin, daß im weitesten Umfange statt Kohle Gas zur Verbrennung gelangen müsse. Die Entgasung der Kohle brächte die denkbar größte wirtschaftliche Ausnützung dieses wichtigsten Industriemittels mit sich, da neben dem Hauptvorteil einer bedeutenden Kalorienauswertung der Gewinn der Abfallstoffe, wie Teer, Benzol, Benzin, Paraffin, Ammoniak der Volkswirtschaft unschätzbare Werte zuführen würde. Direkte Ersparungen an Kohle seien auf zwei Gebieten zu machen: erstens bei Feuerungen im Haushalt, zweitens bei Zentralheizungen. Es ist jedoch eine irrtümliche Meinung, daß eine Rationierung der Kohlenbeteilung diese Ersparnis bewirkt. Denn ob man wenig oder mehr heizt, es gehen bei dem gegenwärtigen System der Feuerung im Haushalt 60 bis 70 Prozent der Wärme vollständig ungenützt durch die Röhre verloren. Dieser Mächtigkeits, die teilweise auch noch in Fabriken und bei der Kesselfeuerung der Eisenbahnlokomotiven besteht, müsse durch technische Verbesserungen und Erfindungen gesteuert werden. Auf Grund dieser und anderer detaillierter Erkenntnisse erläßt das erwähnte Landesamt für Gewerbebeförderung ein doppeltes Preisaus schreiben: der erste Teil betrifft die Vorlage von Plänen oder wirkliche Vorführung neuartiger kohlenparender Hausbrandheizungen. Die Vorschläge können darin bestehen, daß an bereits bestehenden Heizanlagen gewisse, mit geringen Geldmitteln zu schaffende Änderungen vorgenommen oder in sie Vorrichtungen eingebaut werden, die eine namhafte Kohlenersparnis ermöglichen. Als Heizmaterial für Sparherde kommt Mineralkohle, für Zimmerheizungen Koks oder koksartige Heizmittel sowie Bricketts in Betracht.

Drei Preise gelangen zur Verteilung im Betrage von 500, 300 und 200 Kronen. Anmeldungen zum Wettbewerb haben unter Vorlage der bezugnehmenden Pläne bis 15. Juli eingereicht zu werden. Der zweite Teil des Preisaus schreibens betrifft gute, sachliche, gemeinverständliche Schriften, welche Vorschläge auf dem Gebiet der Kohlenersparnis behandeln; Hausbrandheizung, Heizungen in gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben, praktische Winke betreffs wirtschaftlicher Bedienung der Heizungen im Haushalt, Sparungen bei Zentralheizungen und bei Heizanlagen von gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben und die Art und Weise, wie auf dem Wege der Gesetzgebung eine allgemeine, weitgehende Kohlenersparnis erzielt werden könnte, kommen hier in Betracht. Einreichungstermin ist der 15. August. Die Preise sind vom gleichen Ausmaß wie die früheren. Darf an dieser Stelle der Einwand gemacht werden, daß die Höhe der Preise zur Wichtigkeit des Problems in keinem Verhältnis steht? Es ist das Interesse des Staates, sich in vollstem Ausmaß einer solchen Aktion anzunehmen und das schwierige technische Problem mit geeigneten Mitteln zu fördern. Man halte sich die Statistik der Kohlenversorgung Brünns vor Augen und errechne daraus den allfälligen ungeheuren Nutzen, der aus einer Verallgemeinerung für die ganze Monarchie daraus entspränge: Brünns Hausbrand benötigt täglich 30 Waggons Kohle. Eine bloß 20prozentige Ersparnis an Kohle würde täglich 6 Waggons oder jährlich über 2000 Waggons ausmachen! Solche Betrachtungen sprechen Bände. Läßt sich im Krieg auch nicht ein restloser Plan verwirklichen, so ist es doch möglich, schon ein gutes Stück über die Vorarbeit hinauszukommen. Dem technischen Erfindungsgeist erwächst ein ebenso großes wie schwieriges Arbeitsfeld, den Vätern und dem Staat ein größtes Nutzen verheißendes Streben, das sich in bedeutenden wirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen äußern würde.

* Die Kohlenversorgung unseres Gaswerkes. Wie bekannt, haben Kriegsminister FML. von Stöger-Steiner, wie auch der Präses der gemeinsamen Kohlenversorgungskommission GM. Pacor von Karstenfels der Stadtgemeinde die Zusicherung gemacht, daß unser Gaswerk in die 1. Klasse bezüglich der Kohlenversorgung eingereiht werde und somit 70 Prozent des Bedarfes erhalten wird. Diese Lösung wäre allerdings insoweit eine günstige, als bei entsprechender Sparsamkeit in der Beleuchtung, Nuhgas (Gaskocher usw.) in, wenn auch reduzierter, so doch entsprechender Menge geliefert werden könnte. Leider ist bisher eine schriftliche Bestätigung, die einzig maßgebend wäre, denn auch hier gilt ja das Wort „verba volant, scripta manent“, des Versprechens, weder von Seiten des Kriegsministers, noch vom Chef der gemeinsamen Kohlenversorgungskommission an den Magistrat herabgelangt. Es ist das jedenfalls bedauerlich, denn Se. Excellenz der Herr Kriegsminister hat die Deputation der Stadt selbst aufmerksam gemacht, es müsse die Kohlenversorgung im Sommer vor sich gehen, da im Herbst die Eisenbahnlinien für andere Zwecke voll in Anspruch genommen sein werden. Wenn man nun bedenkt, daß das Gaswerk, sollen die so dringend notwendigen Gaskocher wieder in Betrieb gesetzt werden — 5 Waggons Kohle täglich benötigt, kann man sich ein Bild über die Quantitätsmenge machen, deren Zufuhr für den Winterbedarf unter solchen Umständen im Sommer erfolgen muß. In den letzten Tagen bekommt allerdings unser Gaswerk wieder in großen Quantitäten Kohle zugefangt, auch Wildensteiner Kohle traf ein, aber das ist bei Weitem nicht die Menge, die selbst auch den nur Kriegsbetrieb des Gaswerkes auf 30 Tage sichern könnte. Unter diesen Umständen wird wohl der Stadtgemeinde nichts anderes übrig bleiben, als sich neuerlich an Se. Excellenz den Herrn Kriegsminister zu wenden mit der schriftlichen Bitte, er möge, so lange es nicht zu spät ist, die Einreihung die Stadt in die erste Klasse, die Kohlenversorgung betreffend, anordnen.

Die Deckung des Kohlenbedarfs.

Im Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein sprach gestern abend Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Generaldirektor Wolf Zitelmann über die Kohlennot in Groß-Berlin 1916-17 und die Aussichten für den Winter 1917-18. Er fügte seine Ausführungen auf die Begründung des vor einem Monat von den Fortschrittlichen in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrages, der die Versorgung mit Brennstoff dem Magistrat überantwortet wissen wollte unter Ausschaltung des Handels. Wir haben in Berlin drei Syndikate, deren Tätigkeit ohne Heranziehung der Händler undenkbar ist. Ueber die Preisbildung sind berechtigte Klagen entstanden, deswegen dürfte durch Ausschaltung des Handels eine Ermäßigung der Kohlenpreise kaum zu ermöglichen sein.

Es muß jedoch reiflich nachgeprüft werden, ob die Magistrate überhaupt sich mit der Kohlenversorgung erfolgreich befassen können. Der Redner kam dann auf die Ursachen der mangelhaften Verhältnisse mit Kohlen im vergangenen Winter zu sprechen und er führte die schlechte Versorgung auf die mangelhafte Bestellung von Gespannen und Arbeitskräften zurück. In Oberschlesien betragen die Bestände 2 Millionen Tonnen, auch in der Niederlausitz sind über 1/2 Million Tonnen Bricketts vorhanden gewesen. In Mitteldeutschland waren die Vorräte so groß, daß die Erzeugung eingeschränkt werden mußte, weil die Bricketts nicht mehr gestapelt werden konnten. Wenn die Eisenbahnverwaltung genügende Wagen zur Verfügung gestellt hätte, würde Berlin genügend Kohlen gehabt haben. Noch heute sind erhebliche Bestände an Kohlen vorhanden, nur die Verladung stockt aus Mangel an genügenden Arbeitskräften. Wenn nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden, sei ein Rückgang in der Erzeugung unvermeidlich. Es ist daher zu begrüßen, daß 19 000 Arbeiter aus der Front gezogen sind und daß weitere 19 000 Arbeiter dem Betrieb zugeführt wurden. Als Ursache für die Kohlenknappheit führte der Redner ferner an, daß in diesem Jahre mehr Schnee als je zuvor gewesen wäre, so daß die Zufuhr wesentlich erschwert war. Durch die anhaltende Kälte im vergangenen Winter war der Verbrauch wesentlich stärker. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die englische Einfuhr fehlte und nach wie vor ausbleiben wird. Dagegen ist es auf Grund besonderer Verhandlungen mit Oesterreich gelungen, die böhmische Einfuhr wieder sicherzustellen. Endlich beansprucht die Gesamtindustrie ein Mehr um etwa 40 v. H., das schwer zu beschaffen sein werde. Der Redner empfahl zum Schluß, daß die Magistrate nicht unter Ausschaltung, sondern vielmehr unter Mitwirkung des Handels die Kohlenversorgung übernehmen.

Kohlenfragen.

Aus der Berliner Stadtverordnetenitzung.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen lag gestern in der nicht öffentlichen Sitzung: In ihr wurde über den Anlauf der Ruzen der Gewerkschaft Lrier entschieden. Bis Mitternacht lag eine Mitteilung hierüber noch nicht vor.

Eine Reihe kleiner Vorlagen wurde schnell erledigt, so die Bewilligung von 8100 Mark zur weiteren Durchführung der Maßnahmen für Umwandlung des ehemaligen städtischen Abladeparkes in Spreenhagen in fruchtbares Ackerland. Dann wandte man sich der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien zu. Bei der Erörterung dieser Frage, die von sozialdemokratischer Seite angeregt worden war, wurde bereits auf den geplanten Anlauf der Ruzen angespielt, Stadtv. Hünge begründete den sozialdemokratischen Antrag.

Zu den Lebensmittelproblemen sind nun im letzten Winter auch die Kohlenprobleme gekommen. Die Bevölkerung begreift es nicht, wie in dem mit Kohlen gesegneten Deutschland eine solche Kohlennot hat eintreten können. Auch jetzt im Sommer ist es nicht besser geworden. Selbst für Geld und gute Worte sind in Berlin keine Kohlen und kein Holz zu bekommen. Wenn die Staatsregierung versagt, muß der Magistrat für Abhilfe sorgen. Die gesamte Bevölkerung leidet unter diesen Umständen. Selbst die Badeanstalten haben geschlossen werden müssen. Darunter leidet vor allem die schwerarbeitende Bevölkerung. Auch viele Kleinhändler werden von der Kohlennot schwer betroffen. Ganz trostlos sind die Aussichten für den kommenden Winter. Ähnlich liegt es mit der Gasversorgung, wenn auch anzuerkennen ist, daß unsere Gasanstalten ihr Möglichstes tun. Besser sind sowohl bei den Kohlen wie beim Holz lediglich die Preise geworden; die ins Ungemessene steigen. Die Schuld an diesen Umständen liegt an dem Waggon- und dem Arbeitermangel. Der Hauptgrund ist, daß man die neutralen Staaten in der Kohlenversorgung vor der einheimischen Bevölkerung bevorzugt. Das sind unhaltbare Zustände. Die Regierung scheint das nun endlich erkannt zu haben. Sie hat das Kohlenamt geschaffen. Mit demselben Augenblick verschwinden natürlich die Kohlen vom Markt. Jedenfalls müssen durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, damit die Bevölkerung im Winter nicht neben der Lebensmittelknappheit noch durch die Kälte zur Verzweiflung getrieben wird. Stadtschulrat Reimann betont, daß alles geschehen solle um stufenweise zunächst den Badebetrieb mit kalte Duschen und dann den Warmwasserbetrieb der städtischen Badeanstalten wieder zu eröffnen.

Stadtrat Loeßling: Es handelt sich zurzeit nicht mehr um eine Beförderungs-, sondern um ein Produktionsproblem. Die Kohlenlieferung ist augenblicklich naht. Zum Zwecke der Steigerung der Förderung sind jetzt etwa 40 000 Bergleute den Betrieben zur Verfügung gestellt worden. Es ist ein Beirat für Kohlenversorgung eingesetzt worden, in dem die Interessengruppen scharf aufeinandergeplagt sind. Die Großindustrie wehrt sich begreiflicherweise gegen die ihr zugewonnene Rationierung, ebenso energisch aber fordern die Vertreter der Gasanstalten und Kommunen, daß die Gasanstalten, Elektrizitätswerke ebenso wie der Hausbrand vorweg beliefert werden müssen. Jedenfalls muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß der Hausbrand rationiert werden muß. Mit diesem engeren Problem beschäftigt sich seit Wochen die Kohlenabteilung beim Kriegsamt in den Marken, die die gesamten hier in Betracht kommenden Fragen für Groß-Berlin zu erledigen hat. Die Hauptsache ist, daß es gelingt, den Winterbedarf für Groß-Berlin schon im Laufe des Sommers nach Berlin anzufahren. Das Ergebnis der Beratungen wird dann in Beschlüssen der zuständigen Magistratskommission festgelegt werden. Jedenfalls kann die Versammlung überzeugt sein, daß der Magistrat sowohl die Interessen der städtischen Werke wie die des Hausbrands mit aller Energie vertreten wird. (Bravo!) Stadtv. Mommsen (Fr. F.) weist gegenüber in der Öffentlichkeit verbreiteten irigen Auffassungen darauf hin, daß der etwaige Anlauf eines Bergwerks durch die Stadt auf die Kohlenversorgung Berlins in dem kommenden Winter keinerlei Einfluß haben könne.

Stadtv. Sonnenfeld (L.): Die Bevölkerung kann überzeugt sein, daß wir alles tun werden, damit im kommenden Winter niemand weder zu hungern noch zu frieren braucht.

Der Antrag betr. Einsetzung einer gemischten Deputation wird hierauf angenommen.

Kohlenvorsorge.

Die Vorkehrungen für Herbst und Winter.

Von Dr. Ottokar Freiherrn v. Trnka,
Minister für öffentliche Arbeiten.*)

Die in der Kohlenversorgung Wiens im verflossenen Winter zutage getretenen unerfreulichen Erscheinungen haben es als notwendig erwiesen, für den kommenden Herbst und Winter beizeiten alle im Bereiche der Möglichkeit liegenden Vorkehrungen zu treffen, damit die Bevölkerung Wiens tunlichst gegen die Kohlenknappheit und deren Folgen geschützt wird.

Eine der ersten Maßnahmen, die bereits von langer Hand vorbereitet wurden, zielt ab auf die Anhäufung möglichst großer Kohlenreserven am Wiener Platz. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat Vorkehrungen getroffen, um im Wiener Nordbahnhof, beziehungsweise auf dessen Lagerplätzen 130.000 Tonnen Kohle anzuhäufen, die als eiserner Vorrat speziell die Bestimmung haben, für Herbst und Winter zur Verfügung zu stehen. Diese Kohlenmassen befinden sich teilweise bereits im Anrollen, ein großer Teil ist schon an Ort und Stelle, die Ausschüttung erfolgt in eigenen Aufschüben, die unter Sperre gelegt sind, und die getroffenen Dispositionen lassen bestimmt erwarten, daß dieser immerhin erhebliche eiserne Vorrat Ende September in seiner Gänze zur Stelle geschafft sein wird.

Parallel mit dieser Vorkehrung läuft übrigens auch eine andere vom Ministerium für öffentliche Arbeiten eingeleitete Aktion. Sie zielt darauf ab, die von der Gemeinde Wien errichteten Kohlendepots möglichst reichlich zu dotieren, neben der Steinkohle auch Braunkohle, die sich im letzten Winter auch für Zimmerfeuerungs Zwecke recht gut verwendbar zeigte, in reichlichen Mengen heranzuführen und endlich neue Kohlenlagerplätze an der Peripherie der Stadt einzurichten.

Es hat sich aber auch als rasch erwiesen, jene Erfahrungen praktisch zu verwerten, die auf dem Gebiete der städtischen Kohlenversorgung im verbündeten Deutschen Reich gesammelt wurden. Zu diesem Zwecke werden sich in den nächsten Tagen Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nach Frankfurt a. M. und nach Berlin begeben. Ihnen werden sich anschließende Vertreter der Stadtgemeinden Wien und Prag. Diese Studienkommission wird alle jene Einrichtungen erforschen, die in Berlin und Frankfurt a. M. getroffen wurden, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kohle auf alle Schichten der städtischen Bevölkerung herbeizuführen. Es ist zu hoffen, daß manche in Deutschland mit Erfolg angewendete organisatorische Arbeit auch bei uns mit Nutzen sich durchführen lassen wird. Ueberhaupt sollen auf organisatorischem Gebiet weitere Einrichtungen geschaffen werden, und die kompetenten Stellen arbeiten auch daran, möglichst in allen größeren Städten Oesterreichs eine Organisation zur möglichst gleichmäßigen Kohlenaufteilung vorzubereiten.

Seine besondere Fürsorge wendet das Ministerium für öffentliche Arbeiten der Aufgabe zu, den großen beiden städtischen Unternehmungen Wiens, dem Gaswerk und dem Elektrizitätswerk, rechtzeitig genügende Mengen an Kohle für ihren Tiefenbedarf im Winter zugänglich zu machen. Das städtische Gaswerk Wiens hat im Winter, wie ja bekannt ist, einen Tagesbedarf von 2000 Tonnen Kohle. Es werden alle Bemühungen unternommen werden, um bereits im Herbst genügende Kohlenmassen für das Gaswerk angesammelt zu haben, damit die Kontinuität dieses wichtigen Betriebes unter allen Umständen gesichert erscheint. Das gleiche gilt selbstverständlich auch vom Elektrizitätswerk.

Ein erweiterter Wirkungsbereich soll der städtischen Wiener Kohlenversorgungskommission geschaffen werden. Sie wird in der Winterszeit in Permanenz tagen, und das Ministerium für öffentliche Arbeiten wird speziell dafür sorgen, daß zwischen dieser städtischen Kohlenversorgungskommission und dem Ministerium der engste Kontakt hergestellt bleibt.

Auf Veranlassung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurde aber auch die Organisation des Kohleneinlaufes verbessert. In den einzelnen Kohlenrevieren wurden Kohlenversorgungsinspektoren bestellt — in ganz Oesterreich insgesamt vierzehn an der Zahl — und diese, direkt dem Ministerium unterstehenden staatlichen Organe werden mit Exekutivvollmachten ausgestattet sein. Es wird ihre Aufgabe bilden, draußen in den Kohlenrevieren dafür zu sorgen, daß die Weisungen des Ministeriums strikte befolgt werden. Sie werden ermächtigt sein, Dispositionen zu treffen und darüber zu wachen, daß den Kohlenanforderungen fluglos Folge geleistet wird. Endlich werden sie die Verteilung des Wagenmaterials zu überwachen haben, damit die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gruben in rationellster Weise ausgenützt werden kann.

Zwischen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Eisenbahnministerium schweben derzeit auch Verhandlungen bezüglich jener Maßnahmen, die geeignet sind, eine Vereinigung des Wagenumlaufes herbeizuführen. Es ist im verflossenen Winter seitens der Interessenten mit Recht darüber geklagt worden, daß viele Industriebetriebe die

*) Dem Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Ottokar Freiherrn v. Trnka, der gestern einen unserer Mitarbeiter empfing, verdanken wir die obigen vom Minister uns freundlichst zur Verfügung gestellten Darlegungen. D. Red.

Ihnen zugerollten Waggons tagelang beladen stehen ließen, wodurch das so dringend benötigte Transportmaterial in nachteiligster Weise seiner Verwertung entzogen wurde.

Was die Kohlenförderung in unseren heimischen Revieren anlangt, soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß in der letzten Zeit ein kleiner Rückgang in der Produktion zu verzeichnen war. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß es den Anstrengungen aller kompetenten Faktoren gelingen wird, die Leistungsfähigkeit unserer Gruben weiter zu heben. Zu diesem Zweck soll auch getrachtet werden, eine möglichst ausgiebige Ausnützung der Tagbaue in den nordwestböhmischen Revieren sicherzustellen. Aber auch die militärischen Stellen bringen der Notwendigkeit, die Produktion unseres Bergbaues zu heben, volles Verständnis entgegen. Seitens der militärischen Behörden sind, soweit dies nicht bereits geschehen ist, auch weiterhin noch Beurteilungen qualifizierter Bergarbeiter in größerem Maßstab geplant, wodurch der Deutenot wirksam abgeholfen werden soll.

Es wäre gewiß eine bedenkliche Taktik, wenn man die Öffentlichkeit über die wahre Sachlage auf dem Kohlenmarkt falsch unterrichtet und unberechtigte Hoffnungen nähren wollte. Wir werden auch im kommenden Winter, soweit die Kohle in Frage kommt, nicht im Ueberfluß schwimmen und äußerste Sparsamkeit im Verein mit rationellster Ausnützung der vorhandenen Vorräte wird unerlässlich notwendig sein. Das eine aber kann jedenfalls heute schon festgestellt werden: Manche Versäumnisse, die sich im verflossenen Winter unangenehm fühlbar machten, werden diesmal vermieden werden, und alles, was nur irgendwie im Bereich des Durchführbaren liegt, wird geschehen, um die Öffentlichkeit mit Kohle, soweit es überhaupt möglich ist, gut zu versorgen.

Die Kohlenversorgung Wiens. Die Rath.-Korr. schreibt: Einem von der Stelle 5 des Bezirkswirtschaftsamtes Wien (Leiter Magistratsrat Dr. Fastenbauer) vorgelegten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die vom Bgm. Dr. Weiskirchner Ende des Jahres 1914 eingeleitete Aktion zur Versorgung Wiens mit Kohle wurde im Jahre 1916 fortgesetzt. Es ergaben sich auch in diesem Jahre bedeutende Schwierigkeiten, da die ober-schlesischen Kohlengruben durch ihre anderweitige Inanspruchnahme weniger Kohlen nach Oesterreich lieferten, anderseits der außerordentliche Wagenmangel die Lieferungs-möglichkeit der Gruben immer mehr beschränkte. Infolgedessen war auch der Verkauf von Steinkohle ein wesentlich geringerer, indem im ganzen nur 455.304 Meterzentner gegenüber 626.687 Meterzentner im Vorjahre bezogen und in den Verkehr gebracht wurden. Die Bekämpfung der ungünstigen Verhältnisse lag außerhalb des Machtbereiches der Gemeindeverwaltung, weshalb der Bürgermeister bei den verschiedenen Stellen, insbesondere beim Ministerium für öffentliche Arbeiten und beim deutschen Botschafter intervenierte. Von großer Bedeutung für die Kohlenversorgung war der von der Gemeinde Wien betretene Weg der Deckung des Kohlenbedarfes im Anforderungswege und der direkte Verkauf der Kohle an die Bevölkerung. Während im Jahre 1915 auf den Lagerplätzen 576.111 Meterzentner verkauft wurden, sind im Berichtsjahre 788.056 Meterzentner abgesetzt worden, was einer Steigerung des Absatzes um rund 36% entspricht. Diese Steigerung machte sich hauptsächlich geltend beim Verlaufe in Fuhrren (hiezugehört auch die Abfuhr mit Handwagen) und betrug rund 172%. Die Anzahl der Parteien, die auf den einzelnen Kohlenlagerplätzen abgefertigt wurden, betrug 2.097.409 und hat demnach um mehr als eine halbe Million zugenommen. Aus dem Ergebnisse des Kleinverkaufes ist zu ersehen, daß die von der Gemeinde eingeleitete Versorgung der Bevölkerung mit Kohle auch im abgelaufenen Berichtsjahre von großer Bedeutung gewesen ist und einen vollen Erfolg aufzuweisen hat.

[Die Kohlenversorgung im Winter.] Die Maßnahmen für die Kohlenversorgung der einzelnen größeren Städte haben heuer bereits eingesetzt und insbesondere der Versorgung Wiens wird seitens der zuständigen amtlichen Stellen große Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich bei Wien hauptsächlich um die Schaffung von Lagerbeständen auf den Bahnhöfen, weiter um die Aufstapelung von Vorräten auf den städtischen Kohlenverkaufsplätzen. Während bei der Anlegung von Wintervorräten bei den Wiener Bahnhöfen hauptsächlich Steinkohle — oberschlesische und inländische — in Betracht kommt, verkauft die Gemeinde Wien von ihren Lagerplätzen neben Steinkohle auch Braunkohle. Ueberhaupt hat der Braunkohlentkonsum in der Kriegszeit speziell in den größeren Städten beträchtlich zugenommen. Die entsprechenden Steinkohlenmengen waren zeitweise nicht zu beschaffen, weshalb auch nach Wien und Niederösterreich schon in den Vorjahren erhöhte Mengen böhmischer Braunkohlen zugeschoben werden mußten. So stellte sich die Braunkohlenszufuhr nach den Wiener Bahnhöfen aus Nordwestböhmen im letzten Friedensjahre nur auf 12.400 Waggons, während im ersten Kriegsjahr 1914 bereits 20.600 Waggons eingelaufen sind. In den Jahren 1915 und 1916 hat sich der Braunkohlentkonsum weiter erhöht. Es betrug die Zufuhr aus Böhmen nach Wien im Jahre 1915 schon 22.400 Waggons und auch im Jahre 1916 zeigte sich eine beträchtliche Zunahme der Zufuhren. Da der größte Teil der zu beschaffenden Vorräte an Kohle für Wien, soweit oberschlesische Kohle in Betracht kommt, bis zum Inkrafttreten des deutschen Kohlensteuergesetzes schon die Grenze überschritten haben dürfte, ist diese rechtzeitige Beschaffung unserer Vorräte für den Winter auch mit einer wesentlichen Geldersparnis verbunden. Für die ausreichende Beschaffung inländischer Kohle ist von Wichtigkeit, daß über Anordnung des Armeoberkommandos nunmehr sämtliche Jahrgänge der eingetragenen qualifizierten Untertagsarbeiter den Kohlenwerken zurückgegeben werden, und zwar auch jene, die bei der Armee im Felde Dienst tun. Die Einstellung dieser Bergleute in die Belegschaften der Kohlenwerke dürfte den sich bis jetzt ergebenden Ausfall in unserer Kohlenförderung zum guten Teil wettmachen.

4./11. 1917.

185

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend

**„Bestandserhebung von Holzverföhlungszeugnissen
und anderen Chemikalien“**

tritt am 1. Juni 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlag-
säulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Berlin, den 1. Juni 1917.

Der Polizeipräsident.

Regelung des Koksbezuges aus den Gaswerten.

Während in normalen Zeiten die Nachfrage nach Koks mit dem Eintritt der warmen Jahreszeit naturgemäß mehr und mehr abnimmt, so daß die städtischen Gaswerke in der Lage sind, große Koksorräte für die kälteren Monate anzusammeln, zeigt sich heuer die Erscheinung, daß die Nachfrage von Tag zu Tag größer wird. Dieser fortwährend noch steigenden Nachfrage steht aber derzeit ein durch die Jahreszeit bedingter, ständig geringer werdender Koksanfall der städtischen Gaswerke gegenüber. Vor den Gaswerken staut sich täglich eine lange Reihe von Fuhrwerken an, während nur für einen Teil dieser Fuhrwerke die verfügbare Koks menge ausreicht. Abgesehen von den für die Auftraggeber hiedurch erwachsenden nutzlosen Kosten werden auf diese Art zahlreiche Wagen und Gespanne zum Schaden der Allgemeinheit anderweitiger nützlicher Verwendung entzogen. Unter dem Zwang dieser Sachlage sieht sich die Kokssektion der Länderbank veranlaßt, ab 4. d. die Ausfolgung von Koks entsprechend der Erzeugung der beiden Gaswerke durch die Ausgabe von Anweisungen zu regeln. Diese Anweisungen sind in der Kokssektion der Länderbank, 1. Bezirk, Renngasse 5, zu beheben und verlieren ihre Gültigkeit, wenn sie nicht an dem Tag zur Einlösung vorgezeigt werden, für den sie ausgestellt sind.

(Die Kohlenversorgung und Kohlenverteilung.)

Kohlenversorgung und Kohlenverteilung müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter dem Gesichtspunkt durchgeführt werden, daß der dringende Bedarf zunächst seine Deckung findet. Es ist jedoch bekannt, daß in der Kohlenverteilung manche Unzulänglichkeiten zutage getreten sind und daß Kohle zu höheren Preisen an Stellen abgegeben wurden, die keineswegs den Anspruch auf Berücksichtigung in erster Linie erheben können. Wie wir nun hören, ist eine scharfe Kontrolle hinsichtlich der geregelten Kohlenimporte aus Oberschlesien eingeführt worden. Aus Oberschlesien kommt ein Monatskontingent von 600,000 Tonnen nach Oesterreich, wovon 90,000 Tonnen auf Wien entfallen. Das ungarische Kontingent beträgt 300,000 Tonnen. Das Arbeitsministerium läßt sich nun regelmäßig über die Allokationen der Kohlenfirmen unterrichten und ist durch tägliche Rapporte über den Kohleneinlauf informiert, so daß stets ein Ueberblick über die Einfuhrmenge und die Verteilung möglich ist. Wenn die Firmen ihre Schlüsse nicht nach dem Vertrag quotenmäßig erfüllen, so ist ein Eingreifen des deutschen Reichskommissärs zu erwarten, der die betreffenden Firmen zur Verantwortung ziehen, Kohle mit Beschlagnahme belegen und sie jenen Verbrauchsstätten in Oesterreich zuführen kann, für welche die Lieferungsverpflichtung vorliegt. Durch diese weitgehende Ueberwachung wird verhindert werden, daß wichtigen Verbrauchsstätten Kohle entzogen wird, die dann mit einem großen Preisaufschlag in andre Hände gelangt.

Die Holzzentrale.

Von Vorstand Andreas Schelker,
Vizepräsidenten des Vereins ungarischer Holz-
produzenten und Holzhändler.
Budapest, 2. Juni.

Nun ist auch die neueste Zentrale da: die Holz-
zentrale. Nach der Errichtung der Holzwirtschaftsstelle in
Oesterreich waren wir auf eine ähnliche Institution bei
uns vorbereitet. Wir haben indessen gemeint, daß,
bevor an die Errichtung dieser Zentrale geschritten wird,
auch mit uns Holzproduzenten und Holzhändlern Fühlung
genommen werden würde, was leider nicht geschehen ist.
Und nun gilt es durch nachträgliche Vorstellungen gut-
zumachen, was, nach unserer Ansicht, die Lebensinteressen
der Holzbranche gefährdet. Es soll einer diesfälligen amt-
lichen Vorstellung des Vereines ungarischer Holzhändler
und Holzproduzenten nicht vorgegriffen werden. Es soll
hier nur die Wirkung der Verordnung auf den Holzhandel
und insbesondere auf die Holzproduktion in kurzen Zügen
dargelegt werden. Vor allem sei bemerkt, daß die im
Publikum vielfach verbreitete Meinung, es handle sich hier
um eine Reglementierung der Holzbranche, nicht zu-
treffend sein kann. Man würde der abtretenden Regierung
unrecht tun, wenn man ihr zumuten wollte, mit Kanonen
auf Spazier schießen zu wollen. So wie in allen Branchen,
sind auch in der Holzbranche Uebergriffe geschehen, doch ist
für solche Uebergriffe die Kriegsgesetzgebung da, die sich
bekanntlich nicht mit Geldstrafen für Vergehen gegen das
öffentliche Interesse begnügt. Durch die Zentrale soll im
Gegensatz die anständige Produktion, der anständige
Handel geschützt werden, indem Richtpreise geschaffen
werden, durch welche jene Rechtsicherheit und Preis-
stabilität eintritt, deren Mangel bis jetzt allseitig schmerz-
lich empfunden wurde. Eine zweite wohltuende Wirkung
der Zentrale wird die Beschränkung der Spekulation in
Holz sein. Bisher bedeutete jede Holzlicitation einen
neuen Rekordpreis. Dieser ungefunnen Richtung, die
die Branche früher oder später in eine verhängnisvolle
Lage gebracht hätte, ist nun ein Ziel gesetzt.

Wir können annehmen, daß der Regierung bei
Schaffung der neuen Zentrale auch diese Gesichtspunkte
vorgezeichnet haben. Zur Errichtung dieser Institution
mußten jedoch noch höhere, das heißt noch allgemeinere
Gesichtspunkte geführt haben. Vor allem der Wunsch
nach Mehrproduktion. Dieser in der Landwirt-
schaft so viel gebräuchte und leider so wenig effektivierte
Gedanke kann auf dem Gebiete der Holzproduktion ganz
gewiß verwirklicht werden, denn die Vorbedingungen
sind dazu da. Es fehlt uns ebenso wenig an Waldungen
aller Holzsorten, wie an Holzproduzenten mit entsprechen-
dem Kapital, Fachkenntnissen und Personal, die bereit
sind, die vorhandenen Waldungen nach Maßgabe des Be-
darfes für den Inlandskonsum und, aus valutatischen
Rücksichten, auch für Exportzwecke im ausgiebigsten
Maße zu betreiben.

Die neue Zentrale wird demnach in dem Falle ihrer
Aufgabe entsprechen, wenn sie auf die Spekulation brem-
send, auf die soliden Elemente rechtsberuhigend und auf
die Produktion fördernd wirken wird. So sicher wir nun
auf den Effekt bezüglich der ersten zwei Gesichtspunkte
rechnen, so bedürfen wir hinsichtlich der letzteren der Be-
ruhigung von Seiten der Regierung. Denn, um es kurz
zu sagen, die Verordnung löst in uns mancherlei gewich-
tige Bedenken und Sorgen aus. Während laut des
Reichsgesetzblattes vom 10. April 1917 „der öster-
reichischen Holzwirtschaftsstelle ein direktes Eingreifen in
die Verhältnisse der Produktion und des Verkehrs
nicht zusteht“, bedeutet die ungarische Holzzentrale eine
förmliche Verstaatlichung der Produktion
und des Verkehrs in Holz, und zwar
auf Kosten und Gefahr der privaten
Produktion. Wenn nun in Oesterreich die Holz-
wirtschaftsstelle, der ein direktes Eingreifen in die Ver-
hältnisse der Produktion und des Verkehrs nicht zusteht,
ohne Vorberatung mit den Interessenten errichtet und in
der Institution den Interessenten eine untergeordnete
Rolle zugewiesen worden wäre; wenn dagegen bei Er-
richtung der ungarischen Zentrale, die eine Verstaat-
lichung der Produktion und des Verkehrs in Holz auf
Kosten und Gefahr der Beteiligten vornimmt, eine Vor-
beratung stattgefunden und den um ihre Selbständigkeit
gebrachten Produzenten in der Zentrale eine mit den
amtlichen Stellen ebenbürtige Rolle zugebacht worden
wäre, so wäre die Logik zu ihrem Rechte gekommen und
es läge im vorhinein kein Grund zur Beunruhigung vor.
Leider ist aber der Tatbestand ein umgekehrter. In
Oesterreich gab es eine Vorberatung und herrschte Parität
in der Holzwirtschaftsstelle — der Vizepräsident der öster-
reichischen Holzwirtschaftsstelle ist ein Holzfachmann —,
bei uns nicht einmal eine informative Fühlungnahme
und eine anscheinend untergeordnete Rolle der Produk-
tion und des Handels in der Zentrale. Aus diesen merk-
würdigen Tatsachen schöpft das Publikum die Auffassung,
als ob es sich tatsächlich um eine Reglementierung der
Produktion und des Handels in Holz handeln würde.
Das kann aber, wie gesagt, unmöglich die Intention der
Regierung gewesen sein, denn ein erfolgreiches Zu-
sammenarbeiten, das Eingehen der Produktion auf die
Gesichtspunkte der Regierung kann vernünftigerweise nur
dann erwartet werden, wenn bei der Produktion das Ge-
fühl nicht aufkommt, vergewaltigt worden zu sein.
Noch ist nichts verdorben. Aber die Holzbranche er-
wartet nicht nur beruhigende Erklärungen der Regierung,
sondern sie hofft auch der Ehre teilhaftig zu werden, in
Angelegenheiten, die ihre Lebensinteressen betreffen, mit
Wohlvollen gehört und geschützt zu werden. Andernfalls
wäre es das geringere Übel, daß die Holzproduzenten

in ihren Lebensinteressen getroffen würden. Das weit
größere Übel, das unvermeidlich eintreten würde, wäre
der Rückgang der Produktion. Wir hätten in diesem Falle
nicht nur für den Export nichts übrig, wir würden auch
den Inlandsbedarf nicht decken können.

4./VI. 1917.

H
190

Zur Heizungsfrage und Kohlennot im kommenden Winter.

Nach den Erfahrungen des verfloffenen Winters ist anzunehmen, daß auch in der kommenden Heizperiode eine allgemeine Kohlennot eintreten wird und insolgedessen, wie schon angekündigt, eine Rationierung der Pöhlen und des Heizmaterials eingeführt wird.

Es wird daher notwendig sein, schon jetzt rechtzeitig sowohl Zentralheizungen, als auch alle Art Ofenheizungen zu prüfen und auf sparsamen Verbrauch zu überholen, d. h. also, die Zentralheizungen für Kontor- und Privathäuser besonders auf ihre Abstellfähigkeit der Heizkörper an Ventilen und Drosselklappen zu vervollständigen, um bei Gergabe des halben Heizmaterials nur die nötigsten Räume geheizt benutzen zu können. Außerdem wird es sich auch empfehlen, für die Uebergangszeit im Herbst und Frühjahr Kachel- wie Dauerbrandöfen zur wesentlichen Ersparung von Heizmaterial aufzustellen, und zwar dürfte unser guter alter Kachelofen den Vorzug verdienen, da er vermittelt seines Kachelaufbaues der beste Wärmespeicher ist. Auch während des letzten strengen Winters hat er sich überall durchaus bewährt. In Häusern, in denen noch Ofenheizung allein vorhanden ist, muß auch diese geprüft und auf ihre Heizfähigkeit für verschiedenes Heizmaterial festgestellt werden.

Als Heizmaterial wird voraussichtlich, wenn auch nur beschränkt, so doch immer für Zentralheizungen und Ofen Koks zu verwenden sein. Da das zur Verfügung stehende Quantum aber wohl nicht ausreicht, so wird Torf, der in unserer Gegend wohl anzuschaffen sein dürfte, zu Hilfe zu nehmen sein.

Bei Kachelauffaßöfen älterer Konstruktion, wie selbst bei Zentralheizungen kann man mit schwarzem, schwerem Torf die Wärme für die Nacht stundenlang halten und somit aufspeichern.

Bei allen eisernen Dauerbrandöfen und solchen amerikanischen Systems wird dies nicht möglich sein und es empfiehlt sich, dafür Anthrazitkohlen, Anthrazitbriketts oder eine dem Anthrazit ähnliche Magerkohle im voraus anzuschaffen.

Bei irischen Dauerbrandöfen kann man kleine Koks verwenden. Torf ist bei dieser Art Ofen ausgeschlossen.

Beim Überholen der Ofen aller Systeme ist besonders darauf zu achten, daß die Ofentüren luftdicht schließen. Dadurch kann besonders an Feuerungsmaterial gespart werden.

Zur Aushilfe sind, solange Gas für Heizzwecke abgegeben wird, auch Gasheizöfen leicht aufzustellen und anzuschließen, jedoch ist Verbindung, daß Abzugskanäle für das unverbrannte Gas vorhanden sind oder hergestellt werden, anderfalls kann Gasvergiftung erfolgen, wie auch bei fahrlässiger Handhabung Gasgeruch und -vergiftung nicht ausgeschlossen sind.

Besonderen Erfolg habe ich im letzten strengen Winter auch mit elektrischen Heizöfen gehabt. Sie sind bei vorhandenem Kraftlabel überall leicht aufzustellen, bedürfen keiner Bedienung, verursachen keinen Schmutz und Staub und geben beim Anstellen sofort reichlich Wärme.

Als Aushilfeöfen sind sie daher besonders zu empfehlen. Im allgemeinen hält man die Heizung für sehr teuer, jedoch ist nach Herabsetzung der Preise des Stromverbrauches der Unterschied mit anderen Heizarten nicht so erheblich.
A. S. Besselh.

5./VI. 1917.

191

Einschränkung des Gasverbrauches.

Der Verordnung des Magistrats vom 31. Mai 1917 betr.: Einschränkung des Gasverbrauches, wird, wie unsere Kontrolleure festgestellt haben, nicht überall entsprochen.

Wir geben den Wortlaut der Verordnung nachstehend nochmals bekannt und sehen uns genötigt, bei Zuwiderhandlungen mit den in § 5 angedrohten Bestrafungen unnachlässiglich vorzugehen. Außerdem kann die Schließung einzelner Entnahmestellen oder ganzer Leitungen verfügt werden.

Frankfurt a. Main, den 4. Juni 1917.

Der Magistrat.
Gasstelle.

**Verordnung,
Beschränkungen des Gasverbrauches betr.**

Mit Rücksicht auf die ungenügende Kohlenzufuhr muß der Gasverbrauch dauernd eingeschränkt werden. Es wird daher auf Grund der Bundesrats-Bekanntmachung vom 25. September/4. November 1915 über Errichtung von Preisprüfungsstellen und Versorgungsregelung folgendes verordnet:

§ 1.

Die Herstellung neuer Anschlüsse und die Erweiterung bestehender Entnahmegelassenheiten ist verboten; desgleichen die Neuaufstellung von Gasverbrauchseinrichtungen aller Art.

§ 2.

Mit Gas betriebene Warmwasserbereiter aller Art, insbesondere Gasbadeöfen, dürfen nicht mehr benutzt werden. In ganz besonderen Einzelfällen kann der Magistrat, Gasstelle, Rathaus-Südbau, Zimmer Nr. 120, auf begründeten schriftlichen Antrag Ausnahmen hiervon gestatten.

§ 3.

In der Zeit von nachmittags 2½ bis 7 Uhr und nachts von 10½ bis 5 Uhr ist jedermann die Entnahme von Gas verboten.

§ 4.

Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 dürfen nur für Betriebe der Rüstungsindustrien, für Krankenanstalten und ähnliche in Anspruch genommen werden; die Gesuchsteller sind in diesem Falle bis zum Erhalt der Entscheidung des Magistrats, Gasstelle, zur Gasentnahme berechtigt.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Neben der Strafe kann durch den Magistrat, Gasstelle, angeordnet werden, daß einzelne Gasentnahmeverrichtungen (Gasbadeöfen, Gaslöcher usw.) durch Plombieren außer Betrieb gesetzt werden, oder auch die Gasabgabe gänzlich eingestellt wird.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft; gleichzeitig wird die Verordnung vom 24. Mai 1917 über den Betrieb von Warmwassereinrichtungen und Gasbadeöfen aufgehoben.

G14841

Frankfurt a. M., den 31. Mai 1917.

Der Magistrat.

5. / VII. 1917

1917

(Sparfameit im Gasverbrauch.) Die tägliche Gasabgabe der Wiener städtischen Gaswerke ist fortgesetzt bedeutend höher, als in den Vorjahren. Da die Zahl der Gasabnehmer infolge Mangels an Gasmessern und Arbeitskräften nur sehr wenig gewachsen ist, ist der große Mehrverbrauch durch eine stärkere Benützung der Gasanlagen verursacht. Der Gasverbrauch muß aber mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit soweit als nur möglich eingeschränkt werden, wenn die Versorgung Wiens mit Gas zu Beleuchtungs-, Koch- und gewerbetech-nischen Zwecken im nächsten Winter aufrechtbleiben soll. Es ist daher unbedingt notwendig, daß in erster Reihe die Abnehmer von Gas zu Leucht- und Kochzwecken ihren Verbrauch aufs äußerste einschränken. Undernfalls müßten schon in den Sommermonaten weitgehende all-gemeine Beschränkungsmaßnahmen zur Durchführung kommen.

5./VI. 1917.

183

Lieferung von Kohlen nach Oesterreich-Ungarn. Nach einer Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung ist künftighin die Lieferung von Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks nach Oesterreich-Ungarn nur mit besonderer Genehmigung des Reichskommissars zulässig. Jede Firma, die Brennstoffe dieser Art nach Oesterreich-Ungarn ausliefern will, hat bis zum 20. des der Lieferung vorangehenden Monats die erforderliche Zahl von Ausfuhranmeldebescheinen beim Reichskommissar zu beantragen und auf Erfordern die einzelnen Lieferungen, für die Scheine verlangt werden, näher zu bezeichnen.

Der Gasverbrauch in Wien.

Bekanntlich wurde in den letzten Tagen eine Mahnung veröffentlicht, dahingehend, den Gasverbrauch auf das mögliche Mindestmaß zu beschränken. Diese Mahnung wurde damit begründet, daß sich die Gasabgabe der Wiener städtischen Gaswerke heuer bedeutend höher stellt, als in den Vorjahren und daß der große Mehrverbrauch eine stärkere Benützung der Gasanlagen verursacht, da die Zahl der Gasabnehmer infolge des Mangels an Gasmessern und Arbeitskräften nicht im gleichen Verhältnis zunehmen kann. Aus diesen Gründen müsse der Gasverbrauch bedeutend eingeschränkt werden, soll die Versorgung Wiens mit Gas im nächsten Winter zu Koch-, Beleuchtungs- und gewerbetechnischen Zwecken sichergestellt werden.

Eine leitende Persönlichkeit der Direktion der Wiener städtischen Gaswerke äußerte sich in dieser Angelegenheit einem unserer Mitarbeiter gegenüber: Neueste Sparjamkeit erscheint tatsächlich auf das Dringendste geboten, sollen nicht schon in nächster Zeit einschneidende Beschränkungsmaßnahmen getroffen werden. Der Gasverbrauch ist in diesem Jahre infolge der außerordentlichen Verhältnisse bedeutend größer, als in den Vorjahren. Der Mehrverbrauch kann mit 18 bis 20 Prozent angegeben werden. Neben der größeren Verwendung in gewerblichen Betrieben und in der Industrie ist für den Mehrverbrauch in erster Linie die größere Verwendung des Gases in den Haushalten maßgebend. Daß die Haushalte jetzt gezwungen sind, fast ausschließlich mit Gas zu kochen, ist der Hauptfaktor bei dem bedeutend vergrößerten Gasverbrauch.

Sollte die Mahnung an die Wiener Bevölkerung, den Gasverbrauch aufs notwendigste Mindestmaß einzuschränken und größte Sparjamkeit zu beobachten, keinen Erfolg haben, was ja leider zu erwarten ist, dann wird man in nächster Zeit zu einschränkenden Maßnahmen greifen müssen. Die Verwendung des Gases wird an bestimmten Stunden des Tages gesperrt sein. Welche Tagesstunden hierfür in Aussicht genommen wurden, steht noch nicht fest. In zahlreichen Städten des Deutschen Reiches, wie Hamburg, Frankfurt u., sind derartige Beschränkungen bereits vor einiger Zeit notwendig geworden.

6./VII. 1917

105

Neue Höchstpreise für Kohlen

Das schweizerische Politische Departement hat verfügt:

1. Infolge Erhöhung der Kohlenpreise durch die deutschen Produzentenverbände werden die Höchstpreise für den Verkauf von Kohlen in ganzen Wagenladungen mit Gültigkeitsdauer bis Ende Juli 1917 für Bezüge im direkten Versand ab nachstehend bezeichneten Lieferorten für je zehn Tonnen wie folgt festgesetzt:

	ab See	ab Nonnheim bez. Rheinan	franco Basel	franco Schaffhausen
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
I. Industrie-Kohlen				
Saar-Stück- und gewaschene Briket- und Rußkohlen	680	—	770	790
Ruhr-Stück- und gewaschene Rußkohlen und Steinkohlenbriketts	685	715	785	800
II. Hausbrandkohlen und Briketts				
Ruhr-Halbsteckwürfel 30/50 u. 50/80 mm	680	760	830	845
Ruhr-Anthrazit 30/50 und 50/80 mm	700	780	850	865
Rheinische Braunkohlen-Briketts	475	485	555	570
III. Zechenkohls				
Großkohl	665	745	815	830
Brechkohls von 20 mm aufwärts	—	—	335	350

2. Ziffer 3, Absatz 2, der Verfügung vom 7. März 1917 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Händlerfirmen dürfen Reexpeditionen ab schweizerischen Bahn- und Dampfschiffstationen, sowie Lieferungen ab Inlandslager, die für den einzelnen Empfänger mehr als fünf Tonnen monatlich betragen, nur auf vorherige Ermächtigung der Kohlenzentrale ausführen.

3. Die zur Deckung des Winterbedarfs 1917/18 erforderlichen Mengen an Hausbrandkohlen werden unter Vorbehalt einer genügenden Einfuhr vorläufig für eine dreimonatliche Bedarfsdauer freigegeben. Die Händlerfirmen sind verpflichtet, den Umfang der hierfür erforderlichen Mengen festzustellen und ihre Kohlenabgaben auf diesen effektiven Bedarf zu beschränken.

4. Jede Firma, die direkte Kohlenbezüge aus oder durch Deutschland macht, ist verpflichtet, die an sie gelangenden Mengen und Sorten unter Angabe des Lieferanten sofort nach Eingang der Kohlenzentrale zu melden.

5. Die Kohlenzentrale ist ermächtigt, über die vorhandenen Kohlenlager, sowie über die eingegangenen Kohlenmengen ganz oder teilweise zu verfügen. Sie kann insbesondere Händler und Verbraucher anweisen, Kohlen an andere Händler und Verbraucher zu den von ihr zu bestimmenden Bedingungen abzugeben.

6. Die Kohlenzentrale ist ermächtigt, die den Händlerfirmen und Verbrauchern zukommenden monatlichen Kohlenmengen unter Berücksichtigung des früheren Absatzes, bezw. Verbrauchs, sowie auf Grund der zur Verfügung stehenden Gesamtmengen zu bestimmen.

7. Händlerfirmen und Verbraucher sind gehalten, der Kohlenzentrale alle von ihr verlangten Angaben über frühere Verkaufs-, bezw. Verbrauchsmengen, zu machen. Die Händlerfirmen sind überdies zur Einsendung der Verzeichnisse der von ihnen bisher bedienten Kunden und deren Kohlenbezüge verpflichtet.

Wahnung an die Verbraucher von Hausbrandkohlen

Die Kohlenzentrale in Basel schreibt uns:
Eine Zeitungsmeldung der Agentur Wolff stellt für den Winter eine bessere Kohlenzufuhr in Aussicht, da die Transportschwierigkeiten gehoben seien. Das letztere dürfte zutreffen; ob sich aber bis zum Herbst nicht neue Transportschwierigkeiten einstellen werden, kann heute niemand wissen, und ebensowenig kann heute mit irgendwelcher Sicherheit auf eine günstigere Gestaltung der Kohlenzufuhr überhaupt gerechnet werden.

Wir möchten daher jedermann davor warnen, sich durch solche Meldungen, so gut sie gemeint sein mögen, Illusionen über die Aussichten für die Kohlenversorgung unseres Landes hinzugeben.

Die Einfuhr im laufenden Jahre bis Ende Mai steht rund 600,000 Tonnen unter dem effektiven Bedarf und rund 350,000 Tonnen unter der Menge, die wir auf Grund des Abkommens mit Deutschland erwarten durften. Ähnlich lagen die Verhältnisse in den letzten Monaten des Vorjahres. Die Vorräte, die die Verbraucher im Jahre 1915/16 anlegen konnten, sind daher größtenteils bedenklich zurückgegangen und die Vorräte der Händlerfirmen größtenteils fast vollständig erschöpft.

Während vieler Monate mag der Grund der ungenügenden Einfuhr tatsächlich in den Transportschwierigkeiten gelegen haben. Im Monat Mai haben aber diese Schwierigkeiten nicht mehr bestanden. Leider ist aber zu konstatieren, daß die Maieinfuhr noch schlechter war, als die Einfuhr im März und April. Da angesichts der großen Differenzen zwischen den deutschen Inlandspreisen und den von schweizerischen Importeuren zu zahlenden Preisen die deutschen Produzenten zweifellos alles Interesse haben, möglichst große Mengen nach der Schweiz zu liefern, waren offenbar die zur Deckung unseres Bedarfes erforderlichen Mengen einfach nicht verfügbar. Ob es den deutschen Jechen gelingen wird, ihre Produktion zu steigern, vermögen wir nicht schlechthin zu verneinen; allein angesichts der bisherigen Erfahrungen und der in Deutschland selbst bestehenden Kohlenknappheit wird man allen Grund haben, die Aussichten für die Kohlenversorgung sehr vorsichtig zu beurteilen.

Das gilt insbesondere in bezug auf diejenigen Kohlenarten, die für einen großen Teil des häuslichen Bedarfes bisher verwendet worden sind, wie Koks für die Zentralheizungsanlagen und Anthrazit für die sogenannten Dauerbrandöfen. Die Zufuhr an solchen Kohlen aus Belgien hat seit längerer Zeit sozusagen vollständig aufgehört, und ob und wann sie wieder aufgenommen werden kann, ist vollständig ungewiß. Der Mangel an Koks ist heute allgemein.

Es ist daher ein Gebot der Vorsicht, sich für den Winter mit Heizungseinrichtungen zu ver-

sehen, die gestatten, mit möglichst wenig Kohlen auszukommen, und auch andere Brennstoffe zu verwenden, sowie die Heizung überhaupt zu beschränken. Dabei wird sich empfehlen, neue Heizeinrichtungen oder Aenderungen an bestehenden Anlagen im Laufe der Sommermonate ausführen zu lassen, da Hafner und Installateure im Herbst und Winter zu sehr in Anspruch genommen würden.

Diese Darlegungen haben nicht den Zweck, die Bevölkerung zu beunruhigen, sondern sie in den Stand zu setzen, für alle Fälle das Nötige vorzuziehen, um sich gegen Ueberraschungen und Unannehmlichkeiten zu sichern.

7./VII. 1917.

197

Die Kohlenknappheit.

Beitige Vorsorge für den nächsten Winter.

Die Öffentlichkeit ist in häufigen Berichten der Tagespresse auf die Kohlenknappheit im nächsten Winter aufmerksam gemacht worden. Die Stadtverwaltungen von Schöneberg, Wilmersdorf beschäftigen sich ernstlich mit der Kohlenfrage, der Hilfsdienstausschuß des Reichstages nahm Gelegenheit, sich der Materie zuzuwenden. Das Kriegsammt sucht die Öffentlichkeit zu beruhigen, indem es die Hoffnung ausspricht, daß die Notlage der Kohlenversorgung, die nach seiner Ansicht durch den harten Winter entstanden ist, sicherlich mit der Zeit überwunden werden wird.

Es erscheint nach dem heutigen Stande der Dinge ausgeschlossen, daß alle Wirtschaftskreise, die bedeutenden Bedarf an Brennstoffen haben, die erforderlichen Mengen sich werden beschaffen können. Es ist klar, daß alle amtlichen Stellen in erster Reihe Fabrikbetriebe mit Heizstoffen versehen werden, welche für vaterländische Zwecke tätig sind. Ob und wie für den Privatmann oder den Hausbesitzer von einer zu gründenden Koksversorgungsstelle gesorgt werden wird, wird voraussichtlich ganz von der „amtlich zu prüfenden Bedürfnisfrage“ abhängen. Das Vertrauen auf diese Stellen ist jedoch im Publikum, wie man weiß, mit Recht nicht sonderlich groß. Sie nehmen schneller als sie geben.

Es ist klar, daß der Hausbesitzer, der durch Verträge gebunden ist, seinen Mietern Heizung und Warmwasser zu liefern, in die Lage kommen wird, die eingegangenen Verpflichtungen nicht halten zu können. Zurzeit ist es dem Hausbesitzer für Geld und gute Worte unmöglich, sich Koks für den Winterbedarf heranzuschaffen. Die Hausbesitzer-Vereinigungen zu gemeinsamer Koksbeschaffung machen immer wieder darauf aufmerksam, daß es ihnen nur teilweise möglich sein wird, ihre Mitglieder mit genügenden Vorräten zu versehen und raten, sich noch an andere Kohlenhandelsfirmen zu wenden und mit ihnen Abschlüsse zu tätigen. Da ist aber guter Rat teuer. Von jeder Firma erfährt man immer wieder, daß es ihr voraussichtlich nicht möglich sein wird, ihre eigenen alten Kunden zu befriedigen, weil auch die Sache eine Verpflichtung, die abgeschlossenen Mengen zu liefern, der Händlerfirma gegenüber nicht eingehen kann oder will.

Jetzt ist es aber für den vorsorgenden Hauswirt an der Zeit, sich seinen Winterbedarf, soweit seine Räume es zulassen, zu sichern. Die kommenden Sommermonate werden naturgemäß, je mehr man sich wieder dem Herbst nähert, immer ungünstiger. Denn die Mehrzahl der Hausbesitzer ist schon aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, möglichst lange die hohen, gegen die Friedenspreise nunmehr doppelt gestiegenen Ausgaben hinauszuschieben und mit der Beschaffung von Koks bis zum Herbst zu warten. Jetzt kann von Transporteschwierigkeiten nur in beschränktem Sinne die Rede sein, da die Wasserstraßen in vollem Betrieb sind und die Eisenbahnen entlasten. Gelingt es dem Hausbesitzer nicht, in den nächsten Monaten sich mit Koks zu versehen, so wird er in den Winter ohne Vorräte hineingehen, und es ist unschwer, sich vorzustellen, welche Not in der Beschaffung von Heizstoffen erst entstehen wird, wenn der Bedarf allgemein, die Transporteschwierigkeiten infolge Frost, Schnee usw. wieder größer werden. Es trifft nach dem Gesagten den Hausbesitzer keine Schuld, wenn er seine Verträge mit den Mietern nicht erfüllen können. Aber es werden eine Unzahl Prozesse zwischen Mieter und Vermieter entstehen, denn es ist klar, daß kein Mieter sich ohne weiteres die Nichterfüllung seiner ihm vertraglich zugesicherten Ansprüche wird gefallen lassen. Es wird zu endlosen Schadensersatz- und Wertminderungsklagen kommen, und der Hausbesitzer wird neben dem Ärger und der Sorge noch einen Schaden haben, den zu verhüten er nicht in der Lage war. Es ist nach dem heutigen Stande der Technik und der derzeitigen Beschaffenheit des Leuchtgases unmöglich, einen auch nur annähernd gleichwertigen Ersatz für die durch Koks oder Braunkohle betriebene Sammelheizung zu schaffen. Eine Umänderung der Heizkessel für andere Heizstoffe, die im Interesse der Wirtschaftlichkeit sehr wünschenswert wäre, ist zurzeit erst recht nicht möglich. Die Aufstellung von Einzelheizkörpern für Gas oder Elektrizität ist für die dauernde Beheizung größerer Wohnräume meistens unzureichend und unzweckmäßig, häufig auch technisch gar nicht durchzuführen.

Kein rechtlich denkender Hausbesitzer wird verlangen, daß der Mieter in seinen Rechten geschmälert wird, auch nicht, daß sich der Hausbesitzer, durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus der Not Kapital schlagend, bereichern soll. Aber es muß unbedingt gefordert werden, daß sich Behörden und gesetzgebende Körperschaften rechtzeitig mit dem mit Bestimmtheit zu erwartenden Notstand befassen. Die Stadtgemeinden müssen die Beschaffung von Heizstoffen in die Hand nehmen, die vorhandenen Vorräte erfassen und

Vorsorge für eine gleichmäßige Verteilung treffen.

7./VI. 1912.

Kohlennot und Politik.

Die Debatten in der letzten Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung über die Kohlennot dürfen durch die Ausführungen des Stadtv. Dr. Heilbrunn über die vermutliche Ursachen dieser Kalamität ein über den lokalen Kreis hinausgehendes Interesse beanspruchen. Der Redner, der ja auch Frankfurter Landtagsabgeordneter ist, sprach nämlich von gewissen Vorgängen innerhalb des Kohlsyndikats, die ihm den Eindruck erweckten, als ob es sich um eine bewusste Demonstration gegen die zuständigen Berliner Stellen wegen des neuen innerpolitischen Sturzes handle. Man scheine, so führte er aus, de facto den Beweis erbringen zu wollen, daß alle Produktion gehemmt wird, daß alle Räder stille stehen, wenn in Berlin die Politik nicht nach den Wünschen der Schwerindustrie gemacht wird. Und er leitete daraus die Forderung ab, daß die Verfügung über eines der wichtigsten Produktionsmittel nicht länger in der Hand einer kleinen Gruppe privater Interessenten verbleibe, sondern der Allgemeinheit ein bestimmender Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Kohlenbergbau eingeräumt werde. Da die Parlamente zur Zeit geschlossen seien, sei es notwendig, daß die Verwaltungen der Städte hier die Initiative ergreifen und durch Vermittlung des Deutschen Städtetages bei der Regierung die unverzügliche Einführung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation für den gesamten Kohlenbergbau beantragen.

Soweit die Ausführungen des Redners, deren Inhalt wir, ohne sie uns zu eigen zu machen, hier lediglich referierend wiedergeben. Auf die Antwort, die sie finden werden, muß man gespannt sein. Begrüßen aber dürfen wir für alle Fälle die Tatsache, daß jetzt auch von städtischer Seite aus im Anschluß an einen Spezialfall eine Forderung erhoben wird, die wir aus allgemein wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus seit geraumer Zeit immer und immer wieder erhoben haben, nämlich die Forderung nach einer gemeinwirtschaftlichen Organisation der Kohlenversorgung. Dreimal war in den letzten Monaten der Anlaß zu einer solchen Umgestaltung der Machtverhältnisse im Kohlenbergbau gegeben: bei der Beratung des Zwangssyndikatsgesetzes, bei der Beratung der „Sibernia“-Vorlage im Abgeordnetenhaus und bei der Annahme der Kohlensteuer im Reichstag. Alle diese drei Gelegenheiten sind verpaßt worden. Vielleicht ergreift jetzt der Deutsche Städtetag die Initiative, an der die Regierung und die Parlamente es bisher haben fehlen lassen.

Schleifige Kohlen- und Kokswerke.

Die Schleifigen Kohlen- und Kokswerke werden hier im kommenden Monate eine außerordentliche Generalversammlung abhalten, auf deren Tagesordnung eine Abänderung des Statuts der Generalversammlung steht. Diese Abänderung bezweckt die Herabsetzung des Grundkapitals der Gesellschaft um 3.500.000 Mark derart, daß je acht Stammaktien zu einer Aktie zusammengelegt werden; die Verminderung der Zahl der Aktien soll nach § 290 Deutschen Handelsgesetzbuches durchgeführt werden. Die Herabsetzung soll zur Deckung der aus der Bilanz für das Geschäftsjahr 1915/16 sich ergebenden Unterbilanz und darüber hinaus zur Bildung eines Reservefonds erfolgen.

Weiters ist die Aufhebung der Vorrechte der Prioritätsaktien derart geplant, daß die nach der Herabsetzung verbleibenden bisherigen Stammaktien von 500.000 Mark Nennwert und bisherigen Prioritätsaktien von 2.000.000 Mark Nennwert fortan untereinander gleichberechtigte Aktien werden. Endlich soll über den Zeitpunkt, mit welchem die Beschlüsse für den Fall, daß ihre Eintragung im Handelsregister erfolgt, wirksam sein sollen, Beschluß gefaßt werden.

8./VI. 1917.

202

Die Einfuhr böhmischer Braunkohle.

In unserer Nummer 145 vom 27. Mai 1917 veröffentlichten wir eine Mitteilung des Berliner Berichterstatters des „Neuen Wiener Journals“, in der gesagt war, daß die Verhandlungen mit Oesterreich wegen der Sicherstellung der Zufuhren böhmischer Braunkohlen nach Sachsen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten. Hierzu erhalten wir aus gut informierten sächsischen Industriekreisen folgende Ausführungen:

Die in der Notiz vom 27. Mai 1917 wiedergegebene Mitteilung, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über die Zufuhren böhmischer Braunkohlen nach Sachsen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten, eilt zum mindesten den Tatsachen voraus. Bisher ist im Königreich Sachsen von einer eingetretenen Besserung in der Zufuhr böhmischer Kohle nicht das geringste zu verspüren gewesen, es ist vielmehr eine wesentliche Verschlechterung nach dieser Richtung hin eingetreten, denn während der Ausfall an böhmischer Kohle in der Zeit vom 5. März bis 14. April 1917 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 85 249 Tonnen betrug, hat er sich inzwischen im Monat Mai 1917 auf 170 190 Tonnen erhöht. Seit Beginn dieses Jahres war bis Monat Mai mit einem Gesamtausfall an böhmischer Braunkohle von 590 700 Tonnen zu rechnen. Bei der großen Abhängigkeit der sächsischen Industrie von den böhmischen Braunkohlen, auf die sie seit vielen Jahrzehnten eingrichtet ist, ist dieses Ausbleiben umso bedauerlicher, als gerade jetzt der Wasserweg auf der Elbe benutzbar ist und der Antransport ohne große Schwierigkeiten erfolgen könnte. Es ist deshalb dringend zu hoffen, daß es den maßgebenden Berliner Stellen doch noch gelingt, von Oesterreich eine möglichst baldige ausreichende Zufuhr böhmischer Braunkohlen zu erreichen; jedenfalls muß eine authentische Erklärung darüber, wenn nicht veröffentlicht, so doch den interessierten Kreisen zugänglich gemacht werden, ob in absehbarer Zeit mit einer solchen Kohlenzufuhr zu rechnen ist oder nicht, weil von dieser Frage das Wohl und Wehe einer großen Anzahl sächsischer Industriebetriebe abhängig ist.

Wie wir im übrigen hören, soll der Versuch gemacht werden, den Ausfall an böhmischer Braunkohle durch Zufuhren ober-schlesischer Steinkohlen wieder wett zu machen. Dieses Bestreben ist an sich selbstverständlich sehr zu begrüßen, kann aber immer nur eine Teilhilfe darstellen, denn ein sehr großer Prozentsatz der an Kohlenmangel leidenden Betriebe wird auf Grund seiner technischen Einrichtungen nicht in der Lage sein, sofort von der Braunkohlenfeuerung zur Steinkohlenfeuerung überzugehen, während in anderen Fällen nur eine Streckung der verfügbaren Braunkohlen durch Beimengung von Steinkohlen möglich sein wird. Es bleibt also auch bei einem solchen gewiß begrüßten Ausgleich doch eine Abhängigkeit Sachsens von der böhmischen Braunkohle bestehen, der unbedingt Rechnung getragen werden muß.

Altona.**Einschränkung des Gasverbrauchs.**

Da die Belieferung des Gaswerks mit Kohlen noch immer äußerst ungenügend ist, sieht sich die Kommission für Gas, Wasser und Elektrizität veranlaßt, zur Erlangung einer wirksamen Einschränkung des Gasverbrauchs den Städtischen Kollegien einen Nachtrag zur Gasbezugsordnung zur Genehmigung vorzulegen, nach dem in der Hauptsache den Gasabnehmern ein Gasverbrauch vorgeschrieben wird von höchstens 70 Prozent der Gasmenge im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei Automaten gas darf der monatliche Betrag 5,50 Mk. nicht übersteigen. Bei Abnehmern von Gas zu gewerblichen Zwecken sowie den Behörden wird die Verbrauchsmenge in Höhe des Vorjahres belassen. Bei Abnehmern, die im Vorjahre kein Gas bezogen haben, wird von der Behörde die Verbrauchsmenge festgesetzt. Bei wiederholter Ueberschreitung der zugetheilten Menge ist das Gaswerk berechtigt, die Gasabgabe ganz oder teilweise einzustellen, oder den Mehrverbrauch mit 0,50 Mk. für das Kubikmeter zu berechnen. Mit Beginn der Standaufnahme für den nächsten Monat treten vorstehende Bestimmungen in Kraft.

**Kohlenbelieferung
des Altonaer Gaswerkes.**

Auf die infolge Beschlusses der Städtischen Kollegien vom 20. April 1917 an den Herrn Reichskommissar für Kohlenverteilung in Berlin gerichtete begründete Eingabe ist nachstehendes Antwortschreiben eingegangen:

„Ich lasse mir die möglichst ausreichende Kohlenbelieferung des dortigen Gaswerkes besonders angelegen sein und habe bereits Schritte getan, daß die Lieferungen tunlichst verstärkt werden.

Ihrem Wunsche, auch weiterhin Kohle aus Oberschlesien beziehen zu können, ist inzwischen diesseits bereits entsprochen worden, indem sowohl der Bahn- als auch der Wasserbezug von Oberschlesien nach der dortigen Gegend freigegeben worden ist.

Das Westfälische Kohlenkontor Hamburg ist ersucht worden, bei der Verteilung der für den Gesamtbezirk Hamburg eingehenden Brennstoffmengen die Stadt Altona in dem ihrer Einwohnerzahl entsprechenden Umfange zu berücksichtigen.“

Es kann hiernach erwartet werden, daß die Kohlenversorgung der Stadt eine Besserung erfahren wird.

Im Anschluß hieran stellt die Kommission für Gas, Wasser und Elektrizität bei den Städtischen Kollegien den Antrag auf Errichtung einer städtischen Kohlenstelle mit Herrn Direktor Bichtheim als Leiter und aus den für das Lebensmittelamt bereits bewilligten drei Millionen Mark auch die Mittel für die Ortskohlenstelle und zur Beschaffung von Feuerungsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

8./VI. 1917.

8
205

Kohlennot und Politik.

Herr Rechtsanwalt Dr. Heilbrunn schreibt uns:

Im Zweiten Morgenblatt von heute nehmen Sie in einem Artikel „Kohlennot und Politik“ Bezug auf eine von mir in der Stadtverordneten-Versammlung gemachte Aeußerung, die nach Form und Inhalt nicht in der angeführten Weise gefallen ist. Die Ausführung kann nur im Zusammenhang mit meinen gesamten Darlegungen verstanden werden, die ich daher in folgendem kurz skizziere: Ich habe darauf hingewiesen, daß während des Winters stets die Transport-schwierigkeiten als Ursachen der mangelhaften Versorgung angegeben worden seien. Jetzt weist man auf den Arbeitermangel und die reduzierte Leistungsfähigkeit der Arbeiter hin. Die Militärverwaltung habe aber in einem Umfang Beurlaubungen angeordnet, daß der noch bestehende Mangel in den Belegschaften den Mangel der Förderung nicht erkläre. Auffallend sei, daß die bis 1. April außerhalb des Syndikats stehenden Händler bis zu diesem Termin über Kohlen verfügen konnten, nachher aber nicht mehr, daß die Hüttenzechen einen weit größeren Prozentsatz ihres Kontingents geliefert hätten als die Syndikatszechen, daß der Kohlsversandt der Hüttenzechen während des Winters 16/17 ziemlich stabil geblieben, während der des Syndikats stark zurückgeblieben sei; daß die Halbenverladung mit Wegfall der Prämie zunächst zurückgegangen, obwohl hierfür keine Sacharbeiter nötig, und erst neuerdings wieder gesteigert worden sei; daß der Wasserversandt trotz besser Organisation durch die Eisenbahn und der Fürsorge der Militärverwaltung noch Anfang Mai stark vernachlässigt worden sei usw. Die Aeußerungen aus Syndikatskreisen könnten diese Erscheinungen nur teilweise erklären. Wenn von dieser Seite stets wieder in den Vordergrund gestellt werde, die Förderung sei dadurch zurückgegangen, daß die Arbeiter zu hohe Löhne erhielten und deshalb keine Ueberschichten machten, daß sie sich politisch als Herren der Situation fühlten und der Geist der Widersetzlichkeit gewachsen sei, so erwecke das fast den Verdacht, als wolle man die Umstände als argumentum ad hominem benutzen, als Beweis, wie verderblich die Konzeptionen an die Arbeiterschaft oder überhaupt die neue Richtung der Politik sei. Ich habe schließlich die Preispolitik von Bergwerks- und Syndikal gestreift, um daran die Forderung der Umgestaltung zu einer gemeinwirtschaftlichen Organisation zu knüpfen.

Vermehrung der Gasabgabe.

**Polizeistunde an den Vorabenden
von Sonn- und Feiertagen 11½ Uhr.**

Wie sehr die Behörden die einschränkenden Bestimmungen über die Gasabgabe und über die Herausziehung der Polizeistunde zu mildern bestrebt sind, zeigt der Umstand, daß durch zwei Bekanntmachungen, die im Anzeigenteil dieses Blattes veröffentlicht werden, diese Einschränkung eine erhebliche Erleichterung erfahren, trotzdem die Kohlenknappheit, die den Grund zu den früheren Maßnahmen der Herausziehung der Polizeistunde und der Verweigerung der Gasabgabe in den Abend- und Nachtstunden bildete, keineswegs behoben ist. Aber die Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Gewerbetreibenden, wie besonders auf die Inhaber der Gasthäuser, ist offenbar der Anlaß gewesen, sobald als irgend möglich die Grenzen der Beschränkungen enger zu stellen.

Während früher im allgemeinen die Entnahme von Gas in den Stunden von 8½ Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten war, ist jetzt durch einen Beschluß des Senats diese Bestimmung dahin abgeändert worden, daß sich das Verbot auf die Zeit von 10½ Uhr abends, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen von 11½ Uhr abends, bis 4½ Uhr morgens erstreckt. Diese Verschiebung in den Abendstunden um zwei Stunden und in den Morgenstunden um ½ Stunde bedeutet, abgesehen von der Gasbeleuchtung, die in den kurzen und hellen Nächten dieser Zeit weniger in Frage kommt, doch für alle jene Haushaltungen eine große Erleichterung, in denen die Angehörigen spät abends von ihrer Arbeitsstätte kommen oder in den frühen Morgenstunden sich zu ihr begeben müssen und daher außer der gewöhnlichen Zeit warmer Speisen und Getränke bedürfen.

Mit noch größerer Genugtuung aber werden die Inhaber von Wirtschaften und Kaffeehäusern die neue Bestimmung begrüßen, die die Erwerbsmöglichkeit wesentlich vermehrt, und zwar zunächst über die Anordnung, daß die Polizeistunde für die Vorabende von Sonn- und Feiertagen im allgemeinen auf 11½ Uhr abends festgesetzt worden ist. Ausgenommen hiervon sind die Lichtspieltheater, die um 11 Uhr, und die Wirtschaften mit weiblicher Bedienung und die Speisewirtschaften ohne Schankerglaubnis, die, wie bisher, um 10 Uhr schließen müssen.

Von wesentlichem Einfluß ist ferner die Anordnung, daß warme Speisen und warme Getränke in allen Wirtschaften nach 10 Uhr abends, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen nach 11 Uhr abends nicht mehr verabreicht werden dürfen. Früher galt das Verbot schon für die Zeit von 8½ Uhr abends ab.

Die neuen Bestimmungen treten mit dem 9. Juni in Kraft, so daß also bereits
am heutigen Abend
die Polizeistunde um 11½ Uhr
eintritt.

Diese Erleichterungen in der Gasentnahme dürften nun nicht zu der Annahme führen, daß die Mahnungen zur Kohlenersparnis nicht mehr so ängstlich befolgt zu werden brauchen. Im Gegenteil, eine möglichst große Sparsamkeit ist nach wie vor am Platze, damit die gebotenen Erleichterungen auch aufrecht erhalten werden können, und damit endlich auch die Straßenbeleuchtung wieder aufgenommen werden kann. Vorläufig ist daran allerdings, wie aus den in der Bürgerschaft mitgeteilten Erklärungen hervorgegangen ist, leider noch nicht zu denken, da die Kohlenversorgung Hamburgs noch sehr im Argen liegt.

(Die Salgótarjánener Kohlenbergbau-A.G.) hielt heute unter dem Vorsitz des Magnatenhausmitglieds Dr. Franz Chorin eine außerordentliche Generalversammlung, deren einzigen Gegenstand die Erhöhung des Aktienkapitals bildete. Nachdem der Präsident den Direktor-Stellvertreter Dr. Ernst Reimanu mit der Führung des Protokolls betraut hatte, gelangte der Bericht der Direktion zur Unterbreitung. Die Direktion meldet zunächst, daß sie von der Pester Ungarischen Kommerzialbank die Majorität der Aktien der Nordungarischen Vereinigten Kohlenbergbau- und Industrie-A.G. erworben hat. Die Nordungarische, deren Kohlenwerke an die im Komitat Nógrád gelegenen Werke der Salgótarjánener grenzen, hat im Jahre 1916 34 Millionen Meterzentner Kohle erzeugt. Ihre Erzeugung, besonders in Hausbrandkohle, kann jedoch durch entsprechende Substitutionen bedeutend erhöht werden, und da die heimischen Kohlenbergbaue nicht im Stande sind, den Bedarf an Industrie- und Zimmerheizkohle zu decken, bildet die Erhöhung der Erzeugung ein Gemeininteresse. Die Nordungarische besitzt den überwiegenden Theil der Aktien der Eßtergomer Regional-Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft. Der Kohlenbesitz dieser Gesellschaft befindet sich nächst der im Eßtergomer Komitat gelegenen Gemeinde Tolod und besteht aus zwei Schächten, die in Folge Wassereintruchs außer Betrieb sind, sowie aus bedeutenden Kohlenterrains. Die seit Jahren gepflogenen und noch fortzusetzenden Studien berechtigen zu der Hoffnung, daß es bei dem Stande der heutigen technischen Behelfe gelingen wird, die Schächte zu entwässern und die hier befindlichen bedeutenden Kohlenmengen abzubauen. Mit diesen Arbeiten parallel soll das Kohlenterrain mittels Tiefbohrungen gründlich erforscht und dort eventuell ein neuer Schacht angelegt werden. An die Lösung dieser Aufgaben soll sofort nach Friedensschluß geschritten werden. Die Direktion beabsichtigt, die materiellen Mittel, die zum Begleiche der gekauften Aktien und zur Vermehrung des Betriebskapitals erforderlich sind, durch die Erhöhung des Aktienkapitals zu beschaffen, und beantragt daher, die Generalversammlung möge beschließen, daß das Aktienkapital um 4.400.000 K. auf 26.400.000 K. erhöht werde, daß zu diesem Zwecke 22.000 Stück auf Inhaber lautende Aktien über je 200 K. emittirt werden, daß das Bezugsrecht dieser Aktien den Aktionären eingeräumt und mit der Festsetzung des Uebernahmiskurses der neuen Aktien die Direktion betraut werde. Die Generalversammlung erhob diesen Antrag einhellig zum Beschluß und nahm eine entsprechende Aenderung der Statuten vor. — Wie wir vernehmen, wird auf je fünf alte Aktien eine neue zum Preise von 750 K. und den vom 1. Januar laufenden Zinsen ausgestellt werden.

Zur Frage der Kohlenversorgung.

Die Abgeordneten Heine und Genossen haben in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses an den Minister für öffentliche Arbeiten eine Anfrage betreffend die dringliche Regelung der Kohlenversorgung für städtische Betriebe, industrielle und gewerbliche Unternehmungen und für die privaten Haushalte gerichtet.

In der Anfrage wird ausgeführt: Die nun fast dreijährigen Kriegserfahrungen in der Kohlenversorgung haben bewiesen, daß die befriedigende Lösung dieser äußerst schwierigen Frage zu den wesentlichsten Voraussetzungen für das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege gehört. Infolge der wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Krieges und der Ueberlastung der Bahnen ist die Kohlenförderung wesentlich verringert und die rechtzeitige und planmäßige Verteilung der Kohle gehemmt worden. Diese zum Teil unvermeidlichen Schwierigkeiten lassen sich in ihren Wirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft nur dann mildern und erträglich gestalten, wenn eine großzügige, einheitliche und zielbewußte Organisation der Kohlenversorgung durchgeführt wird. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser Organisation ist die ziffermäßige Festlegung und Sicherung des dringlichen Kohlenbedarfes für die Bevölkerung, also für Städte und Gemeinden und deren Betriebe, für die industriellen und gewerblichen Betriebe, welche nicht in die Kriegsorganisation einbezogen sind, und endlich für die privaten Haushalte. Diesbezüglich müssen klare und bindende Vereinbarungen mit der Heeresverwaltung getroffen werden, denn auch für die Bevölkerung gibt es einen Mindestanspruch auf Kohle, dessen Befriedigung ebenfalls zu den unerläßlichen Kriegsnotwendigkeiten gehört. Endlich muß die plangemäße Organisation der Kohlenversorgung raschestens ins Leben treten, wenn nicht der kommende Winter zu einer Katastrophe auf diesem Gebiet führen soll. Aus diesen Erwägungen stellen die Interpellanten an den Minister für öffentliche Arbeiten folgende Anfragen: 1. Gedenkt der Herr Minister für öffentliche Arbeiten, beziehungsweise die österreichische Regierung unverzüglich mit dem Kriegsministerium in Verhandlungen zu treten, um im Sinne obiger Darlegungen ein festes Kohlenkontingent für die unerläßlichen Bedürfnisse der Bevölkerung sicherzustellen? 2. Gedenkt Se. Excellenz dem Abgeordnetenhaus raschestens jene Anträge zur gesetzmäßigen Behandlung zu unterbreiten, welche ausreichende Versorgung und gerechte Verteilung von Kohle für die Bevölkerung bezwecken?

Die Kohlenversorgung der Städte. In den vierstündigen Beratungen, die gestern im Kriegsamt für Kohlenverteilung stattfanden, waren die Vertreter der **Großstädte** darüber einig, daß die zur Verfügung stehenden Kohlenmengen nicht so groß sind, wie zu Friedenszeiten, und daß man daher nach Möglichkeit mit dem Verbrauch der Kohlen sowohl für die Industrie als auch für den Haushalt sparen müsse. Geheimrat **Fuchs**, der Leiter der Sitzung, gab die Zusicherung, daß er sobald und schnell als möglich den Städten die verfügbaren Kohlen zuführen würde. Aufgabe der Städte würde es sein, die Verteilung selbst vorzunehmen. Diese soll durch Vermittlung des Handels geschehen. Bei der ganzen Kohlenversorgung ist das Kriegsamt für Kohlen von dem Gedanken ausgegangen, in die Selbsttätigkeit der Städte in keiner Weise einzugreifen. Daher wird auch den einzelnen Städten die **Ausgabe von Kohlenkarten** überlassen. Es wurde gefordert, daß mit der Zufuhr der Kohlen bald begonnen wird.

Die Regelung des Holzverkehrs.

Die Verordnung in Ungarn.

In Ungarn ist, wie wir bereits mitgeteilt, eine Ministerialverordnung über Anmeldung, Evidenzhaltung, Verbrauch und Inverkehrsetzung der Holz- und Holzlohlenbestände erschienen, deren Normen, wenn auch nur für Ungarn verfügt, bei den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auch für die österreichischen Interessenten der Holzproduktion und Holzverarbeitung von einschneidender Bedeutung sind.

Die Verordnung tritt am 15. Juni d. J. in Kraft und bezieht sich auf das produzierte Bauholz, Werkholz, Sägematerial, bezimmertes Holz (Schwellen und Eichenlästen mitinbegriffen), Brennholz (gebündeltes weiches Brennholz mitinbegriffen), Holzlohle und für technische Zwecke (Zellulosefabrikation) u. verwendbare Abfallholzbestände. Von den erwähnten Materialien muß man die unter die Wirksamkeit der Verordnung fallenden Bestände, und zwar sowohl die bereits vorhandenen wie auch die während der Dauer der Wirksamkeit der Verordnung zu erzeugenden oder aus dem Auslande einzuführenden Bestände, bei dem ungarischen „Holzverwertungsamt“ anmelden. Die Anmeldung ist jeder vorzunehmenden verpflichtet, welcher einen solchen Bestand am 15. Juni 1917 entweder als sein Eigentum oder für jemand andern in seinem Besitze (in seiner Verwahrung) hält oder aber auch nach diesem Tage in den Besitz (in die Verwahrung) derartiger Bestände gelangt. Die am 15. Juni vorhandenen Bestände muß man bis inklusive 30. Juni 1917 anmelden, von da ab sind die Bestände monatlich, und zwar immer nach dem Zustande, welcher am letzten Tage des vorhergehenden Monats besteht, bis zum 8. des betreffenden Monats anzumelden.

Bezüglich der Verwendung der Bestände entscheidet das Holzverwertungsamt. Es teilt innerhalb 30 Tagen den Parteien mit: a) Welche Bestände dem Militärärar zum Verkauf angeboten werden müssen; b) welche Bestände zur Deckung des Zivilbedarfes gebraucht werden; c) welche Bestände die Parteien behufs Verwertung außerhalb des Landes dem Amte überlassen müssen; d) welche Bestände die Partei als Reserve zur Disposition des Amtes zurückhalten muß. Das Amt hat auch das Recht, seine ursprünglich gegebenen Dispositionen abzuändern. Die Parteien können über die angemeldeten Bestände nur laut den Weisungen des Holzverwertungsamtes verfügen.

Nach dem Holzmaterial, welches von den angemeldeten Beständen verkauft oder aufgebraucht wurde, gehören dem Holzverwertungsamt folgende Taxen: a) Bei jeder beliebigen Holzart, die in ihrer Länge 1 Meter übersteigt und die, in der Mitte gemessen, stärker ist als 8 Zentimeter, bei Bau- und Werkholz pro Festmeter 2 K.; b) bei Schnittmaterial und bezimmertem Holz pro Festmeter 3 K.; c) bei ungarischen und deutschen Lärchen aus Eichenholz u. c.; d) bei Scheitholz, welches für technische Zwecke geeignet ist und nicht länger ist als 2 Meter, und bei Klößen pro Raummeter 1 K.; e) für Brennholz ohne Rücksicht auf die Art und Sortierung 20 S. pro Raummeter; f) für Holzlohle jeder Art 20 S. pro qu.; g) für Abfälle, welche für technische Zwecke (Papierzellulose oder Laminfabrikation) verkauft wurden, und für gebündeltes Brennholz 5 K. pro 10,000 Kilogramm. Die Taxen muß der Verkäufer auch für Lieferungen bezahlen, welche aus Verträgen zustande gekommen sind, die vor dem Inlebenreten der Verordnung geschlossen wurden, wenn er das Material dem Käufer bis zum 15. Juni nicht übergeben oder an seine Adresse nicht per Bahn und Schiff expediert hat. Die Taxe kann seitens des Verkäufers nicht auf den Käufer übertragen werden. Jede dem widersprechende Vereinbarung ist wirkungslos.

Die Fabriks-, Verkehrs- und Grubenunternehmungen zahlen nach den Holzprodukten, welche aus den Wäldern erzeugt wurden, die sich beim Inlebenreten der Verordnung samt dem Grund bereits in ihrem Besitz befanden, und für das Holz, welches beim Inlebenreten der Verordnung tatsächlich für die ihr Eigentum bildenden Betriebe aufgearbeitet wurde. Die Holzpreise werden durch die Preisfestsetzungskommission von Zeit zu Zeit festgesetzt und im Amtsblatt veröffentlicht. Im Falle einer amtlichen Preisfestsetzung muß der Käufer das Dreifache der festgesetzten Taxe einzahlen. Die zur Verwertung außerhalb Ungarns (also auch nach Oesterreich) bestimmten Materialien muß der Eigentümer zu den durch die Preisfestsetzungskommission festgesetzten Preisen zur Verfügung des Amtes stellen.

Die Kohlenversorgung Groß-Berlins.

Gestern nachmittag fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtrats Voehning-Berlin die erste Beratung des für die Hausbrandversorgung in Groß-Berlin gebildeten Arbeitsausschusses der Groß-Berliner Gemeinden statt.

An der Sitzung nahmen Vertreter der größeren Berliner Nachbargemeinden und zwei Vertreter der in den Nachbarkreisen vereinigten Groß-Berliner Gemeinden, Vertreter des Staatskommissars für die Volksernährung und der Kriegsamtstelle in den Marken teil.

Es bestand allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die notwendige Grundlage für alle von den Gemeinden zu treffenden Versorgungs- und Verteilungsmaßnahmen eine möglichst umfangreiche und gesicherte Belieferung mit Hausbrandbrennstoffen durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung sein muß, daß der Hausbrand, wenn auch unter den durch die Knappheit gebotenen Einschränkungen, an Dringlichkeit und Bedeutung für die Kriegslieferung der Heimat hinter dem Rüstungsdienst nicht zurücktreten darf, und daß, ebenso wie die Oberverteilung, d. h. die Zufuhr von den Zechen zur Gemeinde Sache des Reichskommissars sein müsse, die Unterverteilung innerhalb der Gemeinde, deren Sache ist und nicht durch empfehlende Richtlinien von oben gestört werden darf.

Da der Reichskommissar für den Sommer die Zufuhr eines Drittels, in einer bestimmten Menge berechnet, auf den Kopf der Bevölkerung von den Zechen den Bedarfsgemeinden bestimmt in Aussicht gestellt hat, so wurde vom Arbeitsausschuß zunächst die möglichst gleichmäßige Zufuhr dieser Menge an alle Haushaltungen, bei Briquets die Einführung von Briquetbezugsscheinen, beschlossen, deren Ausstellung Sache der Wohnsitzgemeinden sein muß. Gleichzeitig werden die Gemeinden eine Aufnahme der vorhandenen Mieter mit Zimmerzahl und bisherigem Briquetbezug veranstalten. Die Einzelheiten der Verordnung, insbesondere auch das Maß der Abstufung und der Größe der Wohnungen werden in einem Unterausschuß mit Beschleunigung festgesetzt werden. Diese beschleunigte Regelung wird den Zweck, in den wichtigen Sommermonaten eine möglichst umfangreiche Vorausbelieferung zu gewährleisten und unbefugtes Hamstern zu verhindern, erfüllen. Die notwendigen Wintermaßnahmen bleiben späterer Regelung vorbehalten.

Ueber die Koksversorgung der Häuser mit Zentralheizung wurden bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt. Auch bei ihr stehen Bedarfs- und Bestandaufnahme sowie nach der Knappheit gebotene Einschränkung des Einzelbedarfs bevor, insbesondere werden einzelnen Hausbesitzern bereits gelieferte Mengen bei der Regelung ihre Berücksichtigung finden.

Die kürzlich durch die Presse gegangene Notiz, es sei eine mehrtägige Einstellung der Heizung in der Woche geplant, ist ein offensichtliches Mißverständnis. Die etwa notwendigen Maßnahmen bewegen sich in anderer Richtung, wie z. B. in Einschränkung der Warmwasserversorgung und Herabsetzung der Zimmertemperatur. Es besteht begründete Aussicht, daß sich bei dieser Versorgung von Hausbesitzern mit Zentralheizung in Koks der Bezugsschein wird vermeiden lassen.

15./VI. 1917

212

Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenproduktion. In den letzten Tagen hat Geheimrat Sektionschef Ritter v. Soman sich im nordwestböhmischen Kohlenrevier zum Zwecke der Feststellung aufgehalten, ob nicht durch Steigerung des Tagbaubetriebes eine Mehrproduktion an Kohle erzielt werden könnte. Die Erhebungen erfolgten in sämtlichen Tagbetrieben des Brüxer, Tepitz-Komotauer Revieres und werden sich noch auf die Tagbaubetriebe in den Revieren Elbogen und Falkenau erstrecken. Nach den Erhebungen ist anzunehmen, daß nach Beistellung der erforderlichen Arbeiter tatsächlich eine Produktionssteigerung erzielt werden könnte, die nach sachmännischem Urteil mit etwa 250.000 bis 300.000 Tonnen im Monat zu veranschlagen wäre. Eine Steigerung der Förderung im westböhmischen Kohlenrevier wäre schon aus dem Grunde sehr zu wünschen, weil die Einfuhr oberösterreichischer Kohle nach Oesterreich-Ungarn in der letzten Zeit in Rückgang begriffen ist. Wie vermutet, dürfte auch durch Vermehrung der Arbeiterzahl in den übrigen Revieren, namentlich auch in Ostböhmer Revier, eine Mehrgewinnung von Kohle in Aussicht genommen sein. Die Mehrförderung von Kohle im nordwestböhmischen Revier wird über das erwähnte Ausmaß hinausgehen können, wenn, wie zu erwarten ist, auch den Grubenbetrieben eine größere Anzahl von Arbeitern zur Verfügung gestellt werden wird.

Die Zentralheizungsfrage.

Der Vorsitzende der Wirtschaftlichen Vereinigung der Charlottenburger Hausbesitzer schreibt uns:

Ob die Einführung der Kohlenkarte an sich zu begrüßen ist oder nicht, ist Auffassungssache. Nach meiner Auffassung wird eine Ersparnis dadurch nicht erzielt. Ein Teil der Abnehmer hat sich schon versorgt; das sind diejenigen, die gehamstert haben. Wer nicht gehamstert hat, ist wieder im Nachteil.

Eine Zentralheizungsanlage auf einige Tage in der Woche zu beschränken, ist unmöglich. Wegen eine solche Handhabung der Beheizung ist auf alle Fälle unbedingt Einspruch zu erheben. Es läßt sich auch eine wesentliche Ersparnis auf anderer Grundlage erzielen:

Die Heizung wird nur bis zu bestimmten behördlich festzusetzenden Wärmegraden betrieben. Der Wärmegrad wird einheitlich geregelt. Die Warmwasseranlage wird auf zwei Tage in der Woche, Sonnabend und Sonntag, beschränkt. Damit wäre schon sehr viel gewonnen.

Die Vorschläge, nach denen nur ein Teil der Räume beheizt werden soll, zeugen von großer Unkenntnis. Es besteht bei Frost die Gefahr des Einfrierens in den nicht erwärmten Räumen. Dadurch würde die Heizung unter Umständen für den ganzen Winter unbrauchbar werden. Die Kohls-Ersparnis ist gleich Null.

Ich habe mich schon seit Januar dafür verwendet, unserer Vereinigung für den Winter Heizstoff zu verschaffen. Ich hatte mich an die zuständigen Westfälischen Werke und an den Handelsminister gewandt. Unter dem 19. Mai ging mir eine Mitteilung des Handelsministers zu, in der es hieß die Kgl. Bergwerksdirektion Ricklinghausen habe sich mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat in Verbindung gesetzt. Wie das Kohlen-Syndikat nunmehr mitgeteilt hat, sind Verhandlungen mit der Westfälischen Kohlen-Verkaufsgesellschaft in Berlin aufgenommen worden. Der Minister hoffe, daß diese Verhandlungen zu dem gewünschten Ergebnisse führen. Darauf habe ich nochmals an den Handelsminister unter dem 30. Mai eine Eingabe gerichtet, in der ausgeführt wurde:

„Zusolge der Mitteilung vom 19. Mai glauben wir, daß das Kohlen-Syndikat uns nunmehr die erforderlichen Mengen Kohls zur Verfügung stellen würde. Unter dem 30. Mai wurde uns von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat in Essen mitgeteilt, daß unser Bedarf vorgemerkt, bestimmte Angaben aber nicht gemacht werden könnten. Auf unsere Anfrage vom Sonnabend, den 26. Mai wurde uns von der Berliner Kohlen-Verkaufsgesellschaft mitgeteilt, daß uns Ausichten über die Kohllieferungen überhaupt nicht gemacht werden könnten. Wir stellen fest, daß der Großhandel tatsächlich Kohls bekommt, nur wir werden anscheinend nicht versorgt! Wenn wir Kohls nicht bekommen können, sind wir gezwungen, an den Bundesrat den Antrag zu stellen, die Bestimmungen unserer Mietverträge über die Beheizung unserer Häuser aufzuheben, da uns jede Möglichkeit, unsern vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, genommen ist. Wir sehen, daß obgleich wir auf Veranlassung des Syndikats Mitglied der Händlervereinigung geworden sind, bis heute nach vier monatlichen Bemühungen die Sache leider nicht einen Schritt weiter geführt worden ist. Wir bekommen nur hinhaltende Äußerungen. Wir müssen, wenn wir unsern vertraglichen Verpflichtungen unsern Mietern gegenüber nachkommen wollen, jetzt Vorsorge treffen. Sonst dürften sich Zustände entwickeln, die die des vergangenen Jahres noch weit in den Schatten stellen.“

Auf diese Eingabe bin ich leider bis heute ohne jede Antwort geblieben. Eine entsprechende Eingabe richtete ich an den Reichs-Lanzler. Ich habe auch von ihm eine Antwort nicht erhalten. Wenn uns nun erst zum Herbst wirklich genügende Mengen Kohls zur Verfügung gestellt werden, tritt wieder eine Ueberhäufung und Ueberanspannung der vorhandenen Kräfte ein. Es wird dann wieder dem Preiswucher bei einer großen Nachfrage von Fuhrwerken Tür und Tor geöffnet. Auf jeden Fall ist es jetzt die allerhöchste Zeit, für Heizstoff zu sorgen. Ich weise noch darauf hin, daß im Hochsommer bei eintretender Dürre die Anfuhr des Kohles auf dem Wasserwege auch wieder unmöglich wird.“

Gestern nachmittag fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtrates Löhning-Berlin die erste Beratung des für die Hausbrandversorgung in Groß-Berlin gebildeten Arbeitsausschusses der Groß-Berliner Gemeinden statt. An der Sitzung nahmen neben den Vertretern der Groß-Berliner Nachbargemeinden je zwei Vertreter der in den Nachbarkreisen vereinigten Groß-Berliner Gemeinden, Vertreter des Staatskommissars für Volksernährung und der Kriegsamtstelle in den Marken teil.

Es bestand allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Grundlage für alle von den Gemeinden zu treffenden Versorgungs- und Verteilungsmaßnahmen eine möglichst umfangreiche und gesicherte Belieferung mit Hausbranddrennstoff durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung sein muß, daß der Hausbrand an Dringlichkeit für die Kriegszeit der Heimat hinter der Rüstungsindustrie nicht zurücktreten darf, und daß, ebenso wie die Oberverteilung Sache des Reichskommissars sein müsse, die Unterverteilung innerhalb der Gemeinden nicht durch empfehlende Richtlinien von oben gesteuert werden darf. Da der Reichskommissar für den Sommer die Zufuhr eines Drittels von einer bestimmten Menge, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, von den Jochen zum Bedarf für die Gemeinden bestimmt in Aussicht gestellt hat, so wurde vom Arbeitsausschuß zunächst zur möglichst gleichmäßigen Zufuhr dieser Menge in alle Haushaltung bei Bricketts die Einführung von Bricketts bezugschein beschlossen, deren Ausstellung Sache der Wohnungsgemeinde ist. Gleichzeitig werden die Gemeinden eine Aufnahme der vorhandenen Mieter mit Zimmerzahl und bisherigem Brickettsbezug veranlassen. Die Einzelheiten der zu erlassenden Verordnung, insbesondere auch das Maß der Wskufung je nach der Größe der Wohnungen, werden in einem Unterausschuß mit Beschleunigung festgelegt werden. Diese beschleunigte Regelung hat den Zweck, unbefugte Hamsterei zu verhindern. Die Wintermaßnahmen bleiben einer späteren Regelung vorbehalten.

Ueber die Kohlversorgung der Häuser mit Zentralheizung wurden endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Auch bei ihr stehen eine Bedarfs- und Bestandsaufnahme, sowie durch die Knappheit gebotene Einschränkungen des Einzelbedarfes bevor. Insbesondere werden einzelnen Hausbesitzern bereits gelieferte Mengen bei der Regelung des Kohlsbedarfes berücksichtigt. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen zielen auf Einschränkung der Warmwasserversorgung und Herabsetzung der Zimmerwärme hin. Es besteht die Aussicht, daß sich Kohlsbezugscheine werden vermeiden lassen.

Was sich die Kohlenbarone erlauben.

In einem Aufsatz über die Kohlenfrage schreibt die „Internationale Korrespondenz“:

Zimmerhin bleibt die Schwierigkeit der Kohlenfrage groß und drückend. Unter diesen Umständen muß wahrhaft sensationell die Mitteilung des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten für Frankfurt a. M., Dr. Heilbrunn, in der dortigen Stadtverordnetenversammlung wirken, daß das Kohlen Syndikat absichtlich die Erzeugung hemme, um dem Reichszanzler seine Unzufriedenheit mit dessen innerer und äußerer Politik zu zeigen. Bedauerlicherweise hat Heilbrunn die Tatsachen, die ihm bekannt geworden sind, nicht genau angegeben, so daß sich seine Behauptung einstweilen nur wiedergeben, nicht nachprüfen läßt. Seiner Forderung, daß der Deutsche Städtetag die unverzügliche Einführung einer gemeinschaftlichen Organisation für den gesamten Kohlenbergbau und die gesamte Kohlenversorgung bei der Regierung beantragen soll, müssen wir uns jedenfalls mit allem Nachdruck anschließen. Bei der Kohlensteuer hat der Reichstag, bei der Wiederherstellung des Zwangssyndikats und dem Ankauf der „Hibernia“ der preußische Landtag trotz aller Mahnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere Otto Rues, nicht den kleinsten Schritt dazu getan, dem Volke sein Recht auf diesen wichtigsten Naturschatz des deutschen Landes wiederzugeben. Nun ist es dazu höchste Zeit und Gefahr im Verzuge.

Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten:

Aber das Verhalten des Kohlen Syndikats wird eine genaue Untersuchung notwendig sein. Ist an Heilbrunns Angaben auch nur das Geringste zutreffend, so gehören seine Leiter als Landesberräter ins Zuchthaus. In solchem Falle muß rücksichtslos Klarheit geschaffen und nötigenfalls zugepackt werden. Davon ganz unabhängig muß das Reich für genügende Kohlenförderung und gerechte Kohlenverteilung sorgen. Bei Deutschlands reichen Kohlenstätten dürfen wir nicht wieder frieren müssen.

Wir bemerken dazu:

Frieren wäre natürlich auch anderswo ganz unnötig, wenn die Bodenschätze aufhörten, das Monopol einzelner zu sein, sondern der Allgemeinheit dienen, der sie von vernunft- und rechtswegen gehören müßten. Übrigens muß man den Kohlenbeherrschern zugestehen, daß Einschränkung der Erzeugung zum Zwecke der Preistreiberei keineswegs ihr ausschließliches Vorrecht ist. Es gibt fast keine Industrie, von der der Kartoffel auswärts, die nicht dieses bewährte Mittel handhaben würde.

— (Ausbeutung der westgalizischen Kohlenfelder.) Ueber die geplante Ausbeutung der westgalizischen Kohlenfelder, die bekanntlich vor einiger Zeit in den Besitz des galizischen Landesauschusses übergegangen sind, wird uns berichtet: Die früheren Eigentümer, die West-

deutschen Thomasphosphatwerke, haben in dem ausgedehnten Terrain zwar verschiedene Bohrungen unternommen, doch wurde — wohl um der heimischen ober-schlesischen Kohle keine neue Konkurrenz zu schaffen — die Ausbeutung der Kohlenfelder unterlassen. Das Land Galizien will nun vor allem bei Szytkowice (Kreis Wadowice) die erste Schachtanlage errichten. Dort sind bereits Kohlenflöze mit einer Mächtigkeit von 6 Meter erbohrt. Dieser Schachtanlage sollen weitere folgen, so daß vorläufig mit einer Jahresförderung von 10 bis 12 Millionen Meterzentner gerechnet werden könnte. Vor dem Anlauf der erwähnten Kohlenfelder befanden sich von dem Terrain in Kreis Biata 78 Prozent, im Kreis Chranow 72 Prozent und im Kreis Wadowice 57 Prozent Grubenfelder in fremden Händen. Das ganze überaus ausgedehnte Gebiet hat nun der galizische Landesauschuß übernommen; hierzu kommen noch weitere Kohlenfelder in den Kreisen in den Oswiecim, Krakau und Pod-

Der Deutsche Städtetag und die Kohlenversorgung.

In den weiteren Verhandlungen des Deutschen Städtetages, über die wir fortlaufend berichtet haben, nahm die Kohlenfrage den breitesten Raum ein. Berichterstatter waren die Oberbürgermeister Blüher-Dresden und Dr. Rive-Halle. Aus diesen Berichten und der ausgiebigen Erörterung traten folgende zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund, daß erstens eine Steigerung der Kohlenherzeugung ganz unerlässlich ist, und daß zweitens die — selbstverständlich auf den dringendsten Bedarf zurückzuführende — städtische Kohlenversorgung ebenso wichtig ist wie die Versorgung der Rüstungsindustrie. Vielfach wurde darauf hingewiesen, daß die Herbeischaffung dieses notwendigsten Bedarfs an Hausbrand für die städtische Bevölkerung von nicht geringerer Bedeutung ist als die Beschaffung der erforderlichen Nahrungsmittel. Auch die Notwendigkeit, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ordnungsmäßig zu beliefern und die sich aus einer Nichtbelieferung ergebenden Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben, besonders auch auf die Rüstungsindustrie, wurde nach allen Richtungen beleuchtet. Eine besondere Entschliefung, die darauf hinweist, daß die bis jetzt ergriffenen Maßregeln in keiner Weise den berechtigten und um des Endzieles der Kriegführung willen unerlässlichen Forderungen der städtischen Bevölkerung entsprechen, befindet sich noch in Vorbereitung. Weiterer Verhandlungsgegenstand war der § 6, Absatz 2, des Kohlensteuergesetzes, der nach der Absicht des Reichstages den Gemeinden die Möglichkeit eröffnen soll, durch Schaffung gewisser Einrichtungen eine Ermäßigung der Steuer um die Hälfte für die Inhaber von Kleinwohnungen herbeizuführen. Diese Verhandlungen, die durch einen Bericht des Oberbürgermeisters Lindemann-Kiel eingeleitet wurden, endigten mit dem einstimmigen Beschluß, daß die vorgestern vom Bundesrat zur Ausführung dieser Gesetzesvorschrift erlassenen Bestimmungen es dem Hauptauschuß nicht ermöglichen, den Gemeinden die Schaffung solcher Einrichtungen zu empfehlen, besonders auch im Hinblick auf die gesamten derzeitigen Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung.

Am Schluß der sich bis in die späten Abendstunden erstreckenden Tagung wurden noch einige Einzelfragen der Milch- und Fettregelung sowie der Gemüse- und Obstversorgung erörtert. Es wurde beschlossen, die nähere Behandlung dieser Fragen an den Nahrungsmittelauschuß des Deutschen Städtetages zu verweisen, der durch die Berichterstatter verstärkt wurde, nämlich die Oberbürgermeister Koch-Kassel, Lautenschlager-Stuttgart, Dr. Scholz-Charlottenburg und Voigt-Frankfurt am Main. Der Hauptauschuß seinerseits faßte nur noch den Beschluß, daß es von größter Wichtigkeit sei, für die Milchbeschaffung den Unterbau auf dem Lande zu verstärken.

Die Elektrizitätswerke und der Krieg.

(Eine richterliche Entscheidung über die Erhöhung des Strompreises.)

Die Elektrizitätswerke in Oesterreich streben unter Berufung auf die nach dem Kriegsausbruch eingetretene Betriebsverteuerung eine entsprechende Erhöhung der Strompreise an. Wie schon berichtet worden ist, haben hierüber schon Beratungen stattgefunden, Beratungen, die aber ergebnislos geblieben sind. Gegen die formelle Möglichkeit der Strompreiserhöhung, deren sachliche Berechtigung im Schoße der Elektrizitätswerke selbstverständlich als gar nicht zweifelhaft betrachtet wird, wurde mehrfach auf die ungechwächte Fortdauer der Stromlieferungsverträge und der dort verzeichneten Vertrags-Strompreise hingewiesen. Und im Anschlusse an diese Äußerung vertragsrechtlicher Bedenken wurde nun angeregt, der Staat, die Regierung möge sich in irgend einer Form an dieser Preiserhöhungs-Aktion der Elektrizitätswerke beteiligen — man hatte dabei vielleicht das Vorgehen der beiden Regierungen in der Spiritusfrage in Erinnerung, wobei man nur übersah, daß es sich im Spiritusgeschäfte nicht um langfristige Lieferungsverträge handelt — also, der Staat möge sich an dieser Aktion beteiligen, um diese so leichter durchführbar werden zu lassen.

Unter diesen Umständen gewinnt die Entwicklung, welche diese Bestrebungen der Elektrizitätswerke neuestens in Ungarn genommen haben, erhöhtes Interesse. Dort ist jetzt eine Gerichtsentscheidung zugunsten der Forderung der Elektrizitätswerke erfolgt: der Stuhlweissenburger Gerichtshof hat zugunsten ihrer Preisforderung entschieden. Der „B. Lloyd“ berichtet darüber:

Die Aktiengesellschaft der elektrischen Unternehmungen „Boehus“ hat im Wege des Budapester Advokaten Dr. Josef Papp gegen die kön. Freistadt Stuhlweissenburg einen Prozeß ungestrengt und in der Klage gebeten, daß die mit der elektrischen Stromlieferung in Verbindung stehenden, durch den Krieg verursachten Mehrausgaben durch Erhöhung der auf Grund des mit der Stadt geschlossenen Vertrages festgestellten behördlichen Stromeinheiten auf das konsumierende Publikum übertragen werden. Der Zivilsenat des Stuhlweissenburger kön. Gerichtshofes verkündete am 15. d. in dieser Angelegenheit sein Urteil, dessen dispositiver Teil ebenso, wie auch insbesondere seine Begründung einen sehr interessanten Beitrag zur Rechtspflege während des Krieges liefert. Das Gericht hat nämlich nach Durchführung des weitestgehenden Beweisverfahrens, sowie nach Anhörung der Sachverständigen dem Begehren der klägerischen Firma voll und ganz Folge gegeben und die stromliefernde Unternehmung ermächtigt, statt der in dem mit 50jähriger Gültigkeit geschlossenen Vertrage fix festgestellten Stromeinheiten von sämtlichen Konsumenten ohne Ausnahme, mit- hin nach der Stromuhr, von den auf Grund eines Pauschalpreises oder eines besonderen Vertrages konsumierenden Privaten, ferner von der Stadt als Privatkonsumentin vorläufig vom Tage der Ueberreichung der Klage bis sechs Monate nach Friedensschluß die im Prozesse geltend gemachten höheren Gebühren einzuhoben. Es wurde sowohl nach dem Beleuchtungs- wie nach dem Kraftübertragungsstrom die Monatsgebühr der Strommesser und der von der Stadt bisher für die allgemeine Beleuchtung bezahlte Pauschalbetrag um dieselbe Summe erhöht und schließlich wurde die Stadt zur Zahlung der mit 12.000 Kronen bestimmten Gerichtskosten verhalten.

In der Begründung des Urteils geht das Gericht von dem richtigen Rechtsprinzip aus, daß niemand verpflichtet sei, einen solchen Vertrag zu erfüllen, der wegen des durch den Krieg verursachten großen Mißverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung die ausnahmsweise materielle Schädigung des erfüllenden Teiles zur Folge haben müßte. Die Erfüllung dieses Vertrages wäre infolge der nicht voraussehenden und nicht zu vermeidenden außerordentlichen Umstände, ohne empfindliche Schädigung der berechtigten materiellen Interessen der leistenden Partei ökonomisch unmöglich. Demnach mußte die Ueberwälzung der durch den Krieg verursachten ausnahmsweisen Mehrausgaben in ihrer vollen Gänze für berechtigt und gerecht erklärt werden. In diesem Urteil wird während der Kriegsjudikatur zum ersten Male der Rechtsgrundsatz zur Geltung gebracht, daß, nachdem ein kommerzielles und industrielles Unternehmen auf einem realen Geschäftsgewinn basiert ist, dieses Unternehmen zufolge der exceptionellen kriegerischen Verhältnisse seines ordentlichen bürgerlichen Nutzens nicht verlustig gehen könne, weshalb denn auch das Gericht zugunsten des Klägers außer den effektiven Kriegsmehrkosten den von den Sachverständigen begutachteten, normalen Geschäftsgewinn festgestellt hat. Da aber beide Vertragsteile an den schädlichen Folgen des Krieges partizipieren müssen, stellte das Gericht von dem ordentlichen Geschäftsgewinn zugunsten der Unternehmung nur den billigen Teil, den es nach dem soeben dargelegten Rechtsprinzip für angemessen erachtet, fest.

Die Holzzentrale.

Von Julius Buz,
Chef der Firma W. Buz. & Söhne.

Budapest, 18. Juni.

Wir leben im Zeitalter der Verordnungen, fast Tag für Tag werden uns neue Erlässe beschert, und „nil admirari“ ist uns schon längst zum Wahlspruch geworden. Dennoch hat bisher keine Verordnung und keine der neu freierten Zentralen eine so einmütige Ablehnung in den davon betroffenen Fachkreisen gefunden wie die Inaugurierung der Holzzentrale. Als die interessierten Holzhändler und Holzproduzenten sich von der ersten Ueberzeugung zu einer Handlung aufraffen konnten, war naturgemäß ihr erstes der Gedanke, zu protestieren, ihr erster Impuls, zu retten, was noch zu retten ist. Eine imposante Reihe von Körperschaften besaßte sich in stundenlangen Konferenzen und Beratungen mit der ominösen Verordnung, und überall konnte man vernehmen, daß diese Verordnung undurchführbar, schädlich, gravaminös, ja katastrophal sei und daß im Falle ihres Inslebentretens der legitime Holzhandel und die einen ganz beträchtlichen Industriezweig Ungarns bildende Holzproduktion durch die Verordnung an den Wurzeln ihrer Existenz getroffen wäre und unfehlbar einer Stagnation anheimfallen müßte.

Prüfen wir vorerst, ob Holzproduktion und Holzhandel wirklich Veranlassung zu solchen strengen Verordnungen gegeben haben, zu welchen eine Analogie zu finden, trotz aller bisher ins Leben gerufenen zahlreichen Zentralen, unmöglich wäre. Haben sie eine solche Beurteilung etwa dadurch verdient, daß sie ihre Produktion und ihre Betriebe trotz aller ungeahnten und unglaublichen Schwierigkeiten, wie Arbeitermangel, Lebensmittelmangel, Futtermangel usw., unentwegt aufrechtzhielten, die Armee und die ihr dienenden Industrieunternehmungen sowie die konsumierende Bevölkerung getreulich versorgt haben? Hat die Holzbranche es dadurch verdient, daß man ihr kurzerhand das Heft aus der Hand nimmt und langbewährte Kräfte und eminente Fachleute kategorisch unter die Botmäßigkeit wenn noch so wohlmeinender, doch zweifellos nicht praktisch erfahrener behördlicher Zentralorgane stellt? Wir müssen dies denn doch ganz entschieden in Abrede stellen. Die Holzbranche hat es an Opferwilligkeit niemals fehlen lassen, sie hat ihre Pflichten auch während des Krieges voll und ganz erfüllt, zu dieser Verordnung lag daher kein Grund vor, und, was die Hauptsache ist, die Verordnung wird, wenn sie unverändert in Kraft tritt, nicht nur ihren Zweck nicht erfüllen, sondern im Gegenteil eine weitere Verteuerung der Holzprodukte nach sich ziehen, die legitimen, berufenen Fachkreise von der weiteren Ausübung der Holzproduktion direkt abschrecken und dadurch einen katastrophalen Holzangel, eine wirkliche Holznot herbeiführen.

Das große Publikum hält sich stets nur den Umständen vor Augen, daß die Holzproduzenten für ihre Produkte jetzt das Drei- bis Vierfache dessen erzielen, was in Friedenszeiten erreicht wurde, dagegen läßt man vollständig außer acht, daß die Holzproduktion und die Ausfuhr der Produkte an und für sich schon mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Die Holzproduzenten müssen heute das Doppelte und Dreifache der normalen Löhne bezahlen und dabei bewältigen die ihnen zur Verfügung stehenden ungeschulten Arbeitskräfte, die sich meist aus Neulingen rekrutieren, kaum die Hälfte der Arbeit, die die erprobten Facharbeiter in normalen Zeiten leisten. Am schwersten in die Waagschale fällt dabei die obligate Naturalverpflegung der Holzarbeiter bei den überaus hohen Lebensmittelpreisen und der oft ganz unüberwindlichen Schwierigkeit, Lebensmittel für die Arbeiter überhaupt zu beschaffen. Die Produzenten haben heute das Fünf- und Sechsfache der früheren Preise für Speid und Mehl für Hunderte von Arbeitern zu zahlen. Das Viehfutter kostet das Vier- und Fünffache dessen, was in Friedenszeiten dafür bezahlt wurde. Die Fuhrleute fordern das Dreifache der früheren Gebühren. Ist es da noch zu verwundern, wenn statt 200 Kronen 600 Kronen für einen Waggon Brennholz verlangt werden?

Die Verordnung schießt weit über das Ziel hinaus; sie begnügt sich nicht mit einer Kontrolle, wie sie von allen interessierten Kreisen gern gewährt werden würde und sie auch anstandslos und streng durchgeführt werden könnte, sie begnügt sich nicht damit, daß sie den Bedarf der Armee und des Staates sicherstellt und etwa den Brennholzbedarf der Städte vernünftigerweise sichert, sie beschränkt sich nicht auf die Maximalisierung der Preise, wie sie ja zum Teil für Brennholz (wenn auch nicht im ganzen Lande einheitlich) schon durchgeführt ist, sie begnügt sich auch nicht mit der bisher schon erfolgten Beschlagnahme der Eisenbahnschwellen und Grubenhölzer, sondern sie beschlagnahmt alles Holz, gleichgültig ob es Konsumartikel oder Luxusartikel ist, sie entzieht den Produzenten und Händlern mit einem Federstrich das Verfügungsrecht über ihr Eigentum, über ihre gesamte Ware, sie drohelt sie durch eine komplizierte, mit dem vorhandenen Personal gewissenshaft kaum durchführbare Anmeldepflicht, sie gewährt ihnen keinen genügenden Einfluß auf die Preisbestimmung, da die sachkundigen Eigentümer der Holzbestände in zu geringer Anzahl als Mitglieder der Preisbestimmungskommission in Aussicht genommen sind. Kann man denn überhaupt den ganzen Holzhandel, die ganze vielseitige Holzproduktion mit ihren vielen Arten und Abarten in das Prokrustesbett der einen neuen Verordnung hineinzwingen? Wir glauben entschieden mit einem Nein antworten zu müssen, denn was beispielsweise für das Brennholz paßt, ist auf Eichendauben absolut nicht anzuwenden und was für weiches Bauholz paßt, kann für harte Möbelhölzer keine Anwendung finden.

Der österreichische Handelsminister Dr. Urban hat in der im Vormonate gehaltenen Generalversammlung des Bundes österreichischer Industrieller betont, für die Tendenz des staatlichen Einflusses solle die Rücksicht gelten, daß es diesem als Ziel vorzuziehen muß, die Sphären der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens und die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen grundsätzlich zu wahren und alles zu vermeiden, was geeignet wäre, die individuelle Unternehmungslust und Schaffenskraft zu lähmen. Hat dies für unser Vaterland keine Geltung? Ist unser Handel schon soweit entwickelt, so stark, daß wir ohne Befürchtung ernstster Folgen einen seiner mächtigsten Zweige einfach lahmlegen können? Muß man, nachdem sich die Holzproduzenten und -händler während dieser schweren Kriegsjahre bisher in befriedigender Weise betätigten, jetzt, in der hoffentlich letzten Phase des Krieges, noch zu solchen schwerwiegenden Maßregeln greifen, die den ganzen Holzhandel an seiner Wurzel treffen, ihn in seinen Grundfesten auf das tiefste erschüttern, ihn auf Jahre hinaus zumindest schwächen und, was das Wichtigste ist, ihn in seiner Exportfähigkeit völlig disqualifizieren würden? Ist eine solche Verordnung in Einklang zu bringen mit dem wahrlich zu beherzigenden Prinzip der Wahrung der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens und der Förderung der individuellen Unternehmungslust und Schaffenskraft? Würde es nicht genügen, nur die Höchstpreise der eigentlichen Konsumartikel, wie Brennholz und Holzkohle festzusetzen, nur die für die Armee, für den Staat und für den allgemeinen Konsum nötigen Quantitäten zu sperren und im übrigen das freie Verfügungsrecht der Unternehmer zu respektieren?

Die Holzproduzenten waren wahrlich auch bisher nicht auf Rollen gebettet. Für die Preiserhöhung, die sich nicht auf diesen einen Artikel beschränkte und die auch nicht größer ist als die Preiserhöhungen anderer Artikel, trifft sie kein Verschulden, auch der Mangel an Ware ist nur auf die geringere Erzeugungsmöglichkeit, Arbeitermangel, Betriebschwierigkeiten, häufige Transporteinstellungen der Eisenbahnen, Waggomangel usw. zurückzuführen, nicht aber etwa auf die Anhäufung von Borräten behufs Drosselung des Marktes oder behufs Erzielung höherer Preise. Es hieße die Existenzmöglichkeit weiter Kreise untergraben, wollte man die geplanten Maßregeln unentwegt durchführen. Noch hoffen wir, daß kompetenten Orts diese Anzeichen ernstster Gefahr nicht unbeachtet bleiben, denn wir haben der blühenden Industrien nicht so viele, daß wir auch nur eine leichten Herzens opfern könnten. Sicher ist, daß das Holz durch die neue Zentrale nicht billiger werden würde; dagegen ist die Befürchtung nur allzu begründet, daß sich durch die Hemmung des freien Unternehmungsgeistes die Holznot nur verschärfen wird.

Kohlen für Groß-Berlin.

70 v. H. Briquetts auf Karten.

Im Kriegsamt für Kohlenversorgung trat gestern der Untersuchungsausschuß der Groß-Berliner Gemeinde-Kommission für die Versorgung der Bevölkerung mit Heizungsmaterial zu einer Sitzung zusammen. Wie wir hören, ist die Ausgabe von Briquettkarten endgültig beschlossen worden, und zwar sollen sie schon im nächsten Monat zur Abgabe gelangen. Von einer Einschränkung der Warmwasser- und der Zentralheizung ist bis auf weiteres Abstand genommen worden.

Die letzten Besprechungen der Groß-Berliner Vertreter haben die Befürchtungen, daß Groß-Berlin im kommenden Winter auch unter Kohlemangel leiden könnte, hinfällig erscheinen lassen. Sinegen ist die Beschränkung des Briquettwerebrauchs unerlässlich. Nach den Versicherungen der staatlichen Stellen wird Groß-Berlin für die Folge 70 v. H. der Briquettmenge erhalten, die es in Friedenszeiten gebraucht hat. Damit glaubt man um so mehr zurecht kommen zu können, als der Mangel der im vergangenen Winter eintrat, nicht in letzter Linie auf Differenzen des Kohlensyndikats mit den Großhändlern zurückzuführen ist. Die Besprechungen in dem Berliner Ausschuss hatten nämlich ergeben, daß eine neue dem Syndikat nahe stehende Gesellschaft begründet worden ist, die ohne den bisherigen Großhandel arbeiten sollte. Im vergangenen Winter fehlte ihr aber noch die nötige Organisation und die praktischen Erfahrungen, woraus sich Schwierigkeiten, besonders für die Groß-Berliner Versorgung, ergaben.

Diese Mißstände sollen nun durch die Ueberweisung der Briquetts auf die einzelnen Gemeinden ausgemergelt werden. Die Gemeinden werden die ihnen zustehenden Briquetts in drei Abteilungen erhalten. Das erste Drittel schon in allernächster Zeit. Dementsprechend soll auch die Unterverteilung an die Bevölkerung eingerichtet werden. Man wurde sich gestern schon über die Vorschläge einig, die dem großen Ausschuss bezüglich der Briquettkarten gemacht werden sollen. Die Karten sollen in drei Abteilungen ausgegeben werden, die erste Karte sofort nach Eingang des vollen ersten Drittels der vorhandenen Briquetts, das zum Teil schon in Groß-Berlin vorhanden ist. Es soll jedoch niemand gezwungen werden, die ihm zustehende Menge sofort im ganzen zu erstehen, die Kohlenkarten werden vielmehr so eingerichtet sein, daß jeder kleine Mengen nacheinander kaufen kann. Das Quantum wird auf Grund der Zimmerzahl der Wohnungen festgestellt. Eine diesbezügliche Verordnung und ebenso eine Anweisung für die Bestandsaufnahme der in den einzelnen Gemeinden vorhandenen Wohnungen und ihrer Zimmerzahl wurde gestern von der Unterkommission schon beraten. Ebenso die Maßnahmen, die zur Feststellung der Kohlenbestände der einzelnen Haushaltungen nötig sind. Diese Bestände sollen auf die Kohlenkarten vollangerechnet werden.

* Die Kohlenversorgung. Die schon erwähnte, am letzten Sonnabend gefasste Entschliebung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zur Kohlenversorgung hat folgenden Wortlaut:

Die Versorgung der Städte mit dem dringendsten Bedarf an Brennstoffen beansprucht nur einen geringen Teil der deutschen Kohlenherzeugung, ist aber für die städtische Bevölkerung genau so wichtig wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Während es Aufgabe nur der Stadtverwaltungen sein kann, nach Maßgabe der den Städten zugewiesenen Kohlenmengen den Verbrauch durch die Bevölkerung zu regeln, ist es Aufgabe nur des Reiches, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern und die Heranschaffung des den Städten zukommenden Anteils sicherzustellen.

Hierzu bedarf es schnellsten und von größter Latkraft getragenen Handelns, insonderheit so, daß die Sommermonate mit der verhältnismäßig geringen Belastung der Eisenbahnen zielbewußt ausgenutzt werden. Da die bisher bekanntgewordenen Maßnahmen der zentralen Stellen nicht als zulänglich erachtet werden können, da ferner der Versuch des Vorstandes des Deutschen Städtetages, dem Reichskanzler durch eine Abordnung das ganze Schwergewicht der Frage zu entwickeln, bisher einen Erfolg nicht gehabt hat, so muß sich der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages für verpflichtet halten, mit stärkstem Nachdruck auf die überragende Wichtigkeit der Brennstoffversorgung der Städte hinzuweisen. Die Herbeischaffung des Brennstoffs für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung, bei selbstverständlicher Beschränkung auf das notwendigste, steht in einer Linie mit der Belieferung der Rüstungsindustrie.

* Die bisher verbreiteten Nachrichten über die Einführung von Karten zum Preßkohlenbezug für Groß-Berlin waren verfrüht. Erst heute wird sich der Unterausschuß der Groß-Berliner Gemeinden endgültig über die Ausgabe solcher Kohlenkarten schlüssig werden. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß ein solcher Beschluß gefaßt wird. Mit der Ausgabe der Preßkohlenkarten wird eine Bestandsaufnahme verbunden sein, da bei der Verteilung auf den Haushalt das bereits Vorhandene selbstverständlich angerechnet wird.

Die „Kohlenfrage“ wird auch die „Hausbesitzer“ nochmals in einer Versammlung beschäftigen, die vom „Hausbesitzerverband“ zur Regelung des Zentralheizungswesens am Freitag, 22. Juni, abends 8 Uhr, im Deutschen Zahnärzthause, Bülowstraße 104, stattfindet. Gegenstand der Beratung ist die Koksversorgung für den nächsten Winter. Berichterstatter ist Präsident van der Borcht. Wer zur Versammlung nicht eingeladen ist, kann sich wegen Teilnahme an den Schriftführer des Verbandes, Herrn Syndikus Krauß, Berlin W., Maackstraße 24, wenden.

* Siftirung der Entgegennahme von Koksbestellungen. Die Bestellungen auf Koks bei den Gaswerken übersteigen bei weitem die jetzige Produktion. In den Monaten Mai und Juni sind nahezu 15,000 Bestellungen eingelaufen, so daß damit auch die Produktion des Monats September bereits vergriffen erscheint. Mit Rücksicht hierauf sehen sich die Gaswerke genöthigt, die Entgegennahme von Koksbestellungen bis auf Weiteres zu siftiren. Es wurden Verfügungen getroffen, daß Jene, die jetzt Koks erhalten, bei Wiederaufnahme der Bestellungen keine neuen Anweisungen bekommen. Die Gaswerke hoffen, daß es ihnen gelingen wird, das Publikum mit dem Winterbedarf an Koks versehen zu können. Ein Theil des Publikums ist der Meinung, daß es, wenn es sich an den Bürgermeister oder an Magistratsräthe um Protektion wendet, leichter zu Koks kommt. Die Gaswerke verständigen jene, die Protektion suchen, daß sie nur sich selbst vergebliche Mühe machen und die Herren im Stadthause um ihre Zeit berauben, da vor dem Monat September keine Bestellungen entgegengenommen werden, indem die Gaswerke nicht mehr Koks abgeben können, als sie produziren.

Kohlenverkauf im Mai 1917.

Der Verkauf auf den städtischen Kohlenlagerplätzen hatte im Monate Mai 1917 nachfolgendes Ergebnis:

Kleinverkauf:

	Verkauf von Braunkohle in Meterzentnern			
	1917	1917	1916	1916
	Mai	April	Mai	April
Westbahnhof . .	21.295·38	23.327·38	9.912·93	11.451·20
Magleinsdorf . .	21.666·43	25.524·—	5.828·56	5.989·30
Engerthstraße . .	6.305·—	13.642·75	1.977·45	5.152·41
Nordwestbahnhof	9.899·63	10.073·63	2.740·64	6.860·68
Ottakring . . .	23.550·88	25.499·13	2.847·84	2.865·30
Aspangbahnhof . .	12.091·13	12.094·88	—	—
Michelbeuern . .	13.523·75	13.736·60	—	—
Zusammen	107.332·20	123.898·37	23.307·42	32.318·89

Führenweiser Verkauf:

	Verkauf von Braunkohle in Meterzentnern			
	1917	1917	1916	1916
	Mai	April	Mai	April
Westbahnhof . .	77.022·50	72.747·60	3.997·30	9.925·60
Magleinsdorf . .	44.022·25	41.733·31	5.625·40	6.049·10
Engerthstraße . .	6.046·10	3.333·41	486·70	1.443·40
Nordwestbahnhof	444·40	10.073·63	—	—
Ottakring . . .	27.602·80	26.183·60	540·80	1.043·50
Aspangbahnhof . .	—	—	—	—
Michelbeuern . .	—	—	—	—
Zusammen	155.138·05	144.074·72	10.650·20	18.461·60

Gesamtverkauf:

	Verkauf von Braunkohle in Meterzentnern			
	1917	1917	1916	1916
	Mai	April	Mai	April
Westbahnhof . .	98.317·88	96.074·98	13.910·23	21.376·80
Magleinsdorf . .	65.688·68	67.257·31	11.453·96	12.038·40
Engerthstraße . .	12.351·10	16.976·16	2.464·15	6.595·81
Nordwestbahnhof	10.344·03	10.150·43	2.740·64	6.860·68
Ottakring . . .	51.153·68	51.682·73	3.388·64	3.908·80
Aspangbahnhof . .	12.091·13	12.094·88	—	—
Michelbeuern . .	13.423·75	13.736·60	—	—
Zusammen	263.370·25	267.973·09	33.957·62	50.780·49

Verkauf von Gries:

	Mengen in Meterzentnern			
	1917	1917	1916	1916
	Mai	April	Mai	April
Westbahnhof . .	7.049·60	261·90	677·45	451·35
Magleinsdorf . .	4.479·40	2.410·20	2.148·85	1.583·—
Engerthstraße . .	—	—	1.723·—	3.245·—
Nordwestbahnhof	444·40	76·80	604·50	80·55
Ottakring . . .	—	—	93·25	67·00
Aspangbahnhof . .	—	—	—	—
Michelbeuern . .	—	—	—	—
Zusammen	11.973·40	2.748·90	5.247·05	5.426·90

Immer nur an die Reichen denken! Heize nicht mit Gas!

Aus dem Rathause wird mitgeteilt, daß sich die städtischen Gaswerke gezwungen sehen, im kommenden Winter die Lieferung von Gas zu Heizwecken einzustellen. Seitdem die Gaserzeugung in den Händen der Gemeinde ist, wird die Bevölkerung unausgesetzt aufgefordert, mit Gas zu heizen. Nachdem man der Aufforderung gefolgt ist, erklärt diese angenehme Gemeindeverwaltung, sie sei fortan nicht in der Lage, Gas zu liefern! Nun können doch die Leute, die Gasöfen haben, nicht frieren; aber die Gemeinde hat den Trost für sie schon parat: sie mögen „Ersatzöfen“ aufstellen! Als ob das so leicht ginge und als ob es nicht Geld kosten würde! Aber dann müssen sie doch mit Kohlen heizen und die Folge ist, daß die Kohlenmenge, die nach Wien kommt, um ebenso viel verringert wird, als die Gemeinde an Kohlen zur Gaserzeugung erspart. Denn es ist doch nur eine billige Unwahrheit, wenn im Rathause behauptet wird, „der durch die abgelenkte Gaszufuhr („abgelenkt“ ist wirklich gut gesagt) ersparte Gaszufluß werde sicherlich aus einem größeren Quantum Kohlen resultieren, als die Ersatzöfen erfordern werden, die mit Kohlen geheizt werden müssen.“ „Sicherlich“ ist bei einer Unrichtigkeit, über die man sich nicht im unklaren ist, schon sicherlich ein zutreffender Ausdruck. Aber die gute Gasdirektion glaubt ja selbst nicht, daß da Kohlen gespart werden könnten, aber sie hofft, daß dann die ausgesperrten Gasöfenbesitzer bei Beschaffung der Kohlen „Schwierigkeiten begegnen werden“, also nicht heizen werden können. Dann werden freilich Kohlen erspart werden, wenn auch nur, weil die Bürger frieren werden. Nachdem die Gemeinde so beharrlich Lebensmittel spart, indem sie die Wiener Bürger zum Hungern veranlaßt, ist es nicht unlogisch, daß sie Kohlen sparen will, indem sie die Bürger zwingt, in ungeheizten Wohnungen zu leben.

Aber triumphierend verkündet diese selbige Gasdirektion: „Dagegen denkt die Gemeinde gar nicht daran, die Gasöfen, soweit sie Koch- und Badezwecken dienen, einzustellen, sondern wird dazu vielmehr im bisherigen Ausmaß auch weiterhin Gas liefern.“ Natürlich, die Wiener Gemeinde wird dort sparen, wo die Reichen in Frage kommen! Wer hat Gasöfen zu Heizwecken? Zumeist heillos Menschen! Sagt doch die Gasdirektion selbst, daß Gasheizöfen „in kleineren Geschäften, wie beispielsweise Trafiken, stehen“. Und daß sich die reichen Leute selten Gasöfen aufstellen, ist selbstverständlich; damit heizen in der Regel nur kleine Bürger. Wo aber stehen Gasbadöfen? Nur in den Wohnungen der Wohlhabenden und Reichen; da aber freilich in jeder Wohnung! Nun fragen wir: Wenn man schon sparen muß, wenn man schon auf etwas verzichten muß: auf was leichter, auf das Beheizen der Zimmer oder auf das Baden? Schließlich können die reichen Leute es so machen wie die armen: also in ein öffentliches Bad gehen oder ein städtisches Brausebad aufsuchen. Aber die Einstellung der Lieferung von Gas für Badezwecke würde den Luxus der Reichen treffen, das wäre aber natürlich eine „Revolution“ und das wird doch eine „soziale“ Gemeindeverwaltung nicht wagen! Dann könnte schließlich das Badezimmer des Herrn Bürgermeisters nicht geheizt werden, dann müßten alle Exzellenzen, das ganze reiche Bürgertum und der hohe Adel auf den Badeluxus verzichten — nicht auszudenken! Da ist es doch einfacher, den kleinen Leuten, die sich von der Gemeinde verlocken lassen, einen Gasheizofen aufzustellen, die Zufuhr zu sperren. Mögen sie in kalten Zimmern wohnen: jede reiche Zierpuppe muß aber ihr tägliches warmes Bad haben! Hat sich doch diese tüchtige Gasdirektion nicht einmal dazu aufgerafft, die Zufuhr von Gas für die Badezimmer im Sommer „abzulenken“ — obwohl auch da nicht wenig verschwendet wird und wahrscheinlich nicht wenig erspart werden könnte! Wie könnte man sich auch an den „berechtigten“ Bedürfnissen der Reichen vergreifen!

So geht es ja bei dieser „sozialen“ Stadtverwaltung überall zu. Hat sie sich doch nicht entblödet, die Einstellung des Tramwayverkehrs für den ganzen lieben Tag vorzuschlagen. Aber die Luxuswagen zu den Reichen hält sie aufrecht, für die fehlt es nicht an Kohlen! Ja, der Proletar kann zu Fuß gehen aber der Jockeyklub muß seine Salonwagen haben! Dabe zahlt der Jockeyklub der Gemeinde für einen Wagen fünfzig Kronen und erlöst aus ihm vielleicht das Dreifache! Da heißt die „soziale“ Stadtverwaltung macht dem Jockeyklub, der voriges Jahr eine Million verdient hat, noch noble Geschenke. Aber die Preise der Fahrkarten für die, die nicht im Salonwagen fahren, werden unausgesetzt erhöht! Ja, die christlich soziale Stadtverwaltung!

— (Holzverföhlungsindustrie A.-G. in Konstanz.) Der Geschäftsbericht der Holzverföhlungsindustrie A.-G. in Konstanz führt unter anderem folgendes aus:

Auch im dritten Kriegsjahr hatte unsere Industrie unter den zunehmenden schwierigen Verhältnissen des Krieges zu leiden, insbesondere die Verföhlungsanlagen, deren Versorgung mit Rohmaterial, namentlich mit Holz, infolge mangelnder Arbeitskräfte sehr erschwert geblieben ist. Trotzdem ist es gelungen, die meisten Werke im Vollbetrieb zu erhalten und den erhöhten Anforderungen zu genügen. Das hierdurch erreichte Gesamtertragnis gestattet für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer höheren Dividende vorzuschlagen. Die Chemische Fabrik Bruchhausen G. m. b. H. mit den Werken Bruchhausen und Trilon war voll beschäftigt. Das Ergebnis dieser Gesellschaft war ein erfreuliches. Die Firma Hartmann und Hauser G. m. b. H. in Hannover konnte in ihrer Verföhlungsanlage in Münden ununterbrochen arbeiten, dagegen mußte das Werk Hannover infolge mangelnden Absatzes teilweise still liegen. Das Ergebnis ist annähernd das gleiche wie im Vorjahr. Die Werke der Chemische Fabrik Ottmann G. m. b. H. in Hochspeyer waren stark beschäftigt und konnten gegenüber dem letzten Geschäftsjahr einen höheren Gewinn ausschütten. Die Ertragnisse der Chemische Fabrik Hoherlehm G. m. b. H. in Hoherlehm und Frankfurt a. d. Ober, sowie der Chemischen Fabrik Schweinfurt G. m. b. H. haben sich gleichfalls gebessert. Die Bosnische Holzverwertung A.-G. in Teslic hat ihren Betrieb wesentlich vergrößert und konnte eine Dividende von 10 Prozent (im Vorjahr 5 Prozent) zur Ausschüttung bringen. Die Bantlinische Chemische Fabriken A.-G. mit ihren Werken Berecseny, Turjasebes und Cernik konnte im Jahre 1916 9 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent) zahlen. Die Verföhlungsanlage des Werkes Cernik wurde abgebrochen, während die Rektifikationsanlage teilweise im Jahre 1916 weiter in Betrieb blieb. Die Maghar Bodzaer Buchenholzindustrie A.-G. in Pragmar hatte bis zum Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen an ihren Waldbahnanlagen weiter gearbeitet. Seit September 1916 sind die Arbeiten eingestellt. Der durch den rumänischen Einbruch erlittene Verlust ist geringfügiger Natur. Die Holz-

verföhlungs A.-G. Keszega mit den Werken Keszega und Ministal hatte große Schwierigkeiten mit Rohmaterialbeschaffung. Das Geschäftsjahr schließt mit 31. März, jedoch lag uns das Resultat bei Abschluß unserer Bücher noch nicht vor, so daß das Ergebnis erst im nächsten Geschäftsjahr zur Berechnung kommen kann. Bei der Chemischen Fabrik Wagenmann, Seibel & Co. A.-G., Wien, wurde durch verstärkten Betrieb das Ertragnis neuerlich gebessert, so daß eine Prozentige Dividende gegenüber 5 Prozent im Vorjahre zur Auszahlung gelangte. Die Union A.-G. für Chemische Industrie in Fiume konnte den Betrieb des Werkes Fiume bisher nicht wieder aufnehmen. Die Anlage Begiersta Gorla hatte besonders stark unter der geringen Holzzufuhr zu leiden, und war genötigt, gerade in den letzten Monaten des Jahres 1916 vermindert zu arbeiten. Die Gesellschaft verteilte 8 Prozent gegenüber 9½ Prozent im Vorjahr. Unser Werk Liesing bei Wien, das im Vorjahr bedeutend erweitert wurde, war gut beschäftigt. Das Werk Konstanz wurde den großen an dasselbe gestellten Anforderungen gerecht und erzielte einen befriedigenden Gewinn. Bezüglich unserer Beteiligungen können wir berichten, daß nach den spärlich eingelaufenen Nachrichten die Perth Amboy Chemical Works in Perth Amboy auch im Jahre 1916 zufriedenstellend gearbeitet haben. An der neugegründeten Ungarischen Raffinerie- und Kunstdünger A.-G. in Budapest, deren Grundkapital R. 9.000.000 beträgt, haben wir uns mit R. 750.000 beteiligt.

Der am 5. Juli stattfindenden Generalversammlung wird vorgeschlagen werden, vom Gewinn per Mark 4.478.307 eine Dividende von 170 Mark (gegen 150 i. V.) zu verteilen und Mark 562.348 auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Koksversorgung für den Winter.

Wünsche der Hausbesitzer.

In einer gestern im Zahnärzthause abgehaltenen, von 400 Mitgliedern besuchten Versammlung des Hausbesitzervereins zur Regelung des Zentralheizungswesens sprach der Kaiserliche Präsident a. D. Dr. van der Vorcht, Direktor des Wirtschaftsbundes des deutschen Haus- und Grundbesitzes, über die Koksversorgung für den kommenden Winter. Der Redner hielt es für eine Notwendigkeit, die im letzten Winter gewonnenen Erfahrungen bezüglich der Versorgung mit Koks sich zunutze zu machen, um derartige Vorkommnisse diesmal zu vermeiden. Gerade die Sommerzeit, in der die Wasserstraßen offen sind, ist sehr geeignet, um möglichst viel Vorräte zu sammeln. Der Verein hat sich auch im April in diesem Sinne an das Oberkommando gewandt. Alle Gemeinden, Wirtschaftsvereinigungen, der Städtetag und besonders die amtlichen Stellen haben sich mit der Frage der Kohlenversorgung eingehend befaßt, ohne indessen zu brauchbaren Ergebnissen gelangt zu sein. Selbst im günstigsten Falle können die Kohlenhändler nur mit $\frac{2}{10}$ des Bedarfs für den Winter rechnen. Nach Angaben von maßgebender Stelle können wir im Höchstfalle bei ordnungsmäßiger Zufuhr $\frac{7}{10}$ unseres gewöhnlichen Bedarfs erreichen. Redner warf sodann die Frage auf, wie die fehlenden $\frac{3}{10}$ in der Praxis zu ersparen sind. Er schätzte den jährlichen Bedarf in Groß-Berlin auf 25 Millionen Hektoliter Koks, die sich auf 9 Millionen für 12 000 Häuser mit Warmwasserversorgung und auf 16 Millionen für 8000 Häuser mit Zentralheizung verteilen. Durch die Heizungsabsperrung einzelner Räume werde viel Wärme verloren gehen, außerdem wäre zur Erwärmung eines Zimmers, das von kalten Räumen umgeben ist, eine erhöhte Temperatur notwendig. Redner macht daher den Vorschlag, diese von 19 auf 17 Grad Celsius herabzusehen. Hierdurch könnten 1,6 Million Hektoliter Koks gespart werden.

Der zweite Vorschlag geht dahin, während der Nachtzeit von Mitte Oktober bis Mitte April die Temperatur herabzusehen, wodurch eine Ersparnis von 2,7 Millionen Hektoliter Koks, also insgesamt 4,3 Millionen Hektoliter, zu erzielen wäre. Die angeregte Aufstellung von Ersatzöfen lasse sich nicht überall durchführen, zumal die Beschaffung von Material und Arbeitskräften sehr schwierig ist. Bezüglich der Beschränkung der Versorgung mit Warmwasser schlug der Redner vor, nur zwei Tage in der Woche, und zwar Freitag und Sonnabend, warmes Wasser zu liefern. Im ganzen rechnet Redner auf diese Weise eine Gesamtersparnis von 7 Millionen Hektoliter Koks aus.

Präsident van der Vorcht führte weiter aus, daß, wenn nicht sehr bald eine Einschränkung des Bedarfs an Koks eintritt, wir den Winter ohne Brennstoff bleiben werden. Es wäre nicht zweckmäßig, die herinkommenden Koks mengen für die Warmwasserversorgung jetzt schon zu verbrauchen. Allerdings können einzelne Hausbesitzer derartige Maßnahmen nicht treffen, es müßten vielmehr allgemeine Bestimmungen von der Behörde erlassen werden. Das Oberkommando möge die gleichmäßige Verteilung der Koks-vorräte regeln und sich hierbei von Fachleuten beraten lassen.

Die Kohlenversorgung.

Unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Diamand fand gestern eine Sitzung des Kohlenauschusses im Ernährungsrat statt, in welcher die Kohlenknappheit vom Standpunkt der Industrie und des Hausbedarfs in den einzelnen Ländern besprochen wurde. Der Vertreter des Arbeitsministeriums Bergrat Aggermann machte hierbei Mitteilungen über die Absichten des Arbeitsministeriums, nach welchen die Industrien und die Bevölkerung für das laufende und für das nächste Jahr derart mit Kohlen versorgt werden sollen, daß bei gewissen Einschränkungen die notwendige Kohle zur Verfügung stehen wird. Die Einschränkungen betreffen gewisse Industrien, die zur Sparsamkeit angehalten und eventuell zur Zusammenlegung veranlaßt werden sollen.

Sichergestellt muß der Kohlenbedarf außer für die Kriegsindustrien auch für die Ernährungsindustrien werden, unter anderem für die Zuckerraffinerien, Mühlen, Konservenfabriken, Gemüse- und Obstbörretablissemments, ferner für motorische Pflüge, Druschmaschinen und dergleichen Bedürfnisse der Landwirtschaft. Die Kohlenproduktion, besonders die für Braunkohlen, erfährt eine weitgehende Steigerung. Das Kriegsministerium hat eine bedeutende Zahl von Bergarbeitern entlassen. Der Gasverbrauch für Beheizzwecke wird eingeschränkt, die Benützung des Gases für Kochzwecke erleichtert werden. Auch die Verwendung der Elektrizität soll weitere Einschränkungen erfahren.

Außer der Regelung der Sperrstunde werden im Gast- und Schankgewerbe für die Verabreichung von warmen Speisen und Getränken bestimmte Stunden festgesetzt werden. Anfang Oktober wird der gesamte Plan in den Details bereits ausgearbeitet und die Durchführung vorbereitet sein. Der Kohlebezug wird überhaupt geregelt werden. Mit Rücksicht auf eine gleichmäßige, dem wirklichen Bedürfnisse entsprechende Kontingentierung und Verteilung beschloß der Ausschuß, die Regierung aufzufordern, Vertreter der Interessentengruppen zur Mitarbeit und Kontrolle zuzulassen.

In allernächster Zeit wird der Ausschuß dem Plenum des Ernährungsrates eine eingehende Darstellung der zu ergreifenden Maßnahmen vorlegen. Zum Referenten wurde Handelskammersekretär Dr. Tausche bestellt.

Die Einschränkung des Elektrizitäts- und Gasverbrauchs.

N Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Je länger der Krieg dauert, desto größer werden auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die Anforderungen an das Personal und das Material. Es ist ersichtlich, mit welcher Elastizität bisher alle diese Forderungen erfüllt worden sind, aber es gibt doch eine Höchstgrenze, vor deren Ueberschreitung man sich hüten muß, wenn man nicht Ueberraschungen ausgeht sein will. Das gilt auch für die Erzeugung von Gas und Elektrizität. Beide Kraft- und Lichtquellen sind während des Krieges in wachsendem Maße in Anspruch genommen worden, und die Vergleiche gegenüber dem Frieden zeigen ein Anwachsen des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs, wie man es wohl kaum für möglich gehalten hätte. In Berlin wurden im Monat Mai 70 Prozent mehr Gas verbraucht als in gleichen Monat des Vorjahres. Ganz ungeheuerlich ist die Steigerung des Elektrizitätsmeherverbrauchs auch bei den öffentlichen Elektrizitätswerken; während in ganz Deutschland im Jahre 1913 2,6 Milliarden Kilowatt gebraucht wurden, kommen wir im laufenden Jahre auf einen Verbrauch von etwa 10 Milliarden Kilowatt. Alle diese Anforderungen sind bis jetzt von den Kraftquellen aus voll befriedigt worden, aber unerschöpflich sind auch diese Kraft- und Lichtspender nicht, zumal im Kriege nicht, wo das Personal ganz natürlich beschränkt ist, wo Reparaturen, die durch Ueberlastung entstehen, schwieriger auszuführen sind und wo Rücksicht genommen werden muß auf die vorhandenen Kohlenmengen. Zweifellos ist bei dem Verbrauch von Gas und Elektrizität bisher nicht so sparsam gewirtschaftet worden, wie es möglich gewesen wäre. Es hat sich auch niemand vor dem Zwang zur Sparsamkeit gesehen, weil ja bisher in den weitaus meisten Fällen die Anforderungen ohne weiteres erfüllt worden sind. Umso notwendiger ist eine vorausschauende Vorkehrung, wie sie jetzt in der Bekanntmachung über Gas und Elektrizität sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser zu erkennen ist. Durch diese Bekanntmachung wird der Reichskanzler ermächtigt, die Erzeugung und Fortleitung und den Verbrauch von Elektrizität und Gas, sowie von Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser zu regeln. Er kann Anstalten über die Erzeugung, die Fortleitung und den Verbrauch dieser Betriebsmittel fordern, weiter hat er die Ermächtigung, diese Befugnis auf eine besonders seiner Aufsicht unterstehende Stelle zu übertragen. Diese Zentralstelle für die Gas- und Elektrizitätsversorgung ist nun jetzt in Berlin unter dem Vorsth des Prof. Süßler-Rönnigerstraße 28, geschaffen worden, und ihre Aufgabe besteht darin, den Gas- und Elektrizitätsverbrauch auf 90 Prozent des Verbrauchs im gleichen Monat des Vorjahres herabzubringen. Bei gutem Willen und bei dem verständigen Zueinanderarbeiten der Verbraucher und der Kraftzeuger wird sich diese Einschränkung ohne allzuviel Reibung durchführen lassen. Bei Nicht wird die Ersparnis nicht allzu hoch sein, allerdings wird man auch hier auf ein Herabdrücken des Bedarfs bedacht sein müssen. Größere Ersparnisse lassen sich durch die rationellere Ausnützung der Kraft in vielen Fabrikationsanlagen erzielen. In einer Zusammenarbeit mit den kommunalen Verwaltungen und den Leitern von Elektrizitätswerken und Gasanstalten wird die neue Zentralstelle ihre Aufgabe zu lösen suchen, ohne daß dabei in die bestehenden Verträge eingegriffen wird, und wenn überall das richtige Verständnis dafür vorhanden ist, daß es besser ist, einen kleinen Abschlag in dem Verbrauch von Strom und Gas hinzunehmen, als plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt zu werden, einige Tage ganz auf die Belieferung von elektrischer Kraft und Gas zu verzichten, wird die Aufgabe, die gewiß nicht leicht und dankbar ist, zu lösen sein.

Aufhebung der ermäßigten Frachtsätze für böhmische Braunkohle nach Wien, Prag und Pilsen.

Mit Gültigkeit vom 1. August d. J. werden, wie wir erfahren, die im Lokalgütertarif der österreichischen Staatsbahnen vorgesehenen ermäßigten Frachtsätze für Braunkohle im Verkehre aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenreviere nach Wien, Prag und Pilsen aufgehoben. Die hiedurch eintretenden Frachterhöhungen sind im Vergleiche zu den gegenwärtigen Kohlenpreisen sehr geringfügig — sie betragen im Verkehre nach Wien 8 Heller, nach Prag 7 Heller und nach Pilsen 9 Heller für 100 Kilogramm — und können daher bei der dermaligen Lage des Kohlenmarktes nicht in die Waagschale fallen, zumal, wenn berücksichtigt wird, das die durch die deutsche Kohlensteuer bedingte Preissteigerung der oberschlesischen Kohle ungefähr 40 bis 45 Heller für 100 Kilogramm beträgt. Für die österreichische Staatsbahnverwaltung bedeutet aber diese Tarifmaßnahme eine immerhin ins Gewicht fallende Mehreinnahme.

Von anderer Seite wird uns hiezu berichtet: Bemerkenswert ist, daß auch schon die Aussig-Teplitzer Eisenbahngesellschaft veranlaßt war, in einer vor einiger Zeit an amtlicher Stelle überreichten Eingabe auf die bisherige Disparität der Braunkohlentarife der Staatsbahnen und der Aussig-Teplitzer Bahn hinzuweisen. In dieser Eingabe wurde hervorgehoben, daß die Braunkohlentarife der Aussig-Teplitzer Eisenbahn wesentlich niedriger als die der Staatsbahnen sind. Es gehe nicht an, diese offenbar im Interesse der Produzenten geschaffene Disparität aufrecht zu halten. Ein Vergleich der Braunkohlentarife der Aussig-Teplitzer Bahn und der Staatsbahnen in einigen Relationen gibt nun folgendes Bild:

Km.	Braunkohlentarif	
	Aussig-Teplitzer Bahn.	K. I. Staatsbahnen
	K r o n e n	
13:	22	24
21:	27	30
29:	31	36
44:	35	47
52:	37	52

Schon aus dem vorstehenden Vergleiche geht hervor, daß die Braunkohlentarife der Aussig-Teplitzer Bahn wesentlich niedriger als die der Staatsbahnen sind. Diese Abweichungen sind darauf zurückzuführen, daß in der Konzessionsurkunde der Unternehmung der Tarifbildung gewisse Grenzen gesetzt sind, Grenzen, innerhalb derer sich eben auch die jetzt geltenden Tarife halten mußten. Das erklärt es denn auch, daß die Verwaltung der Aussig-Teplitzer Bahn für diese, dem Interesse der Unternehmung abträglichen Disparitäten nicht verantwortlich gemacht werden kann, da sie ja kein Verschulden trifft. Im übrigen verweist man darauf, daß jene Tariffdifferenzen den Staatsbahnen selbst keineswegs Vorteil bringen, da diese letzteren schließlich, um von der Aussig-Teplitzer Eisenbahn nicht konkurrenzirt zu werden, schließlich vielfach deren niedrigere Braunkohlentarifsätze wieder selbst übernehmen müssen. Wie die Verwaltung der Unternehmung an diesen Tarifanomalien aus den angegebenen, mit den Konzessionsbedingungen zusammenhängenden Gründen nichts ändern konnte, ist es andererseits anzunehmen, daß die Regierung diese Anomalien und deren für die Staatsbahnen schadenbringende Wirkung erkannt hat, indem sie in der Verordnung über die Frachtssteuer die Möglichkeit vorgesehen hat, die Privatbahnen notwendigenfalls auch zum Ueberschreiten der Konzessions-Höchsttarife zu ermächtigen (§ 15 der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Jänner d. J. über die Steuer- und Tarifmaßnahmen im Eisenbahnverkehr.) Die nunmehrige Aufhebung der ermäßigten Braunkohlenfrachtsätze der Staatsbahnen wird nun jene Tarifdisparität wohl wenigstens teilweise ausgleichen.

29. IV. 1917

* **Regelung der Kohlenfrage.** Der neue Handelsminister hat, unmittelbar nachdem er sein Amt übernommen, die Kohlenfrage zum Gegenstand eingehender Erörterung gemacht und als Ergebnis dieser Verhandlungen hat sich die „Kriegskohlen-Einfuhraktiengesellschaft“ konstituiert. Diese Gesellschaft wird sämtliche ungarische Kohlenhändler vereinigen, in erster Reihe aber dafür Sorge tragen, daß die hauptstädtische Bevölkerung mit Kohle versorgt werde. Die Gesellschaft beginnt ihre Thätigkeit mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Kronen. In die Direktion wurden gewählt: der Direktor der Landes-Kohlenkommission Gottlieb Rau, zu dessen Stellvertretern Magistratsrath Dr. Emil Vita und der stellvertretende Direktor der Landes-Kohlenkommission Béla Salgó, zum Vizepräsidenten Jakob Salamon; zu Mitgliedern: Erwin Alberti, Gustav G. Ehrlich, Sigmund Farkas, Stephan Sugár, S. L. Urbán, Philipp Bános und Dr. Rudolf Winter. Seitens der Regierung wurden Verfügungen getroffen, daß jene Kohle, die aus Deutschland und Oesterreich auf Rechnung der Gesellschaft eingeführt wird, von den ungarischen Staatsbahnen nicht mehr requirirt werden darf und daß die hiesigen Lager ihre bestellte Kohle auch thatsächlich erhalten. Ferner sind Verfügungen getroffen worden, daß auch die Gaswerke ihren Kohlenbedarf gedeckt erhalten und damit in die Lage kommen, ihre Koksabnehmer zu befriedigen. Um eine gerechte Vertheilung der Kohle zu erlangen, wird jeder Budapester Kohlenhändler verpflichtet sein, die Liste jener Budapester Einwohner einzureichen, die bereits Kohle bestellt oder erhalten haben, womit verhütet werden soll, daß Einzelne an mehreren Stellen Kohle erhalten.

Die Approbitionierung im Kriege.**Anmeldung des Kohlenbedarfes.**

Ueber Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten haben zur Ermittlung des Gesamtbedarfes an Kohle und Koks in Wien die Inhaber von Hotels, Gasthöfen, Gastwirtschaften, Kaffeehäusern, Fleischelcherien und der nicht fabrikmäßigen Bäckereien, die Kostgeber und Waschanstalten ihren unumgänglich notwendigen Monatsbedarf an Kohle und Koks sowie ihren am 30. Juni 1917 vorhandenen Vorrat bis längstens 2. Juli 1917 an ihre Genossenschaften schriftlich bekanntzugeben. Die gleichen Anzeigen haben Dampfmühlen und Großbäckereien an das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5 (Neues Rathaus), und Kriegsküchen, gleichgültig, ob sie bereits behördlich genehmigt sind oder nicht, bis 2. Juli an das Kriegsküchenkommissariat (Neues Rathaus) schriftlich zu erstatten. Die Eigentümer und Verwalter von Wohngebäuden mit Zentralheizung haben ihren Jahresbedarf an Kohle und Koks und den am 30. Juni 1917 vorhandenen Vorrat ebenfalls bis längstens 2. Juli 1917 dem Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, im schriftlichen Wege bekanntzugeben. Die Angaben müssen der Wahrheit entsprechen und sind über Verlangen durch Vorlage der Rechnungen über den Kohlenbezug in den früheren Jahren zu belegen.

Kohlen Sorgen.

Das hat man noch nie erlebt, daß man sich in der Zeit der Hundstagshitze mit der Sorge um die Kohlen abquälen mußte. Während man schweiß, weicht der Kummer nicht, womit im Winter der Ofen geheizt werden wird. Gute Hausfrauen haben wohl stets schon im Sommer oder im Herbst die Kohle für den kommenden Winter beschafft, aber nicht aus Sorge, daß sie später keine mehr bekommen könnten, sondern bloß um die paar Heller Unterschied zwischen dem Sommer- und dem Winterpreis zu ersparen. Heuer liegt die Sache anders. Jeder, der ahnungslos Kohlen bestellen ging, weiß das. Nur wenn man nachweisen kann, daß man schon seit vielen Jahren bei der betreffenden Firma bezieht, wird man für würdig befunden, in die Bestellliste aufgenommen zu werden. Viel ist damit nicht erreicht. Denn fragt man höflich, wann man die Lieferung der Kohlen erwarten dürfe, so erhält man als Antwort zuerst ein bedauerndes Nischelzucken und dann, wenn man damit nicht zufrieden ist, eine Berechnung, die die Zahl der anrollenden Waggon und jene der vorgemerkten Kunden in Kalkulation zieht und ziffermäßig einwandfrei nachweist, daß man Aussicht habe, im November 1921 den Kohlentwagen vorfahren zu sehen. Da nützt alles Bitten und Betteln nichts. Dem diese frohe Aussicht nicht genügt, der mag es immerhin versuchen und bei einem anderen Kohlenhändler bestellen. Man muß sich also damit zufrieden geben, daß man vorläufig in der Bestellliste steht. Man merkt sich, daß man die Vornummer 507 hat, und macht dem Herrn Kohlenhändler regelmäßig jede Woche einen Gültigkeitsbesuch. Wenn man dabei Rosen für die Frau Gemahlin oder Kirichen für die Kinderchen mitbringt, kann es nicht schaden. Kritisch wird die Sache erst, wenn man mit der Familie von Wien über den Sommer weggehen will und dem Verkäufer der schwarzen Diamanten die Rummitung stellt, die Kohlen noch vor dem Abreisetaag zu liefern. Da kann

es geschehen, daß man aus der Bestellliste wieder gestrichen wird. Dann hat man nicht bloß keine Kohlen, sondern nicht einmal mehr den Vornummerang.

[Der Kohlenverbrauch im Kriege.] In der Kriegszeit hat sich auch unsere Kohlenversorgung bekanntlich wesentlich geändert. Einige feindliche Absatzgebiete kommen derzeit für unsere Ausfuhr zwar nicht in Betracht, andererseits ist aber auch die Ausfuhr englischer Steinkohle eingestellt. Eine sehr weitgehende Verschiebung ist insbesondere in der Kohlenverteilung bei den einzelnen Verbrauchergruppen eingetreten. Der Bedarf an Kohlen hat bei den Kriegsindustrien immer mehr zugenommen, an Hausbrandkohlen standen dagegen von Jahr zu Jahr geringere Mengen zur Verfügung. Wie sich die Verhältnisse gegenüber dem letzten Friedensjahre verschoben haben, zeigt am besten nachstehender Vergleich: Im Jahre 1913 betrug die Steinkohlenförderung Österreichs 164,6 Millionen Meterzentner. Dazu kam eine Einfuhr (an Steinkohlen, Koks und Brissetts) per 122,1 Millionen Meterzentner, Summe 286,7 Millionen Meterzentner. Davon ist die Ausfuhr per 31,5 Millionen Meterzentner in Abzug zu bringen; der Steinkohlenkonsum stellte sich also auf 255,2 Millionen Meterzentner. In den Kriegsjahren ist unsere Steinkohlenförderung allmählich gestiegen, und ist pro 1916 um rund 1,1 Millionen Meterzentner größer als pro 1913. Andererseits hat sich jedoch die Einfuhr erheblich verringert. Im Jahre 1913 betrug die österreichische Steinkohleneinfuhr aus Oberschlesien 83 Millionen Meterzentner, aus England 8 Millionen Meterzentner; ferner kamen aus Oberschlesien zirka 10 Millionen Meterzentner Koks und Brissetts, aus England auch 1 Million Meterzentner Brissetts. Das gibt zusammen eine Einfuhrmenge von rund 102 Millionen Meterzentner. Die auf obige Einfuhrmenge von 122 Millionen Meterzentner fehlenden Kohlenquantitäten stammten zum Großteil aus dem übrigen Deutschland, kleine Mengen aus Rußland und den Niederlanden. In der Kriegszeit ist zunächst die englische Steinkohle in Wegfall gekommen, wodurch allein schon die Förderzunahme ausgeglichen erscheint. Die Einfuhr aus dem Auslande ist in den Kriegsjahren

in der Hauptsache auf Oberschlesien beschränkt und diese ist beträchtlich zurückgegangen. Österreich hat im Jahre 1913 aus Oberschlesien 83 Millionen Meterzentner Steinkohle bezogen; im Jahre 1914 stellte sich der Import nur mehr auf 60,7 Millionen Meterzentner, pro 1915 auf 59 Millionen Meterzentner. Im Jahre 1916 wurden 64 Millionen Meterzentner eingeführt. Diese letztere Menge zeigt also gegen 1913 eine Verringerung um fast 23 Prozent. Was unsere Steinkohlenausfuhr anbelangt, so lieferte Österreich im Jahre 1913 an Rumänien 0,5, an Rußland 0,9 Millionen Meterzentner Steinkohle, ferner 3 Millionen Meterzentner Koks an Rußland. Nach Deutschland gingen 4,5 Millionen Meterzentner, nach Ungarn zirka 16 Millionen Meterzentner Kohle und Koks. Hierzu kamen noch geringere Kohlenmengen für die Balkanstaaten sowie der Brissettexport. Die an und für sich nicht bedeutende Ausfuhr nach Island ist in der Kriegszeit ausgefallen; dagegen mußte das Ostrau-Karwiner Revier seinen Export zeitweise nach Ungarn und Deutschland erheblich steigern, nach Deutschland insbesondere in Zeiten des Waggonmangels, als nur vorwiegend deutsche Waggon zum Abtransport der Kohle zur Verfügung standen. Insgesamt dürfte sich sonach der österreichische Steinkohleneport in der Kriegszeit kaum verringert haben. Es steht also dem erheblich verminderten Steinkohlenimport eine mindestens gleichgebliebene Kohlenausfuhr gegenüber, so daß sich also der Konsum mit geringeren als den normalen Mengen begnügen mußte. Erwähnt sei, daß Ungarn trotz zeitweiligen Ausfalles der Zsittaler Förderung im Vorjahre verhältnismäßig günstiger daran war. Ungarn empfing nämlich pro 1916 aus Oberschlesien rund 25 Millionen Meterzentner Steinkohle, das ist nur um 10 Prozent weniger als 1913, während der Ausfall in Österreich sich auf 23 Prozent belief. Aus Österreich erhielt Ungarn im letzten Jahre, wie schon bemerkt, erheblich größere Steinkohlenmengen als pro 1913. Zudem verwendet Ungarn den Großteil der Produktion aus dem polnischen Okkupationsgebiete. Der Braunkohlenverbrauch Österreichs hatte sich im letzten Friedensjahre wie folgt gestellt: Produktion 274 Millionen Meterzentner, Einfuhr 5 Millionen Meterzentner, Summe 279 Millionen Meterzentner. Davon ab die Ausfuhr per 75 Millionen Meterzentner; der Konsum an Braunkohle stellt sich daher auf 204 Millionen Meterzentner. In der Kriegszeit hat sich nun die heimische Förderung an Braunkohlen allmählich vermindert; im Vorjahre hat sie nur mehr 232 Millionen Meterzentner betragen, so daß sich gegen 1913 ein Ausfall von 42 Millionen Meterzentner ergibt. Die Ausfuhr nach Italien mit 0,7 Millionen Meterzentner ist weggefallen, die Exporte nach Deutschland, die pro 1913 etwa 70 Millionen Meterzentner betragen hatten, haben sich pro 1916 jedoch höchstens auf 50 bis 55 Millionen Meterzentner verringert. Es ergibt sich also in Braunkohle eine noch ungünstigere Situation. Die Förderverhältnisse haben sich im laufenden Jahre sowohl in Stein- als auch in Braunkohle weiter geändert und es ist auch keineswegs sicher, daß die heurigen Importmengen die Höhe der vorjährigen erreichen werden.

Städtische Generalversammlung.

Unter dem Vorsitze des Lal. Rates Bürgermeister Theodor Broiliy fand gestern die ordentliche Juligeneralversammlung unseres städtischen Municipalausschusses statt. Bei Eröffnung der Sitzung hatten sich insgesamt 30 Repräsentanten eingefunden. Vor Uebergang zur Tagesordnung ergreift Repr. S a n b ä c k das Wort, um über die

Versorgung der Bevölkerung mit Kohle

zu sprechen. Redner weist darauf hin, daß die Zivilbevölkerung nicht in der Lage sei, sich mit Kohle für den Winter zu versorgen. Wenn man zu einem Kohlenhändler geht, so findet man dessen Lager leer und er ist auch nicht geneigt für die nächste Zukunft auch nur den geringsten Auftrag zu übernehmen. Unter solchen Umständen gehen wir traurigen Zeiten entgegen. Es wäre deshalb dringend nötig an die Regierung eine Vorstellung zu richten und darauf hinzuweisen, daß in Ungarn auch noch andere Städte existieren, als Budapest, die ebenfalls ein Anrecht haben, mit Kohle versorgt zu werden. Wenn man übrigens durch unsere Straßen geht, so sieht man bei Privaten ganze Fuhrer von Kohle abladen. Es wäre deshalb doch gut, für alle Fälle die Kohlenvorräte in den Privathäusern anzunehmen. Redner ist für die Einführung von Kohlenkarten, damit genügend Kohle für die Heizung des Herdes und eines Zimmers jedem Privaten verfügbar sei. Repr. S a n b ä c k meint, man könnte in den Som-

mermonaten die Straßenbeleuchtung gänzlich einstellen, wie das auch in Komárom und anderen Städten der Fall ist. So wäre es vielleicht möglich, die Gaskocher wieder in Betrieb zu setzen.

Zweiter Bürgermeister Theodor Kumlik weist darauf hin, daß das Gaswerk zur Zeit nur über 190 Waggon Kohle verfüge. Deshalb könne vorderhand von der Freigabe der Gaskocher keine Rede sein. Die Straßenbeleuchtung gänzlich einzustellen, sei jedoch ein Ding der Unmöglichkeit. Die Stadt verfüge ohnehin nur mehr über eine beschränkte Anzahl von Wachleuten und durch die völlige Einstellung der Beleuchtung würden sich die Sicherheitszustände nur noch verschlimmern. Redner ersucht die Repräsentanz, Geduld zu haben, man werde alles versuchen, um die Stadt mit Kohle zu versorgen, auf immer welchen Weg das auch erreicht werden müsse.

Die Antwort des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

Kohle für Gastwirte zu Kochzwecken.

Den Mitgliedern der Gastwirtegenossenschaft wird von der Vorstehung mitgeteilt: Ueber Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten haben zur Ermittlung des Gesamtbedarfes an Kohle und Koks die Inhaber von Gastwirtschaften ihren unumgänglich notwendigen Monatsbedarf an Kohle und Koks für Kochzwecke bekanntzugeben. Es entsprechen daher die an die Genossenschaft eingelangten Zuschriften, welche den Monatsbedarf für Koch- und Heizzwecke beinhalten und in welchen gleichzeitig Bestellungen auf Kohlenlieferung gemacht werden, nicht dem geforderten Nachweis. Es sind deshalb neuerliche Anmeldungen nur lautend auf den monatlichen Bedarf an Kohle für Kochzwecke in Gewichtsmengen von Meterzentnern mittelst Karte unverzüglich der Genossenschaftsvorstehung einzusenden.

4. VII. 1917

Wünsche zur Beseitigung der Kohlennot.

Berlin, 3. Juli. (Amtlich.) Die Mitglieder des Beirats für Volksernährung des Reichstags haben die nachstehende EntschlieÙung angenommen:

Der Beirat wolle beschließen:

Den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts aufzufordern, auf eine erhöhte Produktion der Kohle und die beschleunigte Schaffung und Durchführung eines einheitlichen Versorgungs- und Verteilungsplanes hinzuwirken; insbesondere dafür Sorge zu tragen,

1) daß eine ausreichende Versorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke und dadurch vor allen Dingen die Versorgung der Bevölkerung mit Kochgas sichergestellt,

2) daß den Ueberlandzentralen, den Mühlen und Nahrungsmittelbetrieben, den landwirtschaftlichen Betrieben und den ländlichen Schmieden rechtzeitig Kohlen in ausreichender Menge geliefert werden,

3) daß für den Hausbrand unter entsprechender, allgemeiner Verteilung die notwendigen Kohlen zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Verschärfungen bevorstehend.

Die Kohlenknappheit, die bekanntlich im verfloßenen Herbst und Winter zu Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Beheizung, Beleuchtung und des Straßenbahnverkehrs Anlaß gab, wird heuer bei Eintritt der kälteren Jahreszeit voraussichtlich zu noch schärferen Einschränkungen zwingen. Im Arbeitsministerium wird bereits jetzt eine Regierungsverordnung ausgearbeitet, die eine Reihe äußerst radikaler Anordnungen im Interesse der Herabsetzung des Kohlenverbrauches vorsieht.

Wie verlautet, soll die Bestimmung getroffen werden, daß in einer Wohnung nicht mehr als zwei Wohnräume gleichzeitig geheizt werden dürfen. In Aussicht genommen sind ferner eine Sperre aller Gasbadeöfen, ebenso wie eine Siftierung des Betriebes der öffentlichen Badeanstalten. Besondere Bestimmungen sollen bezüglich des Kontrolldienstes getroffen werden, insbesondere soll den für diesen Zweck zu bestellenden Ueberwachungsorganen die Möglichkeit geboten werden, von Fall zu Fall die Privatwohnungen zu inspizieren, um etwaige Uebertretungen der Heizvorschriften feststellen zu können. Endlich soll vom Tage des Inkrafttretens der Verordnung die Anlage neuer Gasanschlüsse bis auf weiteres sistiert werden.

Der Entwurf dieser Regierungsverordnung, die äußerst empfindlich in den allgemeinen Haushaltbetrieb eingreift, wird, wie wir erfahren, am 12. d. zum Gegenstand einer ministeriellen Konferenz gemacht werden, an der die Vertreter aller beteiligten Ressortministerien teilnehmen werden. Erst im Laufe dieser Beratung werden die Einzelheiten der neuen Verordnung endgültig festgestellt werden.

Die städtische Kohlenversorgungscommission.

In der gestrigen gemeinderätlichen Obmännerkonferenz teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, daß auf Aufforderung der Regierung die zur Behebung der Kohlenknappheit eingesetzte Kohlenversorgungscommission der Gemeinde Wien zu einer ständigen Einrichtung auszugestalten sei, in der die verschiedenen Interessentengruppen vertreten sein sollen. Dem Vorschlage des Bürgermeisters, daß die Vertreter der Gemeinderatsparteien als Mitglieder dieser Commission beizuziehen sind, stimmte die Obmännerkonferenz zu.

Die Jagd nach den Kohlen.

Eine Arbeiterfrau schreibt uns: Heute erfuhren wir von der Einführung einer neuen Einkaufskarte, aber von einer Regelung der Kohlen wird nichts erwähnt, was eine Hauptsache wäre. Wer das Anstellen mitmachen muß, wie ich, trotz meiner freiwilligen Mitarbeit in der Hilfsaktion, kann nicht mehr ruhig sein und erlaubt sich die Frage, warum muß bei der städtischen Abgabestelle der Kohlen in der Aspangstraße der Andrang immer größer werden? Um $\frac{1}{4}$ Uhr früh stellen sich schon Kinder an, damit sie um $\frac{1}{2}$ Uhr früh, wenn geöffnet wird, die Kohlen erhalten. Kommt man um $\frac{1}{8}$ Uhr früh, so ist man der Gefahr ausgesetzt, um 12 Uhr mittags leer auszugehen, weil gesperrt wird. Der Verkauf hält dadurch auf, weil sich Frauen und Kinder drei bis vier Plätze sichern und so einen bis zwei Zentner nach Hause führen und der einzelne bei geduldiger fünfständiger Wartezeit einen Viertelzentner nach Hause bringt. Fälle kommen vor (durch die Ferien), daß sich Kinder hineinschwindeln und öfter einen Viertelzentner in einer kurzen Zeit erreichen und gleich verkaufen. Wie wird es einem schwer gemacht, wenn man nie Kunde eines Kohlenhändlers gewesen ist, sondern stets im Konsumverein war.

Seitdem dieser (seit Jänner) keine Bestellung übernimmt, ist man auf das Anstellen angewiesen. Der Kohlenhändler kennt nur seine Kunde, die einen Zentner zugestellt erhält, und wenn man das Glück hat, so bekommt man gnadenweise einen Achtelzentner. Jetzt frage ich, wie kommt man dazu, sich solche Dinge gefallen lassen zu müssen? Kann es nicht so geregelt werden, daß die Kohlen ebenfalls rationiert werden und der Konsumverein seine Mitglieder gerecht versorgen könnte, wie es bei den anderen staatlich bewirtschafteten Waren geschieht? Da wird von Kohlenmangel gesprochen und wo kommen die Kohlen her, die mit Autos an den Offiziersstand und den Wohlhabenden rasch geliefert werden müssen, damit deren Familien sorgenlos aufs Land fahren können? Wie kommen wir anderen Frauen dazu, daß wir täglich Sorgen haben müssen, wie man einen Viertelzentner Kohlen erreicht? Oder müssen erst die Reichen versorgt werden und dann kommt eine Karte heraus, wo wir ein geringes Quantum erhalten sollen? Da ist es kein Wunder, wenn man das Murren jedes einzelnen hört. Mit Nengsten fragt jede: wie werde ich den Winter durchhalten? Weder Fett noch Gemüse habe ich, kein Brennmaterial, wie lange soll es so fortgehen? Ja wenn die Reichen das acht Tage mitmachen müssen, wäre der Krieg zu Ende! Wie müssen wir uns von den Dachorganen behandeln lassen! Wenn man aufmerksam macht, daß so viele Plätze reserviert werden, kriegt man zur Antwort: „Was kann ich machen, machen Sie's halt aa so!“ ... So ist es auch bei der Milch; man muß sich eine Stunde anstellen; die, denen sie zugestellt wird, erhalten ihr volles Quantum und die Abholer in der Woche einen Viertelliter statt drei Viertelliter und einen Achtelliter. Wenn die Frauen sagen, warum bei den Zugestellten nichts abgezogen wird, heißt es: „Ruhe; ich kann einteilen, wie ich es will!“ Das kommt daher, weil keine behördliche Kontrolle ist. Würde täglich nachgesehen, welches Quantum und wie viel Erwachsene, Kinder und Kranke sind, dann brauchte man sich diesen Grobheiten eines Milchverschleifers nicht auszusetzen. So ist es auch bei dem Fleisch für Minderbemittelte. Da kommt es vor, daß die Familien zweimal zu Fleisch kommen an ihrem bestimmten Tage, da kein Datumstempel, sondern nur Firmastempel gemacht wird auf der Mehlbezugskarte.

Die Kohlenverteilung von Groß Berlin.

Einführung von Kohlenkarten.

Die lang erwartete und seit langem vorbereitete Regelung des Kohlenverbrauchs in Groß-Berlin soll nun endlich erfolgen. Die vom Oberbefehlshaber der Marken Leben erlassene, Verordnung bezweckt in erster Reihe eine sofortige Sperrung, zur Verhinderung ungleichmäßiger und übermäßiger Versorgung einzelner und sodann eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte, damit vor Winters Anfang jeder für den notwendigen Bedarf versorgt ist. Es wird von dem Gemeindevorstand der Groß-Berliner Bevölkerung erwartet, daß die, die bereits Vorräte haben, so weit sie überhaupt noch berechtigt sind, weitere Mengen zu beziehen, ihre vollständige Versorgung, die gerade durch die scharfen Bestimmungen der Verordnung auch für später für alle Fälle gesichert ist, zu nächst zurückstellen und denen ihrer Mitbürger den Vortritt lassen, denen es am nötigsten mangelt. Ganz besonders gilt dies für den Bezug des in der Uebergangszeit zulässigen einen halben Zentners Kohlen, dessen Bezug zeitlich unbegrenzt ist.

Die Einführung von Kohlenkarten ist für Küchen- und Ofenbrand vorgesehen. Sie werden ausgegeben in fünf Gruppen, und zwar:

- für Gruppe 1: 1 heizbares Zimmer oder Küche 5 Zentner,
- für Gruppe 2: 2 heizbare Zimmer einschl. Küche 10 Zentner,
- für Gruppe 3: 3 heizbare Zimmer einschl. Küche 15 Zentner,
- für Gruppe 4: 4-5 heizbare Zimmer einschl. Küche 20 Zentner,
- für Gruppe 5: mehr als 5 heizbare Zimmer einschl. Küche 25 Zentner.

Für Wasch- und Küchenszwecke werden für Haushaltungen in Wohnungen mit Zentralheizung Sonderkarten ausgegeben, und zwar für Waschsätze 2 Zentner, bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen 3 Zentner, für Küchensätze 3 Zentner, bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen 5 Zentner. Vor allen Dingen soll der unbedingt notwendige Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung sichergestellt, aber auch den Inhabern größerer Wohnungen die Möglichkeit gegeben werden, daß sie einen Teil ihrer Wohnung beheizen können.

Für die Zentralheizungsanlagen will man in anderer Weise die Versorgung regeln. Vorerst soll die Belieferung auf 50 v. H. des vorjährigen Verbrauchs eingeschränkt werden. Hausbesitzer, die keinen Kohlenlieferanten gefunden haben, müssen sich zwecks Zuweisung eines solchen an die Kohlenabteilung der Kriegsarbeitsstelle wenden. Man will erreichen, daß bis zu Beginn des Winters alle in Frage kommenden Häuser annähernd gleich versorgt sind. In welcher Weise die aus der allgemeinen Kürzung der Kohlenvorräte notwendig folgende Einschränkung der Heizung usw. geregelt wird, bleibt einer späteren Regelung vorbehalten.

Nach die gewerblichen Betriebe werden im Kohlenverbrauch gekürzt werden. Die Betriebe mit einem Durchschnittsmonatsverbrauch von mindestens 10 Tonnen werden auf etwa 60 v. H. ihres Verbrauchs in dem entsprechenden Kalendervierteljahr des Vorjahres beschränkt. Eine entsprechende Regelung für die Großbetriebe bleibt der Entscheidung des Reichskohlenkommissars vorbehalten. Die Geschäftsräume von Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden sowie die öffentlichen Krankenhäuser und Schulen, ferner die Bäckereien erhalten die gleichen Mengen wie im Jahre 1915/16. Es ist eingehend Vorzug getroffen, durch Bestandsmeldungen und Feststellungen etwa bereits eingelagerte Vorräte zu erfassen und zu verhindern, daß ihre Besitzer zum Schaden der Allgemeinheit weitere Mengen beziehen. Etwa vorhandene Vorräte werden an gerechnet auf die Karte, von der eine entsprechende Zahl von Abschnitten vor Ausgabe abzutrennen ist. Die die zulässigen Höchstmengen übersteigenden Vorräte gelten als verschlagen und dürfen nicht verbraucht werden. Für die Uebergangszeit bis zur Fertigstellung der Karten dürfen die, die gegenwärtig keine Kohlen besitzen, gegen Abgabe des Mittelstücks der für die Zeit vom 9. Juli 1917 gültigen Reichsleischkarte für Berlin und Nachbarorte Kohlen entnehmen. Für alle übrigen Verbraucher beginnt die gleiche Befugnis mit dem 15. August. Die Dauer der Befugnis zur Entnahme ist für alle Verbraucher unbegrenzt. Die Verordnung umfaßt die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim. Kohlenhändler im Sinne der Verordnung ist jeder, der gewerbsmäßig mit Kohlen handelt und diese an die Verbraucher abgibt. Jeder Kohlenhändler hat für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der ihm zur Verfügung stehenden Kohlenmengen an die Verbraucher Sorge zu tragen.

Man hofft, durch die 37 Paragraphen umfassende Verordnung geregelte Verhältnisse in der Kohlenverteilung zu erreichen. Die leitenden Stellen verkennen aber nicht, daß dazu die Mithilfe sowohl der Bevölkerung als auch des Kohlenhandels sowie der Erzeuger notwendig ist. Namentlich das letzte wird der Schwerpunkt sein. Es gilt, ungefümt nach Möglichkeit Kohlen heranzuschaffen. Sicher liegt es auch im Interesse aller Beteiligten, wenn jeder Abnehmer sich an seinen vorjährigen Lieferanten wendet, und jeder Lieferant seine vorjährige Abnehmer nach Maßgabe der Verordnung und entsprechend der zur Verfügung stehenden Menge weiterversorgt.

Kohlen!

Das Verfahren, das Tor erst dann zu schließen, wenn die Kuh aus dem Stall ist, hat sich wie überall auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln nicht sonderlich bewährt, ebenso wenig wie das, sich selbst für allwissend und unfehlbar zu halten, Kritik und Rat aber für verwerfliche Annahme, vor der der Zensor zu schützen hat. Aus allerlei Umständen scheint hervorzugehen und die Rede des Ministers in der Ernährungsdebatte — ach, wie schade, daß man von Wechselreden so wenig wie von Hoffnungen satt werden kann! — bestätigt, daß man nun einen anderen Weg zu gehen die löbliche Absicht hat: man scheint geneigt zu sein, auch ein offenes Wort zuzulassen, sogar dann, wenn es nicht aus einem juristisch gebildeten Munde, sondern sich aus der bescheidenen Lebenserfahrung stammt. Hoffen wir, daß man damit besser fahren werde als bisher. Höchste Zeit wäre es, denn wahrhaftig, es wird ernst und man sollte alles nur irgend mögliche anbieten, um nicht die Geduld der Bevölkerung, diese bewundernswerte, unerhöpliche, sich alles gefallen lassende und niemals reizende Geduld neuen Proben und Prüfungen auszusetzen. Sicher ist sicher und man kann schließlich doch nicht wissen . . .

Möge man auch im Laufe des Weltkrieges an allem zweifeln gelernt haben, so scheint doch die regelmäßige Folge der Jahreszeiten zu dem wenigen Dauernden im Wechsel zu gehören, und wir dürfen mit einiger Zuversicht damit rechnen, daß wir in vier Monaten nachfolgenden November und bald danach Winter frost haben werden. Da es nicht zweckmäßig sein wird, wie in früheren Jahren die Frage der Kohlenversorgung ernst dann zu studieren, wenn sich die Leute um Kohle anstellen und keine bekommen, so seien die Behörden, die es angeht, schon jetzt, also sicherlich nicht zu spät, aber auch keineswegs zu früh, an diese Versorgungsfrage erinnert. Sie bedarf heuer der rechtzeitigen Behandlung um so mehr, als es ganz den Anschein hat, daß zu den alten Schwierigkeiten neue sehr ernste hinzugekommen sind. Es ist überflüssig, sie näher zu bezeichnen, denn jeder kennt sie, wie jeder Angst davor hat. Sprechen wir also nicht von den Schwierigkeiten, sondern davon, wie man sie möglichst erträglich mache.

Die Aufgabe ist klar gestellt: da man diese verfügbaren Mengen nicht steigern kann, weil sich die verfügbaren Arbeitskräfte und Verbandsmittel nicht steigern lassen, so muß die Verteilung des Vorrätigen so erfolgen, daß nicht wieder die einen alles bekommen und die anderen leer ausgehen; wie die Dinge zu liegen scheinen, wäre das nicht nur ungerecht, sondern auch unvernünftig, namentlich vom Standpunkte derer, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben.

„pflicht“: Wenn gehungert werden muß, so sollen alle gleichmäßig hungern, ein Ausruf, den sich jemand erlauben darf, der sein ganzes Leben der Aufgabe gewidmet hat, zu beweisen und zu zeigen, wie unnötig es ist, daß gehungert wird. Frei nach Popper sei gesagt, daß, wenn gefroren werden muß, alle gleichmäßig frieren sollen. Nicht länger wird es angehen, noch dem Staatsinteresse nützen, wenn wieder die einen die endlos langen Winternächte um ein paar Kilogramm Kohle im Freien stehen müssen, während sich die Bevorzugten des Glückes und deshalb der großen und kleinen Kohlenhändler in völlig durchheizten Häusern freuen, daß noch immer für Geld alles zu haben ist. Gerechtigkeit, das ist Gleichmäßigkeit der Verteilung wird die wichtigste Aufgabe sein, weil sie die einzige ist, zu deren Lösung die Macht und der gute Wille der Behörden ausreicht. Sicherlich ist die Lage ernst, überaus ernst, und wird es im Winter noch viel mehr sein; aber ebenso sicher ist es, daß zweckmäßige

Einteilung, verbunden mit rücksichtsloser Abgabe an den Grundsatz, daß man denen, die haben, noch geben müsse, sicher ist es, daß Gleichheit vor dem Kohlenhändler manche Härte und Gefahr verringern kann. Der bloße Entschluß, es dürfe nicht noch einmal geschehen, daß die Begüterten Kohle bekommen, wenn sie die erforderlichen Beziehungen haben oder die Händler durch Überpreis bestechen; der feste Wille, alles anzubieten, damit den Armen und dem für Schleichwege zu anständigen — denn auch die seltene Pflanze ist noch nicht völlig ausgestorben — das Frieren erspart bleibe, das bei unterernährten, entkräfteten Menschen leicht ein Erfrieren werden könnte; kurz: statt schöner Redensarten und tiefgründiger Ermüdigungen und Studien die Bereitschaft zu einer Tat wird genügen, um diesen Winter, vor dem man sich mit Recht so sehr fürchtet, seines allerhöchsten Schreckens zu entkleiden.

Keinesfalls darf es wieder geschehen, daß man mit einem übel angebrachten Fatalismus nichts unternimmt, weil vollständige Abhilfe ja doch nicht möglich sei. Gewiß wird jede Hilfe weit entfernt von ausreichender Kohlenversorgung sein; aber das berechtigt keineswegs dazu, die Hände in den Schoß zu legen und das Schicksal seinen Lauf nehmen zu lassen. Es ist unmöglich, genügende Vorräte herbeizuschaffen, aber es ist möglich, das Vorhandene so zu verteilen, daß auf jeden wenig aber doch etwas kommt; und auf keinen Fall, aber wirklich auf gar keinen Fall darf es geschehen, denn es würde nicht wieder wie früher ruhig hingelassen werden, wenn sich, wie im letzten Winter, die schrankenlose Herrschaft des Geldes zeigen könnte.

Im Vertrauen darauf, daß dies auch die Meinung der verantwortlichen Mitglieder der Regierung und der Gemeindeverwaltung sei, werden wir in weiteren Aufsätzen zeigen, wie leicht ein Weg zum Ziele einer gerechten Teilung zu finden ist, vorausgesetzt, daß man sich die Mühe gibt, ihn zu suchen. Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß unser Vorschlag der einzig mögliche oder der allein zweckdienliche sei, obwohl wir ihn für möglich und zweckdienlich halten; aber bestimmt ist er geeignet, die Erörterung in Fluß zu bringen und verhütet eines: wenn eine furchtbare Verjämmerung zu schrecklichen Folgen führen sollte, wird man die Ausrede nicht haben, man sei nicht zur rechten Zeit erinnert worden. Unsere Darstellung erinnert und warnt.

Wie wir uns die Lösung vorstellen, wird in folgenden Aufsätzen gesagt werden. Die Aufgabe, die zu lösen ist, wir wiederholen es, ist klar: es muß verhütet werden, daß die Begüterten Kohle haben und die Armen und mäßig Bemittelten frieren müssen. Zu diesem Zwecke muß die Kohle dem freien Verkehr entzogen werden, und darf jeder nur so viele bekommen, wie zur Vermeidung des Frierens unbedingt notwendig ist. Also streng geregelte Zuteilung und Begrenzung der aufgehäuften Vorräte, die sich glücklicherweise nicht so leicht verstreuen lassen, wie Zucker oder Fett und die die Behörde deshalb finden muß, wenn sie finden will, woran wir noch immer nicht zweifeln wollen, obwohl es einem schwer genug gemacht wird.

Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Kohle.

Die Abgeordneten Diamond, Keger und Genossen haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit Kohle betrifft. Nach einer statistischen Uebersicht über die Kohlenversorgung in Friedenszeiten folgt ein Nachweis der Ursachen der jetzigen Kohlennot, die nach Ansicht der Antragsteller nur durch Lösung der Arbeiterfrage gehoben werden kann. In dem Antrag heißt es dann: Die Regierung wird aufgefordert, zur Sicherung des Kohlenbedarfes alle Maßregeln, die die Steigerung der Produktion bis zur vollen Höhe des Bedarfes sichern, sofort mit allem Nachdruck und ohne jede Rücksicht auf zuwiderlaufende Interessen zu ergreifen. Die Regierung wird aufgefordert, die Verteilung der zur Verfügung stehenden Kohlenmengen in einer solchen Weise vorzunehmen, damit alle drei Interessentengruppen, das ist 1. der Eisenbahnbetrieb, 2. die Kriegsindustrie, 3. Ernährungsindustrie und Hausbrand gleichzeitig unter Festlegung der Proportion beteiligt werden. Zum Zwecke einer entsprechenden Verteilung der Kohle für Industrie und Bevölkerung ist der tatsächlich notwendige Bedarf im ganzen Reich festzustellen und dieser als Grundlage für die Verteilung zu benutzen. Mit Rücksicht auf die voraussichtliche Unmöglichkeit der Deckung des ganzen Bedarfes sind Beschränkungen im Verbrauch in der Weise durchzuführen, daß die Lebensbedürfnisse vor allem befriedigt werden, der erhebliche Verbrauch aber beschränkt oder gänzlich verhindert wird. Alle bisher erariffenen Maßregeln erweisen sich als unzulänglich und belasten die Bevölkerung in sehr ungleichem Maße. Zum Zwecke der Erlangung genügender Ersparnisse im Verbrauch ist der ungewöhnliche Verbrauch abzustellen durch zweckgemäße Abänderung der Verbrennungsherde, durch möglichst große Ausnützung des Kaloriengehaltes, durch Einführung und Popularisierung von Einrichtungen, die geeignet sind, zweckgemäß zu wirken. Zum Zwecke der Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Gruben sind diese einer strengen Kontrolle zu unterwerfen und andererseits mit allen Maßregeln zu unterstützen, die einer Vergrößerung der Ergiebigkeit dienen. Sämtliche Bergarbeiter müssen von der Militärdienstpflicht entbunden und ihrem eigentlichen Beruf wieder zugeführt werden. Der Ernährung der Bergarbeiter ist die peinlichste Aufmerksamkeit der Regierungsorgane zuzuwenden. Es müssen quantitativ und qualitativ ausreichende Nahrungsmittelmengen den Revieren zugewiesen werden. Wenn notwendig, ist ihnen eine Ausnahmestellung zuzubilligen. Die Organisation der Nahrungsmittelverteilung muß ausgebaut, den Arbeitern ein weitgehender Einfluß zugebilligt werden. Die Freizügigkeit der Bergarbeiter soll sofort wiederhergestellt werden. Die Bergarbeiter sind von den Behörden in ihrem Bestreben, Lohnerhöhungen bis zur Höhe der in der Kriegsindustrie üblichen Löhne unter Berücksichtigung der an die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter gestellten großen Ansprüche zu erreichen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die Regierung wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus umgehend Gesetzentwürfe vorzulegen, die geeignet sind, im Interesse der Kohlenproduktion und der Kohlenverteilung fördernd zu wirken.

Kohlen!

(Vergleiche „Der Abend“ vom 9. Juli.)

II.

Wir entwickeln nachstehend einen Plan zur möglichst gleichmäßigen und gerechten Verteilung der Kohle um zu verhindern, daß die einen Kohle bekommen, während die anderen frieren müssen. Die unerläßliche Voraussetzung des Gelingens ist, wie wir im ersten Aufsatz ausgeführt haben, eine sorgfältige Aufnahme der Vorräte, die glücklicherweise dadurch erleichtert wird, daß Kohle sich nicht wie Lebensmittel verstecken läßt. Man weiß, wann sie ins Haus gebracht und wo sie aufbewahrt wird. Die Erhebung der Vorräte bei den Händlern ist eine so einfache Sache, daß es keiner weiteren Besprechung bedarf. Die Erhebungen in den einzelnen Haushaltungen wären beispielsweise folgendermaßen durchzuführen:

Es werden Anmelde Scheine ausgegeben, die vom Hausbesitzer beim magistratischen Bezirksamte abzuholen und sämtlichen Wohnparteien zuzustellen sind. Auf diesen Anmelde Scheinen ist die vorrätige Kohle nach Gewicht und Gattung anzugeben. Der Schein ist von der Mietpartei, der die Kohle gehört, sowie vom Hausbesitzer oder dessen Bevollmächtigten zu unterfertigen. (Schon hier sei bemerkt, daß der Hausbesitzer unter allen Umständen die zivil- und strafrechtliche Verantwortung trägt, auch wenn er einen Bevollmächtigten bestellt hat; selbstverständlich haftet auch dieser für bewußt oder unbewußt falsche Angaben.)

In einem bestimmten Tage, der ähnlich wie bei der Volkszählung im voraus bekanntgegeben wird, erscheint der Überprüfungs-Kommissär im Hause, wo er vom Hausbesitzer oder dessen Bevollmächtigten an einem geeigneten Orte zu erwarten ist. Der Kommissär übernimmt die Melde Scheine, prüft sie auf ihre Richtigkeit und überzeugt sich dann durch Besichtigung der Vorräte, ob die Anmeldungen stimmen. Er hat sämtliche im Hause befindliche, zur Aufbewahrung von Kohle geeignete Räume, wie Keller und sonstige Aufbewahrungsorte, Magazine, leerstehende Geschäfts- und Arbeitsräume usw., zu besichtigen.

Zu Kommissären werden Männer und vorzugsweise Frauen bestellt, die von wirtschaftlichen Organisationen dazu vorgeschlagen werden. Die Mitglieder werden nach Art der freiwilligen Konstabler in den Vereinigten Staaten in Amtspflicht genommen. Auf Verlangen muß dem Kommissär polizeilicher Schutz mitgegeben werden. Er ist außerdem selbstverständlich berechtigt, ihn jederzeit zu fordern, und genießt den Schutz, der Amtspersonen zu-

kommt. Er erstattet Anzeigen an die politische Behörde erster Instanz sowie an die Polizei und die Strafbehörden.

Der Umfang der Aufgaben dieser Kommissäre sieht sich etwas größer an, als er in Wirklichkeit sein wird. Es gibt sehr ausgedehnte Stadtteile, namentlich in Wien und in größeren Provinzstädten, wo von vornherein die Einsammlung großer Kohlenmengen in einzelnen Häusern ausgeschlossen ist. In den meisten Teilen der Proletariatsbezirke Wiens werden die Kommissäre ohne Verletzung ihrer Amtspflicht von Hausdurchsuchungen absehen können.

Die eingesammelten und auf ihre Richtigkeit überprüften Anmelde Scheine dienen nun zur Grundlage der Verteilung. Wer so viel Vorrat hat, als seinem Anspruch auf Kohle entspricht, bekommt keine Karte; hat er weniger Vorrat, so bekommt er auf seinen Karten so viel zur Ergänzung zugewiesen, als dem Abgange entspricht. Wessen Vorräte größer sind als sein Anspruch auf Kohlenzuweisung, dem wird der überschüssige mit Beschlagnahme belegt, wobei ihm bei einer Vergütung nur der Marktpreis bezahlt wird, während er das, was er, in welcher Form immer, als Überpreis, als Zustreife lohn o. dal., bezahlt hat, verliert.

Auf unrichtige Angaben durch Fahrlässigkeiten sind zweckmäßig abgestufte ausgiebige Geldstrafen zu setzen. Erfolgen die falschen Angaben absichtlich, so ist auf Haft zu erkennen. Hausbesorger sind verpflichtet, von dem Inhalt der Anmelde Scheine Kenntnis zu nehmen, zu deren Beurkundung sie sie zu unterschreiben haben. Sie sind für das Gewährenlassen falscher Angaben zu bestrafen, dagegen sind sie für die Nichtigstellung falscher Angaben dadurch in Schutz zu nehmen, daß es dem Hausbesitzer unterjagt wird, einen Hausbesorger, der solche Nichtigstellung vorgenommen hat, innerhalb des nächsten Jahres zu entlassen, es sei denn aus einem Grunde von besonderer Wichtigkeit, über dessen Vorhandensein das zuständige Bezirksgericht zu entscheiden hat.

Der nächste Aufsatz wird sich mit der möglichst gleichmäßigen Verteilung der Kohle an arm und reich und ihrer Sicherstellung gegen Begünstigungswirtschaft und ähnliche Schädigungen befassen.

Kohle!

III.

(Vergleiche den „Abend“ vom 9. und 10. M.)

In Berlin ist man bereits daran, die Kohlenversorgung der Bevölkerung in den Grenzen des Möglichen sicherzustellen. Der „Abend“ hat gestern darüber berichtet und auch mitgeteilt, nach welchem System man vorgehen will. Es wird zunächst jedem Haushalt bis zum Eintritt der kalten Jahreszeit eine nach der Größe der Wohnung bemessene Kohlenmenge sichergestellt und dann angegeben, wie lange jeder mit seiner Kohle auskommen muß. Ausdrücklich und mit besonderer Betonung wurde dabei hervorgehoben, daß alle gleich beteiligt werden sollen und daß fortan die Versorgung der kaufkräftigen Kreise vor den Armen entfallen müsse. Deshalb wird auch eine Aufnahme der in den Haushaltungen bereits lagernden Kohlenvorräte vorgenommen. Man ersieht schon aus dieser kurzen Darstellung, daß die deutschen Behörden sich die Kohlenversorgung der Bevölkerung genau so vorstellen, wie der „Abend“ sie in den vorangegangenen zwei Ausgaben für Wien vorgeschlagen hat. Von unseren Behörden haben wir dagegen bisher nur ganz unbestimmt ausgesprochene Ersparungspläne gehört. Wie sie dem Hinterland, dessen Bewohner sich leider nicht zu ätherischen Weisen ohne Bedürfnisse verklären können, nach Durchführung aller Ersparungen den kleinen Kohlenrest sichern will, das haben wir aber von Ihnen noch nicht gehört.

Es verlautet, daß das Arbeitsministerium im kommenden Winter jedem Haushalt die Beheizung von mehr als zwei Zimmern unterjagen will. Wenn das Amt noch geneigt ist, dazu noch die Küchenbeheizung zu gestatten, so wird man sich mit seinem Plan einverstanden erklären können. Man hat nun zu berechnen, wie viel Kohle den einzelnen Haushaltungen sicherzustellen ist. Als Grundlage muß dabei der Bedarf eines Haushaltes genommen werden, dessen Wohnung nur aus Zimmer und Küche besteht. Die große überwiegende Mehrzahl dieser Haushaltungen hat keine Gaskocher zur Verfügung, was zur Folge hat, daß sie nur mit Kohle kochen können. Sie haben also einen verhältnismäßig großen Kohlenbedarf in den Küchen. Da aber in diesen Haushaltungen die Küche oft zugleich Wohnraum ist, dient die Kohle auch der Beheizung, wird also wirtschaftlich sehr ausgenützt. Der Mehrverbrauch durch Gaskocher ist also in diesen Fällen nicht zu verlagen, weshalb man ihn ruhig eintäumen kann. Berechnet man nun den Kohlenverbrauch für die Heizstunde mit einem Kilogramm und räumt man einer Wohnküche täglich zwölf volle Heizstunden ein, so wäre der Tagesbedarf 12 Kilogramm. Für das Wohnzimmer wären bei täglich acht Heizstunden weitere acht Kilogramm zu bewilligen, so daß sich für einen Haushalt mit einer Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche ein Tagesverbrauch von 20 Kilogramm ergäbe. Hausfrauen, die diese Rechnung prüfen, werden die angegebene Menge sofort als einen Mindestansatz erkennen, der einer Aufrundung nach oben bedarf.

Diese Aufrundung soll bei der Bemessung für den ganzen Winterbedarf erfolgen. Gewöhnlich wird angenommen, daß in der Großstadt die Zimmerbeheizung durch fünf Monate, von Mitte Oktober bis Mitte März notwendig ist. In Sahren, wie das heurige, mußte aber noch Anfang Mai geheizt werden. Nun muß eine geregelte Kohlenversorgung schon von vornherein mit einem für mehrere Wochen, vielleicht sogar Monate geltenden Plan arbeiten. Es wäre sicher nicht durchführbar, wenn die Behörde sich vornehmen würde, Kohle bis Mitte März und falls es sich die Notwendigkeit ergeben sollte, auch noch darüber hinaus zu verteilen. Sie muß schon heute wissen, durch wieviel Monate sie die Kohlenversorgung durchführen kann. Es wird daher das Beste sein, die Kohlenzuteilung bis in den Anfang April hinauszuführen, also von Mitte Oktober an gerechnet, rund 170 Heiztage festzusetzen.

Das ergäbe für einen Zimmer und Küche-Haushalt einen Gesamtbedarf von 3400 Kilogramm, oder 34 Doppelzentner, für einen Haushalt, der zwei Zimmer und eine Küche beheizt, bei einem Tagesbedarf von 28 Kilogramm eine Gesamtmenge von rund 47 Doppelzentnern. Ein Auskommen mit den dabei gemachten ganz geringen Ansätzen für den Tagesbedarf wird vielleicht so zu finden sein, daß es im Laufe der angenommenen 170 Heiztage sicherlich zehn bis zwanzig wärmere Tage geben wird, an denen die Heizung beschränkt werden kann. Ferner können die Haushaltungen mit Gaskochern Kohlenersparungen machen. Sollten solche Tage nicht eintreten, so wird der einzelne Haushalt nichts ersparen können. Die Wohnungen werden dann nur mäßig beheizt sein. Das ist aber noch immer besser als Frieren und da man jetzt immer wieder hört, eine Bürgschaft für die Kohlenversorgung im kommenden Winter könne kaum übernommen werden, so wird die Bevölkerung, besonders nach den letzten Erfahrungen des letzten Winters, zufrieden sein, wenn ihr wenigstens ein Mindestmaß an Kohle sichergestellt wird.

Wie die Kohle den Haushaltungen zugestellt werden soll, darüber wird im nächsten Aufsatz gesprochen werden.

* **Kohlensparung durch Gaskocher und Kochliste.** Zur Kohlenversorgungsfrage schreibt Professor Dr. Walther in den „Dresdener Nachrichten“: Die Frage, ob eine volle Versorgung der Industrie, der staatlichen und städtischen Betriebe und des Haushalts mit Kohle auch weiterhin möglich sein wird, muß für die Kriegszeit wohl verneint werden. Die mehrfachen Ursachen für die Kohlenknappheit lassen sich nicht ganz beseitigen, vielleicht zum Teil mildern. Möglicherweise werden sie sich aber auch in der Zukunft noch verschärfter geltend machen. Sparsamster Verbrauch der Kohle ist deshalb in technischen Betrieben, vor allen Dingen aber im Haushalt unbedingt geboten, denn die Zimmeröfen, namentlich aber die Küchenherde, sind die größten Kohlenverschwender. Es sind wahre Kohlenfresser, denn in ihnen werden kaum 6–8 v. H. des Heizwertes der Kohle ausgenutzt. Dagegen ist der Gebrauch des Gaskochers und des Gaskochers, namentlich in Verbindung mit der Kochliste, die denkbar einfachste und sparsamste Art für das Kochen. Rechnet man den Kohlenverbrauch für das Kochen eines Mittagessens für eine mittlere Familie zu 10 Kilogramm zu 60 Pfg. und andererseits den Gasverbrauch für die Zubereitung desselben Essens auf dem Gaskocher unter Mitbenutzung der Kochliste zu 350 Liter (sehr reichlich gerechnet!) zu 6 Pfg., so ist die Geldersparnis nach letzterer Art der Kochweise in die Augen springend. Sie erspart dabei auch noch Holz, Arbeit und Mühe. Aber der weitere wichtige Umstand kommt hinzu: die Erzeugung der 350 Liter Gas benötigt nur 1 Kilogramm Kohlen, d. h. den zehnten Teil der Kohlenmenge, die der Küchenherd zur Bereitung des Essens verschlingen würde. Dabei gehen bei der Gaserzeugung in den Leuchtgasanstalten diese Kohlen nicht etwa restlos verloren: nur 20 v. H. der Kohle wird bei der Verkokung in der Retorte in Gas übergeführt. Die anderen restlichen 80 v. H. der Kohlenmenge werden zu Koks, Teer, Ammoniak und zu Schwefel ausgewertet, d. h. zu wertvollen Erzeugnissen, die namentlich jetzt in der Kriegswirtschaft ihre große Bedeutung haben. Man beachte dabei, daß die Verteilung der Kohlen für die einzelnen Haushalte des umständlichen Transportes durch Zugtiere und Menschenkraft bedarf, während das Gas jedem einzelnen Verbraucher ganz automatisch durch das Leitungsnetz zugeführt wird. Aus Gründen wahrer Wirtschaftlichkeit ist also nicht die Beschränkung des Gasverbrauches anzuraten, sondern eigentlich mit Recht eine weitgehende Benutzung des Gases zu Kochzwecken.

Regelung der Kohlenverteilung.

Maßnahmen des Berliner Kohlenhandels.

Zu der Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken vom 6. Juli d. J. über die Regelung der Kohlenverteilung in Groß-Berlin nahm gestern der Verband des Vereins selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgegend in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, der Vertreter von Reichs- und städtischen Behörden beiwohnten, Stellung. Nach einem kurzen Begrüßungsworte des Verbandsvorsitzenden W. Eschardt legte der Verbandssekretär O. Dame die augenblicklichen Verhältnisse im Kohlenhandel dar, zeigte in welcher schwieriger Lage der Berliner Kleinkohlenhandel sei. Deswegen sei es zu begrüßen, daß endlich eine Regelung der Kohlenverteilung durch die Behörden erfolgt. Der Zwang auf die Kohlenhändler, 10 v. H. der eingehenden Mengen Preßkohlen auf Lager zu nehmen, gibt die Gewähr dafür, daß an vielen tausend Stellen auch für den Fall von Verkehrsstörungen nicht nur Kohlen zur Verfügung stehen, sondern daß diese auch für jeden Verbraucher unweit seiner Wohnung oder Verbrauchsstelle zu haben sein werden.

Nach kurzer Erörterung nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der sie ihr Bedauern darüber ausspricht, daß die außergewöhnlichen Verhältnisse eine Regelung der Kohlenverteilung notwendig machen. Die Versammlung erhofft von der Tätigkeit des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, daß ganz besonders für den Hausbrand genügend Kohlen herangeschafft werden. Die Versammlung sieht in der Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken vom 6. Juli, so weit im einzelnen die auf Kohlenarten zu gebenden Mengen in Frage kommen, nur eine Regelung für die nächste Zeit, nicht aber für die ganze Heizperiode 1917-18, da die zunächst in Aussicht gestellten Mengen, besonders für die Gruppen 1 bis 3, dafür zu niedrig erscheinen.

Im Hinblick auf die Verhältnisse im vergangenen Winter bittet die Versammlung die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken dringend, neben der eigentlichen Regelung der Kohlenverteilung ihre besondere Aufmerksamkeit den dem Kohlenhandel unentbehrlichen Beförderungsmitteln zuwenden zu wollen. Ein großer Teil der im vergangenen Winter recht fühlbar gewordenen Mißstände war dem Mangel an Gespannen und geübten Arbeitskräften zuzuschreiben. Hier muß Wandel geschaffen werden, andernfalls eine wirkliche Regelung der Kohlenverteilung nicht durchführbar ist."

Die Groß Berliner Kohlenkarte.

Die Verordnung des Oberkommandos in den Marken für die Regelung der Kohlenverteilung in Groß-Berlin liegt jetzt im Wortlaut vor. Die Kohlenkarten berechtigen zur Entnahme von Kohlen in Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg, Teltow und Niederbarnim. Die nicht übertragbaren Kohlenkarten werden je nach der Zahl der heizbaren Zimmer in 5 Gruppen abgegeben. Vorläufig dürfen höchstens abgegeben werden: für Gruppe I—V je 5, 10, 15, 20 und 30 Ztr. Besteht ein Haushalt in Gruppe IV (4—5 Zimmer) und Gruppe V (mehr als 5 heizbare Zimmer) aus weniger als vier Personen, so steht ihm nur eine Kohlenkarte der vorhergehenden Gruppe zu. Auf die Sonderkarte für Wohnungen mit Zentralheizung dürfen vorläufig höchstens bezogen werden: zum Waschen 2 Ztr., bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen 3 Ztr., für die Küche 3 Ztr., bei mehr als 9 Personen 5 Ztr., Die Kohlenhändler können die Abgabe von Kohlen auf $\frac{1}{2}$ Ztr. für 1 Tag und 1 Kohlen- oder Sonderkarte beschränken. Die Karten werden durch die Wohnstättgemeinde ausgestellt auf Grund von Erhebungen nach dem Stande vom 15. Juli 1917. Mieter und Vermieter sind zur wahrheitsgemäßen

Angabe verpflichtet. Die Sonderkarten werden nur auf besonderen Antrag ausgestellt.

Die Kohlenfrage im Hilfsdienst-Ausschuß

Der Reichstagsausschuß für das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hielt am Sonnabend eine Sitzung ab. Man erörterte eingehend die Kohlenfrage im Zusammenhang mit den beabsichtigten Eingriffen in die gesamte Industrie zum Zwecke der Kohlenersparnis. Ein Zentrumsmitglied bemängelte dabei die Schwierigkeiten, die seitens der Eisenbahnen beim Versenden von Rohbraunkohle gemacht werden. Prüfung wurde zugesagt. — Ein fortschrittlicher Redner fragte an, ob das Hindenburg-Programm in bezug auf die Rüstungsindustrie noch aufrecht erhalten werde? Die Frage wurde bejaht. Im übrigen wurden Wünsche nach weiterer Kohlenförderung, event. durch weitere Herausziehung von geeigneten Arbeitern aus dem Heere oder durch erhöhte Heranziehung von Frauen geäußert.

In der weiteren Debatte wurden im Zusammenhang mit der Kohlenfrage Streikfragen, Arbeiterfragen und Ernährungsfragen eingehend behandelt. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Erörterung der Ursache bei den Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und besonders im ober-schlesischen Kohlenrevier. Von rechtsstehender Seite wurde die Streikbewegung in Oberschlesien auf Verhegung seitens der Polen und der Gewerkschaften zurückgeführt. Von sozialdemokratischer Seite wurde das entschieden bestritten und namentlich darauf hingewiesen, daß die behördlichen Versammlungsverbote sehr bedenklich seien. Die sozialdemokratischen Mitglieder beschwerten sich auch über vorgekommene Maßregelungen von Ausschußmitgliedern. In Westfalen sei die Erregung unter den Bergarbeitern wegen der ungeheuren Gemüsepreise, die sie nicht mehr bezahlen könnten, sehr groß. Um die Höchstpreise kümmerne sich dort kein Mensch.

General Groener gab die schlechten Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt zu und erklärte, daß alles geschehen solle, was möglich sei. Auch sonst sei das Kriegsamt bestrebt, ein Zusammenarbeiten der Bergwerksbesitzer mit den Gewerkschaften zu ermöglichen. Vor allen Dingen könne er sich dafür verbürgen, daß der Hausbrand sichergestellt werde. Von anderer Seite wurde festgestellt, daß gewisse Industrielle gegen das Hilfsdienstgesetz offenen oder latenten Widerstand leisten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Erörterungen Übereinstimmung zwischen dem Kriegsamt und den Mitgliedern des Hilfsdienstauschusses ergaben.

Nach Erledigung einiger Petitionen war die Sitzung beendet.

Gegen die Reichsstelle für Kohlenversorgung richteten sich die Vorwürfe fast aller Redner der Hamburger Bürgerschaft, deren Beratungen gestern damit endeten, daß der Senat durch einen einstimmig angenommenen Antrag ersucht wurde, bei der Reichsstelle für Kohlenversorgung „erneut und entschieden dahin vorstellig zu werden, daß Hamburg baldmöglichst regelmäßiger mit Feuerungsmaterial beliefert werde als bisher“. Der Sozialdemokrat Winnig geißelte die Geheimnisthämerei, die man mit allem betreibt, was die Kohlenförderung betrifft, während das Ausland genau über unsere Verhältnisse Bescheid weiß. Der Kohlenmangel sei zum guten Teil auf die Praxis der rheinisch-westfälischen Zechen zurückzuführen, die einen großen Teil, ja bis zu 50 v. H. der geförderteten Kohlen zur Benzolbereitung verlesen, obgleich der Armeedienst an Benzol durch 17 große Fabriken anderweitig gedeckt werden könne. Weil hier die Reichsregierung nicht den Mut habe einzugreifen, müsse die Bevölkerung Mangel an Kohlen leiden. Die Preissteigerung der Kohlen von 70 auf 100 v. H. ist unberechtigt. Die Vertretung

Hamburgs in Berlin, insbesondere im Bundesrat, sei für eine Reform reif. — Sogar der Leiter der Kohlenabteilung des hamburgischen Kriegsverorgungsamts beklagte die Missetände, die sich im Winter in der Hamburger Kohlenversorgung gezeigt haben, und meinte, die Hamburger würden einen Teil ihres Grolles gegen das Kriegsverorgungsamt vergessen, wenn sie wüßten, wie sehr sich die Kohlenabteilung bemühte, bei den Reichsstellen die Erkenntnis zu wecken, daß Hamburg, das im Frieden jährlich für 4 Millionen Mark englische Kohlen einführt und $\frac{1}{2}$ seines Bedarfs aus dem Auslande deckt, besser versorgt werden müßte. Langwierige Verhandlungen mit acht verschiedenen preussischen Behörden (!) waren erst nötig, ehe das hamburgische Kriegsverorgungsamt einigermaßen Nomedur schaffen konnte.

* Die Bestandaufnahme der Kohlenvorräte. Nach der vom Oberkommando in den Marken erlassenen Verordnung über die Regelung der Kohlenverteilung in Groß-Berlin finden die bei den Haushaltungen lagernden Kohlenvorräte Erhebungen statt, die von den Gemeinden nach dem Stande vom 15. Juli, also von morgen ab, nach Maßgabe eines einheitlichen Vordrucks innerhalb Groß-Berlins gleichmäßig zu veranstalten sind. Die Uebermittlung der Fragebogen und die Zustellung der Kohlen- und Sonderkarten, die, wie mitgeteilt, auf Grund dieser Erhebungen verteilt werden, erfolgt an die Verbraucher durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter. Diese haben alles zur ordnungsmäßigen Erledigung Erforderliche zu veranlassen. Verlegt ein Verbraucher seinen Wohnsitz an einen Ort außerhalb des Geltungsbereiches der Kohlenverordnung, so hat er die Kohlen- oder Sonderkarten, soweit sie noch zum Bezuge von Kohlen berechtigen, dem Hausbesitzer oder seinem Stellvertreter zurückzugeben. Vorhandene Kohlenbestände werden auf die Kohlenkarten angerechnet. Die Bestimmung des § 19 der Verordnung hierüber lautet: Für die bei dem Verbraucher bereits eingelagerten Kohlen ist eine entsprechende Zahl von Abschnitten bei Ausgabe der Kohlen- oder Sonderkarten von der Gemeinde abzutrennen. Soweit die auf Grund der Kohlen- oder Sonderkarte beziehbare Höchstmenge bereits bei dem Verbraucher eingelagert ist, darf eine Karte nicht ausgehändigt werden. Insoweit die eingelagerte Menge die auf Grund der Kohlen- oder Sonderkarte beziehbare Höchstmenge übersteigt, gilt sie als beschlagnahmt und darf nicht verbraucht werden.

*

Zur Frage der Kohlenersparung macht der Landrat des Kreises Teltow Vorschläge, die darauf hinauslaufen, daß der Gasdruck bis auf die äußerste Grenze herabgesetzt werden soll, und zwar derart, daß nur noch während einiger Tagesstunden das Gas unter ausreichendem Druck für Kochen und Beleuchtung steht. Ferner könnte eine Gassperre zu bestimmten Stunden (etwa tags von 2 bis 6 Uhr, nachts von 8 oder 10 oder 11 bis 4 oder 5 Uhr) anordnet werden. Auch kann ein Verbot von Neuanschläffen zur Einschränkung des Gasverbrauchs während der Sommermonate und Fortfall der Straßenbeleuchtung in Erwägung gezogen werden.

Dazu ist zu bemerken, daß der Gasdruck jetzt schon so gering ist, daß die Gaslochbrenner ungenügend arbeiten. Das lästige Durchschlagen der Flamme muß schon jetzt durch Verengung der Luftzuströmungsöffnung beseitigt werden, wodurch die Heizkraft des Gases sehr vermindert wird. Wird der Gasdruck nun noch geringer, so werden die Gasochapparate kaum noch zu verwenden sein. Das gleiche gilt übrigens auch für Gaslampen. — Was ferner die Beschränkung des Gasverbrauches auf einzelne Stunden anlangt, so ist auch das undurchführbar, weil die Stunden, wo im Haushalt Mahlzeiten zubereitet werden, viel zu verschieden sind. Ausichtsreicher ist ein anderer Vorschlag des Landrats, der die Gemeinden zur stärkeren Holzzgewinnung in ihren Forsten für Heizzwecke anregt.

Kohle!

IV.

(Vergleiche den „Abend“ vom 9., 10. und 12. d. M.)

In den heutigen Morgenblättern hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Kundmachung veröffentlicht, die die Versorgung der Industrie mit Kohle zum Inhalt hat. Über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle hört man noch immer nichts. Man teilt uns mit, daß der Bürgermeister in dieser Angelegenheit für die nächste Woche eine Beratung von Sachleuten anberaumt hat. Er kann aber aus eigener Kraft die Haftung für die Kohlenversorgung der Bevölkerung nicht übernehmen, die österreichischen Kohlenbergwerke liegen nicht im Gemeindegebiete von Wien und die Stadt hat über die österreichische Kohlenförderung kein Verfügungsrecht. Hier muß der Staat, die Regierung in erster Linie eingreifen. Erst wenn die Regierung die nötige Kohlenmenge und deren Beförderung nach Wien sichergestellt hat, beginnt die große Aufgabe der Gemeinde: die gerechte Verteilung.

Sie kann nur auf Grund von Kohlenkarten gewährleistet werden.

Wir haben im letzten Aufsatz berechnet, daß ein Haushalt, der Zimmer und Küche zu beheizen hat, für 170 Heizztage einen Bedarf von 84 Doppelzentner hat, ein Haushalt mit Küche und zwei Zimmern einen Bedarf von 47 Doppelzentnern. 170 Heizztage haben 24 Wochen und zwei Tage, so daß auf die Woche eine Menge von 141, bzw. 196 Doppelzentnern entfällt. Da solche Mengen wegen des schwierigen Zumägens nicht gut zuteilt werden können, so ist es besser, den Kohlenwinter in 23 Heizwochen zu 15 Doppelzentner und für die Zwei-Zimmerwohnungen in 23 Heizwochen zu zwei Doppelzentner einzuteilen. Man kommt so zu einer Gesamtmenge von 345, bzw. 46 Doppelzentner für den Haushalt. Diese Abweichung von den ursprünglichen Ziffern müßte im Interesse der glatten Zuteilung eingenommen werden. Es wären demnach zwei Arten von Kohlenarten auszugeben: die einen lauten auf 15, die anderen auf 2 Doppelzentner wöchentlich.

Die Zustellung der Kohle ins Haus kann der Gemeinde nicht aufgebürdet werden. Jeder Haushalt hätte sich vielmehr die Kohle selbst zuzustellen. Die kleinen Leute können dies, da sie nicht über Lagerräume und Fahrwerk verfügen, nur durch Abholen der wöchentlichen Teilmenge besorgen. Zu diesem Zweck wären etwa tausend Abholeplätze zu errichten. Wien zählt 400.000 Haushaltungen, so daß auf einen Kohleverteiler 100 Kunden kämen. Die tausend Verteiler sind zum größten Teile bereits vorhanden. Im Frieden zählte Wien 120 Kleinkohlenhändler. Jetzt gibt es nur mehr etwa 700. Die Kohlenlagerplätze der Gemeinde, es gibt deren etwa zehn, können ohneweiters je 10 Kleinkohlenhändler ernennen. Außerdem gibt es noch am Rand der Stadt einige Kohlenhändler mit größerem Vertrieb, die mehr als 400 Kunden wöchentlich abfertigen können. Im Notfall sind noch 150 bis 200 Verteilungsstellen zu errichten, die unter Umständen auch in Nebengassen eingerichtet werden können. Dieser Teil des Versorgungsprogrammes bietet also keine Schwierigkeiten.

Eine Erleichterung in der Verteilung kann noch dadurch geschaffen werden, daß man dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung erlaubt, sich den ganzen Winterbedarf durch Fuhrwerke bis Ende Oktober abholen zu können. Selbstverständlich müßte, wenn dies ausgeprochen wird, die Versorgung der ganzen Bevölkerung bereits gesichert sein. Es müßte als ausgeprochen gelten, daß den Haushaltungen, die wöchentlich abholen, ein's Tages gesagt wird, daß keine Kohle da sei, während die anderen ihren Bedarf, bereits im Keller lagern haben. Auf die bereits jetzt lagernden Vorräte seien aber die Behörden nochmals aufmerksam gemacht. Sie müssen nach Berliner Muster ohne den geringsten Verzug erhoben und beschlagnahmt werden.

Die Kohlenversorgung von Berlin.

Einführung von Kohlenarten.

Auch in Deutschland ist die Kohlenfrage kritisch. In Berlin geht man schon jetzt daran, für die nächste Zeit das Problem der Kohlenversorgung nach Möglichkeit zu regeln und zu organisieren. Die deutschen Behörden denken nicht daran, der Bevölkerung Berlins den Reinigungsprozeß in Badeanstalten unmöglich zu machen. Vor allem werden in Berlin für Wohnungen mit Ofenheizung Kohlenarten ausgegeben. In dieser Kategorie werden fünf Gruppen unterschieden, unter denen die erste sich mit einer Zuweisung von 5 Meterzentner für Wohnung mit einem heizbaren Zimmer oder Küche zu begnügen hat. Die Gruppen 2 bis 4 einschließlich erhalten für 2, 3 und 4 bis 5 heizbare Zimmer mit Küche 10, 15, 20 Zentner Kohle. Gruppe 5 wird für mehr als fünf heizbare Zimmer mit Küche ein Quantum von 30 Zentner eingeteilt. Für Haushaltungen mit Zentralheizung wird eine Sonderkarte für Wasch- und Küchenzwecke herausgegeben.

Besondere Maßnahmen werden für Warmwasserversorgung und gewerbliche Betriebe getroffen, doch steht fest, daß auf sie nicht mehr als 50, beziehungsweise 60 Prozent des vorjährigen Verbrauches entfallen. Die vom Oberkommando bereits erlassene Verordnung sieht bis zu deren Inkrafttreten am 15. August eine U e b e r g a n g s z e i t vor, in welcher nur die Bevölkerungsklassen, die gegenwärtig über keine Kohle verfügen, zum organisierten Bezug von Kohlen berechtigt sind, und zwar in der Höhe von einem Zentner; alle anderen dürfen erst vom genannten Datum an Ansprüche geltend machen. Die Dauer der Befugnis zum Kohlenbezug ist unbegrenzt. Ausnahmen bestehen für Fälle, in denen durch die Verfügungen besondere Härten geschaffen würden. Dieser Passus ist sehr wichtig, da kränkelnde und leidende Personen bei der getroffenen Einteilung das Schwerste zu dulden hätten. Es ist nur ganz unklar, welcher Art die Ausnahmestimmungen sind, die für kranke Personen in Wohnungen mit Zentralheizung auf Grund dieses Prinzips gestattet werden müssen? Dies sei im Hinblick auf die für Wien zu erwartenden Verfügungen besonders betont. Man darf es mit der Kohlenversorgung der Kranken nicht so weit kommen lassen wie mit deren ungenügender Lebensmittelversorgung. Die Bestimmungen für Berlin sind hart und sie werden nur im Hinblick auf die eiserne Notwendigkeit des Durchhaltens erträglich sein. Immerhin hofft man in Berlin, die Härten nachträglich einigermaßen mildern zu können, da alles für eine vermehrte Kohlenanlieferung geschieht und darum die Hoffnung besteht, daß im Verlauf des Jahres über die oben genannten Mengen geliefert wird werden können. Um die Organisation auf feste Grundlagen zu stellen, wird gegenwärtig eine Kohlenbestandsaufnahme bei den einzelnen Vermietern und Mietern durchgeführt, die zu wahrheitsgemäßen Angaben verpflichtet, gleichzeitig ist bis zum 15. August über alle jene, die schon im Besitz von Kohle sind, eine Verkaufssperre ausgesprochen.

Man kann sich kaum straffere Maßnahmen vorstellen. Ihnen wird aber zu verdanken sein, daß Berlin von einer Katastrophe der Kohlenversorgung bewahrt bleiben dürfte. Kalt wird dieser Winter werden wie noch keiner. Ja sogar in den Kaffeehäusern (unser Ernährungsamt möge uns in Wien davor gnädig bewahren!) und Bureauz, die im vergangenen Winter beliebte Wärmestuben waren, wird die Kälte einziehen und die gute Stimmung auf den Gefrierpunkt bringen. Eine amtliche Mahnung, die der Berliner Verordnung hinzugefügt wurde, sei noch erwähnt, weil auch sie von uns zum Vorbild genommen werden kann. Es wird die Mithilfe sowohl der Bevölkerung als auch des Kohlenhandels und der Erzeuger angerufen und darauf hingewiesen, daß jeder Abnehmer sich an seinen gewohnten Lieferanten wenden soll. Wir fügen im Hinblick auf unsere Verhältnisse nur hinzu, daß die gewohnten Lieferanten eine wenig durchgängige Erscheinung sind, daß man also kaufte, wo man konnte. Dieses Moment muß unbedingt in unsere Entschlüsse aufgenommen werden. In Berlin wird ferner den Kohlenhändlern erlaubt, solche Personen, die — beim Arbeitermangel begreiflich, wenn auch peinlich und Ungechtigkeiten schaffend — beim Abtragen der Kohlen behilflich sind, etwa, indem man sich einen Handwagen oder einen Dienstmann mitbringt, vor anderen zu beliefern. — Wir werden ja sehen, wie das alles in der Praxis aussieht.

Die Kohlenfrage im Hilfsdienst-Ausschuß.

Der Reichstagsausschuß für das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hielt am Sonnabend eine Sitzung ab. Man erörterte eingehend die Kohlenfrage im Zusammenhang mit den beabsichtigten Eingriffen in die gesamte Industrie zum Zwecke der Kohlenersparnis.

Ein Zentrumsmitglied bemängelte dabei die Schwierigkeiten, die seitens der Eisenbahnen beim Versenden von Rohbraunkohle gemacht werden. Prüfung wurde zugesagt.

Ein fortschrittlicher Redner fragte an, ob das Hindenburg-Programm in bezug auf die Rüstungsindustrie noch aufrecht erhalten werde? Die Frage wurde bejaht. Im übrigen wurden Wünsche nach weiterer Kohlenförderung, durch weitere Herausziehung von geeigneten Arbeitern aus dem Heere oder durch erhöhte Heranziehung von Frauen, geäußert.

In der weiteren Erörterung wurden im Zusammenhang mit der Kohlenfrage Streikfragen, Arbeiterfragen und Ernährungsfragen eingehend behandelt. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Erörterung der Ursache bei den Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und besonders im ober-schlesischen Kohlenrevier. Von rechtsstehender Seite wurde die Streikbewegung in Oberschlesien auf Verbezug seitens der Polen und der Gewerkschaften zurückgeführt. Von sozialdemokratischer Seite wurde das entschieden bestritten und namentlich darauf hingewiesen, daß die behördlichen Versammlungsverbote sehr bedenklich seien. Die sozialdemokratischen Mitglieder beschwerten sich auch über vorgekommene Maßregelungen von Ausschußmitgliedern. In Westfalen sei die Erregung unter den Bergarbeitern wegen der ungeheuren Gemüsepreise, die sie nicht mehr bezahlen könnten, sehr groß. Um die Höchstpreise kümmere sich dort kein Mensch.

General Groener gab die schlechten Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt zu und erklärte, daß alles geschehen solle, was möglich sei. Auch sonst sei das Kriegsamt bestrebt, ein Zusammenarbeiten der Bergwerksbesitzer mit den Gewerkschaften zu ermöglichen. Vor allen Dingen könne er sich dafür verbürgen, daß der Hausbrand sichergestellt werde. Von anderer Seite wurde festgestellt, daß gewisse Industrielle gegen das Hilfsdienstgesetz offenen oder latenten Widerstand leisten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Erörterungen Übereinstimmung zwischen dem Kriegsamt und den Mitgliedern des Hilfsdienstauschusses ergaben.

Nach Erledigung einer Petition war die Sitzung beendet.

Eisenbahn- und Beförderungsfrage. Die Schwierigkeiten, die im vorigen Herbst und Winter bei der Bestellung von Eisenbahnwagen eingetreten sind, geben vielfach Anlaß zu der Annahme, daß auch jetzt noch die Erschwernisse im Wirtschaftsleben, insbesondere die nicht allen Ansprüchen gerecht werdende Kohlenversorgung, auf unzureichende Bestellung von Eisenbahnwagen zurückzuführen sind. Diese Annahme entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Seit mehr als einem Vierteljahre sind in den großen Kohlenrevieren die für die Verladung von Kohle, Koks und Bricketts angeforderten offenen Wagen regelmäßig vollzählig gestellt. Schon seit längerer Zeit sind in diesen Revieren die Bestände an offenen für die Kohlen-

beförderung in Frage kommenden Wagen so groß, daß — soweit das zur Verfügung stehende rollende Eisenbahnmateriale in Frage kommt — ein nicht unerheblicher Mehrversand an Kohle ohne weiteres möglich wäre. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den bedeckten Wagen, die vornehmlich für die Beförderung der Lebensmittel und Düngemittel in Frage kommen. Mit Rücksicht auf die in den Herbstmonaten beim Einsetzen der starken Erntebeförderung zu erwartende stärkere Inanspruchnahme des Wagenparks ist es unter diesen Umständen dringend erwünscht, daß — dem vielfachen Ersuchen der Eisenbahnen entsprechend — alle Sendungen, deren Auslieferung und Abbeförderung schon jetzt sich erreichen läßt, sobald als möglich auf den Weg gebracht werden. Hierdurch dienen die Versender nicht allein ihren Interessen, indem sie sich die Vorteile einer pünktlichen und ausreichenden Wagengestellung nach Möglichkeit sichern, sondern auch den Interessen der Allgemeinheit, indem sie die Eisenbahn für den Herbstverkehr entlasten und ihr die Bewältigung der für das wirtschaftliche Durchhalten besonders wichtigen Erntetransporte erleichtern.

* [Eine neue Maßregel zur Kohlenersparnis in Berlin.] Aus Berlin wird gemeldet: Der Berliner Mieterverein hat gemeinsam mit dem Hausbesitzerverband einen dringenden Aufruf an alle Hausbesitzer und Mieter Berlins erlassen, worin gefordert wird, daß von nun an die Warmwasserbereitung der Wohnungen nur mehr an zwei Tagen der Woche, nämlich von Freitag bis Sonntag mittags, erfolgen solle. Nur auf diese Art werde man imstande sein, den für die winterliche Zentralheizung nötigen eisernen Vorrat an Koks anzusammeln zu können. Den Mietern soll als Entschädigung 1½ Prozent der Jahresmiete, auf die Zeit der Einschränkung berechnet, rückvergütet werden.

Die Kohlenversorgung.

Vorläufig $\frac{1}{2}$ Zentner Kohle. Bis zur Ausgabe der Kohlenkarten darf vorläufig jedermann $\frac{1}{2}$ Zentner Kohle gegen Abgabe bezw. Entwertung des Mittelstückes der Reichsfleischkarte entnehmen. Für die, die nicht im Besitze einer Reichsfleischkarte sind (Selbstversorger, Inhaber von „Bezugscheinen auf Leigwaren usw. als Ersatz für Reichsfleischkarten“) werden die Brotkommissionen vom Montag nachmittag ab besondere Bezugscheine ausgeben, die ebenso zur Entnahme von $\frac{1}{2}$ Zentner Kohle bei den Kohlenhändlern berechtigen. Die Kohlenhändler dürfen auch bei schon fest abgeschlossenen Verträgen Kohlen nur im Rahmen der neuen Verordnung liefern.

Nach der vom Oberkommando in den Marken erlassenen Verordnung über die Kohlenversorgung in Groß-Berlin finden über die bei den Haushaltungen lagernden Kohlenvorräte Erhebungen statt, die von den Gemeinden nach dem Stande vom heute und nach einem einheitlichen Vordruck innerhalb Groß-Berlins gleichmäßig zu veranstalten sind. Die Uebermittlung der Fragebogen und die Zustellung der Kohlen- und Sonderkarten erfolgt an die Verbraucher durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter. Verlegt ein Verbraucher seinen Wohnsitz an einen Ort außerhalb des Geltungsbereichs der Kohlenverordnung, so hat er die Karten, soweit sie noch zum Bezuge von Kohlen berechtigen, dem Hausbesitzer oder seinem Stellvertreter zurückzugeben.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat eine Berechnung angestellt, die der Aufmerksamkeit wert ist. Er schreibt: „In der Kohlenverordnung wird der Zentner Preßkohlen gleich 110 Steinen gesetzt. Nun wiegen aber die Preßkohlen nur etwa 400 Gramm; eine Marke wog knapp 400 Gramm, eine beliebige Marke kaum 415 Gramm. Bei 400 Gramm kommen 125 Preßkohlen auf den Zentner, bei 416 Gramm immer noch etwas mehr als 120. Bei 110 Kohlen statt eines Zentners wird der Verbraucher benachteiligt.“ Die von der Behörde angefertigte Gleichung sollte schleunigst nachgeprüft und, wenn nötig, berichtigt werden.

Der „Bosssischen Zeitung“ wird geschrieben: „Die von den Hausbesitzervereinen beabsichtigte Einschränkung der Warmwasserlieferung auf zwei Tage in der Woche kann nie eine Kohlenersparnis herbeiführen. Damit, daß die Hausbesitzer kein Warmwasser liefern, hört der Verbrauch nicht auf, sondern die Mieter sind zur Selbstbereitung gezwungen. Die gemeinschaftliche Versorgung eines Hauses mit Warmwasser ist aber die bei weitem billigste; selbst die größte Sparsamkeit des einzelnen Mieters bei Herstellung des Warmwassers wird einen größeren Verbrauch an Brennstoff ergeben, als den bei gemeinsamer Bereitung. Der Zweck aller Maßnahmen ist aber, den Verbrauch an Kohlen, Gas und elektrischen Strom zu vermindern und ihn nicht durch unwirtschaftliche Maßnahmen zu erhöhen.“

13. 11. 1917

3

Kohlenvorrat und Kohlenverbrauch in Europa.

Europa, dessen Kohlenbesitz nur ungefähr elf Prozent des gesamten Weltvorrates an Kohle beträgt, war vor diesem Kriege trotz seiner verhältnismäßig ungünstigen geologischen Verhältnisse mit zirka 53 Prozent an der Kohlenförderung der ganzen Erde beteiligt. Europa hat in der vergangenen Friedenszeit jährlich ungefähr 720 Millionen Tonnen Kohle verbraucht, während alle anderen Kontinente zusammen nur 630 Millionen Tonnen Kohle für die Kraftwirtschaft, Wärmeerzeugung und sonstige Zwecke verwendet haben. Die Kohle ist für die europäische Kraftwirtschaft von so überwiegender Bedeutung geworden, daß sie derzeit durch keine andre Kraftquelle ersetzt werden kann, wenn auch auf gewissen beschränkten Gebieten das Erdöl, die Erdgas und die Wasserkräfte in den letzten Jahren in eine erfolgreiche Konkurrenz mit der Kohle eingetreten sind. Europa muß nun, durch diesen Krieg gezwungen, seinen Kohlenverbrauch wesentlich einschränken, es muß Maßnahmen treffen, um seinen ungeheuren Kohlenverbrauch so weit als möglich herabzusetzen. Die Kohlenversorgung Europas ist eine der schwersten Sorgen der Gegenwart geworden, und auch in der Anfangszeit der diesem Kriege folgenden Wirtschaftsperiode wird die Kohlenfrage wohl eines der schwierigsten Probleme darstellen, dessen Lösung zu den wichtigsten Aufgaben der europäischen Staaten gehören wird. Im Jahre 1903 wurden in ganz Europa 500 Millionen Tonnen Kohle verbraucht, im Jahre 1913 war dieser Verbrauch um 220 Millionen Tonnen gestiegen, so daß eine jährliche Zunahme des Kohlenverbrauches um 22 Millionen Tonnen stattgefunden hat.

Wissen in dieser gewaltigen Wirtschaftsperiode, welche am besten durch diese erstaunliche Entwicklung der Kohlenindustrie charakterisiert erscheint, ist der Weltkrieg ausgebrochen. Die eingetretene Störung der technisch-wirtschaftlichen Kraftentfaltung zeigt sich klar in dem schweren Rückschlag, welchen die Kohlenindustrie der europäischen Staaten erfahren hat. Im Kriegsjahr 1915 war die Kohlenförderung Europas an Kohle von zirka 720 Millionen Tonnen auf 600 Millionen Tonnen gesunken, so daß sich die gewaltige Minderförderung von 120 Millionen Tonnen ergeben hat, welche der jährlichen Friedensförderung von Frankreich, Rußland und Italien zusammen noch übersteigt. Die Kohlenförderung Europas hat für die Kraftwirtschaft der letzten Friedenszeit zirka 74 Millionen Jahres-Pferdestärken abgegeben, und derzeit sind infolge der Minderförderung an Kohle zirka 11 Millionen Jahres-Pferdestärken weniger zur Verfügung. Europa muß deshalb seinen enormen Kraftverbrauch um beiläufig ein Siebentel der seinerzeitigen Kraftverwertung reduzieren. Die an dem Jahresverbrauch an Kohlenkraft wesentlichen Anteil habenden, mit Dampf- oder Elektrizität betriebenen Bahnen müssen Verkehrseinschränkungen erleiden, die auf Kohlenbezug angewiesenen Elektrizitätswerke der Großstädte sind gezwungen, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und im Verbrauch an Beleuchtung und Kraft muß derzeit und wohl auch in der nächsten Zukunft in besonders ökonomischer Weise vorgegangen werden. Hierbei soll der äußerst nachteilige Einfluß der durch diesen Krieg eingetretenen Transport-schwierigkeiten nicht näher erörtert werden. Hätte man die lange Dauer des Krieges für möglich gehalten, so wäre die Kohlenfrage Europas gewiß nicht in ein so kritisches Stadium getreten, wie es heute sich tatsächlich eingestellt hat. Man hätte es vor allem in allen kriegführenden Kohlenstaaten vernommen, so bedeutende Herabminderungen des Bergarbeiterstandes eintreten zu lassen, wie dies infolge der Einberufungen zur Kriegsdienstleistung tatsächlich der Fall gewesen ist. Die Kohlenförderung Englands ist aus diesen Gründen von 292 Millionen Tonnen des letzten Friedensjahres auf 250 Millionen Tonnen des Jahres 1915 gesunken, die Kohlenförderung Deutschlands hat von 278 Millionen Tonnen

auf 235 Millionen Tonnen des Jahres 1915 abgenommen. Wenn man also nur diese Verhältnisse der beiden Kohlenriesen Europas ohne Berücksichtigung der Förderungen anderer Staaten allein in Betracht zieht, so ergibt sich für das Jahr 1915 eine Minderförderung von 84 Millionen Tonnen, welche Menge dem Jahresverbrauch von Frankreich und Belgien gleichkommt.

Das Jahr 1915 brachte den tiefsten Stand der Kohlenförderung im Kriege, denn die Erkenntnis der Notwendigkeit der Erhöhung der Kohlenförderung hat bei allen europäischen Staaten zu Maßnahmen Anlaß gegeben, den nachteiligen Verhältnissen so weit als möglich abzuwehren. Infolge der vielfachen Rückbeurlaubungen der eingerückten Bergarbeiter und sonstiger notwendiger Vorkehrungen hat sich Europa vor der Gefahr des weiteren Sinkens der Kohlenförderung bewahrt, und insbesondere sind es die Zentralmächte, welche die Krisis glücklich überwunden haben, was durch die kräftig einsetzende Erholung der Kohlenindustrie erwiesen erscheint. England hatte seine Belegschaften durch die Einberufung zu den Fahnen um zirka 13 Prozent reduziert; durch Einstellung bergfremder Arbeiter sowie jugendlicher Kräfte konnte Großbritannien seine gesunkene Kohlenförderung nur in geringem Maße erhöhen. Der deutsche Steinkohlenbergbau hat seine bedeutenden Abgänge an Arbeitern durch Rückbeurlaubungen und Neuaufnahmen ansehnlich verringert. Die Kohlenförderung Europas ist von 606 Millionen Tonnen des Jahres 1915 auf 618 Millionen Tonnen im Jahre 1916 gestiegen; an dieser Steigerung sind die Zentralmächte mit zirka 14 Millionen Tonnen beteiligt, während England nur um 4 Millionen Tonnen seine Förderung erhöhen konnte. Hierbei sind die Förderzahlen der besetzten Kohlengebiete nicht berücksichtigt, deren Erträge den Zentralmächten zugute kommen. Europa hatte im Jahre 1916 den gewaltigen Ausfall von ungefähr 100 Millionen Tonnen Kohle, an welcher Menge England, Frankreich und Rußland mit 64 Millionen Tonnen und die Zentralmächte nur mit 36 Millionen beteiligt sind. Berechnet man die tatsächlichen Fördermengen der seitens der Zentralmächte eroberten Gebiete mit nur 24 Millionen Tonnen, so reduziert sich der Förderverlust im Kriegsjahr 1916 auf 12 Millionen Tonnen, dem gegenüber der Verlust von 64 Millionen Tonnen unserer Feinde in Betracht kommt. Aus diesen Zahlen erhellt in unwiderleglicher Weise, daß die notwendige Einschränkung des Kohlenverbrauches in den Entente-Staaten in bedeutend größerem Umfang erforderlich ist als bei den Zentralmächten. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß eine wesentliche Erhöhung der Kohlenförderung und damit eine Milderung der Verbrauchsbeschränkungen bei unsern Feinden derzeit nicht möglich ist, weil ihnen sehr bedeutende Kohlengebiete entzogen worden sind. Wenn man berücksichtigt, daß in diesem bald drei Jahre dauernden Kriege die bereits erwähnte jährliche Steigerung von 22 Millionen Tonnen der europäischen Kohlenförderung der vergangenen Friedenszeit der Kraftwirtschaft ebenfalls entzogen worden ist, so kommt man derzeit zu einer europäischen Minderförderung von 166 Millionen Tonnen. Europa muß nun alles daran setzen, um seinen Kohlenverbrauch einzuschränken, und die Zeiten der unsern modernen Kulturleben entsprechenden Verschwendung an Kohlenkraft sind auf längere Dauer vorüber.

Die Lehren dieses großen Krieges haben vor allem ergeben, daß für die ungehörte Entwicklung der Wirtschaft der modernen Industriestaaten ein kräftiger Bergarbeiterstand die unentbehrliche Grundlage bildet. Für die Gesundung der bezüglichen, durch den Krieg sehr nachteilig beeinflussten Verhältnisse wird vor allem Sorge zu tragen sein. Europa wird aber auch Maßnahmen treffen müssen, um die Sanierung der durch den Krieg gesehtigten Transport-schwierigkeiten einzuleiten, welche der gedeihlichen Lösung des Problems der Kohlenversorgung hinderlich im Wege stehen. Die bereits vor diesem Kriege eingesehten Aktion zur Eröpfung von sogenannten Ueberlandzentralen, welche von

den Kohlendistrikten aus die Versorgung der Stadtgebiete mit elektrischer Kraft zu bewirken hätten, wird in der kommenden Friedenszeit ein erhöhtes Interesse beanspruchen. Die auf diese Weise bewirkte Entlastung der Eisenbahnen, welche durch die Kohlenversorgung der Städte eine wesentliche Belastung erfahren, wird eine Milderung der Transportnot bedeuten. Die Ausnützung der Wasserkräfte zur Elektrifizierung der Eisenbahnen tritt in den Vordergrund des Interesses. In den meisten Staaten Europas werden diesbezügliche Aktionen in ernster Weise erörtert, weil die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, daß die Sparsamkeit im Verbrauch an Kohle im eminenten wirtschaftlichen Interesse der Gegenwart und Zukunft gelegen erscheint. Die Kohlenreichen Zentralmächte werden alles daran setzen müssen, um eine Erhöhung der Kohlenförderung bei gleichzeitig weitestgehender Einschränkung des Kohlenverbrauches zu erzielen. Der Kohlenpolitik Englands muß eine Kohlenpolitik der Zentralmächte entgegengesetzt werden, um die kohlenarmen Staaten in der kommenden Friedenszeit aus der politischen Abhängigkeit vom britischen Kohlenlieferanten zu befreien und diese Länder so weit als möglich mit Kohle zu versorgen, was auch den Interessen unserer Handelsbilanz zugute kommen muß.

Die Kohlenversorgung.

Fortlaufende Berichterstattung an den Arbeitsminister.

Antlich wird mitgeteilt:

„Die zur Behebung der Kohlennot getroffenen Maßnahmen haben bereits einen namhaften Erfolg gezeitigt. Speziell in der Versorgung der Wiener Bevölkerung ist eine merkliche Besserung eingetreten. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten wird mit Anspannung aller Kräfte an der Durchführung der am Dienstag von der Kohlenversorgungskommission gefassten Beschlüsse gearbeitet. Der Minister für öffentliche Arbeiten Freiherr v. Trnka hat den Auftrag erteilt, ihm über den Zustand der Kohle nach Wien und die Wirksamkeit der Verteilungsorganisation fortlaufend Bericht zu erstatten, und wendet auch der Versorgung der übrigen an Kohlenmangel leidenden Städte sein vollstes Augenmerk zu. Auf Grund der vom Arbeitsminister im Einvernehmen mit der Zentraltransportleitung getroffenen Verfügungen ist es in zahlreichen Fällen gelungen, wenigstens

die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen und namentlich die ungestörte Fortführung der wichtigsten öffentlichen Anstalten zu sichern. Es ist zu erwarten, daß die unermüdbare Zusammenarbeit der beteiligten Stellen in kürzester Zeit eine bedeutende Milderung der bestehenden Schwierigkeiten zur Folge haben wird, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die Einschränkung der oberösterreichischen Kohlenzufuhr auch weiterhin die äußerste Sparsamkeit im Kohlenverbrauch notwendig macht.“

Die Kohleanlieferungen für die Elektrizitätswerke.

Bekanntlich hat der Minister für öffentliche Arbeiten Freiherr v. Trnka die Gemeinde Wien eingeladen, ihm für die nächste Zeit täglich über die einkaufenden Kohlenmengen für das Elektrizitätswerk Bericht zu erstatten. Mit dieser Berichterstattung wurde, wie wir aus Rathauskreisen erfahren, Stadtbau- und Direktor Goldemann betraut. Heute wird dem Arbeitsminister bereits der erste Bericht vorgelegt werden. Die Kohlenzuschüsse werden in den nächsten Tagen voraussichtlich zunehmen, da die Gemeinde Wien ebenso wie das Buda-pesther Gaswerk in die erste Klasse eingereiht wurden, der die weitestgehende Begünstigung bezüglich der Kohleanlieferung zukommt.

Wie wir erfahren, hat der Kaiser auch in der Frage der Kohlenversorgung der Wiener Elektrizitätswerke die eigentliche Entscheidung herbeigeführt, die nach monatelangen vergeblichen Bemühungen der Gemeinde nunmehr zu der schnellen Erledigung der Angelegenheit geführt hat.

Der Kohlenstand im Nordbahnhof.

Der Kohlenstand im Nordbahnhof betrug am 15. d., 8 Uhr früh, 45.042 Tonnen. Entladen wurden im Laufe des Tages 337 Waggons mit 4836 Tonnen. Abgeführt wurden am 14. d. während der Tagesstunden mit Militärfuhrwerken 207 Tonnen und in der Nacht vom 14. zum 15. d. mit Autos 210 Tonnen. Die Gesamt- abfuhr bezifferte sich auf 5566 Tonnen.

Zustandsetzung der Zufahrtstraßen.

Die Massentransporte, die in letzter Zeit ohne Unterbrechung bei Tag und bei Nacht den Kohlenhof der Nordbahn verließen, haben die Kohlenstraßen innerhalb des Nordbahnterritoriums wie auch die benachbarten Abfahrtstraßen überaus stark hergenommen. Das gestern eingetretene Lauwetter hat den Zustand der Fahrwege weiter so verschlechtert, daß die Abtransportierung der Kohlen gestern nachmittags bereits mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft war. Die schweren Wagen waren kaum vom Platz zu bringen. Um die Transporte nach wie vor auf gleicher Höhe zu erhalten, hat es sich als notwendig erwiesen, in der heutigen Nacht den Autoverkehr ganz einzustellen. Auf Veranlassung der militärischen Stellen, in deren Händen jetzt die Organisation des Kohlendienstes liegt, haben im Laufe der heutigen Nacht 600 Mann Militär die Straßen wieder in Ordnung gebracht. Zur Schneefahrt wurde eine größere Anzahl Militärautos verwendet.

Die Kohlenabgabe in der Innstraße.

Trotzdem die Kälte nachgelassen hat, finden sich nach wie vor täglich tausende Personen im Kohlenhof der Nordbahn in der Innstraße ein, um auf mitgebrachtem Handfuhrwerk Kohle abzuholen. In der Zeit von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends wurden gestern mehr als 3000 Parteien abgefertigt. Es wurden in Parteien von 50 bis 400 Kilo nicht weniger als 41 Waggons Kohle an die abholenden Parteien abgegeben.

Eine Erklärung der Detailhändler.

Die Genossenschaft der nichtprotokollierten Händler mit Brennmaterialien versendet eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die Kohlenzuführung durch Militärfuhrwerke an die Kohlenhändler nicht kostenlos erfolge, sondern in dem von der Statthalterei im Vorjahre festgesetzten Ausmaß bezahlt werden müsse. Keine Kohlenreservierung seitens des Kohlenhändlers.

Die Organisation der Kohlendetailhändler versendet weiter folgende Mitteilung:

„Es war bisher bei den meisten Detailhändlern üblich, von den Kundschaften Bestellungen, Sätze und Vorauszahlung anzunehmen und die bestellte Kohle nach Einlangen der Fuhr zu liefern, den verbleibenden Rest im freien Verkauf an die vor dem Lokal wartenden Käufer abzugeben. Der Bürgermeister hat nun den strikten Wunsch geäußert, von diesem Vorgang abzusehen und die Kohle an alle Konsumenten gleichmäßiger zu verteilen. Ein Reservieren soll nicht mehr stattfinden, auch nicht für Kundschaften. Das eine bleibt dem Kleinhändler freigestellt, während des Abladens und des freien Verkaufes an Kunden bestellte Kohle austragen zu lassen. Das Austragen und Zustellen hat aber sofort zu unterbleiben, wenn der Vorrat für den freien Verkauf zur Neige ist. Unfälle nicht mehr zur Zustellung gelangte Sätze sind zu entleeren und im Kleinen zu verkaufen. Zur Vermeidung von Weiterungen sieht sich der Genossenschaftsvorsteher veranlaßt, den Mitgliedern nahezu legen, den vom Bürgermeister empfohlenen Vorgang zu akzeptieren und bis auf weiteres von Kunden keine Bestellungen oder doch nur im geringsten Umfang entgegenzunehmen. Die einlangenden Waren sind vielmehr an alle gleich zu verteilen.“

Beim Kleinkohlenhändler.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die in Ihrem heutigen Morgenblatte geschilderten Zustände beim Kleinkohlenhändler sind, leider Gottes, ziemlich allgemein. Mithin kann man sehen, wie der Kohlenhändler nach dem Abladen der Kohlenfuhr einige „Unge- stellte“ mit ein paar Kilo Kohlen versieht und dann einfach erklärt, nicht weiter zu verkaufen.“

Der herbeigerufene Wachmann bringt keine Abhilfe. Erst unlängst war eine Schar von Leuten bei bitterstem Frost um Kohle angestellt. Ich fragte den Wachmann, der dazu gekommen war, ob diesen Leuten nicht zu ein wenig Kohle verholpen werden könnte, ob man den Kohlenhändler nicht zum Verkauf zwingen könnte. Der Wachmann lächelte mich dahin an, daß die Wache die Weisung hätte, sich zu überzeugen, ob die zurückgehaltenen Kohlen durch Bestellungen gedeckt seien. Es ist das eine Aufgabe, die der Wachmann gar niemals lösen kann. Seine Entscheidung muß zum voraus stets zugunsten des Händlers ausfallen. Und der bedarf des Schutzes der Polizei heute wahrhaftig nicht. Dieser wird nämlich stets in der Lage sein, entsprechende Bestellungen auf Kohle nachweisen zu können, ja bei der heute herrschenden Kohlennot weit darüber hinausgehende, ganz zu schweigen von etwa fingierten Bestellungen. Auch wenn alles mit rechten Dingen zugeht, wird der Wachmann nie imstande sein, auch annähernd zu beurteilen, ob die vorhandenen Kohlen durch Bestellungen voll gedeckt sind oder ob und wie viel noch zum Verkauf erübrigen. Bestelltes kann man zurückhalten, heißt es; man vergißt aber dabei, daß ein ehrlicher Geschäftsmann Bestellungen überhaupt nur entgegennehmen kann, wenn er Gewähr und Gewißheit hat, daß er sie in bestimmter Frist wirklich wird effektuieren können. Diese Gewähr hat aber heute bei den nötigsten Lebensmitteln kein Mensch. Gerade die ärmsten und kleinsten Leute können aber auch nicht das Mittel der anderen, Begünstigteren, wählen, und sich durch Vorausbestellung und Vorauszahlung Kohle sichern, weil sie nicht das nötige Geld beisammen haben und von ihnen übrigen Bestellungen auch gar nicht entgegengenommen würden. Sie müssen sich daher anstellen, bekommen aber auch da nichts. Wie sollen diese Leute zu Kohle kommen?

Steinkohlen.

Kohle.

Das war eine ganz unerwartete und sonderbare Tragödie; ein unerbittlicher Frost, und keine Kohle. Da wurde es wacker klar, daß es neben den Lebensmitteln noch einige andere äußerst wichtige Bedürfnisse gibt, deren Erfüllung zu den dringendsten Notwendigkeiten des Menschenlebens gehört. Und daß die Kohle irgendwie unter die unentbehrlichen Gegenstände des Daseins zu rechnen sei. Tatsächlich spielt die Kohle eine enorme Rolle im Haushalt der Völker, beeinflusst das Wohlergehen und den Reichtum ganzer Industrien, trägt die Kultur mit wertwürdig raschen Schritten vorwärts. Denn von den gewaltigen Mengen des schwarzen Steines, die aus den Tiefen der Erde gefördert werden, dient bloß der vierte Teil für die Feuerstellen des Haushaltes und der Klein-gewerbe. Die weitaus größeren Massen dienen der Erzeugung von Eisen und Stahl, dem Verkehr der Bahnen, die zwischen den Ländern vermitteln, und unzähligen Industrien der mannigfaltigsten Art.

Krüger hatte man sich begnügt, für die bürgerliche Winterheizung aus den Wäldern Holz herbeizuschaffen, und als im vierzehnten Jahrhundert zum erstenmal in London der Gebrauch der Steinkohle aufkam, wendeten sich die Einwohner der Stadt an den Magistrat mit der Petition, ein so schädliches und ungesundes Brennmaterial nicht zu dulden. Wahrscheinlich brannten sie dort damals, und noch heute, eine ähnelnde Kohle wie unsere Graus-Köfnicker, die

aus den Lokomotiven der Südbahn die himmlischen Säler der Steiermark und Tirols mit ihrem Schwefelstaub partikuliert, der an faule Eier erinnert, wenn wir im Fuge zwischen den Bergen hindurchziehen. Das Getusch der Londoner Bürger könnte man auch heute erneuern, wenn man bedenkt, daß in dieser Großstadt aus der verbrannten Kohle jährlich bis zu einer Million Kilogramm Schwefelsäure in die Atmosphäre ausströmt und die Atemluft verdirbt. Die hohen Bürger ahnten damals nicht, daß der von ihnen angeflaute und verbönte schwarze Stein noch einmal in vielerlei Gestalt die Welt erobern, der Chemie und durch diese den Damentisletten zu wundervollen Farben verhelfen, durch eine fabelhafte Steigerung des Verkehrs tief in das moderne Leben der Städte und der Reiche eingreifen würde. Wir haben es ja erst in diesen Tagen erlebt, daß der Kohlenmangel uns mit dem Einstellen der Straßenbahnen bedrohte. Bloß während einiger Stunden des Tages. Und wie dieser Ausfall traf und tief beunruhigte, und wie alle Mittel angewendet wurden, ihn zu vermeiden. Deutzutage ist der Verkehr, der Transport der Eisenbahnen, das wichtigste Mittel, um das Leben der Nationen in ungehörtem Gang zu halten. Er bildet den Blutkreislauf der Volkswirtschaft und damit der Völker. Gerade jetzt in den Kriegsjahren spüren wir dies deutlich am eigenen Leibe, an unserem Befinden und unserer Leistungsfähigkeit, wie die Herbeischaffung von Lebensmitteln oder anderen wichtigen Gegenständen unter den mangelnden Transportmitteln zu leiden beginnt.

Kohlens der Erika ist gar nicht denkbar ohne

die gewaltigste Ausnützung jener schraubenden Dampfungsheuer, die auf stählernen Straßen hochrollen und wertvollste Arbeit vollbringen. Und dabei ist die Kohle so selbst im Dienste für unser Wohl, daß sie sich selbst von der Grube zu uns nach den Städten schleppt. Aber so ausgezehrt auch das Eisenbahnen von Deutschland ist, so verbraucht es doch kaum den zehnten Teil der dort ergrabenen Kohle.

Eine der wichtigsten, größten Tugenden der Kohle ist — das Eisen. Erst die Verwendung des schwarzen Edelsteins hat es möglich gemacht, in so ungeheuren Mengen aus dem Gestein der Erde das starke Eisen und den feuerfesten Stahl auszuscheiden, den Stahl, der nicht nur als mordendes Schwert durch die Länder segt, sondern auch als Frieden, Kultur und Zivilisation weit tragende Lokomotive. Durch Kohle wird der Charakter des Eisens schmiegbar und biegsam. Denn je nach der Menge Kohlenstoff, die man dem Metall beibringt, kann man ihm Eigenschaften beibringen, wie man sie gerade benötigt. Man kann das Eisen mit dem Fluß leichter Stieghartigkeit begaben, mit weicher Knetbarkeit, die es zum Schmieden geeignet macht, oder mit trostiger Stahlgüte, die jedem Angriff Widerstand leistet. Man kann einem Eisenstück den Charakter glasartiger Sprödigkeit oder nachgiebige und doch selbstbewußte und selbstbestimmte Elastizität verleihen. Nicht zuletzt dem Kohlenstoff verdanken wir die vielseitige große Rolle, die das Eisen in der Technik und die Technik in der Zivilisation spielt. Er macht das Maschinengewehr wie die Kleinhauptheimlich, das Auto mit seinem ausserlesenen Material wie die feine Uhrfeder. Der moderne Krieg wäre ohne ihn sicherlich nie so außer-

ordentlich „modern“ geworden, so weltgewaltig, er hätte sich in den schwächlichen Formen antiker Schichten mit Steinbeil oder Bronzeäxte abgemiddelt: der Kohlenstoff macht Weltgeschichte.

Von Böden wie im Guten macht er den Fortschritt. Einen ebenso großen Verbrauch an Kohle wie die Eisenbahnen hat die Erzeugung von Licht und Wärme in der Form des bequemeren, jedem Haushalt, auch dem Kleinsten, zu stromenden Leuchtstoffes. Anfangs ahnte man gar nicht, daß sich aus Kohle ein gasartiger Stoff gewinnen lasse, der Licht spendet und die „Reichs“ der Klüften heißt. Wie zu allem Guten kam man auch hier durch einen Zufall zu einer mächtigen Großindustrie. Die Steinkohle besteht nämlich nicht aus reinem Kohlenstoff, sondern ist mit anderen, manchmal unangenehmen Dingen gemischt. Will man reinen Kohlenstoff haben, so muß man die Steinkohle in geschlossenen Gefäßen erhitzen, um das „leberflüssige“ auszutreiben. Das, was dann zurückbleibt, ist eine ausgezeichnete Kohle, der sogenannten Koks. Für gewisse Industrien ist es vorteilhafter, Koks statt Steinkohle zu verwenden. Bei seiner Darstellung sondern sich, wie gesagt, mehrere flüchtige Produkte ab, Wasser, Teer, Gas. Reiniert man das Gas, so läßt es sich sehr vorteilhaft zum Leuchten benutzen. Der erste, der seine Fabrik mit Gas beleuchtete, war James Watt, der rühmlich bekannte Erfinder der Dampfmaschine. Es sind hundertvierehn Jahre her, daß wir verflohen. Wir halten heute beim Auer-Strumpf, dessen strahlende Weißglut nicht möglich wäre, wenn es seinen Kohlenstoff nicht über nicht nur das Gaslicht, auch das elektrische Licht ist ein Kind der Kohle. Nur dort, wo es

Zeit
16.12.1917

19

17./II. 1917

Die Verstaatlichung der englischen Kohlenwerke.

Von Kommerzialrat Siegmund Kanitz.

Wien, 16. Februar.

Das Interesse aller im Kriege befindlichen Staaten konzentriert sich heute auf den englischen Kohlenmarkt. England selbst hat für militärische und industrielle Zwecke, insbesondere für seine Flotte, einen großen Kohlenbedarf, hat ferner die Verpflichtung übernommen, allen ihm verbündeten Staaten, welche in der Brennstofffrage auf England angewiesen sind, die nötigen Mengen zuzuführen. Es hat sich nun schon gezeigt, daß England außerstande ist, neben der Befriedigung seines Eigenbedarfes den großen Bedürfnissen seiner Verbündeten gerecht zu werden. Wie dringlich die Kohlenfrage auf Seiten der Entente geworden, erhellt unzweifelhaft aus der nunmehr erfolgten Verstaatlichung der englischen Kohlenbergwerke. Ob die Verstaatlichung geeignet sein wird, die Förderungen zu erhöhen, ist mehr als zweifelhaft und wird die Zukunft zeigen. Die Produktion Englands, welche im Jahre 1915 zirka 260 Millionen Tonnen betrug, hat im Jahre 1916 einen Rückgang, der mit zirka 25 Prozent angenommen werden darf, erfahren. Die nachstehenden Daten geben ein Bild über die Produktionsentwicklung seit dem Jahre 1880 und über die Erzeugung von Bechen- und Gasföls für die Jahre 1907 bis 1913.

	Kohle		Gasföls	Bechenföls
	Millionen Tonnen			
1880	147.000			
1890	182.000			
1900	225.000			
1906	255.084			
1907	272.116	= + 6.7%	7.600	11.400
1908	265.690	= - 2.4%	7.400	11.200
1909	268.000	= + 0.8%	7.400	11.600
1910	268.663	= + 0.3%	7.500	12.600
1911	276.233	= + 2.9%	7.600	11.600
(Streik) 1912	264.576	= - 4.4%	7.700	10.800
1913	292.029	= + 7.1%	7.900	12.900
(Krieg) 1914	269.915	= - 7.6%		
(Krieg) 1915	255.000	= - 5.6%		

Die Kohlenproduktion in England hat sich bis zum Jahre 1907 stark vergrößert, von da ab ist ein Stillstand eingetreten, welchem im Jahre 1913 wieder ein heftiger Aufschwung folgte. Der gesamte Produktionszuwachs von 1909 bis 1913 belief sich auf fast 40 Prozent, während in der gleichen Zeit die Förderung von Stein- und Braunkohlen zusammen in Deutschland um 80 Prozent gestiegen ist. Noch im Jahre 1900 hatte England die deutsche Produktion um 70 Millionen Tonnen überholt, während der Vorsprung des Jahres 1913 nur noch 15 Millionen Tonnen ausmachte. Für die industrielle Entwicklung eines Staates darf die Kohle einen Maßstab bilden, und geben deren Produktionsdaten ein anschauliches Bild. Aus den vorangeführten Ziffern geht deutlich hervor, in welchem Maße in den letzten Jahren Deutschland die englische Industrie überflügelt hat, und wir wissen ja, daß in erster Reihe der ungeheure industrielle Aufschwung des Deutschen Reiches der eigentliche Grund für die kriegerischen Entwicklungen darstellt. Auch in der Koksproduktion ist England im Vergleich zu Deutschland schwächer geworden. Im Jahre 1913 produzierte England nur 13 Millionen Tonnen Bechenföls, während Deutschland bei einer bedeutend kleineren Steinkohlenförderung (190 Millionen deutscher Tonnen gegen 290 Millionen englischer Tonnen) 32 Millionen Tonnen Koks herstellte. Schon im Jahre 1914 ist Englands Kohlenförderung um mehr als 7 Prozent gegen 1913 zurückgeblieben, im Jahre 1915 betrug der Rückgang fast 13 Prozent. Deutschland dagegen konnte trotz der enormen Schwierigkeiten sich als der Kräftigere erweisen, denn der Produktionsrückgang pro 1915 an Stein- und Braunkohlen zusammen betrug gegen das Jahr 1913 nur zirka 10 Prozent gegenüber 13 Prozent in England.

Für jeden Staat ist es für die Fortführung des Krieges von größter Bedeutung, die Kohlenproduktion auf möglichster Höhe zu halten. Für England wäre das wirksamste Mittel die Aufhebung des Achtstundentages, aber mit einer solchen Maßregel wagt sich seine Regierung nicht hervor, da die Arbeiter freiwillig zu einer solchen ihre Zustimmung nicht geben werden. Im Jahre 1916 hat sich in England zum Teile durch die großen Einberufungen ein Arbeitermangel bis zu 20 Prozent ergeben, und es steht fest, daß die englische Förderung um 15 bis 17 Millionen Tonnen per Jahr erhöht werden könnte, wenn die vollstündige Arbeiterzahl vorhanden wäre. Zu berücksichtigen ist, daß durch die enormen Löhne, welche England zahlt, naturgemäß der Arbeitsfleiß sinkt. Die englische Belegschaft betrug in normalen Zeiten zirka eine Million Mann, hiervon haben im Jahre 1916 zirka 350.000 Mann militärische Dienste genommen, wogegen nur zirka 50.000 Mann neu eingestellt werden konnten.

Von besonderem Interesse ist die Kenntnis der großen Mengen, mit welchen England seine Verbündeten versorgen muß. Der Export nach Rußland betrug im Jahre 1913 6 Millionen Tonnen. Diese Ziffer ist im Jahre 1915 auf 43.000 Tonnen zurückgegangen, da über Archangelsk Kohle nicht zu bringen war. Dagegen hat die Ausfuhr nach Frankreich im Jahre 1915 17.6 Millionen Tonnen betragen, was gegen die Jahre 1913 und 1914 eine Steigerung von reichlich 30 Prozent ausmacht. Für Frankreich bedeutete dies aber beidemal nicht den Ersatz für den Ausfall der eigenen Produktion und des Imports, der mit 40 Millionen Tonnen angenommen werden darf.

Der Bestand englischer Kohle nach Italien betrug im Jahre 1915 gegen eine Einfuhrziffer von 9.6 Millionen Tonnen des Jahres 1913 kaum 6 Millionen Tonnen, was einen Ausfall von 40 Prozent darstellt. Der Export englischer Kohlen nach Frankreich und Italien ist im Jahre 1916 bedeutend zurückgegangen, doch muß betont werden, daß England unter seinen Bundesgenossen Frankreich relativ am reichlichsten mit Kohlen zu versorgen sucht, insofern dessen die Not in Italien noch weit größer ist und in erster Reihe

dort ihre Wirkungen auf die Kriegsindustrie und, man kann sagen, überhaupt auf die kriegerische Leistungsfähigkeit ausüben wird.

Deutschland hat vor dem Kriege zirka 9 Millionen Tonnen per Jahr aus England bezogen, außerdem gingen auch nach Oesterreich-Ungarn, Belgien und der Türkei kleinere Quantitäten.

Daß England bisher die neutralen Staaten je nach ihrer Gesinnung behandelt hat, ist bekannt. Dänemark und Norwegen haben sich bislang den Wünschen Englands gefügig gezeigt und mehr Kohle erhalten als vor dem Kriege; anders verhält es sich mit Schweden. Dieser Staat bekam von England von Monat zu Monat weniger Kohle, und im Jahre 1914 wurden schon um zirka 40 Prozent weniger geliefert als im Jahre 1913. Die Zuteilung englischer Kohle an Holland erfolgte bis vor einiger Zeit sehr reichlich, Portugal bekam seine üblichen Mengen, dagegen hat Spanien im Jahre 1915 schon um anderthalb Millionen Tonnen weniger erhalten als im Jahre 1913. Ägypten und Britisch-Indien können von England nicht mehr ausreichend bedient werden. Ägypten erhielt im Jahre 1915 nur anderthalb Millionen Tonnen gegenüber 3.3 Millionen Tonnen im Jahre 1913 und Britisch-Indien nur 30.000 Tonnen gegen 190.000 Tonnen im Jahre 1913. Bezeichnend ist es, daß das Hauptabsetzgebiet Englands, der südamerikanische Markt, schon lange vollständig vernachlässigt wird, es beträgt dieser Ausfall im Jahre 1915 gegen das Jahr 1916 zirka 60 Prozent.

England wird zweifellos in der Lage sein, den eigenen Bedarf hinreichend zu decken, da es infolge des verschärften U-Boot-Krieges an dem Export stark behindert sein wird; aus dem gleichen Grunde werden aber seine Verbündeten und auch die neutralen Staaten in immer größere Schwierigkeiten geraten. Die letzteren werden auf Deutschlands Hilfe angewiesen sein.

Die Besserung der Lage auf dem Gebiet der Kohlenversorgung macht weitere Fortschritte: Die Kohlennot in der schroffen Form, in der sie in der vergangenen Woche geherrscht hat, kann als behoben bezeichnet werden. Eine gewisse Knappheit, unter der ein Teil der Bevölkerung immer noch zu leiden hat, hält vorderhand noch an. Bemerkenswert ist der Umstand, daß der gestrige neuerliche Kälteeinbruch — die Morgentemperatur betrug, wie an anderer Stelle berichtet wird, 9 Grad Celsius unter Null — die Lage nicht ungünstig beeinflusst hat.

Die Besserung machte im Gegenteil im Laufe des gestrigen Tages weitere Fortschritte, und zwar betraf sie in gleicher Weise den Zuschub nach Wien und die Abfuhr. Im Laufe des gestrigen Tages wurden ungefähr 30 Waggons Kohle an zirka 2000 Parteien in Partien von 50 bis 100 Kilogramm auf dem Kohlenbahnhof der Nordbahn in der Innstraße zur Verteilung gebracht. Der Kohlenstand im Nordbahnhof betrug gestern um 8 Uhr früh 43.112 Tonnen. Am 15. d. wurden entladen 332 Waggons Kohle mit 4837 Tonnen. Abgeführt vom Kohlenhof wurden am 15. d. insgesamt 5635 Tonnen.

Kein Reservieren für Kundschaften.

An dieser Stelle wurde zu wiederholtenmalen des Winters gerügt, daß die Kohlenhändler die Ware factweise zu den „großen Kundschaften“ befördern, während vor den Geschäften Hunderte von kleinen Käufern vergeblich auf Abfertigung warten. Zum Schluß müssen sie sich mit einer unzulänglichen Menge begnügen oder sie werden mit der Begründung, die Kohle sei „ausverkauft“ überhaupt abgewiesen. Mit Recht hat dieser Unfug, der vor den Augen der kleinen Käufer vor sich ging, unter diesen berechtigten Armut hervorgerufen. Es wird darum sicher die Bevölkerung mit Genugthuung erfüllen, daß dieser Uebelstand über persönliche Weisung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgestellt und das Reservieren von Kohle für Kundschaften den Händlern verboten wurde. Die Genossenschaft der Händler mit Brennmaterialien versendet darüber folgende Mitteilung:

„Die Genossenschaft bittet die Konsumenten, hinsichtlich der Bestellung und Reservierung von Kohle folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Es war bisher bei den meisten Detailhändlern üblich, von den Kundschaften Bestellungen, Säde und Vorauszahlung anzunehmen und die bestellte Kohle nach Einlangen der Fuhr zu liefern, den verbleibenden Rest im freien Verkauf an die vor dem Lokal wartenden Käufer abzugeben. Der Bürgermeister hat nun den strikten Wunsch geäußert, von diesem Vorgang abzusehen und die Kohle an alle Konsumenten gleichmäßig zu verteilen. Ein Reservieren soll nicht mehr stattfinden, auch nicht für Kundschaften. Das eine bleibt dem Kleinhändler freigestellt, während des Abladens und des freien Verkaufes an Kunden bestellte Kohle austragen zu lassen.

Das Austragen und Zustellen hat aber sofort zu unterbleiben, wenn der Vorrat für den freien Verkauf zu Neige ist. Allfällige nicht mehr zur Zustellung gelangte Säde sind zu entleeren und im Kleinen zu verkaufen. Zur Vermeidung von Weiterungen sieht sich der Genossenschaftsvorsteher veranlaßt, den Mitgliedern nahezu legen, den vom Bürgermeister empfohlenen Vorgang zu akzeptieren und bis auf weiteres von Kunden keine Bestellungen oder doch nur im geringsten Umfang entgegenzunehmen. Die einlangenden Waren sind vielmehr an alle gleich zu verteilen.“

Die Donau im Dienste der Kohlenzufuhr.

Wenn mit Eintritt wärmerer Witterung auch mit einem völligen Aufhören der Kohlennot gerechnet werden kann, so wird eine gewisse Knappheit doch deshalb bestehen bleiben, weil infolge der andauernden Verkehrsschwierigkeiten auf eine ausreichende Zufuhr per Bahn nicht gerechnet werden kann. Auch muß berücksichtigt werden, daß sich die Steinkohleneinfuhr aus Deutschland verringern wird.

Diesen beiden Umständen könnte unschwer dadurch begegnet werden, daß die niederösterreichische Braunkohle auf der Donau nach Wien gebracht wird. Ergiebige Braunkohlenlager gibt es in den Gemeinden Thallern und Angern, Bezirk Mautern; bei Wölbling, Bezirk Herzogenburg; bei Dreiberg und Groß-Rust. Die Gruben liegen seit Jahren brach, sollen jedoch, wie verlautet, nunmehr wieder in Betrieb gesetzt werden. Der Bergbau ist, von materiellen Gründen abgesehen, hauptsächlich deshalb eingestellt worden, weil kein Bedarf nach Braunkohle bestand. Nun hat sich die Lage wesentlich geändert und es ist gar nicht einzusehen, warum in einer Zeit, in der böhmische und Zillingsdorfer Kohle reiche Verwendung finden, nicht die aus den genannten Gruben gleichfalls herangezogen werden soll.

Der Bergbau in Ober-Wölbling lieferte im Jahre 1900 370.000 Meterzentner Braunkohle. Sie wurde damals mittels Schiffen auf dem Donauweg nach Wien verfrachtet. Es wäre an maßgebender Stelle zu erwägen, ob nicht neuerdings dieser Transportweg gewählt werden sollte. Dem herrschenden Waggonmangel würde dadurch wirksam begegnet werden.

Der Kaiser und die Kohlennot.

Berichterstattung über die Vorsorge für kleinere Haushaltungen.

Die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen zur Vinderung der Kohlennot haben bereits einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Man verdankt ihn der Initiative des Kaisers und der Hilfsbereitschaft der Kaiserin sowie dem wertvollen Interesse, das der Monarch auch weiterhin dieser wichtigen Frage zuwendet. Der Monarch hat es nämlich nicht bei den Befehlen bewenden lassen, mit denen Hof- und militärärztliche Fuhrwerke und Bespannungen sowie Mannschaften in den Dienst der Kohlenversorgung Wiens gestellt wurden, sondern verfolgt auch nach wie vor die Durchführung der erteilten Befehle und die Wirkungen dieser Aktion.

Der Kaiser hat, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, über den Stand der Kohlenzufuhr und Vorräte auf den großen Lagerplätzen, die Art und den Umfang der Abschübe, besonders aber die Details der Versorgung der kleineren Haushalte und der ärmeren Bevölkerung mit diesem wichtigen Brennmaterial Erhebungen angeordnet und läßt sich hierüber wiederholt berichten.

Die neuen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kohlennot sollen rasch und ausgiebig den Konsumenten zu Hilfe kommen und besonders die Unzuträglichkeiten abschaffen, mit denen die Beschaffung selbst der bescheidensten Kohlenmengen für die Bevölkerung verbunden ist. So haben Erhebungen ergeben, daß die Käufer in den äußeren Bezirken beim Anstellen bis zu dreizehn Stunden warten müssen, ehe sie ihr bescheidenes Kohlenquantum bekommen, während die kürzeste Wartezeit drei Viertelstunden beträgt.

Diesen Unleidlichkeiten will die Fürsorge des Kaisers und der Kaiserin zuwenden.

Die Vorgänge auf dem Holzmarkte.

Von den drei Hauptholzarten der heimischen Holzproduktion: Nadelholz, Buche und Eiche ist es die letztere, die seit jeher am wenigsten von sich reden ließ. Das kommt daher, weil in Eiche keine großen Bestände mehr vorhanden sind und die kleineren Bestände von Jahr zu Jahr zum Verkauf kommen, daher die jeweiligen Stockpreise sich der momentanen Marktlage leicht anpassen. Daher gibt es auch in der Eichenproduktion selten aufsehenerregende Ereignisse.

Auch von der Buche war bis in die jüngstvergangenheit wenig die Rede, es sei denn, daß die Konsequenz in der Nichtbezahlung von Dividenden zu mitleidigen Bemerkungen für diese Branche Anlaß gab, die eine wahre Sisyphusarbeit verrichtete. Eine Aenderung hierin trat während der zweiten Phase des Krieges ein. Während bis dahin die Auffassung der meisten Holzproduzenten dahin ging, daß man aus der Buche auch dann kein lohnendes Geschäft herausbringen kann, wenn man den Wald geschenkt bekommt, hat sich diese Ansicht ganz wesentlich geändert, indem für Buchenwaldungen im vergangenen Jahre solche Preise bewilligt wurden, die sich auch nur ein Jahr vorher kein Mensch träumen ließ. Diese Wandlung der Geister wurde in erster Reihe durch die Kriegskonjunktur herbeigeführt. Diese allein würde aber keinen genügenden Grund abgegeben haben, denn der Krieg wird nach allgemeiner Ansicht nur mehr Monate, die neuertworbenen Buchenexploitationen aber viele Jahre anhalten, daher die Kriegskonjunktur für diese Geschäfte keineswegs maßgebend sein konnte.

In der That spielen hier zwei andere Faktoren eine weit größere Rolle als die Kriegskonjunktur. Die eine ist, daß alle Welt feste, greifbare Verwendung für Kapitalien sucht, und die andere das außerordentliche Anwachsen der Weichholzpreise. Und es läßt sich in der That nicht leugnen, daß, obwohl bisher die Buche ganz anderen Zwecken diente als das Weichholz, es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß für viele Zwecke, für die bisher nur Weichholz in Betracht kam, die Buche als Surrogat verwendet werden wird. Immerhin ist die Buchenbranche im Falle einer Ueberproduktion nach dem Kriege vor Krisen nur in dem Falle sicherzustellen, wenn die Beteiligten gemeinsame Sachen machen, um den Ueberschuß der Produktion, wenn auch mit Opfern, zu exportieren. Aufnahmefähige Märkte für Buchenschnittmaterial, für Buchenlatten und auch Schwellen stehen ja glücklicherweise zur Verfügung in uns derzeit feindlichen Ländern, die nolens volens sich werden bei uns decken müssen, wie da sind: Italien und Rußland. Außerdem kann der deutsche, der schweizerische und der spanische Markt leicht wieder erobert werden. Wenn also die nach dem Krieg zu gewärtigende vergrößerte Buchenproduktion richtig geleitet wird, so werden die Produzenten nicht nur auf ihre Kosten kommen, sondern sie werden auch gleichzeitig eine patriotische Arbeit dadurch geleistet haben, daß sie zur Herstellung unserer Valuta ein Bedeutendes beitragen.

Und nun kommen wir aus dem stillen Laubwald der Eichen und Buchen in den immergrünen Tannen- und Fichtenwald, in welchem es seit jeher so lebhaft herging. Die neueste, viel Aufsehen erregende Phase ist, daß man nicht mehr Waare, sondern gleich die Geschäfte selbst verkauft, so wie sie stehen und gehen. Das kam so. In Folge der wiederholten wesentlichen Preiserhöhungen ist der Status so mancher mit Kredit stark belasteten Unternehmungen in neues, sehr günstiges Licht gerückt, nachdem Waldbestände, Materialvorräte und selbst Investitionen plötzlich zu einem doppelten, ja mehrfachen Werth gelangt sind. Allein in Folge der Kriegsumstände blieb die Produktion zurück, später kamen die Verfehlsmisereen dazu, so daß die Konjunktur effektiv in keiner Weise ausgenützt werden konnte. Diese Verhältnisse durchschautte ein schon früher über große

eigene Unternehmungen verfügender Konzern und benützte die Gelegenheit, um durch Erwerbung einer Reihe bedeutender Unternehmungen zu einem förmlichen Trust anzuwachsen. Dabei sind beide Theile gut gefahren. Die Verkäufer wechselten ihr Vermögen, das bis dahin ja doch nur am Papier stand, in klingende Banknoten ein, der Konzern hinwieder erhielt einen Nachzuwachs, der es ihm nimmehr ermöglicht, die Weichholzpreise nach eigenem Gutdünken zu regulieren. Auch für die Branche bedeutet die Neuerscheinung keinen Nachtheil, denn war schon das Kartell ein guter Preishalter, so muß es der Trust in erhöhtem Maße werden.

Eine andere Frage ist allerdings, wie sich das konsumierende Publikum, sowie das Gemeininteresse mit der Neugestaltung abfinden werden. Schon der Begriff „Trust“ ist ein rothes Tuch in den Augen des großen Publikums. Den Trust, dessen Zweck ja kein anderer ist und auch nicht sein kann, als ihre Produkte dem ehernen Gesetz von Ausgebot und Nachfrage zu entziehen, empfindet das konsumierende Publikum als seine Interessen bedrohend. Es läßt sich indessen auch der Fall denken, daß sich ein Trust durch moralische Bedenken oder, sagen wir, durch Rücksichtnahme auf die allgemeinen Interessen in seiner Preispolitik leiten läßt. Es sei vorweg konstatirt, daß dem Trust bisher nichts vorgeworfen werden kann, denn die hohen Preise haben schon vor dem Zustandekommen des Trusts bestanden. Es soll also ohne Vorurtheil abgewartet werden, wie sich der Holztrust nach dem Kriege bethätigen wird. Werden durch ihn die Holzpreise nach dem Kriege in dem Maße reduziert, wie andere Baumaterial-Produzenten dies thun werden, wie namentlich Eisenwerke, Ziegeleien, Cementwerke, und wird der Trust im Interesse der Verbesserung unserer Valuta einen ausgiebigen, wenn auch nicht überseeischen, so doch kontinentalen Export betreiben, so mag es für die ganze übrige Welt gleichgiltig sein, ob sich die Unternehmungen des Trusts in einer oder in mehreren Händen befinden.

Daß der Konzern auch die Majorität der Holzbankaktien erworben hat, ist nur stillgemäß. Schade nur, daß das ursprüngliche Programm der Bank, welches in dem Geschäfte mit kleineren Produzenten und Händlern bestand, naturgemäß in den Sintergrund tritt, zumal diese Anstalt heute kleine und große Holzgeschäfte im weitestem Umfange auf eigene Rechnung betreibt.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Kohlenwirtschaft im Kriege.

Wien, 17. Februar.

Kohle ist im Kriege die zweite Munition geworden. In allen Ländern werden die stärksten Anstrengungen entwickelt, um die Bergwerke auf das intensivste auszubeuten, den gewonnenen Brennstoff möglichst rasch den Stätten des Verbrauches zuzuführen, den eigenen Bedarf und die Erfordernisse der befreundeten oder neutralen Länder zu befriedigen; trotz der größten Kraftentwicklung ist aber die Kohle ungemein knapp, die Versorgung der Bevölkerung wird nur unzureichend gedeckt, die Förderung und Verwendung ist überall der weitgehenden Ausnahme des Staates unterworfen. Die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke in England ist ebenso ein Zeichen der Zeit, wie es vor zwei Jahren die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht war; in dem Lande, das sonst den Mittelpunkt schrankenlos freier Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte bildete, wird die größte Industrie vom Staate bewirtschaftet und ausschließlich im Hinblick auf die Ziele des Krieges verwaltet. In den englischen Steinkohlengruben wird fast die Hälfte der gesamten Erzeugung Europas gewonnen; im Kriege konnte aber die Kohlenförderung dort nicht ausgedehnt werden, sie ist vielmehr hinter dem Hochstande früherer Jahre empfindlich zurückgefallen, von 22 auf 255 Millionen Tonnen gesunken. Der Kohlenbedarf hat sich dagegen bedeutend gesteigert. Die riesige Kriegsflotte ist fortwährend unter Dampf, für Truppen- und Materialbeförderungen müssen die gecharterten Handelsschiffe mit ihrer schweren Ladung unausgesetzt geheizt werden; eine große neu entstandene Munitionsindustrie benötigt gewaltige Mengen von Brennstoff, zur See werden weit größere Kohlenmengen als in Friedenszeiten an die verbündeten, selbst durch bittersten Mangel heimgefuhrten Länder verschifft. Der Unterseebootkrieg wird zwar auch den Kohlenexport wesentlich beschränken, weil die Kohlendampfer wegen der großen Segelratten der Meere seltener ausfahren und namentlich die Sendungen an die Neutralen, die der Lockung Amerikas zur Parteinahme für England widerstehen, so gut wie ganz ausfallen dürften. Aber auch in diesem verringerten Umfange wird England mit seiner Kohle sehr haushalten müssen, um die Produktion der für den Krieg wichtigen Artikel jederzeit auf der Höhe zu erhalten. Die Verstaatlichung der Kohlengruben in Kriegzeiten soll der englischen Staatsverwaltung jenen Einfluß auf die Gruben geben, den die Regierungen in unserem Lande und auch in Deutschland seit dem Kriegsausbruch durch Kriegsgesetze und Vereinbarungen mit den Grubenbesitzern bereits haben; die Beschränkung geht aber namhaft weiter, weil in England auch der Betrieb vom Staate übernommen, die Zuteilung der Kohle von ihm geregelt wird. Die Eigentümer werden aus den staatlich verwalteten Gruben ihre Rente beziehen, in die Bewirtschaftung aber nichts dreinzureden haben. Der Staat wird zunächst die Verwendung der Kohle selbstherrlich regeln, allein entscheiden, wer Kohle bekommt, welche Mengen für den Krieg bestimmt und welche der Privatindustrie zuzuwenden sind. Er wird auch den Preis und Arbeitslohn festsetzen, die Förderung und Versendung leiten. Ob es ihm gelingt, eine zureichende Ausdehnung der Produktion zu erzielen, das wird von der Macht abhängen, die er gegen die Arbeiter einzusetzen vermag. Bisher fanden alle solchen Bemühungen an dem gesetzlich festgelegten Achtstundentag ihre Schranke, den die Bergleute unter keiner Bedingung aufgeben wollten. Durch den staatlichen Betrieb werden jetzt auch die Kohlenarbeiter in England gleichsam unter militärischen Zwang gestellt und es wird sich zeigen, ob die Regierung in so außerordentlichen Zeiten eine Erweiterung der Förderzeit durchsetzen vermag.

Deutschlands Kohlegewinnung ist noch nicht auf der vollen Höhe der Friedenszeit, da auch von den Bergarbeitern zahlreiche der jüngeren unter den Fahnen stehen und Kriegsgefangene und Frauen nur einen unzureichenden Ersatz bieten; im Jahre 1916 dürften etwa 175 Millionen Tonnen Steinkohle, 90 Prozent der Friedensproduktion, gefördert, die Braunkohle auf 90 Millionen Tonnen über den höchsten früheren Stand hinaus gebracht worden sein. Trotz einer so gewaltigen Entwicklung kann doch der Bedarf der heimischen Wirtschaft nicht jederzeit voll befriedigt werden. In dem harten Winter leidet die Bevölkerung der großen Städte unter der Kälte, die Beschränkungen der Bahnen und Straßenbahnen, der städtischen Beheizung und Beleuchtung sind von Deutschland ausgegangen, allerdings daselbst viel vorsorglicher bereits in einem weit früheren Zeitpunkte eingeleitet worden und deshalb auch wesentlich milder ausgefallen. Der eigene Kohlenbedarf Deutschlands war in Friedenszeiten mit 157 Millionen Tonnen Steinkohle, das ist mit 30 Prozent der Förderung, berechnet worden. Im Kriege ist der Eigenverbrauch der deutschen Wirtschaft sehr bedeutend gestiegen. Die Bahnen haben für die Beförderungen von Truppen und Kriegsmaterial unausgesetzt riesige Leistungen und deshalb auch ein Mehrfaches des früheren Kohlenverbrauches; die für den Krieg tätigen Industrien, die Geschütz-, Waffen- und Geschloßfabriken, die Eisenwerke und Maschinenfabriken, die Werften und verschiedenartigsten Kriegsanlagen verbrauchen unausgesetzt eine gewaltige Kohlenmenge, da sie in ununterbrochenem Vollbetrieb, unter steter Ausnutzung aller Einrichtungen in Feuer gehalten werden müssen. Von den neu zugewachsenen, militärisch besetzten Ländern müssen weite Gebiete, denen der Brennstoff fehlt, wenigstens notdürftig mit Kohle versorgt werden. Der Export deutscher Kohle ist zwar im Kriege erheblich eingeschränkt worden. Die Versorgung in Österreich leidet unter den unzureichenden Zufuhren der abgewohnten schlesischen Kohle. Dafür muß Deutschland jetzt im verstärkten Unterseebootkriege die wirt-

lich neutral gebliebenen Länder für die ausgeperrte englische Kohle entschädigen, nach Holland, Dänemark, Skandinavien, der Schweiz in jedem Monat fast zwei Millionen Tonnen Kohle schicken. Deutschland ist mit Recht bemüht, die Bedürfnisse der Neutralen ausreichend zu decken, lieber der eigenen Bevölkerung etwas abzunehmen, als Anforderungen von dieser Seite unbefriedigt zu lassen. Für Kohle, die nach dem Ausland versendet wird, werden wichtige Lebensmittel und Valuten zur Bezahlung anderer Artikel eingetauscht. Die Deckung des Kohlenbedarfes ist eine stillschweigend übernommene Pflicht aus der Absperrung dieser Länder durch den Unterseebootkrieg und für die gesamte politische Konstellation von nicht hoch genug zu veranschlagender Wichtigkeit.

Schwieriger als in Deutschland gestaltet sich die Frage der Kohlenversorgung in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Für den heimischen Kohlenbedarf mußten wir auch in Friedenszeiten Steinkohle aus Oberschlesien in der jährlichen Durchschnittsmenge von dreizehn Millionen Tonnen beziehen, während wir alljährlich sieben Millionen Tonnen Braunkohle aus Böhmen nach Sachsen und Bayern verschifften. Die preussischen Gruben stellen der österreichischen Wirtschaft nur den vierten Teil der früheren Mengen bei, die Ausfuhr der Braunkohle konnte aber nur in geringerem Verhältnisse eingeschränkt werden, weil diese Sorten in Deutschland ihr angestammtes Absatzgebiet haben, im Inland aber nicht für alle Zwecke, denen die Schwarzkohle dient, gleichmäßig verwendet werden können. So ergibt sich im vorhinein ein Manko von 6 bis 8 Millionen Tonnen, das anderweitig nicht ersetzt werden kann, zumal die eigene Erzeugung mit großer Mühe erst im letzten Jahre über die Höhe der letzten Friedenszeiten etwas emporgehoben werden konnte. Der Kohlenbedarf ist aber, trotzdem einzelne Industrien schwächer arbeiten und die Schifffahrt still liegt, ohne Zweifel aus den gleichen Gründen wie in Deutschland weit stärker als in früheren Zeiten. Bei der allmählich durchgeführten Deconomie der Verwendung würde so ziemlich das Auslangen mit den vorhandenen Kohlenmengen gefunden werden können, wenn es gelingen würde, diese von den Gruben rasch abzuführen und an die Stätten des Verbrauches zu bringen. Die Kohlenfrage ist in erster Reihe eine Frage der Transportmittel, eine Besserung der Versorgung der großen Städte ist von der Milderung der Verkehrsschwierigkeiten abhängig. Die Bahnen haben durch die gesteigerte Benützung für den forcierten Zugverkehr ihre Wagen und Lokomotiven weit stärker als in normalen Zeiten abgenutzt; große Teile des Fahrplans sind ständig in Reparatur, mußten auch vielfach als völlig unbrauchbar geworden ausgeschieden werden; die Nachschaffungen und Instandhaltungen vollziehen sich aber nur sehr langsam, weil die Waggonfabriken mit dringenden Aufträgen überhäuft sind und ihre Erzeugung nicht mehr erweitern können. Die augenblickliche Verschärfung in der Versorgung der großen Städte wurde durch die lange andauernde Kälteperiode verursacht; ist diese wieder vorüber, so wird sich die Lage etwas abmildern. Die Industrie wird aber noch für geraume Zeit mit Knappheit in der Beschaffung der Kohle zu rechnen haben.

Von der Kriegskonjunktur ziehen die unternehmenden der Kohlenindustrie in nicht geringerem Maße als die Eisenwerke, manche sogar noch erheblich mehr Nutzen; die Bergwerksgesellschaften haben im Kriege die reichsten Gewinne erzielt und zahlen steigende Dividenden. Das größte Unternehmen in Ungarn, die Salgó-Tarjaner Gesellschaft, war in der Lage, durch Heranziehung interner Rücklagen und eine Kürzung der Dividende um 10 Kronen den Schaden vollständig zu tilgen, der den Gruben von Petrofenz durch den Einbruch der Rumänen erwuchs; im heurigen Jahre wird die Gesellschaft ohne Zweifel zu der früheren hohen Dividende zurückkehren, wahrscheinlich noch über sie hinausgehen. Die Gesellschaften der böhmischen Braunkohlenindustrie haben im Jahre 1916 die Ausfälle der Förderung aus dem ersten Kriegsjahr noch nicht überwunden, weil namentlich im Brüxer Revier die Abfuhr sehr erschwert, die Waggonbeistellung unzureichend war, während das Falkenau-Elbogener Revier einen gesteigerten Bahnversand hatte. Die Gesellschaften dürften jedoch, so weit sich bis jetzt beurteilen läßt, hohe Bilanzsummen ausweisen und manche von ihnen auch die Dividenden steigern. Die Steinkohlenwerke in Mähren und Schlesien dürften im Jahre 1916 den Gipfelpunkt ihrer bisherigen Verdienste erreicht haben. Trotz verteuerter Förderung, trotz höherer Steuern und sonstiger öffentlicher Lasten haben die Kohlenwerke aus den hohen Preisen und günstigen Absatzmöglichkeiten reichen Nutzen gezogen. Es entspricht nicht dem Gefühl der Billigkeit, daß die Kohlenproduzenten die höchsten Gewinne haben und daß dabei die Kohle immer teurer, für viele Kreise fast unerschwinglich wird. Ähnliche Erscheinungen zeigen sich auch auf anderen Gebieten. Die Papierfabriken arbeiten vielfach mit reichen Gewinnen, manche früher sehr verfehlte Unternehmungen haben ihre Bilanzen in einem Jahre saniert, die Verluste ganz getilgt, Rücklagen gemacht und Dividenden gezahlt, weil sie in der Lage waren, die Papierpreise zu steigern und den Verbrauch zu bedrücken. Daß sich solche Tendenzen im Kriege hemmungslos ausleben können, ist eine bedauerliche Erscheinung. Die Rücksicht auf die Konsumenten, auf die bürgerliche Bevölkerung und die auf die Rohstoffe und Hilfsmaterialien angewiesenen Industrien ist in so harten Zeiten ein wichtiges Gebot des sozialen Pflichtbewußtseins.

Die Weltmacht der Kohle.

Der Krieg entscheidet die wirklichen Machtverhältnisse der Staaten. Diese altgebrauchte Wahrheit hat in neuer Prägung der Weltkrieg zur Geltung gebracht. Er hat zugleich geoffenbart, was in der Zeit des entfalteten Industrialismus Macht ist, worauf Macht sich gründet, was ihre Grundbestandteile sind. In den „silbernen Kugeln“, auf die Lloyd-Georges erste Kriegsrede pochte, lang noch Montecuccolis Wort wieder, daß zum Kriegsführen Geld und wiederum Geld und zum dritten Geld gehöre. Sonst wiederholte man wohl Napoleons Wort von den starken Bataillonen, mit denen Gott streite, oder Nelsons Ausspruch, wonach der Sieg der Ueberzahl der Schiffe folge. Doch der Lauf der Dinge hat gelehrt, daß nicht mehr wie in den Tagen des anfänglichen Kapitalismus und der Söldnerkriege Geld allein hegende Gewalt zu verleihen vermag. Die „starken Bataillone“ der ausgebildeten Streitmacht haben sich in die Massenbewaffnung der gesamten kriegsdienstfähigen männlichen Bevölkerung verwandelt und fordern nun, um zur Wirkung zu gelangen, eines Weisheit und Munitionsaufwandes, der ohne höchstes Aufgebot der industriellen Leistung nicht denkbar wäre. Hinter der kämpfenden Front steht — gleich wichtig für den Erfolg — eine zweite Linie im Hinterland, das Heer von Hunderttausenden der Munitionsarbeiter. Endlich harret die ungeheure englische Flottenübermacht in den Häfen auf eine Entscheidung, die herbeizuführen, zu erzwingen sie bisher Entschluß und Mut nicht fand.

Anderer Gemalten treten in den Vordergrund, andere Eigenschaften und Besitztümer der Völker und Staaten offenbaren ihre mitentscheidende Bedeutung. Solange die europäischen Staaten im wesentlichen im Zustand einer selbstbefriedigten Wirtschaft lebten — und das galt in der Hauptache noch im Kriege 1870/71 —, solange die Entfaltung technischer Hilfsmittel noch gegenüber der Leistung der Infanterie

eine untergeordnete Rolle spielte, konnte für die Berechnung des Kriegserfolges die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nahezu außer Ansatz gelassen werden. Die entwickelte Verkehrswirtschaft von heute läßt für die Widerstandskraft im Kriege nur zwei Möglichkeiten offen: entweder vom eigenen Acker zu leben und die der Industrie, namentlich der Kriegsindustrie nötigen Stoffe zu besitzen oder aber die See und ihre Zufuhren zu beherrschen. Warum ist Englands Blockadeplan, der ganz im Sinne der modernen Machtverhältnisse und ihrer Grundbedingungen entworfen war, dennoch gescheitert? Weil die Landwirtschaft der Mittelmächte im Bunde mit den organisatorischen Maßnahmen der Kriegswirtschaft, wenn auch mit Einschränkungen und Beengungen, die Ernährung zu gewährleisten, weil die Wissenschaft einen Ersatz für den Chilesalpeter zu bieten vermochte; sonst wäre trotz der glänzendsten Siege unser Zusammenbruch nach wenigen Monaten besiegelt gewesen. Aber es gibt zwei Stoffe, die kein Menschenfleisch und kein Menschenwitz zu ersetzen vermag: Eisen und Kohle. Sie sind nicht in beschränkter Menge erforderlich wie etwa Kupfer und Blei, so daß Notbehelfe die unbedingt nötige Masse herbeizuschaffen vermöchten, ihr Verbrauch in der modernen Industrie im allgemeinen, in der Kriegsindustrie im besonderen ist so ungeheuer, daß sie in unbeschränkter Fülle demjenigen Staate aus dem Boden quellen müssen, der sich heute zu einer großen Waffentrennung stellt. Stahlerzeugung und Kohlegewinnung sind die Grundpfeiler der modernen Industrie, sie sind auch die Grundmauern der Abwehrkraft kämpfender Staaten in einem modernen Kriege.

Die Kohlennot dieser bitterkalten Februartage hat uns vor allem die Weltmacht der Kohle fühlbar gemacht. Es ist nicht Zufall, sondern sachlicher Zusammenhang, daß die beiden Staaten, die führend an der Spitze der beiden kämpfenden Völkerbündnisse stehen, Deutschland und England, zugleich die beiden — einzigen — großen Kohlegewinner in Europa sind. Was im Frieden die Untergrundlage ihrer Industriegröße gebildet hat, stellt sich jetzt im Kriege als eine der wichtigsten Voraussetzungen der Vormachtstellung heraus. Ein Blick auf die Weltverteilung der Kohle und ihrer Verteilung auf die einzelnen Staaten wird klarmachen, wie gewaltig die Ueberlegenheit ist, die England und Deutschland innehaben. Insgesamt wurden nach einer Aufstellung, die Dr. Georg Garras in „Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft“ gibt, im Jahre 1913 an die 1213 Millionen Tonnen Steinkohle und Braunkohle gefördert. Davon entfielen auf die Vereinigten Staaten von Amerika 517, auf England 291, auf Deutschland 278, auf Frankreich 41, auf Oesterreich-Ungarn 54, auf Rußland 32 Millionen Tonnen. Der Vorrang der Vereinigten Staaten, die nahezu die Hälfte der Weltproduktion in sich vereinigen, wird hier sichtbar, aber auch im europäischen Umkreis die fast ausschließliche Machtstellung Englands und Deutschlands. Diese Rangordnung haben erst die allerletzten Jahre geschaffen. Noch 1835 schien England mit 162 Millionen Tonnen unerreicht an der Spitze zu stehen, Deutschland förderte damals bloß 73, Amerika 100 Millionen Tonnen. Aber schon an der Jahrhundertwende nahm Amerika mit 243 Millionen Tonnen den ersten Platz ein, England folgte freilich noch knapp danach mit 228 Millionen und Deutschland blieb mit 149 Millionen recht weit im Nachtrab. Erst in den letzten anderthalb Jahrzehnten hat es England nahezu

eingeholt, wie in der Eisen- und Stahlerzeugung weit überholt.

Die überlegene Kohlenförderung bedeutet jedoch nicht nur mittelbar Macht als Voraussetzung der Industriegröße eines Landes, sondern auch insofern unmittelbar, als alle Staaten mit geringerem Kohlenvorkommen, sobald sie in die industrielle Entwicklung eintreten, von der Zufuhr aus den kohlenfördernden Staaten abhängig werden. Dies bedingte nicht zum geringen Teil die Weltherrschaftstellung Englands, das noch vor zwanzig Jahren in der Kohlenversorgung geradezu ein Monopol besaß. Dieses Monopol ist nun freilich durch Deutschland gebrochen; dennoch besitzt die englische Kohle durch ihre Güte und die Lage der Fläze unmittelbar an der See Vorzüge, die sich auch noch in den letzten Jahren geltend machten. „In der Kohlenausfuhr“, schreibt Pettner („Englands Weltherrschaft und der Krieg“), „ist England auch heute noch unübertroffen, denn diese beträgt ungefähr 70 Millionen Tonnen im Werte von drei Viertelmilliarden Mark jährlich. Englische Kohlen werden fast über die ganze Welt verschifft und in allen Meeren kann man englischen Kohlendampfern begegnen. Der größte Teil stammt aus dem Kohlengebiet des südlichen Wales und wird in Cardiff verschifft, das dadurch den drittgrößten Schiffsverkehr von den Häfen der britischen Inseln besitzt. Aus Newcastle und dem benachbarten Hafen an Tyne werden Kohlen nach London, Deutschland, Skandinavien und Nordrußland ausgeführt.“ Doch wirkte noch ein anderer Umstand mit, Englands Vorrang in der Kohlenausfuhr zu sichern: es war gerade die im Verhältnis zu Amerika und Deutschland langsamere industrielle Entwicklung, was den Ueberseh der Kohlenförderung über den Kohlenverbrauch in England dauernd so hoch hielt. Nach dem Jahresbericht des Vereines für bergbauliche Interessen in Dortmund betrug der Kohlenverbrauch 1911 in den Vereinigten Staaten 432 Millionen Tonnen, auf den Kopf der Bevölkerung 459 Tonnen; in Deutschland 217 Millionen Tonnen, auf den Kopf 332 Tonnen; in Großbritannien 187 Millionen Tonnen, auf den Kopf 414 Tonnen. Dabei hatte aber die Zunahme in den letzten zehn Jahren in Amerika 85 Prozent, in Deutschland 43 Prozent, in England jedoch bloß 8 Prozent erreicht. Vergleicht man nun mit diesen drei Riesen die anderen Industriestaaten Europas, so erscheint Frankreich mit einem Kohlenverbrauch von 58 Millionen Tonnen und 147 Tonnen auf den Kopf der Bevölkerung, Oesterreich-Ungarn mit einem Kohlenverbrauch von 52 Millionen Tonnen, auf den Kopf 102 Tonnen. Bei Italien und Schweden sinken die Zahlen auf 9 und 5 Millionen Tonnen und einen Kopfverbrauch von 033 und 089 Tonnen herab. Allein so gering überhaupt und auf den einzelnen Einwohner berechnet der Kohlenverbrauch zum Beispiel Italiens ist, da das Kohlenvorkommen im Lande fast vollständig fehlt, bleibt er doch von der Einfuhr, das heißt von England abhängig; der Druck, den die britische Flotte auf die langgestreckte Halbinsel auszuüben vermag, verschärft sich noch durch die Unentbehrlichkeit der britischen Kohlendampfer. Bismarck mußte wohl, warum er das italienische Bündnis bei einem feindlichen Verhältnis Englands zu Deutschland als wertlos und unhaltbar bezeichnete.

Doch neben England, dessen Kohlenzufuhr im Frieden die skandinavischen Länder, Portugal und Italien beherrschte, wegen der wohlfeilen Seefracht aber auch in Nordfrankreich, ja in den deutschen und

österreichisch-ungarischen Hafenstädten als siegreicher Wettbewerber auftrat, begann in zunehmendem Maße Deutschlands Kohlenausfuhr sich geltend zu machen. Knapp vor dem Kriege führte Deutschland nach Oesterreich-Ungarn um 180 Millionen Mark Steinkohlen und Koks ein, nur sieben vom Hundert der österreichisch-ungarischen Kohleneinfuhr stammten nicht aus Deutschland; dem stand eine Braunkohleneinfuhr aus Oesterreich-Ungarn nach Deutschland im Werte von 69 Millionen Mark gegenüber. Es folgten als Empfangsländer deutscher Kohle: die Niederlande, (93 Millionen Mark), Belgien (74 Millionen Mark), Frankreich (49 Millionen Mark). Mein gerade für die Entwicklung der französischen Eisenindustrie, für die Eisenerzverhüttung im Bassin de Briey wurden die deutschen Kohlen unentbehrlich; gleichwohl gingen aus dem kohlenarmen Lande im Jahre 1913 fast vier Millionen Tonnen Eisenerz zur Verhüttung nach Deutschland. Im Kriege nun bietet Frankreich das belehrendste Beispiel der völligen Abhängigkeit kohlenarmer Länder von den Kohlenausfuhrländern. Seiner zumeist im Nordosten gelegenen Gruben durch den deutschen Einbruch beraubt, mußte Frankreich schon 1915 aus England 19,987.000 Tonnen Steinkohlen einführen, nach Abschluß des Vertrages mit England im April 1916, der eine Kohlenlieferung von zwei Millionen Tonnen im Monat festsetzte, steigerte sich die Einfuhr im Jahre 1916 auf 20,956.000 Tonnen. Die Unzulänglichkeit der Transportmittel — ein wesentlicher Teil des französischen Eisenbahnwagenvarks ist in deutsche Hände gefallen —, vor allem aber die deutschen U-Boote haben die Zufuhr namentlich in den letzten Monaten immer enger eingeschnürt und die furchtbare Kohlenkrise verursacht, die Frankreich jetzt darniederbrückt. „Alles schien organisiert“, schreibt der „Temps“, „um die besten Ergebnisse des französisch-englischen Vertrages zu erreichen. Es gab nur eine Lücke und sie war die eigentliche Ursache der Krise: der Vertrag hatte die Verschärfung des U-Boot-Krieges nicht vorgesehen.“

Was bedeutet aber die Tatsache, daß Frankreich genötigt war, 1915 nahezu das Drittel, 1916 nahezu die Hälfte seines regelrechten Friedensverbrauchs an Kohlen aus England zu holen? Doch offenbar, daß ohne englische Hilfe der französische Widerstand infolge der Besetzung der Nordostdepartements durch die Deutschen längst zusammengebrochen wäre. Der Vorstoß über Belgien, wenn er auch Paris nicht erreichte, war der Stoß ins Herz und die Schlacht an der Marne hat bloß die augenblicklichen, nicht die dauernden Wirkungen des deutschen Waffenerfolges gehemmt. Ohne englische Kohlen hätte Frankreich seine Munitionsindustrie niemals nach dem sich steigenden Bedarf des Artilleriekampfes ausbauen, ja nicht einmal den Betrieb der Eisenbahnen nach den Anforderungen der kämpfenden Front, ihrer Vorfahrung, ihrer Truppenverschiebungen aufrecht erhalten können, es wäre unrettbar einer Auszehrung seiner Kräfte verfallen. Der moderne Krieg kennt wieder die „entscheidenden Positionen“, die „beherrschenden Stellungen“, nur sind es nicht die Festungen, Hochflächen und Wasserscheiden der tustelnden Erhaltungstrategie des achtzehnten Jahrhunderts, sondern die Herzpunkte der Industrie und die Lagerstätten ihrer wichtigsten Rohstoffe. Indem nun England seine beiden des Brennstoßes fast entblößten Bundesgenossen Frankreich und Italien mit Kohlen versieht und ihnen die Kampffähigkeit, ja das blanke Leben erhält, ist es schon darum — auch abgesehen von seiner finanziellen Uebermacht und seiner Seegewalt — der Herr und Gebieter des Bundes. Auch die volle Bedeutung der amerikanischen Einfuhr wird erst von diesem Gesichtspunkt aus klar. Sie hat nicht nur das Heer Englands bewaffnet, bevor dieses seine Kriegsindustrie geschaffen hatte, sie hat auch ungeheure Mengen britischer Kohle freigesetzt, die den italienischen und französischen Werkstätten und Bahnen die unentbehrliche Triebkraft verleihen.

Endlich findet „der Kampf um die Seele der Neutralen“ durch die Kohlenlieferung eine wesentliche, ja entscheidende Ergänzung. England bedarf der norwegischen und der holländischen Schiffe, um seinen durch die Kriegstransporte und durch die U-Boote geschmäleren Frachtraum zu ergänzen. Doch die holländische und die norwegische Schifffahrt und Industrie ist ebenso sehr auf die britische Kohle angewiesen. Neben die Gewinniger der Reeder tritt fast gebietend die Kohlennot des Landes. Will nun Deutschland verhindern, daß die Neutralen völlig unter das Gebot des Bierverbandes geraten, so muß es wenigstens teilweise in Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden als Kohlenlieferant an die Stelle seines Hauptgegners treten. Und diese Notwendigkeit, durch die Verschärfung des U-Boot-Krieges erst recht unabweislich geworden, zählt unter die Hauptursachen der augenblicklich in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn waltenden Kohlenknappheit. Die beiden Vorkämpfer des Weltkrieges befinden einander nicht nur mit Geschossen und Torpedos, sondern auch mit Kohlen transporten, nicht nur auf dem Schlachtfeld und auf dem Meere, sondern auch in der Tiefe des Schachtes. Und welche Heeresmassen ballen sich in den Schächten zusammen! 666.000 Menschen fanden 1912 in den deutschen Kohlengruben Beschäftigung, mehr als 800.000 in den englischen. Die Bergleute, die Eisenbahner, die Munitionsarbeiter bilden in jedem Sinne das zweite Heer des Weltkrieges.

Der Krieg und die Kohle.

Aus London kommt die amtliche Meldung, daß alle Kohlenbergwerke des vereinigten Königreiches für die Dauer des Krieges vom Staate in Besitz genommen werden sollen. Schon vor längerer Zeit ist das britische Handelsamt in der wachsenden Besorgnis bezüglich der stetigen Abnahme der Kohlenausfuhr mit den Grubenbesitzern in Verhandlungen eingetreten, um eine Regelung in der Verteilung der Steinkohlen für den Inlandsverbrauch, für die Ausfuhr und die Abgabe an die neutrale Schifffahrt zu bewirken. Es wurde damals den Gewerkschaften ein Abkommen in Aussicht gestellt, in welchem den Bergwerksbesitzern dieselben Gewinne garantiert werden sollten, die früher erzielt worden sind. Den Arbeitern sollten entsprechende Löhne gesichert werden, und als Hauptzweck der neuen Regelung wurde die Notwendigkeit einer amtlichen Kontrolle in der Abgabe der Bunkerkohle an die neutrale Schifffahrt ins Treffen geführt. Die Regierung wollte damals den Außenhandel mit Kohle selbst in die Hand nehmen, um ihre bekannten politischen Zwangsmaßnahmen gegen die neutrale Schifffahrt durchführen zu können.

Infolge der großen Beunruhigung unter den englischen Kohlenhändlern, welche durch bedeutende Kursstürze auf der Londoner Kohlenbörse zum sichtbaren Ausdruck gelangte, sah sich die englische Regierung damals veranlaßt, den Rückzug anzutreten und zu erklären, daß alle bezüglichen Zeitungsnachrichten auf irrtümlichen Informationen beruhten. Diesem Dementi war allerdings hinzugefügt, daß die Regierung sich jedoch für die Zukunft vorbehalten müsse, bei etwa eintretenden neuen politischen Ereignissen entsprechende Maßnahmen in der Kohlenfrage zu verfügen. Diese politischen Ereignisse scheinen nunmehr eingetreten zu sein, da die englische Regierung jetzt die Besitzergreifung der britischen Kohlenindustrie tatsächlich beschlossen hat. Die für die Dauer des Krieges beachtliche Beschlagnahme der Kohlenwerke soll zweifellos bedeuten, daß die Regierung den Betrieb des Kohlenabbaues und des Kohlenhandels selbst in die Hand nehmen will. Es soll also sowohl in der Kohlenförderung als auch im Handel und Verbräuche die private Tätigkeit ausgeschaltet werden und die englische Staatswirtschaft an ihre Stelle treten. Die englische Kohlenförderung ist im Kriege von der Friedensförderung des Jahres 1913 im Betrage von 292 Millionen Tonnen auf 254 Millionen Tonnen im Jahre 1916 zurückgegangen, und die englische Kohlenausfuhr des Jahres 1913 in der Menge von 73 Millionen Tonnen ist auf 38 Millionen Tonnen des Jahres 1916 gesunken. Die Anforderungen

der englischen Verbündeten konnten auch nicht annähernd befriedigt werden; der englische Kohlenbergbau konnte die gelegentlich der wiederholten Wirtschaftskonferenzen für Frankreich und Italien zugesagten Lieferungen nicht einhalten. England hat auch jene Kohlenmengen nicht liefern können, welche es in den mit den neutralen Staaten geführten Wirtschaftsverhandlungen zugesichert hat. Die neutralen Staaten waren genötigt, sich in ihrer großen Kohlennot an Deutschland zu wenden, das mit ansehnlichen Kohlenlieferungen helfen konnte und die neutralen Länder vor wirtschaftlichen Katastrophen gerettet hat. Der verschärfte Unterseebootkrieg hat nun die Aussichten für englische Kohlenlieferungen vermindert, während das Vertrauen der neutralen Staaten in die Wirtschaftskraft Deutschlands erheblich gestiegen ist. Die neutralen Staaten sind den Lockungen Wilsons nicht gefolgt und werden nun mit deutscher Kohle versorgt werden. Die Haltung der neutralen Staaten in dem verschärften Unterseebootkrieg ist das politische Ereignis, welches England dazu veranlaßt hat, die Kohlenindustrie für Kriegsdauer zu verstaatlichen.

Englands Prestige als Kohlenstaat hat in diesem Kriege außerordentlich gelitten. Früher war England die erste wirtschaftliche Großmacht der Welt. Im Jahre 1860 betrug die Kohlenförderung Englands vier Fünftel der Weltförderung, noch im Jahre 1885 betrug sie die Hälfte der Weltproduktion. Derzeit ist der englische Anteil auf ein Viertel der Kohlenförderung der Erde gesunken, obwohl sich die englische Förderung seit 1860 verdreifacht hat. Im Jahre 1900 hat Amerika die englische Kohlenförderung überholt, und nun ist der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Kohlenförderung Deutschlands die englische Kohlenförderung übertrifft wird. Englands Machtstellung in Europa war hauptsächlich in der des Kohlenlieferanten der kohlenarmen Staaten begründet. Die ganz enorme Entwicklung der Kohlenindustrie Deutschlands, das seine Kohlenförderung vom Jahre 1903 bis 1913 von 162 Millionen Tonnen auf 278 Millionen Tonnen, das ist um zirka 70 Prozent, erhöht hat, mußte England mit Neid erfüllen. England mußte fürchten, daß die auf seine Kohlenlieferungen angewiesenen Staaten sich seiner politischen Vormundschaft entwinden und ihren Kohlenbedarf in Deutschland decken könnten. Die gelegentlich des letzten internationalen Geologenkongresses veröffentlichten Daten betreffend den ungeheuren Kohlenreichtum Deutschlands haben in England eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Der Kohlenvorrat Englands wurde mit 189 Milliarden Tonnen, jener Deutschlands mit 423 Milliarden Tonnen geschätzt. Die feinerzeitige Besorgnis, es könnten sich die für die Außenpolitik Englands so wichtigen Kohlenvorräte frühzeitig erschöpfen, haben bereits im Jahre 1901 zu einer parlamentarischen Aktion Anlaß gegeben, welche die neuerliche Berechnung des englischen Kohlenvorrates zum Zwecke hatte. Man wußte in England ganz genau, daß die Aussichten der rationell arbeitenden deutschen Bergwerksindustrie äußerst günstige seien, man war besorgt in der Erkenntnis, daß Englands Kohlenbergbau seit alter Zeit Raubbau betreibt, lediglich von finanziellen Interessen geleitet.

Die außerordentlich günstigen geologischen Verhältnisse und die für den Außenhandel günstig situierten Kohlenlager Großbritanniens boten wenig Aussicht für die deutsche Kohlenindustrie, mit der englischen in einen erfolgreichen Wettbewerb einzutreten. Ungeachtet dieser relativ ungünstigen Verhältnisse war es der deutschen Kohlenindustrie dennoch gelungen, ihre Kohlenausfuhr von 21 Millionen Tonnen des Jahres 1903 auf 43 Millionen Tonnen des Jahres 1913 zu erhöhen. Hierbei ist noch bemerkenswert, daß der jährliche Eigenverbrauch an Kohle in Deutschland im vorgenannten Zeitraum von 156 Millionen Tonnen auf 250 Millionen Tonnen gestiegen ist, während England im Jahre 1913 nur 192 Millionen Tonnen Kohle für eigene Zwecke verbrauchte. Die vorliegenden Zahlen beweisen die ganz erstaunliche Entwicklung der deutschen Industrie. Dabei hat aber Deutschland seine großen Interessen an der Landwirtschaft keineswegs außer acht

gelassen. England dagegen hat im Vertrauen auf seine Seeherrschaft, die ihm die Nahrungsmittelzufuhr aus aller Herren Ländern gewährleistet hat, seine Landwirtschaft bis zu ihrer jetzigen Bedeutungslosigkeit zurückgehen lassen und seine Volkswirtschaft fast zur Gänze auf Handel und Industrie eingestellt. Die fabelhafte Entwicklung der Kohlenindustrie hat bei gleichzeitiger Erstarkung der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland stattgefunden, während die englische Kohlenindustrie sich auf Kosten der Landwirtschaft entwickelt hat.

Wäre die friedliche Entwicklung durch den Weltkrieg nicht gestört worden und hätte die Steigerung in der Kohlenherzeugung in den folgenden Jahren Deutschland und England in ähnlicher Weise sich vollzogen, wie dies im letzten Wirtschaftsjahrzehnt der Fall war, dann hätte im Jahre 1917 die Kohlenproduktion Deutschlands jene Englands bereits erreicht, im Jahre 1923 hätte die deutsche jährliche Kohlenförderung die englische bereits um 45 Millionen Tonnen überholt. Die englische Kohlenindustrie verfolgte seit jeher vorwiegend geschäftliche Interessen; der englische Kohlenindustrielle ist nur Kaufmann, der deutsche Industrielle ist Bergmann, er betreibt Bergbau wohl im eigenen finanziellen Interesse, aber gleichzeitig im eminent öffentlichen Interesse des Staates. In diesem grundsätzlichen Unterschiede in der Entwicklung der englischen und deutschen Kohlenindustrie liegen die Gründe des Sieges der deutschen Kohlenindustrie gegen den englischen Bergbau, welcher letzteren nun der englische Staat selbst in die Hand nehmen muß, um seine wirtschaftspolitischen Interessen zu wahren.

Der feinerzeitige Munitionsminister und derzeit Premier Lloyd George hat gelegentlich eines Bergarbeiterstreiks an die in London versammelten Vertreter der Bergarbeiter Großbritanniens folgende beachtenswerte Rede gehalten: „Kohle ist Leben für uns, im Frieden und im Krieg ist König Kohle der Beherrscher aller Industrien; Kohle ist alles für uns, sie ist der schrecklichste Feind und der mächtigste Freund. Habt Ihr nicht die furchtbaren Verlustziffern der englischen Soldaten gelesen? Ihre Wunden, ihr Tod sind verursacht durch deutsche Kohle, durch den westfälischen Bergmann, Hand in Hand arbeitend mit dem preussischen Ingenieur, beide ihre Kräfte ohne Geiz, ohne Rücksicht, ohne beschränkende Regeln dem Dienste des Vaterlandes opfernd.“ In diesen Worten hat Lloyd George, auf dessen Initiative wahrscheinlich die Verstaatlichung des englischen Kohlenbergbaues zurückzuführen ist, seiner großen Angst vor den Leistungen deutscher Industrie kundgegeben, welcher sich die Kohlenindustrie Oesterreich-Ungarns kräftig zur Seite gestellt hat, um den Vernichtungswillen unserer Feinde zu brechen. Die nun verkündete Verstaatlichung des englischen Kohlenbergbaues wird die Mißstände alter Zeit, die in der britischen Eigenart liegen, nicht mehr beheben. Im Kampfe mit den hervorragenden Leistungen der Montanindustrie der verbündeten Zentralmächte ist England jedenfalls unterlegen.

Wochenchau.

H. A.—r. Auch diese Woche war vom Unterseebootkrieg und der Sorge um die Kohle beherrscht. Und da innerhalb des Unterseebootkrieges der Kohle wieder eine ganz besondere Bedeutung zukommt, bei der Möglichkeit, die Kohlenzufuhren Englands nach Frankreich, Italien und nach Saloniki abzuschneiden, so gewinnt die Kohlenfrage noch doppelt große Wichtigkeit in diesem Kriege. Wie wenig bedeuten dem gegenüber all die vielen Dividenden-Freuden und die wenigen Dividenden-Leiden unserer Börse. Auf diesem Gebiete sind kaum mehr Ueberraschungen möglich. Kaum eine Unternehmung gibt es, die nicht über eine ganz unerträgliche Verteuerung der Betriebskosten, vor allem der Koh- und Hilfsstoffe klagen würde, eine Verteuerung, die aber dem Hinaufschneiden der Dividende keineswegs hinderlich war. Weit aus größer als die Steigerung der Gesehungskosten war eben nicht bloß die des Brutto, sondern auch die des Reinertrages dank der noch höheren Steigerung der Verkaufspreise, und so sieht man neben zehntausend entzückten Aktionären Millionen Verbraucher als Leidtragende. Dieser Krieg ist der beste Arbeitgeber, den Industrie und Handel sich wünschen konnten. Drum kann unsere Börse eigentlich nur dann von einer Ueberraschung sprechen, wenn sie einmal — ganz ausnahmsweise — von einer Dividendenkürzung hört. Wie etwa bei der Salzgitarjaner Steinkohlen-Gewerkschaft, bei der freilich auch wieder der Krieg, die Rückwirkung von Kriegsschäden das Entscheidende war. So mußte all das gegenüber dem Gewaltigen, das der Krieg mit seinen Wirtschaftsproblemen an Neuem gebracht hat, weit zurücktreten. Wichtiger als der immer höhere Aufbau der Dividenden ist der allmähliche Abbau der Warenpreise geworden. Die Kriegswirtschaft hat ihn bereits begonnen und die Uebergangswirtschaft nach Wiederkehr des Friedens wird darin noch kräftiger vorgehen müssen.

Dem Kriegsende, dem Frieden muß uns jeder Erfolg des Unterseebootkrieges immer näher bringen. Wie dieser den ganzen Erdball umspannende Krieg durchaus nicht in letzter Linie von den Aufgaben der Lebensmittelfuhr und da wieder der Verteilung beherrscht ist, so wird der Unterseebootkrieg mit seiner Unterbindung der Versorgung der Feindesländer zu einem Mitentscheidenden, wenn schon nicht zu dem Hauptentscheidenden werden. Die Rückwirkung der scharfen Führung des Unterseebootkrieges macht sich schon jetzt, nach nicht viel mehr als einer Woche U-Bootkrieg in England und bei seinen Verbündeten schwer fühlbar. Und wie beim Stoß elastischer Kugeln wirkt diese Kampfweise auch über den Atlantischen Ozean, nach Nordamerika hinüber. Sein Bahnverkehr ist in arges Stoden geraten, weil die Bahnhöfe und Lagerhäuser in den Hasenplätzen seit dem Stillliegen der Frachtdampfer neu anrollende Güter nicht mehr aufnehmen können. So wirken die Unterseeboote der Zentralmächte auf tausende Seemeilen weit in die Ferne. Vom Kanal, von der Nordsee und vom Mitteländischen Meer, wo sie Wachtsdienst halten, fühlt der Verkehr den Stoß bis zur pazifischen Küste Amerikas. Das „Alle Räder stehen still!“ gilt jetzt von dem Machtgebot der Unterseeboote.

Das Eingreifen der Unterseeboote hat dieses Stillstehen der Räder wirklich gebracht. In Frankreich und Italien selbstverständlich nach viel mehr als in Amerika, das sich ja bloß vor einer betriebstechnisch zu erklärenden Verkehrsstauung sieht, während Frankreich und Italien unter immer schwerer drückender Kohlennot leiden. Ihre Fabriken, auch die der Munitionsindustrie, müssen Feierschichten einlegen und die Eisenbahnen sehen sich zur weitestgehenden Einschränkung, wenn schon nicht zur Einstellung des Verkehrs gezwungen, weil die Zufuhr der Heizkohle unterbunden ist. Der Großteil der Dampfer mag überhaupt nicht auszufahren und die Wagemutigen erteilt das Unterseeboot auf hoher See, wenn sie nicht schon im Küstenumkreis einer Mine zum Opfer fallen. Dabei ist England selbst mit fast eisenbahnlänglichen Millionen Tonnen Getreide und Futtermittel auf die Ueberseeversorgung angewiesen. An Weizen allein müssen siebeneinviertel Millionen Tonnen vom Auslande geliefert werden. Diesem riesigen Bedarf an Zufuhr standen schon bisher die Knappheit der Vorräte in den Bezugsländern sowie die Frachtraumnot gegenüber und der U-Bootkrieg wird jetzt das Uebrige besorgen.

Erst jetzt bekommt England den Krieg so recht zu fühlen. Den Militarismus Deutschlands wollte England vernichten und nun sieht es sich Zug um Zug gezwungen, innerhalb weniger Wochen das bei sich daheim selbst zu schaffen, was dieser Militarismus Deutschlands und dessen mit jenem eng verbundene Wirtschaftspolitik im Laufe eines Jahrhundert in zäher Arbeit aufgebaut haben. Der Einführung der Wehrpflicht ist die Schaffung eines Millionenheeres gefolgt und in der Kriegswirtschaftspolitik wird das Beispiel des verhassten Gegners Schritt um Schritt nachgeahmt. So, in manchem Belang hat sich das antimilitaristische England zu noch schärferen Maßnahmen entschlossen, um den Krieg bis aufs Aeüßerste zu führen.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten ihre Eisenbahnen schon im Frieden aus volkswirtschaftlichen Erwägungen verstaatlicht — England führte den Staatsbetrieb auf seinen Eisenbahnen beim Kriegsbeginn aus militärischen Rücksichten ein. Aber England ging sehr rasch viel weiter: auch die Handelsflotte wurde zu etwa zwei Drittel verstaatlicht, für den Krieg requiriert. Und verstaatlicht wurde auch die Schiffsversicherung! Verstaatlicht wurde aber auch die Munitionsindustrie und ebenso hat der Staat seine Hand jetzt auf die Kohlengruben gelegt, auch ihr Betrieb ist nunmehr verstaatlicht. Wenn Fürst Krapotkin diesen Weltkrieg vorhergesehen hätte, dann hätte er für sein Werk „Wohlstand für alle“, in dem er die Zukunftsorganisation der Menschheit, ihrer Wirtschaft in Produktion und Verbrauch aufzubauen versucht,

gewiß so manchen Fingerzeig bekommen. Der Krieg hat England — zunächst freilich nur bis zur Wiederkehr des Friedens — den staatlichen Betrieb eines großen Teiles der Industrie, ferner von Eisenbahn, Schifffahrt und Bergbau gebracht. So fehlt jetzt in England nicht mehr viel zu dem, was man gerade dort noch wenige Jahre vorher als unmöglich, wenn schon nicht als Utopie bezeichnet hatte. Alles verstaatlicht! War Lloyd George seinerzeit aus sozialpolitischen Erwägungen für den Staatsbetrieb der Kohlengruben eingetreten, ohne dabei viel Gehör zu finden, so nötigt er ihn England jetzt unter dem Kriegsdruck auf. Was die großen Arbeitseinstellungen nicht erreicht haben, das ist jetzt dem Arbeitgeber Krieg gelungen. Die Verstaatlichung der Gruben in England läuft praktisch auf dasselbe hinaus, was bei uns erreicht wird, wenn ein Betrieb unter staatlichen Schutz gestellt wird: auf die ständige Aufrechterhaltung des Betriebes durch Bindung seiner Beamten- und Arbeiterschaft. Die Freiheit des Arbeitsvertrages wird auf Kriegsdauer in einem gewissen Maße aufgehoben. Diese Verstaatlichung des Betriebes der Gruben sichert der Regierung aber auch die volle Verfügung über die Produktion, über die Förderung der Gruben, sowie den vollen Einfluß auf die Verwertung des Förderungsergebnisses. Von da bis zum staatlichen Kohlenmonopol, wie es die Fabians so dringend empfohlen hatten, eines Produktions- und Handelsmonopols für Kohle ist wirklich nur mehr ein Schritt! So ist England jetzt noch viel weiter gegangen als Preußen mit Gladbeck und der Hibernia und auch als Oesterreich, das vor zwei Jahren mit seiner denkwürdigen Kohlvorkommensverordnung und mit den Bemühungen, dem Staate wieder größeren Einfluß auf den Kohlenbergbau zurückzuerobern, einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht hat. Vor dem stärksten Kampfmittel Deutschlands greift England jetzt zum stärksten Abwehrmittel wenigstens in der Kohlenversorgung.

Gegenüber diesen Kohlen Sorgen Englands und seiner Verbündeten treten die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Gebiete bei uns zeigen, weit und immer weiter zurück. Bei uns herrscht ja kein absoluter, nur relativer Kohlenmangel. Relativ im Sinne der bloß lokal mangelhaften Verteilung! Also kein Notstand in der Kohlenförderung, sondern in der Beförderung der Kohle. Hätten wir nur genug Waggons und Lokomotiven, genug Stationsraum und Geleise für die entsprechend rasche Abfuhr der Kohle aus den Revieren, an Kohle würde es gewiß nicht fehlen! In Wirklichkeit aber haben Wien und Prag, Brünn und Linz und all die anderen Städte, die über Kohlemangel klagen und nun zur Streckung von Beleuchtungs- und Heizmaterial gezwungen sind, hauptsächlich deshalb keine Kohle, weil auch unsere Verkehrsmittel, ganz so wie die der anderen Länder für die Ansprüche der Kriegswirtschaft nicht ganz ausreichen. Einen solchen Umfang und eine solche Dauer des Krieges hat man ja eben nirgends als möglich erachtet und darum in der Friedensarbeit auch nicht dafür vorgesorgt. In kommenden Zeiten wird man vielleicht auch für den Approvisionierungs- und Verkehrsbedarf des Krieges entsprechende Vorsorge treffen, wie dies in Deutschland vor fünfundsiebzig Jahren finanziell, mit dem Schatz im Julius-Turm geschehen ist. Die Kohlenverlegenheiten der Städte sind eine Folge nur des Fahrpartmangels. Der beste, sprechendste Beweis für den rein örtlichen Charakter des Mangels ist es ja doch, daß die Halden in den Revieren bis zum fast Unmöglichen überfüllt sind. Und hätte man sich nicht mit der Abfuhr nach Deutschland, eine Abfuhr, die durch die Herjendung reichsdeutscher Wagen ermöglicht wird, so müßten Feierschichten eingelegt werden, weil sonst, bei langsamerer Abfuhr die schon jetzt überfüllten Halden keinen Raum mehr für die neue Förderung böten. Diese Ausfuhr jenes Teiles der Kohlenvorräte nach Deutschland, den wir nicht mit unseren eigenen Betriebsmitteln abführen können, schützt also unsere Belegschaften vor dem Einlegen von Feierschichten.

So hat dieser Krieg denn auch da eine Ueberraschung gezeitigt, das starke Ueberwiegen unserer Kohlenausfuhr nach Deutschland über die Kohlenlieferung Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn, obwohl unsere Förderung kaum das Viertel der deutschen beträgt. Unsere Kohlenfrage ist und bleibt also nur eine Verkehrsfrage, während sie bei der Entente eine Frage der Produktion ist. Das Ostrauer Revier hat im Jahre 1916 um 150.910 Waggons Kohle mehr als im Friedensjahre 1913 gefördert, eine Steigerung um mehr als 16 Prozent! Das Kladoer Revier, Schazlar, Galizien, Falltau haben fast ganz dasselbe gefördert und nur im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier hat sich ein Ausfall ergeben. Aber dieses Weniger — 360.744 Waggons = 24 Prozent — ist durchaus nicht so groß, daß es die jetzigen Verhältnisse erklären könnte. Wie sehr der Verkehr an der Kohlenfrage beteiligt ist, dafür ist es wohl am bezeichnendsten, daß man Kohle jetzt sogar schon auf dem Wasserwege nach Prag zu verschiften sucht, so kostspielig diese Beförderung sich erwiesen hat.

Kohlennot und Politik.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Wien, 20. Februar.

Der französische Ministerpräsident hat wieder einmal den Triumph, daß er nicht gestürzt wurde. Seine Majorität ist viel kleiner als je zuvor und die Angriffe gegen ihn und seine Politik sind viel heftiger geworden, die Anklagen gegen ihn häufen sich Aber er ist nicht gefallen, er regiert weiter und das ist für einen Ministerpräsidenten in Frankreich die Hauptsache. Herr Briand hat in der Kammer die Kabinettsfrage gestellt, um den Antrag des radikalen Deputierten Joubert zu Fall zu bringen, welcher darauf abzielte, das Ackerbauministerium als selbständiges Ministerium wieder herzustellen. Durch die neuen Verschiebungen im Kabinett Briand sind mehrere Fachministerien, welche von alters her bis in unsere Tage selbständig gewesen sind, unterdrückt worden, und das Ackerbauministerium, welches in letzter Zeit unter Leitung des Herrn Méline gestanden, ist mit anderen Ressorts vereinigt worden. Der Agrikulturstaat Frankreich hat kein Ackerbauministerium. Es ist begreiflich, daß sich heftige Stimmen gegen diese Reform erheben, welche den einzigen Zweck haben kann, durch Verminderung der Ministerstellen die Macht des Herrn Briand zu steigern. Die Anklage, daß Herr Briand nach der Diktatur strebe und dieselbe vorbereite, gewinnt dadurch an Begründung. Er geht vermindert aus dieser Debatte hervor und fühlt es auch. Die Mehrheit, die er für die Vertrauensfrage erlangte, ist unter dreihundert gesunken, und er fühlt, daß mit einer solchen Regierungsmehrheit nicht regiert werden kann — deshalb hat der offizielle Telegraph die Anzahl der Regierungsanhänger rasch vermehrt und berichtet, daß 339 Stimmen für das Vertrauensvotum gestimmt haben. Bald kam die Richtigtstellung.

Aber Herr Briand hat doch die Majorität, er vermag vorläufig noch immer das Spiel fortzusetzen, daß der „endliche Sieg“ nahe sei. Wenn die Hoffnungen in Frankreich sinken, dann kommt gewöhnlich ein politisches Ereignis den Predigern für die Religion des Endsieges zu Hilfe und der endliche Sieg, welcher schon verschwunden war, wird wieder in die Nähe gerückt. Zuerst hat das Eingreifen Italiens die Siegeshoffnungen in Frankreich belebt. Und als Italien keine Hilfe bringen konnte, sondern Hilfe verlangte, begann die Mißstimmung im Lande und in der Kammer mächtig hervorzuwachen. Die Herren Poincaré und Briand waren dem Ende nahe. Da griff Rumänien, der zweite treulose Bundesgenosse der Zentralmächte, in den Krieg gegen die ehemaligen Bundesgenossen ein: die Hoffnung auf den Endsieg half den Herren Poincaré und Briand über den Sommer hinweg. Aber Rumänien wurde geschlagen, das Land von den alliierten Truppen besetzt, der König, der Hof und die Regierung mußten die Hauptstadt verlassen. Die englisch-französische Offensive hatte keinen Erfolg, das Ser in Mazedonien kann nicht vorwärts und der Endsieg entfernte sich wieder aus der Phantasie der Franzosen, bei welchen die Friedensstimmung in einer Weise um sich griff, daß sie für die heutigen Machthaber Frankreichs, welche vom Kriege leben und deren politische Macht, ja deren persönliche Existenz vom Frieden bedroht wird, gefährlich werden konnte.

Und wieder kam der Phantasie der Franzosen ein neues politisches Ereignis zustatten: Amerika.

Die Leichtgläubigkeit der Franzosen ist jedoch in einem merklichen Schwinden begriffen, und man fängt in der Pariser Bevölkerung bereits an, zu einer nüchternen Auffassung der wirklichen Lage zu kommen. Auf dem Kriegsschauplatz geht es nicht vorwärts, und die Franzosen lassen sich jetzt auf den Frühling vertrusten, welcher den Sieg bringen soll. Die Kohlennot ist auf das höchste gestiegen und unterbindet das ganze öffentliche und wirtschaftliche Leben in Frankreich. Die Franzosen frieren, und es ist nur schwer zu erreichen, sie durch Siegeshoffnungen zu erwärmen, welche noch immer keine Verwirklichung finden.

In der Kammerdebatte über die Kohlennot hat der radikale sozialistische Deputierte Emile Constant das Wort ausgesprochen: „Man heizt nicht mit Versprechungen.“ Der schneidige Deputierte meinte damit nicht die auf den Endsieg gerichteten Versprechungen, sondern seine Bemerkung zielte auf die Zusagen Englands, dem französischen Volke mit zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich auszuweichen. Diese Debatte wirft ein interessantes Streiflicht auf die Stimmung, welche in Frankreich gegen England herrscht. Der Transportminister Monsieur Herriot, welcher bis zum Kriegsausbruch Bürgermeister von Lyon gewesen und welchem die gelungene Ausstellung in Lyon einen großen Erfolg brachte, ist heute der „Minister der Not“. Er kennt die Schwierigkeit seiner Aufgabe und sucht dieselbe durch Energie und Wahrheitsliebe zu bekämpfen. Minister Herriot kennzeichnete die Lage in offenen freimütigen Worten, welche wir hier wiedergeben: „Vor dem Kriege brauchte Frankreich sechzig Millionen Tonnen Kohle per Jahr. Vierzig Millionen wurden durch die französischen Bergwerke geliefert, für zwanzig Millionen mußte die Einfuhr auskommen, welche England ohne Schwierigkeit geleistet hat. Der Krieg, die Mobilisierung der Bergleute, die feindliche Besetzung der Bergwerksgebiete des Nordens, das alles hat die französische Kohlenproduktion auf zwanzig Millionen Tonnen per Jahr sinken lassen. Wir mußten also die Ergänzung von dem Import aus England verlangen. Viel mehr als die Ergänzung, denn unsere Kriegsindustrie ist eine ungeheure „Kohlenresserin“. Wir müssen also, nachdem unsere Kohlenförderung auf zwanzig Millionen gesunken ist, nicht weniger als vierzig Millionen von England anfordern.“ Und Minister Herriot gab Details über die englische Kohleneinfuhr nach Frankreich und über die getroffenen Abmachungen: „Im Sinne der mit England am 1. Juni und 3. Dezember 1916 geschlossenen Abkommen hatte sich England verpflichtet, uns zwei Millionen Tonnen per Monat zu liefern. Man sieht, daß diese Menge noch nicht unseren Bedürfnissen genügt; nun liefert England uns diese Menge auch nicht, es kann sie nicht liefern. Die Ziffer von zwei Millionen wurde wohl im August 1916 erreicht, aber sie ist auf 1,840.000 Tonnen im September gefallen, im November auf 1,513.000 Tonnen und im Dezember auf 1,421.384 Tonnen; sie verringert sich somit ohne Unterlaß und das macht seit August einen Ausfall von zwei Millionen Tonnen auf die von England eingegangenen Verpflichtungen. Was tun? Ich hatte also versucht, in der Beschaffung von Schiffsraum mehr Freiheit der Aktion zu erlangen, ich wollte den Gürtel, der uns drückt, erweitern. Ich habe deshalb die Engländer ersucht, uns mehr Schiffsraum zu bewilligen, und bin zu diesem Zwecke nach England gereist. Es ist wahr, antworteten mir die Herren Bonar Law und Stanley, wir schulden Ihnen zwei Millionen Tonnen per Monat, aber wir können sie nicht liefern.“ — „Alsdann,“ setzt Herr Herriot fort, „habe ich mich an die neutrale Schifffahrt gewendet, aber die Engländer haben das ausschließliche Recht, die neutrale Schifffahrt zu kontrollieren. Artikel 8 des Übereinkommen vom 3. Dezember 1916 ist ganz formell. Der Artikel lautet: „Die Schifffahrt der Neutralen sind ausschließlich in dem internationalen Bureau in London zentralisiert.“ Ich habe dessenungeachtet darauf bestanden,“ sagt Herr Herriot, „mehr Spielraum in dem Affretement der neutralen Schiffe zu erlangen. Ich traf auf Widerstand, aber das Exekutivkomitee hat bewilligt, die von uns sichergestellten Schiffe freizugeben. Das sind die Schiffe, welche soeben in unserem Hafen eintreffen.“ Da riefen die Deputierten Puech und Constant dazwischen: „Gibt es denn kein Mittel, die zwei Millionen Tonnen, welche die Engländer uns versprochen haben, zu erhalten?“ Herr Herriot erwiderte: „Ich habe das Wort der Engländer, die uns zwei Millionen Tonnen versprochen, aber ich habe kein Mittel, sie zu zwingen, ich kann nichts anderes tun, als an die Weisheit unseres anopferungsvollen Freundes und Verbündeten zu appellieren. Ich habe niemals aufgehört, es zu tun, und werde auch nicht aufhören, den Engländern unser dringen-

des Bedürfnis nach Kohle vorzustellen. Und ich bin sicher, daß England, obgleich es selbst in großer Verlegenheit ist, bis an die äußerste Grenze seiner Mittel gehen wird, uns zu helfen.“

Deputierter Puech ruft: „Wenn Sie die Gewißheit haben.“

Minister Herriot: Ich habe das Wort der englischen Regierung.

Deputierter Raoul Angles: Haben sie die Schiffe?

Emile Constant: Man heizt nicht mit Versprechungen.

Immer wieder kam Minister Herriot darauf zurück, daß England allein nach dem Vertrage das Recht habe, über den neutralen Schiffsraum zu entscheiden und daß daran nichts zu ändern sei. Der Artikel, welcher den Engländern das Recht gibt, könne nicht diskutiert werden. Der Minister gab die Versicherung, daß er alles tun wolle, um der Kohlennot abzuwehren, und bemerkte: Ich ziehe vor, Ihnen gemäßigtere Erklärungen zu geben, als dieser Versammlung die Beleidigung zuzufügen, sie in Hoffnungen zu wiegen, welche in dieser harten Zeit nicht verwirklicht werden könnten.

Deputierter Viktor Dalbiez rief: Ich ziehe dieses Vorgehen der Methode des Herrn Briand vor.

Der bekannte Deputierte Charles Benoist gab ein geistvolles Resumé dieser interessanten Debatte, indem er folgendes sagte: „Für diese Kohlenkrise gibt es mehrere Ursachen, welche sich miteinander vereinigen und von welchen eine die andere hervorruft. Vor dem Kriege gab es auf der einen Seite die Kohlenhändler, auf der anderen Seite die Minister. Diese beiden lebten getrennt. Man hat sie nicht miteinander vereinigt. Aber man hat ihre Nähe verwechselt. Man hat die Minister zu Kohlenhändlern gemacht, aber man hat nicht aus Kohlenhändlern Minister geschaffen. Die Konsequenzen unserer Lage können gefährliche werden. Einfache Geister könnten schließen, daß die Regierung und die Verwaltung ihre Ohnmacht und ihre Ueberflüssigkeit beweisen, und es könnte ihnen der Gedanke kommen, daß Anarchie und Regierung sich nähern. Ich will niemanden anklagen. Es handelt sich hier nicht um diesen oder jenen Minister, welcher weggeht, sondern um Schlimmeres, es handelt sich um ein Regime, welches andauert.“

Das Resultat dieser Debatte war eine einfache Tagesordnung. Damit wird der Not nicht abgeholfen. Aber die Debatte hat gezeigt, daß die Engländer auch die Freunde verlassen und daß sie nicht nur die Neutralen ins Elend gestoßen haben, sondern auch die ihnen bis zur Selbstaufopferung ergebenen Franzosen, welche von ihnen in den Krieg getrieben wurden, elend werden lassen. Auf Englands Vorgehen paßt das Wort Goethes: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.“ So handelt England gegen die Freunde, gegen die Bundesgenossen, indem es den Schlußgedanken dieser unsterblichen Verse vergißt: „Jede Schuld rächt sich auf Erden!“

21. I. 1917

59

Die Kohlenanhäufung im Ostrau-Karwiner Revier.

Steigende Produktion bei ungenügender Abfuhrmöglichkeit.

Von unserem Spezialberichterstatter.

Die Kohlenkrise bildet gegenwärtig eines der ernstesten Probleme. Aus ihm ergibt sich nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft die Frage, ob unsere heimische Produktion an Steinkohle auf jener Höhe steht, um die jetzt herrschende Knappheit zu überwinden. Nicht minder wichtig erscheint freilich auch eine Klarstellung, in welchem Maße sich die bekannten Zufuhrschwierigkeiten gebessert haben und in welcher Weise diese Schwierigkeiten auf das wichtigste Kohlenproduktionsgebiet der Monarchie, auf das Ostrau-Karwiner Revier, zurückgewirkt haben.

Ein Mitarbeiter unseres Blattes, den wir dieser Tage nach Mährisch-Ostrau entsendet haben, hatte Gelegenheit, mit den Repräsentanten der staatlichen Bergbaubehörden und der Bergbauindustrie diese Fragen zu besprechen und an Ort und Stelle bemerkenswerte Aufschlüsse zu erhalten. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß unser Bergbau in rascher und erfreulicher Entwicklung begriffen ist, daß ihm aber leider nach wie vor die Mittel und Wege fehlen, um die auch jetzt noch steigertüchtige Produktion in ausreichenden Mengen und mit der erforderlichen Raschheit dem Konsum zuzuführen.

Kein Mangel an Steinkohle.

Der Vorstand des k. k. Revierbergamtes in Mährisch-Ostrau, Herr Bergrat v. Aggermann, hatte die Diebenswürdigkeit, unserem Mitarbeiter folgende Mitteilungen zu machen:

„Von einer Kohlenknappheit zu sprechen, erscheint um so weniger angebracht, als unser Steinkohlenrevier nicht nur außerordentlich große Vorräte, sondern auch eine fortgesetzt steigende Produktion aufzuweisen hat. Während im Jahre 1913 die Produktion im Ostrau-Karwiner Gebiet 93.627.954 Zentner betrug, bezifferte sie sich 1916 auf 108.974.695 Zentner. Diese Steigerung wurde, trotzdem der heimische Bergarbeiterstand durch Einberufungen um etwa 20 Prozent geschmälert ist, durch eine seit Kriegsbeginn angewendete Aenderung der Betriebswirtschaft erzielt, indem derzeit in rationellster Art alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der Förderung gestellt werden, die laufenden und momentan unproduktiven Vorbereitungsarbeiten für den künftigen Abbau jedoch eingeschränkt wurden. Gewiß werden diese unterbliebenen Abbauvorkahrungen bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft wieder nachgeholt werden müssen, das aber ist eine Sorge, die uns vorläufig nicht zu beschäftigen braucht. Zunächst war die Erhöhung der Produktion notwendig, weil wir schon seit einiger Zeit mit einem steigenden Ausfall an deutscher Einfuhr zu rechnen haben und weil unser Revier seit kurzem auch die ungarischen Staatsbahnen zur Hauptfache mit Kohle zu versorgen hat.

Der Lagerstand.

Trotz dieser starken Inanspruchnahme war der heimische Lagerbestand immer ein befriedigender. Daß er ganz aufgebraucht wurde, ist selbst in Zeiten günstigster Abfuhrmöglichkeiten noch nie der Fall gewesen. Im Gegenteil, die oft erörterten Transportverhältnisse haben zeitweilig sogar starke Anhäufungen zur Folge. Sie hatten zum Beispiel im Dezember 1916 mit einem Vorratsstand von 108.000 Tonnen eine ziemliche Höhe erreicht. Die Folge war eine allerdings vorübergehende Ueberfüllung der Lagerplätze, so daß auf einer Reihe Bergbaubetriebe die Sonntagschicht aufgelassen werden mußte. Dieser über-

mäßige Lagerbestand hat jedoch in den letzten Tagen eine erfreuliche Erleichterung erfahren. Die seit 12. d. in forcierter Weise durchgeführte Abfuhr hat bewirkt, daß sich die Vorräte am 17. d. nur noch auf 84.317 Tonnen bezifferten. Sie werden freilich wieder ergänzt durch die Tagesförderung, die sich durchschnittlich auf einer Höhe von 30.000 Tonnen bewegt.

Die Waggonbeistellung.

Die ausreichende Waggonbeistellung würde weit weniger Schwierigkeiten bereiten, wenn unsere Konsumenten sich angewöhnen wollten, beizugehen mit Kohle zu versorgen. Gerade an dieser Voraussicht aber gebricht es, und diese Tatsache hat viel zur Verschärfung der gegenwärtigen Situation beigetragen. Um auch bei unzureichenden Wagonvorräten eine gerechte Aufteilung des verfügbaren Materials zu erreichen, erfolgt die tägliche Waggonzuweisung nach einem Schlüssel, der sich perzentuell aus der normalen Produktion jedes einzelnen Kohlenbeckens ergibt. Bei normaler Kohlenförderung benötigen die Gruben unseres Reviers täglich 2240 Waggon, wobei nicht in Rechnung gezogen ist der bedeutende Kohlenbedarf der Industrie im heimischen Revier und die zur Kokserzeugung bestimmte Kohlenmenge. In wie empfindlicher Weise sich die ungenügende Waggonbeistellung auspricht, möge ein Beispiel aus der jüngsten Zeit illustrieren: Vom 16. bis 31. Januar wären zum fliegenden Abtransport der Kohle benötigt worden 35.602 Waggon, es konnten den Gruben aber nur 25.762 Waggon beigestellt werden. Da jeder Waggon durchschnittlich mit 135 Zentner beladen werden kann, ergab sich hieraus für den Konsum innerhalb vierzehn Tagen ein Ausfall von 1.350.000 Zentner.

Besserung der Transportverhältnisse.

Seit Mitte Februar haben sich jedoch Wagonbeistellung und Transportverhältnisse gebessert. Die Waggonbeistellung reicht derzeit aus, um die laufende Förderung zum Abtransport zu bringen, und auch ein Verladen der großen Vorräte dürfte allmählich gelingen. Ein rascherer Abtransport der Lager wäre schon deshalb nicht möglich, weil es an den Arbeitskräften fehlen würde. Die Einschränkung des Personenverkehrs übt eine wesentlich erleichternde Rückwirkung auf die Abfuhr aus.

Im Oberberger Bahnhof.

Eine Persönlichkeit, die infolge ihrer beruflichen Stellung genauesten Einblick in die Verkehrsverhältnisse im Oberberger Bahnhof besitzt, äußerte sich gegenüber unserem Mitarbeiter wie folgt:

Man muß aber billigerweise auch in Erwägung ziehen, welche Riesenaufgabe dieser Bahnhof zu bewältigen hat. Er vermittelt den gesamten Transitverkehr der Nordbahn, ihn passieren aber auch die Kohlentransporte für die Westbahn und Südbahn, ebenso die Kohlentransporte für die ungarischen Staatsbahnen. Diesem enormen Verkehr ist eben die Bahnhofsanlage nicht immer gewachsen, und ihre zeitweilige Verköpfung wirkt zurück auf die ganze Nordbahnstrecke. Sie hat, um nur ein Beispiel anzuführen, zur Folge, daß jetzt wieder ein großer Teil der täglichen Kohlentransporte für Ungarn, die wegen Ueberfüllung der Oberberger Gleise nicht auf der Raasdau-Oberberger Bahn abrollen können, auf der Nordbahnstrecke via Marchegg nach Ungarn gebracht werden muß. Der Wagonmangel erklärt sich teils aus dem jetzt äußerst schwerfälligen Wagonumsatz — ein Waggon braucht früher vier Tage zur Absolvierung der Strecke Oberberg—Wien, zur Entladung und zur

Rückkehr, jetzt braucht er dazu zehn Tage! —, teils auch aus der unzureichenden Ergänzung des Materials. Zwar liefern unsere Waggonfabriken monatlich 1200 Güterwagen, das reicht aber nicht aus, um den Abgang zu decken.“

Organisationsfehler.

Ein Ostrauer Bergbauinspektor in leitender Stellung machte unserem Mitarbeiter folgende Mitteilungen:

„Es ist ja richtig, daß seit einigen Tagen der Abtransport der Kohlenförderung etwas flotter vor sich geht; es wäre aber verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn man annehmen wollte, daß nun alles in guter Ordnung vor sich geht. Organisationsfehler verderben den befriedigenden Effekt. Die streng gerechte Aufteilung der verfügbaren Waggon nützt nichts, wenn die Wagen derart unpünktlich eintreffen, so daß ganze Schichten verlorengehen. Am Gabsburgschacht zum Beispiel, bekanntlich eine der produktivsten Anlagen, waren für den 18. d. die zur Frühfahrt angeforderten Waggon zugesagt. Sie trafen in Wirklichkeit aber erst am Nachmittag ein, und die ganze Förderung dieser Schicht mußte daher wiederum auf die ohnehin schon überfüllten Lagerplätze gestürzt werden. Praktisch bedeutet dies für den Konsum einen Ausfall von 40.000 Zentner! Im Dezember und Januar standen auf der Montanbahn bis zu 2000 Waggon in den einzelnen Stationen, statt den Gruben zugeführt zu werden. Auf die Nebenlinie Polanka-Königsberg hatte man im Dezember mehrere komplette beladene Kohlenzüge abgeschrieben, um die Linie frei zu machen, und sie dort eine Woche stehen lassen. Und von Wien aus überschüttete man uns mit Reklamationen! Statt die Lage durch rofige Brillen zu sehen, sollte man sich lieber an Tatsachen halten. Aus Dutzenden Beispielen für die nach wie vor spürbaren Organisationsfehler sei nur ein besonders trasses angeführt: Der Betrieb auf der Koksanstalt Trziniec mußte am 12., 13. und 14. d. wesentlich eingeschränkt werden. Koks wird dringend gebraucht, die Produktion muß aber gedrosselt werden! Grund: Keine ausreichende Wagonbeistellung. Auf einzelnen Kohlenlagerplätzen waren durch übergroße Vorratsanhäufung bereits Fälle von Kohlenbrühungen (Selbstentzündung der Kohle) zu verzeichnen. Auch der Ausfall einzelner Arbeitsschichten ist zu beklagen. Um so mehr, als die deutsche Kohleneinfuhr, die durchschnittlich 2500 Waggon täglich betrug, derzeit auf schätzungsweise 900 Waggon zurückgegangen ist. Das bedeutet einen Ausfall von 1600 Waggon täglich, den wir decken müssen. Wir könnten den Ausfall decken, aber dazu ist notwendig, daß die Verkehrsverhältnisse sich weiter bessern. Hand in Hand hiermit ist nach wie vor die größte Sparbarkeit im Konsum eine unabwendbare Notwendigkeit. Dies vorausgesetzt, wird das Ostrau-Karwiner Revier auch weiterhin den Konsum befriedigen können.“

Der Kohlenmangel und seine Lehren.

Von Hofrat Stefan v. Fodor.

Die Kümmernisse, die wir in der Versorgung unserer Städte mit Steinkohlengas vorübergehend durchzumachen haben, werfen ein grelles Streiflicht auf die Abhängigkeit vom Ausland, in der wir uns diesfalls befinden. Wohl heftigen auch wir in Ungarn Kohle, die zur Gaszerzeugung herangezogen wird, aber die Grundlage, auf der unsere Gasanstalten aufgebaut sind, sowie die örtlichen Verhältnisse schließen die Verwendung ungarischer Kohle manchenorts ganz aus, oder weisen der letzteren nur eine bescheidene nebensächliche Rolle zu.

Die hauptsächlichste Ursache dieser Erscheinung ist die, daß bei der Gaszerzeugung die denkbar größte Ausbeute an Koks angestrebt wird. Dieser Koks soll womöglich aus festen porösen Stücken bestehen, die leicht behandelt und transportiert werden können. Je besseren und je reichlicheren Koks eine Kohle liefert, desto mehr wird sie von den Gasanstalten geschätzt und daher kommt es, daß die ungarischen Gasanstalten ihren Begehr nach ausländischer, sogenannter „Gaskohle“ richten. Aus dieser letzteren können 65 bis 70 Prozent des Gewichtes als Koks genommen werden, der in seiner Beschaffenheit ein ausgezeichnetes Heizmaterial für häusliche Bedürfnisse liefert.

Die ungarische Kohle kann wohl in mancher Beziehung mit der ausländischen wetteifern, aber sie ist vorwiegend Braunkohle und gibt mit wenigen Ausnahmen bei der Vergasung einen Koks, der für unsere häuslichen Heizrichtungen entweder gar nicht oder nur schwer verwendbar ist. Würden daher unsere Gasanstalten ungarische Braunkohle zur Vergasung verwenden, so würde die bisherige Grundbedingung ihrer Rentabilität, nämlich die Einnahme aus dem Verlaufe von Koks, zum größten Teile wegfallen und der Koks müßte als lästiges Nebenprodukt verschleudert oder als unanbringbar beiseite geschafft werden. Aus diesem Grunde haben sich unsere Gasanstalten gleich im Vorhinein auf die Verarbeitung von typischer Gaskohle eingerichtet, und diese wird eben zum allergrößten Teile aus dem Auslande bezogen, von dem wir uns also auf diesem Gebiete in vollständiger Abhängigkeit befinden.

Nun aber ist jede Abhängigkeit ein Uebel, besonders jene vom Auslande. Jede Gabe von auswärts muß mit einer Gegengabe erwidert werden, und das System der Kompensationen wird auf die Dauer unhaltbar, wenn von beiden Parteien die eine die schwächere bleibt. Wir müssen daher das Uebel, bevor wir es vollständig ausmerzen können, womöglichst herabzumindern trachten. Und diesem Bestreben entsprechen wir, wenn wir alles, was mit heimischer Kohle erreicht werden kann, auch durch letztere besorgen lassen.

Zu Beleuchtungszwecken benötigen wir heutzutage kein Gas mehr. Es gab eine Zeit, wo gegen den Auerbrenner keine andere Beleuchtungsart wirtschaftlich aufkommen konnte. Aber diese Zeit ist vorüber. Seit der Erfindung der stromsparenden Metalladendlampen kann die elektrische Beleuchtung mit dem Gaslicht auch bezüglich Wirtschaftlichkeit in Wettbewerb treten. Die künstlichen Gegenstände, die man früher zwischen Gasanstalten und Elektrizitätswerken hervorrief, wurden in dem Augenblicke abgetan, als die Kommunen daran gingen, durch Einlösung beider Unternehmungen sich das Beleuchtungsmonopol zu sichern. Die Städte haben es nun an der Hand, die Erzeugung der Beleuchtung derart einzurichten, wie es den heimischen Verhältnissen am besten entspricht und sie können die gesamte Beleuchtung nunmehr durch die heimische Kohle herstellen lassen. Es ist ja übrigens eine Tatsache, daß die Gasbeleuchtung überall immer seltener zur Anwendung gelangt, selbst dort, wo man es nicht nötig hat, für ihre Erzeugung aus dem Auslande Kohle zu beziehen. Wir können daher in Ungarn aus doppelten Gründen der rückgängigen Bewegung der Gasbeleuchtung Vorjubel leisten. Wenn einmal in unseren Städten die gesamte Beleuchtung den Elektrizitätswerken überwiesen sein wird, so haben wir damit den Bezug der ausländischen Beleuchtungskohle auf die Hälfte vermindert und unsere diesbezügliche Abhängigkeit vom Auslande in entsprechender Weise herabgesetzt.

Das Ausbleiben der ausländischen Kohle hat aber nicht nur bei den Gasanstalten, sondern auch bei der Heizung in Haushalt eine Salamiität hervorgerufen. Es gibt genügend ungarische Heizkohle in den verschiedensten Varietäten, aber ein großer Teil des Publikums zieht dennoch die ausländische Kohle vor. Es

liegen gegen die Qualität der ungarischen Heizkohle mehr oder minder begründete Beschwerden vor. Man wirft ihr vor, daß sie viel Schlacken gebe, viel und lästigen Rauch entwickle und einen schwefeligen Geruch verbreite, was bei der hierorts zur Verwendung gelangenden ausländischen Kohle nicht in so ausgesprochener Weise der Fall sei. Wer es nur tun kann, zieht die ausländische Heizkohle der heimischen vor.

Aber auch dieser Zustand kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben, umso mehr, als wir darauf rechnen müssen, daß die Kohlenzufuhr aus dem Auslande sich in stetiger Weise vermindern wird, und zwar nicht nur deswegen, weil die ausländische Steinkohle immer teurer und unerschwinglicher werden wird, sondern auch aus einer besonderen Ursache. Jedes Land wird fortan danach trachten, jene aus der Kohle abcheidbaren wertvollen Stoffe bei sich zu behalten, welche es für seine Industrie und für seine Landwirtschaft benötigt, wie zum Beispiel den für die Industrie hochwichtigen Teer, die für die Landwirtschaft notwendigen Stickstoffverbindungen usw. Diese wertvollen Stoffe gehen bei der einfachen Verbrennung der Kohle vollständig verloren. Deshalb ist es speziell in Deutschland von Staats wegen zum Lösungsworte geworden, mit der rohen Verbrennung der Kohle Schluß zu machen, aus derselben fortan alles Wertvolle herauszubestillieren und nur den übrigbleibenden Koks für Kesselfeuerungen und für Heizzwecke freizugeben. Dieser Koks wird aber infolge des sich stetig steigenden Eigenverbrauches des Auslandes in immer geringeren Mengen zu uns herüberwandern, bis er schließlich ganz ausbleiben wird. Man wird sich daher bei uns wohl oder übel für häusliche Heizzwecke mit ungarischer Kohle begnügen müssen.

Nun aber bestehen die Ursachen, die in Deutschland die verschwenderische, rohe Verbrennung der Kohle verbieten, auch bei uns in Ungarn. Auch wir müssen ein großes Interesse daran haben, die Destillationsprodukte der Kohle für unsere Industrie und besonders für unsere Landwirtschaft zu verwerten. Während aber in Deutschland als Endergebnis der Kohlenbestillation zum großen Teil ausgezeichnete Koks resultiert, wird dies hierzulande nur bei einigen Kohlenarten zum geringen Teil der Fall sein; zum größten Teil wird bei uns nur solcher Koks abfallen, der für häusliche Heizzwecke gar nicht, für Kesselfeuerungen aber nur schwer verwendbar sein wird.

Die Aufröhlung des Heizproblems ist daher für uns eine schwierige Sache. Wenn wir weder für die einzelnen Haushaltungen, noch für die immer zahlreicher werdenden Zentralheizungen einheimischen Koks in entsprechender Qualität herstellen können, so müssen wir für die häusliche Heizung eben in anderer Weise vorsorgen. Aus unserer Kohle können wir durch direkte Destillation ein Heizgas herstellen, das zwar keinen derart hohen Heizwert besitzt wie jenes, welches wir bei Verwendung von ausländischer Gaskohle erhielten, aber in Ermangelung eines anderen werden wir uns auch mit dem einheimischen Gase bescheiden müssen. Aus dem resultierenden, sonst unverwendbaren Koks aber können wir durch Zuführung von Luft und Wasserdampf wieder ein anderes supplementäres Heizgas herstellen, das entweder für sich allein oder in Beimischung zum vorhin erwähnten Gas an die Haushaltungen abgegeben werden kann und daselbst den Koks ersetzt. Man wird daher anstatt mit festen Brennstoffen fortan mit Gas heizen.

Gewiß ist die Lösung des Problems keine leichte und erfordert viel Versuche und viel Zeit, gewiß bedingt die Durchführung dieses Prozesses auch eine Umgestaltung der bisherigen Anlagen. Aber wollen wir auf diesem Gebiete selbstständig werden, so bleibt kein anderer Ausweg. Selbst in jenen Ländern, wo man gute Kohle besitzt und demzufolge guten Koks erzeugt, wird dieser seitens der Gasanstalten nicht mehr ausschließlich für Heizzwecke abgegeben, sondern man beginnt den Koks im Gaswerk zurückzuhalten und ihn wieder zur Erzeugung von anderem (sogenanntem Wassergas) zu verwenden, das dem Originalgas beigemischt wird, um auf diese Weise die Gasproduktion zu vergrößern. Schon versucht man zu dieser Zusatzgaszerzeugung die im Gaswerk selbst vorhandenen Vorrichtungen zu benutzen, um so viel als möglich die bestehenden Anlagen zu verwerten und neue Apparate überflüssig zu machen. Wenn wir daher auch unsererseits daran gehen werden, die für die Haushaltungen benötigten Brennstoffe durch Heizgas zu ersetzen, so wandeln wir auf bereits betretenen Bahnen und haben uns nur an das auswärts gegebene Beispiel anzuschmiegen, um auf ähnliche Weise zum Ziel zu kommen. Dann ist auch das Heizproblem für uns gelöst und die Kohlenalamitäten werden wohl für immer ausgeschaltet bleiben.

Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich	R. 3.—
vierteljährig	R. 8 80
halbjährig	R. 17 60
ganzzährig	R. 35 20

Für das Ausland:

vierteljährig	R. 15.—
-------------------------	---------

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“
monatlich . . . 20 Heller mehr

46. Jahrgang.

Westungarische

ra und dem Dnjestr. Karocz-Sees gescheitert. abgeschlagen. ing des Krieges.

Kohlenverschwendung.

(Kriegsbrief aus dem Hinterlande.)

Budapest, 20. Feber.

Wegen der jattsam bekannten Transport-schwierigkeiten, wegen des Waggon- und Lokomotivmangels, sowie infolge der geringeren Produktion bei den Gruben herrscht überall ein ganz abnormer Kohlenmangel, der sich während der besonders strengen Winterzeit allenthalben sehr bedeutend fühlbar machte. Erst vor ein-zwei Wochen, als die größte Kälte unter allgemeinem Zähneklappern schon glücklich überstanden war, fühlte man sich von regierungswegen veranlaßt, den Kohlen- und Gasverbrauch der öffentlichen Anstalten und Lokale, in denen viel Heiz- und Leuchtmaterial benötigt wird, teils auf ein Minimum zu beschränken, teils aber vollständig einzustellen.

Und da ist es interessant zu beobachten, in welcher Reihenfolge hierzulande diese Reduzierung der Wärme- und Lichterzeugung vorgenommen wurde. Zu allererst kamen — wahr-scheinlich als „überflüssigstes“ aller notwendigen Kulturübel — die Schulen an die Reihe. Sie wurden, soweit sie nicht längst in Spitäler um-gewandelt waren, behördlich geschlossen. Bis da-hin konnte sich die Jugend beiderlei Geschlechts samt ihren Lehrern, denen es zuhaus an einem warmen Ofen mangelte, ein paar Stunden lang in der Schule wärmen. Seit dem Erscheinen der Sperrverordnung blieb das Schulvölkchen auf die ungeheizten Wohnungen und auf die bitter-kalte Straße angewiesen. Später wurden auch die Speise- und Kaffeehäuser zur Einschränkung ihres Kohlen- und Beleuchtungsverbrauches da-durch gezwungen, daß man ihnen die Konsum-quoten auf die Hälfte herabsetzte und sie überdies zu einer äußerst frühen Sperrstunde zwang. Da-bei wurde und wird immer keinerlei Rück-sicht auf den Umstand genommen, daß sich die Besucher solcher Lokale nicht durchwegs aus Prassern, Schlemmern und beschäftigungslosen Kaffeehausbummlern beiderlei Geschlechtes re-

eren. Soudsoviele Gäste der Restaurants Cafés führen doch, ohne gerade Bagabun-ar fein, keinen geregelten Haushalt und n sich die sündteueren Lebensmittel nebst otwendigsten Erwärmungsmöglichkeit in den r bestimmten Speise- und Trinkräumen ver-en. Infolge der behördlichen Beschrän- vorschritten sind diese Lokale jetzt kalt, t beleuchtet und nur solange offen, als es gestattet ist. Krieg ist Krieg und wer, sei us Gewohnheit, sei es zufolge seines Be-res länger ausbleibt, wird behördlich zum no-torischen Lumpen gestempelt, der sich auf den unbeleuchteten, polizeilich unbewachten Straßen mann immer einem Unfall durch Ausgleiten oder einem Anfall durch Wegelagerer aussetzen mag.

Dann erst folgten die Theaters und Sing-spielhallen, die Kinos, die Museen, Bibliotheken und „ähnlichen Vergnügungslokale“ öffentlichen Charakters, mit Ausnahme der Privatklubs, in denen — aus Achtung vor der persönlichen Frei-heit — auch im dritten Jahre des Weltkrieges noch die ganze Nacht hindurch dem Hasardspiel oder dem nicht minder edlen Klabbias, wie auch anderen Nationallastern schrankenlos gehuldigt werden kann, vorausgesetzt, daß der betreffende Kreis von militärfreien Kulturträgern bei der Behörde entweder gut angeschrieben ist oder „höhere“ Rücksicht erheischt.

Es wären wir also Ende Feber, das heißt zu einer Zeit, da die Strahlen der höherstehenden Sonne schon ziemliche Wärmekraft besitzen, all-mählich doch soweit gelangt, daß ziemlich alle öf-fentlichen Lokale — einschließlich gewisser A e m e t e r, wo jetzt sub titulo Kohlen- und Gas-mangel noch weniger als früher gearbeitet wird — eben dann geschlossen sind, wenn man sie gerade be-nützen möchte, wer aber den Grad ihrer Notwen-digkeit nach der Reihenfolge, in der sie gesperrt wurden, bemessen wollte, der müßte notgedrun-gen zu dem Schlusse gelangen, daß beispielsweise die Funktionierung einer Bürgerschule ein viel größerer Luxus ist, als, um gleich das an-dere Extrem zu nennen, unser höchst unentbehr-liches — A b g e o r d n e t e n h a u s.

Das größte Gebäude unserer Haupt- und Re-sidenzstadt: die Ofner Königsburg ist seit der Krönung wieder kalt und finster. Der junge Kö-nig muß aus triftigen Gründen militärischer und politischer Natur in Wien und Umgebung weilen. In Budapest wird der vielbeschäftigte Monarch, wie er es bei seiner Abfahrt verspro-chen, bald wieder und zwar zu längerem, ständi-gen Aufenthalt eintreffen. So der rasch zu wahrer Volkstümlichkeit gelangte junge Herrscher. Der andere Teil unserer Gesetzgebung, die sogenannte Volksvertretung dünkt sich eben jetzt, wo die Oppo-sition vergebens auf den heißersehnten Sturz des

23.

Verkauf in Fuhrn:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . .	46.942·30	23.320·25	7.071·90	6.728·—
Magleinsdorf . .	42.773·13	29.409·80	11.407·80	10.694·60
Engerthstraße . .	8.032·96	5.036·70	5.415·60	2.422·76
Nordwestbahnhof	—	—	—	—
Ottakring . . .	9.031·40	351·40	6.057·40	49·80
Zusammen .	106.779·79	58.118·15	29.952·70	19.895·16

Verkauf von Gries:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . .	252·35	1.693·20	2.316·25	2.483·90
Magleinsdorf . .	1.015·50	2.222·50	721·60	752·50
Engerthstraße . .	—	2.428·—	1.870·90	275·—
Nordwestbahnhof	—	471·35	412·05	825·75
Ottakring . . .	214·20	419·85	7·25	—
Zusammen .	1.482·05	7.234·90	5.328·05	4.337·15

Der Gesamtverkauf betrug:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1915 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . .	70.836·05	49.328·99	23.492·57	24.911·09
Magleinsdorf . .	65.846·51	52.570·22	20.917·58	20.579·04
Engerthstraße . .	15.445·09	15.229·67	12.150·18	7.020·32
Nordwestbahnhof	13.619·—	10.075·28	6.289·44	5.800·15
Ottakring . . .	28.322·40	15.571·92	9.295·58	942·30
Zusammen .	194.069·05	142.776·08	72.145·35	59.252·90

Die Anzahl der Parteien betrug:

	Anzahl der Parteien			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1915 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . .	116.129	108.386	65.903	71.491
Magleinsdorf . .	95.839	85.868	35.210	35.093
Engerthstraße . .	30.148	29.961	17.582	18.067
Nordwestbahnhof	62.155	66.348	22.060	22.391
Ottakring . . .	90.476	82.703	14.479	3.561
Zusammen .	394.747	373.266	155.234	150.603
Für den Tag .	16.057	16.229	6.468	6.024

Gegenüber dem Vormonate ist eine neuerliche Steigerung im Absatze eingetreten, die sich namentlich im fuhrnweisen Verkaufe (Verkauf in Handwagen) äußert.

Die Steigerung des fuhrnweisen Absatzes in Ottakring von 351 q auf 9031 q ist darauf zurückzuführen, daß die Käufer erst im Monate Jänner von der Absuhr mit Handwagen Gebrauch machten, obwohl dies von Anfang an zulässig war.

Der gesamte Absatz betrug im Jänner 1915 30.970 q (Lagerplatz Westbahnhof, Magleinsdorf und Engerthstraße), im Jänner 1916 72.145 q (fünf Lagerplätze) und hat sich im Jänner 1917 auf 194.069 q erhöht.

Die Anzahl der Parteien betrug im Jänner 1915: 78.203, im Jänner 1916: 155.234 und im Jänner 1917: 394.747.

Der größte Absatz, der an einem Tage erreicht wurde, betrug auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof 4051·37 q, auf dem

Kohlenverkauf im Jänner 1917.

Der Braunkohlenverkauf auf den städtischen Kohlenlagerplätzen im Monate Jänner 1917 gestaltete sich wie folgt:

Kleinverkauf:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . .	23.893·75	24.316·25	14.104·42	15.699·19
Magleinsdorf . .	23.073·38	20.937·88	8.788·18	9.091·94
Engerthstraße . .	7.412·13	7.764·75	4.863·68	4.322·56
Nordwestbahnhof	13.619·—	9.603·88	5.877·39	4.974·40
Ottakring . . .	19.291·—	14.799·—	3.230·93	892·50
Zusammen .	87.289·26	77.421·76	36.864·60	34.980·59

Das Kaiserpaar und die Kohlennot.

Die Wirkung der kaiserlichen Fürsorge.

Bekanntlich erging am 7. d. der Initiative des Kaiserpaars zu verdankende kaiserliche Befehl, zur Vinderung der in den breiten Volksschichten herrschenden Kohlennot militärische Hilfe, Hespferde und -fuhrwerke beizustellen; wir können nunmehr, nachdem etwa zwei Wochen verstrichen sind, die Wirkungen dieses hochherzigen Eingreifens des Monarchen einigermaßen übersehen. Die militärische Hilfe gliedert sich in die auf den Kohlenlagern am Nordbahnhof und die auf den Kohlenabgabepunkten in den Vororten. Am Nordbahnhof, als dem Mittelpunkt des Kohlenverkehrs, wurden Mannschaften zur Entladung der Waggons, zur Instandhaltung der Straßen und Steige, auf den Kohlenhöfen, dann zu Polizei- und Wachdiensten beigelegt. Seit dem 10. Februar arbeiten hier täglich vor- und nachmittags je 400 Mann. Besonders förderlich erwies sich die militärische Hilfe bei der Straßenreinigung in den Kohlenhöfen, da das Glätteis und kürzlich das Tauwetter bei dem schlechten Zustande der Verkehrswage das Fahren der Schamerfuhrwerke ganz erheblich beeinträchtigt hätten. Die für Arbeits- und Wachdienste beigelegte Mannschaft bewährte sich namentlich auf der von der Nordbahn eingerichteten Kleinabgabestelle in der Innstraße, wo dank einem sehr zweckmäßigen Arbeitsvorgange täglich rund 4500 Parteien je 100 Kilogramm Kohle erhielten, somit jeden Tag zirka 450 Tonnen Kohle an kleine Leute abgegeben wurden.

Für die Kohlenabfuhr vom Nordbahnhof an die Klein Händler und an Spitäler wurden vom Hof- und Militärärar nach dem 10. d. täglich rund 100 Pferde- und 50 bis 60 Lastenautos beigelegt, die zusammen innerhalb 24 Stunden etwa 400 Tonnen Kohle in die entfernteren Stadtteile führten. Kann diese Menge auch nur als ein kleiner Bruchteil der täglich von den Zivilunternehmern abgeführten Kohle angesehen werden, so dürfen wir für diese Hilfe doch dankbar sein, weil sie die gerade in den entlegeneren Bezirken besonders arge Kohlennot gemildert hat. Bedeutungsvoll für die Vinderung der Kohlennot waren die von der Gemeinde Wien eingerichteten Kohlenverkaufsplätze, die teils seit Kriegsbeginn bestehen, teils seit Verlautbarung der Allerhöchsten Initiative für die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Kohle eingerichtet und erweitert wurden. Diese Verkaufsplätze wurden von der Kriegsverwaltung durch Beigabe von Mannschaften zu Entlade- und Wägearbeiten, noch mehr aber durch Ueberlassung beschlagnahmter Kohle unterstützt. Der Frost hatte nämlich die Leistungsfähigkeit der Bahn, besonders die Aufnahmefähigkeit wichtiger Bahnhöfe derart herabgesetzt, daß auf der Nordbahn zahlreiche kohlenbeladene Waggons standen, die nicht nach Wien gebracht werden konnten. Von diesen leider stillgelegten Waggons wurden 250 auf die Wiener Vorortebahnhöfe überstellt, die so hereingabachte Kohle zur Abgabe an die Verbraucher bestimmt. War diese Maßnahme auch nur eine vorübergehende, so bewirkte sie doch, daß z. B. am Bahnhofe Michelbeuern am 12., 13. und 14. Februar rund 20.000 Personen wenigstens auf ein paar Tage aus der größten Not geholfen wurde. Ähnlich verhielt es sich auf andern Vororteverkaufsplätzen.

Diese öffentlichen Kohlenverschleißstellen, deren Anzahl nach dem Eingreifen des Kaiserpaars in die Lösung der Kohlenfrage von fünf auf neun erhöht wurde, dürften überhaupt für die Kohlenversorgung der ärmeren Volksschichten immer größere Bedeutung gewinnen. Die Gemeindeverwaltung, die dieser Frage jederzeit anerkanntes Interesse entgegenbrachte, hat bereits im Herbst 1914 fünf Kohlenverkaufsplätze (Westbahnhof, Maxleinsdorf, Engertstraße, Nordwestbahnhof und Ottakring) errichtet, auf denen Hausbrandkohle im Ausmaße von 50 bis 500 Kilogramm abgegeben wurde. Diese Kohle stellt sich wesentlich billiger als die beim Kohlenverschleißer, da die Gemeinde nur die Selbstkosten deckt. Die Bedeutung dieser Verschleißstellen erhellt aus dem Vergleich der Umsatzahlen in den Kriegsjahren. So betrug der Umsatz: Jänner 1915 30.970 Zentner an 78.203 Parteien; Jänner 1916 72.145 Zentner an 155.284 Parteien; Jänner 1917 194.069 Zentner an 394.747 Parteien. Der Absatz ist demnach um mehr als das Sechsfache, die Parteienzahl um das Fünffache gestiegen. Neue Plätze hat die Gemeinde jetzt in der Altmaherstraße, in Oberdöbling, in Michelbeuern und am Aspangbahnhof stabilisiert; die beiden ersteren sind bereits dauernd eröffnet, die beiden letzteren wurden vorübergehend mit der beschlagnahmten Kohle versorgt. Als zehnter Platz ist der Floridsdorfer Bahnhof in Aussicht genommen.

Der Betrieb auf den Verkaufsplätzen der Gemeinde wurde trotz des Kohlenmangels fortgesetzt verbessert, zu welchem Ergebnis die auf Grund der kaiserlichen Weisung erfolgte Beistellung von Militär- und Kriegsgefangenen erheblich beigetragen hat. Hierdurch wurde die Aufstellung mehrerer Kassen und Wagen auf jedem Platze ermöglicht und die Abfertigung der wartenden Parteien beschleunigt. In den letzten Tagen betrug die Wartezeit durchschnittlich ungefähr eine Stunde, vorher 3 bis 4 Stunden, in einzelnen Fällen natürlich viel mehr. Um nun wieder ein Beispiel beizubringen, das den Fortschritt auch auf diesem Gebiete kennzeichnet, sei angeführt, daß am Westbahnhof am 11. Februar 17.023 Parteien abgefertigt wurden. Sehr zweckmäßig

Tagesneuigkeiten.

Der Kaiser.

Audienzen in Baden.

Der Kaiser hat gestern früh in Baden einer stillen Messe beigewohnt und sodann im Laufe des Tages in besonderer Audienz empfangen:

Generalstabsarzt Hofrat Univeritätsprofessor Dr. v. Hohenegg, SM. Grafen Montecuccoli, Professor an der philosophischen Fakultät der Jagellonischen Univerität in Krakau Grafen Njczewski, Obersten des Generalstabskorps Grafen Lamezan, Obersten des Generalstabskorps Lanczos, Hofrat Kreierm v. Bäumen, Sektionsrat Dr. v. Romar, Hofrat Queik, Minister SM. Höfer und Minister des Aeußern Grafen Czernin.

Keine Kohle für Theater, Konzertsäle, Kinos und Vergnügungsorte.

Ein Lieferungsverbot der Wiener Polizeidirektion.

Die „Korrespondenz Wilhelm“ meldet:

Da die gegenwärtigen Verhältnisse noch immer die äußerste Sparsamkeit mit den vorhandenen Kohlenvorräten erfordern, ersucht im Einvernehmen mit dem Wiener Magistrat an die Kohlenhändler bis auf weiteres das Verbot, den Theatern, Konzertunternehmungen, Kinos und sonstigen Vergnügungsorten Kohle zu liefern. Dergleichen wird bis auf weiteres der Bezug von Kohle durch Theater, Konzertunternehmungen, Kinos und sonstige Vergnügungsorte untersagt.

Die Übertretung dieser Verbote wird im Sinne des § 19 der Ministerialverordnung vom 8. Februar 1917, R. G. Bl. Nr. 48, mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Kronen oder mit Arrest bis zu drei Monaten, im Wiederholungsfalle oder bei erschwerenden Umständen aber mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Polizeidirektion hat ihre Organe angewiesen, die Einhaltung der Verbote strengstens zu überwachen.

Die Kohlenvorräte der Theater.

Durch die im vorstehenden wiedergegebene Verordnung wird, wie uns aus Theaterkreisen mitgeteilt wird, der Betrieb der Theater nicht gefährdet. Erstens heizen sie größtenteils mit Koks, der nach wie vor bezogen werden kann; weiters sind die Kohlenvorräte, über die so ziemlich alle Theater verfügen, so groß, daß sie als ausreichend bezeichnet werden können.

Die allmähliche Zunahme der Temperatur und der Umstand, daß wir uns bereits dem Frühling nähern, trägt mit dazu bei, Beheizungssorgen nicht aufkommen zu lassen. Es kann sich nur mehr um wenige Wochen handeln, in denen die Theater überhaupt beheizt werden müssen.

Der Kohlenmangel.

Für die Kohlenkarte und Kundenliste.

Verschiedene Zuschriften an die „Oesterreichische Volks-Zeitung“ befassen sich mit den peinlichen Kohlenverhältnissen und regen Mittel zur Abhilfe an. So schreibt uns ein Leser:

„In der Gerichtshalle vom 31. Jänner d. J. wurde eine auf Einschreiten der Generalprokurator vom Obersten Gerichtshof gefällte Entscheidung veröffentlicht, nach welcher das Zurückhalten von bestellten und bezahlten Waren, also auch Kohlen, zulässig ist. Infolge dieses Rechtspruches wurde der Kleinkohlenverkauf, wenn auch nicht bedeutend, so doch ein wenig gebessert. Nun wurde im Blatte vom 17. d. der „Wunsch“ des Herrn Bürgermeisters von Wien veröffentlicht, die Kleinkohlenhändler mögen die bestellte Kohle den Stammkunden nicht zustellen. Diesem Wunsche legen nun die Kleinkohlenhändler die Gesezeskraft bei und weigern sich insgedessen, Bestellungen an Stammkunden entgegenzunehmen und die Kohle zuzustellen. Mit Rücksicht auf die unten angeedeuteten Mißstände, wäre es zu empfehlen, die Kleinkohlenhändler entsprechend zu belehren, daß der vorerwähnte Rechtspruch der Obersten Gerichtsbehörde durch den Wunsch des Herrn Bürgermeisters nicht umgeworfen wurde, sondern daß die Kleinkohlenhändler verpflichtet sind, die bestellte Kohle zurückzuhalten und gegen Entrichtung der Zustellungsgebühr zuzustellen.“

Nach Voraussage der Kleinhändler war zu erwarten, daß diejenigen Parteien, die sich im Herbst nicht vorgesorgt hatten oder konnten, jetzt viel ärger daran sein werden, als früher. Denn die Kleinen Leute hamstern jetzt auf den Bahnhöfen und bei den Händlern. Wo soll aber zum Beispiel der Beamte seinen Kohlenbedarf aufreiben? Anstellen kann er sich nicht, beim Händler bekommt er nichts, und bei ihm sich anstellen, kann er auch nicht, da ihm nicht bekannt ist, wann der Händler die Kohle bekommt, denn das verrät der Händler nicht. Da muß ein Ausweg gefunden werden. Das Beste wäre die Kohlenkarte, und dies wäre auch die gerechteste Einführung.“

Eine Geschäftsfrau, die zehn Stunden täglich im Beruf steht, klagt uns, daß sie von einem Kohlenhändler auf der Straße angelegelt wurde, als sie einige Minuten vor 12 Uhr mittags den Händler, der gerade mit dem Abladen von Kohlen vor seinem Geschäft fertig war, um Kohlen anging. Der Mann wurde so grob, weil er zum Essen gehen wollte, ver-

6. II. 1917

71

schlossen. Zum Schlusse wurde nach einem Berichte des Abgeordneten Pacher und im Sinne eines Antrages des Abgeordneten Heine das weitere Vorgehen der deutschböhmisches Abgeordneten in den nationalpolitischen Angelegenheiten festgestellt. Der Vorstand wird mit den vier Vertretern der Deutschböhmisches Vereinigung im Herrenhause den gemeinsamen Vollzugsausschuss bilden und behufs Abhaltung einer Beratung das Einbernehmen pflegen.

Wiener Angelegenheiten.

Kohlenverforgungsenquete im Ministerium für öffentliche Arbeiten.

Amlich wird berichtet: Die in letzter Zeit hervorgetretenen außerordentlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kohlenversorgung, welche auf außerhalb der Kohlenproduktion gelegene Ursachen zurückzuführen sind, legten naturgemäß auch die Frage nahe, ob die auf diesem Gebiete bisher getroffenen Maßnahmen auch bei der durch die vorgekommenen Erschwernisse wesentlich geänderten Sachlage ausreichend sind oder ob nicht vielmehr, sei es durch Schaffung neuer Unterlagen für die Beurteilung der in Betracht kommenden Verhältnisse, sei es durch Ausgestaltung der Organisation des Dienstes, weitere Einrichtungen ins Leben zu rufen wären, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Vor seiner Entschliessung hierüber legte das Ministerium für öffentliche Arbeiten Wert darauf, zunächst die Anschauung jener Kreise zu hören, welche über besondere reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügen. Es hat daher zunächst Vertreter des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels zu einer Beratung eingeladen, welche unter dem Voritze des Ministers für öffentliche Arbeiten Freiherrn von Trnka am 9. und 10. d. abgehalten worden ist. An derselben haben außer Vertretern der beteiligten Zentralstellen teilgenommen: der Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-gesellschaft Wilhelm Kestranek, der Generaldirektor der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Georg Günther, der Vorstand des Brüx-Dux-Oberleitensdorfer Bergreviers Oberbergtrat Gottfried Hüttemann, der Direktor der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft Bela Marz, der Prokurist der Firma Gebriüder Gutmann kaiserlicher Rat Alexander Fürst, der Direktor der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Edmund Fanta, die Großindustriellen Ignaz Pettschel, Hans Weinmann und Oskar Berl, der Prokurist der Firma Karl Königer u. Sohn Josef Kaufmann, Kommerzialrat Siegmund Kanitz, der Leiter der Kohlenverforgungsstelle der Stadt Wien Magistratssekretär Dr. Fastenbauer und für den Kohlenhandel der Stadt Prag Direktor Friedrich Dlabac.

Den Gegenstand der Beratung bildeten:

1. Feststellung des Vorganges zur Ermittlung des österreichischen Kohlenbedarfes für die verschiedenen Zweige des Konsums auf die einfachste und verlässlichste Art, ferner des Umfanges einer etwa zu diesem Behufe vorzunehmenden Bedarfserhebung und die Art der Durchführung einer solchen Erhebung.
2. Sicherstellung der zur Deckung des österreichischen Bedarfes erforderlichen Kohlenmengen, insbesondere durch Steigerung der inländischen Produktion; annäherungsweise Bestimmung der möglichen Produktionserhöhung.
3. Vorsorgen für eine angemessene Verteilung der zur Verfügung stehenden Kohle unter Aufstellung von Wirtschaftsplänen für die einzelnen Gemeinden, Bezirke und Länder sowie Zuweisung von Kohlenkontingenten an die einzelnen Zweige des Konsums.
4. Weiterer Ausbau der Organisation des Dienstes der Kohlenversorgung, und zwar: Ausgestaltung der im Ministerium für öffentliche Arbeiten bestehenden Kohlenverforgungskommission durch Ungliederung von Abteilungen zur Evidenzführung der Leistungsfähigkeit der inländischen Kohlenbergbaue und ihrer Belastung mit Kohlenlieferungen, zur Vornahme der notwendigen Untersuchungen wegen möglichster

abt
III. 1917

98

11. II. 1917

99

**Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.
Oesterreichische Erwerbungen deutscher Kohlenfelder.**

Wien, 10. März.

Der preussische Handelsminister Dr. Sydow hat im Abgeordnetenhaus die Bedenken bekämpft, die wider das angelegliche Eindringen böhmischer Kohlenindustrieller in das deutsche Braunkohlenggebiet geltend gemacht wurden. Der Besitz des österreichischen Kapitals im deutschen Braunkohlenbergbau hat in den letzten Jahren an Ausbreitung außerordentlich gewonnen. Beide Händlergruppen, die den Vertrieb der Braunkohle im böhmischen Becken betreiben, haben sich einen maßgebenden Einfluss in Sachsen und der Niederlausitz gesichert. Die Kohlenfirma S. Pöschel in Aussig ist vorangegangen, um namentlich die Erzeugung der Briketts aus den bis dahin als wertlos vernachlässigten Abfällen der Produktion auszunutzen; die Firma Ed. Weinmann ist nachgefolgt und hat nicht nur bestehende Kohlengruben erworben, sondern auch neue Bohrungen veranlaßt. In der letzten Zeit hat die Abspaltung der Prager Gruppe der Firma Pöschel vom Aussiger Stammhaus zu einer Besitzverschiebung in den Aktienmajoritäten, sowie zu einem vollständigen Wechsel in den Verwaltungen zweier großer Gesellschaften geführt. Die Braunkohlenterrains in Nordböhmen und den benachbarten sächsischen Grenzgebieten bilden ein geographisch und geologisch zusammenhängendes Ganzes, seit Jahrzehnten waren auch die finanziellen Interessen enge verflochten. Die Deutschösterreichische Bergwerks-Gesellschaft in Dresden beherrscht die sehr ertragreichen Brucher Schächte und hat ihren Kohlenbesitz in den letzten Jahren sowohl in Böhmen als in Sachsen bedeutend erweitert. Der Duzer Kohlenverein hat seinen Schwerpunkt und seinen geschäftlichen Sitz ganz nach Sachsen verlegt, verwaltet aber von dort aus seinen böhmischen Stammesbesitz. Die Brikettindustrie hat in Böhmen früher einen starken Aufschwung genommen als in Deutschland, ist aber auch dort in der letzten Zeit mächtig emporgeschossen; Sachsen erzeugt jetzt 70 Millionen Meterzentner Braunkohle und 20 Millionen Meterzentner Briketts, und die Grubenerwerbungen der böhmischen Kohlenfirmen haben zu dieser Entwicklung einen stärkeren Anstoß gegeben.

In der böhmischen Braunkohlenindustrie hat sich unter der Führung der beiden mächtigen Händlergruppen eine ganz bestimmte Arbeitsmethode herausgebildet, die jetzt allem Anschein nach auch nach Deutschland übertragen werden soll. Sie ging darauf hinaus, daß die Gruben sich auf die Förderung beschränkten, den Vertrieb und Handel aber zur Gänze ihren Kommissionären überließen. Das waren die zwei Aussiger Firmen, deren scharf begrenzte finanzielle und kommerzielle Verbindungen die Kohlenindustrie in zwei Interessengruppen teilten. Die Händler waren bestrebt, der Braunkohle neue Absatzgebiete zu erschließen, den Kampf gegen die Steinkohle weit vorzutragen, die Preise nach der Konkurrenzfähigkeit und der Konjunktur zu regeln. Der Nutzen des Kommissionärs lag in dem Massenabsatz und der auf das sorgfältigste ausgebildeten Organisation des Verkaufes und der Konomie des Verschleißes. Allgemach sind auch die finanziellen Interessen der Händlerfirmen an den von ihnen kontrollierten Unternehmungen stärker geworden, da sich die Kommissionäre, schon um sich die Aufrechterhaltung der Verträge zu sichern, einen bedeutenden Aktienbesitz zu erwerben wußten; in späterer Zeit haben dann die Firmen sich an der weiteren finanziellen Ausgestaltung beteiligt, an der Selbstbeschaffung durch ihre Verbindungen mitgewirkt, den Aufschwung der Braunkohle durch Ausnützung aller Gelegenheiten der Exploitation gefördert. Für die Kohlenwerkstätten hatte die Vereinfachung der Sorge um den Vertrieb ihre großen Vorteile, und die Aktionäre sind mit stetig steigenden Dividenden sichtlich gut gefahren; die Kommissionäre konnten sich mit relativ mäßigen Vermittlungsgebühren begnügen, weil sie ihren Gewinn in einem riesigen Massenabsatz von Millionen von Wagen fanden; die Konjunktur konnten mit geschickter Verjagung rechnen, mußten diese allerdings entsprechend bezahlen, da bei der Preisbildung jegliche Konkurrenz ausgeschaltet war. In Deutschland war eine ähnliche Organisation des Verkaufes für die Braunkohlengruben nicht bekannt; ein Syndikat der Braunkohlengruben bestand lange Zeit, löste sich aber vor einigen Jahren auf. Die Erwerbung deutscher Gruben durch die Aussiger Firmen verfolgte offenbar den Zweck, diese Arbeitsmethode nach Sachsen und Preußen zu übertragen und dort ähnliche Erfolge zu erzielen. Hier lag auch der innerste Keim für den Konflikt in der Gruppe des Hauses Pöschel; die Aussiger Firma verfolgte mit der Erwerbung und Verwaltung neuer Gruben in erster Linie das Interesse des Händlers, die Prager Brüder, die mit dem Handel direkt nichts zu tun hatten, das Interesse des Aktionärs. Jene strebte eine gute Betriebsführung selbstverständlich gleichfalls an, wollte sich aber neue Bechen nur angliedern, wenn sie gleichzeitig günstige Betriebsverträge schließen konnte; diese glaubten, durch solche Verträge ihre Interessen der Gesellschaften milder gut zu gewahrt, erachteten den Verkauf in eigener Regie als vorteilhafter, konnten die bestehenden Verträge nicht ändern, wollten sich aber für die Zukunft durch den Besitz der Aktienmajorität die volle Freiheit sichern. Das Entstehen eines Handelsmonopols für Kohle will die preussische Regierung unter Umständen durch ein Zwangssyndikat hindern. Eine solche Umorganisation würde das öffentliche Interesse in der Verwaltung der Kohlengruben in den Vorbergründ stellen, einen Raubbau verhindern, die volle Ausnützung sichern, die Preise in erträglichen Grenzen halten. Die Möglichkeit derartiger Zwangsorganisationen ist in Deutschland durch die Gesetzgebung im Kriege ge-

schaffen; den Interessenten will die völlige Unterordnung unter das Machgebot des Staates nicht behagen, und bisher hat, wie der Fall des Kohlenyndikats beweist, schon die Androhung des Zwanges genügt, um selbst große Differenzen zu beilegen, eine Einigung und Verständigung mit der Staatsgewalt selbst in zwölfter Stunde anzubahnen.

Das Vordringen der österreichischen Interessenten in das deutsche Braunkohlenggebiet entspringt der Erwägung, die technischen Fortschritte der Erzeugung auf neue Werte zu übertragen, auf den erworbenen Bechen zur Erzeugung von Briketts überzugehen. Der Krieg hat einen neuen Aufschwung der Verarbeitungsindustrien der Kohle und der Verwendung der Nebenprodukte gebracht; die Ausnützung der Stickstoffverbindungen, die Erzeugung von Benzol, Teerfabrikaten und Aluminium hat in der Kohle und deren unerschlossenen Verwendungsmöglichkeiten ihre Wurzel. Technische Vervollkommnung, Sicherung der Kohlestoffe ist die Devise, um im neuen Frieden durch möglichsie Herabdrückung der Gestehungskosten für die kommenden schweren Lasten ein Gegengewicht zu schaffen. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft hat unerschlossene Kohlenfelder am linken Rheinufer erworben, um dort Förderanlagen herzustellen und die gewonnene hochwertige Kohle in Stolz zu verarbeiten. Die österreichische Eisenindustrie hat zu reichendes Erz im Lande, erbebt aber der für die Bestellung der Hochofen notwendigen Bodkohl. Nur Witkowitz und die Berg- und Hüttenwerk-Gesellschaft decken ihren ganzen Koksbedarf von rund 8 Millionen Meterzentner aus eigener Erzeugung. Die Prager Eisenindustrie ist mit einem Erfordernis von 6 Millionen Meterzentner ganz auf den Kauf angewiesen; die Alpine Montangesellschaft verbrennt im Jahre etwa 6 1/2 Millionen Meterzentner Koks und muß hievon 3 Millionen Meterzentner, davon 1 1/2 Millionen aus Deutschland, von auswärts beziehen; die Krainische Industrie-Gesellschaft muß jährlich 1 1/2 Millionen Meterzentner Koks durch Kauf beschaffen. Die Prager Eisenindustrie hat keine verkohlbare Kohle, da das in Kladno gewonnene Produkt sich dafür nicht eignet, während die Alpine Montangesellschaft außer ihren Ortauer Anlagen noch große Freischürze besitzt, die sie erschließen und für die Erzeugung von Bodkohl dienstbar machen kann. Schon seit geraumer Zeit haben die Werke des Montankonzerns die Krüge der Gottesberger Bechen erworben, die einen Teil ihres Bedarfes decken. Die rheinischen Kohlenfelder sind noch nicht aufgeschlossen, ein ziffermäßig sicheres Urteil über die Höhe der Ausbeute ist noch nicht möglich, doch wird mit der Wahrscheinlichkeit einer großen Ergiebigkeit gerechnet. Der Erwerb liegt offenbar auch der Gedanke zu Grunde, daß die Zeit nach dem Abschlusse des Krieges die Vollendung des Mittelkanals bringen wird, so daß der Koks dann auf dem billigen Wasserwege vom Rhein über die Elbe und Moldau nach Prag zugeführt werden kann. Auf manchen Gebieten industrieller Erzeugung ist im Kriege der Plan zutage getreten, sich das nötige Material für alle Fälle zu sichern. Die Stoba-Werke haben das Stadeler Walzwerk, die Posbitz-Kohlenzechen in Komotau gekauft, die Waffenfabrik hat sich die steirischen Gußstahlwerke angeeignet, viele Petroleumraffinerien haben Kohlequellen oder Delfelder an sich gezogen, und es ist begreiflich, daß die Prager Eisenindustrie sich zureichenden Koks sichern will.

Im Kriege und auch für einige Zeit nach dem Frieden wird für solche Erwerbungen allerdings die Beschaffung der Valuta zur Bezahlung des Kaufpreises den Gegenstand besonderer Vorzüge bilden müssen. Als die böhmischen Industriellen die deutschen Braunkohlengruben erwarben, konnten sie zuzugewinnen aus dem vollen wirtschaftlichen, durch Kohlenexporte oder aus den Sammelbecken des Marktes die Kaufsummen in fremden Währungen ohne besondere Mühe bestreiten. Die „Unverantwortlichkeit des Verbrauches“ von der Walter Rathenau spricht, besteht in der Kriegswirtschaft nicht; in einer Zeit, wo die Devisenzentrale jede tausend Mark dreimal umdreht, bevor sie sie zuteilt, muß eine Anlage, deren Bezahlung, wenn auch auf Jahre verteilt, viele Millionen kostet, wohl überlegt werden. Mit dem Kaufpreise der Felder, der zwischen sechs und sieben Millionen Mark geschätzt wird, ist es nicht getan; die Erschließung, die Anlage der Schächte und Erbauung der Koksöfen kostet ebenfalls Millionen, vielleicht mehr als die ersten Aufwendungen für die Erschließung des Besitzes, und in einer Zeit, wo die Schwankungen des Geldwertes so heftig verlaufen, muß auf die Fixierung des Kaufpreises in der fremden Währung besonders Bedacht genommen werden. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft hat allerdings die Möglichkeit, sich unter gewissen Voraussetzungen von der Ungevißheit der Wechselkurse unabhängig zu machen, da sie den Verkäufern Werte bieten kann, die auf heimische Valuta lauten und wegen der günstigen Ertragsaussichten Anreiz geben; sie kann den Kaufpreis in neuen eigenen Aktien zahlen oder einen Teil ihres Besitzes von 50.000 Alpinen Montanaktien abgeben. In dem Maße, als die technische, kommerzielle und finanzielle Verknüpfung der beiden Unternehmungen inniger und unauflöslicher geworden ist, wird vielleicht die Beherrschung durch einen Aktienbesitz in solcher Höhe nicht mehr für unbedingt notwendig erachtet werden. Wird eine solche Kombination gewählt, so erscheint die Transaktion als ein internationales Tauschgeschäft; die österreichische Industrie erwirbt deutsche Kohlenfelder und gibt dafür den deutschen Besitzern einen Anteil an böhmischen Gruben oder an steirischen Erzberg. Wiederholt wurde angestimmt, daß die Ergiebigkeit des Aussiger Erzberges in wenigen Jahren sein Ende haben und daß sich dann die Prager Eisenindustrie auf die ausschließliche Raffinierung zurückziehen werde. Die Erwerbung von Kohlenfeldern in Deutschland ist ein langfristiges Geschäft, da es mehrere Jahre dauern wird, bis die ersten Koksöfen in Feuer sind; sie befördert die Erwartung, daß auch für ein hinwührendes Exportkommen Ersatz gefunden werden wird.

11. / 11. 1917

Wochenchau.

H. A. r. Wohl noch nie ist die Bedeutung der Kohle für das wirtschaftliche Leben so deutlich wie in dieser Zeit zutage getreten. Im Haushalt wie in der Industrie sehen wir uns vor Bilanzfragen der Kohlenwirtschaft, im Haushalt wie in der Industrie drängt man zur Einschränkung des Verbrauches, um den Vorrat mit Erfolg strecken und die Zufahrtbahnen mehr als bisher entlasten zu können. Wenn die Kohlenversorgung nun schon in Deutschland und Oesterreich, in diesen ergiebigen Förderungsgebieten, solche Bedeutung erlangen konnte, um wieviel schwerere Aufgaben muß sie jetzt erst Frankreich und vollends Italien, das fast gänzlich auf die Einfuhr aus dem Auslande hingewiesen ist, stellen! Auch bei uns zieht man schon sehr weitreichende Maßnahmen in den Kreis der Erwägung; auch die Konzentration des Industrie-Betriebes, um so die industrielle Arbeit unter möglicher Vereinfachung und wohl auch Abkürzung der Kohlen-Verfrachtung vollziehen zu lassen. Mohammed soll also zum Berge, oder: zum Bergbau kommen, da dieser gegenwärtig keiner Verkehrserschwerungen leidet. Auf dem Papier, in der Theorie stellt sich das ja nun allerdings sehr günstig dar, aber die Wirklichkeit läßt Enttäuschungen dieser Erwartungen mit Sicherheit voraussehen. Betriebskonzentration! Das würde für alle die Betriebe, die zeitweilig nach anderen Orten verlegt werden sollen, um dort mit anderen zusammengelegt zu werden, gewissermaßen eine Art Evaluierung bedeuten, wenn hier dieses im Weltkriege landläufig gewordene Wort der Landflucht Tausender auf die Industrie übertragen werden darf. Und man weiß, was die Evaluierung für all diese Tausende in sich geschlossen hat. Losgerissen haben sie sich von der heimatischen Scholle, mit der sie verwaachsen gewesen waren. In ganz fremde Lebensbedingungen haben sie sich verlegt und sie fühlen dieses Fremde, Neue trotz aller bis ins kleinste gehenden Bemühungen des Staates, ihnen Hilfe zu bringen. Den Industrie-Betrieben, die man verlegen würde, um sie räumlich zusammenzulegen, ginge es in manchem Sinne ganz ähnlich wie jenen Evakuierten! Wer die Riesearbeit halbwegs zu ermaßen weiß, die fast jede Neugründung voraussetzt, der wird sich auch nicht im Unklaren über die elementaren Strömungen sein, die ein solches Abbrechen der Rente und deren Mühe.

Die Industrie lebt ja nicht von Kohle allein, Kohle ist für sie meist nur Hilfsstoff, sie bedarf ganz ebenso oder vor allem der Rohstoffe. Auf diesen beruht die Industrie. Und da ist es nun gar nicht wegzuleugnen, daß der Rohstoffbedarf der Industrie der Menge, also dem Gewichte nach weitaus viel größer als ihr Kohlenbedarf ist. Und da die Industrie sich ihren Standort selbstverständlich fast immer je nach dem Standorte der Rohmaterial-Erzeugung gewählt hat, so würde das Wegschleppen der Industrie diese bisher bestandene enge Verbindung zwischen der Erzeugung des Rohmaterials und seiner Verarbeitung zerreißt. Ausnahmen gibt es freilich auch da! Vor allem wären es die Industrien, deren Rohmaterial nur aus dem Auslande bezogen wird, so die Baumwoll-Industrie. Bei ihr sind die Betriebe deshalb nicht so an die Rohmaterial-Zufuhr aus der nächsten Umgebung hingewiesen, wie dies für die große Mehrzahl der anderen Industrien gilt, die wegen der Rohstoffbeschaffung ihren Standort in der unmittelbaren Nähe der Rohstoff-Produktion wählen mußten. Für sie alle gilt die Einheit des Ortes mit dem der Reproduktion. Und wenn sie sich mit der Betriebskonzentration der Kohlenersparnis zuliebe über dieses Gebot hinwegsetzen wollten, würde das den Verkehrsunternehmungen bei der Rohstoffzufuhr solche Mehrleistungen auferlegen, daß diesen gegenüber die erhoffte Ersparnis in der Kohlenverfrachtung dann nur zu weit in den Hintergrund treten müßte.

Der in der Theorie einwandfreie Grundsatz der Vereinigung zur Betriebsersparnis ist in praktischen Leben eben nicht immer anwendbar. Er bewährt sich beim Individualverbrauch — wir erinnern nur an die Gemeinschaftsküchen, die ihr Entstehen der bei ihnen möglichen Ersparnis an Arbeit und Material, sowie der größeren Leichtigkeit des Massenbezuges der Lebensmittel danken. Ja, der Gedanke der Verbrauchsvereinigung wohnt ja auch dem Gebote der Lichtersparnis inne, das die Gäste an einigen wenigen Tischen zusammensitzen läßt. Aber ein Analogieschluß ins Bereich des tausendfach Größeren der Produktion von dieser Kleinarbeit im Sparten ist doch nur in ganz wenigen Ausnahmefällen möglich und zulässig. Die Befriedigung einer Gemeinschaftsküche und die Kohlen- und Kohlenversorgung einer Fabrik sind durch eine ganze Welt getrennt. Ganz abgesehen davon, daß die Verlegung der Industriebetriebe zwänge, auch deren Menschen, ihre Beamten und Arbeiter, sowie ihre Maschinen zu verpflanzen. Eine Evaluierung, die mit der Verführung eines großen Teiles dessen, was ist der alten Betriebsstätte in vielfähriger Arbeit erkämpft und errungen worden war, gleichbedeutend wäre. Das wirklich sichere Ergebnis neben der noch immer fraglichen Kraftersparnis wäre die Schwächung und Lahmlegung der Industrie auf Jahre hinaus, vor allem für die Zeit des Überganges vom Kriege zum Frieden, also gerade für die Zeit, welche die Industrie doch doppelt stark und widerstandsfähig finden müßte.

Daß diese Frage überhaupt entstehen konnte, daß man her Kraftersparnis zuliebe auch nur auf den Gedanken verfallen konnte, die bisher bodenständigen Industrien und ihre Menschen entwurzeln und in fremdes Erdreich verpflanzen zu wollen, ist indes doch in Einer Richtung sehr bedenklich und bezeichnend, in der Richtung der Kohlenversorgung unserer Industrie. Es beweist, wie rückständig Oesterreich auf diesem Gebiete war und auch noch jetzt ist. Die Kohlendüngelung liegt eben ganz im Argen und daran krankt die Wagnerdüngelung, ein leidiger Kreislauf, denn die so hervorgerufenen Schwierigkeiten der Wagnerdüngelung treten nun wieder in der

Kohlenversorgung zutage. So mancher Betrieb bezieht ihre Kohle aus einem ganz entfernten Revier, während das ihr oft unmittelbar benachbarte seine Kohle wieder auf Hunderte von Kilometern weit verfrachten muß. Eine Art freiwilliger oder zwangsweiser Konzentration auf diesem Gebiete wäre dringend geboten. Dem Verbraucher in der Großstadt fällt es gewiß nicht ein, bei der Bedienung seines Brotbedarfes so leicht vorzugehen — er melde sich zum Bezuge bei dem ihm zunächst gelegenen Bäckerladen. Was hier im Kleinen und Kleinsten schon dank der Bequemlichkeit des Einzelnen befolgt wird, das müßte von den Großbetrieben und von den Erwertern sowie vom Kohlenhandel doch umso mehr als nötig anerkannt werden, als es sich da um Hunderttausende Wertes handelt!

Aber noch ein Anderes lehrt uns diese ganze Erörterung der Betriebskonzentration erkennen; unsere Rückständigkeit im Bereiche der Fernzuleitung der motorischen Kraft, also unsere Rückständigkeit auf dem Gebiete der Ueberlandzentralen! Sie ermöglichen ja doch unzweifelhaft die allergrößte Kraftersparnis, denn sie machen die Kohlenverfrachtung für die Industrie überhaupt entbehrlich, indem sie die Kraft schon im nächsten Umkreise der Kohlenförderung gewinnen lassen und von dort aus an die Industrie für den Betrieb der Maschinen und für Zwecke der Beleuchtung abgeben. Hätte Oesterreich mehr solcher Ueberlandzentralen, ja hätte man gar für ein dichtes Netz von Kraft und Lichtwerken rechtzeitig gesorgt, die von den Kohlenrevieren aus oder unter ausgiebiger Benützung der Millionen Wasserkraft, über die gerade Oesterreich in so reichem Maße verfügt, zu betreiben wären, so wäre man wohl überhaupt nicht auf den Gedanken der Betriebskonzentration verfallen. Deutschland, speziell Preußen und Sachsen, sind Oesterreich auf diesem Gebiete längst weit vorausgeeilt und in den nächsten Jahren wird sich, wenn die dort vorbereiteten Pläne durchgeführt sein werden, dieser für Oesterreich so bedauerliche Konspiration Deutschlands wohl noch beträchtlich vergrößern. Schon im Jahre 1913 gab es in Deutschland 4040 öffentliche Elektrizitätswerke mit einem Anschlußwerte von 3,73 Millionen Kilowatt, die 12.860 oder etwa ein Sechstel aller Orte Deutschlands mit elektrischer Energie versorgten. Seither sind die Aktionen der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin noch hinzugekommen. Daß man in Deutschland jetzt Industriebetriebe — übrigens nur ganz vereinzelt — zu konzentrieren begonnen hat, beruht denn auch auf ganz anderen Gründen als auf Kraft-Erwägungen. Wenn man dort 1070 von den etwa 1400 Schussfabriken Deutschlands den Betrieb schließen läßt und die Arbeit der übrigen 330 unter Kontrolle nimmt, so soll das wohl vor allem eine gesunde Arbeitsteilung und Spezialisierung ermöglichen! Etwa 100 Schussfabriken werden ausschließlich für die Heeresverwaltung und die übrigen 230 Fabriken für den privaten Bedarf zu arbeiten haben. Aus dem Reinertragnis werden die zu schließenden 1070 Fabriken Entschädigungen in einem den Ergebnissen des Jahres 1913, also des letzten Friedensjahres, angepaßten Verhältnisse bekommen. Die Durchführung dieser weittragenden Neuordnung wird bei der Schusswaren-Industrie unzweifelhaft keine großen Hindernisse finden, mindestens nicht entfernt so große Schwierigkeiten, wie sie der Betriebskonzentration in vielen anderen Großindustrien bei uns erwachsen müßten.

In Oesterreich und Ungarn wird man das angezeigte Ziel sicherlich am besten durch Verbesserung der Kohlenverteilung erreichen, durch sorgfältigstes Vorgehen in der Kohlenzuweisung. Schon die schon erwähnte Konzentration des Kohlenbezuges würde da unkreitig Gewichtiges zum Erlolge beitragen. Die amtlichen Verhandlungen, die in den letzten Tagen im Ministerium für öffentliche Arbeiten über die Kohlenversorgung abgehalten worden sind, haben denn auch in erster Linie der Frage der Neuorganisation der Kohlenversorgung gegolten. Mit der Vermehrung der Förderung, die ja tatsächlich gelungen ist, gelungen trotz aller Hindernisse, die der Weltkrieg auch da gebracht hat, mit der Vermehrung der Förderung, sagen wir, ist ja durchaus noch nicht alles getan; ganz so wichtig, wenn nicht noch wichtiger, ist die richtige Verteilung der geförderten oder eingeführten Kohle.

14. III. 1917

103

Die brennende Frage.

Auf wirtschaftlichem Gebiete existiert heute kaum eine Frage von größerer und drängenderer Aktualität als die Kohle. Sie nimmt augenblicklich trotz Krieg oder richtiger im Zusammenhang mit dem Krieg und dessen Folgewirkungen das Interesse der Welt in Anspruch; die wahrhaft „brennende Frage“ erweist sich als von wesentlich mitbestimmender Wirkung auf den Gang der Ereignisse im Felde wie im Hinterland, und sie nimmt entscheidenden Einfluß, namentlich auf die Entschlüsse der Neutralen. Sie wird aber auch noch lange nach dem Kriege die Aufmerksamkeit der öffentlichen Verwaltung wie der privaten Produktion in ausgedehntem Maße auf sich ziehen.

Im Jahre 1885 wurden auf der ganzen Erde 413 Millionen Tonnen Kohle gefördert, im nächsten Jahrzehnt war diese Menge um 171 Millionen Tonnen gestiegen, das folgende Jahrzehnt hatte die gewaltige Steigerung um 357 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg erfolgte eine weitere Erhöhung der Kohlegewinnung um 512 Millionen Tonnen, so daß im Jahre 1913 die bedeutende Menge von 1350 Millionen Tonnen Kohle gewonnen worden war. Die Kohlenförderung der Welt hat in der letzten Friedensperiode jährlich beiläufig um 15 Millionen Tonnen zugenommen. Mit der wachsenden Bedeutung der Kohle als Kraftfaktor in der Weltwirtschaft wurde das Interesse für die Erschließung neuer Kohlenlager immer größer, und es ist in der Geschichte der Entwicklung des Kohlenbergbaues die interessante Tatsache zu konstatieren, daß mit dem steigenden Bedarf an Kohlenkraft auch gleichzeitig die Entdeckung neuer Kohlenfelder vor sich ging.

Der verhältnismäßig geringe Kraftbedarf der Industrie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts konnte durch die hochwertige Steinkohle allein befriedigt werden. Der in ungeahnter Weise gesteigerte Energiebedarf der Weltwirtschaft drängte dazu, auch jene Bodenschätze heranzuziehen, deren Brennwert wesentlich geringer war, und so kam es, daß im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege eine außerordentliche Steigerung in der Förderung und im Verbrauch an Braunkohle zu verzeichnen war, deren Verwendungsgebiet ehemals nur sehr beschränkt gewesen ist. Der schon nachgewiesene Weltvorrat an Kohle beträgt derzeit 716,154 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohle zusammen. Die Geologen halten es aber für wahrscheinlich und möglich, daß die Erde unter Annahme gewisser Abbautiefen und abbauwürdiger Flözmächtigkeiten außerdem noch einen Vorrat von 6,681,399 Millionen Tonnen, also noch einen mehr als neunmal so großen Kohlenvorrat in Reserve besitzt. An diesem Kohlenchat der Erde sind die einzelnen Kontinente verschieden beteiligt, und es haben die angestellten Berechnungen ergeben, daß in Amerika mehr als zwei Drittel des Kohlenvermögens der Erde abgelagert sind. Die amerikanischen Erdschichten sollen 5,105,528 Millionen Tonnen Kohle enthalten, während in Europa die weitaus geringere Menge von 784,190 Millionen Tonnen vorhanden sein soll. Während auf den amerikanischen Kohlenchat von 30,940 Tonnen entfällt, ist für den Einwohner Europas nur ein solcher von 1790 Tonnen in Vorrat. Der ungeheure Kohlenreichtum und die ganz ausnahmsweise günstigen geologischen Verhältnisse haben den Kohlenpreis in Amerika auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten. Während insbesondere Europa und auch Amerika ihre Kohlenchatte in bedeutendem Maße verwerten, liegt in Asien eine unererschlossene Kohlenmasse verborgen, deren Inhalt mit 1,379,586 Millionen Tonnen geschätzt wurde, welche Menge den europäischen Vorrat noch stark übertrifft. Insbesondere die chinesischen Kohlenlager kommen in ihrem Reichtum jenen von ganz Europa, Australien und Afrika zusammen genommen sehr nahe, und es ist hiernach begreiflich, daß in den letzten Jahren

für die Ausbeutung der chinesischen Kohlenfelder ein erhöhtes Interesse auch beim Kapital europäischer Staaten wahrzunehmen ist. Das noch zum großen Teil unerforschte Afrika hat eine derzeit berechnete Kohlenmenge von 57,839 Millionen Tonnen und für Australien haben die angestellten Berechnungen einen Kohlenvorrat von 170,740 Millionen Tonnen ergeben.

Das relativ kohlenarme Europa muß seine Kohlenlager am reichlichsten aus, es verzehrt derzeit jährlich ungefähr 1 Promille seines Vorrates, während das überreiche Amerika nur 0.1 Promille seines Kohlenchatte jährlich verbraucht. Asien verzehrt jährlich nur 0.04 Promille seines Kohlenvermögens, und ist daraus zu entnehmen, daß im Falle gleichbleibender Verwertung der Bodenschätze Europa jener Kontinent sein wird, der nach Erschöpfung seiner Kohlenmassen auf andre Kraftquellen angewiesen sein wird, deren erhöhte Ausnützung die Fortschritte der Technik ermöglichen müßten. Schon heute hat übrigens die Kenntnis einer rationalen Kohlenauswertung weite Verbreitung gefunden. Wenn man die Kohle, anstatt sie nach der alten Methode auf dem Kessel- und Feuerrost unmittelbar zu verbrennen, in Koksöfen, Gasretorten oder Generatoren der Destillation unterwirft und so neben den Hauptprodukten auch die Nebenprodukte erlangt, so kann der Erlös für die geförderte Kohle auf das Hundert- und Mehrfache des Rohwertes gesteigert werden. Die ausgedehntere Entwicklung der noch jüngeren Industrien der Weiterverarbeitung und Veredlung von Stein- und Braunkohlen gehört zu den wichtigsten ökonomischen Aufgaben der kommenden Zeit.

Berichtigung einer Berichtigung.

Billige Kohlen der Gemeinde Wien.

Wir haben gestern eine amtliche Berichtigung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle V, gezeichnet vom Magistratssekretär Dr. Fastenbauer veröffentlicht. Das Preshgebet unterfragt es, auf eine amtliche Berichtigung in derselben Ausgabe zu antworten, in der die Veröffentlichung der Berichtigung erfolgt. Wir sind daher erst heute in der Lage zu antworten, was hiemit geschieht.

Wir wollen nicht unsere Freunde darüber verhehlen, daß das Bezirkswirtschaftsamt (bekanntlich eine Abteilung des Wiener Magistrats) auf den Einfall gekommen ist, die gestrige Berichtigung zu verfassen. Aus dieser Freude heraus haben wir sie auch mit allem vorgezeichnetem Zeremoniell abgedruckt, obwohl einer der erfahrensten Anwälte Wiens uns sagte, daß sie den formalen Anforderungen einer Berichtigung nicht entspreche, der Abdruck daher ohneweiters verweigert werden könne. Wir waren der Meinung, daß der „Abend“ nicht genug Papier opfern könne, um den Wienern zu zeigen, was für eine Verwaltung sie haben. Das sollen die Wiener in diesem Falle erfahren, indem wir als Antwort eine Darstellung der Kohlenangelegenheit, wie sie wirklich war, von einem beteiligten Kohlenhändler geben, dessen Wahrheitsliebe niedriger als die des Magistrats einzuschätzen wir keine Ursache haben, um so weniger als er in der Lage ist, seine Darstellung an der entscheidenden Stelle durch ein an ihn gerichtetes Schreiben zu stützen, das von demselben Magistratssekretär Dr. Fastenbauer gezeichnet ist, der die gestrige „Berichtigung“ unterschrieb. Dieser Kohlenhändler gibt an:

„Ich betreibe an einem Bahnhof der Vorortelinie einen Kohlenhandel. Samstag, den 10. Februar kamen zwei Offiziere in mein Geschäft und teilten mir mit, daß über Auftrag des Kaisers die auf den Gleisen der Nordbahnstrecke befindliche Kohle zugunsten der Stadt Wien zum Verkauf an Klein Händler und kleine Verbraucher beschlagnahmt worden sei und daß mir davon vom 11. Februar an täglich 10 bis 15 Waggons überlassen werden könnten.

Die Offiziere fragten mich, ob ich den Verkauf einer so großen Tagesmenge bewerkstelligen könne.

Ich bejahte und die Offiziere schenken mir Glauben, nachdem sie meine Anlage besichtigt hatten.

Einen Tag nach diesem Besuch standen auch schon die angekündigten Kohlenwaggons auf dem Stadtbahngleis vor meinem Geschäft.

Ich konnte nun die Kohle verkaufen, da aber mit der Sendung kein Frachtbrief und überhaupt kein Schriftstück gekommen war, mußte ich nicht, wie teuer die Kohle war und um welchen Preis ich sie verkaufen dürfe. Ich telephonierte daher ins Rathaus, wo mir von der Kohlenabteilung der Bescheid wurde, daß ich für die Kohle ungefähr 5 K 50 h für den Meterzentner zu bezahlen hätte. Über den Zuschlag, den ich beim Weiterverkauf einheben dürfe, möge ich beim Marktamt meines Bezirkes Weisung einholen. Das tat ich und es wurde mir der Zuschlag auch bekanntgegeben.

Ich schritt nun sofort an den Verkauf der Kohle.

Einen Tag später bekam ich vom Magistrat folgendes Schreiben (Bemerkung der Schriftleitung: Aus dem uns vorgelegten und von uns abgeschriebenem Brief des Magistrats lassen wir die Waggonanzahl und den Endbetrag aus, um dem Magistrat die Möglichkeit zu benehmen, unseren Gewährsmann festzustellen. Der Grund dieser Schutzmaßregel liegt auf der Hand. Selbstverständlich steht uns unser Gewährsmann zur Verfügung, für den wenig wahrscheinlichen Fall, daß man es wagen sollte, den Bestand oder die Richtigkeit der Wiedergabe dieses Schreibens zu bestreiten):

Magistratsdirektor, städtische Lebensmittelversorgungsstelle V., Wien, am 10. Februar 1917.

An die Firma N. N., Kohlenhändler, folgt Adresse.

„Sie werden hiemit in Kenntnis gesetzt, daß Ihnen am . . . Stadthaus von den für die Gemeinde Wien beschlagnahmten Kohlen . . . (hier ist die Waggonanzahl eingesetzt) Waggons, und zwar:

Hier sind in dem Schreiben des Magistrats die Waggonnummern, die Bezeichnung der Kohlenart (ob Stück-, Ruß-, Würfel- oder Kleinkohle) und der Inhalt jedes Waggons in Kilogramm angeführt, sodann die Anzahl der Kilogramm addiert, die Kilogramm in Meterzentner umgerechnet und die Anzahl der Meterzentner mit 5 K 50 h multipliziert. Dann fährt das Schreiben fort:

zur Verfügung gestellt werden.

Die Kohlen sind entweder an Kleinkohlenhändler oder direkt an Parteien abzugeben, wobei im letzteren Falle nicht mehr als 50 Kilogramm ausgefolgt werden dürfen. Die gleichen Weisungen sind den Kleinkohlenhändlern zu geben. Sie werden ersucht, den Betrag von (hier ist die Summe eingesetzt, die oben aus der Multiplikation der Meterzentneranzahl mit dem Preise von 5 K 50 h entstanden ist) mittels des beiliegenden Erlagscheines einzubezahlen. Die endgültige Abrechnung wird

später erfolgen. Magistratsdirektion, städt. Lebensmittelversorgungsstelle 5, Dr. Fastenbauer, Magistratssekretär.

Unser Gewährsmann fährt jetzt in seiner Darstellung fort: Ich schickte den verlangten Betrag ein. Dann hörte ich nichts bis Mitte April. Da erhielt ich ein Schreiben, ich möge in der Kohlenangelegenheit beim Magistrat vorsprechen. Im Bureau des Dr. Fastenbauer entwickelte sich dort zwischen mir und einem Beamten folgendes Gespräch:

Beamter: Wie teuer haben Sie die Kohle verkauft?

Ich: Um 6 K und joundjoviel Seller. (Zusatz der Schriftleitung: Die Seller werden von uns aus den oben angeführten Vorsichtsgründen nicht angegeben. Man darf annehmen, daß es höchstens 6 K 40 h waren.)

Beamter: Wie kamen Sie zu diesem Preise?

Ich: Es wurde uns gesagt, daß wir die Kohle mit 5 K 50 h zu bezahlen haben.

Beamter: Sie ist aber wesentlich billiger.

Ich: Das konnte ich nicht wissen. Ich laufe Kohle gewöhnlich zum Durchschnittspreis von 5 K 50 h. Wenn mir gesagt wurde, daß auch die Gemeindekohle ungefähr so viel kosten werde, so konnte ich eine Preisdifferenz von höchstens 10 h mehr oder weniger beim Meterzentner annehmen.

Beamter: Die Kohle stellt sich auf 4 K 40 und noch einige Seller. (Zusatz der Schriftleitung: Der Beamte nannte selbstverständlich die genaue Ziffer, die wir aber aus den gleichen Gründen wie oben nicht anführen.)

Ich: Das habe ich natürlich nicht wissen können.

Beamter: Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß die kleinsten Leute wegen ein paar Kronen wegen Preistreiberei eingesperrt werden. Was werden wir da machen? Sollen wir Ihnen den Überschuß zurückerzahlen?

Ich: Nein. Ich habe meinen bürgerlichen Nutzen. Geben Sie den Überschuß den Armen Wiens.

Soweit unser Gewährsmann.

Demgegenüber steht die gestrige Berichtigung des Dr. Fastenbauer, in der sich der entscheidende Satz befindet: „Es ist un wahr, daß ein Irrtum der Gemeinde Wien zu einem Schaden der Verbraucher geführt hat.“

Wir fragen: Wer hat den Unterschied von rund einer Krone zwischen 5 K 50 h, die der Kohlenhändler einzahlte, und den 4 K 40 h, die schließlich als „endgültig“ angegeben wurden, bezahlt? Wer hat diese Krone mehr für den Meterzentner bezahlt? Der Dr. Fastenbauer, der Kaiser von China oder die armen Frauen, die um 3 Uhr morgens an einem kalten Februartage die Kohle auf dem Vorstadtbahnhof kauften? Der „Abend“ bezeichnete diese armen Frauen mit dem Sammelnamen „Verbraucher“. Der „Abend“ stellt heute fest, was er am Samstag festgestellt und behauptet hat, daß die Verbraucher den Schaden getragen haben; daran ändert der Umstand nichts, daß die Schadenssumme in unserem Falle wohlthätigen Zwecken zugeführt wurde. Arme Leute, die sich um 3 Uhr morgens um Kohle anstellen, dürfen nach der Meinung des „Abend“ unter keinen Umständen mit einer Wohlthätigkeitssteuer belegt werden. Besonders nicht vom Magistrat der Stadt Wien. Auch für diesen gilt, was der Erste Staatsanwalt im Prozesse Krang sagte: „Wer Wohlthun will, soll es aus seiner eigenen Tasche tun.“

Auf die Versuche, unter der Bezeichnung „es ist wahr“ oder „es ist unwahr“ Geschichten zu erzählen, die mit dem Kern der Sache nicht das geringste zu tun und offenbar nur den Zweck haben, diesen Kern zu verschleiern, gehen wir nicht ein. Den Lesern des „Abend“ gegenüber ist es ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Eines wollen wir jedoch feststellen. In der Mitschrift, die der Herr Magistratssekretär Dr. Fastenbauer eine amtliche Berichtigung nennt, wird behauptet, es sei zur Deckung der Gemeinde von den Säcklern eine Sicherstellung für den kreditierten Kaufpreis verlangt worden. Das ist un wahr, zumindest insofern es sich um unseren Gewährsmann handelt. Ein Blick in das oben abgedruckte Schreiben beweist dies. Nicht Sicherstellung, sondern Bezahlung wurde verlangt. Wir wollen im Interesse der guten Meinung über das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, und seinen Leiter bis auf weiteres annehmen, es sei ihm der Wortlaut dieses Schreibens nicht mehr in Erinnerung gewesen, als er diesen Teil seiner „Berichtigung“ schrieb. Allerdings müßte man es eigentlich von der ganzen Berichtigung annehmen.

18.10.19

Kohlenverkauf im April 1917.

Der Verkauf auf den städtischen Kohlenlagerplätzen hatte im Monate April 1917 nachfolgendes Ergebnis:

Verkauf im Kleinen:

	Braunkohle in Meterzentnern			
	1917 April	1917 März	1916 April	1916 März
Westbahnhof . . .	23.327·38	30.552·75	11.451·20	16.900·94
Magleinsdorf . . .	25.524·—	31.012·13	5.989·30	10.129·20
Engerthstraße . . .	13.642·75	16.676·09	5.152·41	9.802·39
Nordwestbahn . . .	10.073·63	13.207·50	6.860·68	12.414·17
Ottakring . . .	25.499·13	33.086·75	2.865·30	4.368·83
Aspangbahnhof . . .	12.094·88	15.492·—	—	—
Michelbeuern . . .	13.736·60	10.334·—	—	—
Zusammen	123.898·37	150.361·22	32.318·89	53.615·53

Verkauf von Fuhrn:

	Braunkohle in Meterzentnern			
	1917 April	1917 März	1916 April	1916 März
Westbahnhof . . .	72.747·60	70.014·20	18.987·57	10.024·20
Magleinsdorf . . .	41.733·31	53.639·20	8.673·56	8.005·30
Engerthstraße . . .	3.333·41	7.007·20	8.026·54	6.165·40
Nordwestbahn . . .	76·80	813·93	8.438·12	—
Ottakring . . .	26.183·60	8.747·—	—	4.160·80
Aspangbahnhof . . .	—	—	—	—
Michelbeuern . . .	—	—	—	—
Zusammen	144.074·72	140.221·53	44.125·79	28.355·70

Gesamtverkauf:

	Braunkohle in Meterzentnern			
	1917 April	1917 März	1916 April	1916 März
Westbahnhof . . .	96.074·98	100.556·95	30.438·77	26.925·14
Magleinsdorf . . .	67.257·31	84.651·33	14.662·86	18.134·50
Engerthstraße . . .	16.976·16	23.683·29	13.178·95	15.967·79
Nordwestbahn . . .	10.150·43	14.021·43	15.298·80	12.414·17
Ottakring . . .	51.682·73	41.833·75	2.865·30	8.529·63
Aspangbahnhof . . .	12.094·88	15.492·—	—	—
Michelbeuern . . .	13.736·60	10.334·—	—	—
Zusammen	267.973·09	290.572·75	74.444·68	81.971·23

Verkauf von Gieß:

	Mengen in Zentnern			
	1917 April	1917 März	1916 April	1916 März
Westbahnhof . . .	261·90	318·60	—	—
Magleinsdorf . . .	2.410·20	817·20	—	—
Engerthstraße . . .	—	—	—	—
Nordwestbahnhof . . .	76·80	1.200·30	—	—
Ottakring . . .	—	143·60	—	—
Aspangbahnhof . . .	—	—	—	—
Michelbeuern . . .	—	—	—	—
Zusammen	2.748·90	2.479·70	—	—

Die Anzahl der Parteien betrug:

	Anzahl der Parteien			
	1917 April	1917 März	1916 April	1916 März
Westbahnhof . . .	98.941	138.295	53.109	71.833
Magleinsdorf . . .	152.779	168.894	24.858	38.157
Engerthstraße . . .	30.584	39.742	15.144	24.397
Nordwestbahnhof . . .	49.538	64.100	19.007	30.597
Ottakring . . .	110.914	164.700	14.898	21.335
Aspangbahnhof . . .	96.759	129.183	—	—
Michelbeuern . . .	61.669	77.659	—	—
Zusammen	601.184	782.573	127.016	186.319
Pro Tag	25.049	28.984	5.292	7.166

Verkauf von Steinkohlen:

Gesamtverkauf:

	Mengen in Meterzentnern	
	April 1917	März 1917
Nordbahnrußchen	69.382·10	72.662
Asmayergasse	8.756·50	13.062
Borgartenstraße	28.879·—	28.924
Floridsdorf	13.394·25	10.227
Zusammen	120.441·85	124.875

Anzahl der Parteien:

	Anzahl der Parteien	
	März 1917	April 1917
Asmayergasse	64.030	101.526
Floridsdorf	78.805	83.654
Zusammen	142.835	185.180
Pro Tag	5.951	

Aus vorstehender Zusammenstellung ist ein kleiner Rückgang im Absatz zu verzeichnen. Während im Kleinverkauf der Braunkohle im Jahre 1916 im Monate April gegenüber März sich

fast um 40 Prozent verminderte, betrug heuer der Rückgang nur 17·6 Prozent.

Der fuhrnweise Verkauf von Braunkohle hatte sich im Vorjahre von März bis April um 55·61 Prozent gesteigert, während er diesmal im April 2·74 Prozent mehr betrug als im März.

Der Rückgang im Gesamtverkaufe betrug gegenüber dem Vormonate 7·09 Prozent (im Vorjahre 9·17 Prozent), die Parteienanzahl hatte sich im April nur um 21·77 Prozent vermindert, während der Rückgang im Vorjahre 31·18 Prozent betrug.

Der Umsatz an Braunkohle betrug sowohl im Kleinverkaufe wie im fuhrnweisen Verkaufe ein Vielfaches des Absatzes im Vorjahre und war im Gesamtverkaufe rund 3½ mal so stark.

Der Verkauf von Steinkohle hielt sich annähernd auf gleicher Höhe. Ein auffälliger Rückgang ist auf dem Lagerplatze Asmayergasse zu verzeichnen, während der Absatz am Lagerplatze Floridsdorf zugenommen hat.

Hamburgs Kohlennot.

Erneute Herabsetzung der Polizeistunde auf 10¹/₂ Uhr.

* Wir konnten am Freitag in einem Teil unserer Abendausgabe mitteilen, daß die dringlichen Vorstellungen Hamburgs in Berlin dazu geführt hätten, die Zusicherung zu erhalten, daß für die Vesteuerung Hamburgs mit Kohlen in Zukunft auch andere Kohlenbezirke herangezogen werden sollten. Die Vorarbeiten sollten aber, wie wir an zuständiger Stelle in Hamburg erfahren, noch nicht abgeschlossen sein, doch Ausblick auf eine bessere Gestaltung der Hamburger Kohlenversorgung bieten. Wie uns heute aus Berlin gemeldet wird, kommen für Hamburg nunmehr auch die oberschlesischen Gruben in Betracht; die Kohlen werden auf Ähnen nach Hamburg geschafft werden und so den Eisenbahnverkehr nicht belasten.

Bei der Versorgung aus den oberschlesischen Gruben handelt es sich in erster Linie aber um die Zukunft. Unsere augenblickliche Kohlennot wird nicht dadurch berührt, so daß wir nach wie vor uns der größten Sparsamkeit im Kohlenverbrauch befleißigen müssen, und auch den Verbrauch an Gas in den von der Deputation für das Beleuchtungswesen gegebenen Richtlinien halten müssen.

Gelegentlich unserer Mahnung am Mittwochabend (Nr. 134 B des „Hamburger Fremdenblattes“) haben wir darauf hingewiesen, daß die Deputation für das Beleuchtungswesen als solche verfassungsmäßig ein Verbot, Gas zu einer bestimmten Zeit zu verbrauchen, nicht erlassen könne, das sei vielmehr Sache des Senates oder der Polizeibehörde. Hierauf fußend, haben sich verschiedene Leute geweigert, der Aufforderung, Gas zu sparen, Folge zu leisten, obwohl doch auch ihnen der lebendige Geist der Zeit mehr sein sollte, als der tote Buchstabe des Gesetzes. Um nun aber auch diesem Einwand von der Unzulässigkeit des Verbotes der Deputation für das Beleuchtungswesen den Boden zu entziehen, hat der Senat in seiner Versammlung am 18. Mai folgende Verordnung über die Abnahme von Gas erlassen:

Der Senat verordnet im Hinblick auf die gegenwärtig ungenügende Versorgung der Gaswerke mit Gaslohlen auf Grund des § 9 des revidierten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896, daß im Gebiet des städtischen Polizeibezirks Hamburg die Entnahme von Gas von 8¹/₂ Uhr abends bis 4¹/₂ Uhr morgens verboten wird. Ausnahmen können in besonderen Fällen von der Deputation für das Beleuchtungswesen zugelassen werden.

Wer diesem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder im Falle der Nichtbeitreibung mit entsprechender Haft bestraft und hat die vollständige Sperrung der Gaszufuhr auch während der Tageszeit zu gewärtigen.

Zu begrüßen ist, daß in dieser Verordnung auch der Anregung, im Hinblick auf den frühen Beginn der Arbeitszeit der Werk- und anderer Arbeiter, die Sperrzeit nicht bis fünf Uhr auszudehnen, Rechnung getragen worden ist insofern, als die Sperrzeit nur bis 4¹/₂ Uhr geht. Dringend zu wünschen ist, daß nun auch die Bevölkerung den Ernst der Zeitverhältnisse voll begreift und die Sperrvorschrift genau beachtet. Wenn auch die Beleuchtung in den nach der Straße belegenen Räumen seit Montag unterblieben ist, so wird in den Hinterzimmern, wie uns mitgeteilt wird, doch noch entgegen der Verordnung Gas verbraucht, sicher in der Annahme, daß hier die Kontrolle schwerer sei. Es muß aber Ehrensache jedes einzelnen sein, dazu zu helfen, der Kohlennot so bald wie möglich Herr zu werden, und das ist nur möglich, wenn jeder so viel wie möglich Gas spart.

Wie groß aber die Kohlennot augenblicklich in Hamburg ist, geht daraus hervor, daß von der Polizeibehörde

die Polizeistunde wieder auf 10¹/₂ Uhr herabgesetzt

worden ist, und zwar mit Wirkung ab heute, 19. Mai. In der Bekanntmachung, die in der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes veröffentlicht wird, heißt es, daß im städtischen Polizeibezirk die Gast- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspieltheater, Räume, in denen Schauspieltagen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art bis auf weiteres an allen Tagen spätestens um 10¹/₂ Uhr abends zu schließen sind. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden. Wirtschaften mit weiblicher Bedienung und Speisewirtschaften ohne Schank-erlaubnis, für die bisher die Polizeistunde auf 11 Uhr abends festgesetzt war, sind spätestens um 10 Uhr abends zu schließen.

Warme Speisen und warme Getränke dürfen in allen Wirtschaften nach 8¹/₂ Uhr abends nicht mehr verabreicht werden.

Bei Zuwiderhandlungen sind die Gaswerke berechtigt, die fernere Gaslieferung einzustellen und das Zubrührrohr abzuschließen. Diese Berechtigung bezieht sich auf alle Verbrauchsstellen des Gasabnehmens.

Diese Bestimmungen treten am 19. Mai 1917 in Kraft.

Die neue Verordnung enthält, gegenüber früheren, zwei Punkte von größter Wichtigkeit. Zunächst heißt es in der neuen Bekanntmachung, daß an allen Tagen um 10¹/₂ Uhr abends zu schließen ist, während früher an den Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen, die Polizeistunde um eine Stunde hinausgeschoben werden durfte. Von größerer Bedeutung ist aber, daß nach 8¹/₂ Uhr abends warme Speisen und Getränke nicht mehr abgegeben werden dürfen, das bedeutet für das Gastwirtsgewerbe einen harten Schlag, besonders für die Kaffees, die abends nach 8¹/₂ Uhr also auch keinen Kaffee verabreichen dürfen. Wer darauf angewiesen ist, seine Mahlzeiten in Gastwirtschaften einzunehmen, muß es also, sofern er warmes Essen will, vor 8¹/₂ Uhr tun, da er sich sonst mit Brot und kalten Speisen begnügen muß.

Die Einführung der früheren Polizeistunde mag dringend notwendig sein; so bedauerlich sie für die Gesamtheit des Gastwirtsgewerbes ist, so schafft sie aber doch einen gerechten Ausgleich zwischen den Wirtschaften, von denen viele, weil sie auf Gasbeleuchtung angewiesen waren, mit Eintritt der Dunkelheit schließen mußten, andere aber, weil sie die elektrische Beleuchtung haben, bis 11¹/₂ Uhr offen waren. Ein Teil der Gastwirte war also, ohne eigene Schuld, stark benachteiligt, die neue Verordnung schafft aber diese Zweipältigkeit aus der Welt.

Die Kohlennot Hamburgs ist groß, sie ist um so auffällender, als man von einer ähnlichen Kalamität in irgendeiner Großstadt nichts hört. Woran liegt das? Im Winter, als die Wasserwege wegen des Eises nicht benutzbar waren, wurde uns das Ende der Kohlenknappheit in Aussicht gestellt, sobald das Eis zerschmolzen sei. Das Eis ist zerschmolzen, aber Kohlen sind immer noch nicht da; die Knappheit hat sich sogar gesteigert. Aber wir brauchen Kohlen, nicht nur zur Gas-erzeugung, sondern für die vielen Haushaltungen, die keine andere Kochgelegenheit haben als den Herd. Die Tage sind hell und hoch, die Sommerzeit trägt auch dazu bei, die Helligkeit auszunutzen, so daß wir es vertragen können, die letzte halbe Stunde vor dem Schlafengehen ohne Licht zu sein. Aber die Straßenbeleuchtung muß so bald wie möglich wiederhergestellt werden, weil es für eine Großstadt einfach unerträglich ist, in den Abendstunden in Finsternis getaucht zu sein. Daß

wenigstens in dieser Richtung bald eine Wendung eintritt, muß die Sorge aller verantwortlichen Stellen in Hamburg sein. Im übrigen läßt sich hoffen, daß die Anordnung der neuen Polizeistunde, wie die Kohlennot in diesem Umfang, überhaupt nur eine schnell vorübergehende Erscheinung ist.

Mit welcher Pflöchlichkeit die Anordnung der neuen Polizeistunde getroffen worden ist, geht daraus hervor, daß die Direktion der Hamburger Hochbahn von ihr um die Mittagszeit noch nichts wußte. Dort sind wegen Abänderung des Fahrplans darum auch noch keine Entschlüsse gefaßt. Die Straßenbahn wird ab Montag ihren Betrieb in der Art wie vor der Erhöhung der Polizeistunde am 1. Mai weiterführen. Die Theater werden den Beginn der Darstellungen früher legen, so daß es sich empfiehlt, daß jeder Theaterbesucher sich genau die Anzeigen ansieht. Das Hamburger Stadttheater wird am Montag statt um 7¹/₂ bereits um 7 Uhr beginnen.

Wie wir weiter erfahren, wird der Ausschuß des Gastwirtsgewerbes der Detailkammer am Montag eine Sitzung abhalten, um zu der neuen Verordnung Stellung zu nehmen.

In Altona wird die Polizeistunde vorläufig keine Wendung erfahren.

Bekanntmachung

betreffend

Abgabe von Feuerungsmaterial auf Kohlen-Ausweisarten A und B.

Auf Grund des § 7 der Verordnung vom 18. Mai d. J. betreffend Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial für Privathaushaltungen usw. wird angeordnet:

§ 1. Vom 29. Mai d. J. ab darf auf die Kohlen-Ausweisart A höchstens alle 10 Tage und auf die Kohlen-Ausweisart B höchstens alle 3 Wochen bis zu 50 Liter Kohlen, Koks oder Anthrazit oder bis zu 75 Brilleis abgegeben und entnommen werden. Auch bei der ersten Entnahme auf Ausweisart A müssen diese Fristen bereits verstrichen sein; jedoch bleibt für diejenigen Inhaber einer Ausweisart B, welche vor dem 19. Mai d. J. zuletzt Feuerungsmaterial auf Meldechein bezogen haben, bei der ersten Entnahme auf Ausweisart B die bisherige Frist von 10 Tagen maßgebend.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Hamburg, den 19. Mai 1917.

Hamburgisches Kriegsvorversorgungsamt.

Verordnung

betreffend

Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial für Privathaushaltungen und für Etagenhäuser mit Zentralheizung.

Auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung wird mit Zustimmung eines hohen Senats für das Gebiet der Stadt Hamburg angeordnet:

Kohlen-Ausweisarten.

§ 1. Zu der Zeit vom 29. Mai 1917 bis zum 31. März 1918 darf für Privathaushaltszwecke und zur Beheizung von Etagenhäusern mit Zentralheizung, die ausschließlich oder in der Hauptsache Wohnzwecken dienen, Feuerungsmaterial nur auf Kohlen-Ausweisarten bei den Kohlenhändlern und an den öffentlichen Verkaufsstellen abgegeben und entnommen und von den Kohlenhändlern auf Bestellung ins Haus geliefert werden, soweit es sich nicht um Entnahmen der Inhaber, Geschäftsführer usw. für ihren eigenen Haushalt oder um Lieferungen für die Privathaushaltszwecke ihrer Angestellten und Arbeiter handelt.

Kohlenhändler im Sinne dieser Verordnung sind auch Gemüsehändler und andere Gewerbetreibende, welche Feuerungsmaterial im Kleinen abgeben.

Lieferungen von Feuerungsmaterial, welche von auswärts durch Vermittlung oder unter Mitwirkung Hamburgischer, Altonaer oder Wandsbeker Kohlenhändler erfolgen, sind der Vorschrift des Abs. 1 ebenfalls unterworfen.

§ 2.

Es werden ausgegeben:

1. Ausweisarten für Privathaushaltungen ohne Gaslocheinrichtung, deren Feuerungsbedarf in fortlaufenden kleinen Bezügen (insbesondere bei den Kleinhändlern und an den öffentlichen Verkaufsstellen) gedeckt werden soll. (Ausweisart A.)
2. Ausweisarten für Privathaushaltungen mit Gaslocheinrichtung, deren Bedarf in fortlaufenden kleinen Bezügen (insbesondere bei den Kleinhändlern und an den öffentlichen Verkaufsstellen) gedeckt werden soll. (Ausweisart B.)
3. Ausweisarten für Privathaushaltungen, deren Bedarf mittels Lieferung ins Haus oder durch Abholung gedeckt werden soll. (Ausweisart C.)
4. Ausweisarten für solche Etagenhäuser mit Zentralheizung, welche ausschließlich oder in der Hauptsache Wohnzwecken dienen. (Ausweisart D.)

Ausweisarten für Haushaltungen.

§ 3.

Jeder Haushalt erhält für sämtliche zu ihm gehörigen Personen (einschließlich Kinder, Dienstmoten, Einlogierter, Hausbesuch usw.) nur eine Ausweisart.

Einlogierter mit eigener Wirtschaftsführung und eigenem Feuerungsbedarf für Kochzwecke gelten als selbständige Haushaltungen.

§ 4.

Die Ausgabe der Ausweisarten für Haushaltungen findet am Freitag, dem 25. Mai d. J., in der Zeit von 8 1/2 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags in derjenigen der durch die Bekanntmachung vom 13. März 1915 über die 1. Preiskartenausgabe als Verteilungsorten bestimmten Schulen statt, in deren Bezirk die Mitglieder des Haushalts am Ausgabestage gemeldet sind. Wer am 25. Mai d. J. verhindert ist, die Ausweisart abzurufen, kann in der Zeit von Dienstag, dem 29., bis Donnerstag, dem 31. Mai die Verabfolgung einer Ausweisart in der für seine Wohnung zuständigen Bezirks-Ausgabestelle des Kriegsvorversorgungsamtes während der üblichen Dienststunden beantragen.

Die Verabfolgung einer Ausweisart ist auf einem amtlichen Vordruck vom Haushaltungsvorstand und, wenn dieser infolge Einberufung zum Heeresdienst oder aus einem anderen Grunde abwesend ist, von der Ehefrau oder der sonst mit der Führung des Haushalts beauftragten Person zu beantragen. Der Antrag hat über die Größe der betreffenden Wohnung, die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, das Vorhandensein einer Gaslocheinrichtung und insbesondere darüber Aufschluß zu geben, welche der drei Ausweisarten — A, B oder C — gewünscht wird.

Die Vordrucke zu den Anträgen sind in allen Polizeiwachen erhältlich. Sie sind wahrheitsgemäß und vollständig auszufüllen und vom Haushaltungsvorstand oder der nach Abs. 2 zu seiner Vertretung berechtigten Person zu unterzeichnen. Auf unvollständig ausgefüllte oder nicht ordnungsmäßig unterzeichnete Vordrucke werden Ausweisarten nicht verabfolgt.

§ 5.

Bei der Abforderung der Karten ist der ausgefüllte Antrag und der Meldechein des Haushaltungsvorstands vorzulegen. Fordert ein Mitglied des Haushalts die Ausweisart für den Haushaltungsvorstand oder für die nach § 4 Abs. 2 zu seiner Vertretung bei der Stellung des Antrags berechtigte Person ab, so genügt als Ausweis die Vorlage des Meldecheins des Haushaltungsvorstands. Wird eine nicht zum Haushalt gehörende Person zum Abfordern der Ausweisart entandt, so ist von ihr der Meldechein des Haushaltungsvorstands und eine schriftliche Vollmacht des Haushaltungsvorstands oder der nach § 4 Abs. 2 zu seiner Vertretung bei der Stellung des Antrags berechtigten Person vorzulegen.

Die Haushaltungsvorstände oder die nach § 4 Abs. 2 zu ihrer Vertretung bei der Stellung des Antrags berechtigten Personen haben die empfangenen Ausweisarten mit dem Namen und der Wohnung des Haushaltungsvorstands zu versehen. Auf nicht oder nicht vollständig ausgefüllte Ausweisarten darf Feuerungsmaterial nicht abgegeben und entnommen werden.

Ein nachträglicher Umtausch der Ausweisarten A bzw. B in Ausweisart C und umgekehrt findet nur in Ausnahmefällen statt. Dabin gehende Anträge sind unter Vorlegung der Gründe an die zuständige Bezirks-Ausgabestelle des Kriegsvorversorgungsamtes zu richten und bedürfen der Genehmigung des Kriegsvorversorgungsamtes.

Besonderes für die Ausweisarten A und B.

§ 6.

Eine Ausweisart A (vgl. § 2 Ziffer 1) darf nur beansprucht und benutzt, wer in seiner Wohnung keine Gaslocheinrichtung hat.

Das Nichtvorhandensein der Gaslocheinrichtung ist dem Haushaltungsvorstand in dem einzureichenden Antrag vom Vermieter oder seinem Vertreter unter schriftlich zu bestätigen.

Für Haushaltungen, in deren Räumen oder mit denen in untrennbarer Verbindung zugleich kleinere gewerbliche Betriebe (z. B. Plättstuben, kleine Schneiderwerkstätten, kleine Ladengeschäfte und dergl.) stattfinden, kann auf Antrag eine zweite und notfalls eine dritte Ausweisart unter Vorbehalt leibzeitigen Widerrufs bewilligt werden. Dabin gehende Anträge sind auf dem Antragsvordruck unter „Bemerkungen“ besonders zu begründen und bei der Einreichung durch Vorlegung des Gewerbeanmeldungscheines oder einer anderen derartigen Bescheinigung glaubhaft zu machen.

Das Kriegsvorversorgungsamt bestimmt, in welchen Mengen und Zeiträumen auf die Ausweisarten A und B Feuerungsmaterial abgegeben und entnommen werden kann. Jeder Bezug ist auf der Ausweisart unter Eintragung des Abgabestages und der abgebenden Stelle (Händler, öffentliche Verkaufsstelle) von der Abgabestelle zu vermerken. Besonders für die Ausweisart C.

§ 8.

Auf die Ausweisart C darf in der Zeit vom 29. Mai 1917 bis zum 31. März 1918 von den Kohlenhändlern an Kohlen, Brilleis und Anthrazit nicht mehr als ein Drittel und an Koks nicht mehr als die Hälfte derjenigen Mengen abgegeben und entnommen werden, welche der betreffenden Haushalt in der Zeit vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 bezogen hat.

Das Kriegsvorversorgungsamt wird den Prozentsatz der zulässigen Liefermenge erhöhen, wenn und soweit vermehrte Anfragen nach Hamburg es gestatten.

§ 9.

Die Kohlenhändler haben auf Grund ihrer Bücher und, soweit 1915/16 von einem anderen Händler bezogen wurde, durch Einsichtnahme in die ihnen von den Bestellern vorliegenden früheren Rechnungen oder durch Erläuterungen den früheren Lieferanten sich über die Höhe der nach § 7 zulässigen Lieferungen zu unterrichten.

Bei wesentlichen Veränderungen gegenüber dem früheren Verbrauch (z. B. Umzug von einer Etage in ein Einzelhaus) oder wenn der frühere Verbrauch nicht sicher festgestellt oder aus anderen Gründen nicht zugrunde gelegt werden kann, (z. B. Zugang von auswärts, Hausbau, Grundbesitz) sind die Bestimmungen des Absatzes 1 sinngemäß anzuwenden. In Zweifelsfällen kann die Entscheidung des Kriegsvorversorgungsamtes nachgefragt werden.

Das Kriegsvorversorgungsamt ist berechtigt, die von den Kohlenhändlern festgesetzten Liefermengen zu prüfen und gegebenenfalls zu berichtigen.

§ 10.

Beträgt die nach den §§ 8 und 9 zulässige Gesamtmenge weniger als insgesamt 15 Zentner Feuerungsmaterial, so ist die zulässige Liefermenge auf 15 Zentner zu erhöhen.

§ 11.

Die Kohlenhändler sind verpflichtet, die bei ihnen eingehenden Bestellungen im Rahmen ihrer Lieferfähigkeit und unter Berücksichtigung der Beförderungsverhältnisse ihres Betriebes tunlichst nach der Reihenfolge der Bestellungen auszuführen. Jedoch soll bei den bis zum 25. Juni d. J. einschließlich eingehenden Bestellungen die Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen nicht entscheidend sein.

Bei größeren Bestellungen steht es den Kohlenhändlern frei, die Bestellungen in angemessenen Teillieferungen nach und nach zur Ausführung zu bringen.

Im übrigen ist den Kohlenhändlern — abgesehen von dringenden Ausnahmefällen, die ihnen glaubhaft zu machen sind — die bevorzugte Belieferung einzelner Besteller untersagt.

§ 12.

Die Höhe der für die Zeit vom 29. Mai 1917 bis zum 31. März 1918 zulässigen Liefermenge ist von dem Kohlenhändler auf beiden Abschnitten der Ausweisart C zu vermerken und mit seiner Firma zu unterzeichnen. Der eine Abschnitt ist alsdann der Kohlen-Abteilung des Kriegsvorversorgungsamtes einzufenden, während der andere dem Haushaltungsvorstand zurückzugeben ist oder mit seinem Einverständnis beim Kohlenhändler verbleibt.

Die zulässige Liefermenge kann von einem oder mehreren Kohlenhändlern bezogen werden.

Jede Lieferung ist vom Kohlenhändler auf der Ausweisart zu vermerken.

Kann ein Besteller keinen Kohlenhändler finden, der bereit ist, seine Bestellung entgegenzunehmen, so kann er sich an den der Kohlen-Abteilung des Kriegsvorversorgungsamtes angelegerten „Kohlen-Ausschuss“ wenden und um Zuweisung an einen bestimmten Kohlenhändler eruchen.

Der Kohlen-Ausschuss besteht aus fünf vom Vorstand der „Bereinbarung der am Kohlenhandel Beteiligten vom 2. Juli 1917“ bezeichneten Kohlenhändlern.

Der vom Kohlen-Ausschuss bezeichnete Kohlenhändler ist verpflichtet, den ihm vom Ausschuss zugewiesenen Besteller in seine Kundenliste aufzunehmen. Er kann, bevor er die ihm zugewiesene Bestellung ausführt, vom Besteller vorgängig Zahlung verlangen.

Lieferung durch Nicht-Kohlenhändler oder von auswärts.

§ 13.

Von gewerblichen Betrieben, welche sich nicht gewerbsmäßig mit dem Kohlenhandel befassen, darf für Privathaushaltszwecke Feuerungsmaterial nur mit Genehmigung des Kriegsvorversorgungsamtes abgegeben und bei ihnen entnommen werden, soweit es sich nicht um Entnahmen der Inhaber, Geschäftsführer usw. für ihren eigenen Haushalt oder um Lieferungen für die Privathaushaltszwecke ihrer Angestellten und Arbeiter handelt.

Ebenso bedürfen der Genehmigung des Kriegsvorversorgungsamtes Lieferungen von auswärts, welche ohne Vermittlung oder Mitwirkung Hamburgischer, Altonaer oder Wandsbeker Kohlenhändler erfolgen.

Ausweisarten für Zentralheizungen in Etagen-Wohnhäusern.

§ 14.

Für den Feuerungsbedarf der Zentralheizungen in Etagenhäusern, die ausschließlich oder in der Hauptsache Wohnzwecken dienen, werden, und zwar an den Grundeigentümer oder seinen Vertreter (Verwalter, Vize), besondere Ausweisarten ausgegeben (Ausweisart D).

Für jedes derartige Etagenhaus ist eine besondere Ausweisart zu erteilen.

§ 15.

Die Ausweisarten D werden in der Zeit vom 22. bis 24. Mai d. J. von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in den Diensträumen des Kriegsvorversorgungsamtes, Abteilung für Kartenausgabe, Dammtorwall 41, ausgegeben, und zwar

am Dienstag, dem 22. Mai, für die in der Altstadt, auf Steinwälder-Waltershof, auf dem Kleinen Grasbrook, in der Neustadt, in St. Georg und St. Pauli,

am Mittwoch, dem 23. Mai, für die in Einsbüttel, Noterbaum, Harvesbüchse, Eppendorf, Groß-Borsfel, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Klein-Borsfel, Ohlsdorf, Alsterdorf, Winterhude und Barmbeck,

am Donnerstag, dem 24. Mai, für die auf der Uhlenhorst, in Hohenfelde, Eilbek, Borgfelde, Hamm, Horn, Billwärde, Nusschlag, Billbrook und auf der Veddel

belegenen Grundstücke.

Die Ausgabe erfolgt gegen Vorlegung des Grundsteuerzettels oder eines anderen derartigen Ausweises und Einreichung eines vom Grundeigentümer oder seinem Vertreter zu stellenden schriftlichen Antrags. Zu den Anträgen sind die in allen Polizeiwachen erhältlichen besonderen Vordrucke für Etagenhäuser zu benutzen. Die Vordrucke sind wahrheitsgemäß und vollständig auszufüllen und vom Grundeigentümer oder seinem Vertreter zu unterzeichnen. Auf unvollständig ausgefüllte oder nicht ordnungsmäßig unterzeichnete Vordrucke werden Ausweisarten nicht abgegeben.

§ 16.

Auf die Ausweisart D darf in der Zeit vom 29. Mai 1917 bis zum 31. März 1918 von den Kohlenhändlern an Feuerungsmaterial nicht mehr als die Hälfte derjenigen Mengen abgegeben und entnommen werden, welche für das betreffende Hausgrundstück in der Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 bezogen worden sind. Im übrigen finden die §§ 8 Abs. 2 und 3, 9, 11, 12 und 13 entsprechende Anwendung. Die nach dem Vorstehenden für ein bestimmtes Grundstück zulässigen Mengen Feuerungsmaterial dürfen nur mit Genehmigung des Kriegsvorversorgungsamtes anderweitig verwendet werden.

Nichtbrauch und Verlust der Ausweisarten.

§ 17.

Es ist verboten, Ausweisarten anderen zu überlassen oder von anderen entgegenzunehmen, um darauf für eine andere als die in der Karte bezeichnete Person Feuerungsmaterial zu erlangen.

§ 18.

Für abhanden gekommene Ausweisarten wird, auch wenn der unverschuldete Verlust glaubhaft nachgewiesen ist, nur in besonderen Ausnahmefällen Ertrag geleistet. Anträge auf Ertrag sind bei der zuständigen Bezirks-Ausgabestelle des Kriegsvorversorgungsamtes anzubringen.

Feuerungsmaterial.

§ 19.

Feuerungsmaterial im Sinne dieser Verordnung sind Kohlen aller Art, Koks, Rinder, Anthrazit und Brilleis. Gemeinnützige Anstalten usw.

§ 20.

Stifte und andere gemeinnützige Anstalten, welche nebenher oder ausschließlich Wohnzwecken dienen und den Heizungsbedarf ihrer Anstalten aus eigenen Mitteln bestreiten, ebenso Gasthöfe, Pensionate, Kliniken und ähnliche gewerbsmäßig arbeitende Betriebe sowie Kontorhäuser fallen nicht unter diese Verordnung.

Ausnahme-, Uebergangs-, Straf- und Schlussbestimmungen.

§ 21.

Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung sind nur mit Genehmigung des Kriegsvorversorgungsamtes zulässig.

§ 22.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung, insbesondere die Ausweitung und Benutzung unrichtiger Anträge auf Verabfolgung von Ausweisarten, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mark 1500 bestraft.

§ 23.

Die erste Entnahme an Feuerungsmaterial auf die Ausweisarten A und B darf erst erfolgen, nachdem seit der letzten Entnahme auf Meldechein der nach § 7 vorgeschriebene Zeitraum verstrichen ist. Befehlskontrolle hierüber ist bei der ersten Entnahme auf Ausweisart neben der Ausweisart auch der zugehörige Meldechein vorzulegen.

Die Bekanntmachung vom 8. März d. J. betreffend Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial, tritt mit dem 29. Mai d. J. außer Kraft. Alle bis dahin nicht ausgeführten Bestellungen auf Lieferung ins Haus werden damit hinfällig.

Hamburg, den 18. Mai 1917.

Hamburgisches Kriegsvorversorgungsamt.

7. / VII. 1917.

ung

Zeitung.)

er 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzeitung 70 & Abendbl. 30 &
 Reklamen A 2.50, Abendbl. 4.50
 Familienanzeigen A 1.25. Für alle
 Ausgaben 10% Teuerungszuschl.
 Platz- u. Daten-Vorschriften ohne
 Verbindlichkeit. -- Anzeigen
 nehmen an: Una. Exped. in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3,
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: A
 Waisenhausstr. 25, München: Porn-
 seustr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34,
 Stuttgart: Poststr. 7, Ulm: Nord-
 str. 62. Una. übrige Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street,
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4453.

Die Kohlenfrage.

r Berlin, Anfang Juni.

Im letzten Friedensjahre (1913) stellte sich unsere Kohlenbilanz wie folgt: An Steinkohle betrug die Förderung 190 Millionen Tonnen, die Einfuhr 10 Millionen und die Ausfuhr 34 Millionen, so daß für unseren heimischen Verbrauch 166 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Das war ausreichend für den Bedarf und für die Bestandsansammlung. An Braunkohle wurden gefördert 87 Millionen Tonnen, eingeführt 7 Millionen und demnach verbraucht 94 Millionen Tonnen. Der Heizwert der Braunkohle ist noch nicht halb so groß wie der der Steinkohle.

Im Kriege hat sich nach einer Uebergangszeit die Braunkohlen-Fördermenge auf der Höhe gehalten, schließlich sogar über das Friedensquantum hinaus gesteigert. Dagegen ist bei der Steinkohle, bei deren Gewinnung die menschliche Arbeitskraft den Ausschlag gibt, ein beträchtlicher Förderungsrückgang eingetreten, besonders in den ersten anderthalb Kriegsjahren, aber auch heute erst teilweise behoben. Andererseits erfuhr unsere handelsmäßige Steinkohlen-Ausfuhr eine Einschränkung, die aber in keinem Verhältnis stand zu dem verbliebenen Förderungs-Aussfall. Für den inländischen Verbrauch blieben also wesentlich geringere Mengen zur Verfügung als im Frieden, und wenn auch in den ersten Kriegsjahren der heimische Kohlenbedarf schwächer war, so mußte doch im Laufe der Zeit immer tiefer in die Bestände eingegriffen werden, im letzten Winter so tief, daß wir uns heute auf keinerlei nennenswerte Vorräte mehr stützen können, abgesehen von dem, was noch infolge der Transportkrise auf den Halben der Zechen liegt. Dabei ist seit Mitte vorigen Jahres der Bedarf der Kriegsindustrie, der direkten wie indirekten, im ständigen Wachstum.

Alles das hat man wohl gekannt, als in den ersten Monaten dieses Jahres nach einer Erklärung für die Zufuhr-Stöckung gesucht wurde. Man sah den Hauptgrund damals wohl mit Recht noch in der Transportkrise, übersah aber zu lange, daß daneben auch die Lücke in unserer Kohlenbilanz vorhanden war, und daß man sich hätte darauf einrichten sollen. Statt dessen beschränkte man alle Maßnahmen auf das Gebiet der Verteilung. Der Kohlenausgleich bei der Kriegsrohstoff-Verteilung wurde geschaffen und suchte seiner Zweckbestimmung entsprechend weniger in der Kohlenverteilung als in der Wagenverteilung die Lösung. Den Behörden und Interessenten mußten dann aber im Frühjahr Zweifel aufgetaucht sein, ob man auf solche Weise durchkommen würde. Zwar ist die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar d. J. noch ganz vom Gedanken der bloßen Verteilung und Ausgleichung beherrscht, indes finden sich auch Ansätze wenigstens für eine Vorratsregelung. Dasselbe gilt von der gehörigen Bekanntmachung vom 28. Februar, die mit Wirkung vom 1. März 1917 die Einrichtung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und seines Beirates begründet. Mit diesem Zeitpunkt gingen die Funktionen des Kohlen-Ausgleichs (bei dem inzwischen der Geschäftsumfang eine Höhe von 3000 Schrift-Eingängen am Tag angenommen hatte!) in die Hände des Reichskommissars als einer besonderen Organisation mit weitgehenden Befugnissen über, die ihrerseits wieder zur Bewältigung des Materials fünf Kohlenausgleichsstellen ins Leben rief, nämlich in:

- Essen (für das Synthalgebiet und die rheinische Braunkohle),
- Mannheim (für das Kohlenkontor, Wassertransport und Saar),
- Galle (für den Braunkohlenbezirk),
- Zwickau (für das sächsische Steinkohlengebiet) und in Kattowitz (für ober- und niederschlesische Produktion).

Auch diese Stellen arbeiten bisher nur verteilend und suchen dabei Hand in Hand zu gehen mit eigenen Sonder-Instituten Württembergs, Bayerns und Sachsens. Die Kontrolle, die man dabei über den Bedarf gewonnen hat, scheint nun immer drohender darauf hinzuweisen, daß es mit der Ausgleichung zwischen Bedarfs- und Ueberschußgebieten allein nicht mehr getan ist. Mit Hilfe der Erfahrungen des Handels, dem dabei vielfach das entscheidende Urteil und damit eine hohe Verantwortung zufällt, ist es zwar gelungen, einigermaßen den Scheinbedarf vom echten zu trennen, die wirkliche Kriegsindustrie einigermaßen genügend zu versorgen und die schlimmsten Uebelstände in der Belieferung der Bevölkerung zu beheben, sobald erst die Verkehrsalamität ihr Ende gefunden hatte. Dabei haben sich die eigenen Organisationen, welche eine Anzahl von Städten

Wing

(Zeltung.)

Mer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 70 J. Abendbl. 50 J.
 Beklammern 2.50, Abendbl. 43.—
 Familienanzeigen 1.20. Für alle
 Ausgaben 10% Feuerungszuschl.
 Platz- u. Daten-Vorschriften ohne
 Verbindlichkeit. — Anzeigen
 nehmen an: Uns. Exped. in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 3337,
 Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl. 3.
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: A.
 Waisenhausstr. 25, München: Per-
 sastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34,
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-
 strasse 62. Uns. übrige Agentur
 u. d. Annon.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

7
200

Die Kohlenfrage.

*) Berlin, Anfang Juni. *)

Die Ansichten darüber, ob wir noch einmal ohne ein-
 schneidende Maßnahmen auskommen könnten, sind
 geteilt. Aber aus Gründen der Vorsicht wird kaum jemand
 auf sie verzichten wollen nach den bisherigen Erfahrungen
 des Spätinters. Welcher Art können solche Maßnahmen
 sein? Die Volksmeinung tritt mitunter für eine Verringer-
 ung der Ausfuhr nach neutralen Ländern ein. Sie
 überschätzt dabei sicher die bisherige Ausfuhrmenge; diese
 bleibt weit unter ihrem Friedensstande von 34 Millionen
 Tonnen und sicher auch noch ansehnlich unter der Nettoaus-
 fuhr von 1913 (24 Mill.) Sie berücksichtigt ferner nicht, daß
 wir unseren Bundesgenossen nicht allein aus handels-
 politischen Gründen, sondern auch aus militärisch-technischen
 Erwägungen dauernd beträchtliche Mengen zuzuführen ge-
 zwungen sind, an Oesterreich nicht viel weniger als im Frie-
 den. Nach deren Abzug bleibt für die Ausfuhr an neutrale
 Nachbarn nicht so sehr viel übrig, und gerade diese Ausfuhr-
 zugeständnisse sind das Ergebnis schwierigster Kompen-
 sationsverhandlungen, an die wir uns selbstverständlich
 halten müssen. Die Neutralen werden gewiß nicht erwarten,
 daß wir ihre Interessen dem heimischen Kriegsbedarf vor-
 anstellen, sie haben uns auch schon milbernde Umstände zu-
 gestanden, als Transport- und Beizekrise, wie die von
 Anfang 1917, uns in der Erfüllung der Zusagen beschränkt.
 Immer jedoch und besonders seit dem Februar suchen
 sie von unserer Bereitwilligkeit in der Kohlenabgabe ihre
 eigenen Tauschleistungen abhängig zu machen. Eine gewisse
 Ausfuhr, die scharf genug kontrolliert wird, muß also fort-
 bestehen, liegt nebenbei auch im Interesse der Baluta. Da
 an eine wirklich kennenswerte Heranziehung böhmischer
 Kohle bei dem Produktionsrückgang, nicht zu denken ist —
 außer etwa für die Zwecke Sachsens — so bleiben als Vor-
 beugungen nur übrig: Fördersteigerung oder Beschränkung
 des Inlandsverbrauchs. Wir werden uns auf beides ein-
 richten müssen. Die Fördersteigerung ist von Fak-
 toren abhängig, die in der Hauptsache eines herzhaften mili-
 tärtschen Entschlusses bedürfen. Bieweil die Front noch
 gelehrte Bergarbeiter, namentlich Häuer, abgeben kann, das
 muß immer von neuem erwogen und in Vergleich gestellt
 werden zu dem Nutzen, den ihrer Hände Arbeit hinter der
 Front und für die Front stiften kann. In offener Aussprache
 mit den für Kohle sachverständigen Instanzen müßte das
 Thema bis in die letzten Folgen immer wieder geklärt werden.

bleibt die Verbrauchsbeschränkung. Ob hier-
 für der Schematismus dem sachmännischen Erwägen vorzu-
 ziehen ist, darüber gibt es nur eine Antwort. Aber die sach-
 männische Zuteilung kann gewisser Richtlinien nicht ent-
 behren, soweit der mittelbare Kriegsbedarf in Betracht
 kommt. Man wird sich dabei mit den Dringlichkeitslisten
 des Kriegsamttes heute nicht mehr begnügen können. Die
 statische Lage des Marktes weist vielmehr darauf hin, auch
 für alles, was nicht Kriegsgewerbe ist, eine autoritative
 Dringlichkeitskala aufzustellen. Die größten Ungerechtig-
 keiten werden dabei unterlaufen. Aber man muß sie möglichst
 ausgleichen und überwinden. Nächst Heer, Marine und
 Flußschiffahrt, Nahrungsmittelgewerbe und nächst der aus-
 gesprochenen Rüstungsindustrie — die samt und sonders aber
 auch zu eigener Sparsamkeit im Verbrauch
 anzuhalten sind —, kommen in Betracht die Rüstungsin-
 dustrien zweiten Grades, der Eigenbedarf der großen Ge-
 meinwesen und an nicht zu unterschätzender Stelle auch die
 meisten Strom- und Gaswerke, auf deren zuverlässiges
 Funktionieren sich nicht nur viele Kriegshilfsindustrien, son-
 dern verschiedentlich auch der direkte Kriegsverbrauch an
 Nebenprodukten, wie Leeröl und Benzol, stützen. In letzter
 Reihe kommt der Privatbedarf. Seine Interessen
 wahrzunehmen, wird vorwiegend den Gemeinden ob-
 liegen; daß es voll gelingen könnte, ist nach dem augenbli-
 cken Stande sehr zu bezweifeln. Aber es muß alles ge-
 schehen, um eine von sozialen und sanitären Gesichtspunkten
 aus vernünftige Verwendung der dafür „übrig bleibenden“
 Mengen zu sichern. Die Zivilindustrie und das Kleinge-
 werbe, aber auch die Häuserbeheizung werden suchen müssen,
 die Folgen einer kommenden Rationierung abzu-
 schwächen. Eine ganz großzügige Zusammenlegung von
 Betrieben der Kriegshilfsindustrie, sogar eine Schließung
 von Anlagen des Luxusgewerbes, eine Zusammenfassung
 der Produktionen in halbbeschäftigten Industrien, z. B. im
 Kalibergbau, ist wohl denkbar. Die daraus erwachsenden

*) Schluß aus dem Ersten Morgenblatt vom 7. ds. Mts.

8.7.1917

203

Es werden 18 Stimmen abgegeben, von denen 14 auf Dr. Leopold Blasel, Bezirksvorsteher, II., k. k. Prater 124, und 4 Stimmen auf den Oberlehrer Peter Kirchengast entfallen.

Dr. Leopold Blasel erscheint daher mit Stimmenmehrheit zum Ersatzmann für den Ortsschulrat des II. Bezirkes gewählt.

B.-R. Gütther beantragt, den Landesverteidigungsminister, um die Enthebung oder um eine dreimonatige Beurlaubung des eingerückten B.-R. Dr. Leopold Blasel zu ersuchen.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

B.-R. Rischka klagt über die Belastung der Bezirksräte durch Erhebungen in kleinlichen Fällen, wie über die Einbringlichkeit ganz geringfügiger Verpflegungsgebühren, über die Einbringlichkeit von Strafgeldern bei Benützung der Straßenbahn ohne Fahrchein, und macht auf die zahlreichen mißbräuchlichen Ansuchen um Nachsicht oder Ermäßigung der Hundesteuer aufmerksam.

B.-R. Rischka, sowie die **B.-R. Schlüsselberger** und **Schäpe** verlangen eine wirksame Abstellung dieses Übelstandes, was vom **Vorsitzenden** zugesagt wird.

B.-R. Schlüsselberger berichtet über die Büreaubesprechung, betreffend die Hauslehrerabfuhr durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Die Kohlenversorgung Wiens durch die Gemeinde im Jahre 1916.

Magistratsbericht vom 19. Mai 1917, B. W. N., Stelle V, S. 1582:

Die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner Ende 1914 eingeleitete Aktion zur Versorgung Wiens mit Kohle wurde im Jahre 1916 fortgesetzt.

Es ergaben sich auch in diesem Jahre bedeutende Schwierigkeiten.

Die

oberschlesischen Kohlengruben,

die für die Kohlenversorgung Wiens hauptsächlich maßgebend sind, waren sehr stark für Lieferungen nach Deutschland selbst, aber auch für Lieferungen nach dem Balkan und die neutralen Länder in Anspruch genommen worden, so daß es immer schwieriger wurde, die für Österreich-Ungarn benötigte Kohlenmenge aus Oberschlesien zu beschaffen.

Die Regierung hatte zwar mit dem Deutschen Reich ein Abkommen getroffen, wonach monatlich 815.000 t nach Österreich-Ungarn geliefert werden sollten, eine Menge, die allerdings nur 83 Prozent des Bedarfes von 1913 darstellt.

Diese Lieferung konnte aber umsoweniger den Bedarf decken, als infolge der Kriegereignisse die siebenbürgischen Kohlenbergwerke im zweiten Halbjahre für die Deckung des Bedarfes

in Ungarn nicht mehr in Betracht kamen und der Ausfall durch oberschlesische Kohle ersetzt werden mußte.

Gesteigert wurde die ungünstige Lage des Kohlenmarktes gegen Jahresluß noch durch einen außerordentlichen Wagenmangel, der die Lieferungsmböglichkeit der Kohlengruben immer mehr beschränkte.

Die Bekämpfung dieser ungünstigen Verhältnisse, soweit sie überhaupt zu bekämpfen waren, lagen außerhalb des Machtbereiches der Gemeindeverwaltung, weshalb sie sich in dieser Hinsicht an die Staatsverwaltung wenden mußte.

Wegen Vermehrung der Zufuhr aus Oberschlesien trat die Gemeinde Wien schon im August an das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten heran und hat auch in der Folgezeit die Fühlungnahme mit diesem Ministerium und mit der k. k. Nordbahn-Direktion ständig aufrecht erhalten.

Beide Amtsstellen ließen es an Bemühungen, die Kohlenzufuhren aus Oberschlesien zu bessern, nicht fehlen.

Der Bürgermeister suchte dem immer größer werdenden Mangel an Kohle durch persönliche Intervention bei Sr. Exzellenz dem deutschen Botschafter zu begegnen und überreichte diesem am 4. Dezember 1916 eine auf die Kohlenversorgung Wiens bezügliche Denkschrift mit der Bitte, bei seiner Regierung wegen entsprechender

Berücksichtigung Österreichs

vorstellig zu werden.

Wenn trotz aller Anstrengungen der Erfolg den Bemühungen nicht entsprach, so ist dies hauptsächlich auf die ganz

außergewöhnlichen Verhältnisse

zurückzuführen, die durch die lange Dauer des Krieges auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiete geschaffen wurden und die die Lösung aller Schwierigkeiten in erster Linie von der Lösung der Transportfrage abhängig machten.

Außer diesen Bemühungen, die Zufuhr oberschlesischer Kohle zu heben, wurden noch verschiedene Maßregeln teils vorgeschlagen, teils ergriffen, um die Lage des Wiener Kohlenmarktes zu verbessern.

Die

Kohlenvorräte auf dem Nordbahnhofe

waren noch im Juni entsprechend und übertrafen jene des Jahres 1913 um 10- bis 30.000 t. Die Zufuhr blieb jedoch in den folgenden Monaten immer mehr zurück. Die Lage verschlechterte sich insbesondere dadurch, daß aus dem Nordbahnhofe über 30.000 t Kohle per Bahn wieder abgeführt worden waren.

Um ein Abströmen der Kohle von Wien zu verhindern, sah sich die k. k. Nordbahn-Direktion zu der Verfügung genötigt, die Versendung von Kohle aus dem Nordbahnhofe von ihrer Zustimmung abhängig zu machen.

Zur Beseitigung der unerträglichen Zustände bei der Zustellung von Kohle stellten die Großkohlenhändler

Bekanntmachung

betreffend

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts.

Auf Grund §§ 2, 3, 6 der Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 167) und auf Grund §§ 1, 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 193) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Meldepflicht.

Gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts unterliegen der Meldepflicht nach Maßgabe dieser Verordnung.

§ 2.

Meldepflichtige Personen.

(1) Zur Meldung verpflichtet sind alle gewerblichen Verbraucher (natürliche und juristische Personen) mit einem monatlichen Verbrauch von 10 Tonnen (1 Tonne = 1000 kg) und darüber, und zwar auch Bundesstaaten, Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände für ihre gewerblichen Betriebe.

(2) Meldungen brauchen nicht erstattet zu werden für Betriebskohlen der Staatsbahnen, Marinebunkerkohlen, Brennstoffe für landwirtschaftliche Betriebe und Gaswerke.

(3) Ferner sind von der Meldepflicht befreit Schiffsbesitzer, soweit ihr Bedarf von der Schiffsbunkerkohlenstelle gemeinsam gedeckt wird, sowie Zechenbesitzer, soweit sie selbsterzeugte Kohlen, Koks und Briketts zur Aufrechterhaltung ihres Grubenbetriebes (Zechen selbstverbrauch) oder zum Betrieb eigener Kolereien (mit oder ohne Nebenproduktanlagen), Teerdestillationen, Generatorkas- und sonstiger Gasanstalten oder Brikettfabriken verwenden, wenn diese Werke in unmittelbarem Anschluß an die demselben Zechenbesitzer gehörige Zechenanlage errichtet sind.

(4) Weiter sind der Meldepflicht nicht unterworfen Wägereien, Schlächtereien, Gastwirtschaften, Gasthöfe, Badeanstalten und ähnliche Betriebe, soweit sie dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen, ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs.

(5) Ob hiernach ein Verbraucher meldepflichtig ist, entscheidet im Zweifelsfalle die für den Wohnort des Verbrauchers zuständige Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen die zuständige Kriegswirtschaftsstelle, wenn auch diese fehlt, die zuständige Kriegswirtschaftsstelle.

§ 3.

Inhalt der Meldung.

(1) Die Meldungen müssen unter Bezeichnung der Art und der Herkunft der meldepflichtigen Gegenstände (z. B. Oberschlesische Gaskohle, Ruhrgebietskohle, rheinische Rohbraunkohle, Niederlausitzer Braunkohlenbriketts) und unter Bezeichnung des Lieferers oder der Lieferer folgende Angaben enthalten:

- a) Bestand am Anfang des Vormonats,
 - b) Zufuhr im Vormonat,
 - c) Bestand am Schluß des Vormonats,
 - d) Verbrauch im Vormonat,
 - e) Minderlieferung im Vormonat, soweit dadurch ein Betriebsausfall verursacht ist,
 - f) Bestellung für den laufenden Monat,
 - g) Bestellung oder voraussichtliche Bestellung für den folgenden Monat.
- (2) Die Angaben haben in Tonnen zu erfolgen.

§ 4.

Meldefrist, Meldestelle.

(1) Die Meldung hat erstmalig in der Zeit vom 1. bis 5. Juli 1917 zu erfolgen. Der Zeitpunkt für weitere Meldungen wird später bekanntgegeben werden. Die Meldung ist in vier gleichlautenden Ausfertigungen zu erstatten an:

- a) die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle,
- b) die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle,
- c) denjenigen Kohlenausgleich, der unter Verantwortung der Herkunft der meldepflichtigen Gegenstände zuständig ist,

Kohlenausgleich Essen:

für die im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat vereinigten Zechen, die rheinischen Braunkohlengruben, die Zechen des Rächener Reviers, sowie die holländischen Zechen Obernkirchen, Ibbenbüren und am Deister — ausgenommen das Gebiet der Rheinischen Kohlenhandels- und Needercei-Gesellschaft —

Kohlenausgleich Mannheim:

für die Zechen des Saarbezirks, Lothringens, der Pfalz, Bayerns, die Braunkohlengruben des Großherzogtums Hessen und das Absatzgebiet der Rheinischen Kohlenhandels- und Needercei-Gesellschaft,

Kohlenausgleich Halle:

für die Braunkohlengruben in den Provinzen Brandenburg, Sachsen, Posen und Schlesien sowie im Regierungsbezirk Kassel, ferner in den Herzogtümern Braunschweig und Anhalt,

Kohlenausgleich Dresden:

für die im Königreich Sachsen gelegenen Steinkohlengruben und Koksanstalten sowie für die Braunkohlengruben des Königreichs Sachsen und des Herzogtums Sachsen-Altenburg,

Kohlenausgleich Kattowitz:

für die Steinkohlengruben von Ober- und Niederschlesien,

Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Berlin: für die aus dem Auslande bezogenen Kohlen,

- a) den oder die Lieferer des Meldepflichtigen.

(2) Wenn keine Ortskohlenstelle oder Kriegswirtschaftsstelle zuständig ist, fällt die Meldung zu a) fort.

(3) Kommen mehrere Kohlenausgleichstellen oder mehrere Lieferer in Betracht, so sind an alle Kohlenausgleichstellen und alle Lieferer gleichlautende Meldungen zu erstatten.

(4) Der Zuständigkeitsbereich der Ortskohlenstellen und Kriegswirtschaftsstellen wird von diesen Stellen öffentlich bekanntgegeben.

§ 5.

Art der Meldung.

(1) Die Meldungen, die mit Namensunterschrift (Firmenunterschrift) des Meldepflichtigen versehen sein müssen, dürfen nur auf den amtlichen Meldeformen erstattet werden, die jeder Meldepflichtige bei der zuständigen (vgl. § 4a) Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer

§ 7.

Zweck der Meldung.

Durch die in vorstehendem festgesetzte Meldepflicht wird an dem bisherigen Verfahren, nach dem jeder gewerbliche Verbraucher die von ihm benötigten meldepflichtigen Gegenstände sich selbst zu beschaffen versucht, nichts geändert; die Beschaffung wird lediglich der Kontrolle durch den Reichskommissar unterworfen, dadurch die Unterlagen für etwa notwendige Abänderungen erhält.

§ 8.

Ausnahmen.

Auf Antrag ist die zuständige Kriegswirtschaftsstelle berechtigt, Ausnahmen von den Bestimmungen der vorstehenden Bekanntmachung zu bewilligen.

§ 9.

Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung betreffen, sind an die zuständige Ortskohlenstelle, bei Fehlen einer solchen an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle, wenn auch diese fehlt, an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle zu richten.

§ 10.

Estrafen.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach der eingangs erwähnten Bestimmung des § 2 der Bekanntmachung vom 28. Februar 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 11.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 1917 in Kraft.

Berlin, den 17. Juni 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

Ruch.

Bekanntmachung

betreffend

Durchführung der Verordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juni 1917 (Amtsblatt vom 27. Juni 1917 S. 1077 ff.) betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks u. Briketts.

Die im hamburgischen Stadtgebiet gelegenen Betriebe haben die nach der Vorschrift des § 4 Abs. 1 unter a) der Verordnung des Reichskommissars vom 17. Juni 1917 zu erstattenden Meldungen an die Kriegswirtschaftsstelle Altona, Seibelsstraße 1, zu senden. Die für die Erstattung der Meldungen erforderlichen Meldeformen sind bei der vorbezeichneten Kriegswirtschaftsstelle Altona abzufordern.

Die im Landgebiet gelegenen Betriebe haben die nach der Vorschrift des § 4 Abs. 1 unter a) der Verordnung des Reichskommissars vom 17. Juni 1917 zu erstattenden Meldungen, soweit die Betriebe in den Landherrenschaften der Geestlande, der Marschlande oder Bergedorf gelegen sind, an die Landherrenschaften, Hamburg 1, Klingberg Nr. 1, und soweit die Betriebe im Amte Ribbittiel gelegen sind, an das Amt Ribbittiel in Cuxhaven zu senden. Die Betriebe des Landgebietes haben die Meldeformen an den hiernach für ihren Bezirk zuständigen Stellen abzufordern.

Gegeben in der Versammlung des Senats.

Hamburg, den 27. Juni 1917.

von Triest gedrungen. Die zehnte Sponzschlacht hat ar 4 für unsere Luftwaffe das Meiste des bisher Geleisteten gebracht. In Abweh- und Aufklärungsflügen bei Tag, sowie in der Zahl der Luftangriffe bei Nacht wurde das Größte in diesem Kriege geleistet. Die Luftflotte darf das Verdienst in Anspruch nehmen, zu dem Gelingen der zehnten Sponzschlacht ihr Teil beigetragen zu haben.

Der Kohlenbedarf Wiens.

Mitteilungen des Vorstehers der Kohlenhändlergenossenschaft. — „Kohlenanstellen“ im Hochsommer! — Angstkäufe und Kohlenführen. — Kohlenkarte mit freiwilliger Rahonierung. — Revisionen der angehäuften Vorräte. — Die großen Kohlenhaufen.

Statt die im Winter erhoffte Erleichterung in der Kohlenbeschaffung zu bringen, hat der Sommer den Mißstand der Kohlenknappheit für den unbemittelten Teil der Bevölkerung unvermindert fortbestehen lassen. Der ganz abnorme Anblick von Anstellreihen der kleinen Konsumenten — im Juli beweist, daß die bisherigen Maßnahmen doch nicht ausreichten, um Besserung zu schaffen, trotzdem für die Sommermonate zum mindesten die entfallende Beheizungsnotwendigkeit Entspannung erwarten ließ. Mit desto zwingenderer Dringlichkeit muß die Frage der Kohlenbeschaffung angesichts der Verhältnisse behandelt werden, die für den Herbst und Winter zu erwarten sind.

Der Vorsteher der Wiener Kleinkohlenhändlergenossenschaft, Herr Alois Blühmann, der naturgemäß über die Lage in dem für die Masse der Verkäufer vor allem in Betracht kommenden Kleinhandel gut unterrichtet ist, machte gestern in einer Unterredung einem unserer Mitarbeiter Mitteilungen darüber, weshalb trotz der hochsommerlichen Jahreszeit die „Kohlenanstellungen“ vor den Geschäften nicht aufhören. Wenn auch in manchen Punkten die Meinungen der Kleinkohlenhändler nicht mit den Erfahrungen der Kriegszeit übereinstimmen, brachte Vorsteher Blühmann doch Tatsachen und Anregungen vor, die zweifellos bei den Beratungen gegen die Kohlennot Beachtung verdienen. So die Dringlichkeit der Kohlenkarte und die Revisionen der von vielen Parteien angehäuften Uebervorräte, die „Angstkäufen“ entstammen.

Vorsteher Alois Blühmann kann die Frage, ob Aussicht auf unmittelbare Besserung bezüglich der Versorgung der Kunden durch die Kleinkohändler bevorsteht, nicht günstig beantworten. Er steht auf dem Standpunkt, daß man von Anfang an die Versorgung der breiten Konsumentenmassen auf die bestehenden überall verteilten Detailhändlergeschäfte aufbauen hätte müssen. Die Kleinkohlenhändler — führte er aus — sind ausschließlich auf die Großhändler angewiesen, von denen sie im besten Falle alle zehn bis vierzehn Tage eine Fuhr Kohle erhalten, das sind 30 bis 35 Meterzentner. Manche Großhändler, wie die Firma D. Berl, geben überhaupt an uns nichts mehr ab. Viele Kleinkohändler haben schon sperren müssen, von 2000 Mitgliedern unserer Korporation betreiben nur mehr 1200 ihr Geschäft. Man soll die Großhändler zur Belieferung der Detailhändler verhalten. Die Zufuhren sind vermindert. Eine Verfügung des Arbeitsministeriums schafft den Begriff der sogenannten „Sperrkohle“, das heißt, ein Drittel der an den Bahnhöfen einlangenden Kohle darf nicht verkauft, sondern muß als Reserve aufgestapelt werden. Und doch würde, selbst wenn der ganze Nordbahnhof mit allen Rutschen gefüllt ist, das Quantum nur wenige Wochen den Wiener Bedarf decken. Der Bahnhof ist nämlich zu klein. Und die Kohlenlagerplätze der Gemeinde sind viel zu entlegen, man hat nicht die Zeit und Möglichkeit, weitentfernte Bahnhöfe an der Peripherie aufzusuchen und sich stundenlang anzustellen. Längst haben wir die Gemeinde gebeten, doch den Kleinkohlenhändlern unter Vorschreibung der Preise und genauer Bedingungen die ganzen Vorräte zu überweisen. Die Antwort war die Errichtung eines neuen, wieder unpraktischen Lagerplatzes auf dem Aspangbahnhof.

Die Verhältnisse sind ja außerordentlich schwere für den kleinen Konsumenten. In manchen Gassen stellt man sich um 3 Uhr früh an, um am nächsten Tag, 2 Uhr nachmittags, fünf bis zehn Kilo Kohle zu erhalten, mit denen eine Familie höchstens zweimal ihr Essen kochen kann. Wir wissen dies, aber Hilfe liegt nicht in unserer Macht. Ein großer Unfug ist da besonders das fortgesetzte Zuführen ganzer Kohlenladungen an Private. Wir konnten dagegen bisher nicht einmal die Möglichkeit eines einzigen direkten „Schlusses“ mit einer Grube erlangen. Wohl überweist die Gemeinde neuestens den Kleinkohndlern fünf bis zehn Waggons per Tag, doch reicht dies absolut nicht hin. Durch die Gemeindeverkaufsplätze wird aber nicht nur das Anstellen vermehrt, sondern auch einem ertragreichen, ausbeutenden Zwischenhandel — zum Beispiel drei Kronen Erlösgeld für Zustellung von 50 Kilo Kohle — der Weg geebnet. Wir verlangen zur Abhilfe der Kohlennot die sofortige Dezentralisation des Kohlenverkaufes im kleinen. Man soll wie früher uns die Versorgung überlassen und wir werden schonungslos gegen Mißbräuche in den

1917

252